Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in der Weimarer Republik

Ein Beitrag zur Geschichte der
"Nationalen Opposition" 1918-1933

---

von

Alois Klotzbücher

aus Tübingen

1964

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41538102_0020

Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in der Weimarer Republik

Ein Beitrag zur Geschichte der
"Nationalen Opposition" 1918-1933

Inaugural-Dissertation
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von
Alois Klotzbücher
aus Tübingen

Tag der mündlichen Prüfung: 28. November 1964
Dekan: Universitätsprofessor Dr. Waldemar Besson
Referent: Universitätsprofessor Dr. Waldemar Besson
Korreferent: Universitätsprofessor Dr. Walther Peter Fuchs

D 29

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Abkürzungen

Einleitung

I. Gründung und Frühzeit: Der Stahlhelm als Selbstschutz- und Wehrverband (1918 - 1923) 1

Die ersten Ortsgruppen im Raum Magdeburg und Halle/S. (S. 1) - Stahlhelm und Orgesch (S. 10) - Radikalisierende Tendenzen und Verbot im Jahre 1922 (S. 13) - Der Stahlhelm im Jahre 1923 (S. 18) - Folgen der Herbstereignisse 1923 für die weitere Entwicklung des Bundes (S. 27)

II. Organisatorischer Aufbau und soziale Struktur 31

Der Stahlhelm als Sammelbecken ausserparlamentarischer "nationaler" Kräfte (S. 31) - Die regionale Gliederung (S. 33) - Quellen der Finanzierung (S.36) - Das Führerkorps (S. 39) - Die Mitgliederschaft (S. 40)

III. Vom Wehrverband zum politischen Kampfbund (1924/25) 51

Der Stahlhelm als Wahlhilfstruppe der Rechtsparteien (S. 52) - Reichspräsidentenwahl 1925 (S. 57) - "Nationale Opposition" gegen den Vertrag von Locarno (S. 62) - Die Krise der "nationalen Bewegung" 1925/26 (S. 67)

IV. Politisierung und Radikalisierung (1926) 72

Die Rolle der "Frontliteraten": Ernst Jünger und der Standarte-Kreis (S. 72) - Der Ruf zur Sammlung (S. 77) - Diktatur- und Putschpläne im Frühjahr 1926 (S. 79) - Kapitän Ehrhardt im Stahlhelm (S.85) - Verbot der Stahlhelm-Presse (S. 87)

Seite

V. Um den politischen Kurs des Bundes (1926/27) 91

Die neue Parole: "Hinein in den Staat" (S. 91) - Differenzen mit den Rechtsparteien (S. 99) - Auseinandersetzung mit den nationalrevolutionären Kräften (S. 103) - Der Sieg der intransigenten Richtung (S. 108)

VI. Das grosse Zukunftsziel: "Der Staat den Frontsoldaten" 112

Innerverbandliche Probleme der Politisierung (S. 112) - Das Fronterlebnis als ideologische Grundlage des "Stahlhelm-Programms" (S. 117) - Vorstellungen vom zukünftigen "Stahlhelm-Staat" (S. 121) - Der Krieg als Mittel der Politik (S.129)

VII. Versuche parlamentarischer Einflussnahme (1927/28) 134

Der Berliner Frontsoldatentag 1927 als Auftakt verstärkter politischer Aktivität (S. 135) - "Stahlhelm-Gesetze" (S. 144) - Gründung einer "Frontsoldatenpartei"? (S. 146) - "Stahlhelm-Abgeordnete" bei den Rechtsparteien (Reichstagswahlen 1928) (S. 151) - Einwirkungsversuche auf die Deutsche Volkspartei zur Verhinderung der "Grossen Koalition" (S. 159)

VIII. Volksbegehren als Mittel "nationaler" Sammlung (1928/29) 165

"Hassbotschaften" gegen die Republik (S. 169) - Absichten des Verfassungs-Volksbegehrens 1928 (S. 172) - Der Bruch mit der Deutschen Volkspartei (S. 182) - Das Verhältnis zur Deutschnationalen Volkspartei (S. 186) - Das Werben um die Nationalsozialisten im Frühjahr 1929 (S. 189) - Die Front "Seldte-Hitler-Hugenberg" gegen den Young-Plan (S. 198)

Seite

IX. Zwischen Verbot und Förderung: Stahlhelm und staatliche Autorität (1929/30) 204

Gegenmassnahmen der Republik (S. 205) - Stahlhelm und Reichswehr (S. 211) - Das Verbot in Westdeutschland und das Eingreifen Hindenburgs zugunsten des Bundes (S. 216) - Der "Bund der Frontsoldaten" und das "Kabinett der Frontsoldaten" (S. 225)

X. Zwischen Hugenberg und Hitler: der Stahlhelm als Partner der "Harzburger Front" (1930-1933) 232

Strukturelle Probleme in der Endphase der Republik (S. 232) - Das Stahlhelm-Volksbegehren zur Auflösung des preussischen Landtags (S. 237) - Die Kandidatur Duesterbergs bei der Reichspräsidentenwahl (S. 245) - Der Stahlhelm und das Präsidialkabinett Papen (S. 257) - Die Diskrepanz zwischen Führung und Gefolgschaft im Verhältnis zur NSDAP (S. 263)

XI. Der Marsch ins "Dritte Reich" 273

Der Stahlhelm als Partner der "nationalen Erhebung" (S. 273) - Seldte als Minister (S. 280) - Zwischen Anpassung und Widerstand (S. 287) - Die Selbstgleichschaltung des Bundes durch Seldte (S. 291) - Stufen der Auflösung (S. 299) - Dem Ende entgegen (S. 307)

Schlussbetrachtung 311

Quellen- und Literaturverzeichnis 326

ABKÜRZUNGEN

BA	Bundesarchiv Koblenz
BA, ZSg	Bundesarchiv Koblenz, Zeitgeschichtliche Sammlung
BdF	Bund der Frontsoldaten
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
IMT	Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg (s. Lit.verz.)
Jd.	Der Jungdeutsche (Tageszeitung des Jungdeutschen Ordens)
RKo.	Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung
St.	Der Stahlhelm (Bundesorgan)
Sta. (1)	Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder, einbändige Ausgabe (s. Lit.verz.)
Sta.I, II	Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder, zweibändige Ausgabe (s. Lit.verz.)
Sta.-Hdb.	Stahlhelm-Handbuch
Sten.Ber.	Stenographische Berichte über die Verhandlungen der verfassungsgebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstags
VB	Völkischer Beobachter
Vjhh	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

Zitierweise bei häufig benützten Zeitungen:
Jahrgang/Nummer/Erscheinungsdatum (Beispiel:
St. 7/38/20.9. 1925 = Stahlhelm, Jg. 7, Nr. 38 vom 20.9.1925).

EINLEITUNG

In dem Bestreben, die Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik aufzuhellen, hat sich die zeitgeschichtliche Forschung mit einer gewissen Ausschliesslichkeit mit der Frühzeit der Republik und ihrer Endphase beschäftigt. Vornehmlich in diesen beiden Zeiträumen hat man die Ursachen für den Zusammenbruch zu ergründen gesucht, so wenn man das Scheitern des konservativ-sozialistischen Bündnisses in der revolutionären Anfangszeit angeführt hat, oder wenn die Endphase der Republik zum Modellfall eines durch "Machtverlust, Machtvakuum, Machtergreifung" markierten stufenförmigen Auflösungsprozesses einer Demokratie wurde.[1)]

Hinter diesen zeitlichen Schwerpunkten der Anfangsjahre und der Endphase traten die Jahre 1924 bis 1928 in der Forschung bislang zurück. Das gilt besonders für die innenpolitische Entwicklung der Republik und für die politischen Parteien, über die unsere Kenntnisse in den "goldenen" Jahren des Weimarer Staats kaum über die Koalitionsverhältnisse in den Reichsregierungen hinausgehen. Mit Recht fordert deshalb Karl Dietrich Erdmann Monographien über die Parteien, die den "Verflechtungen und Bezogenheiten der Staatsgesinnung und ihres Verfalls von den Sozialisten bis zu den Konservativen" nachspüren.[2)] Wenngleich diese Erforschung nicht

---

1) Bracher, K. D., Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie. 2. verbess. u. erw. Aufl. Stuttgart, Düsseldorf 1957.

2) K. D. Erdmann, Die Geschichte der Weimarer Republik als Forschungsproblem, in: Vjhh Jg. 3 (1955), S. 18.

auf die Mittelphase der Weimarer Republik zu beschränken sein wird, so könnte gerade die Untersuchung der "goldenen" Jahre ihren besonderen Reiz bieten. Es wäre beispielsweise zu fragen, ob die sich anbahnende Versöhnung des konservativen Deutschland mit der Republik nicht zu ihrer endgültigen Konsolidierung ausgereicht hätte, oder aber - um die Gegenfrage zu stellen: Haben sich in jenen Jahren nicht bereits die antirepublikanischen Kräfte zum Gegenstoss formiert, die nur noch eines auslösenden Moments bedurften, um in der Endphase Massenbasis zu erlangen?

Ist die Geschichte der Rechtsparteien wenigstens in groben Umrissen bekannt, so führen jene militanten, als Wehrverbände oder als politische Kampfbünde bezeichneten ausserparlamentarischen Gruppen für die Jahre 1924 bis 1929 ein bisher kaum aufgehelltes Schattendasein.[3] Der Grund mag darin zu suchen sein, dass diese Verbände in den meisten Fällen nicht zu den Kräftezentren des politischen Lebens vorstiessen, vielmehr nicht selten in einer sterilen Selbstabschliessung an der politischen Peripherie verharrten oder aber als verlängerte Arme der politischen Parteien kein Eigenleben zu entfalten vermochten.

---

3) Die bisherigen Darstellungen der Kampfbünde, beispielsweise bei Bracher (aaO S. 128 ff.) stützen sich vornehmlich auf die Studie von E. H. Posse, Die politischen Kampfbünde Deutschlands. Berlin 1930. Über den Jungdeutschen Orden liegt eine Monographie von K. Hornung vor, der allerdings den "Jungdo" in einem zu positiven Licht erscheinen lässt (Der Jungdeutsche Orden. Düsseldorf 1958). Den Bund Oberland behandelt H.J. Kuron in seiner Erlanger phil. Dissertation Freikorps und Bund Oberland (1960); der Nachdruck liegt auf der Frühzeit des Verbands, die in allen Einzelheiten dargestellt wird. Bei der ostzonalen Broschüre über den Rotfrontkämpferbund handelt es sich um eine Propagandabroschüre (H. Dünow, Der Rote Frontkämpferbund. Die revolutionäre Schutz- und Wehrorganisation des deutschen Proletariats in der Weimarer Republik. Berlin 1948). Die unveröffentlichte Dissertation der Karl-Marx-Universität Leipzig (1956) von Helmut Lohse (Die revolutionären Traditionen des Roten Frontkämpferbunds unter der Führung von Ernst Thälmann) lag dem Verf. nicht vor. - Zu SA jetzt: H. Bennecke, Hitler und die SA. München u. Wien 1962, sowie A. Werner, SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920 - 1933. Erlanger Phil.Diss. (1964 abgeschlossen) lag dem Verf. in Auszügen vor.

Wenn die Kampfbünde in der zeitgeschichtlichen Forschung in den Hintergrund traten, dann sicher auch deshalb, weil die "Machtergreifung" - entgegen den Erwartungen in konservativen und revolutionären Kreisen - auf "legalem", parlamentarischen Wege erfolgte, an der die nichtnationalsozialistischen Rechtsverbände keinen direkten Anteil hatten, die freilich auch von den militanten republikanischen Organisationen nicht verhindert werden konnte. Diese Tatsache kann den Historiker allerdings nicht von der Verpflichtung entheben, auch solchen Kräften nachzuspüren, denen ein Erfolg versagt blieb, die aber gleichwohl ihren Anteil an der schicksalshaften Entwicklung gehabt haben mögen.

Wenn auch die Wissenschaft von der Politik diesem Verbandstyp wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat, dann doch wohl wegen des singulären, auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg beschränkten Charakters der Kampfbünde. Tatsächlich handelt es sich bei den militanten Verbänden nach dem Ersten Weltkrieg um neuartige politische Organisationen, die allerdings an die Tradition gewisser Verbände der Vorkriegszeit anknüpfen konnten. Man wird hier so unterschiedliche Verbandstypen nennen müssen wie die Krieger- und Veteranenvereine oder die Gruppen der Jugendbewegung, deren Erbe mancher Kampfbund in der Nachkriegszeit übernommen hat. Dazu gehören auch jene, für das wilhelminische Vorkriegsdeutschland typischen allgemein-politischen Agitationsvereine wie der Alldeutsche Verband, der Deutsche Wehrverein oder der Deutsche Flottenverein.

Die Unterschiede zu den Soldatenbünden der Bundesrepublik ergeben sich aus den unterschiedlichen Ausgangspositionen von "Bonn" und "Weimar". Die meisten der heutigen Organisationen ehemaliger Soldaten sehen ihre hauptsächlichste Funktion teils auf sozial- und versorgungsrechtlichem

Gebiet, teils in der Pflege der Tradition,[4] zwei legitime Aufgaben, wie sie auch von den Soldatenverbänden des Auslands wahrgenommen werden, bei den eigentlichen Kampfbünden nach dem Ersten Weltkrieg aber höchstens eine sekundäre Rolle spielten.

Die Soldatenbünde der Bundesrepublik bekennen sich in ihrer überwiegenden Mehrheit ausdrücklich zum demokratischen Aufbau des heutigen Staats; ihre Mitgliederschaft setzt sich im allgemeinen aus Angehörigen a l l e r demokratischen Parteien zusammen, wenn auch in einzelnen Verbänden gewisse Rechtstendenzen nicht zu verkennen sind.[5] Auch die altersmässige Struktur der heutigen Soldatenverbände weist erhebliche Unterschiede zu den Kampfbünden der Weimarer Zeit auf: Von Ausnahmen abge-

---

4) Dazu gehören vor allem die eigentlichen Geschädigtenverbände, die aber nicht nur ehemalige Soldaten umfassen; der Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands (VdK), der Reichsbund der Kriegs- und Zivilgeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen (Reichsbund), der Bund Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriebshinterbliebener e.V. (BDKK) und der Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen e.V. (VdH). Vor allem der Traditionspflege widmen sich die im Kyffhäuserbund zusammengeschlossenen lokalen Kriegervereine.

Für die Soldatenverbände des Auslands vgl. R. Rémond, Les Anciens Combattans et la Politique, in: Revue Française de Science Politique, Jg. 5 (1955), S. 267 ff.

5) Das gilt vor allem für den 1951 aus dem Bund versorgungsberechtigter ehem. Wehrmachtsangehöriger und ihrer Hinterbliebenen (BvW) entstandenen Verband deutscher Soldaten (VdS) und für die Hilfsgemeinschaften auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen (HIAG). Auch der 1951 wiedererstandene Stahlhelm ist politisch rechts ausgerichtet; er kann auch nicht im eigentlichen Sinn zu den unter Anm. 4 genannten Geschädigtenverbänden gezählt werden.

Literatur über die 1951 gegründeten und im Zusammenhang mit der Frage der Wiederbewaffnung eine lebhafte Aktivität entfaltenden Soldatenvereinigungen in der Bundesrepublik: E. Riggert, Zur Lage in den deutschen Soldatenbünden, In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 4 (1955), S. 267 ff.; M. Jeschke, Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945. Berlin 1961, S. 302 ff.; A. Grosser, Die Bonner Demokratie. Deutschland von draussen gesehen. Düsseldorf 1960, S. 288 f.

sehen sind heute die Mitglieder der Soldatenorganisationen ausschliesslich ehemalige Kriegsteilnehmer, während in den Kampfbünden der Jahre 1918 bis 1933 Frontkämpfer nicht selten nur einen Bruchteil der Gefolgschaft ausmachten, die Mehrheit vielmehr aus Angehörigen der Nachkriegsgeneration bestand. Die Andersartigkeit der heutigen Verbände zeigt sich vielleicht am deutlichsten in ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit: Vom militärischen Charakter der Kampfbünde ist kaum noch etwas zu spüren; die uniformierten militanten Verbände, die das Strassenbild der Weimarer Republik beherrschten, sind heute verschwunden.[6]

So erscheint es denn auch kaum möglich, die Kampfbünde der Weimarer Zeit in eine für die Gegenwart gültige, beispielsweise von Breitling vorgelegte Typologie der Verbände einzuordnen.[7] Obwohl die Bünde der Weimarer Republik z. T. vorgaben, die materiellen Interessen der Frontsoldaten zu vertreten, wird man sie kaum zum Typ des sog. Geschädigtenverbands rechnen können, zu dem heutzutage die Kriegsbeschädigten-, die Heimkehrer- und Heimatvertriebenenverbände zu zählen sind. Als politisch-pädagogischen Staatsbürgerverein - ein Typ, zu dem sich heute mancher Geschädigtenverband nach Erledigung seiner bisherigen Aufgaben umzu-

---

6) Ansätze waren bei der 1952 aufgelösten Sozialistischen Reichspartei festzustellen, die eine militante Schutztruppe nach SA-Muster, die Reichsfront, aufgestellt hatte (O. Büsch u. P. Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, Studien über die Sozialistische Reichspartei (SRP). Berlin u. Frankfurt/M. 1957, S. 130 ff.).

7) R. Breitling, Die Verbände in der Bundesrepublik. Ihre Arten und ihre politische Wirkungsweise. Meisenheim am Glan 1955.

Breitling unterscheidet drei Typen von Verbänden: 1. die Wirtschaftsverbände, 2. die Glaubensgemeinschaften und 3. die politischen Verbände. Zu den politischen Verbänden zählt er u. a. die Staatsbürgerverbände, und zwar die "Verbände geschädigter Staatsbürger" und "eigentliche Staatsbürgerverbände", die politisch-pädagogische Funktionen wahrnehmen.

funktionieren sucht -[8] könnte man in den Jahren 1918 bis 1933 nur die republikanischen Verbände, vor allem das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, bezeichnen. Die überwiegende Mehrheit der paramilitärischen Organisationen lehnte den Staat von Weimar ab, ja sie pflegten geradezu ein "negatives Staatsbürgerbewusstsein".[9]

Aber auch einer für die Weimarer Zeit gültigen Klassifizierung der militanten Verbände stehen erhebliche Schwierigkeiten gegenüber. Die verwirrende Vielfalt der nach Struktur und politischer Zielsetzung so verschiedenen "bündischen" Bewegung zeigt sich schon darin, dass sich weder damals noch heute eine einheitliche, für alle paramilitärischen Verbände und für den ganzen Zeitraum zutreffende Bezeichnung durchsetzen konnte.[10] Als ausschlag-

---

8) Die Probleme der Umfunktionierung untersucht M. Teschner am Beispiel des Verband der Heimkehrer in seiner Studie: Entwicklung eines Interessenverbands. Ein empirischer Beitrag zum Problem der Verselbständigung von Massenorganisationen. Frankfurt/M. 1961. Ich verdanke ihm für die folgende Arbeit manche Anregungen.

9) Breitling, aaO, S. 69.

10) Von den paramilitärischen Verbänden werden die "vaterländischen", "nationalen" und "völkischen" Verbände zu unterscheiden sein. Abgesehen davon, dass sich darunter nur die Rechtsverbände subsummieren lassen, sind unter diesen Bezeichnungen nicht nur militärisch strukturierte Verbände zu verstehen, sondern auch allgemein politisch-agitatorische Organisationen, wie beispielsweise der Alldeutsche Verband, aber auch "nationale" berufsständische Vereinigungen.

Die drei oben genannten Begriffe unterscheiden sich allerdings voneinander: "Nationale" Verbände ist ein Synonym für Rechtsverbände; die "nationalistischen" Gruppen bekannten sich häufig zu den Ideen des revolutionären Nationalismus, sich damit abgrenzend von den "vaterländischen" Verbänden, die z. T. bereits im Vorkriegsdeutschland bestanden haben oder eine Wiederherstellung der Monarchie erstrebten. Unter "völkischen" Verbänden wird man im allgemeinen solche Gruppen zu verstehen haben, die betont antisemitisch gesinnt waren.

gebenden Grund dafür wird man den Funktionswandel der Verbände im Verlauf der vierzehn Jahre anführen dürfen. Ein Versuch der Typisierung und Charakterisierung wird von diesem Wandel auszugehen haben. Wenn im Folgenden von drei Typen die Rede ist, dann ist freilich zu beachten, dass eine scharfe Trennung in Wirklichkeit nicht erfolgt ist, dass vielmehr stets Übergangs- und Zwischenformen bestanden. Die Einteilung ist denn eher als eine Hilfskonstruktion aufzufassen, mit der eine bessere Übersichtlichkeit und eine einheitliche Terminologie erreicht werden soll.

In einer ersten Phase der Gründung und Frühzeit könnte man von S e l b s t s c h u t z v e r b ä n d e n sprechen, ein Begriff, unter den sowohl die lokalen Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände als auch die örtlich nicht begrenzten Freikorps zu subsummieren sind. In dem Chaos der unmittelbaren Nachkriegszeit gegründet, übernahmen sie bei fehlender staatlicher Autorität auf Anregung oder im Einvernehmen mit den Regierungen und kommunalen Behörden z. T. staatliche Hoheitsfunktionen und sorgten für die "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung". Im Verein mit der erst im Aufbau befindlichen Reichswehr und der Polizei kämpften die Verbände gegen Spartakisten und Kommunisten und sicherten, besonders als Freikorps, die Grenze im Osten. Hauptsächlich aus ehemaligen Soldaten bestehend und ursprünglich Angehörige aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten umfassend, zeigten sich in den Selbstschutzverbänden, besonders in den Freikorps, bald antirepublikanische Tendenzen, die beim "Kapp-Putsch" offen in Erscheinung traten. Die Darstellung des Stahlhelm als dem ältesten der militanten Verbände wird die Motive der Gründung, die ursprüngliche Zielsetzung und die politische und soziale Struktur eines solchen Selbstschutzverbandes aufzeigen.

Nach dem Verbot der Freikorps und Einwohnerwehren durch die Alliierten formierten sich die militanten Gruppen in W e h r v e r b ä n d e um, die man zutreffend als "Kinder der Freikorpsbewegung" bezeichnet hat.[11] Im Unterschied zu den von den Behörden protegierten Selbstschutzgruppen waren die im allgemeinen zahlenmässig stärkeren und überregional verbreiteten Wehrverbände private Organisationen. Ihre Aufgabe bestand auch weniger in der "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" im Innern als vielmehr vornehmlich in der sog. wehrsportlichen Ausbildung ihrer Mitglieder und in der Mitarbeit bei der Landesverteidigung. Sie stellten gewissermassen ein zweites Aufgebot der Reichswehr dar, die die Verbände auch ideell und materiell förderte.

Den eigentlichen Höhepunkt ihrer Aktivität erreichten die Wehrverbände nach dem Ruhreinmarsch der Franzosen im Jahre 1923, als mit einem weiteren Vorrücken der französischen Truppen und einem Einfall der Polen gerechnet wurde. Die Ereignisse im Herbst des Jahres zeigten freilich auch allzu deutlich, dass ein Teil der Wehrverbände neben der Verteidigung des Reiches ein zumindest gleich starkes Interesse an einer "inneren Bereinigung" hatte: Wie 1920 die Freikorps, wandten sich im Herbst 1923 die bayerischen Wehrverbände gegen die Republik. Die Untersuchung eines vornehmlich in Nord- und Mitteldeutschland verbreiteten Verbandes wird die bisherigen, vor allem die Aktivität der bayerischen Verbände berücksichtigenden Darstellungen in mancherlei Hinsicht ergänzen können.

---

11) K. D. Bracher, Auflösung einer Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik als Forschungsproblem, in: Faktoren der Machtbildung. Wissenschaftliche Studien zur Politik. Berlin 1952, S. 74.

Nach der inneren und äusseren Stabilisierung der Republik, als eine gewaltsame Auseinandersetzung in weite Ferne gerückt zu sein schien und damit die Funktion des Selbstschutz- und Wehrverbands an Aktualität verloren hatte, wird man die militanten Organisationen nach einem Politisierungsprozess in den Jahren 1925/26 als p o l i t i s c h e K a m p f b ü n d e bezeichnen dürfen. Der Nachdruck wird dabei im Gegensatz zu den als "unpolitisch" geltenden Wehrverbänden auf dem Wort "politisch" zu liegen haben. Die Übergänge zwischen "Wehrverband" und "politischem Kampfbund" sind freilich fliessend, vor allem deshalb, weil sich der Politisierungsprozess bei einzelnen Verbänden über mehrere Jahre erstreckte und die militärische Struktur beibehalten wurde, auch als ein Teil der Verbände durch Einbeziehung der Nachkriegsgeneration mehr und mehr den Charakter von Frontsoldatenorganisationen verlor.

In der Öffentlichkeit hat sich denn auch die Bezeichnung "politischer Kampfbund" nicht allgemein durchgesetzt. So sprach man in der Reichswehr - das militärische Potential der Organisationen in den Vordergrund stellend - weiterhin von Wehrverbänden, während eine antidemokratische Publizistik den p o l i t i s c h e n Charakter der Verbände herausstellte, in denen die geistigen Wortführer des revolutionären Nationalismus die geeignete Plattform für ihre Ideen sahen. Aber auch unter der Führerschaft und bei den Mitgliedern der Organisationen herrschte keineswegs eine einheitliche Auffassung über Funktion und Zielsetzung ihrer Verbände, was nicht zuletzt auf die unklare Haltung der Führer selbst zurückzuführen war, die aus innen- und aussenpolitischen Gründen ihre Absichten zu kaschieren gezwungen waren.

Trotz alledem wird man bei den Verbänden in den Jahren 1925/26 eine politische Neuorientierung und Umfunktionierung feststellen können, so wenn beispielsweise die SA der National-

sozialisten - endgültig die Wehrverbandskonzeption aufgebend - jetzt endgültig zur Parteitruppe wurde oder wenn das republikanische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nach der inneren Konsolidierung der Republik politisch-pädagogische Funktionen übernahm und sich um die Ausbreitung des republikanischen Gedankens bemühte. Auch im Bereich der "nationalen" Verbände fanden Frontverschiebungen statt: Einzelne Gruppen, besonders der Jungdeutsche Orden, näherten sich unter Akzeptierung der von Aussenminister Stresemann eingeleiteten Politik der Aussöhnung mit Frankreich und unter dem Eindruck der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten vorsichtig dem Staat von Weimar. Für andere "nationale" Verbände dagegen wurden gerade diese Fakten zum Ausgangspunkt einer Verschiebung der innenpolitischen Freund-Feind-Gruppierung vom Bolschewismus zum Staat von Weimar. Für diese Kampfbünde gestaltete sich so der Politisierungsprozess zu einem Radikalisierungsprozess.

Auf dem Hintergrund dieser allgemeinen Tendenzen wird die strukturelle und politische Entwicklung des Stahlhelm von einer lokalen Frontsoldatenvereinigung und Selbstschutzorganisation zum grossen radikalen Kampfbund der "Harzburger Front" darzustellen sein, wobei der Schwerpunkt - entsprechend der Bedeutung des Bundes - auf den Jahren 1925 - 1929 liegen wird. Die besonderen Schwierigkeiten der Umwandlung, die sich aus der politischen Heterogenität der Mitgliederschaft ergaben, wie auch die Grenzen der späteren politischen Aktivität werden nur verständlich werden, wenn es gelingt, den Charakter des Stahlhelm als einer Sammelorganisation ausserparlamentarischer "nationaler" Kräfte herauszuarbeiten. Es erscheint deshalb unerlässlich, den organisatorischen Aufbau des Bundes, die innerverbandliche Willensbildung, die Finanzierung und die Struktur des Führerkorps und der Mitgliederschaft darzustellen. Im Mittelpunkt des historischen Interessen wird indessen stets

der Mensch zu stehen haben. Deshalb ist die Aufmerksamkeit immer wieder auf das Handeln der Bundesführer und der leitenden Funktionäre zu richten, deren konträre politische Zielsetzung wiederholt den Anlass zu Führungskämpfen im Bunde bildeten.

Diese Meinungsverschiedenheiten der höheren Führerschaft spiegeln freilich nur die verschiedenartigen, im Bunde virulenten politischen und ideologischen Strömungen des bürgerlich-konservativen und revolutionären Nationalismus wider, die eine einheitliche Willensbildung und progammatische Fixierung der Ziele des Bundes unendlich erschwerten und einen geschlossenen Einsatz der Organisation im politischen Raum deutliche Grenzen setzten. Es wird im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich sein, sich im einzelnen mit dem verwirrenden Panorama der antidemokratischen Ideen auseinanderzusetzen. Das ist an anderer Stelle hinreichend geschehen;[12] wichtiger erschien es, die politische Aktivität und den Einfluss der antidemokratischen Ideologen, der sog. "Frontliteraten", auf den Stahlhelm darzustellen und zu versuchen, am Beispiel einer Massenorganisation die Breitenwirkung der antidemokratischen Ideen zu beleuchten, wobei allerdings stets die Tatsache vor Augen zu halten sein wird, dass der"Anteil ideeller Triebkräfte auf die geschichtliche Entwicklung" nie genau zu bestimmen ist.[13]

Gilt es so auf einer Ebene das Verbandsgeschehen im Innern zu verfolgen, so werden auf einer zweiten Ebene die Aussenaktivitäten des Bundes darzustellen sein. Dabei wird sich

---

12) K. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962; K. Klemperer, Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. München u. Wien 1961; A. Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 - 1932. Grundriss ihrer Weltanschauungen. Stuttgart 1950; weitere Literaturangaben bei Sontheimer, aaO, S. 11.

13) K. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, in: Vjhh Jg. 5 (1957), S. 43.

die Darstellung nach verschiedenen Seiten zu entfalten haben. Ein erster Gegenstand der Untersuchung werden die Beziehungen des Stahlhelm zur "bündischen"Bewegung sein, wo der Verband entsprechend seiner Grösse eine führende Position einnahm und wiederholt im Mittelpunkt von Sammlungsbemühungen stand. Diese verfolgten das Ziel, den ausserparlamentarischen Gruppen ein Mitspracherecht am politischen Geschehen zu sichern, beispielsweise bei der Wahl des Reichspräsidenten im Jahre 1925, beim Propagandafeldzug gegen den Vertrag von Locarno oder gar durch die Gründung einer eigenen parlamentarischen Vertretung, einer besonderen "Frontsoldatenpartei".

An all diesen Bestrebungen hatte der Stahlhelm seinen Anteil. Eine Untersuchung dieses Verbands lässt deshalb über den engeren Rahmen einer Verbandsgeschichte hinaus einen Einblick in das vielfältige Spektrum der "bündischen" Bewegung mit ihren verschiedenartigen Verbandstypen und ihren mannigfachen Wandlungen erhoffen. So wird man die vorliegende Monographie als einen Beitrag zur Geschichte der politischen Kampfbünde in der Weimarer Republik verstehen dürfen.

Freilich unterscheidet sich der Stahlhelm von der Mehrzahl der zahlreichen "nationalen" Bünde und Grüppchen, die - ähnlich der Jugendbewegung - in einer selbstgewählten Isoliertheit und Exklusivität verharrten und nicht selten in unfruchtbarer Sektiererei endeten. Dem Stahlhelm gelang es, die "bündische" Isolierung zu druchbrechen und im ausserparlamentarischen Raum eine beträchtliche politische Aktivität zu entfalten. Im Mittelpunkt der Arbeit werden deshalb die verschiedenen Versuche der Verbandsführung stehen, zwischen "Putsch und Parlamentarismus" zu politischem Einfluss zu gelangen und die öffentliche Meinung für die Ziele der "Nationalen Opposition" zu gewinnen, sei es durch Kundgebungen und Massenaufmärsche,

durch Volksbegehr-Aktionen, sei es als Interessenverband durch "Stahlhelm-Abgeordnete" bei den Rechtsparteien oder durch direktes Eingreifen bei der Reichspräsidentenwahl im Jahre 1932.

Erste Ziel der "Stahlhelm-Politik" war die Bildung einer einheitlichen "Rechtsfront" aller "nationalen" Parteien und Bünde, an deren Institutionalisierung die Bundesführung wegen der politisch so heterogenen Gefolgschaft schon aus innerverbandlichen Gründen das grösste Interesse haben musste. Die politischen Aktionen werden deshalb stets unter dieser taktischen Zielsetzung zu sehen sein. Dabei ist zu erwarten, dass die Kenntnis von den vielgestaltigen Gruppen der "Nationalen Opposition" besonders im ausserparlamentarischen Bereich eine Erweiterung erfahren wird. Die besondere Aufmerksamkeit wird der Frage zu gelten haben, inwieweit bereits in den "goldenen" Jahren der Republik im ausserparlamentarischen Raum Ansätze zu einer 1930 offen zu Tage tretenden Radikalisierung festzustellen sind.

Unterscheidet sich der Stahlhelm in seiner, vielfach auf das Tätigkeitsfeld der politischen Parteien übergreifenden Aktivität einerseits von den meisten Gruppen der "bündischen" Bewegung, so wird er andererseits von einem anderen Typ des politischen Verbands zu differenzieren sein: von der Parteitruppe oder "Parteiarmee". Darunter sind solche militante Gruppen zu verstehen, die in enger organisatorischer Verbindung mit einer oder mehreren politischen Parteien standen, also vor allem die SA der Nationalsozialisten, der Rote Frontkämpferbund der Kommunisten und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Schutztruppe der "Weimarer Parteien", vor allem der SPD. Die Militarisierung des politischen Lebens in der Weimarer Republik und der Strukturwandel der Parteien wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass in der Endphase der Republik sich fast alle Parteien besondere militante Satellitenorganisationen angliederten: das Zentrum

die Kreuzscharen, die Bayerische Volkspartei die Bayernwacht, die Deutschnationale Volkspartei die Kampfringe junger Deutschnationaler.

Das Verhältnis des Stahlhelm zu den Rechtsparteien war zwiespältig. Auf der einen Seite fungierte der Bund als Wahlhilfstruppe für die Rechtsopposition, ähnlich dem Reichsbanner für die republikanischen Parteien, auf der anderen Seite verstand sich der Bund bei Betonung des in der "bündischen" Bewegung üblichen Antiparteienaffekts als neue Form politischer Repräsentation und lehnte die Angliederung an eine Partei ab. Die sich daraus ergebenden Spannungen innerhalb der Organisation werden ebenso beleuchtet werden müssen wie die vielfachen Wechselbeziehungen zu den Rechtsparteien, insbesondere zur Deutschen Volkspartei und mehr noch zu den Deutschnationalen. Dabei lässt die Untersuchung insbesondere für die Endphase der Republik neue Aspekte für das Verhältnis Stahlhelm - DNVP erwarten. So könnte die vorliegende Untersuchung auch als Beitrag zur Geschichte der Rechtsparteien in der Weimarer Republik aufgefasst werden.

Das besondere Interesse wird d e r Partei gelten müssen, die beim Wettlauf um die "Macht" Siegerin blieb, der NSDAP. Ein wesentliches Anliegen der Arbeit ist es, zu untersuchen, inwieweit die "nationalen" Kampfbünde im allgemeinen und der Stahlhelm im besonderen als Wegbereiter des Nationalsozialismus anzusehen sind. Allerdings wird es dabei weniger darauf ankommen, die ideologischen und programmatischen Gemeinsamkeiten oder Unterschiede im einzelnen herauszuarbeiten. Ein solcher Versuch wäre angesichts der Verschwommenheit des sich in einer Anti- Weimar - und Anti-Versailles - Agitation erschöpfenden "Stahlhelm-Programms" und der Vieldeutigkeit der programmatischen Äusserungen der NSDAP wenig fruchtbar. Vielmehr werden zwei andere Momente im Vordergrund der Untersuchung stehen: Einmal

wird die Frage zu stellen sein, inwieweit der Stahlhelm durch seine nationalistische Agitation und durch seine politische Aktionen dem Nationalsozialismus den Boden bereitet hat, zum anderen gilt es darzustellen, wie es der NSDAP in verhältnismässig kurzer Zeit gelang, einen beträchtlichen Teil der Stahlhelm-Gefolgschaft für sich zu gewinnen.

Unter diesem Blickwinkel wird die Taktik des Stahlhelm in der Endphase der Weimarer Republik und sein Handeln als "Partner" im "Kabinett der nationalen Erhebung" vom 30. Januar 1933 darzustellen sein. Es ist zu erwarten, dass die vorliegende Studie bei der Behandlung der überraschend schnellen "Gleichschaltung" des Bundes im April 1933 neue Akzente setzen wird. Im übrigen gilt es sowohl die zur Kooperation mit den Nationalsozialisten bereiten Strömungen im Bunde zu beleuchten wie auch die sich um den Zweiten Bundesführer Duesterberg scharenden oppositionelle Gruppe herauszuarbeiten. Indem in gestraffter Form die einzelnen Stufen der "Gleichschaltung" aufgezeigt werden, könnte die Arebeit eine notwendige Ergänzung zum "Ende der Parteien" im Jahre 1933 sein.

Neben der innerverbandlichen Entwicklung und den Beziehungen zur "bündischen" Bewegung und den Rechtsparteien wird auf einer dritten Ebene das Verhältnis zur Staatsgewalt, zur Weimarer Republik, darzustellen sein. Das wird auf zweierlei Weise erfolgen müssen: Einmal gilt es, den Wandel im Verhältnis zum Staat von Weimar zu verdeutlichen, zum anderen werden die Reaktionen der republikanischen Regierungen, insbesondere Preussens, auf die radikale Entwicklung des Bundes zu zeigen sein. Wenn man sich vor Augen hält, dass Reichspräsident Hindenburg Ehrenmitglied des Stahlhelm war, dass die Reichswehr als ideelle und materielle Förderin des Bundes zu gelten hatte, dann sind damit die Grenzen einer wirksamen Bekämpfung des Stahlhelm aufgezeigt.

Die vorliegende Untersuchung lässt am Beispiel eines Verbandes einen Seitenblick fallen auf die Problematik des Schutzes der Republik.

Der ganze Komplex von Stahlhelm und staatlicher Autorität wird allerdings kaum mehr als angedeutet werden können. Diese Beschränkung gilt insbesondere für das Verhältnis zur Reichswehr. Bei einer Monographie, die sich vornehmlich die Aufgabe stellt, die politische Entwicklung des Stahlhelm und seine Rolle innerhalb der "Nationalen Opposition" darzustellen, werden die vielfältigen Beziehungen von Reichswehr und Stahlhelm als dem zeitenweise bedeutendsten Verband nur am Rande behandelt werden können.

In methodischer Hinsicht bedarf die Arbeit noch einer Erläuterung: Wenn von der Umformung des Stahlhelm in einen politischen Verband die Rede sein wird oder wenn seine politische Tätigkeit dargestellt wird, dann nicht um modellartig die Umfunktionierung eines Verbandes und die Aktionsformen und Aktionsmittel einer ausserparlamentarischen Organisation aufzuzeigen. Das wäre eine Aufgabe der Wissenschaft von der Politik. Vielmehr sollen diese Probleme auf dem Hintergrund der Geschichte der Weimarer Republik in der Form einer historischen Monographie untersucht werden. Eine systematische Darstellung der hier einleitend aufgeführten Aspekte oder eine Zweiteilung der Studie in einen systematischen und historischen Teil erwies bei den für den Stahlhelm kennzeichnenden Wandlungen - sowohl in seiner innerverbandlichen Struktur als auch in seiner Aussenaktivität - als wenig sinnvoll.

Den drei Ebenen der Untersuchung entsprechen die Quellen. Für die innerpolitische Verbandsaktivität machte sich der Mangel an ungedruckten Quellen der Bundesleitung besonders schmerzlich bemerkbar: Die Akten befinden sich im Zentral-

archiv in Potsdam, das eine Einsichtnahme nicht gestattete. Immerhin war es möglich, wenigstens die Unterlagen von einigen Gauen in Westdeutschland heranzuziehen, die auch über die Absichten der Bundesführung Aufschluss zu geben vermögen. Die Hauptquelle bildete indessen gedrucktes Material, vor allem das seit 1919 erscheinende Bundesorgan. Hinzu kamen Führerzeitschriften, Broschüren, Jahr- und Handbücher sowie Rundschreiben und Flugblätter, die teils vom Bundesarchiv Koblenz (Zeitgeschichtliche Sammlung), teils von der Bibliothek für Zeitgeschichte (Weltkriegsbücherei) Stuttgart, teils aus Privatbesitz zur Verfügung gestellt wurden.

Bei der dezentralisierten Struktur der Organisation erwies es sich als notwendig, ausser Material der Bundesleitung auch Publikationen der regionalen Gliederungen, der Landesverbände und Gaue, heranzuziehen, aus denen nicht selten andere, den Intentionen der Bundesleitung zuwiderlaufende Absichten erkennbar wurden. Dazu kamen Zeitschriften von Stahlhelm-Kreisen, die in Opposition zur Bundesleitung standen, ferner Publikationen von Vereinigungen und Zirkeln der "Konservativen Revolution".

Eine zweite Gruppe von Quellen umfasst Material von Organisationen, die dem Stahlhelm politisch nahestanden oder mit ihm strukturell verwandt waren, also vor allem Unterlagen der NSDAP, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bünde. Es handelt sich hier teils um gedrucktes Material, teils um Zeitschriften oder Zeitungen der betreffenden Organisationen. Als besonders fruchtbar erwies sich die Auswertung von Publikationen der Bünde, der Reichsbannerzeitung und mehr noch der Zeitung des Jungdeutschen Ordens, die als einzige Tageszeitung der "bündischen" Bewegung aus intimer Kenntnis des Stahlhelm ausführlich und kritisch seine innere und äussere Entwicklung verfolgte. Diese Zeitung gab auch in reichlichem Masse Pressestimmen

wieder, so dass auf eine Heranziehung von nicht-parteigebundenen Tageszeitungen weitgehend verzichtet werden konnte. Zeitungsausschnitte fanden sich zudem in den Akten.

Zur Darstellung des Verhältnisses von Stahlhelm und Staat standen Akten der Reichskanzlei zur Verfügung, besonders für die Zeit des Teilverbots in den Jahren 1929/30. Es gelang auch die in verschiedenen Akten zerstreuten, für die Entwicklung der Rechtsbewegung instruktiven Lageberichte des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung wenigstens für die Zeit von 1925 bis 1929 ausfindig zu machen und sie für die Arbeit auszuwerten. Bei der Darstellung einer ausserparlamentarischen Organisation traten die Stenographischen Berichte des Reichstags naturgemäss zurück; die Befragung von noch lebenden Mitgliedern des Bundes erwies sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, als wenig ergiebig.

Nachlässe und Memoiren vermochten wenigstens zum Teil das fehlende Aktenmaterial zu ersetzen. Dass darüber hinaus das zeitgenössische Schrifttum über den Stahlhelm und über verwandte Organisationen herangezogen wurde, ist ebenso selbstverständlich wie die Verarbeitung der nach 1945 erschienenen Literatur. So ist zu hoffen, dass es trotz einem, vor allem für die Frühzeit fühlbaren Mangel an Quellen gelingen wird, ein zutreffendes Bild von der grössten ausserparlamentarischen Organisation der Rechten zu entwerfen, und damit einen Beitrag zur Geschichte der "Nationalen Opposition" in der Weimarer Republik zu geben.

I. Gründung und Frühzeit: Der Stahlhelm als Selbstschutz- und Wehrverband (1918 - 1923)

Die ersten Ortsgruppen im Raum Magdeburg und Halle/S. (S. 1) - Stahlhelm und Orgesch (S. 10) - Radikalisierende Tendenzen und Verbot im Jahre 1922 (S. 13) - Der Stahlhelm im Jahre 1923 (S. 18) - Folgen der Herbstereignisse 1923 für die weitere Entwicklung des Bundes (S. 27)

Wie der Gründer des Stahlhelm, Franz Seldte, in seinen Erinnerungen andeutet, hatte er schon im ersten Kriegsjahr die Idee, nach dem Kriege die angeblich "durch gleiche Not und gleiches Erleben zu unlösbarer Gemeinschaft verbundenen Frontkameraden ohne Rücksicht auf Rang, Würde, Titel, Partei und Religion" in einem Verband zu vereinigen. Am 13. November 1918 erläuterte Seldte, der als Hauptmann der Reserve und Führer einer Maschinengewehrkompanie an der Somme den linken Arm verloren hatte, einigen Kameraden seine Gedanken über die Gründung eines Soldatenbundes,[1] der freilich jetzt - nach der "Novemberrevolution" - eine ganz konkrete Aufgabe übernehmen sollte, nämlich: "diese Schweinerei von Revolution nicht weiter so hingehen zu lassen".[2]

Die Gründungsversammlung fand am 25. Dezember 1918 in Magdeburg statt. Nach dem Protokoll sollte der Zweck des Bundes sein, 1. "die Kameraden der Front auch in der Heimat zusammenzuschliessen und die im Felde geübte treue Kameradschaft weiter zu pflegen"; 2."trotz der durch den 9. November geschaffenen Lage für Ruhe und Ordnung im Lande zu sorgen"; 3. "die gegenseitige Unterstützung ohne Rücksicht auf Standesklassen- und Parteienunterschiede."[3] Damit sind die beiden, für die nächste

---

1) Sta.-Hdb. 1927, S. 5; F. Seldte, M.G.K. Leipzig 1929, S. 296. zur Frühzeit des Bundes auch: S. Graff, Gründung und Frühzeit des Bundes in: Sta. (1), S. 19 ff. Vgl. auch Posse, aaO S. 20 ff.

2) Seldte auf der Gründungsversammlung, abgedr. in: Sta. (1), S. 26.

3) Gründungsprotokoll vom 25.12.1918, abgedr. in: Sta. (1), S. 185.

Zeit dominierenden Funktionen des Verbandes angedeutet, einmal die des Kriegervereins - Pflege der Kameradschaft, Interessenvertretung - und die des Selbstschutzverbandes - Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

Wenngleich in den ersten Wochen eine gegenrevolutionäre Stimmung in der Magdeburger Ortsgruppe herrschte und die Zurückhaltung gegenüber den neuen Machthabern auch aus dem Gründungsprotokoll hervorgeht, so waren die Frontsoldaten trotzdem bereit, sich dem neuen Staat zu Verfügung zu stellen, "ihr Letztes herzugeben, um Deutschland zu retten", wie sich Seldte auf der Gründungsversammlung äusserte. Das Bekenntnis zur Republik und Demokratie, wie es in den Satzungen und in ersten Flugblättern der Magdeburger Ortsgruppe zum Ausdruck kommt,[4] wird man gewiss nicht als Beweis für republikanische Überzeugung werten können, aber auch nicht als reine Phrase oder als Mittel der Tarnung. In den ersten Verlautbarungen des Bundes spürt man bei aller Unklarheit die Wirkung des Weltkrieges als "der grössten demokratischen Welle" [5] etwas von der Echtheit jenes in späteren Jahren ideologisierten, angeblich die Klassen und Parteien verbindenden Fronterlebnisses, etwas von jener im Schützengraben verwirklichten, im wilhelminischen Vorkriegsdeutschland vergeblich erstrebten "Volksgemeinschaft", die in den von Walther Rathenau konzipierten, von ihm keineswegs als vorübergehende Einrichtung gewerteten "Kriegswirtschaft" ihre Entsprechung in der Heimat gefunden hatte.[6] So ist es auch verständlich, dass den Frontsoldaten des "Volksheeres" der Abschied von der Monarchie offenbar nicht allzu schwer fiel, nicht nur weil ihre Vertreter in der Sicht der Frontkämpfer im November 1918 versagt hatten, sondern auch weil die Soldaten "in die engen Formen einer früheren Verfassung "nicht mehr hineingepasst hätten, wie Seldte einmal in der Frühzeit sagte. "Wir hätten", meinte der Gründer

4) In den Satzungen der Ortsgruppe Magdeburg vom 25.2.1919 hiess es: "Politisch steht der Bund auf demokratischer Grundlage und stellt sich rückhaltlos auf den Boden der neuen Zeit für die Regierung..." (Sta. 1, S. 30); in einem Flugblatt der Ortsgruppe Magdeburg aus der Frühzeit hiess es, der Stahlhelm stehe "auf dem Boden der republikanischen Staatsform" (Amtl. Preussischer Pressedienst, zit. nach St. 13/12/29.3.1931).

5) General Groener, zit. nach Posse aaO, S. 5.

6) Vgl. dazu von Klemperer, aaO, S. 68 ff.

des Stahlhelm, "mit einem Lachen des Siegers die freiheitliche Staatsform selbst ergriffen."[7]

Die Tatsache, dass es sich beim Stahlhelm der Gründungszeit nicht um eine reaktionäre und antirepublikanische Organisation handelte, wird durch die politische Herkunft der ersten Mitglieder und Führer belegt. Es scheint, dass tatsächlich ursprünglich gemäss den Satzungen jeder Soldat, der "an der Front vor dem Feinde gestanden hatte", ohne Rücksicht "auf Rang und Stand, Religion und Parteizugehörigkeit" Mitglied des Bundes der Frontsoldaten werden konnte. So gehörten anfangs auch Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei und Sozialdemokraten, offenbar sogar Parteisekretäre, dem Stahlhelm an,[8] ebenso wie Freimaurer und Juden; "Namen wie Katz, Stern, Katzmann und Goldstein waren" - wie es in einer späteren jüdischen Erklärung heisst - "wohlgelitten", ja zählten sogar zu den Gründern des Bundes.[9] Schon bald blieben freilich Frontsoldaten, "die linksradikalen Parteien" angehörten - und dazu zählte man auch die SPD - von der Mitgliedschaft ausgeschlossen;[10] Juden wurde die Zugehörigkeit später ausdrücklich verboten.

Auffallend und ebenfalls im Gegensatz zur späteren Entwicklung ist die geringe Zahl von ehemals aktiven Offizieren in der Magdeburger Ortsgruppe. Nicht eines der zwanzig Gründungsmitglieder war aktiver Offizier gewesen; der Stahlhelm sollte nach den Intentionen seines Gründers in erster Linie die "Frontkameraden des Mannschaftsstandes" umfassen.[11] Die Gründungsmitglieder und ersten Führer im Magdeburger Raum gehörten eher der poli-

---

7) Seldte auf der Reichsgründungsfeier des Stahlhelm (St. 3/3/1.2.1921).

8) Berliner Tageblatt Jg. 53, Nr. 162 v. 4.4.1924 (Morgenausgabe); Reichsbanner Jg. 7 (1930), Nr. 46 v. 15.11.1930; St.3/3/1.2.1921 (Seldte).

9) CV-Zeitung (Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V.) Nr. 39 vom 25.9.1931 zit. in: Offener Brief an den Stahlhelm BdF, o.O. u. J. S. 5. Die Zeitschrift erinnerte an die Frühzeit des Stahlhelm anlässlich von antijüdischen Ausschreitungen in Berlin, an denen neben Nationalsozialisten auch Stahlhelmer teilgenommen hatten.

10) Satzung der Ortsgruppe Hildesheim v. 11.8.1921 (BA ZSg1-88/3).

11) Sta. (1), S. 23.

tischen Mitte an: Dr. Gustav Bünger, Rechtsanwalt und Hauptmann der Reserve, bis zum März 1920 Erster Bundesvorsitzender, war "mehr liberal" gesonnen; Studienrat Ludwig, mehrjähriger Generalsekretär des Bundes, galt als Vertrauensmann Gustav Stresemanns, des Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei; Rechtsanwalt Schaper, Mitglied des Bundesvorstands, gehörte der Deutschen Demokratischen Partei an.[12)]

Seldte, bei Kriegsende 36 Jahre alt und Inhaber einer kleineren chemischen Fabrik in Magdeburg, war vor dem Kriege Anhänger der National-liberalen Partei, gehörte 1918 zu den Mitbegründern der Deutschen Volkspartei in Magdeburg und war Stadtverordneter und Provinzialabgeordneter.[13)] Aus dieser Zeit stammen wohl seine Beziehungen zu Stresemann, der dem Stahlhelm wie anderen gemässigten "nationalen" Verbänden nicht unsympathisch gegenüberstand. Diese Verbindung dürfte den Bund trotz zunehmender Radikalisierung mehrere Jahre vor einem Verbot durch die preussische Regierung bewahrt haben; sie war aber auch der Anlass zu erheblichen Spannungen im Bunde, in deren Verlauf der mässigende Einfluss der DVP allmählich ausgeschaltet, Seldte selbst später zum Austritt aus der Partei gezwungen wurde. Anfänglich von gemässigter Tonart und auf Ausgleich der verschiedenartigen, in den Stahlhelm einströmenden Elemente und Tendenzen bedacht, sah

---

12) F.C. Roegels, Der Marsch auf Berlin. Berlin 1932, S. 50; Denkschrift des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen über die Aufdeckung der Magdeburger Spitzelzentrale v. 20.8.1920 (BA R 43 I/ 2731); Reichsbanner Jg. 7 (1930), Nr. 46 v. 15.11.1930.

13) Seldte geboren am 29.6.1882 in Magdeburg als Sohn eines Fabrikanten, 1933 bis Mai 1945 Reichsarbeitsminister, gestorben am 1.4. 1947 im Gefängnishospital in Fürth; zur Biographie Seldtes: W. Kleinau, Franz Seldte. Berlin 1933; W.E. Frhr. v. Medem, Seldte, Duesterberg, Leipzig, Berlin 1933; Junius Alter, Nationalisten. Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit. Leipzig 1930, S. 102 ff; Graff in: Sta. (1), S. 20 ff; Sta.-Hdb. 1927 S. 76 ff. Seldtes unzuverlässige Aussage im Zusammenhang mit dem Nürnberger Prozess (Vernehmung 29.10.1946, IfZ. Archiv 1948/56). Vgl. auch Seldtes stark autobiographische Trilogie über Kriegs- und Nachkriegszeit "Fronterlebnis" (H.G.K., Dauerfeuer, Vor und hinter den Kulissen, Leipzig 1929-30).

Zum Verhältnis Seldte-Stresemann: Alter, aaO, S. 109; H. Langermann, Kampf und Sieg des Stahlhelm in Mitteldeutschland in: H.H.Frh. Grote (Hrsg.), Deutschlands Erwachen. Das Buch vom Niedergang und Aufstieg des deutschen Volkes 1918-1933. Essen 1933, S. 287.

sich Seldte in der Folgezeit einem immer stärkeren Druck von radikaleren Mitgliedern ausgesetzt, denen er sich mehr und mehr anpassen musste, wollte er seine Stellung in dem von ihm gegründeten Bunde nicht verlieren. Seldte ist es wohl aber in erster Linie zuzuschreiben, wenn der Stahlhelm als Gesamtorganisation in den ersten stürmischen Jahren der Republik an keinem der verschiedenen Putschversuche aktiv teilgenommen hat.

Die Wahl der Farben Schwarz-Weiss-Rot als Bundesfarben auf der Gründungsversammlung am 25. Dezember 1918 wird man zunächst nicht als Beweis einer antirepublikanischen Tendenz interpretieren dürfen: Die Frontsoldaten wählten die Fahne, unter der sie vier Jahre gekämpft hatten. Als die Nationalversammlung im August 1919 Schwarz-Rot-Gold als Reichsfarben bestimmte, waren innerhalb des Bundes sogar Bestrebungen im Gange, die bisherige schwarz-weiss-rote Bundesfahne aufzugeben, da sie die Kameraden "abstossen" könnte.[14)]

So umstrittene Themen wie die Flaggenfrage oder die Diskussion um die Staatsform versuchte man anfänglich zurückzustellen, wie überhaupt Politik zunächst im Bunde keine Rolle spielte. In den Satzungen der ersten Ortsgruppen war häufig festgelegt, dass der Stahlhelm kein "politischer Verein" sei und "keine politischen Ziele" verfolge.[15)] Im Vordergrund der Stahlhelm-Arbeit standen vielmehr zunächst soziale Aufgaben. Die Ortsgruppen waren bemüht, die materielle Not der heimkehrenden Soldaten zu lindern, die Mitglieder verpflichtet, sich gegenseitig wirtschaftlich zu helfen. Durch Fühlungnahme mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden suchte man die Frontsoldaten wieder in das Zivilleben einzugliedern. Stellenvermittlungen wurden eingerichtet und Rechtsauskünfte für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erteilt.

---

14) Antrag der Ortsgruppe Hannover, der freilich von der Hauptversammlung am 14.3.1920 abgelehnt wurde (St. 2/7/1.4.1920).

15) Satzung der Ortsgruppe Hildesheim v. 11.8.1921 (BA ZSg 1-88/3); Satzung der Ortsgruppe Halle v. 14.8.1919, abgedr. in: Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland, 2. Aufl. Halle/S. 1926, Anlage 6. In der Satzung der Ortsgruppe Hildesheim hiess es: "Der Stahlhelm ist ein wirtschaftlicher Verein ehemaliger Frontsoldaten .."

Auch gegenüber Staat und Gesellschaft suchte der Stahlhelm die Interessen der heimkehrenden Frontsoldaten zu vertreten, die sich bald bitter darüber beklagten, dass, während sie draussen an der Front ihr Leben für das Vaterland eingesetzt hätten, "die Zuhausgebliebenen" ihnen vielfach Arbeit und Verdienst genommen, "Kriegs- und Revolutionsgewinnler" sich die Taschen gefüllt und "unfähige und unlautere Elemente" sich in die führenden Stellen gedrängt hätten.[16] Schon auf der ersten grossen Kundgebung am 6. Januar 1919 wurden deshalb in einer Resolution "die leitenden Stellen" aufgefordert,"weit mehr als bisher für die Interessen der heimgekehrten Frontsoldaten zu sorgen"; in den Parlamenten und den Regierungen müssten Frontsoldaten "in viel grösserem Umfange wie bisher .. Sitz und Stimme finden."[17]

Schien es so, als sähe der Stahlhelm seine Hauptaufgabe in der Interessenvertretung der Frontsoldaten und in der Pflege der Kriegskameradschaft, so erhielt der Bund, ebenso wie die anderen Anfang 1919 gegründeten Verbände, tatsächlich erst durch den Einsatz gegen linksradikale Elemente als Selbstschutzorganisation zur "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" sein eigentliches Profil, das für die nächsten Jahre bestimmend sein sollte. Dabei überschnitten sich anfänglich die Stahlhelm-Ortsgruppen teils mit den von den Behörden angeregten oder sanktionierten Einwohnerwehren, teils mit den selbständigen, unter einem anerkannten Führer stehenden, disziplinierten, nicht ortsgebundenen Freikorps. Der Stahlhelm schickte seine Mitglieder in die Einwohnerwehren oder in freikorpsähnliche Formationen, während der Bund wiederum aus den Einwohnerwehren und Freikorps die aktiven Mitglieder für seine Ortsgruppen gewann, die auch dann bestehen blieben, als die Selbstschutzverbände ihre Aufgabe erfüllt hatten, ja ihre Auflösung war nicht selten erst die Voraussetzung

16) Flugblatt der Ortsgruppe Halle aus der Zeit August/September 1919, abgedr. in: Sechs Jahre Stahlhelm .. Anlage 4.

17) Entschliessung abgedr. in: Sta. (1), S. 29. Satzungen der Ortsgruppe Magdeburg abgedr. in: Sta. (1), S. 30.

für eine wirkliche Entfaltung der Stahlhelm-Ortsgruppen.[18] Diese Entwicklung zeigt sich exemplarisch an den beiden Ortsgruppen Magdeburg und Halle, den beiden Zentren des Stahlhelm. In Magdeburg übernahm der Stahlhelm bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 im Einverständnis mit dem Arbeiter-und Soldatenrat Magdeburg den Schutz der Wahllokale und der "verschiedenen Parteibüros ohne irgendwelchen Unterschied der politischen Tendenz".[19] In den folgenden Monaten schützten Stahlhelm-Einheiten im Einvernehmen mit den Behörden das private und öffentliche Eigentum der Stadt Magdeburg, in der es wiederholt zu Plünderungen und Ausschreitungen durch Spartakisten kam. Bei der im Juni gegründeten Einwohnerwehr bildeten Stahlhelm-Einheiten den Grundstock. Nach Besprechungen Seldtes mit Reichswehrminister Noske wurde schliesslich im August das Magdeburger Zeitfreiwilligen-Bataillon aufgestellt, dessen vier Kompanien wiederum von Stahlhelmern gebildet wurden.[20]

Während sich die politische Lage im Magdeburger Raum relativ bald konsolidierte und auch in der Folgezeit keine grösseren Kampfhandlungen mehr stattfanden, herrschten in Mitteldeutschland, besonders im "roten" Halle, bürgerkriegsähnliche Zustände. Der grösste Teil des späteren Hallenser Stahlhelm sammelte seine ersten Bürgerkriegserfahrungen in den Kämpfen des Frühjahr 1919 als Mitglieder des Freiwilligen Landesjägerkorps von General Maercker, des späteren Stahlhelm-Landesführers von Sachsen. In der Einwohnerwehr, die nach dem Abrücken Maerckers aufgestellt wurde, und später im Zeitfreiwilligenregiment (Freikorps Halle) waren zahlreiche Mitglieder des

---

18) Posse, aaO, S. 14, über die Freikorpsbewegung informiert: R.G.L. Waite, Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in postwar Germany 1918-1922. Cambridge, USA, 1952.

19) Schreiben des Stahlhelm an den Arbeiter- und Soldatenrat Magdeburg, abgedr. in: Sta. (1), S. 32 ff.

20) G. Schultze-Pfaelzer, Von Spa nach Weimar. Die Geschichte der deutschen Zeitenwende. Leipzig u. Zürich 1929, S. 250 ff.; K.S. von Galéra, Das junge Deutschland und das Dritte Reich. Leipzig 1932, S. 104 ff.; Graff in: Sta. (1), S. 35.

Stahlhelm, dessen Hallenser Ortsgruppe im Sommer 1919 gegründet wurde. Durch Eintritt von Angehörigen der Einwohnerwehr und anderer Selbstschutzformationen wuchs die Ortsgruppe schnell an, so dass im Herbst allein in der Stadt Halle fünf "Kampfgruppen" aufgestellt werden konnte.[21)]

Am 21. September 1919 schlossen sich die vorwiegend im norddeutschen Raum entstandenen Stahlhelm-Gruppen zu einem Reichsbund zusammen, der zu dieser Zeit kaum mehr als 2 000 Mitglieder umfasst haben dürfte.[22)] Bundesvorsitzender wurde der Führer der Magdeburger Ortsgruppe, Rechtsanwalt Dr. Bünger, der im März 1920 von Seldte abgelöst wurde. Wie lose der Zusammenhalt der neuen Organisation war, zeigt sich beispielsweise darin, dass es den einzelnen Ortsgruppen überlassen war, wie sie sich innerhalb des "Bundes der Frontsoldaten" nennen wollten und ein gemeinsames Abzeichen in der Form eines Stahlhelms, wie es in Magdeburg üblich war, abgelehnt wurde. Wenngleich in der Mitte der 20er Jahre eine gewisse Verstraffung der Organisation erfolgte, so wird doch schon jetzt der Charakter des Stahlhelm als einer dezentralisierten, regional gegliederten Sammlungsbewegung deutlich, die in der Folgezeit in der Lage war, ähnliche Gruppen in sich aufzunehmen und so allmählich zu einer Massenbewegung zu werden. Der Stahlhelm unterschied sich damit von Anfang an sowohl von den politisch einheitlich ausgerichteten Parteiarmeen der Nationalsozialisten und der Kommunisten als auch von jenen kleineren, straff organisierten, auf einen Führer verschworenen Geheimorganisationen oder ordensähnlichen Gruppen mit einem ausgesprochen "bündischen"Charakter.

Die erheblichen Unterschiede zwischen den späteren Stahlhelm-Landesverbänden hinsichtlich Entstehung, Struktur und Zielsetzung zeigten sich in Ansätzen schon Ende 1919 zwischen den beiden Zentren des Stahlhelm im Raum Magdeburg und in der Gegend von Halle und Leipzig. Der Stahlhelm in und um Magdeburg hatte eher den Charak-

---

21) Sechs Jahre Stahlhelm ..S. 6 ff.; M. Bochow, Männer unter dem Stahlhelm. 5. Aufl. Stuttgart 1933, S. 36; W. Poche, Des mitteldeutschen Stahlhelm Kampf, in: Der Weg zum Nationalsozialismus, III. Fürstenwalde 1935, S. 17 ff.; Schultze-Pfaelzer, aaO, S. 244 ff., BA NS 26/vorl. 710.

22) In einem erweiterten Ausschuss waren Vertreter der Ortsgruppen Berlin, Bremen, Kiel, Halle und Leipzig. St. 11/42/20.10.1929.

ter einer gutbürgerlichen, wenn auch disziplinierten, nur aus Frontsoldaten bestehenden Einwohnerwehr, bei der sich nach Beruhigung der politischen Verhältnisse schon hier und da kriegervereinsähnliche Tendenzen bemerkbar machten.[23] Im ganzen war der Magdeburger Stahlhelm sowohl nach seiner Betätigung - "Pflege der im Kriege begründeten Kameradschaft, Vertretung der Interessen der Frontsoldaten, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" -[24] als auch nach der gemässigten politischen Haltung seiner Führer eine "sehr ordentliche Bewegung", wie sich der preussische Ministerpräsident Braun später einmal äusserte.[25]

Im Raum Halle dagegen wurde der Stahlhelm in den bürgerkriegsähnlichen Kämpfen mit Kommunisten und den mit ihnen vielfach vereinigten Sozialdemokraten zu einer aktivistisch und entschieden radikal eingestellten Organisation, die zeitenweise freikorpsähnlichen Charakter hatte und schon früh auch jüngere Nichtfrontsoldaten in ihre Reihen aufnahm. Die unterschiedliche Entwicklung verstärkte sich in den folgenden Jahren: Während im Raum Magdeburg wie in anderen Gegenden Norddeutschlands "Ruhe und Ordnung" herrschten, kam es in Mitteldeutschland immer wieder zu neuen blutigen Unruhen, so besonders nach dem Kapp-Putsch 1920, beim "mitteldeutschen Aufstand" im Frühjahr 1921 und im Herbst 1923.

Die politischen Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen des Stahlhelm zeigten sich erstmals beim Kapp-Putsch im März 1920. Auf der einen Seite distanzierte sich der Bundesvorsitzende und Führer der Ortsgruppe Magdeburg, Dr. Bünger, von dem Unternehmen Kapp und lehnte "jede unreife Putschbewegung grundsätzlich" ab,[26] auf der anderen Seite sympathisierten weite

---

23) So gründete sich beispielsweise die Ortsgruppe Halberstadt Anfang 1920 in einen Militärverein 1914/18 um (Sta. (1), S. 326).

24) So die Kurzfassung der Satzungen der Ortsgruppe Magdeburg vom Juli 1919, abgedr. in: Sta. (1), S. 32.

25) Braun im Haushaltsausschuss des Preussischen Landtags (St. 13/11/22.3.1931).

26) St. 2/7/1.4.1920. Ein Frontsoldatentag des Stahlhelm fand am 13./14.3.1920, also in den Tagen des Kapp-Putsches statt; irgendwelche Zusammenhänge dürften jedoch nicht bestanden haben, denn der Termin der Stahlhelm-Tagung war bereits am 13.12.1919 festgesetzt worden.

Teile des Stahlhelm mit den"Kappisten", so vor allem die Ortsgruppe Halle, die sich der dortigen, ins Kapp-Lager übergeschwenkten Reichswehrgarnison zur Verfügung stellte.[27] In den folgenden blutigen Kämpfen mit den Kommunisten war der Stahlhelm, der seine Mitglieder wieder in die Zeitfreiwilligen-Kompanien und andere meist von Stahlhelmern geführten Selbstschutzorganisationen delegiert hatte, führend beteiligt, so beim Entsatz des von den "roten Armeen" eingeschlossenen Halle am 21. März 1920.[28]

Ähnlich wie der Stahlhelm hatten auch die übrigen Selbstschutzverbände während des Kapp-Putsches eine zwiespältige Rolle gespielt. Die in Preussen den örtlichen Behörden angegliederten Einwohnerwehren hatten sich teils auf die Seite der "Kappisten" geschlagen, teils der verfassungsmässigen Regierung die Treue bewahrt. Auch die zahlreichen anderen, neben dem Stahlhelm in Norddeutschland entstandenen Verbände, deren Mitglieder häufig mit denen der Einwohnerwehren identisch waren, entbehrten einer einheitlichen Führung, was sich besonders bei den nach dem Kapp-Putsch entstandenen Unruhen zeigte.[29] Mit einem gewissen Neid schauten die Führer der norddeutschen paramilitärischen Verbände nach dem Süden Deutschlands, wo sich in Bayern unter der Führung von Forstrat Escherich die Bayerische Einwohnerwehr gebildet hatte, eine private, jedoch von den Behörden geförderte, straff gegliederte und einheitlich geleitete Organisation, der es im Zusammenhang mit dem Kapp-Unternehmen gelungen war, durch massiven Druck die Sozialdemokraten aus der bayerischen

---

27) "Vorwärts" Nr. 176 v. 16.4.1923 (BA R 43 I/2731). Poche in: Der Weg zum Nationalsozialismus, III,S. 18.

28) Über die Beteiligung des Stahlhelm an den nach dem Kapp-Putsch ausbrechenden Kämpfen und an den Auseinandersetzungen in den folgenden Jahren im mitteldeutschen Raum: Sechs Jahre Stahlhelm ..S. 30, S. 170; Poche in: Der Weg zum Nationalsozialismus, III, S. 19 ff.; Galéra, Das junge Deutschland, S. 106 ff.; Medem, aaO, S. 89 ff.;

29) C. Severing, Mein Lebensweg, Köln 1950,II, S. 292. Ferner über die Einwohnerwehren in Preussen: Akten betr. Einwohnerwehren (BA R 43 I/2729, 2730, NS vorl. 710); vgl. auch: Th. Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930 - 1932, Stuttgart 1962, S. 19 ff.

Regierung zu verdrängen.[30]

Als im Frühjahr und Sommer 1920 auf Intervention der Allierten die kommunalen Einwohnerwehren, die Freikorps und Zeitfreiwilligenverbände in Preussen aufgelöst wurden, beschlossen die Führer der privaten norddeutschen Verbände, darunter Seldte "im Namen von 18 hinter ihm" stehender Verbände, die Gründung einer Dachorganisation für ganz Deutschland nach dem Vorbild der Bayerischen Einwohnerwehr. Führer des neuen Bundes wurde Forstrat Escherich, nach dem der Verband auch seinen Namen erhielt: Organisation Escherich, meist abgekürzt Orgesch genannt. Der Stahlhelm gehörte in verschiedenen Gegenden Norddeutschlands zu den bedeutendsten Untergliederungen der Orgesch.[31]

Gegen das Programm des neuen in Orts-, Provinz- und Landesgruppen gegliederten Verbandes war kaum etwas einzuwenden: "Sicherung der Verfassung, Schutz von Personen, Arbeit und Eigentum, Erhaltung des Deutschen Reiches und Ablehnung jeglicher Abtrennungsbestrebungen, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Abwehr jeden Rechts- oder Linksputsches."[32] Tatsächlich jedoch zeigte es sich bald, dass radikale Elemente vielerorts den Ton angaben, Waffenlager anlegten und Putschpläne ausarbeiteten. Solche Pläne wurden u. a. bei der Aufdeckung der "Magdeburger Spitzelzentrale" zu Tage gefördert, die sowohl die Orgesch als auch speziell den Stahlhelm belasteten und Hausdurchsuchungen bei mehreren führenden Mitgliedern des Bundes zur Folge hatten.

---

30) Über die Entwicklung der Einwohnerwehren in Bayern: W. Hoegner, Die verratene Republik. Geschichte der deutschen Gegenrevolution. München 1958, S. 102 ff.; H.H. Hofmann, Der Hitler-Putsch. München 1961, S. 45 ff.; E. Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Erlenbach-Zürich u. Stuttgart 1957, I, S. 208 ff.

31) Forstrat Escherich, Die Orgesch in: St. 11/7/17.2.1929.

32) Satzung der Organisation Escherich vom 9.5.1920, abgedr. bei G.Axhausen, Organisation Escherich, Berlin 1921, S. 16 ff.; zur Orgesch ferner: Akten betr. Organisation Escherich (BA R 43 I/2731). R.Kanzler, Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. München 1931, S. 79 ff.; Severing, aaO, I, S. 294 ff.; für "Magdeburger Spitzelzentrale" und Zusammenhänge mit dem Stahlhelm speziell: Denkschrift betr."Magdeburger Spitzelzentrale"vom 20.8.1920, (BA R 43 I/2731); zahlreiche Pressemeldungen dazu auch bei Axhausen, aaO, S. 45 ff.

Im August 1920 wurde die Orgesch als Umgehung der Einwohnerwehren und damit im Widerspruch zu den Bestimmungen des Versailler Vertrags stehend in Preussen verboten. Im Reich erfolgte die Auflösung zusammen mit der Bayerischen Einwohnerwehr erst auf verstärkten Druck der Entente und gegen den Widerstand der bayerischen Regierung im Juni 1921. Das Vorgehen der preussischen Behörden gegen die angeschlossenen Verbände der Orgesch war nicht einheitlich: So wurde der Jungdeutsche Orden mit anderen Verbänden verboten, vom Stahlhelm dagegen lediglich eine Satzungsänderung verlangt: Punkt drei des angegebenen Zwecks der Organisation - Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung - musste gestrichen werden.[33)]

Während sich die Stahlhelm-Gruppen im allgemeinen entsprechend den Anweisungen des preussischen Innenministers auf die "Pflege der Frontkameradschaft" und auf soziale Fürsorge ihrer Mitglieder beschränkte und sich das Vereinsleben in manchen Ortsgruppen mit Vortragsabenden über Kriegserlebnisse, mit Fahnenweihen und Wohltätigkeitskonzerten, Stiftungsfesten und vaterländischen Abenden kaum von den übrigen Kriegervereinen unterschied,[34)] war die Mehrzahl der Orgesch-Führer nicht gesinnt, ihre undurchsichtige Tätigkeit einzustellen. Sie gründeten neue Organisationen, meist Heimatschutzverbande, oder aber sie schauten sich nach einer Organisation um, "die noch nicht dem allgemeinen Verbotsfieber anheimgefallen war!"[35)] Der vergleichsweise harmlose Stahlhelm , der sich zudem durch die nahen Verbindungen Seldtes zu Stresemann "einer gewissen Beliebtheit" bei der schon mitregierenden Deutschen Volkspartei erfreuen konnte, schien eine geeignete Basis für eine unbehelligte Weiterarbeit zu sein. In

---

33) Verordnung des preussischen Innenministers Severing v. 1.11.1920, abgedr. bei Axhausen, aaO, S. 69 ff. Ein erstes Verbot war von Severing bereits am 15.8.1920 erlassen worden. Graff in: Sta (1), S. 32; Hornung, aaO, S. 25 ff.

34) Roegels, aaO, S. 63. Langermann in: Grote (Hrsg.), aaO, S. 287. Das Kriegervereinsmilieu wird auch in den Jahrgängen 1921 und 1922 des Bundesorgans deutlich: Die Schriftleitung beklagte sich über die täglich einlaufenden "langatmigen Berichte der Ortsgruppen über Fahnenweihen, Weihnachtsbescherungen, Bierabende usw" (St.4/2/15.1. 1922).

35) Für hier und das Folgende: Langermann in: Grote (Hrsg.) aaO, S. 287. Ferner zum Übertritt von Orgesch-Einheiten in den Stahlhelm: Sechs Jahre Stahlhelm .. S. 20.

verschiedenen Gebieten begann im Sommer 1921 eine systematische Unterwanderung der Stahlhelm-Ortsgruppen: die "gemütlichen alten Vorsitzenden" wurden abgesetzt, vereinzelt Jugendformationen aufgestellt, neue Ortsgruppen gegründet. Der Stahlhelm erhielt - wie es in einem Bericht heisst - "sein erstes wirkliches Leben". Ende 1921 wurde die Zahl der Ortsgruppen mit 300 angegeben, im Juni 1922 waren es 500, die sich auf 18 Gaue im norddeutschen Raum verteilten.[36]

In manchen Teilen des Stahlhelm gewannen durch den zahlreichen Eintritt von Orgesch-Leuten und besonders auch von Mitgliedern des ebenfalls aufgelösten völkischen Verbands nationalgesinnter Soldaten (VnS) radikaler eingestellte Männer zunehmenden Einfluss. Darunter waren viele Angehörige der Freikorps, die in das 100 000-Mann-Heer nicht aufgenommen worden waren und den Anschluss an das bürgerliche Leben nicht gefunden hatten; Frontsoldaten, die sich nach Kriegsende einem Staat zur Verfügung gestellt hatten, der nicht ihr Staat war und den sie beim Kapp-Putsch zu beseitigen getrachtet hatten. Die sich jetzt auch im Stahlhelm unter dem Einfluss solcher Elemente abzuzeichnende Verschiebung des Freund-Feind-Verhältnisses vom Kommunismus zum Staat von Weimar fand in zunehmendem Masse im seit September 1919 erscheinenden Bundesorgan "Der Stahlhelm" Ausdruck, so wenn der Abbau dieser "Sorte Staat" und des Parteiwesens und "eine wirkliche Sachverständigenführung" gefordert wurde: "Wir brauchen nur e i n e n Willen, nur e i n e n Mann, e i n e n Führer".[37] Neben solchen in typischen obrigkeitsstaatlichen und einseitig militärischen Denken verhafteten Äußerungen gegen den Parteienstaat der Weimarer Republik machten sich jetzt auch vereinzelt antisemitische Tendenzen im Bunde

---

36) Graff in: Sta (1), S. 39, S. 40.

37) Zitate aus drei Beiträgen im Bundesorgan: St. 4/1/1.1.1922, 2/13/1.7.1920, 2/6/15.3.1920. Junius Alter (aaO, S. 107) und Medem (aaO, S. 38) schreiben, daß die Auflösung des unter dem Patronat von Ludendorff stehenden Verbands nationalgesinnter Soldaten, der an die 150 000 Freikorpssoldaten umfaßt haben soll, dem Stahlhelm die Bahn zur weiteren Entwicklung frei gemacht habe. Dazu auch: F.W. Heinz, Die Nation greift an. Geschichte u. Kritik des soldatischen Nationalismus. Berlin 1933, S. 119.

bemerkbar. Mochte sich auch die Bundesleitung anfänglich noch von solchen Äusserungen distanzieren,[38] die mehrfache redaktionelle Empfehlung der "Ostara-Bücherei der Blonden" des auch von Hitler hochgeschätzten Jörg Lanz von Liebenfels zur Aufklärung für den "unabwendbaren Entscheidungskampf"[39] deutete zumindest die Richtung an, die der Stahlhelm in dieser Frage jetzt einschlug.

Blieben die Äusserungen des von Seldte kontrollierten Bundesorgans noch vergleichsweise gemäßigt, in den Ortsgruppen im Lande draussen waren vielfach radikale Töne zu vernehmen. So wurden beispielsweise in Braunschweig die Teilnehmer einer Stahlhelm-Versammlung aufgefordert, "demnächst die Juden totzuschlagen" und "die Mitglieder der gegenwärtigen braunschweigischen Regierung aus dem Wege zu räumen."[40] Bei den sich häufenden Fahnenweihen, die nicht selten zu Hasskundgebungen gegen den bestehenden Staat ausarteten, kam es oft zu schweren Auseinandersetzungen mit Sozialdemokraten und Kommunisten, bei denen es Tote und Verletzte gab.[41] Die sozialdemokratische Presse verlangte energische Massnahmen gegen die "Orgesch-Banditen" und "Weissen Gardisten" und forderte zum energischen Kampf "für Verfassung, gegen Stahlhelm und Hakenkreuz" auf[42].

In republikanischen Kreisen gewann man offenbar den Eindruck, dass sich der Stahlhelm als "politisch neutrale, harmlose Vereinigung ehemaliger Frontsoldaten" tarne, in Wirklichkeit aber eine "nationalistische Hetzervereinigung schlimmster Art" sei und innenpolitisch eine Gefahr darstelle. Es wurde vermutet, dass neben der offiziellen Organisation des Vereins noch eine illegale bestehe und neben dem offiziellen Vorstand Vertrauens-

---

38) Entschliessung des Bundesvorstands im Januar 1922 (St.4/3/1.2.1922).

39) St.4/4/15.2.1922, 4/5/1.3.1922. Zum Verhältnis Hitlers zu Jörg Lanz von Liebenfels: W. Daim, Der Mann, der Hitler die Ideen gab. München 1958.

40) Minister Orter, Vorsitzender des braunschweigischen Staatsministeriums am 1.10.1921 im Reichstag (Sten. Ber. 351, S. 4709 f.).

41) Graff in: Sta.(1), S. 39.

42) Zit. nach St. 3/17/1.9.1921.

männer mit Listen zuverlässiger Mitglieder vorhanden seien.[43] Im August 1921 entliess die braunschweigische Regierung 54 Polizeibeamte, weil sie Mitglieder des Stahlhelm waren, und plante ein Verbot des Bundes in ihrem Lande.[44] Preussen zögerte zunächst noch: der preussische Minister des Innern, Severing, erklärte, dass das "bis jetzt beigebrachte Material" zu einer Auflösung nicht ausreiche. Offensichtlich setzte er seine Hoffnungen auf die gemässigten Elemente im Stahlhelm, die - so glaubte der Minister feststellen zu können - mit Entschlossenheit den Versuchen einzelner Mitglieder, die Ziele des Vereins über die Satzungen hinaus zu erweitern, entgegentreten würden.[45]

Tatsächlich versuchte Seldte und die Magdeburger Bundesleitung gegen die Radikalisierungstendenzen in verschiedenen Ortsgruppen und Gauen vorzugehen. In einer vielbeachteten Rede vor fast 5 000 Zuhörern anlässlich des Frontsoldatentags in Magdeburg Anfang Januar 1922 bekannte er sich zu den gemässigten ursprünglichen Gründungsgedanken des Bundes, zum "jetzigen Deutschland im kahlen Gewand der Republik" und zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. Mit Nachdruck wandte er sich gegen "verdammte illegitime Putsche".. ganz gleich, ob solch ein Putsch von rechts oder links komme : "Wenn man uns ruft und unsere Hilfe annehmen will, dann wollen wir ihn selbst mit niederschlagen, denn wir wollen Ruhe".[46] Offenbar aber war die Unterwanderung durch radikalere Elemente schon so weit fortgeschritten und die Zusammenarbeit mit politisch extremeren Gruppen so eng geworden,47)

---

43) Magdeburger Volksstimme, zit. nach St.3/12/15.6.1921. Innenminister Severing in einem Interview mit dem Berliner Tageblatt nach: "Vorwärts" v. 5.8.1922 (BA P 135/8476).

44) Minister Örter am 1.10.1921 im Reichstag (vgl. Anm. 40). Der Reichsminister des Innern wirkte offenbar auf die braunschweigische Regierung dahingehend ein, von einem Verbot des Bundes Abstand zu nehmen (Schreiben v. 22.8.1921, BA R 43 I/2734).

45) Schreiben des Preussichen Ministers des Innern an den Staatssekretär in der Reichskanzlei vom 11.8.1921 (BA R 43 I/2734).

46) St. 4/3/1.2.1922.

47) Über die Beziehungen zu Rossbach: C.Mertens, Verschwörer und Fememörder. Berlin-Charlottenburg 1926, S. 15; über ein Kartellverhältnis zwischen Stahlhelm und dem Verband nationalgesinnter Soldaten: E.J. Gumbel, Verschwörer. Geschichte u. Soziologie der deutschen nationalen Geheimbünde seit 1918. Wien 1924, S. 65.

dass der mässigende Einfluss der Bundesleitung, die ohnehin durch finanzielle Schwierigkeiten gelähmt war,[48] auf die weitgehend selbständigen Ortsgruppen nicht wirksam wurde.

Als am 24. Juni 1922 Reichsaussenminister Rathenau einem Attentat rechtsradikaler Kreise zum Opfer fiel, da wandte sich die Empörung der republikanisch gesinnten Bevölkerung auch gegen den Stahlhelm. In Magdeburg und anderen Städten kam es zu Ausschreitungen gegen die Dienststellen der Organisation; Beschlagnahmen und Haussuchungen wurden vorgenommen, Führer des Bundes verhaftet. Am 2. Juli löste der Oberpräsident der Provinz Sachsen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz der Republik den Stahlhelm in der Provinz Sachsen auf mit der Begründung, der Bund habe Bestrebungen verfolgt, die geeignet seien, "die republikanischen Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich zu machen".[49] Die Bundeszeitung vom 1. Juli, in der die Bundesleitung angeblich den Rathenau-Mord verurteilen wollte, wurde beschlagnahmt. Am 8. Juli 1922 erfolgte die Auflösung in ganz Preussen, dem sich die meisten deutschen Länder anschlossen.[50] Der Reichsminister des Innern, Köster, stellte mit Genugtuung fest, dass die Regierung mit den Verordnungen des Reichspräsidenten neue Mittel in der Hand habe, "nun auch gegen diesen Bund vorgehen zu können."[51]

Wie die meisten, nach der Ermordnung Rathenaus erlassenen Verbote anderer Rechtsverbände erwies sich auch die Auflösung des

---

48) Die Bundeszeitung musste zu monatlichem Erscheinen übergehen; sie dürfte um diese Zeit hauptsächlich von Seldtes Privatvermögen finanziert worden sein. St. 4/11/1.6.1922. Kleinau,Seldte, S. 45.

49) Abdruck der Verfügung von Oberpräsident Hörsing in: Sta. (1), S. 41.

50) Erlass des preussischen Innenministers Severing vom 8.7.1922 (BA P 135/8476). Der Stahlhelm war in folgenden Ländern verboten: Preussen, Sachsen, Anhalt, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Lippe-Schaumburg, Hamburg, Lübeck. "Vorwärts" v.18.8. 1922 (BA P 135/8476). Übersicht bei G. Jasper, Der Schutz der Republik. Studien der staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930. Tübingen 1963, S. 116 ff.

51) Reichsinnenminister Köster am 6.7.1922 im Reichstag (BA P 135/8476).

Stahlhelm als wenig wirksam, im Gegenteil: in manchen Gegenden gerieten die Stahlhelm-Einheiten durch Anlehnung an die im Dezember 1922 gegründete Deutsch-völkische Freiheitspartei eher in ein radikaleres Fahrwasser, so in Mecklenburg, Pommern und in der Provinz Brandenburg, wo sich der Stahlhelm teilweise dem Wehrverband dieser Partei, den deutsch-völkischen Turnerschaften unter Oberleutnant Rossbach anschloss, der wiederum in enger Verbindung zur NSDAP in München stand.[52] Im Raum Halle traten die Stahlhelm-Gruppen "in Ermangelung eines besseren" der Deutschnationalen Volkspartei bei und konnten so ihre Arbeit unbehelligt fortsetzen. Aber es gab noch andere Möglichkeiten das Verbot zu umgehen: So entstanden Tarnorganisationen in Form von Wandervereinen und Unterhaltungsklubs mit möglichst harmlosen Namen wie "Kornblume" oder "Bergesluft"; in Braunschweig wurde als Nachfolgeorganisation ein "Bund deutscher Männer" gegründet, in Hannover eine Firma Stahlhelm als Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung.[53] Wie wenig die Organisation unter dem Verbot zu leiden hatte, zeigte sich nach seiner Aufhebung, die am 26. Januar 1923, unmittelbar nach dem Ruhr-Einmarsch der Franzosen, durch den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik erfolgte: Die Zahl der Ortsgruppen hatte sich von 5-600 vor dem Verbot auf über 1 200 vergrössert.[54]

Die Magdeburger Bundesleitung sah sich wegen ihrer loyalen Haltung während des Verbots zunehmenden Angriffen von Teilen ihrer radikaler gesinnten Gefolgschaft ausgesetzt; Seldte wurde vorgeworfen, er habe bei der Aufhebung des Verbots "ganz bestimmte Versprechungen an Dr. Stresemann gegeben".[55] Die ersten Verlautbarungen nach der Wiederzulassung schienen den Seldte-Kritikern

---

52) Berichte betr. Reichswehr und rechtsradikale Organisationen v.6.10. 1923 (R 43 I / 2731); Mertens, Verschwörer, S. 15; O. Lippelt und E. Huckstorf, 15 Jahre Stahlhelm in Niedersachsen. Hildesheim 1936, S. 121.

53) Langermann in: Grote (Hrsg.), aaO, S. 288; Roegels, aaO, S. 64; Der Stahlhelm muss sein. Berlin 1933, S. 37; St.16/28/6.5.1934; Lippelt u. Huckstorf, aaO, S. 28; Jasper, aaO, S. 137.

54) St.5/Sondernr/8.4.1923; Graff in: Sta. (1), S. 45.

55) Roegels, aaO, S. 65. Ebenfalls von einer Absprache mit Stresemann sprechen Langermann in: Grote (Hrsg.), aaO, S. 291.

Recht zu geben: Die Anordnungen zeigen, dass die Bundesleitung bestrebt war, den Verband aus dem gefährlichen Fahrwasser, in das er vor und während des Verbots geraten war, herauszuführen. Es wurde zugegeben, dass "die Organisation des Stahlhelm als Nährboden für andere Organisationen radikaler Natur benutzt" worden sei und dass "einzelne Ortsgruppen Dummheiten" begangen hätten. In einer Reihe von Verordnungen wurde erklärt, dass der Stahlhelm keine Selbstschutzorganisation sei, keine Waffen habe, keine bewaffneten Kontingente aufstelle und Putsche schärfstens ablehne, der Stahlhelm weder mit der Deutsch-völkischen Freiheitspartei noch mit irgendeiner anderen Partei oder irgendeinem anderen Bunde etwas zu tun habe oder an dieselben gebunden sei. Einzelne Führer, die während des Verbots ihre Einheiten an Rechtsparteien angegliedert hatten, wurden ihrer Posten enthoben, die Doppelmitgliedschaft bei radikalen Verbänden verboten, bei Zuwiderhandlungen gegen die Befehle der Bundesleitung strenge Massnahmen angekündigt, "ganz gleich ob es sich um den Ausschluss einzelner Kameraden oder um ganze Ortsgruppen oder Gaugruppen" handle .[56]

Die auf eine Beruhigung hinzielenden Befehle der Bundesführung mussten freilich angesichts der allgemeinen politischen Erregung im Jahre 1923 wirkungslos bleiben. Es hatte auch wenig zu bedeuten, wenn Seldte dem preussischen Innenminister Severing versicherte, eines der Hauptziele des Stahlhelm sei es, mit der Verfassung "einig" zu gehen und auf eine "Versöhnung aller Volksgenossen" hinzuarbeiten.[57] Die Untergliederungen des Bundes verfolgten nämlich vielfach ganz andere Absichten, wie es sich im Herbst des Jahres zeigen sollte. Zunächst stand allerdings der "Ruhrkampf" im Mittelpunkt der politischen Aktivität. Die Proklamation des "passiven Widerstands" durch die Regierung Cuno wurde vom Stahlhelm lebhaft begrüsst und die Gaue und

---

56) St.5/Sondernr/8.4.1923, teilw. abgedr. in: Sta.(1), S. 45. Roegels, aaO, S. 65.

57) Seldte an Severing am 14.2.1923; der Bundesführer suchte um eine persönliche Unterredung nach, die am 6.3.1923 stattfand (Nachlass Severing, Severing, aaO, II, S. 179 f.).

Ortsgruppen telegraphisch aufgefordert, "die Regierung in ihrem mannhaften Kampf um den Bestand des Reiches zu unterstützen".[58]

Auf zahlreichen, oft mit anderen Verbänden durchgeführten Protestkundgebungen und "vaterländischen" Abenden wurden die nationalen Leidenschaften der Bevölkerung entfacht und auf die "grosse Befreiungsstunde" des Vaterlands vorbereitet. "Habt Hass in Euren Herzen", schrieb die Stahlhelm-Zeitung, "sät Hass in die Herzen Eurer Kinder, erzieht sie zu dem grossen Werke der Befreiung. Sammelt Kraft, dass Ihr ihn erleben möchtet den Tag ..,an dem die Weltgeschichte furchtbare Rache üben wird an den Schändern unseres Volkes". Auf einer Stahlhelm-Kundgebung in München beschwor der bayerische Stahlhelmführer im Beisein von Ludendorff und des bayerischen Ministerpräsidenten, von Knilling, "die alten Frontsoldaten", nicht eher zu ruhen, "bis auf den Vogesenkämmen die schwarz-weiss-rote Flagge" wehe.[59]

Neben sozialen Hilfsmassnahmen für die aus dem Ruhrgebiet vertriebene Bevölkerung begann in den Ortsgruppen eine lebhafte militärische Ausbildung. Der Stahlhelm wurde zum Wehrverband, worunter man eine militärisch strukturierte, in erster Linie für aussenpolitische Auseinandersetzungen vorgesehene Organisation, eine Art zweites Aufgebot der Reichswehr zu verstehen haben wird. "Pflege des Wehrgedankens und der Wehrhaftigkeit" durch den sogen. Wehrsport wurde das vornehmliche Arbeitsgebiet, das bis ungefähr 1926 im Stahlhelm vorherrschend blieb, aber auch später noch eine wichtige Rolle spielte.

Angesichts der Bedrohung des Reiches im Westen und Osten glaubte die Reichswehr nicht auf die Hilfe der vaterländischen Verbände verzichten zu können, obgleich sie sich nach Verhandlungen mit dem preussischen Innenminister verpflichtet hatte, die Verbindungen mit diesen Organisationen bis zum 31. März zu lösen.

---

58) St. 5/Sondernr/8.4.1923; Sta. I, S. 44.

59) St.5/1/15.5.1923; München-Augsburger Abendzeitung Nr. 198 v. 22.7.1923 (BA R 43 I/2734).

Immerhin wollte General von Seeckt die Zusammenarbeit auf solche Verbände beschränkt wissen, die unter s e i n e m Befehl und unter s e i n e n Bedingungen für das Reich zu kämpfen bereit waren.[60] Die Kooperation fand vornehmlich auf der Ebene der örtlichen Kommandostellen statt und äusserte sich in der Aufstellung von Zeitfreiwilligen-Formationen, in die auch der Stahlhelm seine Mitglieder schickte. Der Bund galt in der Sicht des Reichswehrministeriums "im allgemeinen" als politisch einwandfrei.[61]

Blieben die Mobilmachungsvorbereitungen der Reichswehr bei realer Einschätzung des militärischen Kräfteverhältnisses von vornherein auf einen Verteidigungskrieg beschränkt, so sahen aktivistische Elemente des Stahlhelm im"Ruhrkrieg" nur den Auftakt zu einem "revolutionären Volkskrieg gegen Frankreich und Polen". Für solche Kreise war die Einstellung des passiven Widerstands durch die Regierung Stresemann nichts anderes als "nationaler Verrat" und Anlass, jetzt umsomehr die "innere Bereinigung" voranzutreiben.[62] Aber auch in den offiziellen Erklärungen des Bundes ist die Enttäuschung über die Politik der Reichsregierung nicht zu verkennen."Die Kunde hätte anders gelautet, wenn der Geist des Stahlhelm schon Deutschlands Geist wäre," hiess es z. B. in einer dem Reichskanzler überbrachten Entschliessung des Stahlhelm-Gaus Nordmark.[63]

Wenngleich in solchen Erklärungen versichert wurde, der Stahlhelm stehe "rückhaltlos" hinter der Regierung und lehne das

---

60) H.J. Gordon, Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919-1926. Frankfurt/M. 1959, S. 253. Vgl. zu den Beziehungen Reichswehr und "nationale"Verbände im Frühjahr 1923 im einzelnen: Vogelsang, aaO, S. 33 ff. O. E. Schüddekopf, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918-1933, Hannover u. Frankfurt/M. 1955, S. 134 ff.

61) Aktenvermerk zu einer Einladung der Stahlhelm-Bundesleitung an Reichskanzler Cuno , an einem Stahlhelm-Tag teilzunehmen. Das Reichswehrministerium empfahl Absage durch eine "korrekte, kühl gehaltene Antwort" (BA R 43 I/766).

62) Typisch für diese Gedankengänge ein Beitrag des späteren politischen Referenten des Stahlhelm F.W. Heinz: Die Franzosen an der Ruhr in: Grote (Hrsg.), aaO, S. 199 ff., aber auch Seldte in: Stahlhelm-Jahrbuch 1927, Magdeburg 1927, S. 7.

63) Entschliessung des Stahlhelm-Gaus Nordmark v. Oktober 1923 (BA R 43 I/2734).

"Narrentum" eines Putsches ab, tatsächlich waren diese Legalitätsversicherungen mit derartigen Bedingungen verbunden, dass sie praktisch in das Gegenteil verkehrt wurden. Ohne sich Gedanken um eine Realisierbarkeit zu machen, wurde beispielsweise von der Reichsregierung gefordert, dass sie "unbeschadet der zeitlichen Ohnmacht Deutschlands" die Revision des Versailler Vertrags betreibe, von den Alliierten die Herausgabe der besetzten Gebiete und der Kolonien und die Entfernung fremder Truppen von deutschem Boden verlange. Im "Endkampf" müsse eine starke Regierung die Kräfte der Nation zum rücksichtslosen Einsatz gegen innere und äussere Feinde zusammenfassen, "in der Durchführung des vom Vertrauen des deutschen Volkes getragenen nationalen Diktatur."[64]

Trotz solcher irrealer Forderungen bemühte sich offenbar Stresemann angesichts der akuten Bedrohung des Reiches durch Putsche von rechts und links um eine Unterstützung der noch als relativ gemässigt anzusehenden Verbände, wie des Stahlhelms und des mit ihm eng liierten Bund Wehrwolfs. Es zeigte sich freilich, daß die Bundesleitung nicht mehr in der Lage war, mäßigenden Einfluß auf die vielfach radikalisierten Untergliederungen auszuüben, deren Führung z. T. enge Beziehungen zu den Münchner Verschwörern unterhielten.[65]

In Mecklenburg, Brandenburg und Pommern entfalteten die Stahlhelm-Gruppen im Herbst 1923 unter dem Vorwand der "Beseitigung des roten Terrors" eine bedenkliche Aktivität. In enger Zusammenarbeit mit dem Landbund warb der Stahlhelm vor allem auf dem Land und in kleinen Landstädten um neue Mitglieder, denen versichert wurde, man werde die Politik aus dem Spiele lassen und nur "für Ruhe und Ordnung" sorgen. Man wolle den Landbesitz davor schützen, dass er "Brandstiftern und Plünderern" zum Opfer falle. Die Kommunisten hätten eine neue Taktik eingeschlagen und wollten "in ihrer

64) Vgl. Anm. 63; ähnlich auch Bericht des Preuss.Ministers des Innern an Dr.Dr. Spieckernagel, Ausw.Amt,Presseabt.v.29.10.1923 (Abschrift BA R 43 I/2731).

65) Staatssekretär des Preuss.Staatsministeriums an Reichskanzler am 30.10.1923 (BA R 43 I/2731). Dass Stresemann einige Hoffnung auf die gemässigten Verbände setzte, geht aus einem Brief an Graf von Brockdorff-Rantzau hervor, vgl.R.Thimme, Stresemann und die deutsche Volkspartei 1923-25, Lübeck u.Hamburg 1961, S.32, Anm.120. Vgl.auch Hornung, aaO, S. 39.

Befolgung zur Schreckensregierung den roten Hahn aufs Dach setzen". Nachtpatrouillen wurden aufgestellt, die angeblich auf "Felddiebe, Brandstifter und unlautere Elemente" Jagd machen sollten, Warndienste mit Meldereitern und Motorradfahrern eingerichtet, Geländeübungen mit Scharfschiessen durchgeführt. Den Namen Stahlhelm suchte man bei dieser Betätigung nach Möglichkeit zu vermeiden, um nicht in Kollision mit den Bundessatzungen zu kommen. Man gründete stattdessen wieder Tarnorganisationen, wie Fussballvereine, Turnerschaften, Interessengemeinschaften für Kartoffelbau und Gemüsezüchtervereine oder suchte Anschluss an die örtlichen, in enger Verbindung mit dem Landbund stehenden Reit- und Fahrvereine.[66]

Die Zusammenarbeit mit der sogen. Schwarzen Reichswehr, aber auch mit ihren regulären Einheiten war in Nordostdeutschland sehr rege: Stahlhelmangehörige wurden zu mehrwöchigen militärischen Ausbildungskursen einberufen, und vor dem "Küstriner Putsch" war in den Ortsgruppen eine erhöhte Aktivität festzustellen; nach der Niederschlagung des Putsches wurden verschiedentlich Mitglieder des Stahlhelm verhaftet.[67] Der Eindruck, dass der Stahlhelm nicht mehr "eine simple Frontkämpferorganisation" war, wurde verstärkt durch die engen Beziehungen zu den Mitgliedern der seit Ende März in Preussen verbotenen Deutschvölkischen Freiheitspartei. In der Offentlichkeit war man vielfach der Meinung, dass "letzten Endes Stahlhelm, Deutsche Turnerschaft, Nationalsozialisten, Deutschvölkische Freiheitspartei, Deutschsoziale Partei und viele wirtschaftlich benannte Gruppen"ein- und dasselbe seien, "wenn es hart auf hart" ginge. An einer gewaltsamen Aktion wurde offenbar nicht mehr gezweifelt: In norddeutschen

66) Über die Verhältnisse im norddeutschen Raum ein Bericht v. 6.10. 1923, vom Reichsminister des Innern an den Staatssekretär der Reichskanzlei am 27.10.1923 übermittelt (BA R 43 I/2731). Vgl. dazu auch Vogelsang, aaO, S. 37; E.H. Schlottner, Stresemann, der Kapp-Putsch und die Ereignisse in Mitteldeutschland und in Bayern im Herbst 1923. Phil.Diss.Frankfurt 1948, S. 101.

67) Bericht des Preussischen Ministers des Innern an Dr. Dr. Spickernagel, Ausw. Amt, Presseabt. v. 29.10.1923 (BA R 43 I/2731); Mertens, Verschwörer, S. 39 ff.; der Stahlhelm sei mit der "Schwarzen Reichswehr" "verschwägert" gewesen.

Stahlhelm-Kreisen war man im Oktober der Ansicht, dass der "Ausbruch der Diktatur Hitler .. noch in diesem Monat" bevorstehe, und hielt sich im Verein mit verwandten Organisationen für die "Aufrollung" Mitteldeutschlands und eines Teils des nördlichen Deutschlands bereit.[68]

Im mitteldeutschen Raum, schon immer eine Hochburg des Stahlhelm, war der Bund nicht nur zum grössten "nationalen" Verband angewachsen, sondern auch eine der radikalsten Rechtsorganisationen geworden, die, wie der sozialdemokratische sächsische Innenminister im Landtag erklärte, "unbekümmert um Recht und Verfassung offen zum Kampf gegen die bestehende Staatsform" rüste.[69] Die sich Sonntag für Sonntag wiederholenden Fahnenweihen und Aufmärsche mit ihren Drohungen gegen den bestehenden Staat, die Felddienst- und Schiessübungen wurden sogar von Kreisen des Bürgertums als Provokation empfunden. Die Auseinandersetzungen mit Kommunisten und Sozialdemokraten erreichten bereits im Sommer bürgerkriegsähnliche Ausmasse: auf dem Antifaschistentag in Halle am 29. Juli z. B. gab es über 350 Schwer- und Leichtverletzte. Die seit dem Ruhreinfall der Franzosen bestehende Zusammenarbeit mit der Reichswehr verstärkte sich angesichts der zunehmenden kommunistischen Gefahr, die im Oktober durch die Androhung des Generalstreiks und des offenen Aufstands ihren Höhepunkt erreichte. Schon vor der am 22. Oktober eingeleiteten Reichsexekution gegen Sachsen war die dortige Reichswehr durch Stahlhelm-Einheiten verstärkt worden, um - wie es in einer Erklärung des dortigen Wehrkreisbefehlshabers hiess -

---

68) Vgl. Anm. 66.

Die Deutsch-völkischen Turnerschaften unter Rossbach gehörten zur Deutsch-völkischen Freiheitspartei, die am 23.3.1923 in Preussen aufgelöst worden war. Auf Beziehungen zwischen Stahlhelm und Rossbach weist auch Mertens (Verschwörer, S. 15) hin.

69) Verhandlungen des Sächsischen Landtags 1922/23, II, Dresden 1924, S. 1697 (60. Sitzung v. 18.10.1923). Über die Umtriebe des Stahlhelm in Mitteldeutschland mehrere Beschwerdebriefe von SPD-Ortsgruppen und Gewerkschaftsfunktionären an den Preussischen Innenminister Severing (Nachlass Severing); Langermann in: Grote (Hrsg.), aaO, S. 93.

"zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung stark genug zu sein".[70]

Führer des Gaues Halle war seit April 1923 Oberstleutnant a. D. Theodor Duesterberg, ein erklärter Gegner der Republik, Antisemit und Monarchist mit sozialen Neigungen im Sinne des verschwommenen Frontsozialismus:"ein Ludendorff-Typ, nur irgendwie noch menschlich und sozial durchblutet", wie er einmal charakterisiert wurde.[71] Als Wortführer des radikalen Flügels spielte er im Bunde bald eine wichtige Rolle und bestimmte als zweiter Bundesvorsitzender, seit Anfang 1927 mit Seldte gleichberechtigt, mehr und mehr die politische Richtung des Stahlhelm. Dank seinen Verbindungen zum extremen Flügel der Deutschnationalen Volkspartei, deren Hauptgeschäftsführer er bis 1924 im Wahlkreis Halle/Merseburg war, zu den Vereinigten Vaterländischen Verbanden Deutschlands (VVVD) und anderen Rechtsorganisationen, insbesondere auch zu Offiziersbünden, gelang es Duesterberg, den Stahlhelm mehr als bisher in das Kräftespiel der Rechtsbewegung zu bringen. Von organisatorischer Begabung, verdankte ihm der Stahlhelm Gründung und Ausbau wichtiger Sonderorganisationen, so des Jungstahlhelm und des Bundes Scharnhorst, der Gewerkschaftseinrichtung Stahlhelm-Selbsthilfe und der Frauenbewegung des Stahlhelm, des Königin-Luise-Bundes. Mit Duesterberg, der im Weltkrieg Bataillonskommandeur und später Abteilungsleiter im preußischen Kriegsministerium war, wurde der Typ des ehemaligen aktiven Offiziers als Stahlhelmführer maßgebend.

Duesterberg war es auch, der als Verbindungsmann der nord- und mitteldeutschen Verbände zu den Münchner Verschwörern fungierte,

---

70) Erklärung des Reichswehrkommandos IV, vom kommunistischen Abgeordneten Siewert im sächsischen Landtag in der 58. Sitzung am 16.10. 1923 verlesen (Verhandlungen des Sächsischen Landtags 1922/23, II, S. 1595, dort weitere Hinweise auf Zusammenarbeit mit Reichswehr, S. 1577, 1665 F. 1680 f.).

71) Medem, aaO, S. 62. Duesterberg am 19.10.1875 als Sohn eines Oberstabsarztes in Darmstadt geboren, gestorben am 4.11.1950 in Hameln; zur Biographie Duesterbergs ausserdem: Sta. (1), S. 48 ff. Sta.-Hdb 1927, S. 78 ff.; Neue Deutsche Biographie, IV, Berlin 1959, S. 176 (zu berichtigen ist hier: D. wurde nicht 1924, sondern erst 1927 neben Seldte gleichberechtigter 2. Bundesführer). Vgl. ferner seine eigenen, sehr unzuverlässigen Aufzeichnungen: Th. Duesterberg, Der Stahlhelm und Hitler. Wolfenbüttel u. Hannover 1949.

ja angeblich sogar als Kandidat für das vorgesehene "Nationaldirektorium" galt.[72] Im Herbst war er zusammen mit seinem Adjudanten, dem Grafen Helldorf, dem späteren nationalsozialistischen Polizeipräsidenten von Berlin, wiederholt in München gewesen; im September hatte er eine Abordnung seines mitteldeutschen Stahlhelm zum Deutschen Tag in Nürnberg, dem Aufmarsch der Münchner Putschisten, entsandt. Am 28. Oktober führte Duesterberg in München nochmals Besprechungen mit wichtigen Akteuren der Münchner Verschwörung, mit den Generalen Ludendorff und Lossow, mit Oberst Seisser, dem Befehlshaber der Bayerischen Landespolizei, mit Kapitän Ehrhardt und Oberstleutnant Kriebel, dem militärischen Führer des Deutschen Kampfbunds. Seine Gesprächspartner beschwor Duesterberg,"unter allen Umstanden" gemeinsam vorzugehen,und beruhigte sie über die Haltung der mitteldeutschen Reichswehr. Diese sei, versichter er, stark mit Stahlhelm-Reservisten durchsetzt und werde,wie er "mit Bestimmtheit" zu sagen wage, keinen aktiven Widerstand bei einem Vormarsch leisten.[73]

Während sich die norddeutschen und mitteldeutschen Stahlhelmführer teils abwartend verhielten, teils aktiv an den Putschvorbereitungen beteiligten, blieb die Haltung der Magdeburger

---

72) So Severing, aaO, I, S. 446.

73) W. Hoegners Sammelband Hitler und Kahr, II, S. 45 ff., zit. nach Hofmann, aaO, S. 139; Hoegner, aaO, S. 157. Duesterbergs Aussage in Erwiderung nationalsozialistischer Angriffe in: St. 14/2/17.1. 1932; Auszüge aus dem Tagebuch von Kriebel, (freundlicherweise v. Herrn A. Werner, Niederhofheim-Heide, z. Verfügung gestellt).

Langermann (in: Grote, aaO, S. 296) behauptet in seiner nach 1933 erschienenen Darstellung, Duesterberg habe gegen den Widerstand Seldtes ein enges Zusammengehen mit den Nationalsozialisten verlangt; hinter dieser Forderung sei der ganze aktive Stahlhelm gestanden. Duesterberg (aaO) übergeht die Ereignisse im Herbst 1923, gibt aber zu, dass er Hitler schon seit 1920 persönlich kannte; er will freilich schon damals von ihm den Eindruck eines "Schmierenkomödianten" gehabt haben. Das hielt Duesterberg offenbar aber nicht ab, bis ca. 1931 mit Hitler in Verbindung zu bleiben, wie er selbst in seinen Erinnerungen schreibt (Duesterberg, aaO, S.12 f.).

Zur Teilnahme von Stahlhelm-Gruppen bzw. von einzelnen Stahlhelmführern am Deutschen Tag in Nürnberg am 1.9.1923: Langermann in: Grote (Hrsg.), aaO, S. 297; St. 15/36/3.9.1933; E. Deuerlein (Hrsg.), Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 9. November 1923. Stuttgart 1961, S. 166, 169.

Bundesleitung um Seldte und seine Berater, der Rechtsanwälte Bünger und Schaper, undurchsichtig. Feststeht allerdings, dass sie gegen ein offenes Vorgehen in der Form eines Putsches waren. Seldtes Intentionen dürften sich vielmehr mit den Plänen der norddeutschen Nationalisten um ein Direktorium gedeckt haben, das durch Druck auf den Reichspräsidenten mit Hilfe der Reichswehr und der "nationalen" Verbände errichtet werden sollte. In diesem Sinne verlangte der Bundesvorstand am 4. November telegraphisch vom designierten "Aussendirektor" Stresemann, der Seldte in den kritischen Novembertagen wiederholt empfing, die "sofortige Errichtung einer nationalen Diktatur", die nicht durch Parlamente, Parteien und Interessenverbände behindert sein dürfe. Der letzte Satz des "Diktaturtelegramms" - "Handeln Sie, damit nicht andere handeln!" kann als Absage gegen den Putschismus gewertet werden, denn mit den "Anderen" waren doch wohl die Münchner Verschwörer gemeint.[74]

Wenn sich der Stahlhelm an Stresemann mit seiner Diktaturforderung wandte, dann wohl aus zwei Gründen: Einmal wegen der Beziehungen, die zwischen Seldte und Stresemann bestanden, der offenbar noch als "national" im Sinne der Nationalisten galt, zum anderen, um eine Kontinuität in der Aussenpolitik zu wahren, denn man befürchtete - wohl nicht zu Unrecht - dass Frankreich nach der Errichtung der Diktatur "einmarschieren werde". In Stresemann sah man schliesslich auch den Mann "mit Erfahrung" zur Abwicklung des Parlamentarismus", wie es in dem "Direktoriumsplan" des Stahlhelm hiess.[75]

---

74) Bis zur "Machtergreifung" wurde das Telegramm gewöhnlich als Distanzierung von Putschen verstanden (so z. B. Sta. (1), S. 46/47; dort ist auch das Telegramm abgedruckt). Nach 1933 erfuhr das Telegramm von Seiten des Stahlhelm aus verständlichen Gründen eine andere Interpretation (so v. Seldte am 21.4.1934, am "Tag der Alten Garde", St. 16/17/29.4.1934).

Über die Kontakte Stresemann - Seldte im November 1923 mit angeblichem Druck auf Stresemann: H. Martin, 10 Jahre Stahlhelm, Leipzig 1929, S. 12; Severing am 11.7.1927 in München (VB 40/157/12.7. 1927, Beil. Münchner Beobachter).

75) Abgedr. in: Berliner Tageblatt Jg. 53, Nr. 143 v. 24.3.1924 (Abendausg.).

Als Stresemann nicht "die nötige Entschlusshärte für die nationale Diktatur" zeigte,[76] wandte sich der Bundesvorstand an General von Seeckt, der dem Stahlhelm wie vorher anderen"nationalen"Kreisen freilich eine Absage erteilte. Für den zukünftigen "Reichsverweser" hatte der Generalsekretär des Stahlhelm, Helmut Franke, - wie das bei den Verbänden in jener Zeit üblich war - einen"Direktoriumsplan" ausgearbeitet, der freilich an Radikalität nichts zu wünschen übrig liess und in wesentlichen Punkten mit Entwürfen der Nationalsozialisten und des Alldeutschen Verbandes übereinstimmte. So wurde in Punkt acht der Proklamation die Todesstrafe angekündigt für "Auflehnung und Sabotage gegen den Reichsverweser, Streikhetzer, Plünderer, Wucher, Zurückhaltung von Nahrungsmitteln, Ausfuhr von Nahrungsmitteln".[77]

Die Bundesleitung distanzierte sich von diesem Elaborat, das als "Privatarbeit" abgetan wurde. Anfang 1924 entliess Seldte seinen radikalen Generalsekretär, der sich nach dem Scheitern des Hitler-Putsches für eine weitgehende Angleichung des Stahlhelm an den Nationalsozialismus eingesetzt hatte. Auch gegen Duesterberg versuchte Seldte offenbar jetzt vorzugehen; er selber bekannte sich nachdrücklich zu Stresemann und wies jeden Putschismus weit von sich.[78]

Indessen zeigte es sich im Frühjahr 1924, dass durch die vielfache Zusammenarbeit mit radikal-völkischen Gruppen die Radikalisierung der Untergliederungen erheblich zugenommen hatte; in

---

76) Direktoriumsplan (vgl. Anm. 75). Der Entwurf wurde zusammen mit einem Lagebericht erst am 11.11.1923 an die Gauführer verschickt.

77) Direktoriumsplan (vgl. Anm. 75). Nach diesem Plan sollte Seeckt "Reichsverweser", Stresemann Aussendirektor, Graf Kanitz Ernährungsdirektor, Baethge Wirtschaftsdirektor werden. Hoegner (aaO, S.155) spricht von "wiederholten Forderungen " des Stahlhelm an Seeckt. Die Diktaturpläne des Stahlhelm wurden später mit den "Boxheimer Dokumenten" der Nationalsozialisten verglichen ("Vorwärts" v. 8.12. 1931, zit. in: St. 13/50/13.12.1931).

78) St.6/8/9/30.3.1924; H. Franke in: Arminius Nr. 37/38 v. 27.10. 1926, S. 13 ff. Langermann in: Grote (Hrsg.), aaO, S. 297.

einigen Ländern war der Stahlhelm bereits verboten worden.[79] Mehrere Ortsgruppen und sogar ganze Gaue rebellierten gegen die gemässigte und auf Ausgleich bedachte Bundesleitung und traten zeitweilig aus dem Bunde aus. So entstanden als Absplitterungen der Völkische Frontkämpferbund Ostpreussen und der ebenfalls völkisch eingestellte Frontkämpferbund Westküste in Schleswig-Holstein; andere Ortsgruppen gehörten gleichzeitig dem im Mai 1924 von Ernst Röhm gegründeten Frontbann an.[80]

Die Gefahr eines Auseinanderfallens der Gesamtorganisation nahm während des Wahlkampfes zu den Reichstagswahlen im Mai 1924 bedrohliche Ausmaße an, als die Deutsch-völkische Freiheitspartei offen zur Zersetzung des Stahlhelm aufrief, aber noch im Herbst 1925 fürchtete man den Übertritt einzelner Gaue zum unter dem Patronat von Ludendorff stehenden Tannenbergbund, obwohl zu diesem Zeitpunkt die "jüdische Frage", ein wichtiger Grund für die Rebellion, im Stahlhelm eine endgültige Klärung erfahren hatte: Im März 1924 beschloß die Bundesversammlung unter dem Druck des radikalen Flügels unter Duesterberg und gegen den Widerstand Seldtes und seiner Anhänger, die Zugehörigkeit von Juden im Stahlhelm zu verbieten. Allerdings blieb der Antisemitismus in den einzelnen Stahlhelm-Landesverbänden sehr unterschiedlich und spielte nie die Rolle wie in den völkischen und nationalsozialistischen Gruppen. Zwar sprach man vom "westlerisch-demokratischen und östlich-semitischen Charakter der Weimarer Verfassung" oder von den "deutschen Mossejuden des Berliner Tage-

---

79) So in Sachsen und Mecklenburg; in Hamburg wurden 80 Stahlhelm-Mitglieder verhaftet (St. 5/16/21.12.1923. Berliner Tageblatt Jg. 53, Nr. 149 v. 27.3.1924, Abend-Ausg.).

80) Jd. 65/18.3.1927, 66/19.3.1927, 134/11.6.1927; Nachlass Gessler Nr. 50; RKo.In. Nr. 107 v. 11.10.1924 (von Herrn Werner, Niederhofheim-Heide, zur Verfügung gestellt; in dessen Dissertation über die SA weitere Einzelheiten über die völkischen Wehrverbände). Wie eng teilweise die Verbindungen von Stahlhelm-Untergliederungen zu den völkischen Wehrverbänden u. zu den Nationalsozialisten waren, geht z. B. daraus hervor, dass der Landesführer von Schlesien, General a. D. von Massow, zum Führer des Ludendorff'schen Tannenbergbundes in Schlesien vorgesehen war, oder dass die Bundesleitung ausdrücklich darauf hinweisen musste, dass das Tragen des Bundesabzeichens und des Hakenkreuzes "nicht angängig" sei. (RKo. an Staatssekretär in der Reichskanzlei am 30.10.1925), R 43 I/2732; St.7/13/29.3.1925.

blatts", einer Verabsolutierung des Judentums als Sündenbock. Eine Lösung der Judenfrage "mit Gummiknüppel und Ochsenziemer" wurde aber von der Mehrheit des Stahlhelm immer und mit Entschiedenheit abgelehnt.[81)]

Der wachsende Einfluss radikalerer Kräfte innerhalb des Bundes wurde Anfang März 1924 sichtbar, als Duesterberg zum Zweiten Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Seine führende Stellung in der Rechtsbewegung zeigte sich im Mai auf dem Deutschen Tag in Halle, dem wohl bisher grössten Aufmarsch der Rechtsverbände und der unmittelbare Anlass zur Gründung des Rotfrontkampferbundes.[82)] Die Unzufriedenheit mit der Führung Seldtes erreichte einen Höhepunkt, als der Bundesführer nach einer Rede Stresemanns in einer Parteiversammlung den Aussenminister hatte hochleben lassen: Die oppositionellen Kräfte forderten jetzt den Rücktritt Seldtes von seinem Posten als Bundesführer, den "ein früherer Kommandierender General", wahrscheinlich der nach dem Kapp-Putsch aus der Reichswehr entlassene General Maercker, Landesführer von Sachsen, übernehmen sollte. Zwar scheiterte der Plan auf der Bundesversammlung im Juni 1924, offenbar nicht

---

81) R. Kulbe (Hrsg.), Politischer Leitfaden für Stahlhelmer, Düsseldorf 1928, S. 30.

Nach Angaben von Langermann (in: Grote (Hrsg.), aaO, S. 296) hiess die Formulierung ungefähr: "Der Stahlhelm, BdF, nimmt keine Juden auf, weil bereits ein jüdischer Frontsoldatenbund besteht". Dieser recht fadenscheinige Beschluss wurde m. W. nicht der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Erst nach Angriffen von völkischer Seite wurde erklärt: "Wahr ist, dass der Stahlhelm, BdF, nichtdeutsche Elemente gleich welcher Konfession oder Rasse von der Aufnahme in seinen Reihen ausschliesst. Er geht damit weit über die Bestimmungen anderer Verbände hinaus"(St.8/15/11.4.1926). In den Aufnahmebestimmungen war meist von "deutschstammigen Frontsoldaten" die Rede (Sta. Hdb. 1927, S. 16). Man kann annehmen, dass auch nach der Bestimmung von 1924 vereinzelt Juden im Stahlhelm waren, vor allem solche, die schon in früheren Jahren eingetreten waren. Freimaurern war die Mitgliedschaft erlaubt (Beschluss des Bundesvorstands am 11.3.1928); die Bundesführer und Mitglieder des Bundesvorstands waren angeblich keine Freimaurer (St.11/10/10.3.1929).

82) Tagung der Hauptversammlung am 9.3.1924 in Halle/S. (St. 6/7/16.3.1924). Auf dem Deutschen Tag in Halle/S. am 11.5.1924 wurde Seldte offen brüskiert (Jd. 157/8.7.1925). Über die Gründung des Roten Frontkämpferbunds vgl. H. Dünow, aaO, S. 22; Posse, aaO, S. 68 ff.

zuletzt durch Wahlmanipulationen der Seldte-Anhänger, aber die Stellung Seldtes als Bundesführer war nachdrücklich erschüttert; er wurde, wie man bald im Jungdeutschen Orden sagte, "der geduldete Vorsitzende des Stahlhelm".[83]

83) Jd. 157/8.7.1925; über den geplanten Sturz Seldtes: St. 6/22/29.6.1924. Danach sprachen sich in der Abstimmung über die Vertrauensfrage 478 Stimmen für Seldte aus; 151 Stimmen waren gegen Seldte, 143 Enthaltungen. Nach Langermann (in: Grote, Hrsg., aaO, S. 298), der auch Manipulationen der Seldte-Anhänger erwähnt, sah das Ergebnis so aus: 1/3 Vertrauen für Seldte, 1/3 Misstrauen, 1/3 Stimmenenthaltung. Bei Duesterberg (aaO, S. 60, Egans Protokoll) ist die Führerkrise irrtümlicherweise auf das Jahr 1925 verlegt. Vgl. auch G. Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden. Berlin 1932/33. III, S. 19.

II. Organisatorischer Aufbau und soziale Struktur

Der Stahlhelm als Sammelbecken ausserparlamentarischer "nationaler" Kräfte (S. 31) - Die regionale Gliederung (S. 33) - Quellen der Finanzierung (S. 36) - Das Führerkorps (S. 39) - Die Mitgliederschaft (S. 40)

Blieb der Stahlhelm von seiner Gründung bis zum Jahre 1923 eine unter den zahlreichen Selbstschutz- und Wehrorganisationen, die kaum durch besondere Aktivität oder durch zahlenmässige Grösse aufgefallen war, so wurde der Bund ungefähr seit Mitte 1924 durch Eingliederung von ähnlichen Bünden allmählich zum grössten "nationalen" Wehrverband. Bei den jetzt und den in folgenden Jahren hinzukommenden Mitgliedern wird man zumindest drei verschiedene Gruppierungen feststellen können:

Der grösste Zugang kam aus den zahlreichen lokalen und regionalen, aus Angehörigen des Bürgertums bestehenden Heimatschutzbünden, die sich nach Auflösung der Selbstschutzverbände, vor allem der Orgesch, gebildet und im Herbst 1923 unter dem Eindruck der kommunistischen Gefahr und der aussenpolitischen Spannungen neue Aktivität entfaltet hatten. In diesen Heimatbünden, die oft in enger Verbindung mit wirtschaftlichen Interessentenorganisationen, besonders mit dem Landbund, standen und von ihnen finanziert wurden, waren auch zahlreiche Freikorpsangehörige, oft als Führer, die mancher Ortsgruppe einen radikaleren Charakter gaben. Im allgemeinen jedoch handelte es sich hier um recht gemässigte bürgerliche Kreise, die ihre Aufgabe vornehmlich im Selbstschutz gegen die Kommunisten und in der Pflege der Kameradschaft sahen. Ein Beispiel für den Anschluss solcher regionaler Selbstschutzorganisationen ist die Vereinigung des aus ehemaligen Freikorpsangehörigen und Orgesch-Mitgliedern entstandenen Cherusker- und Westfalenbunds mit den bereits bestehenden Ortsgruppen des Stahlhelm zum Landesverband Westfalen im Herbst 1924.[1)]

---

1) Sta. I, S. 54. Ausgangspunkt war die Gründung des Westfälischen Freiwilligenkorps Lichtschlag im Dezember 1918; Niederwerfung des kommunistischen Aufstands im Ruhrgebiet 1920; Auflösung als Freikorps; Eintritt der Mitglieder in die Verbände der Orgesch; nach deren Verbot Gründung des Cherusker- und Westfalenbunds, Einsatz im Ruhrkampf (St. 14/4/31.1.1932); für andere Stahlhelm-Landesverbände: Sta. (1), S. 293 ff. Vgl. für Schleswig-Holstein: G. Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933. Düsseldorf 1962, S. 49 ff., 97 ff.

Bei einem anderen Verbandstyp handelte es sich ebenfalls um meist regional verbreitete Organisationen, die bisher ein ausgeprägtes Eigenleben und eine gesinnungsmässige Gemeinschaft gepflegt hatten. Bei stagnierenden Tendenzen in der Zeit nach 1924 suchten sie ebenfalls Anschluss an die grössere Organisation des Stahlhelm, wobei sie meist eine gewisse Selbständigkeit behielten. Solche Gruppen waren beispielsweise im fränkischen Raum der Verband Reichsflagge unter Hauptmann a. D. Heiss, der bei den Putschvorbereitungen im Herbst 1923 eine führende Rolle gespielt hatte,[2] oder der Bund Bayern und Reich und der Verband vaterlandischer Bezirksvereine Münchens,[3] oder auch der Bund Fichtelgau.[4]

Zuwachs erhielt der Stahlhelm auch durch Absplitterungen von anderen Organisationen. So traten Angehörige des Jungdeutschen Ordens aus Protest gegen die "Franzosenpolitik" ihres Hochmeisters Arthur Mahraun zum Stahlhelm über, ja gründeten in manchen Gegenden die ersten Stahlhelm-Ortsgruppen.[5] Der als Absplitterung vom "Jungdo" in Kassel gegründete Jungdeutsche Treubund ging später im Stahlhelm auf,[6] ebenso Gruppen des Wehrwolf, insbesondere in Ostpreussen. Als der von Röhm gegründete Frontbann im Laufe des Jahres 1925 nach und nach zerfiel, traten einzelne Ortsgruppen, so in Mecklenburg, ebenfalls zum Stahlhelm über.[7]

Eine dritte, zahlenmässig geringere Gruppierung,umfasste kleinere, meist auf einen Führer verschworene Bünde jüngerer revolutionare gesinnter Frontsoldaten, die bereits unter ihrem Führer in den Freikorps gekämpft und später den Anschluss an das

---

2) Führer-Nachrichten-Blatt Nr. 40 v. 15.12.1927; Sta. I, S. 68. Die Bezeichnung war: Bund Reichsflagge im Stahlhelm.
Zur Frühgeschichte des Verbands vgl. Werner, aaO.

3) Führer-Nachrichtan-Blatt Nr. 46 v. 31.12.1929; Sta. I, S. 79. Vertreter der Reichsregierung München v. 12.3.1929 u.13.3.1929 (BA R 43 I/ 2734).

4) Jd. 151/1.7.1927.

5) Lippelt u. Huckstorf, aaO, S. 146.

6) Führer-Nachrichten-Blatt Nr. 39 v. 1.11.1927. Vgl. dazu auch Hornung, aaO, S. 54.

7) Sta. (1), S. 338. Vgl. dazu Hofmann, aaO, S. 258 ff.; Werner, aaO,S.305f Der Bayerische Treubund, eine Absplitterung des Heimat- u.Königbundes, schloss sich ebenfalls dem Stahlhelm an (Jd. 218/17.9.1927.

bürgerliche Leben nicht gefunden hatten. Nach der Zeit der Putsche, an denen sie meist teilgenommen hatten, nach wiederholten Verboten, suchten sie nach der Mitte der 20er Jahre Anschluss an grössere Organisationen, an die Sturmabteilungen der Nationalsozialisten, an den Wehrwolf und an den Stahlhelm. Der aufsehenerregendste Fall war der Eintritt Kapitän Ehrhardts und seines in Preussen verbotenen Bundes Wiking in den Stahlhelm im Jahre 1926.[8] Ebenfalls in dieser Zeit schlossen sich ein Teil des aus dem Freikorps Oberland entstandenen Bundes Oberland unter Oberleutnant Oestreicher und Einheiten der früheren Organisation Rossbach dem Stahlhelm an.[9]

In Radikalität der revolutionären Gesinnung verwandt, aber nicht organisiert, stiessen um 1925 eine Reihe von jüngeren Frontsoldaten zum Stahlhelm, die sich als Wortführer des "jungen Nationalismus" und Interpreten des Fronterlebnisses um die Zeitschrift Standarte scharten. Ernst Jünger, Franz Schauwecker, Helmut Franke, Friedrich Wilhelm Heinz, Wilhelm Kleinau sind die bekanntesten Namen. In den Publikationsorganen des Bundes und als politische Referenten übten sie zeitenweise einen erheblichen Einfluss aus, wie an anderer Stelle noch zu zeigen sein wird.[10]

Aus der hier in Umrissen gezeichneten Entwicklung des Stahlhelm zur Grossorganisation durch Zusammenschluss meist regional verbreiteter Verbände ist die dezentralisierte Struktur des Bundes erklärlich. Kernstück des organisatorischen Aufbaus waren die Landesverbände und selbständigen Gaue. Je nach dem Volkscharakter, den besonderen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, den Eigenschaften und der politischen Haltung der Führer wiesen sie erhebliche Unterschiede auf, wie sie schon in der Frühzeit zwischen den Gruppen von Magdeburg und Halle be-

---

8) Vgl. S. 85.

9) Jd. 151/1.7.1926; Kuron, aaO, S. 194. Auskunft über den Beitritt von kleineren, meist aus Freikorps entstandenen Verbänden in Bayern verdanke ich Herrn Werner, Niederhofheim-Heide. Belege auch in den Akten BA NS 26/vorl. 863.

10) Vgl. S. 73.

standen hatten und jetzt in anderen Gegenden des Reiches durch den Übertritt von teilweise andersartigen Verbänden noch verstärkt wurden. Wenngleich in den Jahren 1926/27 im Zuge der Umstellung vom reinen Wehrverband zum politischen Kampfbund Zentralisierungsbestrebungen vorhanden waren, behielten die Landesverbände eine weitgehende Selbständigkeit. Mit Recht konnte man deshalb den Stahlhelm als einen "Bund der Bünde" bezeichnen.[11)]

Die Landesverbände gliederten sich im allgemeinen in Gaue, Kreise und Ortsgruppen, diese in Kameradschaften und Gruppen. 1927 bestanden 26 Landesverbände und selbständige Gaue, 121 Gaue und 566 Kreise; die Zahl der Ortsgruppen wurde 1931 mit 7 000 angegeben, die Zahl der Dienststellen mit 14 000, die ungleichmässig über das Reichsgebiet verteilt waren.[12)] Hauptverbreitungsgebiet blieb immer Nord- und Ostdeutschland sowie Teile Westdeutschlands. In Süddeutschland konnte der Bund erst in der zweiten Hälfte der 20er Jahre einige Bedeutung gewinnen; in Bayern-als "preussisches Gewächs" bezeichnet - erst nachdem er sich auf dem Reichsfrontsoldatentag in München im Jahre 1929 zum Föderalismus bekannt und einige stagnierende "weiss-blaue" Verbände aufgesogen hatte.[13)]

Die dezentralistische, auf den Landesverbänden basierende Struktur des Stahlhelm zeigt sich auch in den Spitzengremien des Bundes. Der Bundesvorstand, der die Richtlinien der Bundespolitik festlegte, wurde hauptsächlich von den Führern der Landesverbände

---

11) Standarte, Jg. 1928, Nr. 2, S. 27. In einer Anordnung des "Jungdo" war von "der Vielheit der Stahlhelmbünde" die Rede (Führer-Nachrichten-Blatt Nr. 36 v. 15.3.1927).

12) Sta.-Hdb. 1927, S. 69 f. Sta.Hdb. 1931, S. 73 mit weiteren Einzelheiten.

13) Die stärksten Landesverbände waren Mitteldeutschland, Westmark (Westdeutschland), Schlesien, Pommern-Grenzmark, Brandenburg, Ostpreussen, wobei freilich zu berücksichtigen ist, dass die hier genannten Landesverbände räumlich von unterschiedlicher Grösse waren. (Aufstellung vom Jahre 1931/32, BA R 72/2).

und selbständigen Gaue gebildet [14] und stellte ein vielköpfiges Gremium dar, dessen Beschlüsse meist Kompromisse von oft weit auseinandergehenden Meinungen darstellten, ein Gebaren, das sich wenig vom vielgeschmähten "Kompromisslertum" des "Systems" unterschied und deshalb auch innerhalb des Bundes immer wieder Anlass zur Kritik war. Symptom der verschiedenen Strömungen im Stahlhelm und im Widerspruch zu den "bündischen" Prinzipien stehend war die "Doppelführung" durch die beiden Bundesführer Seldte und Duesterberg. Mochten sich die beiden Führer auch in mancher Hinsicht ergänzen - Seldte war ein guter Redner, der es verstand, in einfachem "Frontsoldatendeutsch" die Massen zu gewinnen, Duesterberg ein hervorragender Organisator - tatsächlich aber bedeutete die "Doppelführung" der beiden nach Herkunft, Charakter und politischer Einstellung so verschiedenen Männer eine erhebliche Schwächung des Bundes. Wiederholte Führungskrisen waren die Folge der Meinungsverschiedenheiten, die nach der "Machtergreifung" Hitlers auch offen ausbrachen.

Eigentliche Zentrale des Bundes war das Bundesamt [15] mit einem Generalsekretär, später Bundeskanzler genannt, an der Spitze. Im Verlauf der Entwicklung vom Wehrverband zur politischen Organisation wuchs das Amt nach 1926 zu einem grossen Apparat mit

---

14) Neben den Landesführern und den beiden Bundesführern gehörten dem Bundesvorstand noch andere Mitglieder an, so die politischen Referenten oder Wirtschaftssachverständige. Anfang 1929 hatte der Bundesvorstand 37 Mitglieder.

Daneben gab es als engeres Führungsgremium den Bundesrat, der aus 5 von den beiden Bundesführern berufenen Landesführern bestand. Die Bundesversammlung (Mitgliederversammlung) bestand aus den Vorstandsmitgliedern und den Führern der Gaue mit mehr als 1 000 Mitgliedern und war für Satzungsänderungen u. dgl. zuständig.

Die Bundesführer wurden von den Landesführern auf 3 Jahre gewählt; die Führerbestellung bei den Untergliederungen war nicht einheitlich geregelt: Sie erfolgte teils durch Ernennung, teils durch Wahl, wobei die Bestätigung des vorgesetzten Führers notwendig war, meist der Landes- bzw. Bundesführer.

Die hier gemachten Angaben beziehen sich auf die Zeit nach 1927, Einzelheiten in: Sta.-Hdb. 1927 und 1931, ferner St. 9/13/27.3.1927, St. 13/21/31.5.1931.

15) Czettritz, Vom Bundesamt und organisatorischer Aufbau in: Sta. (1), S. 142.

17 Abteilungen an, nicht ohne Kritik der Untergliederungen hervorzurufen. Sitz des Bundes blieb Magdeburg, wenn auch allmählich die wichtigsten Abteilungen nach Berlin verlegt wurden, so die Stahlhelm-Reichspressestelle, die Propagandaabteilung, die Kulturpolitische Abteilung und die Auslandsabteilung, die für die Bearbeitung der zahlreichen im Ausland gegründeten Gruppen zuständig war.[16)]

Das Anwachsen des Stahlhelm zu einer Grossorganisation machte nach 1925 auch eine Sicherung der finanziellen Grundlagen erforderlich, zumal die bisher von den wirtschaftlichen Interessentenorganisationen den Selbstschutzverbänden gewährten Unterstützungen mit der Stabilisierung der Verhältnisse im Reich zurückgingen. Trotz der Undurchsichtigkeit der Finanzgebarung des Bundes, die auch in der Organisation verschiedentlich bemängelt wurde, dürften drei Arten der Finanzierung bestanden haben. Der Mitgliedsbeitrag - im allgemeinen monatlich eine Mark - war die Grundlage der Stahlhelm-Arbeit in den Ortsgruppen, Kreisen, Gauen und Landesverbänden, die im allgemeinen keine besoldeten Führer angestellt hatten.[17)] Der Bundesanteil von 10 Pfennigen reichte aber nicht aus, um den immer grösser werdenden Apparat der zentralen Instanzen und die politische Tätigkeit des Bundes zu finanzieren.

Seldte ging deshalb frühzeitig daran, dem Bund neue Einnahmequellen zu erschliessen. Mit kaufmännischem Geschick baute er in der Mitte der 20er Jahre die wirtschaftlichen Unternehmungen des Stahlhelm aus, deren Ertrag wohl zur wichtigsten Einnahmequelle für die Bundesorganisation wurde. Am ertragreichsten

---

16) Über die Auslandsarbeit informieren Beiträge in: Sta.-Hdb. 1931, S. 139 ff.; Sta. II, S. 168 ff. Vgl. dazu auch die Darstellung in ostzonaler Sicht: H. Thümmler, Die Auslandsorganisation des Stahlhelm im Dienst der faschistischen Propaganda (1934/35) in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Berlin 1961, II, S. 283 ff.

17) Ein im Sta.-Hdb. 1927 (S. 224 f.) abgedr. Beispiel sieht folgende Verteilung vor: Von dem vom Mitglied zu bezahlenden Betrag von einer Mark verbleiben 50 Pfennig bei der Ortsgruppe, 10 Pfennig sind für den Kreisverband, 20 Pfennig für den Gau, 10 Pfennig für den Landesverband und 10 Pfennig für den Bund festgesetzt.

dürfte das später auch von der SA zum Vorbild genommene Versicherungswesen des Stahlhelm gewesen sein, vor allem die mit dem Bezug der Stahlhelm-Zeitung verbundene Unfallversicherung und die eigentliche Stahlhelm-Versicherung, eine obligatorisch für alle versicherungsfähigen Mitglieder eingeführte Sterbegeldversicherung, die Seldte einmal "die Lebensfrage des Bundes" .. nannte.[18] Tatsächlich dürfte die frühzeitige wirtschaftliche Konsolidierung, der die anderen Bünde im allgemeinen wenig Aufmerksamkeit schenkten, eine wichtige Voraussetzung dafür gewesen sein, dass der Bund alle Krisen überstand und in der Mitte der 20er Jahre zum grössten Verband der Rechten werden konnte.

Von wirtschaftlicher Bedeutung waren auch die Verlagsunternehmen des Stahlhelm, deren Ertrag zeitenweise die fast alleinige Grundlage der Arbeit bildete .[19] Neben dem Bundesorgan "Der Stahlhelm" mit einer Auflage von 100 - 200 000 Exemplaren erschienen an die 50, meist lokale Zeitungen und Mitteilungsblätter. Der im Besitz von Seldte befindliche Frundsberg-Verlag in Berlin zählte zu den führenden Verlagen des "jungen Nationalismus" und verlegte neben der freilich wenig einträglichen Zeitschrift Standarte u. a. die erfolgreichen Kriegsbücher von Franz Schauwecker. Anfang 1932 erwarb Seldte die Kreuzzeitung, die von diesem Zeitpunkt an als das Sprachrohr der Bundesführer anzusehen ist.[20]

---

18) Seldte in einem Aufruf (St. 8/16/18.4.1926). Der Bestand wurde 1929 mit 51 Millionen Mark angegeben (St. 11/40/6.10.1929). Über das Versicherungswesen im einzelnen: Sta.-Hdb. 1927 (S. 245 ff.) u. 1931 (S. 282 ff.).

19) Auf einer Führertagung des Landesverbands Hessen-Südwestfalen in Kassel am 21.2.1926 sagte Seldte, dass die Politik des Stahlhelm bisher von den "Erträgnissen" des Zeitungsverlags und des Buchgeschäfts getrieben worden sei. (BA R 72/16). In der Frühzeit hat der Bund offenbar zeitenweise "ziemlich ausschliesslich von den Erträgnissen der Seldte'schen Fabrik gelebt" (W.Kleinau, Soldaten der Nation, Berlin 1933, S. 45; Medem, aaO, S. 40).

20) Die Auflage des Bundesorgans wurde 1933 in Sperlings Zeitschriften- und Zeitungsadressbuch (S. 245) mit 110 000 angegeben; sie dürfte Mitte der 20er Jahre höher gewesen und damit die grösste "bündische" Zeitschrift gewesen sein. Ausser der Bundeszeitung sind zu nennen das Organ von Duesterberg: Der Alte Dessauer, Kampfblatt der nationalen Frontsoldaten, das besonders in den Landesverbänden Mitteldeutschland und Schlesien verbreitet war, ferner: Der Stahlhelm-Sender; Der Stahlhelm-Kapellmeister; Der Stahlhelm-Student u.a.

Neben dem "Bildungshof" mit einer angegliederten Buchgemeinschaft bestand der "Stahlhof", eine Versandgesellschaft zur Lieferung der allmählich einheitlich werdenden feldgrauen Bundestracht, von zahlreichen Abzeichen, Führerriehmen, Wimpel und Standarten, von Ausrüstungsgegenständen für den Wehrsport, von Musikinstrumenten für die über 100 Kapellen des Bundes.[21]

Ausser den laufenden Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und den wirtschaftlichen Unternehmungen dürften Zuwendungen von Industriellen stets eine Rolle gespielt haben, in der Form z. B., dass die Bezahlung der Beiträge von mittellosen Mitgliedern oder die Fahrtkosten zu den jährlichen Reichsfrontsoldatentagen von ihnen übernommen wurden.[22] In einzelnen Landesverbänden gab es besondere Gesellschaften der Freunde des Stahlhelm und Förderkreise zur Finanzierung der Hochschulgruppenarbeit. Bei besonderen politischen Aktionen des Bundes, z. B. bei den Volksbegehren oder bei den Reichspräsidentenwahlen, wurden den Mitgliedern besondere Umlagen auferlegt und befreundete Personen und Firmen um Spenden gebeten.[23] Die wehrsportliche Arbeit im Stahlhelm wurde zumindest zeitenweise von der Reichswehr finanziell gefördert. Sonst wäre der Aufbau einer besonderen, sich über das ganze Reich ausdehnenden Wehrsportorganisation mit zahlreichen Sondereinheiten wohl kaum möglich gewesen. Es bestanden neben Sanitätsabteilungen Motorbootstaffeln, ein Stahlhelm-Fliegerkorps, eine Reichsnachrichtenmittel-

---

21) Die Fahnen des Bundes waren nicht einheitlich; vorherrschend war die sogen. Bundesfahne, d.h. die Flagge Schwarz-Weiss-Rot mit einem Stahlhelm im weissen Mittelfeld, und die ehem. Marineflagge. Das Bundesabzeichen war ein Stahlhelm. Im einzelnen darüber: F.Bendziula, Symbole und Tracht des Bundes in: Sta.(1) S. 168 ff. Über die Wirtschaftsabteilung bzw. den "Stahlhof": Sta.-Hdb. 1927, S. 243 ff. u. 1931, S. 280 ff.

22) So ist auch der hohe Grad der Beteiligung zu erklären (nach 1926 jeweils über 100000). Die Kosten für Vorbereitung und Durchführung des Berliner Frontsoldatentags 1927 wurden vom Stahlhelm mit 90 000 Mark angegeben (Sta.-Hdb. 1927, S. 177), die Gesamtkosten vom Jungdeutschen Orden auf 3 Millionen Mark geschätzt (Jd. 107/ 8.5.1927).

23) Nachlass Schwertfeger Nr. 428, 268. Stahlhelm-Student Jg. 1930/31, Nr. 1, S. 20.

staffel mit 70 Abteilungen und als grösste Sondereinheit eine Reichskraftfahrstaffel mit 715 Motorstürmen und über 25 000 Fahrzeugen.[24]

Der Ausbau der Organisation und die Vergrösserung des Bundes in der Mitte der 20er Jahre führte zu einer Umstruktierung der Führerschaft: Vorherrschend wurde entgegen den ursprünglichen Absichten Seldtes der Typ des ehemaligen aktiven Offiziers. Von den 23 Landesverbandsführern waren mindestens 13 ehemalige Offiziere, ebensoviele gehörten dem Adel an.[25] Nach dem Kriege hatten die Stahlhelmführer oft Freikorps geführt und waren dann zunächst in anderen, z. T. radikaleren "nationalen"Verbänden tätig gewesen; einige waren nach dem Kapp-Putsch aus der Reichswehr entlassen worden.[26] Auch mittlere und untere Führerpositionen wurden vielfach von ehemaligen aktiven Offizieren besetzt, nicht nur weil sie für diese Funk-

---

24) So finden sich im Nachlass Schleicher vom Jungstahlhelm-Reichsführer von Morozowicz quittierte Belege über den Empfang von 40 000 Mark für "Aufgaben der wehrsportlichen Ertüchtigung der Jugendlichen" im Zeitraum von Dezember 1930 bis Dezember 1931 (Nachlass Schleicher BA, Militärarchiv, H 08-42/26). Vgl. auch Vogelsang aaO, S. 231).

Über die technischen Sonderorganisationen: F.E. Nord, Der Tehhnische Dienst im Stahlhelm in: Sta. (1), S. 165.; Sta.-Hdb. 1931, S. 205 ff.

25) Aus einer Übersicht im Sta.-Hdb. 1931 (S. 90 f.) zu entnehmen.

26) Freikorpsführer waren z. B. Major a.D. von Stephani (Landesführer von Gross-Berlin), liess angeblich als Kommandeur des Freikorps Potsdam im Januar 1919 beim Sturm auf das "Vorwärts"-Gebäude die unbewaffneten Parlamentäre der Spartakisten erschiessen, später führend im wiederholt verbotenen Verband nationalgesinnter Soldaten tätig, dann in der Organisation Rossbachs), Hauptmann a.D. Frh. v. Neufville (später Landesführer von Baden-Württemberg), Oberst a.D. Tüllmann (später Führer des Landesverbands Nordmark), General a.D. Maercker (später Landesführer von Sachsen), Major a.D. Graf Eulenburg (später Landesführer von Ostpreussen).

Literatur dazu: Gordon, aaO, S. 414 ff. E.v.Salomon (Hrsg.), Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938; Hoegner aaO, S. 395,gibt fälschlicherweise den Vornamen von Stephani mit Fritz an; tatsächlich hiess er Franz.

Aus einer Aufstellung bei Gumbel, Zwei Jahre Mord (S.56 ff.),ist zu entnehmen, dass folgende wegen Beteiligung am Kapp-Putsch aus der Reichswehr entlassene Offiziere später Führerstellungen im Stahlhelm einnahmen: Major von Stephani (Landesführer von Gross-Berlin),Oberst Czettritz (Bundeskanzler d.Stahlhelm),Major Marklowski (Landesf.v.Schleseien),Hauptmann Frh.v.Neufville (Landesf.v. Baden-Württ.),Oberstleutnant Teschner (Landesf.v.Niedersachsen), Major Pressentin (Gauführer von Hamburg).

tion im noch als reinen Wehrverband strukturierten Stahlhelm geeignet waren, sondern auch wegen ihrer durch eine Pension gewährleisteten finanziellen Unabhängigkeit. Daneben waren Lehrer, evangelische Pfarrer, Gutsbesitzer und selbständige Kaufleute als Führer vorherrschend.

Entsprechend seiner ursprünglichen Funktion als reiner Frontsoldatenbund waren die Führer des Stahlhelm fast ausschliesslich Kriegsteilnehmer, die Ende der 20er Jahre relativ alt geworden waren. Wenngleich seit 1929 auch Angehörige der Nachkriegsgeneration formell Führerstellungen einnehmen konnten und in den 30er Jahren eine gewisse Verjüngung des Führerkorps, besonders im Jungstahlhelm und in den Sonderorganisationen festzustellen war, im ganzen wirkten sich diese Massnahmen der Bundesführung bei vielfachem Widerstand der "alten Frontkämpfer" nicht so aus, wie es von der jungen Generation gefordert wurde. Vorherrschend blieb in den höheren Führerstellungen der Typ des Vorkriegsmilitärs.[27)]

Diese Charakteristik des Führerkorps trifft nicht in gleichem Masse auf die Gefolgschaft des Stahlhelm zu, weder in der altersmässigen noch in der beruflichen Struktur. Bereits im Jahre 1924 wurde der Rahmen des ursprünglich nur auf Weltkriegsteilnehmer beschränkten "Bundes der Frontsoldaten" durchbrochen und der Jungstahlhelm für die 17 - 21jährigen als Bundeseinrichtung gegründet, nachdem schon vorher in verschiedenen Gauen besondere Gruppen für jüngere Jahrgänge bestanden hatten.[28)] Im Bund Scharn-

---

27) Über die Kritik der jüngeren Generation anlässlich der Magdeburger Führertagung Anfang 1929: W. Kleinau in:Standarte,Jg. 11(1929), Nr. 4, S. 75.

Nach einem Beschluss des Bundesvorstands am 24./25.11.1928 konnten Jungstahlhelmer Mitglieder des Bundesvorstands und bei den Unterverbänden Ortsgruppenführer werden. (St. 10/49/2.12.1928).

28) St. 6/18/1.6.1924, Sta. I, S. 53. Über den Jungstahlhelm allgemein: K. Görnemann, Vom Werden des Jungstahlhelm in: Sta. I, S. 136 ff.; Sta.-Hdb. 1927, S. 101.

horst, in enger Verbindung zum Stahlhelm stehend, waren die Jungen vom 13. bis zum 16. Lebensjahr. [29]

Für "deutschstämmige Männer", die "wegen ihres Alters oder aus sonstigen ehrenwerten Gründen nicht 6 Monate an der Front gestanden" hatten, aber die "vaterländischen Ziele" des Stahlhelm fördern wollten, bestand seit Frühjahr 1924 der Stahlhelm-Landsturm, der später nach Aufnahme über 21jähriger Jungstahlhelmer Ring-Stahlhelm genannt wurde.[30] Die Frontkämpfer selbst waren im Kernstahlhelm organisiert. Auf dem Wege zur politischen Bewegung wurden seit 1926 die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen nach und nach beseitigt, eine Entwicklung, die im Dezember 1929 durch Einführung eines gemeinsamen Abzeichens äusserlich ihren Abschluss fand.[31] Allerdings sind gewisse Spannungen zwischen den "alten Frontsoldaten" des Weltkrieges und der im Jungstahlhelm vereinigten Nachriegsgeneration nie völlig beseitigt worden. In Kreisen der Kriegsteilnehmer hat es anfänglich an Stimmen nicht gefehlt, die die Angliederung einer Jugendorganisation als "widersinnig und als eine Beeinträchtigung der Stellung der Frontkämpfer"bezeichneten; sie wollten lieber unter sich bleiben. Auf der anderen Seite machten

---

29) Zum organisatorischen Aufbau des Bundes Scharnhorst und seinen engen Beziehungen zum Stahlhelm: Sta.-Hdb. 1931, S. 133 ff. In einzelnen Landesverbänden bestanden Beziehungen zu anderen "nationalen" Jugendbünden, z. B. zum Bismarck-Bund, mit denen die Überführung der Jugendlichen in den Stahlhelm bzw. Jungstahlhelm vereinbart wurde.

Als die Frauenorganisation des Stahlhelm ist der organisatorisch selbständige Königin-Luise-Bund anzusehen. Der Bund, hauptsächlich auf sozialem Gebiet tätig, zählte mit besonderen Jugendgruppen zu den zahlenmässig grössten Frauengruppen der 20er Jahre. Als Absplitterung entstand 1928 der Stahlhelm-Frauenbund.

30) Sta.-Hdb. 1927, S. 217.

31) Beschluss des Bundesvorstands v. 23./24.11.1928 (St. 10/49/2.12. 1928). Einzelheiten,wie Aufnahmebedingungen,in: Sta.-Hdb. 1927 u. 1931.

sich im Jungstahlhelm bei zunehmender Erstarkung gewisse Selbständigkeitstendenzen bemerkbar, da sich die Jungstahlhelmer vom Kriegervereinsstil, wie er in den Ortsgruppen vielfach herrschte, verständlicherweise wenig angezogen fühlten.[32] Führer der Jungstahlhelm-Einheiten blieben bis in die 30er Jahre fast ausschliesslich Erwachsene, d. h. Frontsoldaten; die Jugendorgnisation des Stahlhelm, zahlenmässig wohl die grösste "nationale" Jugendgruppe,[33] hatte wenig mit der eigentlichen Jugendbewegung gemein, wenn es auch vereinzelt zu Kontakten mit ihr kam.[34] Der Jungstahlhelm blieb im Grunde nichts anderes als "eine Art Rekrutendepot für den Frontsoldatenbund",[35] nach den Worten seines Reichsführers "ein politisches und vaterländisches Kampfinstrument", auf das sich die Bundesführer "blindlings" verlassen könnten.[36]

Der Anteil der Nachkriegsgeneration wurde in den Jahren 1928/29 von neutralen Beobachtern auf etwa 50 % geschätzt,[37] das Durchschnittsalter der Gesamtorganisation von Stahlhelm-Kreisen 1925 mit 35 - 40 angegeben.[38] Es lag damit zwar höher als in vergleichbaren Verbänden, im ganzen aber war die altersmässige Struk-

---

32) Zum Geleit der Beilage Jungstahlhelm (St.8/52/25.12.1926), H.J.Graf v. Blumenthal, Jungstahlhelm in: Sta. II, S. 76 ff. (mit Belegen aus der Beilage Jungstahlhelm).

33) Sta.-Hdb. 1927, S. 66.

34) Jugendbewegung und Jungstahlhelm in: St.11/13/31.3.1929, Beilage Jungstahlhelm. Vgl. dazu: F. Raabe, Die Bündische Jugend. Ein Beitrag zur Geschichte der Weimarer Republik. Stuttgart 1961, S. 143 ff.; W.Z. Laqueur, Die Deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie. Köln 1962, S. 181.

35) Biedermann, Der Stahlhelm und die Jugend in: St. 9/35/28.8.1927.

36) Jungstahlhelm-Reichsführer v. Morozowicz in: Sta. I, S. 134.

37) Frankfurter Zeitung zit. in: Vossische Zeitung v. 21.2.1929 (in Akten BA R 43/I, 2734). Eine Verjüngung war vor allem bei den alljährlichen Reichsfrontsoldatentagen festzustellen, wobei freilich anzunehmen ist, dass die Bundesführung bei diesen Schaustellungen nicht die ältesten Jahrgänge aufmarschieren liess. Demokratische Blätter meldeten z. B. beim Hamburger Frontsoldatentag 1928, 3/4 der Teilnehmer seien Jungstahlhelmer gewesen, was allerdings vom Stahlhelm selbst als übertrieben bezeichnet wurde (St.10/25/17.6.1928).

38) St. 7/5/1.2.1925, 7/23/7.6.1925.

tur des Bundes durch den verstärkten Ausbau des Jungstahlhelm nicht so ungünstig, wie vielfach angenommen wird. Wenn man trotzdem zu Beginn der 30er Jahre, besonders im Vergleich zur SA, von einer Überalterung des Stahlhelm sprechen konnte, dann traf das weniger auf die Mitgliederschaft als vielmehr auf das Führerkorps zu.

Die Diskrepanz zwischen Führerschaft und Gefolgschaft wird auch in der beruflichen Struktur der Mitglieder deutlich, die ein vielfältigeres Bild als die des Führerkorps aufweist. Sicher überwog entsprechend der ursprünglichen Funktion als ein das Privateigentum schützender Verband das bürgerliche Element, und Angehörige des Mittelstands - Angestellte und kleinere Beamte - dürften den Hauptteil der Mitgliederschaft gestellt haben.[39] Es gelang dem Stahlhelm aber, zumindest in einzelnen Gauen, einen erheblichen Teil der Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Die vom Stahlhelm 1926 veröffentlichte Prozentzahl von 63 % Arbeiter im Gesamtbund dürfte allerdings weit übertrieben gewesen sein,[40] selbst wenn man den Begriff Arbeiter weiter fasste und ihn nicht nur auf die Industriearbeiter beschränkte, sondern auch die Landarbeiter miteinbezog, die zweifellos in den östlichen Provinzen, sicherlich nicht ohne Druck ihrer Arbeitgeber, im Stahlhelm recht zahlreich vorhanden gewesen sein dürften.

In manchen Industriebetrieben, besonders des mitteldeutschen Raums, hatte der Stahlhelm eine führende Stellung, im ganzen jedoch dürfte der Anteil von Arbeitern im Stahlhelm nicht mehr

---

39) Dass im Stahlhelm viele Beamte waren, geht aus der Reaktion des Bundes hervor, als die Behörden im Jahre 1929 gegen die "Stahlhelm-Beamten" vorzugehen dachten. So wurde ein besonderer Beamten-Schutzbund unter Seldte als Ehrenpräsident gegründet. Der DNVP-Abgeordnete von Rohr-Demmin sprach im preussischen Landtag von "Tausenden von Beamten", die dem Stahlhelm angehörten (St.11/17/28.4.1929). Vgl. S.206 f.209.

40) So der Stahlhelm-Pressechef Frh. Grote in Düsseldorf mit Angaben über einzelne Landesverbände (St. 8/22/30.5.1926).

als 25 - 30 % betragen haben,[41] immerhin ein gewisser Erfolg, der vor allem der unter dem Schlagwort "Frontsozialismus der Tat" propagierten sozialen Tätigkeit des Stahlhelm zu verdanken war. Dazu gehörten die finanzielle Hilfe für Erwerbslose, "Stahlhelmspeisungen", Wohnungsbau und als "Hauptwerbemittel" [42] bei der Arbeiterschaft: die Beschaffung von Arbeit durch die Stellenvermittlungen der Ortsgruppen. Das geschah in der Form, dass die im Stahlhelm tätigen oder dem Bunde nahestehenden Unternehmer aufgefordert wurden, Stahlhelmer bevorzugt einzustellen, deren antimarxistische Gesinnung angeblich nicht zu bezweifeln war. Es scheint durchaus glaubhaft, dass in manchen Gegenden auf diese Weise Tausende von Stahlhelm-Mitglieder zu Arbeit und Brot kamen,und dass es verschiedentlich hiess: "Wenn man nicht im Stahlhelm ist, bekommt man überhaupt keine Arbeit." [43]

Wurden die Gewerkschaften für eine "ehrliche und entschlossene Austragung der natürlichen Interessengegensätze" auch als not-

---

41) Aussage von Bundeskämmerer Gruss (IMT, XXI, S. 131).

Die führende Stellung des Stahlhelm und Wehrwolf in Betrieben ist aus Material ersichtlich, das auf der 4. Reichskonferenz des Rotfrontkämpferbundes in Düsseldorf im März 1927 verteilt wurde, abschriftlich vom RKo. an Nachrichtenstellen der Länder übermittelt (BA R 43 I/2673). In einem Artikel der "roten" Presse hiess es: "Das Kapitel der 'sozialen Arbeit', die der Stahlhelm in unterirdischer Tätigkeit durchführt, verdient mehr unsere Aufmerksamkeit, als alle seine Paraden und Aufmärsche. Durch sie hat sich nämlich der Stahlhelm planmässig in vielen Landesteilen einen Einfluss zu schaffen verstanden, der stellenweise sogar an Terror grenzt." (abgedr. in: Sta.-Hdb. 1927, S. 196).

42) So im Reichsbanner (Jg. 4, 1927, Nr. 10 v. 15.5.1927).

43) St. 12/6/9.2.1930. Offenbar machten die Unternehmer aber mit den Stahlhelmern nicht immer die besten Erfahrungen (Zuschrift in: St. 12/14/6.4.1930).

Über die soziale Arbeit im einzelnen: Sta.-Hdb. 1927, S. 196 ff., 1931, S. 220 ff.; H. Hildebrandt, Soziale Arbeit in: Sta. I, S. 139 ff.

Statt "Frontsozialismus der Tat" sprach man später häufiger von der "Kameradschaft der Tat". Das Fronterlebnis bildete gewissermassen die "geistige" Grundlage der sozialen Arbeit; die Frontkameradschaft hatte angeblich den Klassenkampf überwunden und lebte im Stahlhelm fort: "Da steht der frühere General in Reih und Glied mit dem früheren einfachen Musketier, da marschiert der Grossgrundbesitzer in der Gruppe, die von einem seiner Leute geführt wird, da sitzt der Arbeitgeber als Kamerad neben seinem Arbeiter." (H.Brauweiler, Stahlhelm u. Arbeiter in: Sta.-Hdb.1927, S.62).

wendig anerkannt, die Mehrzahl der massgeblichen Stahlhelmführer und die politischen Referenten des Bundes plädierten doch, vor allem in der zweiten Hälfte der 20er Jahre, für die wirtschaftsfriedlichen, den Streik ablehnenden Werkgemeinschaften.[44] Die im Herbst 1928 in Halle gegründete und 1930 zur Bundeseinrichtung erklärte Arbeiterorganisation des Stahlhelm, die Stahlhelm-Selbsthilfe (Stas) sollte als neue soziale Organisationsform eine "Synthese von Werksgemeinschaft und Gewerkschaft" darstellen. Ihr wirtschaftsfriedlicher Charakter geht freilich schon aus der Präambel hervor, die sich ausdrücklich zur berufsständischen Staats- und Wirtschaftsordnung bekannte, denn erst durch die Eingliederung des Arbeitnehmers in seinen Berufsstand werde der marxistische Klassenkampf überwunden und die soziale Frage gelöst; an die Stelle des Klassenkampfes müsse die gemeinsame Verantwortung von Unternehmer und Arbeiter treten.[45] Die Stahlhelm-Selbsthilfe bezeichnete sich als "Kampforganisation gegen den Marxismus"; von den Gewerkschaften wurde sie als Streikbrecherorganisation bezeichnet, ein Vorwurf, der - wie sich bei Arbeitskämpfen zeigte - im allgemeinen zurecht bestand.

Bis zur Errichtung des neuen Staates waren die Aufgaben der Stahlhelm-Selbsthilfe hauptsächlich soziale Gemeinschaftshilfe in Verbindung mit einem Sparsystem,"Schutz gegen Terror sowie gegen Massregelung wegen nationaler Betätigung" und "Stellenvermittlung im Rahmen kameradschaftlicher Berufsberatung". Gründer war der ehemalige sozialdemokratische Redakteur und Pressechef von Reichswehrminister Noske, Bernhard Rauch, der

---

4) "Berliner Stahlhelm-Botschaft" u.a. abgedr. in: Stahlhelm-Hdb.1931, S. 15. Die "amtlichen" Erklärungen zur Gewerkschaftsfrage blieben stets recht unklar. Seit 1928 wurde der Trend zur wirtschaftsfriedlichen Taktik deutlicher, wenn auch eine Festlegung auf eine bestimmte organisatorische Form vermieden wurde. Der Bundesvorstand bekannte sich am 22.9.1928 zu der Überzeugung, dass in dem vom Stahlhelm erstrebten nationalen Staatssystem die Solidarität der Werksleitung und des Berufsstandes in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die grundsätzlich richtige Lösung der sozialen Frage darstelle, in der gegenwärtigen Staats- und Wirtschaftsordnung die praktische Durchführung jedoch noch nicht möglich sei. (St.10/40/30.9.1928).

5) Satzungen der Stahlhelm-Selbsthilfe (Broschüre).

von Duesterberg tatkräftig unterstützt wurde, während sich Seldte offenbar zurückhielt.[46] Gegen den Widerstand der "roten" und vor allem der christlich-nationalen Gewerkschaften, seit 1931 auch in Konkurrenz mit der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) gewann die Stahlhelm-Selbsthilfe hauptsächlich in mittleren und kleineren Betrieben Mitteldeutschlands, Gross-Berlins, Schlesiens, Sachsens und Niedersachsens langsam an Boden. Wie aus den Betriebsrätewahlen hervorgeht, war die Stahlhelm-Selbsthilfe bis 1933 immerhin zu einer beachtlichen"nationalen"Arbeitnehmergruppe herangewachsen, wenn auch nicht, wie ihr Gründer behauptete, "zur stärksten wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisation in der nationalen Bewegung".[47]

Relativ schwach waren im Stahlhelm die akademischen Berufe, ausgenommen evangelische Pfarrer und Lehrer, vertreten, was sich nach der Umstellung vom reinen Wehrverband zur politischen Bewegung nachteilig bemerkbar machte. Erst verhältnismässig spät und gegen den Widerstand in den eigenen Reihen versuchte der Bund an den Universitäten Fuss zu fassen. Nach einem Aufruf an die Akademiker zum Eintritt in die "nationale Freiheitsbewegung des deutschen Volkes" im Mai 1927 [48] kam es zwar zur Gründung von einigen Hochschulgruppen, aber erst nachdem 1929 der organisatorische Rahmen in Form des Stahlhelm-Studentenringes Langemark geschaffen war, entstanden an den meisten deutschen Hochschulen besondere Studentengruppen, deren Zahl 1931 mit57 angegeben wurde. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit war nicht so sehr im Bereich der studentischen Selbstverwaltung, wo der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStb) bereits 1929 eine füh-

---

46) Zur Stahlhelm-Selbsthilfe: Die Arbeitnehmerorganisation der Zukunft, Halle/S.1932; Duesterberg, Die Stahlhelm-Selbsthilfe in:Sta.(1),S. 122 ff.; B.Rausch, Kameradschaft der Tat in:Sta.II,S.134 ff.;Sta.-Hdb.1931, S. 232 ff.

47) So der 2.Vorsitzende B. Rausch auf der 3. Jahreshauptversammlung am 6.u.7.2.1932 in: Die Arbeitnehmerorganisation der Zukunft.
Die christlichen Gewerkschaften betrachteten die "Stas" als eine "unbefugte Einmischung des Wehrverbands in Gewerkschaftsfragen" (Der Deutsche v.6.6.1929, zit. bei Posse, aaO, S.87, Anm. 3) und sprachen dem Stahlhelm jede Fähigkeit zur gewerkschaftlichen Arbeit ab (so der Führer der christlichen Gewerkschaften, Baltrusch in: Der Deutsche, Jg.1931, Nr. 254, zit. v. Rausch in seinem obenerwähnten Referat).

48) Entschliessung des Bundesvorstands v.8.5.1927, abgedr. in: Sta.-Hdb. 1927, S. 47 u. 1931, S. 55 f.

rende Position innehatte, als vielmehr auf dem Gebiet der wehrsportlichen Erziehung der Studentenschaft und in der Gewinnung von Führungskräften besonders für den Jungstahlhelm und für politische Arbeit des Bundes.[49]

Entsprechend der überwiegenden Verbreitung des Stahlhelm in Nord- und Ostdeutschland war die Mehrzahl der Mitglieder protestantisch. Evangelische Geistliche spielten in der Stahlhelm-Organisation eine erhebliche Rolle: Sie nahmen z. T. hohe Führerstellungen ein oder betätigten sich als "Stahlhelmpfarrer" bei den zahlreichen Fahnenweihen und Feldgottesdiensten, die freilich oft nichts anderes waren als Hasskundgebungen gegen die Republik und ihre Versöhnungspolitik und deshalb den Reichsinnenminister Severing veranlassten, einmal zu erklären: "Nicht was die Stahlhelmführer sagen, erregt uns so sehr, wohl aber - und das muss einmal ausgesprochen werden - wie evangelische Pfarrer bei diesen Kundgebungen auftreten."[50] Die Ermahnung evangelischer Kirchenbehörden, nicht "politisch innerhalb bestimmter Bünde und Organisationen, auch des Stahlhelm, tätig zu sein", wurden offenbar von den Geistlichen wenig beachtet, war aber für den Stahlhelm Anlass, die evangelische Kirche "verhängnisvoller Zugeständnisse" gegenüber dem "herrschenden System" zu bezichtigen und von den "christlichen Kirchengemeinschaften" zu verlangen, "keinerlei Bindungen internationaler Art einzugehen, die sie an der Aufgabe hindern, bei der seelischen und kulturellen Erneuerung des deutschen Volkstums Dienst zu tun".[52]

---

49) H. Abschoff, Die Stahlhelm-Studentenbewegung in: Sta. (1), S.161 ff. Führer der Organisation war das Mitglied des Bundesvorstands E. Stadtler. Die Gruppen dürften im allgemeinen kaum mehr als 40 - 60 Studenten gezählt haben. In den Hochschulgruppen waren auch sogen. "Stahlhelm-Professoren" tätig, die sich nach 1933 zu einer besonderen Organisation zusammenschlossen. Dazu auch: Das Akademische Deutschland, II, Berlin 1931, S. 601 f.

50) Severing auf einer Reichsbanner-Kundgebung in Hamburg (St.11/5/3.2. 1929)

51) Pastor Friedrich (Mitglied des Bundesvorstands), Stahlhelm und Kirche in Sta. (1), S. 156. Stahlhelm und christliche Religion in: Sta.-Hdb. 1927, S. 58 ff.

52) v.Morozowicz (Hrsg.), Die Hassbotschaft von Fürstenwalde (Broschüre, o.J.), S. 34.

Im Gegensatz zum Protestantismus verhielt sich die Katholische Kirche gegenüber dem Stahlhelm sehr zurückhaltend, wenn nicht gar ablehnend, so dass dem Eindringen des Bundes in ausgesprochen katholische Gegenden erhebliche Schwierigkeiten gegenüberstanden. Der Stahlhelm wurde von katholischen Kreisen als "antikatholisch" und als "Entfessler eines neuen Kulturkampfes" bezeichnet, ja sogar als "Keimzelle neugermanischer Kultur",[53] ein Vorwurf, der nicht so ganz unberechtigt erscheint, da die Stahlhelm-Ortsgruppen zeitenweise in enger Verbindung zur antikatholischen Ludendorff-Bewegung standen. Bischofskonferenzen warnten wiederholt vor dem Eintritt in die "nationalen" Verbände, wobei der Stahlhelm anfangs ausdrücklich genannt wurde.[54] Ein Betätigungsverbot für Katholiken wurde jedoch nie erlassen, zuletzt wohl auch deshalb, weil der Stahlhelm seit 1928 bemüht war, sein Verhältnis zur katholischen Kirche zu verbessern, eine Voraussetzung, wollte er in Bayern und in Westdeutschland Fuss fassen. Trotz wiederholter Bekenntnisse zum "christlichen Sittengesetz", so vor allem auf dem Reichsfrontsoldatentag 1929 in München,[55] verharrten die katholischen Würdenträger auch in der Folgezeit in ihrer distanzierten Haltung, da - wie Kardinal Faulhaber sich 1929 äusserte - die katholische Kirche "von den deutschnationalen und rechtsradikalen Kreisen nichts zu erwarten" habe.[56]

Um die Jahreswende 1924/25 konnte der organisatorische Aufbau des Stahlhelm im grossen und ganzen als abgeschlossen gelten, wenn auch eine Reihe von Sonderorganisationen erst in späteren Jahren gegründet wurden. Durch Eingliederung zahlreicher ähnlich struk-

---

53) Zit. bei: A.W. Bargon (Hrsg.), Der Stahlhelm und die katholische Weltanschauung, Leipzig 1926, S. 17.

54) Warnung der preussischen Bischofskonferenz im Herbst 1925 vor dem Eintritt in die"nationalen"Verbände; der Stahlhelm war als erster Verband namentlich genannt (St.7/45/8.12.1925); "Fuldaer Warnung" v. August 1931 (St.13/50/13.12.1931).

55) Entschliessung "Stahlhelm und Christentum" auf dem Reichsfrontsoldatentag München im Juni 1929, abgedr. in: F. Th. Gruss,(Hrsg.), Der Stahlhelm, Berlin-Schöneberg (um 1933, o.Sz.).

56) Kardinal Faulhaber in einem Verweis an Abt Schachleiter, der am Münchner Frontsoldatentag teilgenommen hatte, am 16.9.1929 (Abschrift in: Nachlass Traub, Nr. 17).

turierter Gruppen und Grüppchen mit freilich recht unterschiedlicher politischer Provenienz war der Stahlhelm zur führenden militanten Sammelorganisation der Rechten geworden. Wenngleich kein "Millionenbund", wie gerne behauptet wurde, war er doch mit mehreren hunderttausend Mitgliedern [57] der "zahlenmässig und

57) Zuverlässige Angaben über die Mitgliederzahl können nicht gemacht werden. In den Jahren 1925/26 war von Seiten des Stahlhelm von einem "Millionenbund" die Rede (St.7/5/1.2.1925), u. ab 1928 bewegten sich die Zahlenangaben zwischen 600 und 650 000 Mann (z.B. St.10/43/21.10.1928), im Sta.-Hdb. 1931 (S.11) dagegen wird die Mitgliederzahl wieder mit "rund einer Million" angegeben, anlässlich des Uniformverbots Ende 1931 waren es 600 000 Mitglieder (St.13/50/13.12.1931); ungefähr die gleiche Stärke gibt der Rko (Rko. In. Nr. 122 v.15.7.1927, BA R 43 I/2696) für Mitte 1927 an.

Die durch "Verrat" aus dem Bundesamt 1928 in die Öffentlichkeit gelangten Angaben über die Mitgliederstärke bewegten sich zwischen 250 und 300 000 (St.10/17/22.4.1928), wobei freilich zu berücksichtigen ist, dass die Untergliederungen offenbar bestrebt waren, dem Bundesamt möglichst niedrige Zahlen anzugeben, um die Mitgliederbeiträge für sich behalten zu können. Ein Kenner des Stahlhelm, Rechtsanwalt Martin, schätzte die Mitgliederzahl 1929 auf etwa 350 000 Mann (Martin, 10 Jahre Stahlhelm, S. 11), das Reichsinnen- und Wehrministerium Anfang 1927 auf etwa 200 - 300 000 (BA R 43 I/2733).

Diese Angabe stimmt in etwa mit einer, allerdings nicht einwandfrei zu definierenden Aufstellung in den Akten (BA R 72/2) überein; danach betrug die Gesamtstärke am 1.1.1932 327 000 Mann, wobei freilich nicht zu erkennen ist, ob der Jungstahlhelm und die anderen Nebenorganisationen mitenthalten sind. Dies scheint nicht der Fall zu sein, denn sonst hätten eineinhalb Jahre später nicht eine so grosse Zahl von Stahlhelmern in die SA überführt werden können, selbst wenn man in Rechnung stellt, dass in den ersten Monaten des "Dritten Reiches" ein gewaltiger Zustrom zum Stahlhelm einsetzte.

Nach einer Stahlhelm-Veröffentlichung vom Januar 1934 wurden 150 000 "Scharnhorstjungen" an die Hitler-Jugend überführt, 310 000 Mitglieder des Wehrstahlhelm (bis etwa 30 Jahre alt) in die aktive SA und 400 000 in die SA-Reserve I eingegliedert; weitere 400 000 (wohl über 45 Jahre alten) Stahlhelmer würden noch auf die Eingliederung warten (Bundeshauptmann v. Stephani in: St.16/1/7.1.1934).

Diese Angaben wurden vor dem Nürnberger Militärgericht im grossen und ganzen bestätigt, die Zahlen sind eher etwas höher. Danach würde die Gesamtstärke des Stahlhelm im Sommer 1933 etwa 1 1/2 Millionen betragen haben, davon ca. 1/2 Million Wehrstahlhelmer (17 - 30 Jahre, in die aktive SA übernommen), ca. 1/2 Million Kernstahlhelmer (30-45 Jahre, als SA-Reserve I aufgestellt), ca. 1/2 Million im Alter von über 45 Jahre (für SA-Reserve II vorgesehen, die jedoch nicht mehr zur Aufstellung kam). (Rechtsanwalt Böhm, IMT, XII, S. 180; Aussage Gruss, IMT, XXI, S. 141; Aussage Jüttner, IMT, XXI, S. 145.

organisatorisch bedeutendste Bund der Rechtsbewegung",[58] dessen Ziele und Einsatzmöglichkeiten freilich zunächst noch recht unklar blieben.

58) So RKo. in einem Referat über die Lage der Rechtsbewegung auf einer Nachrichtenkonferenz am 22. u. 23.2.1926 (BA R 43 I/2673).

III. Vom Wehrverband zum politischen Kampfbund (1924/25)

Der Stahlhelm als Wahlhilfstruppe der Rechtsparteien (S. 52) - Reichspräsidentenwahl 1925 (S. 57) - "Nationale Opposition" gegen den Vertrag von Locarno (S. 62) - Die Krise der "nationalen Bewegung" 1925/26 (S. 67)

Die Umgruppierungen im völkisch-nationalen Lager nach den Novemberereignissen 1923 und die sich daraus ergebenden Richtungskämpfe und Führerkrisen im Stahlhelm, sowie die Notwendigkeit einer Reorganisation des sich vergrössernden Bundes liessen eine politische Aktivität im Jahre 1924 weitgehend zurücktreten. Der Stahlhelm behielt zunächst den Charakter eines reinen Wehrverbandes mit vorwiegend aussenpolitischer Zielsetzung. Die offiziellen Verlautbarungen des Bundes beschäftigen sich denn auch fast ausschliesslich mit aussenpolitischen Fragen, so beispielsweise eine Resolution der Hauptversammlung im März 1924 an die Reichsregierung, in der ohne Berücksichtigung der tatsächlichen aussenpolitischen Gegebenheiten von der Regierung der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge, "schärfster, unausgesetzter Kampf gegen den 'Friedens'vertrag von Versailles" und die Einstellung der Reparationszahlungen gefordert wurde.[1] Die Stellungnahme zu innenpolitischen Fragen wurde abgelehnt, die politischen Parteien als die "heutigen Ausdrucksmöglichkeiten des politischen Lebens", zumindest von Seldte, anerkannt.[2] Die Ziele

---

1) Entschliessung der Stahlhelm-Hauptversammlung in Halle/S. am 8./9.3.1924 (St. 6/7/16.3.1924, abgedr. auch Sta. (1), S. 51).

2) Seldte, Der Stahlhelm ist kein politischer Verein (St. 6/27/3.8.1924); "politisch" ist als parteipolitisch zu verstehen. Eine solche Formulierung machte es natürlich schwierig, zwei Jahre später den Stahlhelm als politische Bewegung zu bezeichnen, politisch dann verstanden als Gegensatz zu p a r t e i politisch. Ähnliche Distanzierung von der Politik in einem Aufsatz von Seldte: Die Linie des Stahlhelm (St. 6/24/13.7.1924).

Die mit Nachdruck forcierte Distanzierung von der Parteipolitik ist aus dem Versuch der Deutschnationalen und der Deutsch-völkischen Freiheitspartei zu erklären, den Bund für sich zu gewinnen.

des Bundes blieben auch in einer Neufassung der Satzungen recht vage angedeutet:"Pflege deutschvaterländischer Gesinnung, Freiheit des deutschen Volkes; Erhaltung der im Felde begründeten Kameradschaft; Eintreten für die Belange der Frontsoldaten."[3)]

Bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 griff der Bund nach einer gewissen Konsolidierung erstmals seit seinem Bestehen als Gesamtorganisation "auf überparteilicher Grundlage" in einen Wahlkampf ein.[4)] Er übernahm dabei die Funktion einer Wahlhilfstruppe für die "nationalen" Parteien: Saalschutz bei Versammlungen, Propagandafahrten mit Lastkraftwagen, Aufmärsche mit Fahnen und Musik, "Schlepperdienst" am Wahltag, teils mit der Drohung verbunden, die Namen der Nichtwähler nach der Wahl öffentlich bekanntzugeben.[5)] Die Agitation war je nach Verbreitung des Bundes und der örtlichen parteipolitischen Konstellation verschieden stark, dürfte aber in Gegenden, z. B. in Halle, Braunschweig und Magdeburg, erheblich gewesen sein, denn verschiedentlich sprach man in der Öffentlichkeit von "Stahlhelm-Wahlen"; der Wahlkampf der Linksparteien wurde nicht selten in der Hauptsache gegen den Stahlhelm geführt.[6)]

Die Wahlhilfe des Stahlhelm dürfte jetzt wie auch bei den folgenden Landtags- und Kommunalwahlen entsprechend der parteipolitischen Zusammensetzung der Stahlhelm-Gefolgschaft vor allem der

---

3) Entschliessung des Bundesvorstandes am 8./9.3.1924 (St. 6/7/16.3.1924, abgedr. auch in: Sta. (1), S. 47).

4) St. 6/40/2.11.1924.

5) Vertrauliche Anweisungen in: Führer-Nachrichten-Blatt Nr. 10 v. 1.12.1924. Ausser einem Wahlaufruf gab die Bundesleitung kein weiteres Werbematerial heraus, dagegen einzelne Gaue (Führer-Nachrichten-Blatt Nr. 8 v. 17.11.1924).

6) Deutschenspiegel Jg. 4 (1927), H. 33, S. 1551; St. 6/47/21.12.1924. Bei den Landtagswahlen in Sachsen 1926 führte das "Reichsbanner" den Wahlkampf unter dem Motto "Gegen ein Stahlhelm-Sachsen" (Jd. 271/19.11.1926).

Deutschnationalen Volkspartei zugute gekommen sein,[7] zu der in verschiedenen Landesverbänden enge Beziehungen bestanden; Personalunion in den unteren und mittleren Funktionärstellungen war keine Seltenheit.[8] Wahlunterstützung erhielt aber auch die Deutsche Volkspartei, die besonders auf ihrem rechten Flügel zahlreiche Stahlhelm-Angehörige zählte. Der Einfluss dieser Partei nahm freilich, je mehr sie von Stresemann an das "System" gebunden wurde, in den folgenden Jahren ab. Auch bei den im Jahre 1924 zersplitterten völkischen Parteien übernahm der Stahlhelm, soweit noch keine eigene Parteitruppe bestand, den Schutz der Versammlungen.[9]

Hauptgegner des Stahlhelm im Wahlkampf, ja nicht selten erst der eigentliche Anlass zum Eingreifen, war die Schutzorganisation der "Weimarer Parteien", das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das - Anfang 1924 gegründet - ebenfalls bei den Dezemberwahlen erstmals geschlossen in Aktion trat.[10] Mit der republikanischen Organisation, dem Stahlhelm in äusserer Erscheinung und Struktur verwandt, kam es zu den ersten tätlichen Auseinandersetzungen; auf der anderen Seite bestanden auch zeitenweise Kontakte zwischen beiden, vorwiegend aus Frontkämpfern bestehenden Verbänden.[11]

---

7) So hiess es im Gau Hildesheim über die Wahlen 1924: "Ja, wenn die Deutschnationale Partei nicht den Stahlhelm gehabt hätte!" (Brief der Salzgauleitung v. 2.4.1928 an General Frhr. v Hammerstein, den Führer des Gaues Hildesheim, BA R 72/4).

8) Aus den Akten BA R 72/4, 72/5 und 72/2 zu entnehmen, auch aus Berichten über Veranstaltungen im Bundesorgan. Über die Stahlhelm-Mitgliedschaft von Abgeordneten der DNVP vgl. S. 158. Vgl. auch Fr. Frhr. Hiller v. Gaertringen in: E. Matthias u. R. Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960, S. 555, Anm. 7.

9) Zur DVP: RKo.In. Nr. 122 v. 15.7.1927 (BA R 43 I/2696); zur Zusammenarbeit mit völkischen Parteien, einschliesslich der NSDAP: Lippelt u. Huckstorf, aaO, S. 53, 61, 121; Werner aaO, S.

10) Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde im Februar 1924 gegründet, wie der Stahlhelm, in Magdeburg. Die Frontstellung gegen den Stahlhelm wird daraus ersichtlich, dass die Republikanische Wehr in Schlesien, eine Vorläuferorganisation des Reichsbanners, Neuer Stahlhelm hiess. Zum Reichsbanner vgl. Posse, aaO, S. 59 ff.

11) Vgl. S. 171 f.

Die Gründung des Reichsbanners war ein willkommener Anlass, die Front der Gegner zu erweitern. So richtete sich die Stahlhelm-Agitation jetzt nicht mehr nur gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern gegen alle im "international-pazifistisch-klassenkämpferische(n) Reichsbannerblock" vereinigten Parteien, neben der SPD auch gegen ihr "bürgerlich-demokratische(s) Anhängsel", die Deutsche Demokratische Partei, und gegen den "sozialdemokratische(n) Zentrumsflügel".[12] Der Wahltag, schrieb die Bundeszeitung, solle die Frage klaren, ob Herr Hörsing und seine schwarz-rot-gelben Hühner weiterhin auf dem Kehrichthaufen der Revolution nach Futter scharren dürften, um mit lautem Gegacker diesen Kehrichthaufen als Ideal staatlicher Zugeständnisse zu preisen, oder ob nun endlich der deutsche Michel mit Mistgabel und Rodehacke das Trümmerfeld, das die deutschen Revolutionsmacher aus dem deutschen Staate geschaffen hätten, gründlich aufräume.[13]

Als Bedingung für die Gewährung von Wahlhilfe hatte die Bundesleitung den "nationalen" Parteien Anfang November einen Katalog von, nach Ansicht des Stahlhelm, überparteilichen Forderungen präsentiert, wie z. B. "eine starke Regierungsgewalt, die über dem Parteigetriebe stehend", befähigt sei, "eine einheitliche kraftvolle Politik nach aussen und innen durchzuführen"; der "amtliche Kampf gegen die Kriegsschuldlüge"; die "Auslegung und Handhabung des Dawes-Gutachtens nach alleiniger Massgabe der deutschen Belange"; die "Säuberung des deutschen Bodens von allen unerwünschten Ausländern, besonders Abdämmung der Einwanderung aus dem Osten"; die "besondere Berücksichtigung der alten Frontsoldaten bei der Besetzung von öffentlichen Ämtern"; "durchgreifende Massnahmen gegen die spekulative Ausbeutung der deutschen Not durch die Machenschaften des internationalen Kapitals an der Börse und durch Schieber- und Wuchertum".[14]

Mochten die Reichtsparteien auch solche, in den "nationalen" Kreisen übliche Forderungen sich im Wahlkampf zu eigen machen,

---

12) St. 6/44/30.11.1924, 6/41/9.11.1924.
13) W.Kleinau, Wer hat den Staat gerettet? (St.6/42/16.11.1924).
14) Aufruf zu den Novemberwahlen (St.6/40/2.11.1924).

ihre Realisierung musste an den Gegebenheiten einer grauen politischen Wirklichkeit scheitern. Die Führer der Parteien, selbst der Deutschnationalen, wussten über die praktische Undurchführbarkeit einer "Befreiungspolitik", wie sie im Stahlhelm unaufhörlich gefordert wurde, und mussten sich nach den Wahlen den Vorwurf des "Wortbruchs" und der "nationalen Unzuverlässigkeit" gefallen lassen. Schon hörte man im Stahlhelm Stimmen, die mit der bisherigen parlamentarischen Tätigkeit der "nationalen" Parteien unzufrieden waren. Es wurde auch ausdrücklich betont, dass die Wahlhilfe für die schwarz-weiss-roten Parteien keinesfalls als Zustimmung für einen "Bürgerblock der Kapitalisten" oder gar als Bekenntnis für die Monarchie zu werten sei. Auch im"nationalen" Lager der Parlamente sässen in zu grosser Zahl Leute, die wohl zu reden und zu verhandeln, aber nicht zu handeln verständen.[15] Die "nationalen" Parteien bedürften dringend einer "Blutauffrischung" durch "Männer der Front",[16] die im Kriege den "wahren Geist der Volksgemeinschaft" gespürt hätten, der in der Nachkriegszeit von den Parteien "zum Ungeist der Parteidogmatik" verzerrt worden sei. Die Frontsoldaten hätten den "klaren Blick für die grossen Notwendigkeiten des Lebens, die Verachtung kleinlicher Zänkereien und die kühle Nüchternheit".[17]

Erstmals wurde bei den Dezember-Wahlen 1924 der Anspruch der durch den Weltkrieg geprägten Frontgeneration gegenüber Staat und Gesellschaft nachdrücklich angemeldet. So hiess es in der Bundeszeitung: "Jetzt verlangen die Retter des Staates auch Teilnahme an seiner Gestaltung. Sie wollen und werden nicht die geduldigen Werkzeuge der heutigen Machthaber sein, von denen sie ausser einem Fusstritt keinerlei Dank bekommen und zu erwarten haben. Sie wollen den Staat, den sie gerettet, auch von Männern ihres Geistes regiert wissen."[18]

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurde vereinzelt versucht, die "nationalen" Parteien zur Aufstellung von Stahl-

15) St. 6/40/2.11.1924.
16) St. 6/39/26.10.1924.
17) St. 6/40/2.11.1924.
18) St. 6/42/16.11.1924.

helm-Mitgliedern auf ihren Listen zu bewegen, eine Taktik, die später bei verschiedenen Landtagswahlen und besonders bei den Reichstagswahlen 1928, z. T. unter Anwendung von massivem Druck, angewandt wurde.[19] Freilich zeigte sich schon jetzt, dass die Parteien wenig geneigt waren, den personellen Wünschen des Stahlhelm nachzukommen, und schon vor dem Wahlgang hatte die Stahlhelm-Zeitung Anlass, an der geringen Aufgeschlossenheit der Parteien Kritik zu üben.[20]

Ausser der Kritik in der Bundeszeitung und einigen lokalen Auseinandersetzungen wird man jedoch das Verhältnis von Stahlhelm und Rechtsparteien in jener Zeit als gut bezeichnen können, weil der Bund seine Wahlhilfe im allgemeinen praktisch ohne Bedingungen gewährte.[21] Als Propagandatruppe war er für die "nationalen" Parteien eine wertvolle Hilfe, ja in manchen Gegenden, so im "roten" Mitteldeutschland, ein ausschlaggebender Faktor. Sobald der Bund jedoch konkrete Forderungen stellte und gewillt war, auf die Parteien einen entsprechenden Druck auszuüben, musste es zu Spannungen kommen, die nicht selten zu einer Schwächung der bisher unterstützten Parteien führen sollte.[22]

Schon jetzt mehrten sich Stimmen der jüngeren Generation im Bunde, denen die Form der Wahlhilfstruppe für die Rechtsparteien nicht mehr genügte, vielmehr die "bündische" Eigenart des Stahlhelm mit eigener politischer Zielsetzung betont wissen wollten. Das Bundesorgan glaubte nach den Wahlen feststellen zu können, dass die hauptsächlichsten Träger des Wahlkampfes nicht mehr die Parteien gewesen seien, sondern "andere Organisationen",

---

19) Vgl. S. 151 ff.

20) St. 6/44/30.11.1924.

21) In Braunschweig dagegen verlangte der Stahlhelm die Aufstellung einer bürgerlichen Einheitsliste unter Berücksichtigung von Stahlhelmern an aussichtsreicher Stelle; im Weigerungsfalle drohte er damit, eine eigene Liste aufzustellen. E.-A. Roloff, Das Braunschweiger Bürgertum und die Weimarer Republik. Der Bürgerbund Braunschweig im Spiegel seiner Akten (Unveröffentl. Manuskript) S. 16 ff.

22) Vgl. S. 98, 147 f.

die in Zukunft für die politische Willensbildung eine grössere Rolle als bisher spielen würden: nämlich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold auf der einen und der Stahlhelm und die "ihm gleichgerichteten" vaterländischen Verbände auf der anderen Seite.[23] Bei der Wahl des Reichspräsidenten im Jahre 1925 musste - so glaubte man in Stahlhelm-Kreisen - der Einfluss dieser ausserparlamentarischen Gruppen wirksamer in Erscheinung treten als bei Parlamentswahlen. Voraussetzung war freilich, dass sich die trotz gewisser Konzentrationsbestrebungen immer noch reichlich zersplitterte "nationale Bewegung" zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammenfinden würde.

Schon im Sommer 1924 war es auf Initiative von Freiherr von Gayl, Mitglied des Preussischen Staatsrats, zu einer Fühlungnahme der wichtigsten vaterländischen Organisationen mit dem Ziel einer engeren Arbeitsgemeinschaft gekommen.[24] Ein erster Versuch wurde im Januar 1925 unternommen, als Seldte und Arthur Mahraun, der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, sowie Fritz Geisler und Willi Dietrich als Vertreter der "nationalen" Arbeiterschaft einen "Nationalausschuss" gründeten und die Errichtung einer gemeinsam finanzierten "Zentralstelle" beschlossen.[25] In verschiedenen Besprechungen der Verbände wurde ein Aktionsprogramm zur Unterstützung der "nationalen" Parteien aufgestellt. Im Hinblick auf die Reichspräsidentenwahl wurde vereinbart, bei den kommenden Verhandlungen gemeinsam vorzugehen und "das grosse Gewicht" der Organisationen "in die Waagschale" zu werfen.[26]

---

23) St. 6/47/21.12.1924.

24) Notizen von Gayl am 1.5.1925 zu einem Artiekel des Jungdeutschen Ordens (Nachlass von Gayl Nr. 11).

25) Abdruck der Protokolle des Nationalausschusses in: Jd. 173/26.7.1925; RKo., Bericht an Reichskanzler v. 8.4.1926 über Referat auf Nachrichtenkonferenz am 22. u. 23.2.1926 (BA R 43 I/2673); Jd. 25/30.1.1925. Vgl. auch Hornung, aaO, S. 60.

26) St. 7/12/22.3.1925.

Neben diesen organisatorischen Vorbereitungen zur Wahl beteiligte sich der Stahlhelm auch an der Kampagne gegen den bisherigen Reichspräsidenten Ebert, die im Zusammenhang mit dem "Magdeburger Prozess" von den Rechtskreisen eingeleitet worden war und den Zweck hatte, die Wiederwahl Eberts zu vereiteln.[27] Ebert, "in seinem ständigen Bratenrock" als "Spiesser vom Scheitel bis zur Sohle" bezeichnet und zu jenem "Sammelsurium von Korbflechtern, Tischlern und Klempnermeistern" gezählt, sei im Magdeburger Prozess "der eigentliche Angeklagte", schrieb die Stahlhelm-Zeitung und gehöre "endlich in die Versenkung".[28] In einer Entschliessung sprach der Stahlhelm-Bundesvorstand die Erwartung aus, dass "auch vor der Person des Reichspräsidenten nicht halte" gemacht werde, wenn das Verfahren ergebe, dass Ebert während des Weltkrieges Landesverrat begangen habe. Im übrigen wurde eine schärfere Bestrafung für Landesverrat gefordert, da deutscher Landesverrat nach Meinung des Stahlhelm das Vaterland um den sichern Sieg gebracht habe.[29] Die Tatsache, dass der Bund diese Hetze gegen Ebert mitmachte, war ein deutliches Symptom für die Wandlung, die er in den letzten Jahren durchgemacht hatte, denn in der Frühzeit des Stahlhelm hatte Seldte mit einer gewissen Hochachtung von Ebert gesprochen.[30]

Nach dem Tode Eberts schlossen sich Stahlhelm, Wehrwolf, Jungdeutscher Orden, der Bund Wiking, sowie Offiziersbünde und "nationale" Arbeiterverbände zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Ihr Beauftragter im Wahlausschuss der Rechtsparteien, im sog. Loebell-Ausschuss, war wiederum Freiherr von Gayl, selbst Mitglied des Stahlhelm, der in diesem Gremium die Interessen der

---

27) Über den Magdeburger Prozess gegen den völkischen Redakteur Ruthard vgl. Eyck, aaO I S. 437 ff.; W. Besson, Friedrich Ebert, Verdienst und Grenze, Göttingen, Berlin, Frankfurt, 1963, S. 90.

28) Zitate in: St. 6/47/21.12.1924, 7/2/11.1.1925, 7/8/22.2.1925.

29) Entschliessung des Bundesvorstands auf dem 6. Frontsoldatentag in Magdeburg am 17./18.1.1925 (St. 7/4/25.1.1925).

30) Seldte auf der Reichsgründungsfeier des Stahlhelm am 18.1.1921 (St. 3/3/1.2.1921).

"nationalen Bewegung" gegenüber Parteien und Wirtschaftsverbänden vertreten sollte.[31] Bevorzugter Kandidat der Wehrverbände, einschliesslich des Stahlhelm, war ein Mann der "Wehrlinie"; General von Seeckt, der aber vom Loebell-Ausschuss nicht akzeptiert wurde. Während sich der Stahlhelm vereinbarungsgemäss "im Interesse einer nationalen Einheitsfront" für den Kandidaten des "Reichsblocks", Jarres, einsetzte,[32] blieb der Jungdeutsche Orden bei seiner Parole "Wir wählen Seeckt"[33] und brachte mit der Behauptung, in enger Fühlung mit dem Stahlhelm zu arbeiten, erhebliche Verwirrung in den Bund, wo ohnehin keine allzugrosse Sympathie für Jarres bestand. Trotzdem hielt die Bundesleitung, möglicherweise beeinflusst von der Deutschen Volkspartei, gemäss den Vereinbarungen des Loebell-Ausschusses zunächst an der Kandidatur von Jarres auch für den zweiten Wahlgang fest, selbst dann noch, als von deutschnationaler Seite Hindenburg als Kandidat prasentiert wurde.[34]

Erst nachdem Jarres seine aussichtslos gewordene Kandidatur offiziell zurückgezogen hatte und wohl auch unter dem Druck der eigenen Gefolgschaft, gab die Bundesleitung trotz erheblicher Bedenken die Parole für Hindenburg aus, dem als Ehrenmitglied des Bundes freilich "die Herzen" aller Kameraden "so-

---

31) Zur Reichspräsidentenwahl und zur Stellung der"nationalen"Verbände: Nachlass von Gayl, Nr. 11 (mit Protokollen und Zeitungsausschnitten), Vertrauliches Rundschreiben der Stahlhelm-Bundesleitung v. 10.4.1925 (BA, ZSg 1-88/3), dazu St. und Jd. passim. In einer Sitzung wurde beschlossen, dass sich die vaterlandische Bewegung für folgende Kandidaten in dieser Reihenfolge einsetzen wollte: 1. von Seeckt, 2. von Gayl, 3. Jarres ("Deutsche Treue" v. 20.3. 1925, Nachlass von Gayl, Nr. 11).

32) Rundschreiben der Stahlhelm-Bundesleitung v. 12.3.1925 (Nachlass von Gayl, Nr. 11).

33) Jd. 39/11.3.1925.

34) Jarres, Innenminister im Kabinett Stresemann, warf man "Versackungspolitik" im Jahre 1923 vor. (Vertrauliches Rundschreiben der Stahlhelm-Bundesleitung v. 10.4.1925 (BA ZSg 1-88/3; Voss. Zeitung vom 8.3.1925 in: Nachlass Gayl Nr. 11). Über Zurückhaltung gegenüber Jarres in Stahlhelm-Kreisen auch Akten der DVP (BA R 45 II/11). Auf Vereinbarungen Seldtes mit der DVP, die ebenfalls an Jarres festhielt, wies besonders der Jungdeutsche Orden wiederholt hin (Jd. 84/9.4.1925, 99/29.4.1925, 157/8.7.1925).

fort zuflogen", wie es in einem Bericht der Bundesleitung hiess.[35] In ihrem Feldherrn im Kriege sahen die Frontsoldaten "den geborenen Führer", für den sie sich im Wahlkampf "mit verzehnfachtem Eifer" einsetzten.[36] Sein Sieg wurde enthusiastisch gefeiert: "Verschwunden ist von den Häusern und Strassen die Parteifahne der November-Koalition, Schwarz-weiss-rot weht über Deutschland .. Denn wir haben gesiegt! .. Deutschland hat wieder einen Führer, eine Spitze."[37] Die Hoffnungen waren weitgesteckt: Man sprach von einem "Wendepunkt in der Geschichte des neuen Deutschlands", von der Möglichkeit des "Endsiegs"; die Persönlichkeit Hindenburgs bedeute "geradezu die Bürgschaft" dafür, dass Deutschland uhter seiner Führung zunächst im Innern "zu einer straffen Zusammenfassung aller .. Machtmittel" kommen werde,und dass "sein Einfluss auf die Länge nicht nur in der Reichsregierung, sondern auch in einzelnen Ländern Wandel" schaffen werde.[38]

Trotz dem Freudentaumel und den überschwenglichen Hoffnungen blieb freilich ein Unbehagen zurück. Zu gut wusste man, dass es nur der Persönlichkeit Hindenburgs zu verdanken war, nicht der "Kraft der nationalen Bewegung", wenn über 14 Millionen "national" gewählt hatten. Die Millionen Hindenburg-Wähler würden, so befürchtete man, wieder in ihre alten "Partei- und Interessenbindungen" zurückfallen, der "schwarz-weiss-rote Block" sich wieder auflösen. Die "vaterländische Bewegung" hätte, hiess es in einem vertraulichen Rundschreiben der Bundesführung, in der Wahl so stark gemacht werden müssen, dass sie aus eigener Kraft jeden von ihr aufgestellten Kandidaten der Öffentlichkeit hätte aufzwingen können. Auch hätte man es dem Generalfeldmarschall ersparen müssen, unter der schwarz-rot-goldenen Flagge

---

35) Vertrauliches Rundschreiben der Stahlhelm-Bundesleitung v.10.4.1925 (BA ZSg 1-88/3).
Hindenburg war an Ostern 1924 zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt worden. Das Bundesorgan berichtete darüber: "Die Kapelle spielte u.a auch den Pariser Einzugsmarsch. Mit Bezug hierauf meinte Exz.Hindenburg, als er sich mit den Musikern unterhielt: 'Ihr seid ja noch alle jung und kräftig. Hoffentlich könnt Ihr den Marsch noch einmal dort spielen, wohin er gehört'.."(St.6/14/4.5.1924).

36) Seldte in: St.7/17/26.4.1925; Vertrauliches Rundschreiben der Bundesleitung vom 10.4.1925 (BA ZSg 1-88/3).

37) St. 7/18/3.5.1925.

38) St. 7/18/3.5.1925, 7/20/17.5.1925.

den Eid auf die Weimarer Verfassung in die Hand des sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Löbe abzulegen.[39]

Aber noch eine zweite Tatsache war Anlass zur Misstimmung im Stahlhelm. Trotz der zweifellos erheblichen Aktivität des Bundes im Wahlkampf, in dem er seine grosse Organisation eingesetzt und in manchen Teilen des Reiches die gesamte Wahlpropaganda und technische Durchführung der Wahlhilfe übernommen hatte,[40] mussten die Stahlhelmführer zugeben, dass der Stahlhelm und mit ihm die anderen Verbände in den Wahlgremien nicht die entscheidende Rolle gespielt und auf den Gang der Ereignisse nur geringen Einfluss gehabt hatten, wie besonders die Aufstellung Hindenburgs deutlich bewiesen hatte. Ausschlaggebend waren die Funktionäre der Parteien und die Vertreter der Wirtschaft gewesen, mochten diese auch den vaterländischen Verbänden erstmals ein gewisses Mitspracherecht eingeraumt haben.[41] Seldte hat sich wohl über die tatsächlichen Machtverhältnisse und die Bedeutung der Parteien und Interessentenverbände nie Illusionen hingegeben. Für ihn bestand kein Zweifel, dass eine Anderung der Machtverhältnisse in Deutschland nur m i t den Parteien möglich sein würde.

Seldte stand dabei freilich im Gegensatz sowohl zu den "bündisch" gesinnten, jegliche Zusammenarbeit mit den "nationalen" Parteien ablehnenden Gruppen im Stahlhelm, als auch zu der "bündischen Bewegung" überhaupt, besonders zum Jungdeutschen Orden. Die Diffe-

---

39) Vertrauliches Rundschreiben der Bundesleitung vom 10.4.1925 (BA ZSg 1-88/3).
Aus gleichen Motiven war auch Freiherr von Gayl im Gegensatz zur DNVP, der er angehörte, gegen eine Kandidatur Hindenburgs: "Vor dem steckengebliebenen Karren der nationalen Kreise wollte ich nicht den grossen alten Mann spannen und ihm zumuten, seinen Namen für eine der schlimmsten und traurigsten Epochen der deutschen Geschichte herzugeben.. Die Vereidigung Hindenburgs auf die Weimarer Verfassung war für mich kein Freudentag." (W.Frhr von Gayl, Kampf für Volk und Heimat. Erinnerungen aus einem Vierteljahrhundert, 1908-1932, S.29. Unveröffentlichtes Manuskript, 1942, Nachlass von Gayl, Nr. 3 a).

40) St.7/20/17.5.1925. Die Bundesleitung brachte zur Wahl ein besonderes Plakat heraus, im allgemeinen erfolgte die Durchführung der Propaganda durch die Untergliederungen (Führer-Nachrichten-Blatt Nr.17 v.10.4.1925).

41) Junius Alter, aaO, S.111 ff. Kleinau spricht von der "Arroganz der Parteifunktionare", die der Stahlhelm in den Besprechungen kennengelernt habe (Kleinau, Der politische Kampf des Stahlhelm in: Sta. II, S.28/29.Vgl. auch R.Thimme, aaO, S. 121.

renzen, die anlässlich der Reichspräsidentenwahl mit diesem Verband entstanden waren,[42] verschärften sich, als der Ordenskanzler des "Jungdo", Bornemann, erklärte, der Orden habe mit dem Reichsbanner mehr Berührungspunkte als mit dem Stahlhelm. Hier sprach man jetzt von einem "Frontwechsel im Jungdo" und vom "Linksabmarsch" des Ordens.[43] Trotz solcher Querelen der Führer bestand meist eine gute Zusammenarbeit zwischen den Ortsgruppen der beiden Frontsoldatenbünde, bis schliesslich Duesterberg Anfang 1927 jeden Verkehr mit Einheiten des "Jungdo" untersagte.[44]

Der Plan, die anlässlich der Präsidentenwahl gegründete Arbeitsgemeinschaft um Freiherrn von Gayl zu einem ständigen Arbeitsausschuss auszubauen, scheiterte am Egoismus der Verbandsführer, die sich auch weigerten, sich den Vereinigten Vaterländischen Verbänden Deutschlands (VVVD) anzuschliessen.[45] Schwerwiegender als das Scheitern der "bündischen" Sammlung war freilich der Zerfall der "Hindenburgfront" der Rechtsparteien an der Frage eines deutsch-französischen Sicherheitspaktes (Locarno).

Zu Beginn der von Stresemann eingeleiteten Versöhnungspolitik schienen die gemässigten Kreise der Bundesleitung um Seldte die Oberhand zu gewinnen. Die Kommentierung der Stresemannschen Politik in der Stahlhelm-Zeitung war zunächst so wohlwollend, daß man im "nationalen" Lager glaubte, von einer gemeinsamen "Front Strese

---

42) Als der Stahlhelm sich entsprechend der Vereinbarungen für Jarres einsetzte und nicht für Seeckt, sprach man in Jungdeutschen Kreisen von einem "Umfall" des Stahlhelm (St. 7/12/22.3.1925).

43) St. 7/27/5.7.1925. Vgl. auch Hornung, aaO, S. 61 f.

44) Bundesbefehl Duesterbergs (St.9/4/23.1.1927).

45) Protokollauszug einer Sitzung am 30.4.1925 (Nachlass von Gayl, Nr. 11).

mann - Seldte" sprechen zu können.[46] Die deutsche Initiative in der Frage eines deutsch-französischen Sicherheitsvertrages wurde als "Versuch einer aktiven Aussenpolitik" begrüsst [47] und anerkannt, dass in den letzten Jahren durch die allmähliche Beseitigung der Ruhrbesetzung "ein gewisser Schritt vorwärts" getan worden sei.[48] Die Person Stresemann suchte man anfänglich vor den Angriffen radikaler Rechtskreise in Schutz zu nehmen, und auch später, als der Stahlhelm in die Front der "Locarno"-Gegner einschwenkte, enthielt sich zumindest das Bundesorgan des in anderen "nationalen" Kreisen üblichen verunglimpfenden und herabsetzenden Tons. Unter der zunehmenden Kritik aus den eigenen Reihen und unter den Angriffen von radikaleren Gruppen - der Völkische Beobachter sprach z. B. vom "Stresemannlichen Stahlhelm" [49] - verlor der gemässigte Flügel bald an Boden.

Der aus den meist radikaler eingestellten Landesführern gebildete Bundesvorstand lehnte denn auch den Sicherheitsvertrag mit seinen gegen "Deutschlands Ehre und Würde" verstossenden Bestimmungen ebenso ab wie den Eintritt in den Völkerbund und kündigte die Bekämpfung der Verträge "mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln" an.[50] Entsprechend diesen Anweisungen

---

46) So der Jungdeutsche Orden (Jd. 161/17.7.1925). Die Politik des Herrn Seldte decke sich stets mit der des Herrn Stresemann (Jd. 157/8.7.1925). Ähnlich auch der VB (Jg. 1926 passim).

Seldte dementierte; er habe sich gegen das Angebot des Sicherheitspaktes ablehnend ausgesprochen; eine Front Stresemann-Seldte könne schon deshalb nicht bestehen, weil über wesentliche politische Fragen verschiedene Auffassungen zwischen Stresemann und ihm herrschten (St. 7/29/9.7.1925).

47) St. 7/26/28.6.1925.

48) St. 7/39/27.9.1925.

49) VB v. 7./8.4.1926 zit. nach St. 8/15/11.4.1926. Dort auch Entgegnung von F.W. Heinz: Die Front der Anständigen, mit Abdruck eines Briefes Seldtes an Hitler.

50) Entschliessung des Bundesvorstands v. 4.7.1925 (St.7/28/12.7.1925, abgedr. auch in: Sta.-Hdb. 1927, S. 45).

der Stahlhelm-Leitung setzte im Bundesblatt, in den Ortsgruppen und in der Öffentlichkeit eine - wie man sich ausdrückte - "tatkräftige Aufklärungsarbeit" für eine "scharf nationale Aussenpolitik" ein,[51] die sich mit ihren Phrasen kaum von den übrigen Gruppen unterschied. Der Stahlhelm trat auch der im Oktober 1925 gegründeten "völkisch-nationalen Arbeitsgemeinschaft" bei, in der sich fast die gesamte "nationale Bewegung" zu einem Propagandafeldzug gegen "Locarno" vereinigt hatte, von den Vereinigten Vaterländischen Verbänden bis zu Ludendorffs Tannenbergbund, eine erste "Sammlung der Bünde", die allerdings ebensowenig von Dauer war wie die anlässlich der Reichspräsidentenwahl vereinbarte Zusammenarbeit.[52]

Der Stahlhelm glaubte wie die übrigen in der "völkisch-nationalen Arbeitsgemeinschaft" vereinigten Verbände mit seiner oppositionellen Haltung gegen den Vertrag von Locarno eine "nationale Pflicht" zu erfüllen. Als "deutsche Freiheitsbewegung", als "Stimme der nationalen Ehre und des nationalen Gewissens"[53] wollte der Bund nach dem Eintritt der DNVP in die Regierung die Funktion

---

51) Was darunter zu verstehen war, zeigen einige Artikel im Bundesorgan während der Diskussion um Locarno: Ein "künftiges grossdeutsches Reich" werde, hiess es z.B., "ein Hort des Weltfriedens sein. Solange aber die Narbe an unserem Volkskörper brennt, wird jeder rechte Deutsche nur danach trachten, das uns angetane Unrecht mit a l l e n Mitteln, wenn nötig mit dem des Krieges wieder gut zu machen." (St. 7/38/20.9.1925).

In einer Aufzählung der Argumente gegen den Vertrag von Locarno hiess es, dass durch die Vereinbarung uns "lediglich das untaugliche Mittel friedlicher Wiedergewinnung" der uns entrissenen Gebiete verbleibe; im Osten sei jede "praktische Möglichkeit" verbaut, das unerhörte Unrecht der Grenzziehung wieder gutzumachen. Die Frontsoldaten, fern aller Kriegstreiberei, wie man ausdrücklich betonte, wüßten, dass "das Schwert in der Hand - auch in Zukunft - das einzige Mittel" sei, völkisches Recht zu vertreten. (St. 7/46/15.11.1925).

Vgl. auch S. 132 mit Zitaten aus einem Artikel des Stahlhelm-Hauptschriftleiters Kleinau zwei Tage nach der Annahme der Locarno-Verträge im Reichstag.

52) St.7/40/1925; RKo. Bericht an Reichskanzler v. 8.4.1926 über Referat auf Nachrichtenkonferenz am 22. u. 23.2.1926 (BA R 43 I/2673). Federführend in der Arbeitsgemeinschaft waren die VVVD (Jd.224/24.9.1925, 260/5.11.1926).

53) St. 8/1/3.1.1926.

einer ausserparlamentarischen "Nationalen Opposition" übernehmen, die er durchaus positiv verstanden wissen wollte. Eine solche Opposition würde, so argumentierte man, die Reichsregierung bei den Verhandlungen mit Frankreich stärken,[54] eine Auffassung, die offenbar zunächst nicht unbedingt den Intentionen der Regierung zuwiderlief.[55] Die Masslosigkeit der Agitation und die unverhohlene Drohung eines gewaltsamen Umsturzes machte eine positive Mitarbeit der Verbände, wie sie wohl auch von Stresemann gedacht war, freilich nicht nur illusorisch, sondern bedeutete ausserdem eine ständige Störung der deutschen Aussen- und Innenpolitik.

Neben der Gewinnung der öffentlichen Meinung durch Versammlungen und Demonstrationen suchte der Stahlhelm als "pressure-group" auf die Parteien in seinem Sinne einzuwirken. Eine Tagung der dem Stahlhelm angehörenden Reichstagsabgeordneten der Rechtsparteien mit Stahlhelmführern am 27. November 1925, am Tage der Abstimmung über den Locarno-Vertrag im Reichstag, liess allerdings die Möglichkeiten einer politischen Einflussnahme auf die Parteien zunächst als wenig erfolgversprechend erscheinen. Das lag nicht nur an der zahlenmässigen Schwäche der Stahlhelm-Abgeordneten, sondern auch daran, dass die meisten von ihnen keine "echten" Stahlhelmer, sondern sogen. "Auch-Stahlhelmer" waren, Parlamentarier, die aus taktischen Gründen vor der letzten Wahl ihren Beitritt zum"Bund der Frontsoldaten" erklärt hatten, sich aber in erster Linie als Mitglieder ihrer Partei fühlten und "als ausgesprochene Träger des Stahlhelmgeistes" nicht bezeichnet werden könnten, wie die Stahlhelm-Zeitung feststellte. Von "diesen Herren" sei eine wirkliche Vertretung der Stahlhelm-Idee in den Parlamenten kaum je zu erwarten."[56]

Die Zurückhaltung der Rechtsparteien gegen Einmischungsversuche des Stahlhelm war verständlich angesichts der massiven Kritik der Bundeszeitung an der Politik von Persönlichkeiten und Par-

54) Nationale Opposition in: St. 7/39/27.9.1925.
55) RKo. In.Nr. 120 v.1.11.1926 (BA R 43 I/2696).
56) St. 7/49/6.12.1927.

teien, die bisher als "national" galten. So entsprach die Regierung Luther, in der auch die Deutschnationalen vertreten waren, "weder in ihrer personellen Zusammensetzung, noch in ihrem sachlichen Programm" den Anforderungen des Bundes.[57] Die Regierung drohe "auf dem weichen Pfuhl einer fehlenden nationalen Opposition einzuschlafen" und zeige gegenüber Polen nicht den "geringsten politischen Offensivgeist". Als die Regierung ein deutsch-belgisches Wirtschaftsabkommen abschloss, warf man ihr vor, sie habe deutsche Interessen in Belgisch-Kongo (!) preisgegeben, für die Nationalisten des Stahlhelm ein Beweis, "wie sehr rein wirtschaftliche Gesichtspunkte" sich "im Schoss der Regierung gegenüber Fragen nationaler Ehre" durchgesetzt hätten. Derselbe Vorwurf galt den "nationalen" Parteien; ihnen sei Interessentenvertretung wichtiger als die "vaterländischen Belange".[58] Selbstverständlich wurde die Haltung der Deutschen Volkspartei in der Locarnofrage verurteilt, aber auch die Taktik der Deutschnationalen wurde kritisiert. Auch sie seien am Zustandekommen der Locarno-Verträge mitschuldig, da sie diese Politik bis zum Abschluss der Konferenz gebilligt oder zumindest jedenfalls mitgemacht hätten.[59] Als die Partei schliesslich aus der Regierung austrat, war das dem Stahlhelm auch wieder nicht recht; der Kampf hätte nach Meinung des Bundes "im Schosse der bisherigen Regierungskoalition" geführt werden müssen; die Partei hätte versuchen müssen, ihre übrigen Koalitionspartner zu bewegen, "den ganzen Wagen wieder rückwärts aus dem Druck herauszuziehen".[60] Durch ihre "Flucht in die Opposition" drohe zum "Unglück von Locarno" noch die Gefahr einer "Grossen Koalition" und ein "Kurswechsel der Innenpolitik", der schon Hindenburgs wegen vermieden werden müsse.[61]

---

57) St. 7/35/30.8.1925.
58) St. 7/34/23.8.1925.
59) St. 7/44/1.11.1925.
60) Ebd.
61) St. 7/45/8.11.1925.

Die Niederlage der radikalen Rechtsopposition in der "Locarno"-Frage war für den Stahlhelm Anlass zu einer grundlegenden politischen Neuorientierung und Umstrukturierung. Der Vertrag von Locarno und die damit von Stresemann in den Jahren 1925/26 eingeleitete Politik der Aussöhnung mit Frankreich liess die in den militanten Rechtskreisen immer noch verbreitete Hoffnung auf eine kriegerische Auseinandersetzung und eine in ihrem Gefolge erwartete "innere Bereinigung" als illusorisch erscheinen.[62] Die seit dem Ruhreinfall der Franzosen vorherrschende Funktion des Stahlhelm als Wehrverband trat in der Folgezeit zurück, mochte auch weiterhin die wehrsportliche Tätigkeit im Bunde eine grosse Rolle spielen. Einer allzu grossen Aktivität auf diesem Gebiet waren ohnehin durch die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags Grenzen gesetzt, deren Einhaltung zumindest von den Behörden in Preussen, dem Hauptverbreitungsgebiet des Stahlhelm, streng überwacht wurde. Zeitenweise schien es sogar, als sei die Existenz des Stahlhelm überhaupt gefährdet: In Frankreich mehrten sich im Jahr 1926 Stimmen, die das endgültige Verschwinden der paramilitärischen Verbände, insbesondere des Stahlhelm, als Voraussetzung für die Aufhebung der alliierten Militärkontrolle forderten.[63] In republikanischen Kreisen war man nicht abgeneigt, den alliierten Wünschen nachzukommen, da man in diesen Verbänden immer noch eine Gefahr für den inneren Frieden sah.[64] Aber auch das Interesse des natürlichen Verbündeten der Wehrverbände, der Reichswehr, liess nach der Stabilisierung der aussenpolitischen Verhältnisse erheblich nach;

---

62) Seldte in: Stahlhelm-Jahrbuch 1927, S. 7.
RKo.In. Nr. 120 v. 1.11.1926 (BA, R 43 I/2696).

63) Die Gerüchte über eine bevorstehende Auflösung der paramilitärischen Verbände (St. Jg. 1926 passim) waren vor allem durch die Besprechung Stresemanns mit dem französischen Aussenminister Briand in Thoiry (17.9.1926) ausgelöst worden. Bei den Verhandlungen über die Aufhebung der alliierten Militärkontrolle legte Briand dem deutschen Aussenminister ein vom Stahlhelm herausgegebenes Führer-Handbuch vor, das genaue Vorschriften über militarische Ausbildung, Schiessunterricht und dgl. enthielt, um damit den militärischen Charakter des Stahlhelm als Ersatzorganisation der Reichswehr zu beweisen. (RKo. an Staatssekretär der Reichskanzlei am 2.11.1926, BA R 43 I/2732; Stresemann, Vermächtnis, III, S. 18 f.).

64) Vgl. S. 80 ff.

die Zusammenarbeit beschränkte sich in der "Ära Seeckt" vornehmlich auf den Grenzschutz im Osten, bei dessen Aufbau der Stahlhelm allerdings die führende Rolle spielte.[65]

Auch die Innenpoltik hatte sich nicht im Sinne der Verbände entwickelt. Die wirtschaftliche Stabilisierung liess die von Rechtskreisen immer wieder beschworene Gefahr des Bolschewismus zurücktreten. Die staatliche Autorität war stark genug, um selbst für "Ruhe und Ordnung" zu sorgen, der Gedanke des Selbstschutzes, die ursprüngliche Funktion der zahlreichen Verbände, überholt. Das Interesse und die Sympathie des "nationalen" Bürgertums an den Verbänden war im "Abbau", wie sich Kapitän Ehrhardt beklagte. Die Zentralen der Verbände spürten diese Distanzierung nur allzu deutlich: Die finanziellen Unterstützungen gingen mehr und mehr zurück.[66]

Die weitgesteckten Hoffnungen auf Hindenburg erwiesen sich als trügerisch: Der Reichspräsident hielt sich streng an die Verfassung jener Weimarer Republik, deren Umformung zu einem autoritären Staat er hätte einleiten sollen. Schlimmer noch: Das "nationale" Parteilager, dem sich der Stahlhelm als Wahlhilfstruppe zur Verfügung gestellt hatte, war unter sich uneins, die "Hindenburgfront" der Reichspräsidentenwahl an der "Locarno"-Frage auseinandergebrochen, die "starke nationale Rechte" ein Wunschtraum. Die Deutsche Volkspartei fand sich unter der Führung Stresemanns, wenn auch mit Widerwillen, zur Mitarbeit am Staat von Weimar bereit, und selbst die Deutschnationalen hatten sich durch Beteiligung an der Regierung mit dem "System" eingelassen,ihre Minister den Eid auf die Verfassung geleistet.Die Völkischen schliesslich waren nach ihrer Niederlage bei den Dezember-

---

65) Vgl. S. 212.

66) Aufschlussreich für die Lage der Verbände ist eine Denkschrift des Bundes Wiking (wahrscheinlich Anfang 1926, Abschrift in Akten BA R 43 I/2732). Finanzielle Schwierigkeiten und der Streit der Verbände untereinander um finanzielle Hilfsquellen zeigen sich in einer Korrespondenz zwischen Wiking-Mitgliedern Ende 1926/Anfang 1927 (zuerst in der Frankfurter Zeitung abgedruckt, zit. nach Jd. 68/20.3.1928).

wahlen 1924 ein einflussloses Häuflein. Es konnte in diesen Jahren tatsächlich den Anschein haben, als hätten sich weite Kreise der Bevölkerung "auf den Boden der Tatsachen" gestellt und sich mit dem bestehenden Staat abgefunden.

Nicht nur in den Parteien, auch in den Verbänden waren solche Tendenzen der Beruhigung nicht zu verkennen. Trotz der Betriebsamkeit der Verbandzentralen, besonders im Propagandafeldzug gegen "Locarno", zeigte sich "eine gewisse Ermattung" nach dem Rückgang der innen- und aussenpolitischen Gefahr. Die Mitgliederzahlen gingen zurück, das Interesse nach dem Wegfall konkreter Aufgaben liess besonders bei den älteren Jahrgängen nach, eine Erscheinung, die im Stahlhelm mit dem hohen Anteil der Vorkriegsgeneration spürbar war.[67] In manchen Gegenden wurden die Stahlhelm-Gruppen zu Vereinen zur Pflege der Kameradschaft und von Kriegserinnerungen, die sich kaum noch von den örtlichen Kriegervereinen unterschieden. Die Versammlungen in den Ortsgruppen beschränkten sich häufig auf das Verlesen von Protokollen, auf das Absingen vaterländischer Lieder und auf Vorträge über Kriegserlebnisse.[68] Der Stahlhelm war auf dem Wege, ein Kriegerverein zu werden, wobei er sich freilich vornehmlich mit Traditionspflege hätte begnügen müssen, denn die Vertretung von wirtschaftlichen Interessen der Kriegsteil-

---

67) Für diese Tendenzen in der Rechtsbewegung allgemein: RKo. an Reichsminister des Innern am 15.10.1926 (BA R 43 I/2732), RKo.In. Nr. 120 v. 1.11.1926 (BA R 43 I/2696).

Für die Stagnation im Stahlhelm: H. Lüders, Der Salzgau im Stahlhelm (Manuskript, BA R 72/10); Briefwechsel der Kreisgruppe Marienberg im Salzgau, Vorbemerkung Lüders v. 17.4.1952 (BA R 72/7); Lippelt u. Huckstorf, aaO, S. 41, 143.

68) Protokollbücher von Ortsgruppen der Kreisgruppe Marienberg im Salzgau (BA R 72/8); auch verschiedene Artikel in der Bundeszeitung: "Stellungskrieg in der vaterländischen Bewegung" (St. 8/5/31.1.1926); "Aktivismus oder Stagnation", Zuschrift einer dem Stahlhelm fernstehenden Persönlichkeit (St. 8/42/17.10.1926).

In der Stahlhelm-Zeitung wurde geklagt, daß "höchstens ein Viertel der Kameraden" das Blatt gründlich läsen. Die anderen beschränkten sich auf "Spässe des lachenden Landsers" (einer besonderen Rubrik) oder würden mal einen Blick auf die Anekdotenecke im Jungstahlhelm werfen (St.8/16/18.4.1926).

nehmer, die legitime Funktion der Soldatenbünde, wurde von anderen Organisationen wahrgenommen.[69]

Nach dem Wegfall konkreter Aufgaben des Selbstschutz- und Wehrverbandes handelte der Stahlhelm deshalb unter einem gewissen Zwang, wenn er sich in den Jahren 1925 bis 1927 zu einem politischen Kampfbund umfunktionierte, worunter man eine paramilitärische Organisation mit vorwiegend innenpolitischer Zielsetzung zu verstehen haben wird. Die damit proklamierte "Politisierung" des Stahlhelm ist nichts anderes als der bewusste Versuch eines selbständigen Eingreifens in die Innenpolitik, wie er schon in früheren Jahren, besonders 1923, freilich unter völlig anderen Verhältnissen, in Ansätzen unternommen worden war.

Die Umfunktionierung des Verbandes brauchte zunächst nicht unbedingt zu einer Radikalisierung zu führen; man hätte sich auch eine Entwicklung denken können, wie sie der Jungdeutsche Orden in der zweiten Hälfte der 20er Jahre genommen hat. Auch hätte man sich vorstellen können, dass der Stahlhelm - ähnlich den Geschädigtenorganisationen nach dem Zweiten Weltkrieg[70] - nach der Erfüllung seiner ursprünglichen Funktion sich zu einem sogen. Staatsbürger-Verband mit positiver politisch-pädagogischer Zielsetzung umwandeln würde. Tatsächlich waren im Bunde solche Bestrebungen vorhanden,[71] wie sich auch führende Politiker, vor allem Stresemann, bemühten, die in den Verbänden organisierte Kriegsgeneration an den bestehenden Staat heranzuführen. Solche Absichten scheiterten freilich am dominierenden radikalen Flügel

---

69) Beispielsweise den Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener oder den Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen des Reichskriegerbundes Kyffhäuser.

70) Am Beispiel des Verbands der Heimkehrer stellt Teschner (aa0) die Problematik der Umfunktionierung einer Geschädigtenorganisation zu einem "politisch-pädagogischen Staatsbürgerverein" dar.

71) Hier könnten Seldtes Bemühungen um die Schaffung eines neuen Typs des Staatsbürgers genannt werden, den er "Richtmann" nannte und als deutschen Gentleman verstanden wissen wollte.

des Stahlhelm, der nicht gewillt war, mit der Republik Frieden zu schliessen. Enttäuscht über die bisherige Politik der Rechtsparteien und der "nationalen" Persönlichkeiten - "Locarno" und Hindenburg sind die Stichworte - glaubte die Stahlhelm-Führung nun selbst aktiv in die Politik eingreifen zu müssen, um eine Änderung in ihrem Sinne zu erreichen.

Über die dabei einzuschlagende Taktik herrschten freilich verschiedene Ansichten. Man wird zumindest zwei, allerdings nicht eindeutig zu trennende Strömungen unterscheiden können: Eine radikale "bündische" Gruppe lehnte jede auch taktische Zusammenarbeit mit den Rechtsparteien ab und hielt die revolutionäre Methode nach faschistischem Vorbild den geeigneten Weg zur "Machtergreifung". Eine zweite, realistischer denkende Gruppe erstrebte bei prinzipieller Ablehnung des Parlamentarismus ein taktisches Zusammengehen mit den "nationalen" Parteien, die entweder durch entsprechenden Druck oder durch gemeinsame "Kampfaufgaben"-man denke an die Volksbegehr-Aktionen - zu einer antirepublikanischen Einheitsfront zusammengeschweisst werden sollten. Die letzte Entscheidung wurde allerdings auch von dieser Gruppe nicht im Parlament erwartet, sondern gewissermassen durch eine "Revolution von oben" in einer Krisensituation nach Ausschaltung des Reichstags.

Mochte es zwischen den im Stahlhelm vorhandenen politischen Strömungen auch wiederholt zu Spannungen kommen, weitgehende Übereinstimmung bestand in der Gegnerschaft zum bestehenden "System", darüber, dass die "innere" vor der "äusseren Befreiung" kommen müsse, vor Versailles Weimar stünde. Die auch schon in früheren Jahren erkennbare Verschiebung des Freund-Feind-Verhältnisses vom Kommunismus über die Sozialdemokratie zum Staat von Weimar erfuhr in den folgenden Jahren ihre "bundesamtliche" Bestätigung und wurde zum politischen Programm. Waren für die Selbstschutzorganisation die Spartakisten und Kommunisten, für den Wehrverband Polen und Frankreich die Feinde,so wurde für den politischen Kampfbund die Republik von Weimar zum Gegner, den es zu bekämpfen galt. Die "Politisierung" wurde zu einer Radikalisierung des Stahlhelm.

IV. Politisierung und Radikalisierung (1926)

Die Rolle der "Frontliteraten": Ernst Jünger und der Standarte-Kreis (S. 72) - Der Ruf zur Sammlung (S. 77) - Diktatur- und Putschpläne im Frühjahr 1926 (S. 79) - Kapitän Ehrhardt im Stahlhelm (S. 85) - Verbot der Stahlhelm-Presse (S. 87)

Will man den Beginn der "Politisierung" im Stahlhelm mit einem Datum fixieren, dann wird man den 6. September 1925 nennen können. An diesem Tag erschien erstmals im Bundesorgan eine neue "nichtamtliche" Führerbeilage mit dem Namen Standarte. Ihr Untertitel - Beiträge zur geistigen Vertiefung des Frontgedankens - deuten das Ziel an, das sich die Blätter gesetzt hatten: die Politisierung des Fronterlebnisses.[1] Zwar war schon in den ersten Nachkriegsjahren viel von Frontkameradschaft und vom Kriegserlebnis die Rede gewesen, ohne dass daraus politische Folgerungen gezogen worden wären. Aufgabe der Standarte sollte es jetzt sein, "aus dem Fronterleben des Krieges die politische Arbeit des Stahlhelm gedanklich vorzubereiten" [2] und ein "Frontsoldatenprogramm" und "nationalistisches Manifest" zu erarbeiten.[3] Das Fronterlebnis, das für den einzelnen Kriegsteilnehmer wohl ein persönliches Erleben gewesen sein mochte, wurde durch die Ideologen des "soldatischen Nationalismus" zu einer politischen Funktion, zur Grundlage eines politischen Programms und "zum vielberufenen Ausgangspunkt antidemokratischer Gesinnung."[4]

Zu den Mitarbeitern der Zeitschrift gehörten neben Schriftstellern wie Hanns Johst, Werner Beumelburg, Hans Friedrich Blunck, Friedrich Georg Jünger die Führer der verschiedenen Frontsoldatenbünde: Duesterberg vom Stahlhelm, Oberst Hierl vom Tannenbergbund, Kapitän Ehrhardt vom Bund Wiking, Fritz Kloppe vom Wehrwolf, Kurt Pastenaci vom Jungdeutschen Orden. Das Gepräge erhielt die Führerbeilage freilich erst durch die eigentlichen Ideologen

---

1) Standarte Nr. 1, Beilage St. 7/36/6.9.1925.

2) St. 8/10/7.3.1926.

3) St. 7/35/30.8.1925; E. Jünger in: Standarte Nr. 1, Beilage St. 8/1/3.1.1926.
Andere Bezeichnungen waren "frontsoziales Manifest" (Standarte Nr. 13, Beilage St. 7/13/28.3.1926) oder "Bibel des Nationalismus" (Standarte Nr. 5, Beilage St. 7/40/4.10.1925).

4) Sontheimer, aaO, S. 19, besonders auch S. 115 ff.

des Fronterlebnisses und Vertreter des revolutionären Nationalismus: durch Friedrich Wilhelm Heinz, Franz Schauwecker, Wilhelm Kleinau, und - als "glänzendste Feder" und feurigster Kämpfer"[5] - durch Ernst Jünger, der in der Standarte als politischer Publizist begann und in diesen Jahren seine grösste politische Aktivität entfaltete.[6] Herausgeber war der durch seine Diktaturpläne hinreichend bekanntgewordene frühere Generalsekretär des Stahlhelm Helmut Franke,[7] der es allerdings zunächst vorzog, seinen wirklichen Namen hinter dem Pseudonym Grachus zu verbergen. Als junge Frontoffiziere hatten die Standarte-Autoren den Weltkrieg mitgemacht und anschliessend in Freikorps gekämpft. Ernst Jünger war zeitweilig in der Reichswehr gewesen, Friedrich Wilhelm Heinz hatte aktiv am Ruhrkampf und am Hitler-Putsch teilgenommen. Franke war nach seiner Entlassung als Stahlhelm-Generalsekretar Anfang 1924 zum Studium des italienischen Faschismus und der Diktatur Primo de Riveras in Italien und Spanien gewesen, offenbar mit finanzieller Unterstützung der Reichswehr.[8] Jetzt hatten sie sich mit Gleichgesinnten im Stahlhelm eingefunden, den sie als Redakteure der Stahlhelm-Zeitungen und politische Referenten des Bundes durch "eine klar umrissene und feurige Idee und eine entschlusskräftige, mutig auf klare Entscheidungen ausgehende Führung" zu "revolutionieren" gedachten.[9]

Der neue Kurs unter dem Einfluss der jungen Nationalisten wurde deutlich in einer Änderung im Verhältnis der Stahlhelm-Presse zu den "nationalen" Parteien. Bei grundsätzlicher Ablehnung des Parlamentarismus und der Parteien als Hindernis zur Verwirkli-

---

5) Franke in: Arminius v. 21.11.1926, zit. nach H.-P. Schwarz, Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers. Freiburg/Br. 1962, S. 101.

6) Vgl. dazu Schwarz, aaO, S. 97 ff.

7) Vgl. S. 27.

8) Nachlass Schleicher (BA, Militärarchiv, H 08-42/77).

9) Franke in: Arminius v. 21.11.1926, zit. nach Schwarz, aaO, S.100.

chung der angeblich an der Front entstandenen Volksgemeinschaft hatte der Stahlhelm bisher die schwarz - weiss-roten Parteien unterstützt, es aber auch an Kritik nicht fehlen lassen und sogar schon mit "einer a n d e r e n Vertretung" seiner"nationalen"Interessen gedroht.[10] Bemängelte man bisher hauptsachlich das taktische Verhalten der "bürgerlichen" Parteien, so wurde jetzt die Kritik grundsätzlicher. Man warf ihnen "veraltete Parteigrogramme und überlebte Führer" und das Unvermögen vor, "sich in den gewandelten Geist der Gegenwart einzufühlen".[11] Sie würden sich scheuen, sich zu verjüngen und "dem Grund aller Zerrissenheit, der Weimarer Verfassung, ans Leder zu gehen".[12] Die jungen Frontsoldaten, die sich gerne als "Fanatiker sozialer Gerechtigkeit" bezeichneten,[13] machten auch vor der Deutschnationalen Volkspartei nicht halt, die sich gerne als die parlamentarische Vertretung des"nationalen"Deutschland bezeichnete. Auf keinen Fall wollten die jungen Nationalisten mit dieser Partei und "ihrer unsozialfeudalen-reaktionären Beschränktheit" in einen Topf geworfen werden.[14] Die bisher üblichen "Schlepper- und Handlangerdienste" des Stahlhelm bei Wahlen wurden strikt abgelehnt;[15] man wollte keine "Schutztruppe der Bourgoisie", keine "Orgesch für Kapitalistensäcke" mehr sein.[16]

Als das Berliner Tageblatt anlässlich des Reichsfrontsoldatentags in Düsseldorf im Sommer 1926 schrieb, der Stahlhelm sei

---

10) So das Bundesorgan anlasslich der Auseinandersetzungen um den Vertrag von Locarno; sehr viele Wähler (vornehmlich aus vaterländischen Verbanden) seien mit keiner Partei unbedingt einverstanden. Sie hätten sich bei der letzten Wahl lediglich für das verhältnismässig kleinere Übel unter ihnen entschieden (St. 7/40/4.10.1925).

11) St. 7/48/1.11.1925.

12) Heinz, Schliesst Euch zusammen. Parteigeist verhindert Einigung - Frontgeist schafft Einheit,in: St. 8/30/25.7.1926.

13) Franke, Der Stahlhelm marschiert,in: St. 7/5/1.2.1925, fast gleichlautend abgedruckt in: H. Franke, Wir brechen die Bahn. Leipzig 1926, S. 59 ff.

14) Die Stahlhelmleitung hat das Wort. Von einem Stahlhelmer,in: Arminius Nr. 40 v. 10.11.1926, S. 11 f.

15) Standarte Nr. 2, Beilage St. 8/2/10.1.1926.

16) Standarte Jg. 1926, H. 14,S. 317.

die geshhlossenste und stärkste Organisation, die der Rechten zur Verfügung stehe, da bemerkte das Stahlhelm-Bundesorgan voll Überheblichkeit: "Es stimmt ... nicht, dass wir der Rechten zur Verfügung stehen. Wir gehen unseren eigenen Weg zur Befreiung des gesamten Volkes .. Es ist nicht so, dass wir unser Ziel nur in Zusammenarbeit mit den Parteien erreichen können. Das gelingt auch ohne sie." Der Selbsterhaltungstrieb werde die Parteien veranlassen, sich rechtzeitig auf die "sieghafte Bewegung" des Stahlhelm einzustellen, wenn sie nicht in Kürze von der Tribüne abtreten wollten.[17]

Das Misstrauen gegenüber den "bürgerlichen" Parteien zeigte sich auch beim kommunistischen Volksbegehren auf Enteignung der Fürsten. Standen jüngere Kreise im Stahlhelm einer Enteignung offenbar ohnehin nicht unsympathisch gegenüber,[18] das Bündnis mit den "reaktionären" Gruppen gegen das Volksbegehren missfiel ihnen noch mehr. Hier seien Kräfte und Kreise dabei, die noch heute den Anschluss an die neue Zeit nicht gefunden hätten, schrieb die Bundeszeitung. Die Koalition zwischen dem Alten und der nationalistischen Zukunft sei zwar keineswegs ungesund, müsse aber eben als Augenblickkoalition festgehalten werden, und zwar deswegen, weil der Nationalismus um mehr kämpfe als um die Etathöhe dieser oder jener Gruppen; er kämpfe nicht im Vorspann für Interessenten.[19]

Eine parlamentarische Betätigung - auch aus taktischen Gründen - wurde von den Standarte-Autoren als wenig erfolgversprechend abgelehnt. Das gegenwärtige System könne nicht durch Parteien

---

17) St. 8/23/6.6.1926.

18) Obwohl der Stahlhelm-Bundesvorstand die Teilnahme am Volksentscheid untersagt hatte (St. 8/22/30.5.1925), trugen sich Stahlhelm-Mitglieder offenbar in die Listen ein; in einer Ortsgruppe im Gau Hildesheim waren es immerhin 7 Mitglieder (H.Lüders, Der Salzgau im Stahlhelm, Manuskript, S. 42, BA R 72/10). Der Gauführer von Hildesheim, General a.D. v. Hammerstein, kritisierte in einem Brief an Duesterberg (v.12.4.1926) die Zurückhaltung der Bundeszeitung in der Frage des Volksbegehrens und glaubte feststellen zu können, dass man in der Bundesleitung der Fürstenenteignung "nicht unsympathisch" gegenüberstehe. (BA R 72/2).

19) St. 8/23/6.6.1926.

zerstört werden, die Rettung Deutschlands durch "keine, wie auch immer geartete parlamentarische Gemeinschaft" erfolgen.[20] Entsprechend dieser Prämisse wurde der "Abzug der Frontsoldatenkontingente aus dem Trauerspiel der Parteien" gefordert,[21] weil die vom Stahlhelm in die Rechtsparteien delegierten Mitglieder restlos vom "Moloch Partei" in seiner "unstillbaren Gefrässigkeit" verschlungen worden seien. Als hier und da Stimmen im Stahlhelm laut wurden, die politische Vertretung in einer besonderen Stahlhelm-Partei oder Frontsoldatenpartei zu suchen, da schrieb die Standarte: "Ein solcher Gedanke ist vom Standpunkt der reinen urwüchsigen Stahlhelmbewegung aus nicht nur widersinnig, sondern fast unmoralisch .. Die so hoffnungsvoll begonnene völkische Bewegung war tot in dem Augenblick, als sie in eine Partei auslief. Nicht anders würde es heute der Stahlhelmbewegung gehen. Ein Armutszeugnis traurigster Art würden wir uns ausstellen, wenn wir den Weg zum deutschen Aufbau über das Parlament suchen wollten, solange wir eben dies Parlament als unfruchtbar bekämpfen".[23] Nach Meinung Friedrich Georg Jüngers müsse der Nationalismus "die Überwindung des Parteien- und Klassenstaates" gerade dadurch manifestieren, dass er sich von jeder Parteibildung fernhalte und jede Betätigung in den Parlamenten aufgebe. Diese liberalistische Form müsse gleichsam ausgehungert werden.[24] In letzter Konsequenz dieser antiparlamentarischen Einstellung wurde Wahlenthaltung empfohlen, so von Ernst Jünger wenn er schrieb: ".. wir wollen nicht wählen, das hiesse den Staat anerkennen, das hiesse eines seiner Organe werden, statt gegen ihn gerichtet zu sein".[25]

Die neue Organisationsform politischer Aktivität war der Bund, eine durch gemeinsames Erleben geprägte und gebundene Gemeinschaft, basierend auf dem Prinzip von Führer und Gefolgschaft.[26]

---

20) St.8/30/25.7.1926.
21) Standarte Jg. 1926, Nr. 20, S. 468.
22) Standarte Nr. 7. Beilage St. 8/7/14.2.1926.
23) Ebd.
24) Standarte Jg. 1926, H. 1, S. 9.
25) Ernst Jünger, Frontsoldaten und die innere Politik in: Standarte Nr.13, Beilage St. 7/48/29.11.1925.
26) Zu den Begriffen "Bund" und "Bündisch" vgl.Sontheimer,aaO,S.207 ff. mit Literaturangaben; ebenso Raabe, aaO, S. 56 ff.

Der Gegensatz von Partei und Bund wurde so gesehen, dass Parteien Vertretung von Gruppeninteressen seien, während das Ziel des Bundes auf das Gesamtwohl, auf die Einheit der Nation gerichtet sei. In diesem Sinne wurde der Unterschied zwischen Partei- und Stahlhelm-Politik folgendermassen erläutert: "Parteipolitik ist Verzerrung und Verdrehung wirklich politischen Wollens durch Gruppen und Klasseninteressen. Parteipolitik ist eine kleinliche, ärgerliche Angelegenheit. Unser Wollen ist nationalpolitisch, ist politisch in höherem Sinne. Denn es richtet sich nicht auf das Wollen bestimmter Volkskreise, sondern des ganzen Volkes. Wir treiben im Stahlhelm keine Parteipolitik, aber wir treiben Politik".[27]

Wurde einerseits eine Zusammenarbeit mit den Parteien abgelehnt, so musste es andererseits umsomehr darauf ankommen, im ausserparlamentarischen Raum, dem "eigentlichen politischen Kampffelde",[28] eine Macht zu schaffen. Voraussetzung dazu war freilich, dass sich die verschiedenen, konkurrierenden Bünde zu einer einheitlichen "bündischen' Bewegung"zusammenfanden. In diesem Sinne erstrebte der Standarte-Kreis vor allem eine Zusammenarbeit der bündischen Führer und der "aktivistischen, vorwärtsstrebenden Kräfte" der Frontgeneration im Stahlhelm, in den Bünden Wiking und Wehrwolf, im Jungdeutschen Orden und im Tannenbergbund.[29] Einige Hoffnungen setzten dabei die Standarte-Autoren auch auf "die nationalgesinnten jüngeren Frontsoldaten im Linkslager",[30] auf Teile des Reichsbanners, dessen Gründung von der Standarte als ein "nie gutzumachender Misserfolg der Frontsoldatenbewegung" bedauert wurde, die in den entscheidenden Jahren nicht "weit genug nach links" ausgeholt habe.[31]

---

27) Stahlhelm in Bereitschaft in: St. 8/10/7.3.1926.
28) Kleinau, Politischer Kampf in: Sta. II, S.30.
29) Franke, Kampfgenossen helft! in: Standarte Nr. 13, Beilage St. 8/13/28.3.1926.
30) Ebd.
31) Franke in: Standarte Nr. 1, Beilage St. 8/1/3.1.1926. Hoffnungen setzte man in diesen Kreisen vor allem auf den Reichsbannerführer Höltermann. Die Schuld für die Gründung des Reichsbanners wurde später Seldte zugeschoben, der sich zu den Rechtsparteien habe abdrängen lassen. (Franke, Liquidierung der nationalen Bewegung,in:Arminius Nr.37/38 v.27.10.1926, S. 13 ff.).

Ernst Jünger erliess im Juli 1926 ein Manifest "Schliesst Euch zusammen" und forderte einen "Zentralführerrat" der bündischen Führer, einen"grauen Arbeiter- und Soldatenrat", bis ein Mann die weite Anerkennung habe und alle Interessen in seiner Faust vereinigen könne.[32] In einer Artikelserie erläuterte er die staatspolitischen Ziele der Frontsoldatenbewegung und entwarf ein Bild des neuen Frontsoldatenstaates, dessen Grundeigenschaften sein würden: "national, sozial, wehrhaft und autoritativ".[33]

Während der Standarte-Kreis sich mehr um die Bildung von aktivistischen Zellen in den Bünden bemühte, versuchte der Stahlhelm als der "zahlenmässig und organisatorisch" bedeutendste Bund der Rechtsbewegung[34] Einfluss auf die beiden anderen noch bestehenden Grossorganisationen zu nehmen, auf den Tannenbergbund, die Zusammenfassung der völkischen Wehrverbände und auf die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands, eine Dachorganisation für über 140 z. T. unpolitische Verbände mit einem Präsidium, das gerne vorgab, im Namen der gesamten Rechtsbewegung zu sprechen. Blieben die Bemühungen um den Tannenbergbund im ganzen erfolglos, so gelang es Duesterberg als Vorsitzender der VVVD im Bezirk Halle und bald auch als Mitglied des Präsidiums,Einfluss auf die Politik der Berliner Zentrale zu nehmen.

Durch Duesterberg bestanden auch enge Beziehungen zur Deutschen Notgemeinschaft, die nach einem, auch von Duesterberg unter-

---

32) Standarte, Jg. 1926, H. 10, S. 223; H. 17, S. 395.

33) E. Jünger, Schliesst Euch zusammen in: Standarte, Jg. 1926, H.17, S. 393, fast gleichlautend: E. Jünger, Zum Jahre, in: Standarte Nr. 1, Beilage St. 8/1/3.1.1926. Die Artikelserie Jüngers erschien in der Standarte von Nr. 1 (Beilage St. 7/36/6.9.1925) bis Nr. 16/17 (Beilage St. 7/51/27.12.1925).

34) So RKo. in Bericht an Reichskanzler vom 8.4.1926 mit Referat bei Nachrichtenkonferenz am 22./23.2.1926 (BA R 43 I, 2673). In diesem Bericht auch Angaben über die Konzentrationsbestrebungen bei der Rechtsbewegung. Nicht beteiligt an diesen Sammlungsbestrebungen waren die Nationalsozialisten und der Jungdeutsche Orden, was regionale Arbeitsgemeinschaften, z. B. im Stahlhelm-Gau Industriegebiet zwischen Stahlhelm, "Jungdo" und NSDAP nicht ausschloss (St. 7/41/11.10.1925).

schriebenen Aufruf im Januar 1926 aus Protest gegen die Aussen- und Innenpolitik der Regierung und gegen die streng verfassungsmässige Amtsführung Hindenburgs von führenden völkischen und"nationalen"Politikern gegründet worden war. Anführer der Fronde gegen Hindenburg war der Führer des Alldeutschen Verbandes,Heinrich Class,[35] der auch in Beziehungen zur Stahlhelm-Bundesleitung stand.[36] Mit einem anderen notorischen Putschisten trat der Stahlhelm jetzt gleichfalls in Verbindung: mit dem Führer des Bundes Wiking, Kapitän Ehrhardt, der seit Anfang 1926 mit Energie eine Einigung der Rechtsbewegung betrieb. Nach einer Besprechung mit Ehrhardt im März 1926 wurde von Seiten des Stahlhelm "eine weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage" festgestellt und eine enge Zusammenarbeit "mit den Kameraden des Wikingbundes" vereinbart.[37] Der Einfluss auf den Bund Wehrwolf war dadurch gesichert, dass die Führer dieses Bundes häufig auch Mitglieder des Stahlhelm waren.

Wenn die Konzentrationsbestrebungen der Rechtsopposition im Jahre 1926 nicht ohne Erfolg blieben, dann nicht zuletzt wegen der Aktivität der militanten Organisationen im Lager der Linken. Der Rote Frontkämpferbund betrieb eine lautstarke Agitation für die Fürstenenteignung, das Reichsbanner griff in zahlreichen Demonstrationen und Aufmärschen in den Flaggenstreit ein. Im Frühjahr und Sommer 1926 herrschte vielfach eine ausgesprochene Radaustimmung; Zwischenfälle der verschiedenen paramilitärischen Gruppen waren an der Tagesordnung. Die poli-

35) Zur Notgemeinschaft und Diktaturplänen neben RKo. (vgl. Anm.34), Denkschrift von Rechtsanwalt Martin vom 24.6.1927 (BA R 43 I/2733). Vgl. dazu auch Hoegner, aaO, S. 185 ff.;Hornung,aaO, S.62 ff.;Jasper, aaO, S. 154 ff.

36) Die Beziehungen von Class zur Bundesleitung gehen aus einem Brief des Landesführers von Gross-Berlin, Stephani, an den Leiter des Bundes Wiking, Bezirk Berlin, von Sodenstern, vom 6.4. 1926 hervor (Denkschrift Bund Wiking und Sportverein Olympia des Preuss. Ministers des Innern vom 5.11.1926, BA R 43 I/2732); Martin, 10 Jahre Stahlhelm, S. 13.

37) Rundschreiben der Stahlhelm-Bundesleitung an Landesverbandsführer vom 13.3.1926, abgedr. als Anlage 36 in: "Denkschrift Wiking" vom 5.11.1926, dort auch weitere Belege für Zusammenarbeit Stahlhelm-Wiking (BA R 43 I/2732). Über die Einigungsbemühungen Ehrhardts im Frühjahr 1926: RKo.In. Nr. 120 vom 1.11.1926 (BA R 43 I/2696).

tischen Auseinandersetzungen verlegten sich auf die Strasse, und es schien zeitweise, als ginge die politische Aktivität von den Parteien auf die ausserparlamentarischen Verbände über.[38]

Die innerpolitischen Spannungen durch wiederholte Regierungskrisen, durch Flaggenstreit, durch Volksbegehren, durch Anzeichen wirtschaftlicher Depression liessen im Stahlhelm die Hoffnung auf eine "Machtergreifung" zunehmen. Sprach Seldte in der Öffentlichkeit zurückhaltend von der "inneren Befreiung", so wurde das Bundesorgan umso deutlicher: "Wir sagen unsere Ziele mit ebenso ehrlicher wie brutaler Offenheit und diese Ziele sind in der Tat für das jüdisch-demokratisch-marxistische Gesoelss höchst gefährlich. Wir wollen nichts weniger als das, was jene jetzt besitzen, nämlich die Macht im Staate!"[39]

Aus der Stahlhelm-Presse gewinnt man im Frühjahr und Sommer 1926 den Eindruck, als würde "die Stunde des Stahlhelm" nicht mehr ferne sein. So heisst es beispielsweise in einem programmatischen Artikel "Stahlhelm in Bereitschaft" vom März 1926, der auch typisch für den im Bunde üblichen militärischen Jargon ist: "Wir sind .. wieder grosskampffähig. Der Zeitpunkt des Einsatzes wird von der Führung beschlossen werden. Ebenso die Art des Angriffs. Worauf es bis anhin ankommt: Stärkung der Kampfkraft, Stärkung der Disziplin und genaue Unterweisung über das Kampfziel. Ob der Befehl zum Angriff morgen, in drei Monaten oder in drei Jahren gegeben wird, wissen wir nicht. Einmal wird er erfolgen und bis dahin heisst es bereit sein."[40] Manche Stahlhelmführer glaubten voraussagen zu können, dass das Jahr 1926 nicht vergehen werde, ohne dass durch Deutschland der

38) Das war nicht etwa nur die Meinung der Bünde, auch der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung teilte diese Ansicht (RKo. In. Nr. 118 vom 19.6.1926, BA R 43 I/2696). Über Fürstenenteignung und Flaggenfrage vgl. Eyck, aaO, II, S.87 ff.

39) St. 8/21/23.5.1926.

40) St. 8/10/7.3.1926.

Ruf gelle: "Ablösung des Parlamentarismus vor".[41] Im Mai 1926, als die innenpolitische Krise ihrem Höhepunkt zutrieb, sprach das Bundesorgan vieldeutig von Entscheidungen "von grösster Tragweite", vor die der Stahlhelm unter Umständen gestellt sein werde, und noch im August des Jahres, als eine fühlbare Beruhigung eingetreten war, schrieb die Stahlhelm-Zeitung: "Der Zeitpunkt der entscheidenden Befreiungstat, die Zeit der Mobilisierung der Masse zur grundlegenden Staatsumwälzung kann morgen, kann in wenigen Monaten gekommen sein. Die Massen sind geschlossen und warten auf das Kommando zum Antreten."[42]

Es war wieder haufig von einem Direktorium oder von der Diktatur die Rede, zur Umwandlung des "plutokratisch-demagogischen Staates in einen wahren Volksstaat". Die Diktatur werde, erklärte die Bundeszeitung Ende März, eines "wahrscheinlich nicht fernen Tages" errichtet werden, um den Zerfall Deutschlands zu verhindern und den neuen deutschen Staat, das "Dritte Reich", zu bauen. Es werde ein "Stahlhelm-Staat, der Staat des Frontsoldatengeistes" sein, dessen ungefahrer Aufbau in mehreren grundsätzlichen Artikeln in der Bundeszeitung erläutert wurde, wobei die Einflüsse des italienischen Faschismus nicht zu verkennen sind,[43] wie überhaupt der Stahlhelm in jener Zeit gerne die Rolle des Faschismus in Deutschland übernommen hätte.[44]

Wenngleich versichert wurde, die Errichtung der Diktatur würde auch "ohne Putsch und Umsturz" durch die "Wucht der nationalen

---

41) So Dr. Melzer, Stahlhelmführer von Leipzig, in: Standarte, Beilage St. 8/11/14.3.1926.

42) St. 8/29/9.5.1926; St. 8/33/15.8.1926.

43) Neben dem Artitel "Das Dritte Reich. Vom Staat, um den wir kämpfen", dem die Zitate entnommen sind (St. 8/13/28.3.1926) u.a. "Ein Diktator? Konzentration des Willens! Ein Beitrag zur Frage der Diktatur" (St. 8/5/31.1.1926), "Wo steht der Feind?" (St. 8/11/14.3.1926), "Stahlhelm im Bereitschaft" (St. 8/10/7.3.1926), "Der Ungeist von Weimar. Der Reichsverfassung zum Geburtstag" (St. 8/33/15.8.1926.

44) RKo. In. Nr. 118 vom 19.6.1926 (BA R 43 I/2696).

Volksbewegung" und mit Hilfe von § 48 errichtet werden,[45] so konnte bei den revolutionären Nationalisten kein Zweifel über die geeignetste Methode der "Machtergreifung" sein: "Revolution, Revolution! Das ist es, was unaufhörlich gepredigt werden muss', gehässig, systematisch, unerbittlich, und sollte dieses Predigen zehn Jahre dauern.. Im grossen Krieg hat sich ein neuer, gefährlicher Menschenschlag entwickelt, bringt nun diesen Schlag zur Aktion!"[46]

Mit Wehmut erinnerten sich die Aktivisten an jene Zeit, "wo es möglich war, angesichts der chaotischen Zustände den Staat gewaltsam den Frontsoldaten zu erobern".[47] Die Jahre 1920 und 1923, also die Jahre des Kapp- bzw. Hitler-Putsches, würden, klagte der Standarte-Herausgeber Franke, "stets herbe Erinnerungen der national-sozialen Revolution sein", die es nicht verstanden habe, in den ihr günstigen Jahren sich eine Methode zu geben, die Erfolg versprochen hätte.[48]

Musste man auf der einen Seite zugeben, dass "die Zeit nationaler Putsche" vorbei sei, so proklamierte man auf der anderen Seite weiterhin den "Vorstoss im faschistischen Sinne" und hoffte auf den Tag, an dem man vom "Massenaufmarsch zur gewaltsamen national-sozialen Revolution" übergehen konnte.[49] Bis zu diesem Zeitpunkt müsse "eine selbstandige Macht" entwickelt werden, die eines Tages machtiger sein werde als der Staat. Wir halten, schrieb Ernst Jünger in der Führer-Beilage des Stahlhelm, "das

---

45) St. 8/13/28.3.1926.

46) E. Jünger, Die nationalistische Revolution, in: Standarte Jg.1926, H. 8, zit. nach Schwarz, aaO, S. 102. Ahnlich auch Fr.Schauwecker: "Welcher Weg führt zum Nationalismus? Es gibt nur den einen: Revolution, Revolution und nochmals Revolution.." (Wesen des Nationalismus, in: Standarte, abgedr. in:St. 8/30/25.7.1926).

47) Franke, Der Stahlhelm marschiert, in: St. 7/5/1.2.1925, ungefähr gleichlautend abgedr. in: H. Franke, Wir brechen die Bahn, S. 135 ff.

48) Franke, Revolution ohne Methode, in: Standarte Nr. 3, Beilage St. 7/38/20.9.1925.

49) E. Jünger, Nationalismus der Tat, in: Arminius Nr. 41 vom 17.11. 1926, S. 7 ff.; Franke, Revolution ohne Methode, in: Standarte Nr. 3, Beilage St. 7/38/20.9.1925.

Waffenhandwerk hoch. Wir haben uns in jenem grossen, ruhmvollen Kriege am schärfsten für die Rechte der Nation eingesetzt, wir fühlen uns auch jetzt zum Kampf für sie berufen. Jeder Mitkämpfer soll uns willkommen sein. Wir bilden eine Einheit durch Blut, Gesinnung und Erinnerung, den 'Staat im Staate', den Sturmbock, um den sich die Masse schliessen soll. Wir schätzen keine langen Reden, eine neue Hundertschaft ist uns wichtiger als ein Sieg im Parlament. Zuweilen feiern wir Feste, um die Macht geschlossen paradieren zu lassen und um nicht zu verlernen, wie man Massen bewegt. Schon erscheinen zu diesen Festen Hunderttausende. Der Tag, an dem der parlamentarische Staat unter unserem Zugriff zusammenstürzt und an dem wir die nationale Diktatur ausrufen, wird unser höchster Festtag sein."[50]

Auch Seldte schlug jetzt, freilich nicht in der Öffentlichkeit, radikalere Töne an, wohl weniger aus eigener Überzeugung, als vielmehr um sich als Führer des Bundes behaupten zu können. So kritisierte er auf einer geheimen Führerbesprechung in Kassel Anfang 1926 das loyale Verhalten von "nationalen" Ministern gegenüber der Republik; obwohl drei deutschnationale Minister in der Regierung gewesen wären, sei "aus formellen Gründen und Paragraphenkleberei" nichts geschehen. Umsomehr betonte Seldte den Fühungsanspruch des Stahlhelm, den auch er mit der faschistischen Bewegung verglich. Als Ziel nannte er kurz und bündig: "die Ergreifung der Macht".[51]

Aber man begnügte sich in den "nationalen" Verbänden keineswegs mit der "Unterweisung über das Kampfziel" oder mit der "Sammlung der Bünde", zumindest die Untergliederungen trafen im Frühjahr 1926 bereits konkrete Vorbereitungen auf einen Putsch

---

50) E. Jünger, Der Frontsoldat und die innere Politik, in: Standarte Nr. 13, Beilage St. 7/48/29.11.1925.

51) Durchschlag einer Niederschrift über eine Führertagung des Landesverbands Hessen-Südwestfalen am 21.2.1926 in Kassel (BA R 72/16).
Für die Vermutung, dass Seldte nur mit Widerwillen (vor allem seit Herbst 1928) dem radikalen Kurs seiner Unterführer folgte, sprechen zahlreiche Hinweise in der demokratischen Presse, auch Äusserungen Severings, so auf einer Chefbesprechung am 30.10. 1929 (BA R 43 I/2734).

und arbeiteten Pläne zum Marsch auf Berlin aus. Initiator des Unternehmens, das im ganzen überraschende Ähnlichkeit mit dem Kapp-Putsch aufwies, war Justizrat Class, der in Verbindung zu den"nationalen"Verbänden Berlins stand. Diese hatten sich Anfang 1925 zu einem Wehrkartell zusammengeschlossen, dem auch der Stahlhelm angehörte.[52] Die Pläne, die der Berliner Führer des Bundes Wiking, Major a. D. von Sodenstern,den Berliner Wehrverbandsführern auf einer Besprechung im April 1926 vorlegte, enthalten zwei Momente, die bei ähnlichen Überlegungen des Stahlhelm stets eine Rolle gespielt haben: 1. Eingreifen der"nationalen"Verbände erst nach entsprechenden Aktionen von "links"; 2. Vermeidung einer offenen Frontstellung gegen die Reichswehr.

Major von Sodenstern sagte auf der Besprechung, dass ein Putsch von"nationaler"Seite von vornherein zum Scheitern verurteilt sei, solange nicht ein Kommunistenputsch vorhergehe. Wenn dieser nicht von selbst käme, müsse er eben provoziert werden; z. B. dadurch,dass die Grossbetriebe "nochmals grössere Arbeitermassen auf die Strassen" werfen müssten und so kommunistische Unruhen entstehen würden. Der Bund Wiking würde dann seine Hilfe zur Niederschlagung der Kommunisten nur dann zur Verfügung stellen, wenn von Seiten der Regierung und der Reichswehr den Verbänden Garantien gegeben würden, "dass ganze Arbeit geleistet" werde, "d. h. Zerschlagung des Parlamentarismus, Absetzung nicht nationaler Oberpräsidenten und Landräte."[53] Vom Stahlhelm nahm an dieser Sitzung der Landesverbandsführer von Gross-Berlin, Major a. D. von Stephani, teil, dem man Bürgerkriegserfahrung nicht absprechen konnte. Grundsätzlich erklärte er sich mit den Abmachungen einverstanden, wenn er sich auch gegen übereilte Massnahmen aussprach; die Arbeit des

---

52) Über die Putschvorbereitungen und die Aktion der preussischen Polizei: RKo.In. Nr. 118 vom 19.6.1926 (BA R 43 I/2696), "Denkschrift Wiking" vom 5.11.1926 (BA R 43 I/2732); weitere Einzelheiten anstelle vieler: Severing, aaO, II, S. 81.

53) Jd. 129/5.6.1926, abgedr. als Anlage 38 in: "Denkschrift Wiking" vom 5.11.1926 (BA R 43 I/2732).

Stahlhelm sei darauf aufgebaut, "erst eine einheitliche Macht zu schaffen und dann sie politisch einzusetzen"; die anderen machten es leider meist umgekehrt, sie nähmen "erst das Maul voll", und nachher stehe nichts dahinter, wie der Kapp- und Hitler-Putsch gezeigt habe.[54]

Von Stresemann und dem Zentrumspolitiker Giesberts über die Putschvorbereitungen gewarnt, führten die preussischen Behörden am 11. und 12. Mai 1926, als das Kabinett Luther wegen der Flaggenfrage zurücktrat, eine grossangelegte Polizeiaktion durch, in deren Verlauf Hausdurchsuchungen bei Industriellen, bei den Führern des Alldeutschen Verbandes und des Bundes Wiking, aber auch bei mehreren Stahlhelmführern, so bei Seldte und beim geschäftsführenden Vorstandsmitglied, Ludwig, vorgenommen wurden. Am 12. Mai verbot die preussische Regierung auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik die Bünde Wiking und Olympia sowie den Wehrverband Ostmark; gegen Class wurde Anklage wegen Hochverrats erhoben. Der Stahlhelm distanzierte sich wie üblich von jedem "törichten Putschversuch", nicht,wie das Bundesorgan bemerkte, "aus Liebe zur Republik", sondern weil die "alten Frontsoldaten" Torheiten nicht schätzen würden.[55] Trotz der offensichtlichen Verbindungen sowohl der regionalen Gliederungen als auch der beiden Bundesleitungen kam der Stahlhelm ungeschoren davon; er diente wie schon des öfteren als Auffangorganisation, jetzt für die Bünde Wiking und Olympia.

Kapitän Ehrhardt forderte nämlich seine Anhänger unmittelbar nach der Auflösung seines Bundes in Preussen zum Eintritt in den Stahlhelm auf; Ehrhardt selbst erwarb die Stahlhelm-Mitgliedschaft im Herbst und galt verschiedentlich als der eigentliche Führer des Bundes,[56] obwohl er erst im Frühjahr 1927

---

54) "Denkschrift Wiking" vom 5.11.1926 mit Abdruck von Dokumenten, S. 98 ff. (BA R 43 I/2732).

55) St. 8/21/23.5.1926.

56) Jd. 252/27.10.1926. Offenbar kam es vor, dass verschiedentlich Stahlhelm-Ortsgruppen nur noch Ehrhardt als Führer anerkannten (Anhalter Kurier, zit. nach Reichsbanner, Jg. 4, 1927, Nr. 16 v. Verfassungstag).

als Mitglied des Bundesvorstands eine Führerposition im Stahlhelm einnahm. Ausser in Preussen kam es auch in anderen Ländern zum Zusammenschluss oder zu Arbeitsgemeinschaften der beiden Verbände, so in Württemberg, dessen stagnierender Stahlhelm-Landesverband unter der Führung von Kapitän Ehrhardt und Oberstleutnant von Jagow vorübergehend neue Aktivität entfaltete.[57] Teile des auf den Berliner Raum beschrankten Bundes Olympia unter ihrem Führer Oberst von Luck gingen im Landesverband Gross-Berlin des Stahlhelm auf.[58]

Der Eintritt Ehrhardts in den Stahlhelm wurde von der Bundespresse lebhaft begrüsst, seine "Selbstlosigkeit" den anderen bündischen Führern zur Nachahmung empfohlen. Ehrhardt selbst sprach von einem Bund, der fest gekittet sei und halten werde.[59] Solche Einmütigkeitsbeteuerungen konnten indes nur schlecht die Skepsis verdecken, die wohl auf beiden Seiten von Anfang an bestanden hat. Tatsächlich versuchte Ehrhardt nach dem Scheitern anderweitiger Pläne sogleich den Stahlhelm unter seine Kontrolle zu bringen. Der Bund Wiking, 1923 als Nachfolgeorganisation der Brigade Ehrhardt und der Organisation Consul (O. C.) gegründet, sollte nämlich nach den Plänen des "Chefs" das Führerkorps eines neuen, politisch aktivierten Stahlhelm stellen, der Bund selbst lediglich die Organisation der Masse sein und Ehrhardt "als Fundament zur Schaffung eines politischen Machtinstruments" dienen.[60] Es war deshalb nicht verwunderlich, wenn es hier und da zwischen den "Wikingern"

---

57) RKo. In. Nr. 120 v. 111.1926 und Nr. 121 vom 28.3.1926 (BA R 43 I/2696); H. Steiss (Hrsg.), Der Stahlhelm, BdF, Landesverband Württemberg-Hohenzollern. Stuttgart 1936, S. 12 f.

58) Jd. 266/12.11.1926.

59) St. 8/47/21.11.1926.

60) Vertrauliches Rundschreiben der Wiking-Bundesleitung an die Führer vom 21.12.1926. Aus diesem und anderen, in der Frankfurter Zeitung abgedruckten Dokumenten gehen die Absichten Ehrhardts einwandfrei hervor (zit. nach Reichsbanner Jg. 5, 1928, Nr. 7 vom 1.4.1928).
Über die Funktion des Wikingbundes als Führerverband im Stahlhelm: Reichsdienst der Deutschen Presse, zit. nach Jd. 243/16.10. 1926.

und den örtlichen Stahlhelm-Gruppen zu Differenzen kam, wie auch Ehrhardt nicht gewillt war, sich an die Richtlinien der "amtlichen" Bundespolitik zu halten.[61]

Wenngleich Ehrhardt Ende 1927 wieder aus dem Stahlhelm ausschied, so dürfte seine Tätigkeit und mehr noch die seiner revolutionär gesinnten Wiking-Leute mit zu einer Radikalisierung des Bundes beigetragen haben, die im Frühjahr 1927 auch in personellen Veränderungen in der Bundesführung ihren Ausdruck fand. Schon dass eine solche enge Verbindung überhaupt möglich war, hatte in der Öffentlichkeit Beunruhigung über den weiteren politischen Weg des Stahlhelm ausgelöst. Für den Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung freilich war der Eintritt Ehrhardts in den Bund der Frontsoldaten nur eine Folge "der seit langer Zeit zu beobachtenden Radikalisierung des Stahlhelmbundes",[62] die trotz des "Warnschusses" des Wiking-Verbots zumindest in der Stahlhelm-Presse zunächst nicht nachliess. Die "Putsch-Aktion Severings", in der Sicht des Stahlhelm "in der Hauptsache vom internationalen Judentum in Presse und Parlament dirigiert," war für die Bundeszeitung vielmehr Anlass, zu verstärkter Aktivität und zur Zusammenfassung aller "nationalen" Kräfte gegen die "marxistisch-demokratische Front" aufzurufen.[63]

Der Aufmarsch des Rotfrontkämpferbunds an Pfingsten in Berlin, die angesichts der Putschpläne begreifliche Alarmstimmung im Reichsbanner, die lautstarke Agitation der Kommunisten beim Volksentscheid über die Fürstenenteignung im Juni liessen nochmals einen Zustand politischer Hochspannung entstehen. Noch einmal bot sich für den Stahlhelm Gelegenheit, die Gefahr der Bolschewisierung in den düstersten Farben aufzuzeigen; die Kommunisten befänden sich mitten in den Vorbereitungen zum gewaltsamen Umsturz, der Volksentscheid sei die Generalprobe, um festzustellen, wie weit die Gefolgschaft noch von revolu-

---

61) RKo. In. Nr. 120 vom 1.11.1926 und Nr. 121 vom 28.3.1926 (BA R 43 I/2696; RKo. an Reichsminister des Innern am 15.10.1926 (BA R 43 I/2732).
62) RKo. an Reichsminister des Innern am 15.10.1926 (BA R 43 I/2732).
63) Vor neuen Stahlhelm-Verfolgungen? Die Putsch-Aktion Severings in: St. 8/21/23.5.1926.

tionärem Geist erfüllt sei.[64] Wieder hoffte man offenbar auf eine gewaltsame Aktion der Kommunisten, auf einen Ausnahmezustand und in dessen Verlauf auf die Möglichkeit eines "Einsatzes". Man wollte dann nicht mehr der Regierung "zur Verfügung stehen": "Wir sagen.. unseren Regierenden.., dass wir uns zu schade sind, ihnen wie vor sieben Jahren mit unserem Blute ihre Ministersitze zu erhalten. Die Zeiten, in denen sie uns zu ihrer Hilfe rufen und nachher vor den Kadi schleifen konnten, sind endgültig vorbei. Die nationale Bewegung ist inzwischen stark genug geworden, um ihre eigenen Wege zu eigenen Zielen zu gehen."[65]

Die Beteiligung der Sozialdemokraten an dem von den Kommunisten inszenierten Volksbegehren war eine willkommene Gelegenheit, die beiden Parteien in einen Topf zu werfen und die Klärung der "Fronten" freudig zu begrüssen: "Ob Sowjetstern, ob Schwarz-Rot-Gold, es ist die Kampftruppe, die die Versandung der Revolution überwinden, das geschichtlich Gewachsene zerstören, die Grundlagen unseres Staates, Ordnung, Zucht, Sitte und Ehre vernichten will."[66] Selbst die amtierende "bürgerliche" Regierung Marx wurde jetzt zur "Reichsbannerregierung", deren Minister nur die "Handlanger Severings und Hörsings" seien.[67] Schon zu Anfang des Jahres hatte man jeder Regierung, die die "demokratische Taufe" erhalten habe, den Kampf angesagt, da sie den "nationalen" Erfordernissen nicht entspreche.[68]

Als trotz aller Panikmache und Bürgerkriegshetze der wiederholt angekündigte "Entscheidungskampf" nicht stattfand, blieb den Stahlhelm-Redakteuren nichts weiter übrig, als ihrer Enttäuschung in diffamierenden Artikeln gegen die Weimarer Republik Luft zu machen oder sich der verklärten Frühzeit der Verbände zu erinnern. Die Standarte feierte im August die Erzberger- und Rathenau-Mörder als "die Besten", die der

---

64) So schon im Frühjahr 1926 (St.8/7/14.2.1926, St. 8/11/14.3.1926). RKo. In. Nr. 118 vom 19.6.1926 (BA R 43 I/2696).
65) St. 8/17/25.4.1926.
66) St. 8/23/6.6.1926.
67) St. 8/21/23.5.1926. Das 2. Kabinett Marx wurde vom Zentrum, den Demokraten, der DVP und der Bayerischen Volkspartei gebildet.
68) St. 8/5/31.1.1926 (zum Antritt der Regierung Luther).

Krieg entlassen habe, als "die ewigen Soldaten" und "prächtigsten Kerle", deren Taten mehr wert seien, als"die Rechte in acht parlamentarischen Jahren fertig brachte."[69] Das Bundesorgan setzte sich zum Verfassungstag in scharfer Form mit dem "Ungeist von Weimar", der Weimarer Verfassung auseinander. Seit dem Tag der Geburt habe "dieses Weimarer Kind" das alte Los von Missgeschöpfen zu tragen, es sei ein "ewiger Todeskandidat", das die deutsche Luft nicht vertragen könne. Deshalb würden es seine Väter - "diese in Unehren gewählte, in Unehren tätig gewesene, in Unehren auseinandergegangene Weimarer Nationalversammlung" - in Watte packen, würden gesetzgeberische ABC-Schützen das Gesetz zum Schutz der Republik "schmieden", Verdächtigung auf Verdächtigung, Rechtswidrigkeit auf Rechtswidrigkeit häufen, um ihren "Kretin" zu schützen. Der Weg zu Deutschlands Freiheit gehe nur über die Leiche der Weimarer Verfassung. Der Artikel schloss mit der Verheissung: "Der Tag, an dem die deutsche Seele wieder erwacht, ist der Todestag des Machwerkes von Weimar. Und über den Trümmern strahlt die sieghafte Tat des neuen Nationalismus."[70]

Jetzt endlich griffen die Behörden ein:Am 18. August 1926 wurde auf Grund des Republikschutzgesetzes die Standarte für 3 Monate verboten, einen Tag später das Bundesorgan für sechs Wochen. Am 26. August wurde sein Hauptschriftleiter, Friedrich Wilhelm Heinz, unter dem Verdacht, an einem Fememord beteiligt gewesen zu sein, verhaftet.[71]

Der Regierungspräsident von Merseburg stellte beim preussischen Innenminister den Antrag, Beamten die Zugehörigkeit zum Stahlhelm wegen den schweren Beschimpfungen der Republik zu verbieten.[72] In Schlesien wurde ein Kreisverband des Bundes

---

69) Standarte Jg. 1926, H. 20, S. 467.

70) Der Ungeist von Weimar. Der Reichsverfassung zum Geburtstag in: St. 8/33/15.8.1926.

71) Jd., Monat August und September 1926 passim. Sta. (1), S. 62, Sta. II, S. 31.

72) Führer-Nachrichten-Blatt Nr. 32 vom 13.7.1926.

wegen militärischer Betätigung mit Zustimmung der Reichsregierung aufgelöst,[73] ja die preussische Regierung erwog sogar ein Gesamtverbot des Stahlhelm, vornehmlich wegen der Durchführung von militärischen Übungen. Erst nachdem die Stahlhelmführer Seldte und Stephani dem preussischen Innenminister Grzesinski versichert hatten, sie würden "rücksichtslos" gegen derartige Vorfälle einschreiten, und nachdem entsprechende Anweisungen an die Untergliederungen ergangen waren, wurde von einer Auflösung abgesehen.[74]

Mochte es so bei einem Verbot der Stahlhelm-Zeitungen bleiben, zusammen mit der Auflösung des Bundes Wiking im Mai war das Vorgehen der preussischen Behörden ein nicht zu überhörender Warnschuss. Es konnte jetzt kein Zweifel mehr sein, dass eine scharfe Frontstellung gegen die Republik nicht mehr möglich, dass die Zeit der Putsche vorbei war. Wollte man die Existenz der Organisation nicht aufs Spiel setzen, war es aus innen- und aussenpolitischen Gründen unumgänglich, die Angriffsfläche zu vermindern und eine andere Taktik einzuschlagen. Die neue Parole hiess: "Hinein in den Staat!"

---

73) VB 39/293/18.12.1926.

74) So die Darstellung über die Vorgänge im Herbst 1926 durch den preussischen Innenminister Grzesinski auf einer Chefbesprechung am 30.10.1929 (BA R 43 I/2734). Erneutes "Verbot militärischer Übungen" der Bundesführung vom 2.11.1926 in: Führer-Nachrichten-Blatt Nr. 33 vom 25.11.1926, abgedr. auch Sta.-Hdb. 1927, S. 234.

V. Um den politischen Kurs des Bundes (1926/27)

Die neue Parole: "Hinein in den Staat" (S. 91) - Differenzen mit den Rechtsparteien (S. 99) - Auseinandersetzung mit den nationalrevolutionären Kräften (S. 103) - Der Sieg der intransigenten Richtung (S. 108)

Mochte im Frühjahr 1926 in manchen Kreisen des Stahlhelm eine gewisse revolutionäre Stimmung geherrscht und die Hoffnung auf eine "Machtergreifung" in irgendeiner Form bestanden haben, eine starke Gruppe hatte sich von Anfang an von einem "Nationalismus der Tat", von einem "Vorstoss im faschistischen Sinne", wie er von den nationalrevolutionären Kreisen propagiert wurde, distanziert, möglicherweise nur deshalb, weil ein Putsch angesichts der gestärkten staatlichen Machtmittel illusorisch geworden war. Diese Kräfte erstrebten die Ziele des Stahlhelm mit und über die "nationalen" Parteien zu erreichen, die durch entsprechenden Druck in den entscheidenden politischen Fragen eine "schwarz-weiss-rote Einheitsfront" gegen die republikanischen Kräfte bilden sollten. Diese Taktik, bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 erstmals in bescheidenem Masse angewandt,[1] war trotz der Opposition der revolutionär gesinnten Kräfte auch in der Folgezeit fortgesetzt worden und erfuhr im Jahre 1926 ihre nachdrückliche Bestätigung ausgerechnet durch einen Putschisten: durch Kapitän Ehrhardt, inzwischen Mitglied des Stahlhelm.

Bereits im Frühjahr 1926 hatte Ehrhardt eine Änderung seiner bisherigen revolutionären Methode angekündigt und seine zukünftigen Pläne in einem "Arbeitsprogramm" unter dem Titel "Nationale Einheit tut not" vorgelegt.[2] Den eigentlichen Kern der Denkschrift bildete ein Satz, der freilich bei seinen revolutionär gesinnten Anhängern Erstaunen und Verwirrung hervor-

---

1) Vgl. S. 55 f.

2) Abgedruckt als Anlage 34 in: "Denkschrift Wiking" vom 5.11. 1926 (BA R 43/I/2732).

rufen musste:[3] "Das einzig legale Mittel zu Macht zu gelangen, ist die Wahl". Die naheliegende Konsequenz - die Bildung einer Partei - lehnte er allerdings ab: die Machtgewinnung der "nationalen" Bünde sollte durch die bestehenden Parteien erfolgen. Bei den nächsten Wahlen müsse, schrieb Ehrhardt, unter dem Druck der vaterländischen Verbände eine Einheitsfront "von der DVP über die Deutschnationalen und die Bayerische Volkspartei bis zu den Deutsch-völkischen" geschaffen und auch der Kampf um die "nationalen Elemente im Zentrum" aufgenommen werden. Falls sich die Parteien weigerten und nicht bereit wären, den Kampf um die Macht "ohne Konzessionen, ohne Kompromisse und Verbeugungen nach der internationalen Seite" hin aufzunehmen, kündigte Ehrhardt eine Reihe von Druckmitteln an, mit denen er die Parteien gefügig machen wollte: Die Verbande, die bei den Wahlen die Hauptlast der Propaganda zu tragen hätten, würden sich weigern, weiterhin als Wahlhilfstruppe tätig zu sein, falls die Parteien der Einheitsparole der Bünde nicht folgen sollten. Es müsse ferner gelingen, die "nationalen finanzkräftigen Kreise" zu überzeugen, dass ihre Wahlgelder "vor die Hunde" geworfen seien, wenn sie den Parteien gegeben würden, die das Geld nur damit verwendeten, es im Kampfe untereinander zu "verpulvern", statt damit "die Kräfte der Gegner zu gewinnen oder zu lähmen". Als drittes und stärkstes Druckmittel empfahl der Kapitän schliesslich die Stimmenthaltung der gesamten vaterländischen Bewegung, deren Stimmenzahl er mit Millionen bezifferte. Dann sollten die Parteien zerschlagen werden, da sie der nationalen Einigung nur im Wege stünden; der Aufstieg müsse über einen "parteipolitischen Trümmerhaufen" gehen.

Die in ihrer Überheblichkeit und Fehleinschätzung der realen Machtverhältnisse für die "bündischen" Führer typischen Äusse-

3) W. Weiss: Seldte, Hitler, Mahraun in: Arminius Nr. 73/38 vom 27. 10.1926, S. 17: "Schuld an der Unsicherheit gegenüber Parteien ist Ehrhardtprogramm". Auch Mitglieder des Bundes Wiking lehnten die neue Taktik des "Chefs" ab und kündigten z. T. den Gehorsam auf, so der Führer des Wiking in Berlin, von Sodenstern (Jd.265/ 11.11.1926). Vgl. auch O.-E.Schüddekopf, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten u. der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960, S. 459, Anm. 20.

rungen Ehrhardts lassen keinen Zweifel am strategischen Ziel des "Arbeitsprogramms"; es war die Zerschlagung des Parlamentarismus. Lediglich aus der Tatsache, dass die Zeit der Putsche vorbei war, wählte Ehrhardt den "legalen" Weg: Durch die "Herrschaft der Verbände", ein Begriff, der auch in der "bündischen Bewegung" gebraucht wurde,[4] sollten die Parteien zur Bildung einer "nationalen Einheitsfront" gezwungen werden, das ständig angestrebte Ziel der Verbände, die auch von den von Ehrhardt empfohlenen Methoden - Verweigerung der Wahlhilfe, Stimmenthaltung - in der Folgezeit wiederholt Gebrauch machten.

Die "offizielle" Legalitätserklärung des Stahlhelm erfolgte ein paar Monate später, wobei die Änderung der Taktik freilich nicht so gravierend war wie beim Putschisten Ehrhardt, einmal weil der Bund sich als Gesamtorganisation nie an Putschen beteiligt hatte, zum anderen, weil schon früher der Versuch unternommen worden war, über die Parteien zu Einfluss zu gelangen. Die neue, auch schon von Ehrhardt proklamierte Parole hiess: "Hinein in den Staat" und wurde vom Bundesvorstand auf der Sitzung vom 3. Oktober 1926 verkündet, nachdem das Verbot der Stahlhelm-Zeitung abgelaufen war.[5]

Das neue Schlagwort war unklar genug und richtete inner- und ausserhalb des Bundes erhebliche Verwirrung an.[6] Es hiess des-

---

4) So in einem Brief des Wehrwolf-Bundesführers, Studienrat Kloppe, an den Berliner Wikingführer, von Sodenstern, vom 24.9.1925. Es müsse, heisst es in dem Brief, eine so starke Herrschaft der Verbände errichtet werden, dass es möglich sei, national feindliche Regierungsstellen die Faust an die Gurgel zu setzen, aber doch nur dann, wenn man in der Lage sei, auch durchzudrücken ("Denkschrift Wiking", S. 34, BA R 43 I/2732).

5) St. 8/41/10.10.1926; vgl. auch: St. (1), S. 210.

6) Brückner, Stahlhelm-Politik in: (Stahlhelm-) Führerbrief Nr. 5 vom 7.2.1928. Kleinau, Stahlhelm und Staat in: Sta. (1), S.141. Das Nachrichtenblatt des Stahlhelm, Frontsoldatenbund e. V., Braunschweig, einer von der Magdeburger Bundesleitung abgefallene Gruppe, kennzeichnete die Stahlhelm-Politik so: "Rin in die Kartoffeln .. Raus aus die Kartoffeln .." (zit. nach: Arminius Nr. 4 vom 19.1.1927, S. 12).

halb auch bald statt "Hinein in den Staat": "Erobert den Staat". Damit wurde klargestellt, dass der Stahlhelm nicht bereit war, sich mit dem jetzigen Staat abzufinden, wie verschiedentlich die Parole interpretiert worden war. Die "bundesamtliche" Auslegung der neuen Parole unterstreicht die ablehnende Haltung gegenüber dem Staat von Weimar: "Wir haben die Hoffnung aufgegeben, dass aus der Bewegung der bisher massgebenden politischen Kräfte sich einmal die Staatsgewalt herausbilden wird, welche dem Volke Führer und Retter sein will und kann. Wir haben erkannt, dass wir mit allen unseren Kräften in die Welt des politischen Handelns hineingehen müssen, um den Staat zu formen nach dem Bilde, welches wir von der rechten und gesunden Staatsordnung haben, um die Staatsgewalt mit dem Willen zu beseelen, den wir für unser Volk und seinen Freiheitskampf in uns tragen. Wir wollen hinein in den Staat, um ihn für unseren Willen zu erobern. Wir denken also gar nicht daran, den Staat, d. i. seine Ordnung und die bestehende Machtverteilung einfach hinzunehmen. Wir denken gar nicht daran, das System als richtig und unabänderlich anzuerkennen, nach welchem jetzt der Staat 'regiert' wird." 7)

Das Ziel der neuen Taktik entsprach im grossen und ganzen den Grundsätzen, wie sie Ehrhardt in seinem Einigungsprogramm aufgestellt hatte. Es müssten, forderte z. B. Duesterberg, "in Gemeinden, Krankenkassen, in den Betriebsräten und in allen Parlamenten "Stahlhelm-Machtpositionen" geschaffen werden.[8)]

---

7) H. Brauweiler, Stahlhelm und Politik in: Sta.-Hdb. 1927, S. 52. Ähnlich auch: Kleinau, Stahlhelm und Staat in: Sta. (1), S.141: "Wenn der Stahlhelm 'hinein in den Staat' will, so will er den Staat in seinem, in soldatischem Sinn umgestalten .." In gleichem Sinne wiederholt auch Seldte (St. 9/16/17.4.1927, St. 9/8/1.5.1927). Noch deutlicher der Landesführer von Schlesien, von Marklowski: "Wir wollen uns durchaus nicht abfinden mit ihm! (dem Staat von Weimar, d. Verf.). Wir sind seine schärfsten Gegner." (Nachrichten des Landesverbands Schlesien, abgedr. in: St. 9/2/3/16.1.1927).

8) Duesterberg auf einer Führertagung des Landesverbands Mitteldeutschland (St. 9/42/16.10.1927).

Die Einflussnahme sollte also nicht auf die gesetzgebenden Körperschaften beschränkt sein, sondern auch die Verwaltung umfassen, wobei ausdrücklich auf das Beispiel der Sozialdemokraten verwiesen wurde, die es vor dem Weltkrieg verstanden hätten, sich die Technik des Verwaltungsapparats zu eigen zu machen. Die Stahlhelmer sollten für alle Aufgaben nach der "Eroberung des Staates .. vorbereitet und gerüstet", ein Teil der Macht schon in der Hand des Stahlhelm sein.[9)]

Die "parlamentarische Stahlhelmpolitik" setzte sich zur Aufgabe, bei den verwandten Parteien auf eine Einigung "in allen .. grossen nationalen und sozialen Fragen inner- und ausserpolitischer Art" hinzuwirken,[10)] worunter im Grunde nichts anderes zu verstehen ist, als der Versuch, in der Aussenpolitik die Rechtsparteien auf eine fruchtlose Anti-Versailles-Politik festzulegen, in der Innenpolitik die "nationalen" Parteien, einschliesslich der DVP, zu einer intransigenten Opposition gegen "Weimar" zu zwingen.

Die verschiedentlich erörterte und vor den Reichstagswahlen 1928 nocheinmal zur Diskussion stehende Gründung einer eigenen Partei wurde vom Stahlhelm abgelehnt, wenn es auch als denkbar bezeichnet wurde, dass eine Partei eines Tages notwendig sein könnte.[11)] Die Ablehnung wurde mit den in "bündischen" Kreisen üblichen Argumenten begründet: Eine grundsätzliche Opposition gegen das System sei "schlechterdings nicht möglich bzw.

---

9) Brauweiler, Stahlhelm und Politik in: Sta.-Jb.,1927, S. 56; Brückner, Stahlhelm-Politik in: (Stahlhelm-) Führerbrief Nr. 5 vom 7.2.1928; Seldte in Duisburg (St. 9/39/25.9.1927).

10) Brückner, Stahlhelm-Politik in: (Stahlhelm-) Führerbrief Nr. 5 vom 7.2.1928.

11) Brauweiler, Überparteiliche Politik. Stahlhelm und Parteien - Das Recht der nationalen Opposition in: St. 8/43/24.10.1926.

Schon Ende 1925 war in der Stahlhelm-Zeitung des Landesverbands Braunschweig angekündigt worden, dass der Stahlhelm in Zukunft bei Wahlen zu allen Parlamenten eigene Wahllisten aufstellen wolle (zit. nach Jd. 304/30.12.1925). Zu den Wahlen 1928 vgl. S. 146 ff.

zu Erfolglosigkeit verurteilt",[12] wie die Entwicklung der bestehenden "nationalen" Parteien bewiesen habe. Diesen sei durch ihre Tätigkeit im Parlament längst der "grosse vaterländische Schwung" der Frühzeit genommen; sie hätten sich auf den "berüchtigten Boden der Tatsachen" begeben und sich damit mit den aussen- und innenpolitischen Zuständen abgefunden.[13] Auch die nationalsozialistische und völkische Bewegung sei durch ihre parlamentarische Tätigkeit nicht stärker geworden. Der Stahlhelm würde als Partei ebenfalls "in den täglichen Kampf der Kompromisse und des Verhandelns" hineingezogen und hier zermürbt werden.[14] Erfolgsversprechender schien den "bündischen Politikern" die Einflussnahme auf die bestehenden Rechtsparteien, wobei diese Methode freilich nur ein taktisches und gewissermassen behelfsmässiges Mittel war, denn im Grunde hofften sie vielfach immer noch auf eine "Machtergreifung" im ausserparlamentarischen Raum, entweder durch einen Putsch oder durch ein ähnliches mehr oder weniger gewaltsames Vorgehen.[15]

Mit der Parole "Hinein in den Staat", die klarer lauten müsste: "Hinein in die Politik", wurde die seit 1925 begonnene Umfunktionierung des reinen Wehrverbandes in eine politische Bewegung gewissermassen bundesamtlich sanktioniert. Durch eine

---

12) St. 8/43/24.10.1926 (vgl. Anm. 11).

13) A. Pache, Der Stahlhelm. Sein Werden, sein Wesen, seine Ziele. Zwickau 1929, S. 16; Kleinau, Stahlhelm und Staat in: Sta.(1), S. 139.

14) Brückner , Stahlhelm-Politik in: (Stahlhelm-) Führerbrief Nr.5 vom 7.2.1928. Es wurde hier auch versichert, dass eine Partei niemals auch unter Zuhilfenahme sämtlicher Bünde eine derartige Stärke erlangen werde, dass sie sich gegen die geschlossene Front ihrer Gegner parlamentarisch durchsetzen könne.

15) Auch bei den Nationalsozialisten glaubte man in jener Zeit noch kaum an eine "Machtergreifung" auf "legalem", parlamentarischem Weg. Man brauche Waffen, sagte z. B. 1926 ein SA-Führer, mit diesem Geschwätz allein sei nicht geholfen. Die Freiheit des Volkes werde einst auf dem Felde und nicht im Parlament erkämpft werden. (RKo. Referat bei Nachrichtenkonferenz am 22./23.2.1926, BA R 43 I/2673). Ähnlich auch: Nationalsozialistische Briefe Nr. 3 vom 1.11.1925 (zit. nach: St. 14/37/18.9.1932): "Von vornherein muss festgehalten werden, dass es eine Möglichkeit,parlamentarisch - also durch Gewinnung einer Mehrheit im Volke - zu siegen für die völkische Bewegung nicht gibt."Vgl. dazu auch Werner, aaO, S. 356 ff. und 511 ff.

Reihe von organisatorischen Massnahmen trat der Charakter des Wehrverbandes etwas zurück. So wurde auf der Bundesvorstandssitzung vom 3. Oktober 1926 beschlossen, die Nichtfrontsoldaten im Stahlhelm als vollberechtigte Mitglieder in den Bund aufzunehmen. Aus dem reinen Frontsoldatenbund sollte nach der Intention der Stahlhelmführer eine "Volksbewegung" werden; man bezeichnete den Stahlhelm jetzt gerne als "deutsche Freiheitsbewegung". Im Zuge dieser Entwicklung wurde die politische Abteilung des Bundes mehr und mehr ausgebaut, die mit der "Reichspressestelle" und der Hauptschriftleitung von Magdeburg nach Berlin als dem Zentrum des politischen Lebens verlegt wurde.[16)]

Als ein weiterer Versuch, aus der "bündischen" Isolierung - man denke an das Schlagwort "Staat im Staat" - herauszukommen, kann die Gründung einer Reihe von Sonderorganisationen angesehen werden, mit deren Hilfe eine verstarkte Einflussnahme im öffentlichen Leben erreicht werden sollte. Dazu gehörte die bereits erwahnte Arbeiterorganisation Stahlhelm-Selbsthilfe, die an den Betriebsrätewahlen mit eigenen Listen auftrat oder Listenverbindungen mit ähnlichen "nationalen" Arbeitnehmerorganisationen einging. Während der Stahlhelm-Studentenring Langemarck sich Einfluss an den Hochschulen zu verschaffen suchte, bemühte sich der Jungstahlhelm um Sitz und Stimme in den zentralen Instanzen der Jugendbewegung.[17)]

Die von Ehrhardt und dem Stahlhelm proklamierte neue Taktik wurde erstmals bei den Landtagswahlen in Sachsen im Herbst 1926 angewandt. Unter der Führung des Stahlhelm vereinigten sich der Jungdeutsche Orden, die Bünde Wehrwolf, Wiking und Reichsflagge zu einer Arbeitsgemeinschaft und verlangten in einem gemeinsamen Aufruf den Zusammenschluss der Deutschen Volkspartei, der DNVP und der Deutsch-völkischen Freiheitspartei zu einem schwarz-weiss-roten Block, der auch nach den Wahlen zusammenbleiben

16) Vgl. S. 35 f., RKo. In. Nr. 120 vom 1.11.1926.

17) Führer-Nachrichten-Blatt Bl. 36 vom 15.3.1927.

müsse. Von der DVP wurde in ultimativer Form gefordert,[18] "in keiner Weise" mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten. Im Weigerungsfalle würden die Bünde den Parteien keine Wahlhilfe leisten. Der von einigen Hoffnungen begleitete "sächsische Vorstoss", der als Testfall der neuen Taktik gelten konnte, endete mit einer Niederlage der Verbände, da sich die Deutsche Volkspartei nach anfänglichem Zögern weigerte, auf die Bedingungen der Bünde einzugehen. Von einem "nationalen" Block konnte keine Rede sein, ja die Zersplitterung im "bürgerlichen" Lager war grösser als je zuvor. Auch die Bünde verhielten sich nicht einheitlich: Ein Teil wählte die Rechtsparteien, auch ohne dass die Forderungen der Verbände erfüllt worden wären, ein anderer, wahrscheinlich grösserer Teil, enthielt sich aus Verärgerung überhaupt der Stimme, was möglicherweise mit ein Grund für den "Ruck nach links" bei den Wahlen war.[19]

Trotz des Misserfolgs der"nationalen"Verbände kündigte das Bundesorgan an, dass der Versuch, der an sich richtig gewesen und nur an der mangelnden Stärke gescheitert sei, "bei jeder Möglichkeit überall" wiederholt werde." Wir halten", schrieb die Bundeszeitung, "es für unsere vaterländische Pflicht, die Parteien immer wieder vor die klare Frage zu stellen: Wieviel ist Euch der nationale Gedanke wert und wie weit opfert Ihr ihn materiellen Interessen? Von der Antwort wird es abhängen, mit wem und gegen wen wir marschieren."[20]

Bei den Landtagswahlen in Thüringen ein paar Monate später deutete es sich zumindest an, wer aus den zunehmenden Querelen zwischen den Bünden und Parteien als Sieger hervorgehen würde:

---

18) Jd. 187/12.8.1926, 194/20.8.1926; St. 8/33/15.8.1926.

19) RKo. In. Nr. 120 vom 1.11.1926 (BA R 43 I/2696); St. 8/45/7.11.1926, St. 8/47/21.11.1926. Im Jungdeutschen Orden, dessen Ordensleitung ein Eingreifen abgelehnt hatte, führten die Sachsenwahlen sogar zu einer Absplitterung: Der "Grosskomtur" von Sachsen, von Tschammer und Osten, trat zum Stahlhelm, dann zu den Nationalsozialisten über und wurde später Reichssportführer.

20) St. 8/41/10.10.1926, St. 8/43/24.10.1926.

die NSDAP, die es trotz Parteibildung verstanden hatte, ihre bündisch-militärische Struktur beizubehalten und deshalb auf die Mitglieder der Verbände besonders attraktiv wirkte. In Thüringen hatten verschiedene Bünde wieder einen Führerring gebildet, der sich auf zwei Stahlhelmführer als Kandidaten einigte, die auf den Listen der NSDAP und der Deutsch-völkischen Freiheitspartei aufgestellt werden sollten.[21] Als die Stahlhelmführung die Parole für den "Bürgerblock" ausgab, weigerten sich vielfach die Stahlhelmer, für den Block Wahldienste zu übernehmen; ein Teil dürfte dank einer geschickten Taktik und Agitation der NSDAP nationalsozialistisch gewählt haben,[22] obgleich Gauleiter Dinter einen deutlichen Trennungsstrich zwischen der Partei und den "nationalen" Verbänden zog: Den Mitgliedern der NSDAP wurde die Zugehörigkeit zu den vaterländischen Organisationen untersagt.[23]

Verständlicherweise verfolgten die Rechtsparteien die Politisierungstendenzen beim Stahlhelm und den anderen "nationalen" Verbänden mit Missbehagen. Schon Ende 1925, als die Verbände gegen die Locarno-Politik Stresemanns agitierten, wandte sich die Deutsche Volkspartei energisch gegen die Einmischungsversuche dieser ausserparlamentarischen Gruppen. Es müsse, hiess es in einem Rundschreiben der Partei, versucht werden, die Verbände wieder zur "Rückkehr zu den eigentlichen Aufgaben" zu veranlassen. Auf einer Besprechung von volksparteilichen Mitgliedern des Stahlhelm, des Jungdeutschen Ordens und des Deutschen Offiziersbundes wurde vereinbart, dass ein entsprechender Druck auf die Verbandszentralen durch die Mitglieder

---

21) Zu den Wahlen in Thüringen: Arminius Nr. 7 vom 9.2.1927, S. 13 f. RKo. In. Nr. 120/1.11.1926 (BA R 43 I/2696); Jd. 62/15.3.1927.

22) So hiess in einem Aufruf von Gauleiter Dinter: "Die völkisch gesinnten Schwertkameraden des Wehrwolf und Stahlhelm stehen im gegenwärtigen Wahlkampf mit uns Schulter an Schulter in geschlossener Front." (VB 40/10/14.1.1927).

23) VB. 40/65/19.20/21.3.1927; RKo. In. Nr. 121 vom 28.3.1927 (BA R 43 I/2696). Vgl. dazu: M. Broszat, Der Nationalsozialismus, Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit, Stuttgart 1960, S. 31 f.

der Partei in den Verbänden, nicht durch die Parteileitung, erfolgen solle.[24] In gleichem Sinne arbeitete offenbar auch die Deutschnationale Volkspartei, bei der, zumindest in ihrem gemässigten Teil, die Kritik der radikalen Stahlhelm-Publizisten an der parlamentarischen Taktik der Partei Anstoss erregt hatte.[25]

Die Bedenken der Parteien nahmen zu, als es sich nach der Proklamation der neuen Taktik durch Ehrhardt und den Stahlhelm zeigte, dass die Einmischung der Bünde gewissermassen institutionalisiert werden sollte und die Verbände die Funktion einer "nationalistischen pressure-group" zu übernehmen gedachten,[26], wobei zumindest die radikalen Vertreter der Bünde keinen Zweifel liessen, dass sie die Parteien lediglich als Mittel zur Zerschlagung des Parlamentarismus benützen wollten. Nicht nur Ehrhardt hatte erklärt, der Aufstieg werde nur über einen parteipolitischen Trümmerhaufen gehen,[27] auch das Stahlhelm-Bundesorgan kündigte anlässlich der Wahlen in Sachsen an, dass beim ersten Schritt "des marschierenden nationalen Deutschlands" die Parteien in ihrer gegenwärtigen Form verschwinden würden. Es sei zwangsläufig, dass die Kräfte der Zukunft, die in den Verbänden zusammengefasst seien, über "die schwach-gewordenen Gegenkräfte der Parteien" hinweggehen würden.[28]

---

24) Vertrauliche Mitteilung der Wahlkreisgeschäftsstelle der DVP im 16. Wahlkreis (Hannover) vom 9.12.1926, abgedr. in: St.8/1./3.1. 1926.

25) Jd. 296/18.12.1925. Zur Stellung der DNVP gegenüber ihren Kritikern: M. Weiss (Hrsg.), Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918-1928. Essen 1928, S.39.

26) Verschiedentlich wurde anlässlich der neuen Taktik ausdrücklich auf das Beispiel der Gewerkschaften und anderer Organisationen u. ihrer Einflussnahme auf die Parteien hingewiesen, so von Brauweiler, Die Politik des Stahlhelm (St. 8/48/28.11.1926), oder von Kleinau, Der Stahlhelm und die Parteien (St. 10/30/22.7.1928). - In einem Artikel zu den Wahlen 1928 im Deutschenspiegel wurden bei einer Aufzählung der von den Parteien zu berücksichtigenden Interessenten neben Landwirtschaft, Industrie, Gewerkschaften auch die Bünde genannt (Wolfram, Parteien und Verbände, Deutschenspiegel, Jg. 4, 1927, H. 33 S. 1549).

27) Vgl. S.91 f.

28) St. 8/33/15.8.1926.

Als trotz solcher massiver Drohungen Teile der sächsischen DVP bereit schienen, den Forderungen des Stahlhelm nach einer "nationalen Einheitsfront" nachzukommen, wandte sich Stresemann in scharfer Form gegen ein "Diktat der Wehrverbände". In einem Brief an die sachsische Parteileitung drohte er mit seinem Austritt aus der Partei, falls diese in Zukunft die Direktiven "vom Stahlhelm, vom Wehrwolf und von antisemitischen Hetzbrüdern" entgegennehme und ihm zugemutet werde, "irgendwie das Zusammengehen beispielsweise mit den Völkischen persönlich zu billigen".[29)]

Dabei hatten DVP und DNVP an sich nichts gegen die Existenz des Stahlhelm einzuwenden, vorausgesetzt, dass sich der Bund auf sogen. vaterländische Aufgaben beschränkte: Pflege der Kameradschaft und des Wehrgedankens, Hilfe im Falle eines Linksputsches, Unterstützung bei den Wahlen, jedoch ohne Bedingungen, also die Funktionen des Selbstschutz- und Wehrverbands, des Kriegervereins und der Wahlhilfstruppe. Ein selbständiges Eingreifen in die Politik, eine Stellungnahme zu Fragen der "Tagespolitik", wie es der Stahlhelm jetzt als politischer Kampfbund versuchte, wurde von den Parteien abgelehnt,[30)] nicht nur aus Gründen der Konkurrenz, sondern auch mit dem richtigen Einwand, dass die "Politisierung" des Verbands zu seiner parteipolitischen Zersetzung führen könne.[31)]

In diesem Sinne griff auch Stresemann in der Öffentlichkeit in die Debatte um die "Politisierung" der Verbände ein. Auf dem Parteitag der DVP in Köln im Herbst 1926 erkannte er zwar ausdrücklich die "nationalen Verbände" neben den Parteien als

---

29) Stresemann an Generalsekretär Dieckman, Dresden, am 25.8.1926 (Stresemann, Vermächtnis, II, S. 411 f.).

30) Dies gilt zwar vor allem für die DVP, aber auch für den grössten Teil der Deutschnationalen, zumindest für die "goldenen" Jahre der Republik. Auch die Reichswehr lehnte den vielfach in den Verbänden vorhandenen Radikalismus ab.

31) So beispielsweise die Deutsche Allgemeine Zeitung, zit. nach: Jd. 158/9.7.1925.

Vertretungen des "deutschen Volkes und des deutschen Volkstums" an, wollte aber ihre Funktion vornehmlich auf die Pflege "des grossen Fronterlebnisses" beschrankt wissen. Unter deutlicher Anspielung auf die vom Stahlhelm verfolgte Politik der Spaltung des Volkes in "staatserhaltende" und "staatsverneinende" Parteien, sah Stresemann gerade im "Frontgeist" ein Mittel, diese Kluft zu überwinden: Wenn er den Frontgeist richtig verstehe, sagte Stresemann, dann müsse ein Frontgeist überhaupt nicht differenzieren zwischen Marxismus und Anti-Marxismus. Die Heimat sei uns unversehrt erhalten geblieben, weil beide zusammen im deutschen Schützengraben das Deutsche Reich und das deutsche Volk verteidigt hätten. Der Aussenminister beschwor die "nationalen" Verbände: "Ihr gebt euer Bestes weg, wenn ihr euch hineinstellt in den Streit der Parteien, anstatt euch hineinzustellen in die ganze deutsche Nation." 32)

Die Antwort, die der Bundesvorstand auf Veranlassung von Duesterberg dem Aussenminister erteilte, bewies einmal mehr, dass das Kriegserlebnis für den Stahlhelm wie überhaupt für die Rechte lediglich als "Legitimationsformel für nationale Gesinnung" 33) diente und zusammen mit der Dolchstosslegende ein Mittel zur Diffamierung aller "nichtnationalen" Gruppen und Parteien, vor allem der Sozialdemokraten, war. Die Behauptung Stresemanns, dass Anti-Marxisten und Marxisten gemeinsam das Vaterland verteidigt hätten, bezeichneten die Stahlhelmführer als "Ungeheuerlichkeit", die nur dadurch begreiflich sei, dass Stresemann "niemals während des vierjährigen Krieges an der Front gestanden"habe. Belehrungen von Nicht-Soldaten über die Pflicht der alten Frontsoldaten lehne der Stahlhelm "mit aller Entschiedenheit" ab. Auf Grund der Leistungen der Feldgrauen

---

32) Jd. 233/5.10.1926. Auch in der gemässigten Rechtspresse fehlte es nicht an Ermahnungen an den Stahlhelm, er solle bei seinen ursprünglichen Aufgaben bleiben, so in der Deutschen Allgemeinen Zeitung (Jd. 158/9.7.1926), in der Kölnischen Zeitung (abgedr. in: Jd. 196/22.8.1926, Reichsbanner Jg. 4, 1927, Nr.6 vom 15.3.1927).

33) Sontheimer, aaO, S.121.

im Weltkrieg nehme der Stahlhelm für sich das Recht in Anspruch, getreu seinen Zielen, sich politisch, aber nicht parteipolitisch zu betätigen.[34]

Die mit der Parole "Hinein in den Staat" indizierte "Politisierung" des Stahlhelm führte nicht nur zu ersten Differenzen mit den "nationalen" Parteien, auch innerhalb des Bundes kam es anlässlich der neuen Taktik zu Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des "Legalitätskurses" und der revolutionär gesinnten Gruppe um die Zeitschrift Standarte. Ernst Jünger setzte der Ehrhardt'schen "Legalitätserklärung" "Das einzige legale Mittel ist die Wahl" seine Parole entgegen: "Das einzige Mittel, von dem wir keinen Gebrauch machen wollen, ist die Wahl" und forderte "ein striktes Verbot", an irgendeiner Wahl teilzunehmen", da dem "verrotteten Mechanismus" des Parteiwesens kein frisches Blut aus den Reihen der Frontsoldaten zugeführt werden dürfe.[35] Sein Bruder Friedrich Georg verurteilte das Eingreifen der Bünde bei den Sachsenwahlen in scharfen Worten: Ihre Führer hätten sich "nicht entblödet, zu wählen, durch ihre Stimmen die Parteien zu kräftigen und in ihrer Maulwurfsarbeit zu unterstützen".[36] Die Proklamation der Parole "Hinein in den Staat" durch den Stahlhelm-Bundesvorstand war für den Mitherausgeber der Standarte, Helmut Franke, der Anlass, die "Liquidierung der nationalen Bewegung" zu verkünden; die Parole sei ein "Verzicht und Kompromiss, der allerdings - das musste er immerhin zugeben - für den Bund "realpolitisch gesehen", nicht zu umgehen war.[37] Und Wilhelm Weiss, Mitherausgeber der nationalrevolutionären Zeitschrift Arminius klagte über das Schicksal des "grossen mächtigen Verbandes": "Muss es denn sein, dass auch diese Hoffnung zuschanden wird?"[38]

Die Spannungen zwischen der Stahlhelm-Bundesleitung und dem revolutionär eingestellten Standartekreis waren freilich schon

---

34) St. 8/41/10.10.1926.
35) E. Jünger, Von der Wahl in: Standarte Jg.1926, H.21, S. 487 f.
36) F.G. Jünger, Das Fiasko der Bünde in: Arminius Nr. 41 vom 17.11. 1926, S. 6.
37) Franke, Liquidierung der nationalen Bewegung ,in: Arminius, Nr. 37/38 vom 27.10.1926, S. 9 ff.
38) Arminius Nr. 40 vom 10.11.1926, S. 8.

im Laufe des Jahres 1926 immer offener zu Tage getreten. Der Charakter der Beilage als Oppositionsblatt der jüngeren aktivistischen, mit der "amtlichen" Bundespolitik nicht einverstandenen Kreise war nicht mehr zu übersehen. Der radikale Ton der Beilage hatte bei den gemässigten Stahlhelmführern, besonders der westlichen Gaue, Anstoss erregt. Am 1.April 1926 wurde deshalb die Standarte als Beilage zum Bundesorgan eingestellt; sie erschien jetzt als selbständige Zeitschrift mit dem Untertitel "Wochenschrift des neuen Nationalismus" unter den Herausgebern Ernst Jünger, Franz Schauwecker, Helmut Franke und Wilhelm Kleinau. Ein Vorschlag der Herausgeber, wenigstens einen Teil der Standarte als Beilage in der Bundeszeitung mit ihrer Auflage von über 150 000 Exemplaren weiter erscheinen zu lassen, wurde abgelehnt.[39] Allerdings blieb auch jetzt die Verbindung zur Bundesleitung sehr eng: Die Zeitschrift erschien im Frundsberg-Verlag in Magdeburg, der von Franz Seldte kontrolliert wurde,und der Mitherausgeber Kleinau fungierte zugleich als Hauptschriftleiter des Stahlhelm-Bundesorgans. Für die Verbreitung innerhalb des Stahlhelm sorgte ein Erlass der Bundesleitung, in dem angeordnet wurde, dass "jede Ortsgruppe .. mindestens ein Exemplar" der Standarte beziehen müsse und der Inhalt der Zeitschrift in regelmässigen Führeraussprachen auszuwerten sei.[40]

Als selbständige Zeitschrift verschärfte sich der Ton der Zeitschrift; sie wurde - wie es in der Selbstinterpretation ihrer Herausgeber hiess - vom "Lehrblatt zum Kampfblatt".[41] Zielscheibe ihrer Angriffe wurde immer mehr der sich in der Zusammenarbeit mit den "nationalen" Parteien manifestierende "Lega-

---

39) Franke, Das Schicksal der Standarte in: Arminius Nr. 11 vom 17. 11.1926, S. 3 f. Von der Bundesleitung wurde als Grund für die Trennung der Beilage angegeben, als selbständige Zeitschrift bestände die Möglichkeit,auch an andere Teile der nationalen Bewegung leichter heranzukommen. Auch war angeblich die Zeitschrift als Ersatz für das Bundesorgan im Falle eines Nichterscheinens vorgesehen (Führer-Nachrichten-Blatt Nr. 27 vom 20.4. 1926).

40) St. 8/10/7.3.1926, Bundesnachrichten.

41) Standarte Nr. 13, Beilage St. 8/13/28.3.1926.

litätskurs" von Kapitän Ehrhardt und der Stahlhelm-Bundesleitung. Weiter richtete sich die bissige Kritik der Standarte-Autoren mit ihren elitären Vorstellungen gegen die nicht zu übersehenden Kriegervereinsallüren im Stahlhelm, gegen äussere Erscheinungen wie die zahlreichen Paraden und Aufmärsche des Bundes, so anlässlich des Frontsoldatentags 1926 in Düsseldorf, dessen "Massenschauspiel .. schlechterdings noch gar nichts" bedeutet habe; das Festabzeichen sei "grausigster Vorkriegskitsch", die Festschrift ein "übles Machwerk".[42)]

Für die Bundesleitung gab es freilich noch einen anderen Grund für ein energisches Vorgehen gegen die radikalen Kräfte in der Organisation: Als die revolutionäre Gruppe, die ja auch führende Positionen im Bundesamt und in der Bundeszeitung innehatte, immer dringlicher einen "Vorstoss im faschistischen Sinne" forderte und ihre Angriffe gegen die Republik von Weimar immer radikaler wurden, rief das nicht nur Unwillen in weiten Kreisen des Bundes selber hervor,[43)] sondern bedeutete auch eine Gefahr für die Existenz des Stahlhelm oder doch seiner Publikationsorgane.[44)] Das Verbot von Bundeszeitung und Standarte war deshalb ein Anlass für die Bundesleitung, sich vom radikalen Flügel deutlich zu distanzieren. Seldte verurteilte in zwei Leitartikeln in der Stahlhelm-Zeitung das "erregte Geschrei der Nervenschwachen und Hysterischen", die nicht abwarten könn-

42) Standarte Jg. 1926, H. 15, S. 351; H. 9, S. 230.

43) Schwarz (aaO, S. 102) übersieht in seiner Darstellung diesen Aspekt, wohl in Unkenntnis, dass die nationalrevolutionäre Gruppe auch in der Bundeszeitung und in der politischen Abteilung wichtige Posten innehatte und ihre revolutionäre Tätigkeit u.U. eine Gefahr für die Gesamtorganisation darstellte.

44) So beschwerten sich die Landesverbände Westfalen und Oldenburg-Ostfriesland bei der Bundesleitung über die Standarte. Nach dem Artikel "Der Ungeist von Weimar", der das Verbot zur Folge hatte, protestierte wiederum der Landesverband Oldenburg-Ostfriesland, da der Beitrag "nicht in die Richtung" des Bundes gehöre. Es wurde verlangt, dass künftig die Aufnahme derartiger Artiekel unterbleibe und die Bundeszeitung mit grösserem Verantwortungsgefühl geschrieben und redigiert werde (Nachrichten für Stadt und Land, abgedr. in: VB 39/209/10.9.1926).

ten; die Zeit sei nicht danach angetan, grosse äussere Taten zu tun.[45] Gegenüber den Verbotsforderungen der Regierung versicherte er, die Bundesleitung sei "Manns genug", um auch diejenigen, die die Zeichen der Zeit nicht klar verständen und zu deuten wüssten, zum Beachten und Durchhalten der Gesetze zu zwingen.[46] Auch Duesterberg attackierte in seiner Zeitung die profaschistischen Tendenzen der "jungen Frontliteraten" und forderte sie zu positiver, praktischer Arbeit im Bunde auf.[47]

Im Oktober 1926 wurde der Gründer der Standarte, Helmut Franke, angeblich aus wirtschaftlichen Gründen, entlassen; Ernst Jünger schied freiwillig aus. Sie wechselten mit anderen Mitarbeitern zur von Ehrhardt abhangigen Zeitschrift Arminius über, die zeitweilig in einer Zweitausgabe unter dem Titel Neue Standarte erschien.[48] Von dort gingen die "Frontliteraten" zum offenen Angriff auf die Bundesführung über und forderten als "Arminius-Zellenparole": "Führungswechsel im Stahlhelm".[49] Ernst Jünger widmete dem Bund zum Abschied mehrere Artikel, in denen er von den "Blindgangern des grossen Krieges" sprach und das Wesen des Stahlhelm als "bürgerlich und damit liberalistischer Natur" bezeichnete, geeignet für die"Pflege des Frontgeistes", zum "Spalierbilden bei wichtigen Gelegenheiten", für "Umzüge, Trach-

---

45) St. 8/35/40/3.10.1926.

46) St. 8/45/7.11.1926.

47) Der Alte Dessauer, abgedr. unter dem Titel "Es mussoliniert" in: St. 8/51/19.12.1926. Duesterberg sprach von einem "Areopag von jungen Frontliteraten"; von ihm dürfte wohl der später haufig gebrauchte Ausdruck "Frontliteraten" stammen. Vgl. dazu Schwarz, aaO, S. 273, Anm. 8.

48) Über die Urheberschaft des Titels kam es zwischen Seldte und Franke zu neuen Auseinandersetzungen, die nur auf gerichtlichem Wege geschlichtet werden konnten (Arminius Nr. 6 vom 2.2.1927, S. 15 f.). Über die Auseinandersetzungen auch: F. Hielscher, Fünfzig Jahre unter Deutschen, Hamburg 1954, S. 122.

49) Arminius Nr. 11 vom 9.3.1927, S. 16.

tenfeste und künstlerisch ausgeführte Parademärsche".[50]

Die aktivistischen Kreise im Stahlhelm bedauerten das Ausscheiden Jüngers aus dem Bund, der mit ihm einen Nationlisten verloren habe, um den ihn das übrige nationale Deutschland bisher beneidet habe . Sie beklagten, dass er nicht "seine letzte Kraft" am Stahlhelm versucht und sich von "eigentlicher Arbeit, von der Politik" getrennt habe.[51] Tatsächlich hat Jünger nach seinem Ausscheiden aus der Standarte später nie mehr eine ähnliche Wirksamkeit als politischer Publizist erreicht. Die Tätigkeit in der Ehrhardt'schen Zeitschrift war für Jünger und Franke von kurzer Dauer: Jünger trat nach einer ebenfalls kurzfristigen Zusammenarbeit mit der "bündischen" Jugendbewegung in näheren Kontakt mit dem Widerstandskreis um Ernst Niekisch, Franke endete als Söldner in bolivianischen Diensten.[52]

Die übrigen jungen Aktivisten sammelten sich weiterhin als "offiziell geduldete Opposition"[53] um die "alte" Standarte, die im Dezember 1926 erstmals wieder nach dem Verbot unter der Redaktion von Franz Schauwecker, später von Wilhelm Kleinau erschien. Als "Kampfblatt eines wesenhaft deutschen Faschismus" begleitete sie die "amtliche" Stahlhelm-Politik in der Folgezeit mit zurückhaltender Kritik und bemühte sich mit wenig Erfolg durch Bildung von Standarte-Kreisen in den grossen

---

50) Zitate aus zwei Artikeln von E. Jünger: Die Blindgänger des grossen Krieges (Vormarsch Jg. 1, 1927/28, Folge 7, S. 149 ff.) und Stahlhelm am Kreuzwege (Arminius Nr. 9 vom 23.2.1927, S. 3 ff.).

Zu einer ähnlichen Beurteilung kam er auch im Falle der Nationalsozialisten, nachdem sich diese zu einer Partei und Massenorganisation formiert hatten. Hitler nannte er "eher einen verkappten Bürger, denn einen nationalen Revolutionar" (Schwarz, aaO, S.113). Hitler wiederum zählte Jünger zu "einer instinklos gewordenen Literatenclique" (Schwarz, aaO, S. 118).

51) F.W. Heinz, Kampf dem Stahlhelm in: Standarte Jg. 1926, Nr. 22, S. 512 f.

52) Vgl. dazu: Schwarz, aaO, S. 103 ff.

53) So in der Sicht des Berliner Tageblatts (zit. nach Reichsbanner Jg. 4, 1927, Nr. 1 vom 1.1.1927).

Organisationen um eine Sammlung "aller aktivistischen Kräfte der bündischen Bewegung".[54] Im Oktober 1928 ging die Zeitschrift, vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehend, an den "jungkonservativen" Ring-Verlag über.[55] Franz Schauwecker blieb weiterhin mit der Stahlhelm-Zeitung verbunden, Wilhelm Kleinau wurde später wieder ihr Hauptschriftleiter und Pressechef des Bundes, Friedrich Wilhelm Heinz war Geschäftsführer des Landesverbandes Braunschweig, bis er 1928 zu den Nationalsozialisten überwechselte.

Der Einfluss der revolutionären Nationalisten um die Standarte auf die Stahlhelm-Bewegung, besonders auf die jüngere Generation und die untere und mittlere Führerschicht des Bundes ist nicht zu unterschätzen, mochte ihre Tätigkeit als Publizisten und politische Referenten des Stahlhelm teilweise auch nur von kurzer Dauer sein. Mit der Propagierung des Fronterlebnisses als dem "Ausgangspunkt antidemokratischer Gesinnung" lieferten sie dem Stahlhelm wie den anderen verwandten Bünden das "ideologische Gerüst und die geistige Ausstattung"[56] und schufen die Grundlagen eines "Frontsoldatenprogramms", wie es - wenn auch in recht abgeschwächter Form - in den sogenannten "Stahlhelm-Botschaften" ihren Niederschlag fand. Sie hatten wesentlichen Anteil an der "Politisierung" und Radikalisierung des Bundes, an seiner Umfunktionierung vom reinen Wehrverband zum politischen Kampfbund.

Das Ausscheiden Jüngers und seiner revolutionär gesinnten Freunde, die Betonung des "Legalitätskurses" durch die Parole "Hinein in den Staat" durch Ehrhardt und die anderen Stahlhelmführer und der gemässigte Ton des Bundesorgans unter dem neuen Hauptschriftleiter Heinz Brauweiler nach Aufhebung des Verbots liessen um die Jahreswende 1926/27 den Eindruck entstehen, als habe im Stahlhelm eine gemässigte Richtung unter Seldte die

54) Zitate aus Anzeigen in: St. 10/8/19.2.1928 und 10/4/22.1.1928.

55) Jd. 203/30.8.1928, 211/8.9.1928. Die Zeitschrift hatte angeblich nur noch 700 Abonnenten.

56) Sontheimer, aaO, S. 19, 16.

Oberhand gewonnen. Dass davon keine Rede sein konnte, zeigte sich zu Beginn des Jahres 1927, als die Entlassung des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds, Studienrat Ludwig, bekannt wurde, der als politischer Berater Seldtes fungiert hatte und als "intimer Freund Stresemanns" galt.[57] Die Entfernung Ludwigs, dem auch die Parole "Hinein in den Staat" zugeschrieben wurde,[58] galt in der demokratischen Presse als ein Sieg der "intransigenten Richtung" und als Beweis, dass die Position Seldtes "von Grund auf" erschüttert sei und sein Verbleiben auf dem Posten des Ersten Bundesführers "nur eine Frage der Zeit" sei.[59]

Tatsächlich lehnten die Landesführer des Stahlhelm kurze Zeit später auf einer Geheimsitzung ohne Teilnahme Seldtes dessen Wiederwahl als Bundesführer ab. An Seldtes Stelle sollte Duesterberg die Führung des Bundes übernehmen, Seldte Ehrenvorsitzender werden. Die Verschwörung scheiterte indessen, da sich Duesterberg dem Plan versagte, angeblich, weil er Seldtes "schwere Verwundung und die von ihm veranlasste Gründung achtete". Seldte wurde schliesslich im März 1927 im Amte bestätigt, aber neben ihn trat Duesterberg als gleichberechtigter Zweiter Bundesführer,[60] dessen führende Stellung innerhalb

---

57) Unsere Partei Jg. 8 (1930) Sondernummer, S. 271.

58) So jedenfalls der VB (40/67/23.3.1927).

59) Berliner Tageblatt zit. nach: St. 9/11/13.3.1927; Jd. 53/4.3. 1927.

60) Egans Protokoll in: Duesterberg, aaO, S. 60 f.;Medem, aaO, S.95; VB 40/67/23.3.1927. Die radikalere Duesterberg-Gruppe erhielt von den Nationalsozialisten Schützenhilfe: "Herr Duesterberg nämlich scheint uns ein Mann zu sein, Herr Seldte aber leider nur ein - Stresemann." (VB 40/30/6./7.2.1927).

Bei der geplanten Absetzung Seldtes spielten freilich nicht nur politische Gründe eine Rolle, auch seine undurchsichtige Finanzgebarung hatte Anlass zur Kritik gegeben (Egans Protokoll in: Duesterberg, aaO, S. 60 f.). Bei den Auseinandersetzungen um die Standarte wurde ihm vorgeworfen, er betrachte den Stahlhelm in erster Linie als einträgliche Erwerbsquelle (Schwarz, aaO, S. 279, Anm. 19).

Die "Frontliteraten" buchten den Führungswechsel im Stahlhelm als einen Erfolg ihrer Agitation (Arminius Nr. 18 vom 27.4.1927, S. 3).

der Rechtsbewegung durch die Wahl in das Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands im Frühjahr 1927 nachdrücklich bestätigt wurde, Ende des Jahres sah sich Seldte schliesslich gezwungen, in aller Öffentlichkeit seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei zu erklären, deren Magdeburger Ortsgruppe er 1918 mitgegründet hatte.[61]

Kapitän Ehrhardt mochte in diesen Wochen die Hoffnung gehabt haben, aus dem Führerzwist im Stahlhem als Sieger hervorzugehen, die Führung des Bundes übernehmen und sein altes Ziel - die Einigung der gesamten Rechtsbewegung unter seiner Leitung - verwirklichen zu können. Aber nicht einmal sein Wunsch, wenigstens eine den Bundesführern Seldte und Duesterberg gleichberechtigte Stellung im Stahlhelm zu erhalten, ging in Erfüllung: Er musste sich mit der Mitgliedschaft im Bundesvorstand und mit dem Posten eines Landesführers von Württemberg begnügen.[62] Die Angriffe des Kapitäns auf den letzten Kaiser wegen dessen Verhalten im November 1918, sein kaum verhohlenes Bekenntnis zu Stresemanns Aussenpolitik und eine vernichtende Kritik des Ehrhardt-Organs Arminius am Stahlhelm-Aufmarsch in Berlin 1927 liessen trotz aller Dementis und Richtigstellungen Verstimmung im Stahlhelm zurück.[63] Meinungsverschiedenheiten gab es auch bei der Eingliederung des Wiking in den Stahlhelm: Die Wiking-Leute wünschten nämlich innerhalb des Bundes eigene Gruppen zu bilden, was von den Stahlhelm-Führern meist abgelehnt wurde. Auf der anderen Seite weigerten sich mancherorts die Stahlhelm-Mitglieder unter den Befehl von Wiking-Führern zu treten, so dass beispielsweise in Württemberg zeitweilig zwei Stahlhelm-Bünde existierten.

Als der Bundesvorstand des Stahlhelm schliesslich ultimativ die restlose Überführung des Wiking forderte, weigerte sich Ehrhardt, diesem Befehl nachzukommen, der für den Kapitän den

---

61) St. 9/50/11.12.1927; RKo.In.Nr. 124 vom 24.12.1927 (BA R 43 I/2697). Duesterberg blieb dagegen offenbar Mitglied der DNVP (Reichsbanner Jg. 4, 1927, Nr. 24 v. 15.12.1927).
62) St.9/13/27.3.1927, St. 9/34/21.8.1927.
63) Anlass zu neuerlichen Meinungsverschiedenheiten war ein Artikel von Friedrich Hielscher über den Reichsfrontsoldatentag in Berlin im Frühjahr 1927 in der Zeitschrift Arminius (Nr.20 v.11.5.1927, S.3).

Verlust seiner "Hausmacht" bedeutet hätte. Diese Auseinandersetzung mochte der letzte Anstoss zum Austritt Ehrhardts aus dem Stahlhelm sein, der Ende November 1927 erfolgte. Der eigentliche Grund für die Trennung war wohl, dass Ehrhardt sich mit seinen, trotz aller Legalitätsbeteuerungen revolutionären politischen Zielen und Methoden im Stahlhelm-Bundesvorstand nicht durchsetzen konnte. Einige Monate später löste Ehrhardt die noch existierenden Einheiten des Wiking mit der Begründung auf, die Wehrbewegung habe keine machtpolitische Zukunft mehr. Er proklamierte jetzt den Aufbau eines bereits im Stahlhelm versuchten Zellensystems in den verschiedenen "nationalen" Organisationen; seine Anhänger traten zum Stahlhelm, zum Wehrwolf und Bund Oberland und dann vor allem zu den Nationalsozialisten über.[64]

Die "Revolutionierung" des Stahlhelm, wie sie vom Standarte-Kreis und, wenn auch in einer schwer durchschaubaren Taktik, von Kapitän Ehrhardt und seiner Wiking-Gefolgschaft versucht wurde, war zwar im grossen und ganzen misslungen, die Einflüsse der beiden Gruppen blieben aber auch nach dem Ausscheiden ihrer Führer - Jünger und Ehrhardt - im Bunde wirksam. Die Entlassung des volksparteilichen Geschäftsführers Ludwig und die Wahl Duesterbergs zum Zweiten, gleichberechtigten Bundesführer waren Ausdruck einer Radikalisierung, wie sie im Jahre 1926, vor allem unter dem Einfluss der revolutionären Kräfte um die Standarte und um Ehrhardt, erfolgt war. Zunächst trat freilich eine gewisse Beruhigung ein; bestimmend blieb der mit der Parole "Hinein in den Staat" eingeleitete evolutionäre Kurs.

---

64) Über die Differenzen Ehrhardt-Stahlhelm und über seinen Austritt: RKo. In. Nr. 122 vom 15.7.1927, Nr. 123 vom 15.10.1927, Nr. 124 vom 24.12.1927 (BA R 43 I/2696); Jd. Jg. 1927, passim; Der Vormarsch (ebenfalls eine Ehrhardt-Zeitschrift) Jg. 1927/28 und Jg. 1928/29, passim.

VI. Das grosse Zukunftsziel: "Der Staat den Frontsoldaten"

Innerverbandliche Probleme der Politisierung (S. 112) - Das Fronterlebnis als ideologische Grundlage des "Stahlhelm-Programms" (S. 117) - Vorstellungen vom zukünftigen "Stahlhelm-Staat" (S. 121) - Der Krieg als Mittel der Politik (S. 129)

Die Führerstreitigkeiten, die den Stahlhelm im Zusammenhang mit seiner Umfunktionierung zu einer politischen Organisation um die Jahreswende 1926/27 erschütterten und durch die Namen Seldte, Duesterberg, Ehrhardt und Ernst Jünger umschrieben werden können, sind Ausdruck der verschiedenen im Bunde wirksamen politischen Strömungen. Trifft man eine Unterteilung nach parteipolitischen Gesichtspunkten, so wird man zumindest drei Gruppen unterscheiden können: Ein Teil der Mitglieder sympathisierte mit den völkischen Parteigruppen, einschliesslich der Nationalsozialisten, ein anderer Teil mit den Deutschnationalen und eine dritte, an Einfluss abnehmende Gruppe, stand der Deutschen Volkspartei, vornehmlich ihrem rechten Flügel, nahe. Der Grossteil der Stahlhelm-Gefolgschaft stand freilich allen Parteien skeptisch, wenn nicht gar ablehnend gegenüber. Umso grösser war der Einfluss, besonders auf die jüngeren, politisch aktiven Mitglieder, jener sich um einzelne Persönlichkeiten und Zeitschriften scharenden antidemokratischen Zirkel und Gruppen, die man unter dem Begriff "Konservative Revolution" zusammengefasst hat.[1)]

Die im Stahlhelm wirksamste Gruppe der Nationalrevolutionäre mit Ernst Jünger als ihrem prominentesten Vertreter ist bereits behandelt worden.[2)] Neben schwachen nationalbolschewistischen Strömungen, wie sie beispielsweise vom Widerstandskreis um

---

1) Literatur zum Thema "Konservative Revolution" vgl. S. XVIII Anm. 12. Zu den parteipolitischen Strömungen im Stahlhelm; Brauweiler, Der Anteil des Stahlhelm in: C. Hotzel (Hrsg.), Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs. Stuttgart 1934, S. 218 ff.; Brauweiler, Der machtvolle Staat. Der politische Sinn des Stahlhelmkampfes in: St. 15/39/24.9.1933; RKo. In. Nr. 122 vom 15.7.1927 (BA R 43 I/2696).

2) Vgl. Kapitel IV und V.

Ernst Niekisch ausgingen,[3] gewannen nach dem Ausscheiden Jüngers und seiner nationalrevolutionären Anhänger Vertreter des früheren, sich um Moeller van den Bruck gruppierenden Juniklubs Einfluss in der politischen Führung des Bundes. Dr. Heinz Brauweiler, der Ständestaatstheoretiker des Juniklubs, übernahm die Hauptschriftleitung der Stahlhelmzeitung und wurde im Frühjahr 1927 Leiter der politischen Abteilung des Bundes. Vor dem Krieg der Zentrumspartei nahestehend, zählte er zur gemässigten Richtung in der Bundesleitung. Dr. Eduard Stadtler kam ebenfalls aus dem Vorkriegszentrum und dem Juniklub, dessen Hausorgan "Das Gewissen" er 1919 gegründet hatte. Als Organisator der Antibolschewistischen Liga und des Grossdeutschen Bundes hatte er nach dem Kriege eine lebhafte Tätigkeit entfaltet, wurde dann 1927 politischer Referent im Stahlhelm, später Mitglied des Bundesvorstands und Führer des Stahlhelm-Studentenrings Langemarck. Er war einer der prominentesten und radikalsten Redner des Bundes und wurde bereits Anfang 1929 zum eifrigen Agitator der Front "Seldte-Hitler-Hugenberg", wie eine seiner zahlreichen Schriften heisst. Ohne eine Führerstelle im Bunde zu bekleiden, spielten andere Vertreter der jungkonservativen Richtung eine nicht unerhebliche Rolle, so z. B. Professor Martin Spahn und sein dem Juniklub nahestehendes Politisches Kolleg, das des öfteren Schulungskurse für Stahlhelmführer durchführte, die selbst haufig dem spater entstandenen Herrenklub angehörten.[4]

---

3) Probolschewistische Strömungen im Stahlhelm erwähnen Reichsbanner (Jg. 4, 1927, Nr. 6 vom 15.3.1927) und Jd. (237/9.10.1926), sie sind auch in der Zeitschrift Standarte verschiedentlich festzustellen. Vgl. dazu Schüddekopf, Linke Leute von rechts, passim.

4) Klemperer, aaO, bes. S. 115 ff., 132 f.; ausführlicher jetzt: H.-J. Schwierskott, Arthur Moeller van den Bruck und der revolutionäre Nationalismus in der Weimarer Republik. Göttingen u.a. 1962; darin (S. 167 ff.) eine Aufstellung über die Mitglieder des Deutschen Herrenklubs Berlin und der lokalen Herrengesellschaften.

Die gegensätzlichen politischen Meinungen hatten in der Zeit des Selbstschutz- und Wehrverbandes eine untergeordnete Rolle gespielt. Auf die Parolen "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" und Pflege des Wehrgedankens liess sich eine Vielzahl von politischen Ansichten bringen. Die Umfunktionierung des Bundes zu einer politischen Bewegung zwang jetzt die Stahlhelmführung, zu den verschiedenen politischen Fragen und zu den politischen Parteien Stellung zu nehmen. Es lag auf der Hand, dass die "Politisierung" des Bundes - noch mehr als schon bisher - zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der eigenen Mitgliederschaft und mit anderen politischen Gruppen, insbesondere den Parteien, führen musste, auch dann, wenn man nur in den "grossen nationalen und sozialen Fragen inner- und aussenpolitischer Art" einzugreifen dachte. Angesichts der Gefahr, in die parteipolitischen Kämpfe hineingezogen zu werden, die möglicherweise den Bestand des Bundes gefährden konnten, verhielten sich manche Kreise im Bunde gegenüber den politischen Ambitionen der Bundesführung eher zurückhaltend. Es kann kein Zweifel bestehen, dass viele Stahlhelmführer lieber die Form des "unpolitischen" reinen Wehrverbandes beibehalten und die Politik den Rechtsparteien, insbesondere der DNVP, überlassen hätten.[5)]

Umso dringender erwies sich angesichts solcher apolitischer Haltung in weiten Kreisen des Bundes die Notwendigkeit einer politischen Schulung der Führer- und Mitgliederschaft. Dabei musste es vor allem darauf ankommen, die Mitglieder gegenüber den Einflüssen der politischen Parteien immun zu machen und sie auf eine einheitliche politische Willensrichtung festzulegen. Die Durchführung der Parole, der Stahlhelmer habe sich zuerst als Deutscher, dann als Stahlhelmer und schliesslich zu allerletzt, wenn es gar nicht anders gehe, als Zugehöriger

---

5) Brauweiler in: St.passim.
Solche Tendenzen sind vor allem auch aus den Akten ersichtlich (BA R 72/2, R 72/4, R 72/5, R 72/6).

einer Partei zu fühlen, stiess freilich immer wieder auf Schwierigkeiten, wie sich besonders in den 30er Jahren im Falle der NSDAP zeigen sollte.[6)]

Für die politische Schulung erwiesen sich die vielfach nach militärischen Gesichtspunkten ausgewählten Führer der Selbstschutz- und Wehrverbandszeit als wenig geeignet. Es war deshalb notwendig, zunächst einmal das Stahlhelm-Führerkorps mit einem Mindestmass an politischem Wissen zu versehen, wobei sich der Mangel an brauchbarem Schulungsmaterial bemerkbar machte. Die zunächst vielfach herangezogenen Schriften und Zeitschriften nationalrevolutionärer und jungkonservativer Kreise waren für eine Breitenarbeit in den Ortsgruppen meist unbrauchbar.[7)] Erst allmählich konnte die innerorganisatorische Schulungsarbeit verbessert werden, vor allem durch Publikation der "Führerbriefe" und der monatlich erscheinenden Zeitschrift "Der Ortsgruppenführer" sowie durch verstärkten Einsatz besonderer politischer Referenten und durch Ausbau des Rednerdienstes.[8)]

Notwendig aber war jetzt vor allem die Formulierung von programmatischen Äusserungen als Grundlage jeglicher Schulungsarbeit und als Propagandamittel für die Organisation, die unter Aufgabe des engen Rahmens eines Soldatenbundes verstärkt Massenbasis suchte und sich neuerdings mit einiger Überheblich-

---

6) Kleinau, Politischer Kampf in: Sta. II, S. 26.

7) An Zeitschriften wurden neben der Standarte empfohlen: Das Grossdeutsche Reich (hrsg. v. Stadtler), Der Nahe Osten u.a., an Büchern u. a. L. Bernhard, Das System Mussolini; H.F.K. Günther, Rassenkunde des deutschen Volkes; Moeller van den Bruck, Das Dritte Reich; O. Spengler, Preussentum und Sozialismus; E. Jung, Herrschaft der Minderwertigen, daneben selbstverständlich die Bücher von Ernst Jünger und Franz Schauwecker. Von Brauweilers Buch Schule der Politik erschien eine Sonderausgabe für den Stahlhelm; es wurde aber vielfach von den Ortsgruppen als "zu hoch" empfunden.

8) Führerzeitschriften waren: Führer-Nachrichten-Blatt (seit 1924), Der Ortsgruppenführer. Monatsbrief des Kameraden Seldte (seit 1928), Führerbrief, später Führer-Briefe. Politik, Wirtschaft, Technik, hrsg. v. Bundesamt. Die Pressestelle des Bundes gab eine Stahlhelm-Korrespondenz heraus. Zur Unterrichtung bes. der Führer gab es ausserdem die Feldgrauen Hefte, sowie die Stahlhelm-Handbücher; Abdruck einer Redner-Liste in: St.11/42/20.10.1929.

keit als "die deutsche Freiheitsbewegung" bezeichnete.[9] Die im Mai 1927 auf dem Reichsfrontsoldatentag verkündete Berliner "Stahlhelm-Botschaft" musste sich freilich darauf beschränken, das Gemeinsame der verschiedenen im Stahlhelm vorhandenen politischen, wirtschafts- und sozialpolitischen Anschauungen herauszustellen. Die verschiedenen Forderungen waren so allgemein und vage formuliert, dass sie - wie die Nationalsozialisten zutreffend bemerkten - "von Herrn Gräfe auf dem äussersten rechten bis Leicht und Stresemann auf dem äussersten linken Flügel gerade noch geschluckt werden konnten."[10] In weiten Kreisen des Stahlhelm zeigte man sich von diesem Programm auch wenig befriedigt;[11] die zustandigen Behörden begrüssten die Stahlhelm-Kundgebung als"ein Dokument zur Geschichte der friedlichen Fortentwicklung unserer innenpolitischen Verhältnisse."[12] Die "Hamburger Botschaft" brachte ein Jahr später, wenngleich in einigen Punkten etwas deutlicher formuliert, im wesentlichen eine Wiederholung der Berliner Forderungen. Neu waren nur die Äusserungen zu Fragen der Sozialpolitik, die allerdings ebenfalls ziemlich unklar und vieldeutig blieben. Um sich ein Bild von den Zielen des Bundes machen zu können, wird man deshalb noch andere Verlautbarungen heranziehen müssen, vor allem die "stahlhelm-amtliche" Erläuterung

---

9) So Seldte programmatisch auf dem Berliner Reichsfrontsoldatentag (St. 9/20/15.5.1927).

10) VB 40/238/15.10.1927. Beil. Die neue Front, Nr. 9; J. Leicht war Fraktionsvorsitzender der Bayerischen Volkspartei.

11) In Erwiderung solcher Kritik: Brauweiler in: Standarte Jg. 1927, H. 9, S. 271 ff.

12) RKo. In. Nr. 122 vom 15.7.1927 (BA R 43 I/2696).

Der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung glaubte in seinem Bericht vom 15.7.1927 den gemässigten Ton der Berliner "Stahlhelm-Botschaft" als "charakteristisches Moment" auf die gesamte Rechtsbewegung übertragen zu können, wo eine "Entwicklung zu einer Politik der Mässigung und des Ausgleichs" zu erwarten sei.

der "Botschaften" von Wilhelm Kleinau im Bundesorgan.[13]

Die Stahlhelm-Kundgebungen von Berlin und Hamburg sollten nach dem Willen der "Stahlhelm-Politiker" kein Programm sein im Sinne jener Parteiprogramme, die dem "Wählerfang" dienten und in der politischen Praxis meist ausser acht gelassen würden.[14] Wie im einzelnen "Verfassung und Rechtsordnung und jedwede notwendige und nützliche Einrichtung" im künftigen "Stahlhelm-Staat" sein sollten, das wurde grosszügig der "Einsicht und Tatkraft" der Führer überlassen,[15] die nicht durch "Dogmen, 'Manifeste' und Programme der notwendigen Handlungsfreiheit" beraubt sein sollten. Die Botschaften würden nur "die grossen Grundsätze" darlegen, "nach denen die Führung des Stahlhelm jetzt und in Zukunft in die deutsche Politik eingreifen" werde.[16]

Wichtiger als Äusserungen über "diesen oder jenen Artikel einer wirklich deutschen Verfassung"[17] waren nach Ansicht der Stahlhelm-Ideologen die "gestaltenden Kräfte", worunter sie "die sittlichen Kräfte" verstanden, die das Frontsoldatentum im Weltkriege entwickelt und mit nach Hause gebracht habe und mit denen es jetzt den Staat aufbauen wolle.[18] Der Welt-

---

13) Die Erläuterung der "Hamburger Botschaft" durch Kleinau erfolgte in einigen Leitartikeln im Bundesorgan in den Monaten Juni bis Dezember 1928; sie erschienen zusammengefasst und ergänzt in der Broschüre: W. Kleinau, Stahlhelm und Staat. Eine Erläuterung der Stahlhelm-Botschaften. Berlin 1929, nach der im folgenden zitiert wird.

Die Stahlhelm-Botschaften von Berlin (1927) u. Hamburg (1928) sind abgedr. in: St. 9/20/15.5.1927; St. 10/24/10.6.1928; sowie in: Sta.-Hdb. 1931, S. 13 ff.; Kleinau, Soldaten, S. 47 ff.; die "Berliner Botschaft" auch in: W. Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme, München 1960, S. 553 ff.

14) Kleinau, Stahlhelm, S. 22.

15) Brauweiler, Stahlhelm und Politik in: Sta.-Hdb. 1927, S. 55.

16) Kleinau, Stahlhelm, S. 7, S. 22.

17) Ebd. S. 8.

18) Brauweiler, Stahlhelm und Politik in: Sta.-Hdb. 1927, S. 55. Über das Kriegserlebnis jetzt ausführlich: Sontheimer, aaO, S. 115 ff.

krieg war in der Sicht jener Stahlhelm-Publizisten der "grosse Aufrütteler des Deutschtums, der harte Prüfstein" gewesen, an dem sich der "idealistische Mensch vom materialistischen Menschen", "Männer von Memmen, Kerle von Kreaturen, Helden von Händlern" geschieden haben. Die Revolution von 1918 war für die jungen Nationalisten "das Brodeln jenes Abschaums der Nation, der im Läuterungsbade des Weltkrieges an seinem Mangel an männlicher und völkischer Substanz" an die Oberfläche getrieben worden war. In der Republik von Weimar, als "natürliche Fortsetzung der Novemberrevolution mit anderen Mitteln" bezeichnet, liege dieser "Abschaum der Nation" "als zähe, erstickende Schicht über den gesunden Kräften unseres Volkes, die, durch das Fronterlebnis wachgerufen, infolge dieser lähmenden Überlagerung nicht zur Entfaltung" kommen könnten.[19)]

Die gesunden Kräfte des Volkes waren also die Frontsoldaten. Freilich, nicht jeder, der den Krieg mitgemacht hatte, wurde zu dieser Elite gezählt. Deutlich zog man einen Strich zu jenen "Kriegsteilnehmern", die mit dem Hinweis, dass sie "ja auch im Felde gewesen" seien, die Ansprüche der "echten" Frontsoldaten auf die Führung des Staates zu "diskreditieren" suchten, die aber in Wirklichkeit vom Erlebnis der Front, wie es die Frontsoldaten im "höheren Sinne" verstanden, unberührt geblieben waren. Ausgeschlossen vom exklusiven Kreis dieser Frontkämpfer blieben auch jene, die zwar das Erlebnis des Krieges vor der Front gehabt hätten, die aber "charakterlich und substanziell zu schwach" gewesen seien, um den "Druck dieses Erlebens" zu ertragen und die infolgedessen von ihm nicht geformt, sondern innerlich zerbrochen seien. Damit waren jene ehemaligen Soldaten gemeint, die "im Lager des Pazifismus und des Internationalismus" standen, weil sie "der Prüfung ihrer völkischen und kampferischen Eigenschaften" nicht gewachsen waren, weil sie "das harte Antlitz der Naturgewalt Krieg nicht ertragen vermochten".[20)]

---

19) Kleinau, Stahlhelm, S. 9, S. 32.

20) Ebd. S. 31.

Der Begriff des Frontsoldatentums erfuhr so eine Beschränkung auf eine bestimmte Gruppe, die angeblich des "echten" Fronterlebnisses teilhaftig geworden war. Ausgeschlossen blieben alle Weltkriegsteilnehmer, die eine andere politische Ansicht als jene Ideologen hatten, vor allem jene Frontkämpfer, die den Linksparteien angehörten. Auf der anderen Seite freilich wurde der Begriff des Frontsoldatentums grosszügig erweitert: Zu den "echten" Frontsoldaten gehörte "jene kämpferische Jugend .., der es nicht vergönnt war, den Verteidigungskrieg Deutschlands im wehrhaften Alter zu erleben", die aber bereit war, "für die Freiheit, Ehre und Grösse der Nation auch künftig zu kämpfen und sich zu opfern". Frontsoldatentum wurde nicht verstanden als "eine altersmässig abgeschlossene Schicht ehemaliger Kriegsteilnehmer", sondern als ein "im deutschen Volke unsterblicher Menschentyp", nämlich jener des"kämpferischen, des heldischen Menschen", dessen organisatorischer Ausdruck nach dem Kriege der Stahlhelm und die ihm verwandten Bünde geworden sei.[21)]

Als das Wesen des Frontsoldatentums wurden "Kampfgeist, Opferbereitschaft, Uneigennützigkeit und Nationalismus" genannt[22)] und der Typ des neuen, vom Erlebnis des Krieges geprägten Menschen so geschildert: "Härter sind wir geworden, entschlussfähiger und selbst-bewusster, enger verbunden dem Volksgenossen, mit dem wir Not und Tod zu teilen gelernt haben. Mehr als vier Jahre haben wir im unmittelbarsten und opfervollsten Dienste der Nation gestanden, und diese Zeit hat sich in unser Wesen eingebrannt, dass wir hinfort nichts anderes mehr denken und wollen können als eben: die Nation. Uneigennützig sind wir geworden inmitten einer Umwelt von Eigennutz. Kampf wurde unser Lebenselement inmitten einer Welt von Kompromissbereitschaft. Gefahr schreckt uns nicht inmitten einer Zeit voll Pazifismus und Lebensangst. Verantwortung zu tragen scheint uns eine höhere Würde als die bequeme Verantwortungslosigkeit derzei-

21) Ebd. S. 31/32.

22) Ebd. S. 31.

tiger 'Würdenträger'. Unser Mut vor dem Tode macht auch vor dem Leben nicht Halt. In uns lebt die Kraft des Gehorchen- und Befehlenkönnens, jene bewusste und freiwillige Disziplin, auf der allein ein Staat aufgebaut werden kann im Kampf gegen die auflösenden und zersetzenden Einflüsse unserer Zeit. In uns erwachte ein lebendiges und schöpferisches Gemeinschaftsbewusstsein, das uns befähigt, das soziale Zusammenleben der vielfältigen Schichtungen unseres Volkes in gemässer und zukunftsträchtiger Form zu ordnen, das von dem ungeistigen Individualismus der jüngsten Vergangenheit in volksgefährdender Weise vernachlässigt worden ist."[23]

Hier wird das Idealbild eines angeblich durch das Kriegserlebnis geprägten Frontkämpfers gezeichnet, das dem "regierenden Menschentyp", dem Typ des Parlamentariers gegenübergestellt ist. Dieser ist in der Sicht der Fronterlebnis-Ideologen eine "unerfreuliche Mischung von Händler und Advokat", unfähig,"die harten Entscheidungen zu meistern, vor die ein besiegtes Volk auf dem Wege zur Freiheit gestellt wird."[24] Dahinter zeichnet sich in Umrissen der neue "Staat des Frontsoldatengeistes"[25] ab, der die Herrschaft der "Konjunkturjäger, der Gesinnungslumpen, der Spieler und Schieber, der Minder- und Hohlwertigen" ablösen werde. Es ist ein starker, wehrhafter Staat, gegründet auf dem "traditionellen Wehrgeist der preussisch-deutschen Armee und dem Frontsoldatengeist des Kriegsheldentums",[26] aufgebaut auf dem Prinzip von Über- und Unterordnung, von Führer und Gefolgschaft. Es ist ein "Staat der Stahlhelm-Kameradschaft", in dem die Parteizerklüftung und Klassenspaltung aus dem "Geist der Front" überwunden und die "Volksgemeinschaft des Schützengrabens" verwirklicht sein würde.

---

23) Ebd. S. 33.

24) Kleinau, Stahlhelm und Staat in: Sta. (1), S. 140.

25) Das Dritte Reich. Vom Staat, um den wir kämpfen, St. 8/13/ 28.3.1926.

26) Staatsbekenntnis des Stahlhelm in: Stahlhelm-Student, Jg. 1929/30, S. 3 ff.

Das Kriegserlebnis, von den geistigen Wortführern des Stahlhelm, von Jünger, Schauwecker, Kleinau, Franke beschworen, wurde zur Grundlage des politischen Programms des Frontsoldatenbundes und zum Ausgangspunkt einer Frontbildung gegen den "Heimkrieger-Staat" von Weimar, dessen Ablösung durch den "Staat der Frontsoldaten", den "Stahlhelm-Staat", in der zweiten Hälfte der 20er Jahre unaufhörlich gefordert wurde: "Der Stahlhelm will den Staat! Der Stahlhelm will, dass der deutsche Staat von Männern seines Schlages und seiner Art regiert werde. Denn er ist der Überzeugung, dass nur die Träger seines Wesens imstande sein werden, das deutsche Schicksal zu meistern."[27)]

Die Stahlhelm-Botschaften von Berlin und Hamburg enthalten keine Einzelheiten über Aufbau und Staatsform des zu realisierenden "Traums vom Dritten Reich". Vielmehr finden sich im Bunde entsprechend seiner Struktur als "nationaler" Sammelbewegung eine Reihe der in der antidemokratischen Rechtsopposition wirksamen Staatsvorstellungen, von der Wiedereinführung der Monarchie bis zu den antiliberalen Staatsideen der "Konservativen Revolution", dem Ständestaat, dem autoritären Staat, dem totalen Staat, um nur die wichtigsten Varianten zu nennen.[28)]

Ein erheblicher Teil der Mitglieder, besonders der älteren Generation, und die Mehrzahl der höheren Führer waren Anhänger der Monarchie; ein Teil trat offen für die Rückkehr der Hohenzollern ein, ein anderer forderte eine sogen. Volksmonarchie. An den ehemaligen Kaiser Wilhelm II. wurden wiederholt Grussbotschaften gesandt,[29)] die Hohenzollernprinzen Eitel Friedrich, Oskar und August Wilhelm waren aktive Mitglieder des Bundes. "Stahlhelmprinzen" oder abwertend "Reklameprinzen"[30)]

---

27) Kleinau, Stahlhelm S. 7.

28) Vgl. dazu: Sontheimer, aaO, S. 240.

29) Am meisten Aufsehen erregte der Glückwunschartikel zum 70. Geburtstag Wilhelm II. im Bundesorgan im Jahre 1929 (St.11/4/27.1.1929).

30) So Stresemann in: Leipziger Neueste Nachrichten, zit. nach St. 10/49/2.12.1928.

genannt, beteiligten sie sich mit anderen Vertretern ehemals regierender Fürstenhäuser an den grossen Veranstaltungen des Stahlhelm, vor allem an den alljährlichen Reichsfrontsoldatentagen, die mit ihren Hunderten von schwarz-weiss-roten Fahnen den Charakter von monarchistischen Kundgebungen annahmen. Ein offizielles Bekenntnis zur Monarchie ist allerdings nie erfolgt, die Frage der Staatsform wurde auf einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt.

Die Mehrheit der jüngeren Generation im Stahlhelm stand der Wiedereinführung der Monarchie kühl, wenn nicht gar ablehnend gegenüber; man sprach in diesen Kreisen verächtlich vom "liberalistischen Kaisertum der Wilhelminischen Vorkriegszeit" oder vom "Parvenue-Reich Wilhelms II."[31] Insbesondere wurde das Verhalten des Kaisers im November 1918 von vielen Frontsoldaten einer Kritik unterzogen: Ohne Kaiser Wilhelm II. ausdrücklich zu nennen, sagte z. B. Kaptän Ehrhardt einmal auf einer Stahlhelm-Kundgebung, dass sich die jungen nationalen Kräfte niemals dafür hergeben würden, Männer auf ihren Thron zurückzurufen, die in der Stunde der Gefahr die Front führerlos gelassen hätten.[32] In ähnlichem Sinne äusserte sich auch der politische Referent des Bundes, Dr. Brauweiler: "Wir treiben keine Agitation für die Restauration der gestürzten Monarchie, denn wir wissen, dass eine Monarchie, die sich selbst aufgegeben hat, nicht künstlich wieder aufgerichtet werden kann."[33]

Blieb der monarchische Gedanke vor allem in der Vorkriegsgeneration vorherrschend, so sympathisierten die jüngeren Jahrgänge schon früh mit dem italienischen Faschismus. Die Stahlhelm-Blätter, besonders die Standarte, berichteten ausführlich über die Geschichte und Entwicklung der faschisti-

---

31) St. 8/11/14.3.1926; St. 6/46/14.12.1924.

32) St. 8/44/31.10.1926. Es kam darüber zu Auseinandersetzungen im Bunde; die Äusserung Ehrhardts wurde als dessen Privatmeinung bezeichnet.

33) St. 8/44/31.10.1926.

schon Bewegung, die in erster Linie als eine Kampfbewegung von Frontsoldaten gesehen wurde und mit der man sich deshalb verwandt fühlte.[34] Die Standarte bezeichnete sich auch nach ihrer "Entschärfung" durch die Bundesführung als "Kampfblatt eines wesenhaft deutschen Faschismus"[35] und verlangte eine Machtübernahme "im Sinne, wenn auch vielleicht nicht mit den Mitteln des italienischen Faschismus".[36] Eine dem Stahlhelm nahestehende Deutsche Faschistische Korrespondenz bekannte sich zum "Programm eines modernen deutschen Faschismus" und setzte sich zum Ziel, in dieser Richtung die "politische Linie des Stahlhelm planmässig zu beeinflusssen".[37] Faschistische Studenten waren Gäste des Stahlhelm-Studentenrings Langemarck,und am Reichsfrontsoldatentag in Koblenz im Oktober 1930 nahm eine faschistische Delegation teil.[38] Den Höhepunkt der Kontakte bildete die Überreichung des Stahlhelm-Abzeichens an den "Duce" durch eine Delegation des Bundes im November 1930. Ihr Führer erklärte in einem Gespräch mit Mussolini, dass der Stahlhelm in seinem Kampf gegen Liberalismus und Marxismus die faschistische Idee im deutschen Sinne durchzusetzen habe; sie bilde seit langem die Grundlage seines inneren Aufbaus und seines staatspolitischen Gedankens.[39] Obwohl dieses Vorgehen in weiten Kreisen Deutschlands, besonders auch im "nationalen" Lager,Empörung hervorrief und Hindenburg als Ehrenmitglied des Stahlhelm der Bundesführung sein Missfallen aussprach,[40] liess Seldte es sich nicht nehmen,

---

34) Anstelle vieler Belege ein Artikel im Bundesorgan (8/8/21.2. 1926) nach einer antideutschen Rede Mussolinis: "Wir aber, aus demselben Boden - dem des Krieges - gewachsen, aus dem der Faschismus Kräfte zog, und die Verwandtschaft fühlend zwischen seinem System und unseren Zielen, wir glauben eher verstanden zu werden ..".

35) Anzeige der Standarte in: St. 10/8/19.2.1928.

36) Standarte Jg. 1927, H. 14, S. 414.

37) Jd. 88/14.4.1927 u. 89/15.4.1927.

38) St. 13/9/8.3.1931; St. 12/40/5.10.1930.

39) Stahlhelmführer Dr. Heinke, zit. nach: Jd. 268/15.11.1930.

40) Jd. 277/27.11.1930; "Germania", Nr. 550 vom 26.11.1930 (BA R 43 I/2735).

zwei Jahre später zusammen mit Hermann Göring und anderen Politikern zum Studium des Faschismus nach Italien zu fahren.[41]

Enger noch waren die Beziehungen zu der nach Herkunft, Struktur und politischer Zielsetzung verwandten österreichischen Heimwehr-Bewegung, deren politische Aktivität in der 2. Hälfte der 20er Jahre vom Stahlhelm mit Aufmerksamkeit verfolgt wurde.[42] Seldte sprach auf dem Reichsfrontsoldatentag in Berlin 1927 von einem"Kartell zwischen Stahlhelm und Heimwehrbewegung," deren Bundesführer, Dr. Steidle, er als den kommenden Mann in Österreich sehen wollte. Wiederholte gemeinsame Kundgebungen und Aufmärsche zeigten die enge Verbundenheit der beiden antimarxistischen Organisationen. Auf dem Reichsfrontsoldatentag in München im Jahre 1929 marschierten z. B. 1 000 Mann der Osterreichischen Frontkämpfervereinigung, der Kerntruppe der Heimwehren, auf. Prominenter Gast des Reichsfrontsoldatentags Berlin 1932 war der Bundesstabsleiter der Heimwehren, der durch den Kapp-Putsch in Deutschland hinreichend bekannte Major Pabst.

Die Heimwehren erstrebten die Errichtung eines Ständestaats, wie ihn vor allem der Wiener Professor Othmar Spann und dessen Schüler Dr. Heinrich, der als Geschäftsführer der Heimwehren fungierte, in den 20er Jahren konzipiert hatten.[43] Auch im Stahlhelm war schon früh, wie in der ganzen Rechtsbewegung, die Idee eines ständisch gegliederten Staates eifrig diskutiert worden. Mit Dr. Brauweiler hatte der Bund einen führenden Vertreter des Ständestaates als Leiter der politischen Abteilung gewonnen. Anfang der 30er Jahre wurde die Lehre Spanns mit einigen Abänderungen zur mehr oder weniger offi-

41) Kreuz-Zeitung, Jg. 85, Nr. 323 vom 19.10.1932.

42) Zur Geschichte der Heimwehr-Bewegung vgl. H. Benedikt (Hrsg.), Geschichte der Republik Österreich. München 1954, S. 359 ff.

43) O. Spanns Hauptwerk Der wahre Staat (Leipzig 1921); über den Ständestaat informiert u.a.: Sontheimer, aaO, S. 240 ff.

ziellen Staatsauffassung des Bundes.[44] Die Ständestaatstheoretiker des Stahlhelm glaubten nämlich eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Grundsätzen des Stahlhelm und der angeblich "aus dem Frontsoldatenerlebnis geborenen" "organischen" Staats- und Wirtschaftsidee feststellen zu können: "Wir tun alle im Stahlhelm Dienst. Der ständische Gedanke verlangt den gemeinsamen Dienst am Werk. Wir ordnen uns freiwillig der Führung unter. Der ständische Gedanke verlangt Führergefolgschaft. Wir fühlen uns alle durch die Kameradschaft verbunden und diese Kameradschaftspflege ist die grosse Leistung des Stahlhelm zur sittlichen Erneuerung des Volkes. Dieselbe Kameradschaft verlangt der ständische Gedanke in Arbeit und Beruf .."[45]

Wie dem Kameradschaftserlebnis der Front die Überwindung der sozialen Spannungen zugeschrieben wurde, so sollte im berufsständisch gegliederten Staat der Zukunft "wechselseitige Verbundenheit an Stelle der Vereinzelung, Werks-, Standes- und Volksgemeinschaft an die Stelle des Klassenkampfes" treten.[46] Der "Ich-Zeit" mit ihrer "rationalistisch-mechanistischen Auffassung" werde die "Wir-Zeit" folgen, "die Zeit der Kameradschaft und Eingliederung" .., die Zeit, in der Staat und Wirtschaft "organisch" sein würden.[47] An die Stelle der das Volk aufspaltenden politischen Parteien treten die Berufsstände, die in der Sicht der Ständestaats-Ideologen keine Interessenvertretungen sind, sondern "Lebensgemeinschaften". Im Stände-

---

44) Neben Brauweiler gehörten zu den wichtigsten Vertretern des berufsständischen Gedankens im Stahlhelm: der Reichstagsabgeordnete der DNVP Dr. F. Everling (Stahlhelm und organischer Staat, Berlin o.J., in 2. Aufl. unter dem Titel: Organischer Aufbau des Dritten Reiches, München 1931), das Mitglied des Bundesvorstands und Herausgeber der Zeitschrift Nationalwirtschaft, Dr. Longert, sowie der 2. Vorsitzende der Stahlhelm-Selbsthilfe, Rausch.

45) Everling, Die Erneuerung der organischen Wirtschaft, St. 12/34/24.8.1930.

46) Rausch, Soziale Frage und Stahlhelm-Selbsthilfe, St. 12/17/27.4.1930.

47) Everling, Organische Wirtschaft - organischer Staat, St.13/21/31.5.1931.

parlament ist jeder Stand nach seiner Bedeutung für das Ganze, nicht nach seiner Zahl vertreten, wobei selbstverständlich die Soldaten als "Wehrbürger" für sich eine erhöhte Stimmenzahl beanspruchten.[48]

Neben der ständestaatlichen Ordnung bestanden im Stahlhelm noch andere Auffassungen einer Gliederung der Gesellschaft. So befürchteten andere Kreise im Bunde mit Recht vom Ständestaat eine weitere "Ver-Wirtschaftung" des Staates und verlangten stattdessen einen Ausbau der regionalen Selbstverwaltung oder einen "bündischen" Staat mit den "nationalen" Kampfbünden als Gliederungen.[49] Offenbar spürten die Urheber solcher Staatsbaupläne selbst die praktische Undurchführbarkeit ihrer Vorstellungen und verzichteten auf Detailerörterungen. Umsomehr arbeiteten sie mit Schlagworten, so wenn sie von einer Volksvertretung auf der Grundlage "der Gemeinschaft und der Führungsverantwortung" sprachen [50] oder "Mannschaft statt Masse, verantwortungsbereite Männer statt anonyme Wähler" forderten.[51] In jedem Fall sollte das Volk, oft abwertend als Masse bezeichnet und "triebhafter, gegenwärtlicher und vegetativer Begehrlichkeit" bezichtigt, von politischer Mitbestimmung weitgehend ausgeschaltet sein, da man dem "Durchschnittsstaatsbürger" keine Aufgaben stellen

---

48) Seldte auf der Jahreshauptversammlung der Stahlhelm-Selbsthilfe in Magdeburg (St. 14/6/14.2.1932).

49) Standarte Jg. 1927, H. 3, S. 144; Jg. 1927, H. 2, S. 57.

50) St. 10/25/17.6.1928.

51) St. 12/49/7.12.1930, Beil. Jungstahlhelm. In dem Artikel, der innerhalb einer Serie über die "Gestaltung des Staates" erschien, hiess es weiter: "Das Volk gliedert sich nicht nach Massen und Parteien, sondern nach Familien, Stämmen, Rassen, Berufsständen und Leistungsgruppen. Der Staatsbürger zählt nicht, wie in der Demokratie, mechanisch gleichmässig als Nummer, sondern Leistung und Opferfähigkeit bedingen höheren oder niederen Rang."

dürfe, denen er nicht gewachsen sei.[52] Seine Mitarbeit sollte auf einen überschaubaren Bereich beschrankt bleiben, im engen Bereich seiner Gemeinde oder seines Berufsstandes.

Bei aller Verschiedenheit der im Stahlhelm virulenten antiliberalen Staatsideen bestand Einigkeit darin, dass das neue Reich ein "starker" Staat sein müsse, mochte nun an der Spitze ein Monarch oder ein Reichspräsident mit erweiterten Vollmachten als Reichsverweser stehen, mochte das "Dritte Reich" ein "Führerstaat" oder eine "nationale Diktatur" sein: "Der Führergedanke verlangt", hiess es in einer Vortragsdisposition, "eine autoritäre Staatsleitung .., eine Staatsleitung, die von e i n e r Stelle geführt wird, nach einheitlichem Entschluss, die nicht durch wechselnde Mehrheiten sabotiert werden kann! Unter einer eigenen Verantwortung vor der Geschichte .. Ein

---

52) Abhandlung "Der Stahlhelm in der Illegalität" vom 29.6.1929, abgedr. als Anlage 56 in: Denkschrift Die sogen. Wehrsporttätigkeit des Stahlhelm in Rheinland und Westfalen des Preuss. Ministers des Innern, 30.1.1930 (BA R 43 I/2735). In dem Dokument heisst es u. a.: "Man muss, nachdem die Grundgefahr des Liberalismus und des Individualismus am Bolschewismus klar erkannt ist, auch den Mut haben, bei Phantasten in den Ruf des Reaktionismus zu kommen und natürlich nur im engsten Kreise, zu sagen, dass jede Art wirklicher Mitbestimmung der Massen- die niemals Geschichte machten oder machen und immer den Drang zu lediglich triebhafter, gegenwartlicher, vegetativer Begehrlichkeit in sich haben - der Anfang vom Ende einer grossen Bewegung zum dauerhaften, zukunftsicheren Aufbau ist .. Eine Rechtsdiktatur will doch vor allem eine andere Aussenpolitik machen; dazu ist aber die Mitbestimmung der Masse, d. h. völlige Öffentlichkeit der Verhandlungen und Pläne sowie durch völlige Freigabe einer von links kommenden schwächlichen Kritik geradezu verhängnisvoll ... Die Masse will geführt sein, auch die Deutschen .."

Man verlangte dann weiter in der Abhandlung nach Führern, die entscheiden könnten, "wann autokratischer Befehl und wann Scheindemokratie am Platze" sei. Es sei nicht zu bestreiten, dass die Führertugenden vornehmlich in der früheren deutschen Armee ausgebildet und gepflegt wurden, also unter Frontkämpfern am meisten zu finden seien. Es komme im entscheidenden Augenblick nur auf den Führer an, und dass die Massen seines Bereichs ihm nachlaufen .

Kopf, ein Wille, ein Gewissen."[53] Zu den Stahlhelm-Kundgebungen gehörte denn auch als Leitmotiv der Ruf nach einem Führer, "nach der starken Hand", die Deutschland, "wie Mussolini sein Vaterland, von der Plage des Parlamentarismus" befreien werde.[54]

Offenbar erhoffte man sich einen solchen Führer und Staatsmann nicht aus den eigenen Reihen; es fehlt jedenfalls an ernsthaften Versuchen, einen der beiden Stahlhelmführer, Seldte oder Duesterberg, ausserhalb des Bundes als Führerpersönlichkeit herauszustellen, wenn man von der wenig überzeugenden Propaganda für Duesterberg anlässlich seiner Reichspräsidentenkandidatur absieht.[55] Auch wenn im Bunde von der "Machtergreifung" die Rede ist - der Begriff wurde angeblich vom Stahlhelm geprägt [56] - , dann wird man damit auch vor dem steilen Anstieg der Nationalsozialisten eine Machtübernahme durch die gesamte "Nationale Opposition" zu verstehen haben, wobei der Stahlhelm selbstverständlich bei der Machtverteilung, insbesondere bei der Umformierung der Reichswehr in ein Volksheer und der Jugendertüchtigung, ein gewichtiges Wort mitzureden gedachte. Trotz den Parolen "Der Stahlhelm will den Staat!"[57] oder "Wir wollen Deutschland regieren"[58] sah der Stahlhelm seine Aufgabe doch eher darin, sich dem ersehnten

---

53) Vortragsdisposition "Der 18. Januar und seine Bedeutung für Deutschland" (BA ZSg 1-88/4).

54) Stahlhelm-Flugschrift Nr. 1: Warum bekämpfen wir den Parlamentarismus. Von F. Everling, hrsg. v. Bundesamt (o.J.) S. 18 (BA ZSg 1-88/4). Ganz ähnlich der Führer des Bayerischen Stahlhelm, Waninger: dem Volke fehle ein Diktator, ein Mussolini, der mit eisernem Besen diesen ganzen Mist auskehre. (Bayerischer Stahlhelm Nr. 38 vom 1.6.1928).

55) Vgl. S. 249 f.

56) Bracher, Auflösung S. 134/35.

57) Kleinau, Stahlhelm S. 7.

58) So beispielsweise Duesterberg unter ausdrücklichem Hinweis auf Mussolinis Worte:"Unser Programm heisst: wir wollen Italien regieren!" (St. 8/19/9.5.1926).

grossen Staatsmann "zur Verfügung zu stellen",[59] als selber und für sich die Macht zu gewinnen, wie es das Ziel Hitlers war. Der Charakter des Stahlhelm als einer Bewegung, deren politische Tätigkeit mehr vorbereitender Art war, wird aus den Worten Seldtes im Oktober 1928 deutlich: "Eines Tages wird unserem Volk der Mann erstehen, der es zu Sieg und Freiheit führt. Wenn wir diesem Mann oder diesen Männern den Weg bereiten konnten, dann hat der Stahlhelm seine Aufgabe erfüllt."[60]

Auch wenn der Stahlhelm nach 1926 den Kampf gegen den Staat von Weimar in den Mittelpunkt seiner politischen Aktivität stellte und die "innere Befreiung" proklamierte, dann geschah dies vor allem aus aussenpolitischen Motiven. "Wirkliche und dauernde Erfolge" in der Aussenpolitik waren nach der in den Rechtskreisen üblichen Prämisse nur möglich, wenn "hinter dem Aussenminister und seinen Diplomaten ein starker, straff geleiteter Staat mit einheitlichem Volkswillen und militärischer Macht" stand.[61] Das parlamentarische "System" von Weimar konnte nach Meinung des Stahlhelm seiner Struktur nach gar keine wirksame Revision des Versailler Vertrags erreichen, ja es schützte durch seine "Unfähigkeit zur Bildung eines einheitlichen nationalen Willens und zur Schaffung einer straffen Staatsführung" geradezu den "Zustand der aussenpolitischen Ohnmacht."[62] Versailles war in der Sicht der"Stahlhelm-Politiker"unüberwindlich, "solange es durch Weimar gesichert wurde."[63] Anstelle der "Erfüllungs- und Verständigungspolitik", die mit "Kompromissen und faulen Wechseln" arbeite, wurde eine unrealistische, im übrigen auch nicht näher erläuterte "Aussenpolitik des Widerstandes" gefordert, "des Widerstandes gegen

---

59) Der Begriff ist besonders bei Seldte sehr häufig und kennzeichnet das vorherrschend militärische Denken im Bund.

60) Seldte in Pforzheim am 9.10.1928 (St. 10/43/21.10.1928).

61) Kleinau, Stahlhelm, S. 38.

62) Kleinau, Soldaten, S. 37.

63) Ebd. S. 38.

Versailles, gegen den Raub unserer Ehre und unseres Landes, gegen die Versklavung der heutigen und kommenden Generation, gegen die Überfremdung und Verschacherung unserer staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Hoheit."[64]

Nachdem in den ersten Jahren die Agitation gegen den "Erbfeind" Frankreich, gegen den Vertrag von Locarno und den Völkerbund im Vordergrund gestanden hatte, fand man sich später unter dem Druck der Realitäten nach und nach mit der Grenze im Westen ab.[65] Umso lautstarker forderte man in zahlreichen militanten Ostkundgebungen, die oft nur wenige Kilometer vor der polnischen Grenze stattfanden, "freie Hand im Osten".[66] "Schicksalsaufgabe" einer "Befreiungspolitik im Osten" sei es, "nicht nur deutschen Besitz zu halten, sondern auch entrissenes und neues Land wieder zu erringen, neuen Lebensraum zu schaffen .."[67] Man würde sich nicht mit einer Wiedergewinnung Danzigs und des Korridors begnügen, man verlangte prinzipiell nach "neuer organischer Gliederung in der Randzone zwischen dem geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet und dem eigentlichen russischen Raum."[68] Den in Breslau zu Zehntausenden aufmarschierten Jungstahlhelmern wurde "der Zug nach dem Osten als grösste Zukunftsaufgabe" gestellt; sie müssten wieder lernen, "als Kolonisatoren, Kulturbringer, Schützer des Abendlandes, Reichsgründer und Ordner" auszuziehen."[69]

---

64) Kleinau, Stahlhelm, S. 41.
65) Grundsätzlicher Artikel von Bundeskanzler Wagner: "Frankreich und wir" (St. 13/41/11.10.1931).
66) St. 9/12/20.3.1927.
67) Seldte in Meseritz, 15 km von der polnischen Grenze entfernt (St. 10/44/28.10.1928).
68) St. 10/20/13.5.1928.
69) "Breslau: Aufruf an den Jungstahlhelm" (St. 13/17/3.5.1931, Beil. Jungstahlhelm).
Bekannter ist Seldtes berüchtigte "Zielansprache" auf dem Reichsfrontsoldatentag in Breslau, die zu einem offiziellen Protest der polnischen bei der deutschen Regierung führte. Seldte liess 150 000 Stahlhelmer Front nach dem Osten, in Richtung auf die polnische Grenze nehmen und zeigte ihnen das Ziel: "die Ostfront". Auf die Frage, ob das Ziel erkannt sei, antworteten die 150 000: "Ziel erkannt". Mit der Drohung, den Osten gegebenenfalls "über Kimme und Korn ansehen zu müssen", rief er dem "feldgrauen Heer" zu: "Dieser Kampf um das Leben und Sterben des deutschen Volkes wird hier im Osten entschieden werden!" (St.13/22/7.6.1931; Sta.1, S. 120).

Mochten manche Ost-Ideologen des Stahlhelm auch versichern, man denke nicht an "kriegerische Eroberung", "keinesfalls an einen Ausrottungskampf",[70] die Stahlhelmführer selbst sprachen eine andere Sprache. Duesterberg bedauerte den Verzicht der deutschen Regierung auf einen Angriffskrieg im Osten[71] und erklärte auf dem Schlesischen Frontsoldatentag im Jahre 1930, die Freiheit müsse mit der Waffe erkämpft werden. Nur Illusionisten könnten glauben, dass wir auf dem Wege der Verständigung und Erfüllung all das zurückerhielten, was wir verloren hätten.[72] In gleichem Sinne äusserte sich der zeitweilige Pressechef des Bundes in der Zeitschrift "Gewissen": "Kein Pole, sicherlich kein nationaler Pole wird bereit sein, einen Fuss breit des uns geraubten Bodens auf Grund juristischer oder historischer Argumente aufzugeben. Nur die Macht - die letzten Endes eine Frage des Soldatentums ist - wird entscheiden, wem das Land an der unteren Weichsel in Zukunft gehören wird."[73] In der Zeitschrift der Stahlhelm-Studenten diskutierte man bereits, wie Polen nach seiner politischen Isolierung in " e i n e m Waffengang" besiegt werden könne.[74]

Gegenüber solchen kriegerischen Reden mochte es wenig bedeuten, wenn es in der"Berliner Stahlhelm-Botschaft"hiess: "Der Stahlhelm kennt den Krieg und wünscht den Frieden". Dieser Satz wird denn auch in der "stahlhelmamtlichen" Interpretation so verstanden: "Wenn wir den Frieden wünschen, so ist es nicht der 'Friede' von Versailles, auch nicht der von Locarno, sondern ein wahrer Friede, der Deutschland die Freiheit seiner Entwicklung, seiner Ehre und seine Achtung in der Welt sichert ..; noch grösser als unsere Friedensliebe ist unsere Liebe zu Ehre, Frei-

---

70) "Nach Ostland wollen wir reiten ..!" (St. 8/51/19.12.1926).

71) Duesterberg auf einer Führertagung des Landesverbandes Mitteldeutschland (St. 9/42/16.10.1927).

72) Stahlhelm-Student Jg. 1929/30, Nr. 9/10, S. 18.

73) Gewissen Jg. 10 (1928), Nr. 41, S. 15.

74) Der Osten unser Schicksal (Stahlhelm-Student Jg. 1929/30, Nr. 8, S. 3).

heit und Vaterland. So genau wir die Schrecken des Krieges kennen, so sind wir doch bereit, sie abermals auf uns zu nehmen, wenn die Ehre und Freiheit des Vaterlandes nicht anders zu wahren und zu retten sind."[75]

Krieg war in den Augen der Fronterlebnis-Ideologen des Stahlhelm nicht ein Ereignis, das zu verhüten die oberste Aufgabe aller Politik sein sollte, Krieg war "ein unverzichtbares Mittel" der Politik, ein "Naturereignis .. wie Gewitter und Sturm". "Wir bejahen den Krieg", schrieb Kleinau zwei Tage nach der Annahme der Locarno-Verträge im Reichstag, "weil er die Probe ist für die Selbstüberwindungskraft des Menschen, für alle männlichen, d. h. schöpferischen Krafte in uns .., weil ohne die harte Peitsche des Kampfes die Menschheit verfaulen muss und ersticken im Fette ihrer Spiessigkeit. Das Leben aller gottgeschaffenen Kreatur beruht auf Kampf und Vernichtung. Der Mensch hat nicht das Recht, sich diesem göttlichen Gesetze zu entziehen."[76]

Sicher wird man derartige Kriegsgesänge des "Stahlhelm"-Hauptschriftleiters und Pressechefs nicht auf die Gesamtheit des Stahlhelm übertragen dürfen, genau so wenig wie die späteren "Hassbotschaften" prominenter Stahlhelmführer gegen die Weimarer Republik. Tonangebend aber waren unter den verschiedenen im Bundes virulenten Strömungen, wie sie hier nur angedeutet werden konnten, die radikaler gesinnten Gruppen, die teils in den Publikationsorganen erheblichen Einfluss auf die Gefolgschaft ausübten, teils im Bunde massgebende Führerstellungen bekleideten und so die politische Entwicklung der Gesamtorganisation bestimmten. Diesen Kräften, unterstützt von radikaleren Gruppen ausserhalb des Bundes, ist es auch zuzuschreiben, wenn der Politisierungsprozess in der zweiten Hälfte der 20er Jahre zu einem Radikalisierungsprozess wurde und sich allmählich eine einheitliche Zielsetzung im Bunde ausbildete, die freilich vorwiegend

75) Kleinau, Stahlhelm, S. 35 ff.
76) St. 7/48/29.11.1925.

negativ bestimmt war: der Kampf gegen "Weimar" und "Versailles", zu dem die Ideologen des Kriegserlebnisses die geistigen Waffen lieferten, wie das Fronterlebnis auch den "Kitt" für den Zusammenhalt der Organisation bildete. Einer Geschlossenheit in der Anti-Haltung gegen den bestehenden Staat und seine Aussenpolitik stand eine Vielzahl divergierender "positiver" Vorstellungen vom "Dritten Reich" gegenüber, die den Stahlhelm fast als verkleinertes Abbild der späteren "Harzburger Front" erscheinen lassen, deren Gemeinsamkeit sich ebenfalls in der Gegnerschaft zum "System" erschöpfte.

VII. Versuche parlamentarischer Einflussnahme (1927/28)

Der Berliner Frontsoldatentag 1927 als Auftakt verstärkter politischer Aktivität (S. 135) - "Stahlhelm-Gesetze" (S. 144) - Gründung einer "Frontsoldatenpartei"? (S. 146) - "Stahlhelm-Abgeordnete" bei den Rechtsparteien (Reichstagswahlen 1928) (S. 151) - Einwirkungsversuche auf die Deutsche Volkspartei zur Verhinderung der "Grossen Koalition" (S. 159)

Für die radikale Rechtsbewegung bot die politische Lage zu Beginn des Jahres 1927 wenig erfreuliche Aspekte: Die Deutschnationalen hatten sich durch ihren Eintritt in das Kabinett Marx wiederum an das "System" binden lassen und sahen sich wiederholt zu Zugeständnissen an den Staat von Weimar, so in der Frage des Republikschutzgesetzes, gezwungen. Die Nationalsozialisten waren noch durch Auseinandersetzungen mit der Deutsch-völkischen Freiheitspartei und anderen völkischen Gruppen in Anspruch genommen, wenngleich sich immer deutlicher der Führungsanspruch Hitlers durchsetzte. Die "nationalen" und völkischen Bünde stagnierten und suchten mit Ausnahme des Jungdeutschen Ordens Anschluss an die langsam erstarkende SA der Nationalsozialisten[1] oder an den Stahlhelm, der bei den zuständigen Behörden weiterhin als "die stärkste und organisatorisch geschlossenste Gruppe" der Rechtsbewegung galt; ihm werde immer mehr die Führung der gesamten Bewegung zufallen.[2] Seine zahlenmässige Stärke - ohne die Frauen- und Jugendorganisationen - wurde im Sommer 1927 auf 5-600 000 Mann geschätzt.

In politischer Aktivität nur von den Nationalsozialisten erreicht,[3] spielte der Bund besonders in den ländlichen Gebieten Nord- und Ostdeutschlands eine führende Rolle, hinter der die bürgerlichen Parteien zurücktraten, die vielfach noch den Charakter von Honoratiorenparteien hatten und nur vor Wahlen eine lebhaftere Tätigkeit entfalteten. Zusammen mit den Wirt-

---

1) Vgl. dazu Werner, aaO, S. 431 ff.

2) RKo. In. Nr. 121 vom 28.3.1927 (BA R 43 I/2696).

3) RKo. In. Nr. 122 vom 15.7.1927 (BA R 43 I/2696).

schaftsverbanden hatte der Stahlhelm und die mit ihm zusammenarbeitenden anderen Kampf-Bünde vielfach die Parteien als meinungsbildende Faktoren überspielt.[4] Der zahlenmässigen Stärke des Bundes und seiner Aktivität ist es wohl auch zuzuschreiben, wenn extreme Rechtskreise nach der "Zähmung der Deutschnationalen" und in Anbetracht der noch relativ schwachen Nationalsozialisten ihre Hoffnungen immer noch auf den Stahlhelm setzten.[5]

Die führende Position, die der Bund in verschiedenen Gauen errungen hatte, konnte indessen nicht darüber hinwegtäuschen, dass er als Gesamtorganisation im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik noch eine bescheidene Rolle spielte. Die seit 1925 eingeleitete und im Oktober 1926 offiziell proklamierte "Politisierung" und die Umstellung vom reinen Wehrverband auf eine politische Organisation war in der Öffentlichkeit kaum beachtet worden, nicht zuletzt auch deshalb, weil die für den Wehrverband typische militärische Struktur beibehalten worden war und Führer- und Gefolgschaft sich vielfach recht distanziert zu den Politisierungsbestrebungen der Bundesführung verhielten. Der Anspruch, als neue "bündische" Erscheinungsform der politischen Willensbildung und als selbständiger Faktor neben den Parteien zu gelten oder gar als "die deutsche Freiheitsbewegung" die Führung der Rechtsopposition zu übernehmen, war jedenfalls von der Wirklichkeit noch weit entfernt.

Die Grosskundgebung in Berlin im Mai 1927 kann als Versuch gelten, die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit auf den Bund zu lenken und als politischer Faktor anerkannt zu werden. Die mit der Parole "Hinein in den Staat" proklamierte

---

4) Zur politischen Aktivität des Bundes in Niedersachsen: Lüders, Der Salzgau im Stahlhelm, BdF (Manuskript 1935, BA R 72/10); Lippelt u. Huckstorf, aaO, passim; in Braunschweig: Roloff, Braunschweiger Bürgertum, passim; in Schleswig-Holstein: Stoltenberg, aaO, S. 97 ff.

5) RKo. In. Nr. 123 vom 15.10.1927 (BA R 43/2696); vgl. dazu auch: A. Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. 7.-8. Tsd. Frankfurt 1962, S. 171 f.

"Politisierung" des Bundes sollte in Berlin als dem Zentrum des politischen Lebens gewissermassen nach aussen dokumentiert und durch Verkündung der bereits erwähnten "Stahlhelm-Botschaft" als einer Art politischen Programms unterstrichen werden. Es gelte, hiess es im Bundesorgan, der "gesamten Öffentlichkeit" zu zeigen, dass hier Kräfte verborgen seien, an der das politische Leben in Deutschland nicht mehr länger vorübergehen dürfe.[6] Dieser Appell galt vornehmlich den Rechtsparteien, die seit Anfang Januar 1927 eine "nationale" Reichsregierung bildeten,und diese Tatsache schien das Vorhaben des Stahlhelm zu begünstigen: Durfte man doch erwarten, dass die "nationale" Regierung dem "nationalen" Stahlhelm ihre Anerkennung nicht versagen würde.[7]

Der Stahlhelm-Tag in Berlin war der achte von zwölf in der Zeit von 1919 bis 1932 alljährlich durchgeführten Grossveranstaltungen des Bundes, Reichsfrontsoldatentage genannt, an denen seit 1926 jeweils über 100 000 Mann teilnahmen. Bis 1925 fanden die Aufmärsche in der Gründerstadt Magdeburg statt,[8] in den folgenden Jahren in verschiedenen Städten des Reiches. Die mit viel Aufwand an Zeit und Geld vorbereiteten Kundgebungen galten auch bei Gegnern des Bundes als organisatorische Glanzleistungen, boten aber auch wegen ihres Schaugepränges, ihrer Fahnenaufmärschen und Paraden und wegen der Dürftigkeit der dort gehaltenen Reden reichlich Gelegenheit zur Kritik. Auch die Stahlhelm-Ideologen konnten entsprechend ihren elitären Vorstellungen wenig Geschmack an diesen Massenaufmärschen

---

6) St. 9/17/24.4.1927.

7) Seit Ende Januar 1927 amtierte das 3. Kabinett Marx, bestehend aus Mitgliedern des Zentrums, der DNVP, DVP, der Bayerischen Volkspartei und der Demokraten.

8) Über die Reichsfrontsoldatentage: C. Hotzel, Die grossen Frontsoldatentage in: Sta. (1), S. 102 ff.; Kleinau, Soldaten, S. 35 ff.

finden, wenn sie auch deren Bedeutung für die Bundesarbeit zugeben mussten.[9]

Die Frontsoldatentage sollten das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb des Bundes stärken und den einzelnen Stahlhelmern "die Grösse ihrer Gemeinschaft" bewusst werden lassen.[10] Die propagandistische Wirkung der militanten Demonstrationen war vor allem auf das Ausland berechnet; es sollte wissen, dass in Deutschland noch "Hundertausende von Männern mit Kriegserfahrung und jungen Männern mit Wehrwillen" vorhanden seien, die für eine gewaltsame Auseinandersetzung nötigenfalls zur Verfügung stehen würden.[11] In der Sicht des Bundes als "Faktoren in der Hand einer zielbewussten deutschen Aussenpolitik" gedacht,[12] bedeuteten die Stahlhelm-Aufmärsche tatsächlich eine empfindliche Störung der amtlichen Aussenpolitik.[13] Besonders die militanten Demonstrationen in Koblenz (1930) - unmittelbar nach der Rheinland-Räumung - und in Breslau (1931) riefen in Frankreich und Polen Empörung hervor und führten zu offiziellen Protesten bei der Reichsregierung. Bei einigen Frontsoldatentagen überwog indessen die innenpolitische Zielsetzung, so 1929 in München, wo es galt, das "preussische Gewächs" des Stahlhelm auch in Bayern populär zu machen, oder in Berlin 1932, als die Bundesführung ein kaum verschleiertes Bekenntnis zum Kabinett Papen ablegte, oder eben jetzt beim ersten Berliner Stahlhelm-Aufmarsch.

Schon die Ankündigung des Stahlhelm rief in republikanischen Kreisen Beunruhigung und Empörung hervor, vor allem nach einer

---

9) St. 9/17/24.4.1927; Standarte Jg. 1926, Nr. 14, S. 351 ff. u. Jg. 1927, Nr. 7, S. 229 ff.

10) Kleinau, Soldaten, S. 35.

11) Bochow, aaO, S. 63.

12) Medem, aaO, S. 38.

13) Dazu ausländische Pressestimmen in: St. passim; vgl. auch: Eyck, aaO, II, S. 360, S. 376 ff.

Rede Seldtes in Hamburg, in der er erklärt hatte:"So wollen wir dieses Jahr 100 000 Frontkämpfer nach dem roten Berlin werfen, damit man es dort merkt, dass es nicht nur rote Massen gibt. Wir werden in Ruhe nach Berlin gehen und in Ruhe von Berlin gehen. Aber eines Tages gehen wir nach Berlin und bleiben dort."[14] Mochten solche Worte auch nichts als "Renommistereien" sein, in der demokratischen Presse wurden Seldtes Anspielungen auf den Marsch des jetzigen Stahlhelmführers Ehrhardt auf Berlin beim Kapp-Putsch als "Herausforderung der Bevölkerung Berlins" und als offene Drohung gegen die Verfassung interpretiert und der Stahlhelm-Aufmarsch vielfach als "eine Generalprobe für einen Putsch" gewertet.[15]

Wenn die Berliner Kundgebung zum "wichtigsten Ereignis der Rechtsbewegung"[16] im Frühjahr 1927 wurde, dann war dies weniger ein Verdienst des Stahlhelm als der Kommunisten, die einen grossangelegten Agitationsfeldzug gegen die "Bürgerkriegsgarde der Grosskapitalisten und Grossgrundbesitzer" einleiteten. Die "Rote Fahne" brachte Tag für Tag Aufrufe gegen die geplante Stahlhelm-Kundgebung unter der Parole: "Am 8. Mai muss Berlin rot bleiben! Organisiert die proletarische Verteidigung! Schlagt die Fasz-isten, wo ihr sie findet!"[17] In Flugblättern hiess es: "Schmiedet die proletarische Kampffront gegen den Blut-Terror der Faszisten! Stärkt die einzige proletarische Schutz- und Wehrorganisation, den Roten Frontkämpferbund. Bleibt in Berlin, schützt mit uns die Bevölkerung vor faszistischen Provokationen .. Kein Faszist darf auf Eisenbahn, Hoch- oder Strassenbahn befördert werden .. Den Faszisten darf kein Glas Bier und kein Stück Brot in Berlin

---

14) RKo. In. Nr. 121 vom 28.3.1927 (BA R 43 I/2696); St. 9/9/27.2. 1927.

15) "Germania", "Vorwärts", zit. in: St. 9/10/6.3.1927.

16) RKo. In. Nr. 122 vom 15.7.1927 (BA R 43 I/2696).

17) St. 9/14/3.4.1927.

verkauft werden."[18] Auch der 9. Parteitag der KPD in Essen und andere Tagungen der Partei standen im Zeichen des Berliner Stahlhelm-Aufmarsches. In einer internen Sitzung meinte ein Schweizer Kommunist, der 8. Mai werde möglicherweise einen Wendepunkt in der revolutionären Bewegung herbeiführen. Es müsse Blut fliessen; vielleicht sei der 8. Mai der Anfang einer grossen staatlichen Umwälzung.[19]

Es schien tatsächlich, als wollten es die Kommunisten auf eine gewaltsame Auseinandersetzung ankommen lassen. In den Ortsgruppen des Rotfrontkämpferbunds wurden Einsatzübungen durchgeführt und Rollkommandos aufgestellt, die in Zivil ohne Abzeichen zwischen den neugierigen Mitläufern des Aufmarsches mitziehen und Zusammenstösse provozieren sollten. Besondere Anstrengungen unternahmen die Kommunisten, um die Gewerkschaften und das Reichsbanner für eine "proletarische Einheitsfront" zu gewinnen. Für den 8. Mai wurde "eine geschlossene, einheitliche politische Demonstration" in Berlin angeregt, im ganzen Reich die "Mobilisierung der Eisenbahner" vorbereitet, die alle Transporte von Stahlhelmern verhindern sollten. Für Gross-Berlin war die Ausrufung eines Verkehrsstreiks vorgesehen.[20]

Tatsächlich schienen die Kommunisten ihr Ziel zu erreichen: Der Bevölkerung bemächtigte sich angesichts ihrer militanten Gegenmassnahmen eine erhebliche Unruhe. Man befürchtete, dass die Polizei nicht in der Lage sein werde, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, und forderte deshalb ein Verbot der Stahlhelm-Kundgebung, das für umso notwendiger erachtet wurde, als die Polizei nicht in der Lage gewesen war, am 20. März ein blutiges Feuer-

---

18) abgedr. in: St. 9/14/3.4.1927.

19) Der Schweizer Kommunist Arnold auf einer Konferenz in Stuttgart am 2./3.4.1927, zit. in: Bericht des RKo. vom 3.5.1927 (BA R 43 I/2654). Über Parteitag in Essen auch: Dünow, aaO, S. 49 ff.

20) Berichte des RKo. vom 25.4.1927 (mit Abschrift einer 11-seitigen Instruktion zur Organisierung der Gegenwehr und der Demonstrationen gegen den Stahlhelm-Aufmarsch der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD) und vom 3.5.1927 (BA R 43 I/2654). Vgl. auch Dünow, aaO, S. 49 ff.

gefecht zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu verhindern.[21] Die preussischen und Berliner Behörden versuchten in verschiedenen Aufrufen beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken[22] und trafen umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen: Der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel erliess für den 7. und 8. Mai ein Verbot von Gegendemonstrationen und ordnete für die gesamte Berliner Schutzpolizei die "grosse Alarmstufe" an; nach Blättermeldungen wurden sogar Reichswehrregimenter in der Umgegend von Berlin für Notfälle bereitgehalten.[23] Für wie ernst die Lage gehalten wurde, geht daraus hervor, dass die Reichsbahnverwaltung eine verstärkte Überwachung aller von Stahlhelm-Sonderzügen benutzten Strecken anordnete, um die von den Kommunisten angedrohten Sabotageakte zu verhindern.[24] Solche Vorsichtsmassnahmen erwiesen sich allerdings als überflüssig, als die Gewerkschaften jedes Paktieren mit der KPD ablehnten und SPD und Reichsbannerführung ihren Mitgliedern empfahlen, Berlin am 8. Mai zu verlassen und "Erholung im Freien" zu suchen. Auch die Führer des Rotfrontkämpferbundes versuchten zuletzt, mässigend auf ihre radikale Berliner Unterorganisationen einzuwirken.[25]

Wenngleich der Aufmarsch der 132 000 Stahlhelmer unter dem Schutz von über 12 000 Polizisten selbst ohne grössere Zwischen-

---

21) Jd. 99/2.4.1927; über das Gefecht in Berlin-Lichterfelde: Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27 (Dokumentation von M. Broszat) in: Vjhh. Jg. 8 (1960), S. 85 ff.

22) Jd. 100/30.4.1927, 105/6.5.1927; Ausführungen des preussischen Innenministers Grzesinski im preuss. Landtag: St. 9/13/27.3.1927.

23) Jd. 100/30.4.1927, Jd. 105/6.5.1927; Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin an Preuss. Minister des Innern in: Bericht des RKo. vom 10.4.1927 (BA R 43 I/2673).

24) Telegrammbrief d. Dt. Reichsbahn-Gesellschaft (Hauptverwaltung) vom 3.5.1927 (BA R 43 I/2673); Reichsbanner Jg. 4,(1927), Nr. 14 vom 15.7.1927.

25) Dünow, aaO, S. 50; Bericht des RKo. vom 10.4.1927 (BA R 43 I/2673); Voss. Zeitung Nr. 196 vom 27.4.1927 (BA R 43 I/2734).

fälle verlief, so wird am Beispiel des Berliner Stahlhelm-Tages deutlich, wie selbst im wohl ruhigsten der "goldenen Jahre" der Republik die militanten Organisationen einen ständigen Herd der Unruhe bildeten. Die sich abwechselnden Kundgebungen und Gegendemonstrationen insbesondere des Stahlhelm, der SA, des Roten Frontkämpferbundes und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold rissen die Gegensätze im Volke auch in jenen Jahren, in denen keine bedeutenden Wahlen stattfanden, immer wieder aufs neue auf. Die scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze der Parteien erfuhren im ausserparlamentarischen Raum ihre Fortsetzung, ja ihre Verschärfung, wie die sich häufenden blutigen Zwischenfälle nur allzu deutlich zeigten.

So ist es denn kein Wunder, wenn das geräuschvolle Auftreten des Stahlhelm in Berlin verschiedentlich zum Anlass genommen wurde, das endgültige Verschwinden aller paramilitärischen Organisationen zu fordern. Ausser verfassungsrechtlichen Bedenken, wie sie z. B. 1928 vom Reichsgericht anlässlich des geplanten Verbots des Rotfrontkämpferbundes angemeldet wurden,[26] waren es einflussreiche, hinter den grossen Verbänden stehende politische Kräfte, die sich einer Auflösung widersetzten. So konnte sich der Stahlhelm nicht nur des Wohlwollens der Rechtsparteien und seines Ehrenmitglieds Hindenburg erfreuen, auch die Reichswehrführung hielt ihre schützende Hand über den Bund der Frontsoldaten, auf dessen "wertvolles Menschenmaterial" sie bei der erstrebten Erweiterung des 100 000-Mann-Heeres nicht verzichten zu können glaubte. Solange aber die Rechtsverbände bestanden, konnte man von den "Weimarer" Parteien billigerweise nicht die Auflösung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold verlangen, das neben seiner Funktion als Schutztruppe gegen rechtsradikale Umsturzver-

---

26) Über die geplante Auflösung des Roten Frontkämpferbunds (RFB): Jasper, aaO, S. 162 ff. Anlässlich des drohenden Verbots des RFB fanden sich die Rechtsverbände zu einer Art Solidaritätsbewegung für die kommunistische Organisation zusammen, da sie befürchteten, das Verbot des RFB könnte einen Präzedenzfall für die Auflösung aller Verbände schaffen. (RKo. In. Nr. 126 vom 20.7.1928 (BA R 43 I/2697); Jd. 112/13.5.1928 und 113/15.5.1928; St. 10/19/6.5.1928.

suche auch eine pädagogische Aufgabe übernommen hatte: "den republikanisch-demokratischen Staatsgedanken in Stadt und Land zu verbreiten und zu vertreten",[27] eine in der Republik gewiss legitime Tätigkeit.

Die "nationalen" Verbände fanden in einer breiten antidemokratischen Publizistik Unterstützung, die, je mehr Ende der 20er Jahre die Krise des Parteienstaats sichtbar wurde, in den Bünden die zukünftigen Träger der politischen Willensbildung sahen oder ihnen doch neben den Parteien eine führende Rolle im politischen Leben zubilligen wollten.[28] Dass selbst im Reichsbanner solche Strömungen wirksam waren, wurde im Sommer 1927 deutlich, als sich in Rechtskreisen des Zentrums Stimmen für eine Auflösung des Reichsbanners vernehmen liessen und der frühere Reichskanzler Wirth, Mitglied des Zentrums und des Reichsbanners, in einem vielbeachteten Aufsatz mit der Überschrift "Wir bleiben!" den Parteien ankündigte, dass sie, wenn sie nicht "über sich selbst" hinauswachsen würden, eines Tages von den Verbänden als politische Willensträger überflügelt würden, denn diese seien die "politische Organisationsform der Jugend" geworden.[29]

Die Zurückhaltung der Parteien gegenüber den Selbständigkeitsbestrebungen der vielfach als Konkurrenz empfundenen Verbände musste der Stahlhelm erneut anlässlich des Berliner Reichsfrontsoldatentags erfahren. Bei allem Wohlwollen gegenüber dem Stahlhelm als "vaterländischem" Verband, den die Rechtsparteien gerne als Wahlhilfstruppe heranzogen, übten die Zeitungen der Rechten gegenüber dem Anspruch des Bundes, als selbständige politische Bewegung zu gelten, deutliche Zurück-

---

27) § 2 der Satzungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, abgedr. bei: Posse, aaO, S. 66 ff.

28) als Beispiel: Hans Zehrer, Die dritte Front in: Die Tat, Jg. 24, H. 2, S. 97 ff.; ders., Das Ende der Parteien in: Die Tat, Jg. 24, H. 1, S. 68 ff. Vgl. dazu auch Sontheimer, aaO, insbes. S. 207 ff.

29) Reichsbanner, Jg. 4 (1927), Nr. 17 vom 1.9.1927; RKo. In. Nr. 123 vom 15.10.1927 (BA R 43 I/2696).

haltung, die ihnen freilich im Hinblick auf die recht dürftigen programmatischen Äusserungen der Stahlhelm-Botschaft nicht schwer fiel.[30] Noch enttäuschender für die Stahlhelm-Führung war das distanzierte Verhalten der "nationalen" Reichsregierung: Keine einzige leitende Persönlichkeit der Reichspolitik nahm an den Veranstaltungen teil; auch die vier deutschnationalen Minister der Regierung sagten ihre Teilnahme ab, wohl auf Bitten von Reichskanzler Marx und Aussenminister Stresemann, wegen der zu erwartenden aussenpolitischen Auswirkungen.[31] Hindenburg hatte zwar die Stahlhelmführer vor dem eigentlichen Beginn der Veranstaltungen empfangen, war aber dann "beinahe ostentativ" nach Oldenburg abgereist.[32]

Wenn es dem Stahlhelm zweifellos auch gelungen war, nicht zuletzt dank der Agitation der Kommunisten, die Aufmerksamkeit weiter Kreise der Öffentlichkeit auf sich zu lenken, wenn auch seine Stellung als führende Rechtsorganisation durch den Aufmarsch nachdrücklich bestatigt worden war, die Hoffnung, als politischer Faktor anerkannt zu werden, war doch nur in bescheidenem Maße erfüllt worden. Das Bundesorgan kam allerdings zu einem günstigen Fazit, wenn es, noch einmal den eigentlichen Zweck der Kundgebung betonend, schrieb: "Was wir erreichen wollten, das haben wir erreicht. Wir haben in

---

30) Pressestimmen in: St. 9/21/22.5.1927 und St. 9/29/17.7.1927.

31) Nach Presseberichten (St. 9/21/22.5.1927, St. 9/29/17.7.1927).

In einer handschriftlichen Aktennotiz von Oberregierungsrat Wienstein (Reichskanzlei) vom 27.4.1927 hiess es u.a.: "Ich empfehle dringend, jedenfalls für den Herrn Reichskanzler, Absage und zwar aus folgenden Gründen: a) der Stahlhelm steht auch heute noch im wesentlichen im Gegensatz zur Regierung und bildet eine sogen. nationale Opposition, b) der Polizeipräsident von Berlin rechnet sehr mit der Möglichkeit von Zusammenstössen mit den Kommunisten, die auch an diesem Tage demonstrieren wollen. c) Einladungen z. B. des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sind bisher auch stets abgelehnt worden."

Offenbar waren fast alle Mitglieder der Reichsregierung während der Stahlhelm-Veranstaltung gar nicht in Berlin: "Das amtliche Berlin hatte die Reichshauptstadt verlassen."(Kreuzzeitung, zit. in: St. 9/21/22.5.1927).

32) VB 40/105/8./9.5.1927; Jd. 106/7.5.1927.

Berlin die Kraft des Stahlhelm gezeigt, wir haben den Stahlhelm, den die politische Welt bisher missachtet hat oder nicht kennen wollte, in die vorderste Front gerückt .."[33]

Wie wenig das der Fall war, zeigte sich in einer politischen Aktion, die der Stahlhelm im Anschluss an den Reichsfrontsoldatentag einzuleiten gedachte: Es war vorgesehen, durch ein Volksbegehren den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge neu zu entfachen und die Reichsregierung zu veranlassen, in einem Gesetz die Kriegsschuldbehauptung des Artikels 231 des Versailler Vertrags feierlich zu widerrufen. Jeder Deutsche, der die Unschuld Deutschlands am Kriege in Frage stellte, sollte nach diesem geplanten "Stahlhelm-Gesetz" mit Zuchthaus bestraft werden.[34] Über den letzten Zweck der Aktion konnte kaum ein Zweifel bestehen: Man hoffte mit dem agitatorischen Mittel des Volksbegehrens "einen grossen innerpolitischen Kampf" zu entfesseln und den "Kampfwillen", dessen Sinken" in weiten Teilen des deutschen Volkes" bitter beklagt wurde, neu zu beleben.[35]

Indessen zeigte schon die erste Fühlungsnahme mit den in Frage kommenden Parteien, dass nicht einmal die Deutschnationalen, in der noch ein eher gemässigter, gouvernementaler Flügel dominierte, für das geplante Volksbegehren zu haben war,[36] so dass sich die Bundesführung zu einem anderen, weniger spektakulären Weg gezwungen war: Im Juni 1927 wurde der Gesetzentwurf den Reichstagsfraktionen der DNVP, der DVP, des Zen-

---

33) Brauweiler in: St. 9/20/15.5.1927.

34) Bochow, aaO, S. 56 ff.

35) Bochow, aaO, S. 57, ders. (Stahlhelm-Autor) in: VB 40/133/1927.

36) Möglicherweise waren solche Besprechungen im Februar 1927 in Berlin. Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung fand zu diesem Zeitpunkt eine Unterredung zwischen Seldte und Graf Westarp statt, die dieser allerdings in Abrede stellte. Nach der Vossischen Zeitung habe Graf Westarp gesagt, der Stahlhelm könne von den Deutschnationalen keine Zugeständnisse erhalten, da diese gewisse Bindungen "nach der anderen Seite" hin eingegangen seien; mit der nationalen Bewegung sehe es "sehr böse" aus. (St. 9/18/1.5.1927).
Nach Seldte hatte der Stahlhelm schon im Winter 1925/26 ein Volksbegehren gegen die Kriegsschuldlüge vorbereitet, das er aber dann auf Bitten der Parteien nicht durchgeführt habe (St.13/22/7.6.1931).

trums, der Bayerischen Volkspartei, der Völkischen Freiheitspartei und der NSDAP zugeleitet mit der Bitte, ihn in der Form eines Initiativantrags aufzunehmen und zur Annahme und Verabschiedung durch den Reichstag zu bringen. Auch diesem parlamentarischen Vorstoss war kein Erfolg beschieden, obgleich bei den Parteien Übereinstimmung über die Ablehnung der Kriegsschuldthese der Alliierten herrschte.[37]

Mit einem gleichzeitig und denselben Parteien überreichten "Gesetzentwurf über die bevorzugte Arbeitsbeschaffung für Frontsoldaten" nahm der Stahlhelm seine, in den ersten Jahren besonders betonte Funktion der wirtschaftlichen Interessenvertretung von Kriegsteilnehmern wieder auf und konnte in dieser, freilich unpolitischen Frage wenigstens einen Achtungserfolg erringen. Nach vorbereitenden Besprechungen Seldtes und Brauweilers mit den "Stahlhelm-Parlamentariern" - dem Bund angehörenden Abgeordneten der Rechtsparteien - nahm der Reichstag einstimmig eine Entschliessung an, derzufolge die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung aufgefordert wurde, sich u. a. für eine bevorzugte Vermittlung von Frontsoldaten einzusetzen.[38] Ein weiterer Erfolg der "parlamentarischen Arbeit" des Stahlhelm, über die das Bundesorgan eine Zeitlang ausführlich berichtete,[39] war die Verhinderung eines Verbots der Stahlhelm-Stellenvermittlungen, die bei der Mitgliederwerbung im Stahlhelm in manchen Landesverbänden eine wichtige Rolle spielten. Das Verbot "nichtgewerbsmässiger" Stellenvermittlung im "Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" blieb auf die politischen Parteien und p a r t e i politischen Organisationen,

---

37) Gesetzentwurf: abgedr. in: St. 9/25/19.6.1927, auch Sta.-Hdb. 1931, S. 56 ff.

38) St. 9/29/17.7.1927; Bochow, aaO, S. 57 ff.; Abdruck des Gesetzentwurfes in: St. 9/25/19.6.1927, auch Sta.-Hdb. 1931, S. 56 ff.

39) So die Überschrift in: 9/28/10.7.1927; ähnliche Berichterstattung unter Schlagzeilen wie "Stahlhelm-Arbeit im Reichstag", oder "Stahlhelm-Arbeit im Parlament".

wozu der Stahlhelm nicht zählte, beschränkt.[40] Zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den "Stahlhelm-Abgeordneten" der Rechtsparteien und der Bundesführung kam es auch bei der parlamentarischen Behandlung der sich haufenden Zwischenfälle zwischen Stahlhelm und den gegnerischen Organisationen.

Die Frage der parlamentarischen Einflussnahme und der Zusammenarbeit mit den "nationalen" Parteien stand seit Herbst im Schatten der 1928 fälligen Reichstagswahlen, bei denen der Stahlhelm nach den Worten seiner Bundesführer "das ganze Gewicht seiner Organisation in die Waagschale" werfen wollte; als der "grösste nationale Verband" sei er nicht mehr gewillt, "sich achtlos bei den Lebensfragen der Nation beiseite schieben zu lassen."[41] Einem wirksamen Eingreifen des Bundes stand allerdings - wie immer bei Wahlen - die Schwierigkeit gegenüber, die verschiedenen im Bunde herrschenden politischen Ansichten auf eine Wahlparole zu vereinigen. Auch über das taktische Vorgehen bei den Wahlen gab es verschiedene Ansichten, ja selbst die Stimmabgabe war umstritten: Aktivistische "bündische" Kreise waren einem Wahlprotestantismus, wie er besonders vom Jungdeutschen Orden propagiert wurde, nicht abgeneigt.[42]

Den Parteien wurde im Herbst 1927 auf einigen Kundgebungen eine Reihe von Forderungen präsentiert, von deren Annahme Stimmabgabe und Wahlhilfe des Stahlhelm abhängig sein sollte. Verlangt wurde u. a. die Anerkennung des 18. Januar als Reichsfeiertag, die Beseitigung der Kriegsschuldlüge und der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich.[43] Die Flaggen-

40) Sta.-Hdb. 1931, S. 226.

41) St. 9/49/4.12.1927, St. 9/37/11.9.1927.

42) Jd. 61/11.5.1928. Grundsätzlicher Artikel von Kleinau über Möglichkeiten des Eingreifens des Stahlhelm bei Wahlen in: Standarte Jg. 1927, H. 14, S. 413 ff.

43) St. 9/37/11.9.1927.

frage sollte im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen, womit die "Stahlhelm-Politiker" sich eine "Klärung der Fronten" erhofften: Wieder erstrebte man die Bildung eines "nationalen", schwarz-weiss-roten Blocks gegen "das volksfremde internationale schwarz-rot-goldene Prinzip",[44] d. h. gegen den Staat von Weimar, von dem sich die Bundesführung jetzt wieder nachdrücklich distanzierte, nachdem es entsprechend der Parole "Hinein in den Staat" und der gemässigten"Berliner Stahlhelm-Botschaft" eine Zeitlang den Anschein gehabt hatte, als würde sich der Bund mit der Republik abfinden. Diese unveränderte Frontstellung gegen den bestehenden Staat glaubten die Bundesführer Anfang September 1927 auf mehreren Kundgebungen nachdrücklich unterstreichen zu müssen. So erklärte Seldte auf einer Versammlung in Oldenburg, dass die Frontsoldaten mit den Leuten, die "diese Firma deutsche Republik" gründeten, in Wirklichkeit aber "eine Alteisen- und Schrotthandlung" aufmachten, "nichts gemeinsam und nichts zu tun" hätten. Duesterberg wurde noch deutlicher: In Hildesheim rief er unter der Parole "Heraus aus der Verteidigung" zum "Kampf bis zum Letzten gegen diese Republik" auf.[45]

Mit den genannten Forderungen an die Rechtsparteien schien der Stahlhelm seine frühere, bei den Reichstagswahlen 1924 begonnene und dann bei den Landtagswahlen 1926 verstärkt angewandte Taktik fortsetzen zu wollen, die Parteien durch Druck zu einer "Einheitsfront" zu zwingen. Ohne damit einen greifbaren Erfolg erzielt zu haben, waren die Folgen dieser Aktivität nicht selten erhebliche Spannungen zwischen dem Bund und den Parteien gewesen, so zuletzt im Lande Braunschweig, wo sich der Stahlhelm in einen Streit mit der dortigen DNVP über das Reichsschulgesetz eingelassen hatte. Im

---

44) Seldte in Mühlhausen (St. 9/48/27.11.1927).

45) Beide Kundgebungen fanden am 3.9.1927 statt; die Reden Seldtes und Duesterbergs wurden vom Bundesorgan als "programmatische Erklärungen" bezeichnet; der 3. September 1927 werde in die Geschichte des Stahlhelm eingehen (St. 9/37/11.9.1927).

gleichen Land war es mit der DVP anlässlich der Kreis- und Gemeindewahlen im Februar 1928 zum Bruch gekommen, als sich die Partei weigerte, die Bedingungen des Stahlhelm - keine Koalition mit einer "marxistischen" Partei, Einstellung der "Dawes- und Locarno-Politik" - zu erfüllen. Das Ergebnis war hier wie in früheren Fällen, dass sich ein Grossteil der Stahlhelmer mit anderen, sich von den "bürgerlichen Parteien" distanzierenden Gruppen der Stimme enthielt und DVP und DNVP einen Stimmenrückgang zu verzeichnen hatten.[46] Einer anderen "nationalen" Partei konnte diese Entwicklung nur erwünscht sein: Hoffnungsvoll kommentierten die Nationalsozialisten die Wahlenthaltung vieler "nationaler" Wähler: "Es fehlt nur noch die positive Schlussfolgerung an diesem zunächst noch negativen Schritt."[47]

Angesichts des offensichtlichen Misserfolgs der bisherigen Taktik bei Wahlen und der vielfachen Unzufriedenheit mit den regierenden "nationalen" Parteien ist es verständlich, dass manche Kreise des Bundes dem Plan einer"Stahlhelm-Partei" oder einer gemeinsamen parlamentarischen Vertretung der "nationalen" Bünde nicht unsympathisch gegenüberstanden. Ein solcher Plan ging von dem völkischen Abgeordneten Wulle aus: Ein Völkisch-Nationaler Block sollte alle antiparlamentarisch eingestellten Gruppen, insbesondere Stahlhelm, Wehrwolf und Tannenbergbund zu einem Wahlblock zusammenfassen. Bei Beibehaltung der Selbständigkeit der einzelnen Organisationen war vorgesehen, eine gemeinsame Wahlliste aufzustellen und eine gemeinsame Fraktion zu bilden, deren Mitglieder in allen Fragen, auf Grund derer sich der"Block"geeinigt hatte, gemeinsam vorgehen, in Sonderfragen jedoch ihre eigene Meinung bei der Abstimmung vertreten sollten. Nach anfänglicher Zu-

---

46) VB 40/277/1.12.1927; Standarte, Jg. 1927, Nr. 20, S. 530; Jd. 228/29.9.1927. Im Anschluss an eine Verordnung des Bundes, nach der Parteiführer und Parteiangestellte nicht mehr auf Stahlhelm-Versammlungen politische Reden halten durften, trat der Führer der DNVP-Landtagsfraktion aus dem Bunde aus (Jd. 226/27.9.1927).

47) VB 40/277/1.12.1927.

stimmung in einzelnen Bünden, insbesondere im Wehrwolf, wurde bald deutlich, dass es sich beim Völkisch-Nationalen Block mehr um eine "Rettungsaktion" der stagnierenden Deutsch-völkischen Freiheitsbewegung handelte als um eine "bündische" Sammelpartei. Der Stahlhelm lehnte dann im Januar 1928 einen offiziellen Beitritt zum inzwischen gegründeten "Block" ab, was eine weitere Zusammenarbeit zwischen Stahlhelm und "Block" in verschiedenen Gegenden nicht ausschloss, wie auch die völkisch gesinnten Stahlhelmer ihre Stimme bei der Wahl vornehmlich dieser Partei gegeben haben dürften.[48)]

Ein anderer Plan einer Parteigründung wurde vom äussersten rechten, mit der Politik der Deutschnationalen unzufriedenen Flügel des Alldeutschen Verbandes in die Debatte geworfen. Nachdem "Nationalliberale und Deutschnationale völlig versagt" hätten, schrieb der Initiator des Plans, Professor v. Liebig, müssten die Wehr- und Vaterlandsverbände "eine Einigung der von Hitler z. Zt. nicht erfassbaren nationalen Kreise" versuchen. Dem Stahlhelm wurde dabei die führende Rolle zugewiesen, Seldte die Führung zuerkannt, dem ein "politisch zuverlässiger Generalstabschef" zur Seite zu stellen wäre.[49)]

Auch dieses Vorhaben kam ebensowenig zur Ausführung wie die Gründung einer "Frontkrieger-Partei nach faschistischem Vorbild"[50)] oder einer eigenen "Stahlhelm-Partei", die nach der Meinung Duesterbergs schon beim "ersten Wahlgang 20 - 30 Abgeordnete aus eigener Kraft" in den Reichstag entsenden könnte.[51)] Wenngleich im Bunde jetzt häufig die Gründung einer

---

48) RKo. In. Nr. 124 vom 24.12.1927, Nr. 125 vom 14.4.1927; Stahlhelm-Führerbrief Nr. 6 vom 5.3.1928, Niederschriften von Reden (BA R 72/2 und R 72/4); VB 40/294/21.12.1927; Jd. Jg. 1928, passim. Die Frauenorganisation des Stahlhelm, der Königin-Luise-Bund, erklärte ihren Beitritt zum Völk.-Nationalen Block (RKo. In. Nr. 125 vom 14.4.1928, BA R 43 I/2697).

49) VB 41/35/11.2.1928, Beilage, Die neue Front, Nr. 2; VB 41/56/29.2.1928; VB 41/51/1.3.1928. RKo. In. Nr. 125 vom 14.4.1928 (R 43 I/2697).

50) RKo. In. Nr. 125 vom 14.4.1928; Deutschenspiegel, Jg. 5 (1928), H. 3, S. 116.

51) St. 9/37/11.9.1927.

Partei diskutiert wurde, so scheint es doch zweifelhaft, ob die Bundesführung tatsächlich einen solchen Schritt ernsthaft erwogen hat.[52] Die wiederholte Ankündigung, den Stahlhelm in eine politische Partei umzuformen, ist denn auch eher als ein Versuch anzusehen, auf die Rechtsparteien einen Druck auszuüben. Widerstand gegen eine Parteigründung kam von den "bündisch" gesinnten Kreisen der jüngeren Generation. Unterstützt durch die Vertreter der antidemokratischen Publizistik, wiederholten sie ihre Argumente von der Widersprüchlichkeit von Parteigründung und radikaler Bekämpfung des Parlamentarismus und wurden nicht müde, die Aussichtslosigkeit dieser Taktik darzulegen. Sie sahen weiterhin in der Form der ausserparlamentarischen Organisation - im Bund - den zukunftsträchtigeren Ausdruck politischer Willensbildung. In militärischen Kategorien denkend, hofften sie immer noch auf eine ausserparlamentarische Lösung, die auch ein gewaltsames Vorgehen nicht ausschloss.[53]

Abgesehen von solchen prinzipiellen Einwänden gab es noch einen anderen Grund, der den Ausschlag für die Entscheidung des Stahlhelm gegeben haben dürfte, von einer Parteigründung abzusehen. Es konnte nämlich kein Zweifel sein, dass die Immunisierung des Bundes gegen Parteieinflüsse keineswegs in dem Maße erreicht worden war, wie vor der Öffentlichkeit gerne behauptet wurde. Noch bestanden insbesondere bei den Unterführern, die bei der dezentralisierten Struktur des Bundes eine entscheidende Rolle spielten, mannigfache Bindungen zu den Rechtsparteien, besonders zu den Deutschnationalen, denen verständlicherweise an einer neuen, konkurrierenden Partei nichts gelegen sein konnte.[54] Mancher Stahlhelmführer vertrat nach wie vor die Ansicht, den Bund als "unpolitischen"

---

52) Kleinau, Politischer Kampf in: Sta. II, S. 34.

53) Standarte, Jg. 1927 und 1928 passim.

54) Auf solche Tendenzen weist Pastenaci in einem Artikel "Die Bünde und die Wahlen" hin (Jd. 37/12.2.1928), auch Deutschenspiegel, Jg. 4 (1927), H. 52, S. 2463 ff.

Wehrverband zu erhalten und die Politik den Parteien zu überlassen. So war zu befürchten, dass die Umwandlung in eine Partei zu erheblichen Schwierigkeiten führen musste; wahrscheinlich hätte eine "Stahlhelm-Partei" sogar das Ende der Organisation bedeutet.

In der Ende November 1927 vom Bundesvorstand veröffentlichten Wahlkundgebung ist denn auch von einer eigenen parlamentarischen Vertretung oder von einem ebenfalls diskutierten Zusammenschluss mit einer bestehenden Partei nicht mehr die Rede. Allerdings wurden den Parteien auch nicht wie bisher programmatische Forderungen gestellt, sondern ein Mitspracherecht bei der Listenaufstellung gefordert, eine Taktik, die schon früher - wenn auch nur vereinzelt - versucht worden war. In der Verlautbarung hiess es bei grundsätzlicher Ablehnung des "heutigen Parlamentarismus" und der "Parteiwirtschaft" als dem "Grundschaden unseres Verfassungslebens", dass der Stahlhelm nur solche Wahlvorschläge unterstützen könne, auf denen im Einvernehmen mit den Landesverbandsführern ausgewählte Stahlhelm-Kameraden an sicherer Stelle aufgestellt seien. Die Landesverbandsführer wurden aufgefordert, auf die Bildung einer "schwarz-weiss-roten Einheitsfront gegen die international-pazifisch-marxistischen Kräfte" hinzuwirken.[55)]

Nachdem die Methode, die Parteien auf bestimmte programmatische Forderungen festzulegen, sich als erfolglos erwiesen hatte, versuchte man jetzt durch Delegierung von bewährten Stahlhelmern in die "nationalen" Fraktionen zum Ziel zu kommen. Neben einer politischen Schulung der ins Parlament zu entsendenden Stahlhelm-Mitglieder für eine spätere, offenbar aber nicht mehr in einem Parlament auszuübende Tätigkeit erstrebte man die Bildung einer quer durch die "nationalen" und völkischen Parteien gehenden interfraktionalen "Kampffront" von "Stahlhelm-Parlamentariern". Diese sollten in den

55) St. 9/49/4.12.1927, abgedr. auch in: Sta. II, S. 34.

einzelnen Fraktionen einen Druck gegen die "Parteiselbstsucht" ausüben und besonders bei den "grossen nationalen Schicksalsfragen" im Sinne der Bundesführung eingreifen.[56] Es blieb im Grunde beim alten strategischen Ziel jeder "Stahlhelm-Politik",der Bildung eines "schwarz-weiss-roten Blocks", an dessen Zustandekommen der Stahlhelm schon aus verbandsinternen Gründen das grösste Interesse haben musste: Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen "nationalen" Parteien blieben nicht ohne Auswirkung im Verband, ja drohten seinen Bestand zu gefährden, zumindest solange es der Führung nicht gelungen war, die Gefolgschaft gegen die Einflüsse der Parteien immun zu machen.

Dass die in die Parteien zu delegierenden Stahlhelm-Vertreter den Parteieinflüssen besonders ausgesetzt sein würden, war freilich anzunehmen. Es mussten deshalb nach der Ansicht Duesterbergs "Männer" sein, die gefeit waren gegen den "Dunst der berlinisch-parlamentarischen Versumpfung", die in den Volksvertretungen niemals zersetzend, sondern sammelnd wirken müssten.[57] Diese Abgeordneten hätten "Stahlhelmer in ausschliesslichem Sinne" zu sein, an die die Führung "Anordnungen von höchster politischer Tragweite" erlassen könne, ohne dass ihre Befolgung an der Parteibindung scheitere. Für Stahlhelm-Abgeordnete sollte nicht mehr der Fraktionsbeschluss massgebend sein, sondern - wie es hiess - "ihre Weltanschauung und ihr Gewissen",[58] man wird sagen dürfen: die Befehle der Bundesführung.

Mit der Aufstellung von"Stahlhelm-Kandidaten"auf den Listen der Rechtsparteien hofften die Stahlhelmführer, dass die Mitglieder des Bundes und der angeblich grössere Kreis der von ihnen be-

---

56) (Stahlhelm-)Führerbrief Nr. 6 vom 5.3.1928; Pache, aaO, S. 20. Über die Wahlparolen der Bünde mehrere Beiträge in: Der Deutschenspiegel, so Wolfram, Parteien und Verbände, Jg. 4/1927, H. 33, S. 1549 ff.; ders., Nationale Verbände und Tagespolitik, Jg. 4/1927, H. 52, S. 2463); Eysenhut, Verbände und Parlamentarismus, Jg. 5/1928, H. 3, S. 115 ff.; ders., Bünde und Parteien, Jg. 5/1928, H. 7, S. 305 ff.

57) Duesterberg (St. 9/49/4.12.1927).

58) Jd. 220/22.9.1927.

einflussten Personen mit mehr Anteilnahme und Begeisterung in den Wahlkampf ziehen würden, da "dieser Kampf für die eigenen Führer und Kameraden" durchgefochten werde. Unter der Parole "Kameraden wählen Kameraden" hiess es: "Der Stahlhelm geht in den Wahlkampf und will kämpfen. Aber er kämpft für s e i n e Ziele. Er kämpft für s e i n e Männer. Er kämpft für sich selbst!"[59]

Trotz solcher an bewusste Irreführung grenzenden Aufrufe war nicht zu übersehen, dass in weiten Kreisen der Stahlhelm-Gefolgschaft die Wahlparole wenig Anklang fand, die ja letzten Endes auf eine Unterstützung der bürgerlichen Parteien hinauslief. Sowohl die Deutsche Volkspartei als auch die Deutschnationalen hatten aber, wie sich der politische Referent des Bundes ausdrückte, "bei vielen Kameraden das früher gegebene Vertrauen" eingebüsst,[60] nachdem sich beide an der Regierung beteiligt hatten. Deutlicher waren "nichtamtliche" Äusserungen: So nannte die Standarte die Regierungstätigkeit der Rechtsparteien "ein Mitschwimmen im Strom allgemeiner Entschlusslosigkeit", dessen Richtung s i e nicht bestimmen würden. Die verfehlte Aussenpolitik werde "gebilligt und getragen von einer Einheitsfront aller parlamentarischen Parteien von links bis rechts. Und hier nicht aus Überzeugung, sondern aus Unfähigkeit".[61] Mit der Deutschen Volkspartei kam es vor der Reichstagswahl zu neuen Auseinandersetzungen, die die Fragwürdigkeit der "Stahlhelm-Kandidaturen" nur allzu deutlich offenbar werden liessen. Bei der Behandlung des Amnestie-Gesetzes im Reichstag stimmten mit der Volkspartei auch zwei bekannte Stahlhelm-Mitglieder gegen die Annahme des Gesetzes, obwohl der Stahlhelm in zahlreichen Kundgebungen die Freilassung

---

59) Unsere Wahlparole in: St. 10/15/8.4.1928.

60) St. 9/49/4.12.1927. Über die Unzufriedenheit weiter Stahlhelm-Kreise mit den Rechtsparteien auch: RKo. In. Nr. 125 vom 14.4. 1928 (BA R 43 I/2697).

61) Standarte Jg. 1928, H. 6, S. 122.

des Fememörders Schulz und seiner "Kameraden" gefordert hatte.[62] Auch die Deutschnationalen gerieten seit ihrem Eintritt in die Regierung in das Schussfeld radikaler Stahlhelm-Kreise. Man warf der Partei "Führerlosigkeit" und "wenig Nationalismus, sehr viel Parlamentarismus" vor.[63]

Die personellen Forderungen des Stahlhelm brachten - wie nicht anders zu erwarten - neue Zwistigkeiten mit den Parteien mit sich. Wieder hörte man bei den Parteien Stimmen, die den Bund an seine "eigentlichen Aufgaben" erinnerten: er solle das "vaterländische Ehrgefühl" wecken und "die Erinnerung an unsere grosse Vergangenheit" pflegen[64] und sich jetzt vor den Wahlen als Saalschutztruppe zur Verfügung stellen - aber ohne Bedingungen. Unter Parteifunktionären fielen "recht wenig schmeichelhafte" Äusserungen über die "jungen Leute", die von der "Tätigkeit und den ungeahnten Schwierigkeiten des Regierens so blutwenig" verständen.[65]

Vermieden die Parteien auch aus begreiflichen Gründen vor den Wahlen nach Möglichkeit irgendwelche Differenzen mit dem Bund, so waren sie andererseits wenig geneigt, auf die personellen Wünsche der Landesverbände einzugehen. Sie zogen sich vielfach dadurch aus der Klemme, dass viele Kandidaten jetzt die Stahlhelm-Mitgliedschaft erwarben; die von den Landesführern präsentierten "echten" Stahlhelmer wurden dann mit dem Hinweis abgelehnt, es seien schon genügend Mitglieder des Bundes auf der Liste. Es kam auch vor, dass bekannte Stahlhelmführer trotz gegenteiliger Zusagen so ungünstig planziert wurden, dass ihre Wahl von vornherein aussichtslos war und sie

---

62) St. 10/20/13.5.1928. Heftige Angriffe gegen die DVP richtete Duesterberg in einem Leitartikel im Bundesorgan, ohne jedoch den Namen der Partei zu nennen (St. 10/20/13.5.1928). Es kam auch zu Protesten bei der Bundesführung von Seiten von Untergliederungen (Jd. 94/21.4.1928; VB 41/98/27.4.1928; RKo. In. Nr. 125 vom 14.4.1928 (BA R 43 I/2697).

63) Standarte Jg. 1927, Nr. 16, S. 434 u. Jg. 1928, H. 2, S. 48.

64) Der Deutschnationale, zit. in: Jd. 228/29.9.1927. Deutschenspiegel Jg. 5 (1928), H. 6, S. 262.

65) Deutschenspiegel Jg. 4 (1928), H. 33, S. 1552.

deshalb dankend auf eine Kandidatur verzichteten.[66] Verärgerung und Enttäuschung waren die Folge dieses parteitaktischen Manövers. Es war wenig geeignet, die ohnehin geringe Begeisterung der Stahlhelm-Mitglieder für die "bürgerlichen" Listen zu heben, auf denen in der Mehrzahl Angehörige der Vorkriegsgeneration standen. Stahlhelm-Gruppen lehnten denn auch nicht selten jede Wahlhilfe für die Parteien ab.[67]

Mit e i n e r "nationalen" Partei blieben dem Stahlhelm solche Reibereien erspart: Die NSDAP hatte entsprechend ihrem Totalitätsanspruch von vornherein jede Zusammenarbeit mit dem Bund abgelehnt. Eine Partei, schrieb Alfred Rosenberg im Völkischen Beobachter, die etwas auf sich halte und wirklich einen deutschen Staatsgedanken mit politischen Mitteln vertrete, könne sich nicht ohne weiteres von einem Verbande einen Vertreter aufdrängen lassen, wenn der Verband nicht wisse, was er eigentlich wolle.[68] Der Stahlhelm galt als "frontlos"[69] und als "national" unzuverlässig, weil Seldte früher mit Stresemann sympathisiert hatte, als "judenfreundlich", weil anfänglich auch jüdische Frontsoldaten aufgenommen worden wären.[70] Nachdem sich Hitler schon in seinem "Kampf" grundsätzlich von den Wehrverbänden distanziert hatte,

---

66) Sta. II, S. 34; Deutschenspiegel Jg. 4 (1928), H. 52, S. 2463. Abdruck eines Briefwechsels zwischen W. Kleinau, dem Standarte-Herausgeber, den die DNVP für eine Kandidatur auf aussichtsloser Stelle der Liste gewinnen wollte, und der Landtagsfraktion der DNVP in: Standarte Jg. 1928, H. 11, zit. nach: Jd.136/13.6.1928. - Der langjährige Generalsekretär des Bundes stand auf der preussischen Landesliste der DNVP an 21. Stelle, obwohl ihm offenbar ein sicherer Platz versprochen worden war (Jd. 28/22.4.1928).

67) Einen Einblick hierzu gibt ein Briefwechsel aus dem Gau Hildesheim. Als die DNVP den vom Stahlhelm präsentierten Gauführer Siebke nicht aufstellte, lehnte es der betr. Gau "wegen nicht genügender Berücksichtigung und Unterstützung seines Kandidaturvorschlags" ab, sich wie 1924 bei den kommenden Wahlen offiziell für die Partei einzusetzen. (BA R 72/4). Gauführer Siebke trat aus Verärgerung später zur NSDAP über.

68) VB 41/84/11.4.1928.
69) VB 41/84/11.4.1928.
70) VB zit. in: St. 8/33/15.8.1926.

verbot er erneut im Februar 1927 die Zugehörigkeit von Parteimitgliedern zu anderen politischen Vereinen und Wehrverbänden, ausgenommen den Veteranen- und Kriegervereinen. Auch eine Zusammenarbeit und ein gemeinsames Auftreten mit diesen Verbänden wurde offiziell untersagt.[71] Das Verbot wurde aber offenbar in den einzelnen Gauen recht unterschiedlich gehandhabt; denn es kam auf lokaler Ebene verschiedentlich zu einer Zusammenarbeit zwischen NSDAP und Stahlhelm, der, wenn noch keine SA vorhanden war, gelegentlich auch den Saalschutz für die Partei übernahm.[72]

Das in den einzelnen Gegenden des Reiches recht unterschiedliche Verhältnis zwischen den beiden Organisationen spiegelt sich auch in der nationalsozialistischen Presse. Der Völkische Beobachter nahm seit 1927 eher eine gemässigte, wohlwollend-herablassende Haltung ein, die Organe der Brüder Strasser und der "Angriff" von Goebbels dagegen ergingen sich häufig in heftigen Angriffen gegen den Bund und seine Führer. Der Völkische Beobachter beispielsweise bezeichnete Seldte als einen klugen Taktiker; er sei"einer der ganz Wenigen, neben Adolf Hitler vielleicht überhaupt der Einzige", der sich nach dem Kriege "im Aufmarsch für den deutschen Freiheitskampf"als schöpferischer Organisator bewährt habe.[73] Die Strasser-Presse dagegen nannte den Bundesführer "waschlappig", lobte dagegen die "aktivistischen Kräfte Mitteldeutschlands", d. h. die Duesterberg-Gruppe.[74]

---

71) A. Hitler, Mein Kampf, 24. Aufl., München 1933, S. 603 ff. RKo. In. Nr. 123 vom 15.10.1927 (R 43 I/2696); St.9/28/10.7.1927.

72) Vgl. S. 153.

73) VB 40/238/15.10.1927, Beilage Die Neue Front Nr. 9; VB 40/285/10.12.1927, Beil. Münchner Beobachter.
1926 sprach man auch im VB vom "stresemannlichen Stahlhelm", vom "Likörfabrikanten" Seldte und forderte die Mitglieder des Bundes auf: "Heraus aus dem Stahlhelm oder fort mit einem Seldte!' (VB 39/55/7./8.3.1926).

74) Berliner Arbeiterzeitung zit. nach Jd. 107/8.5.1927.
Eine ähnlich unterschiedliche Beurteilung fand der Berliner Frontsoldatentag (1927): Der VB bezeichnete den Aufmarsch als "unbedingt das Bedeutsamste, das Berlin seit den Augusttagen 1914" gesehen habe, Goebbels übte heftige Kritik, besonders an der Führung (VB 40/108/12.5.1927; RKo. In. Nr. 123 vom 15.10.1927, BA R 43 I/2696).

Die Angriffe der Nationalsozialisten, die das Bundesorgan in recht gemässigter Form zurückwies, nahmen während des Wahlkampfes erheblich zu und richteten sich vor allem gegen die Wahlparole des Bundes, die ja theoretisch die Wahl und Unterstützung der NSDAP durch Stahlhelmer ausschloss.[75] Trotz den verstärkt unternommenen Versuchen, in den Bund einzubrechen, blieb den Nationalsozialisten zunächst ein Erfolg versagt. Noch wurden der Partei keine besonderen Chancen zugebilligt; die Mehrzahl der völkisch gesinnten Stahlhelmer dürfte, wie erwähnt, den Völkisch-Nationalen Block gewählt haben, der als einzige Partei die personellen Forderungen des Stahlhelm weitgehend erfüllt hatte.

Der Völkisch-Nationale Block war auch die einzige Partei, die bei der Besprechung des Wahlresultats eine gute Zensur erhielt. Seine, allerdings katastrophale Niederlage wurde vom Bundesorgan "unter allen Umständen aufs tiefste" bedauert,[76] das schlechte Abschneiden der übrigen "nationalen" Parteien dagegen mit kaum verheimlichter Schadenfreude kommentiert. Das Wahlresultat sei eine "durchaus gerechte Strafe", schrieb der "Alte Dessauer", das Organ Duesterbergs,[77] und die Bundeszeitung meinte, es sei beinahe schade, dass die

---

75) VB Oktober 1927 - April 1928 passim. Die Parole sei von "erschreckender Dürftigkeit"; der Bund selbst als "Besserungs- und Schutzengel der anderen Parteien" bezeichnet (VB 40/277/1.12.1927; VB 41/81/5./6.8.1928).

Kritisiert wurden vom Bundesorgan in zwei "Randbemerkungen" bes. die "Methoden der Skandaljournalistik"; Bedenken wurden gegen das Wirtschaftsprogramm der NSDAP erhoben und Zweifel an der Führerqualität Hitlers angemeldet (St. 10/17/22.4.1928 und 10/20/13.5.1928).

76) St. 10/22/27.5.1928.

77) Der Alte Dessauer, zit. in: Jd. 126/1.6.1928.

Niederlage des Bürgertums nicht noch schlimmer geworden sei.[78] Insbesondere mussten sich die Deutschnationalen Kritik gefallen lassen; diese hätten ihre "gewaltige parlamentarische Macht" dazu benützt, "um mit Herrn Stresemann Erfüllungspolitik zu machen und innenpolitisch das Volk zu enttäuschen".[79] Die Partei sei "mit den ältesten Ladenhütern einer reaktionären Vergangenheit" in den Wahlkampf gezogen und habe die"Stahlhelm-Kandidaten"und "Männer der jüngeren Generation" "planmässig" von allen aussichtsreichen Stellen der Listen ferngehalten.[80]

Rein zahlenmässig hätte der Stahlhelm mit seinem Versuch, über die Parteien zu Einfluss in den Parlamenten zu gelangen, zufrieden sein können: 103 Mitglieder des Bundes wurden in den Reichstag und in den Preussischen Landtag gewählt, die Mehrzahl auf den Listen der Deutschnationalen Volkspartei. Von den 49 in den Reichstag gewählten Angehörigen des Stahlhelm gehörten 34 dieser Partei an, 9 der Deutschen Volkspartei, 4 der Christlich-Nationalen Bauernpartei und je einer dem Sächsischen Landvolk und der Wirtschaftspartei. Im preussischen Landtag verteilten sich die Stahlhelm-Mitglieder wie folgt auf die Parteien: DNVP 41, DVP 10, Völkisch-Nationaler Block 2, Christlich-Nationale Bauernpartei 1.[81]

Diese Aufstellung kann nur ein ungefähres Bild darüber geben, welcher Partei die Stahlhelm-Mitglieder bei den Maiwahlen ihre Stimme gegeben haben. Sicher ist wohl, dass eine Mehr-

78) St. 10/23/3.6.1928.

79) Bayerischer Stahlhelm Nr. 38 vom 1.6.1928.

80) Standarte Jg. 1928, H. 10, S. 217 ff.

81) Veröffentlichung von Listen mit gewählten Stahlhelmern in: St. 10/23/3.6.1928, St. 10/25/17.6.1928, St. 10/26/24.6.1928.

heit die Deutschnationalen gewählt hat. Die zahlenmässige Stärke der radikaleren, mit der DNVP unzufriedenen Kreise kommt allerdings in der Aufstellung unzureichend zum Ausdruck. So erscheinen beispielsweise die bei den Reichstagswahlen für den Völkisch-Nationalen Block abgegebenen Stimmen nicht, weil die Partei in keinem Wahlkreis soviel Stimmen erreichen konnte, dass ihr ein Mandat zugefallen wäre.[82] Ferner darf angenommen werden, dass nicht wenige Stahlhelmer, insbesondere der jüngeren Jahrgänge, aus prinzipieller Gegnerschaft zum "Parteiismus" und aus Unzufriedenheit mit den Rechtsparteien überhaupt den Wahlurnen ferngeblieben sind.[83]

Verfehlt wäre es auch, aus der Liste der "Stahlhelm-Abgeordneten" Rückschlüsse auf die zahlenmässige Stärke der im Wahlkampf diskutierten "Stahlhelm-Partei" zu ziehen. Es handelte sich bei diesen "Stahlhelm-Abgeordneten", wie erwähnt, nur zu einem Bruchteil um "echte" Stahlhelmer; die Mehrzahl waren sog. "Auch-Stahlhelmer", die "durch das Anstecken der bekannten Nadel" ihre Wahlaussichten zu verbessern getrachtet hatten.[84] Dass sie sich in erster Linie als Vertreter ihrer Partei fühlten, zeigte sich bei den Differenzen mit der Deutschen Volkspartei anlässlich der Regierungsbildung im Frühsommer 1928.

Den Auftakt bildeten heftige Angriffe der Bundesführer auf dem Hamburger Reichsfrontsoldatentag gegen die Aussenpolitik Stresemanns und gegen die bürgerlichen Parteien, die der Unfähigkeit geziehen wurden, den "Kampf für die deutsche Freiheit

---

82) Der Völkisch-Nationale Block erhielt bei den Reichstagswahlen 264 565 Stimmen, bei den Wahlen für den preussischen Landtag 204 240 Stimmen und 2 Abgeordnete, die beide dem Stahlhelm angehörten (RKo. In. Nr. 126 vom 20.7.1928, BA R 43 I/2697).

83) Der "Jungdeutsche" schätzte, dass etwa die Hälfte der Jungwähler nicht gewählt habe (Jd. 28/24.5.1928).

84) Deutschenspiegel, Jg. 4 (1927), H. 43, S. 204, auch Jg. 5 (1928), H. 19, S. 791; Jd. 133/9.6.1928.

heit und gegen den internationalen Marxismus" erfolgreich zu führen.[85] Der Stahlhelm gab auch zu verstehen, dass er die Bildung einer "Grossen Koalition" strikt ablehne und gewillt sei, auf die dem Bund angehörenden Abgeordneten der Deutschen Volkspartei einen entsprechenden Druck auszuüben. In einer Presseerklärung "von massgebender Seite" wurde darauf hingewiesen, dass Männer, die mit dem"Stahlhelmabzeichen und dem Stahlhelmgeist"in die Parlamente einzögen, die Verpflichtung hätten, in ihrer parlamentarischen Betätigung "die politischen Grundanschauungen des Stahlhelm als einer politischen Freiheitsbewegung zum Ausdruck zu bringen." Zu diesen Grundprinzipien des Stahlhelm gehörte aber eben die Ablehnung einer auch nur taktischen Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und offenbar auch mit den Demokraten, wenngleich beide Parteien in der Erklärung nicht ausdrücklich genannt wurden.[86]

Die Haltung der Deutschen Volkspartei zum Stahlhelm zeigte einmal mehr die widerstrebenden Tendenzen in dieser Partei, die nur durch die Persönlichkeit Stresemanns mühsam ausgeglichen werden konnten. Zwar lehnte die Fraktion, einschliesslich der "Stahlhelm-Abgeordneten", unter Hinweis auf die Verfassung "irgendwelche Beeinflussung politischer Art" durch den Bund ab,[87] aber die Mehrheit der Fraktion verharrte trotzdem in ihrem Widerstand gegen die von Stresemann angestrebte "Grosse Koalition".[88] Auf der einen Seite wurden die "die Grenze des Zulässigen" überschreitenden Einmischungsversuche

85) St. 10/24/10.6.1928.

86) St. 10/25/17.6.1928; Jd. 137/14.6.1928.

87) Vorstandssitzung der Reichstagsfraktion der DVP am 16.6.1928 (BA R 45 II/66); Jd. 138/15.6.1928.

88) Vgl. dazu: Eyck, aaO, II, S. 207 ff.

des Stahlhelm kritisiert[89] und seine Hamburger Kundgebung als "törichte Politik der Provokationen und Demonstrationen" verurteilt,[90] auf der anderen Seite versicherte die parteioffiziöse Nationalliberale Correspondenz, dass kein"Kampfzustand" mit dem Bund herrsche.[91] Auch die Stahlhelm-Führung vermied einen offenen Bruch mit der Partei: Trotz entsprechender Forderungen aus der Mitgliedschaft erfolgte kein Ausschluss der volksparteilichen "Stahlhelm-Abgeordneten", der dem "linken" Flügel der Partei offenbar nicht unwillkommen gewesen wäre und Stresemann "freie Hand gegenüber dem Stahlhelm" gegeben hätte.[92]

Als die "Grosse Koalition" erst nach mühseligen Verhandlungen und ohne Bindungen an die Parteien zustandekam, feierte dies der Stahlhelm als ersten Erfolg seiner Intervention,[93] was freilich übertrieben war. Immerhin dürfte der Bund aber einen Anteil an der Rechtsentwicklung der DVP gehabt haben, wie sie nach dem Tode Stresemanns offen in Erscheinung trat. Diesem gelang es zwar, die Partei im Herbst des Jahres zu einer sichtlichen Distanzierung vom Bund zu bewegen, aber er hatte weiterhin gegen den Drang seiner Partei zur "Nationalen Opposition" anzukämpfen, wie sie in jener Zeit besonders vom Stahlhelm propagiert wurde. Der Wunsch, sich wieder mit ihm zu "verbrüdern", dürfte vor allem in der regionalen Parteiorganisation vorhanden gewesen sein, bei den "Stammtischen" der Partei, die - wie sich Stresemann einmal beklagte - demjenigen

---

89) Kölnische Zeitung,zit. nach: Jd. 144/22.6.1928; Deutsche Stimmen,zit. nach: Jd. 157/7.7.1928.

90) Nationalliberale Correspondenz, zit. nach VB 41/132/9.6.1928 und Jd. 131/7.6.1928.

91) Zit. nach Jd. 135/12.6.1928.

92) Jd. 137/14.6.1928.

93) Standarte Jg. 1928, H. 13, S. 289; Erklärung des Bundesvorstands vom 8.7.1928 (St. 10/29/15.7.1928).

am meisten zubrüllten, der "im Sinne des Herrn Seldte und des Herrn Duesterberg" spreche.[94]

Übte der Stahlhelm auch durch seine ständige Agitation einen nicht unerheblichen radikalisierenden Einfluss auf gemässigte bürgerliche Rechtskreise aus, ein sichtbarer Erfolg als "pressure-group" blieb ihm versagt. Am Beispiel der Regierungsbildung zeigte es sich, dass die Bindung der "Stahlhelm" Abgeordneten" zur Partei stärker war als die zum Bund, dass der "Parteigeist" sich als stärker als der "Stahlhelmgeist" erwies, wie man jetzt resignierend zugeben musste.[95] Die Absage der volksparteilichen "Stahlhelm-Abgeordneten" bedeutete zugleich das Scheitern jener mit der Parole "Hinein in den Staat" eingeleiteten Taktik, über die Parteien zu politischem Einfluss zu gelangen. Zurückblieb nach dem Misserfolg der "Stahlhelm-Kandidaturen" eine Verstimmung sowohl im Bund als auch bei den Parteien, die den Verbänden sogar vorwarfen, durch ihr Eingreifen bei der Wahl die Niederlage der Rechtsparteien noch vergrössert zu haben.[96]

Die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien war allerdings im Bunde immer umstritten gewesen und die Wahlparole vielfach abgelehnt worden. Selbst in der politischen Leitung scheint man an einem Erfolg dieser Taktik gezweifelt zu haben.[97] Dafür hatten radikale Stahlhelmführer während des Wahlkampfes deutlich zu verstehen gegeben, welche Methode sie für

---

94) Stresemann an Geheimrat Kahl am 13.3.1929 (Stresemann, Vermächtnis, III, S. 436 f.).

95) Pache, aa0, S. 20.

96) Jd. 133/9.6.1928; Standarte Jg. 1928, H. 13, S. 289.

97) Brauweiler in: St. 10/44/28.10.1928 und in: Der Tag, zit. nach: Jd. 248/21.10.1928.

Die Zurückhaltung und Kritik an der Wahlparole des Bundes geht aus verschiedenen Reden der Stahlhelmführer, aus Artikeln im Bundesorgan und aus Aufzeichnungen in den Akten des Gaues Hildesheim hervor (St. passim, bes. Monate Januar bis Mai, BA R 72/4, R 72/2).

eine grundlegende Änderung der Verhältnisse allein für geeignet hielten: Es war die Gewalt. Die Stahlhelmführer waren freilich realistisch genug, einzusehen, dass diese Methode - wie Duesterberg sagte - "angesichts der gestärkten Staatsmittel zurzeit"[98] nicht anwendbar war. Sie vertrösteten deshalb ihre Gefolgschaft auf die "Stunde der Krise", für die sich der Stahlhelm "schlagfertig und marschbereit" machen müsse.[99]

Über andere Methoden der Machtgewinnung, über den "Weg zwischen Putsch und Parlamentarismus",erging man sich in dunklen Andeutungen. Der Möglichkeiten gebe es viele, meinte die Stahlhelm-Zeitung optimistisch nach den Wahlen; über taktische Einzelheiten zu sprechen, verbiete sich von selbst, denn erstens solle man seine nächsten Absichten nicht dem Gegner vorher verraten, zweitens aber ändere sich die Lage so oft und auf so vielfaltige Weise, dass die taktischen Massnahmen immer erst im letzten Augenblick getroffen werden könnten.[100] Umso öfter wiederholte man das "grosse strategische Ziel" der Stahlhelm-Politik: die "Schaffung einer grossen einheitlichen nationalen Front, die unter Verzicht auf die Vertretung begrenzter Sonderinteressen entschlossen den Kampf für die deutsche Freiheit und gegen den internationalen Marxismus" führe.[101]

---

98) Duesterberg in Hildesheim am 3.9.1927 (St. 9/37/11.9.1927).

99) Duesterberg auf einer Stahlhelm-Kundgebung Anfang Januar 1928 (St. 10/3/15.1.1928); Seldte in Magdeburg am 2.12.1927: "Wir sehen die Krise herankommen und wollen und werden am Tage der Entscheidung dabei sein." (St. 9/50/11.12.1927). Duesterberg in einem Leitartikel der Stahlhelm-Zeitung: "Stahlhelmer, jedem von uns liegt es näher, diese widerlichen Zustände mit anderen Mitteln als dem Stimmzettel zu heilen, weil es nicht anders geht, müssen wir an die Wahlurne treten." (St. 10/20/13.5.1928).

100) Kleinau, Der Stahlhelm und die Parteien in: St. 10/30/22.7.1928.

101) Vgl. Anm. 100).

Wie auch immer der Bund dieses Ziel zu erreichen hoffte, nach dem Misserfolg der "Stahlhelm-Kandidaturen" war anzunehmen, dass sich in Zukunft die "unfreundliche Haltung" des Verbands gegenüber den Parteien und der Weimarer Verfassung verstärken würde. Der Reichskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung kündigte in seinem Lagebericht vom Juli 1928 denn auch "eine gewisse Radikalisierung der antiparlamentarischen und antidemokratischen Tendenzen" im Stahlhelm an, was insofern von Bedeutung sei, als der Bund wegen seiner organisatorischen und zahlenmässigen Überlegenheit "massgebend für die gesamte bündische Bewegung" sei; lediglich die Nationalsozialisten spielten jetzt noch eine politisch bemerkenswerte selbständige Rolle.[102]

102) RKo. In. Nr. 126 vom 20.7.1928 (R 43 I/2697).

VIII. Volksbegehren als Mittel "nationaler" Sammlung (1928/29)

"Hassbotschaften" gegen die Republik (S. 169) - Absichten des Verfassungs-Volksbegehrens 1928 (S.172) - Der Bruch mit der Deutschen Volkspartei (S. 182) - das Verhältnis zur Deutschnationalen Volkspartei (S. 186) - Das Werben um die Nationalsozialisten im Frühjahr 1929 (S. 189) - Die Front "Seldte-Hitler-Hugenberg" gegen den Young-Plan (S. 198)

Der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die "Grosse Koalition", aber auch die wiederholte Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen waren für die "Stahlhelm-Politiker" ein erneuter Beweis dafür, dass eine prinzipielle Opposition im Parlament unmöglich sei. Die Parteien würden, so argumentierten sie, unter dem Druck der Interessenten immer wieder dazu verleitet, sich an der Regierung zu beteiligen und Kompromisse zu schliessen. Die bürgerlichen Rechtsparteien seien alle mehr oder weniger auf den Abweg eines "republikanischen Konservativismus" geraten, es gehe ihnen nur um die "Erhaltung des Bestehenden", um den "berüchtigten Boden der Tatsachen".[1)]

Staatsopposition war in der Sicht des Stahlhelm nur im ausserparlamentarischen Raum möglich, und hier allerdings glaubte der Bund als zahlenmässig grösster Verband die Führung beanspruchen zu dürfen. Auf dem Hamburger Frontsoldatentag - unmittelbar nach der Wahlniederlage der Rechtsparteien - waren solche Forderungen angemeldet worden. Die Parteien müssten, hiess es in einer "Botschaft",entweder "den Kampf für deutsche Freiheit und gegen den internationalen Marxismus" siegreich führen oder "anderen die Führung" überlassen. Und voll Selbstbewusstsein hatte das Bundesorgan ergänzt: "Und diese anderen werden wir sein!"[2)]

Diese Überheblichkeit wird vor allem aus der Niederlage der Rechtsparteien zu erklären sein, die eine grundsätzliche Änderung des Systems auf parlamentarischem Wege auf absehbare Zeit

---

1) Kleinau in: Sta. (1), S. 139.

2) St. 10/24/10.6.1928.

unmöglich erscheinen liess. Die radikale Opposition setzte deshalb ihre Hoffnung erneut auf die außerparlamentarischen Kräfte. Die NSDAP hatte trotz einer gewaltigen Agitation bei den Reichstagswahlen nur 14 Sitze erobert. Die Bedeutung der Partei lag nach Ansicht "nationaler" Kreise nicht im Parlament, wo sie als "Partei unter vielen" galt,[3] sondern im ausserparlamentarischen Bereich. Die Deutschnationalen waren nach ihrer Wahlniederlage in eine Krise geraten: Zwischen einem gemässigten, zur Kooperation bereiten Flügel und der radikalen Gruppe um Hugenberg kam es zu Auseinandersetzungen über die einzuschlagende zukünftige Taktik, aber auch über prinzipielle Fragen wie die der Monarchie.[4] Die DVP hatte sich trotz Intervention des Stahlhelm und Widerstand in den eigenen Reihen von Stresemann wieder an das "System" binden lassen.

Die Bedeutung, die man angesichts der hoffnungslosen parlamentarischen Situation in radikalen Rechtskreisen den ausserparlamentarischen Gruppierungen - den Wehrverbänden und der Landvolkbewegung - beimass, ist aus Sitzungen des Ostelbischen Ausschusses zu ersehen, an denen im Sommer 1928 neben hohen Stahlhelm-Führern Ost- und Mitteldeutschlands führende Funktionäre der DNVP und des Reichslandbunds, aber auch General von Seeckt teilnahmen.[5] Die Gesprächspartner waren sich einig im Versagen der DNVP und im Bekenntnis zur "rücksichtslosen Opposition", wobei dem Stahlhelm zukünftig eine führende Rolle zugedacht war. Als "letzter Machtfaktor" für die Rechte bleibe nur noch der Zusammenschluss von Stahlhelm und Landbund; "wahre Opposition" könnten nur die wirtschaftlich unabhängigen Wehrverbände treiben, die wirtschaftlichen Verbände seien schon z. T. in die "Abhängigkeit des heutigen Systems" geraten.

---

3) Kleinau in: Sta. II, S. 38.

4) Vgl. dazu neben anderen Eyck aaO, S. 214 ff.

5) Für hier und das folgende: Sitzungen des Ostelbischen Ausschusses am 9.7. und 30.8.1928. (IfZ, Nachlass von Seeckt, Rolle 15, Stück 75).

Der Stahlhelm galt als unentbehrlicher Bundesgenosse der Bauern bei den zu erwartenden Unruhen. Der Bauernführer Schleswig-Holsteins Heim versicherte, das Landvolk sei in der Provinz schon jetzt "zum Einsatz" bereit. Man wende sich "hierbei" in erster Linie an die Stahlhelm-Führung, mit der er - offenbar wegen ihrer relativ gemässigten Haltung - allerdings nicht zufrieden war. Umso kräftigere Worte gebrauchte der anwesende Landesführer von Brandenburg, von Morozowicz; der Stahlhelm müsse jetzt aus dem "Zustand der alles ertragenden Disziplin" herauskommen und dazu übergehen, "selber mit der Faust dreinzuschlagen."

Hugenberg sah die Funktion des Stahlhelm vor allem unter parteipolitischen Gesichtspunkten: Er war offensichtlich bestrebt, sich aus dem Bund eine Hausmacht zur Durchsetzung seines Führungsanspruchs in der Partei zu schaffen. Aufgabe des Stahlhelm und des Landbunds müsse es sein, auf die "provinziellen Parteileitungen"einen Druck dahingehend auszuüben, dass sie sich "für eine entschiedene Opposition"einsetzten. So hoffte er, die Partei in seinem Sinne "von innen umzukrempeln."

Bei der sich jetzt anbahnenden engen Zusammenarbeit mit dem extremen Flügel der Deutschnationalen wird man indessen nicht übersehen dürfen, dass die Kriegs- und Nachkriegsgeneration im Stahlhelm dieser Partei zumindest mit Zurückhaltung gegenüberstand. Durch Kriegs- und Nachkriegszeit geprägt und von einem verschwommenen Frontsozialismus schwärmend, erschienen die Deutschnationalen in der Sicht der jüngeren Frontsoldaten als "reaktionär" und sozial wenig aufgeschlossen. Durch ihr Taktieren als Regierungspartei hatte die DNVP darüberhinaus bei radikalen Stahlhelmern erheblich an Kredit verloren, mochte sich Hugenberg auch jetzt zu einer prinzipiellen Opposition bekennen. Auch Hugenbergs Versuch, die Partei zur "Hugenberg-Bewegung" umzuformen, standen die "bündischen" Kreise im Stahlhelm skeptisch gegenüber; die DNVP

galt weiter als P a r t e i ; Hugenberg als P a r t e i - führer, der freilich auch in seiner äusseren Erscheinung wenig dem militärischen Führerideal der Stahlhelm-Gefolgschaft entsprach.

Die Distanz jüngerer Stahlhelm-Mitglieder zu den Deutschnationalen entsprach auf der anderen Seite einer Sympathie zur NSDAP. An ihrer prinzipiellen Opposition gegen das "System" konnte - im Gegensatz zur DNVP - kein Zweifel sein. In der NSDAP sah man - ganz in der Absicht Hitlers - nicht die übliche Partei, sondern die "Bewegung", was vor allem der SA zu verdanken war, mit der man sich wegen ihrer bündisch-paramilitärischen Struktur verwandt fühlte. Die SA erwies sich so gerade bei den Verbänden als ein nicht zu unterschätzender Werbefaktor, als ein Mittel, den Parteicharakter der NSDAP zu kaschieren und die Mitglieder der Bünde trotz des dort üblichen Antiparteienaffekts für Hitler zu gewinnen.

Zur gleichen Zeit, als es mit den Deutschnationalen zu engen Kontakten kam, zeigen sich in der Stahlhelm-Presse erstmals deutlich die Sympathien zum Nationalsozialismus. Die Zeitung Duesterbergs glaubte nach den Wahlen die Werbetrommel für diese Partei rühren zu müssen, wenn sie der Hoffnung Ausdruck gab, dass die Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung "für den völkischen Neubau des Reiches" in immer weiteren Kreisen erkannt werde. Wenn es in dem Artikel hiess, ein Wiederaufstieg werde nie "mit Hilfe der alten, hinsterbenden Parteigebilde", sondern nur durch die stärksten und entschlossensten Gruppen des politischen Nationalismus, durch die NSDAP und den Stahlhelm, möglich sein,[6] so konnte dies zugleich als deutliche Absage an die DNVP gewertet werden.

Ein anderes Stahlhelm-Blatt ging noch einen Schritt weiter, als es wegen der Nachgiebigkeit der Bundesführung gegenüber

---

6) Der Alte Dessauer, zit. nach VB, 41/137/15.6.1928.

der Deutschen Volkspartei bereits mit dem Übertritt zur NSDAP drohte: Es könne so weit kommen, dass die aktivistisch eingestellten Frontsoldaten "keinen anderen Ausweg sähen, als zur Hitlerbewegung hinüber-zu-wechseln, die jetzt schon im Wahlkampf bewiesen habe, dass sie anfange, "ein Sammelbecken des aktivistischen Nationalismus zu werden".[7)]

Als den programmatischen Auftakt des durch eine enge Zusammenarbeit mit Hugenberg und Kontakten zur NSDAP markierten radikalen Kurses im Bund wird man die sog. Hassbotschaft von Fürstenwalde ansehen können, die Anfang September 1928 vom Brandenburger Stahlhelmführer von Morozowicz auf einer gemeinsamen Kundgebung von Stahlhelm, Wehrwolf und anderen Bünden in Anwesenheit von Prinz August Wilhelm verkündet wurde. In der "Botschaft" - nach Sontheimer "eine äusserst treffende Zusammenfassung der antidemokratischen Kritik am Weimarer Staat"[8)] - hiess es u. a.: "Wir hassen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Wesen. Wir hassen diesen Staatsaufbau, weil in ihm nicht die besten Deutschen führen, sondern weil in ihm ein Parlamentarismus herrscht, dessen System jede verantwortungsvolle Führung unmöglich macht. Wir hassen diesen Staatsaufbau, weil in ihm Klassenkampf und Parteienkampf Selbstzweck und Recht geworden sind. Wir hassen den Staatsaufbau, weil er von der Gnade unserer Feinde abhängt und von ihnen benutzt wird, den Sinn des Weltkrieges gegen uns zu vollenden ... Wir hassen diesen Staatsaufbau, weil er uns die Aussicht versperrt,

---

7) Nachrichtenblatt des Gaues Potsdam, zit. nach VB 41/137/15.6. 1928.

Aus einleuchtenden Gründen wurden im Völkischen Beobachter Auszüge aus pronationalsozialistischen Artikeln in Stahlhelm-Zeitungen abgedruckt. Ihre Richtigkeit kann nicht bezweifelt werden; auch in anderen regionalen Stahlhelm-Zeitungen, die im Original vorgelegen haben, lassen sich solche pronational - sozialistische Tendenzen feststellen. Fälschungen wären ja auch ohne Schwierigkeiten nachzuweisen gewesen. Tatsächlich ist in dieser Hinsicht auch nie eine Berichtigung in der Bundeszeitung erfolgt.

8) Sontheimer, aaO, S. 248.

unser geknechtetes Vaterland zu befreien und das deutsche Volk von der verlogenen Kriegsschuld zu reinigen, den notwendigen deutschen Lebensraum im Osten zu gewinnen, das deutsche Volk wieder wehrhaft zu machen, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handwerk gegen den feindlichen Wirtschaftskrieg zu schützen und wieder lebensfähig zu gestalten."[9)]

Inhalt und Tonart der Kundgebung waren nicht neu. Stahlhelmführer und Stahlhelm-Presse hatten schon früher in nicht weniger radikaler Form ihre Feindschaft gegen die Republik zum Ausdruck gebracht. Wenn trotzdem die "Hasskundgebung" vom Herbst 1928 so stark beachtet wurde und auch in weiten Kreisen der gemässigten Rechten Empörung hervorrief, dann deshalb, weil hier vor aller Öffentlichkeit und gewissermassen in programmatischer Form dem bestehenden Staat der Kampf angesagt wurde, und weil der Angriff auch jenen, gewiss nicht republikanisch gesinnten, aber doch zur Zusammenarbeit mit der Republik bereiten Gruppen und Personen, im Grunde selbst Hindenburg[10)], galt, wenn es hiess: "Indem wir offene und rücksichtslose Gegner dieses Systems sind, bekämpfen wir zugleich alle diejenigen Organisationen, Gruppen und Einzelpersönlichkeiten, die zwar behaupten, auf unserem weltanschaulichen Boden zu stehen, aber jederzeit bereit sind, für einen wirtschaftlichen oder politischen Vorteil unter dem Vorwande, um 'Schlimmeres zu verhüten' ihr Kompromiss mit dem von uns bekämpften System machen.."

---

9) St. 10/37/9.9.1928, abgedr. in: Gruss (Hrsg.), aaO (o.S. 2), teilw. in: Sta. II, S. 35 ff. und bei Sontheimer, aaO, S. 248 ff.

Vgl. dazu auch: Eyck, aaO, II, S. 217 ff.

10) In diesem Sinne die Schlagzeile im Berliner Tageblatt (Jg. 57, S. 417 vom 4.9.1928, Morgenausg.): "Der Stahlhelm gegen Hindenburg".

Auf zahlreichen, schlagartig im September einsetzenden Kundgebungen der östlichen Landesverände wurden ähnliche Aufrufe erlassen; andere Stahlhelm-Gruppen sandten Zustimmungstelegramme. Duesterberg stellte sich in einer Rede vorbehaltlos auf den Boden der Brandenburger Kundgebung und erklärte, der Stahlhelm werde jetzt endlich aktiv werden und wolle mit dem Gesindel aufräumen, das Deutschland ins Unglück geführt habe.[11] Seldte dagegen, offenbar gar nicht erst vorher vom Inhalt der "Hassbotschaft" informiert, versuchte sich zu distanzieren, sah sich aber nicht in der Lage, ähnliche Kundgebungen zu verhindern.[12]

Es kann kaum ein Zweifel bestehen, dass die Initiative zur Proklamation der "Hassbotschaften" von den Untergliederungen ausging, die damit versuchten, die Bundesleitung und die Gesamtorganisation auf einen radikaleren Kurs festzulegen. Ebenso kann als sicher gelten, dass weder die antirepublikanischen Kundgebungen noch die sich jetzt abzeichnende Zusammenarbeit mit Hugenberg oder gar mit Hitler von allen Stahlhelmern gebilligt wurde. In den Ortsgruppen mancher Landesverbände herrschte durchaus ein gemässigter Ton,und nicht selten bestanden zu politisch andersdenkenden, von der Führung bekämpften Gruppen freundschaftliche Kontakte, die allerdings im Zuge der fortschreitenden Radikalisierung immer seltener wurden. So fanden sich 1928 in Holzminden die örtlichen Gruppen des Stahlhelm, des Jungdeutschen Ordens und des Reichsbanners zum gemeinsamen Bau eines Ebert-Hindenburg-Hauses zusammen, bis auf Eingreifen der Bundesleitung

---

11) VB 41/219/20.9.1928. Martin, 10 Jahre Stahlhelm, S. 9. Reichsbanner Jg. 5 (1928), Nr. 33 vom 30.9.1928.

12) Dafür, dass Seldte nicht informiert war oder zumindest von der Radikalität der Kundgebung überrascht war, sprechen Aussagen in: Die Junge Nation Nr. 40 vom 4.10.1928 und Medem, aaO, S. 105. Das Reichsbanner (Jg. 5, 1928, Nr. 34 vom 7.10.1928) sprach vom "endgültig in die Ecke gestellten und harmlosen Franz Seldte".

Zur Distanzierung Seldtes: auf Kundgebungen in Frankfurt/M. und Pforzheim: St. 10/42/14.10.1928, 10/43/21.10.1928; VB 41/234/7./8.10.1928.

die Mitarbeit des Stahlhelm untersagt wurde.[13] Mancher Ansatz einer Aussöhnung, mancher Versuch, den Bund zu positiver Mitarbeit am Staat heranzuführen, ist so von den bestimmenden radikaleren Kräften in der Organisation zunichte gemacht worden. Im ganzen wird man das auch von einer grossangelegten politischen Aktion sagen können, die der Stahlhelm im Herbst 1928 einleitete.

Auf einer Sitzung am 22. und 23. September beschloss der Bundesvorstand, ein Volksbegehren auf Abänderung der Verfassung durchzuführen. Der Inhalt war zunächst nur angedeutet: Der "Angriff"(!) werde sich "gegen die Grundschäden des parlamentarischen Systems" richten, da es durch "unehrliche Kompromisse die wahren Ursachen unseres Niedergangs" verschleiere, die Masse des Volkes irreführe und eine "starke, verantwortungsbewusste Staatsführung" unmöglich mache.[14] Die Absicht des Volksbegehrens war damit bereits angedeutet, wenngleich der Inhalt erst auf der Zehn-Jahresfeier des Bundes im November offiziell verkündet wurde: die Machterweiterung des Reichspräsidenten auf Kosten des Reichstags. Artikel 54 der Verfassung - die Abhängigkeit des Reichskanzlers und der Minister vom Vertrauen des Reichstags - sollte eliminiert werden, die Reichsregierung nur noch dem Reichsprasidenten

---

13) St. 10/39/23.9.1928;
Gemeinsames Auftreten von Reichsbanner- und Stahlhelm-Formationen war schon früher untersagt worden, was oft zu grotesken Situationen führte, beispielsweise bei Kundgebungen, an denen Hindenburg - Reichspräsident der Republik und Ehrenmitglied des Stahlhelm - teilnahm, oder beim Empfang der bekannten Ozeanflieger Köhl, Hünefeld und Fitzmaurice, für die das Reichsbanner und der Jungdeutsche Orden in Bremen, der Stahlhelm im Berliner Sportpalast getrennte Kundgebungen veranstalteten (Jd. 148/27.6.1928. St. I, S. 71).
Zu Kontakten zwischen den Frontkämpferorganisationen kam es in den Jahren 1925/26 wegen des Baus eines Reichsehrenmals für die Gefallenen des Weltkrieges; Hindenburg empfing seinerzeit die Vertreter des Kyffhäuserbunds, des Stahlhelm, des Reichsbanners und des Reichsverbands jüdischer Frontkämpfer (St. 8/8/21.2.1926).

14) St. 10/40/30.9.1928; abgedr. auch in: Sta. II, S. 36 ff.

verantwortlich sein, der zukünftig den Kanzler und die Minister ernennen und entlassen würde. Ein zweiter Punkt des geplanten Volksbegehrens bezog sich auf Artikel 37 der Verfassung und sah die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten bei Landesverrat vor.[15)]

Wenn der Stahlhelm nicht ins Parlament gehen wollte bzw. aus strukturellen Gründen nicht konnte, andererseits auf breite Volkskreise im Sinne seines Wollens einwirken wollte, dann schien das ausserparlamentarische Mittel des Volksentscheids ein aussichtsreicher Weg zum unmittelbaren Eingreifen in die Politik zu sein. Waren die bisherigen Sammlungsbemühungen des Bundes - zuletzt durch Bildung einer "Nationalen Opposition" im Parlament - gescheitert, so glaubte man nun im ausserparlamentarischen Raum dieses Ziel erreichen zu können, indem sich die verschiedenen "nationalen" Parteien und Gruppen auf das Thema des Volksbegehrens einigten. Als grösste nichtparlamentarische Organisation der Rechtsopposition mit Verbindungen zu den verschiedenen Rechtsorganisationen hielt sich der Bund zu diesem Einigungswerk für besonders geeignet und zur Führung der Aktion berufen. Sich selber als "Kern- und Stosstruppe einer grossen Gesinnungsgemeinschaft" bezeichnend, wurden die verwandten Organisationen aufgefordert, sich um den Bund zur "grossen Volksbewegung" zu gruppieren.[16)] Der Rechtsblock sollte institutionalisiert werden, ein Reichsausschuss als Führungsgremium die Aktionen der einzelnen Gruppen koordinieren. Auf diese Weise hoffte man auch ein einheitliches Vorgehen bei der 1932

---

15) St. 10/47/18.11.1928; abgedr. auch in: Sta. II, S. 40. Deutschenspiegel Jg. 5 (1928), H. 41, S. 1664 ff.

16) Brauweiler, Warum Volksbegehren? Stahlhelm und Parteien in: St. 10/44/28.10.1928; Alter, aaO, S. 115.

fälligen Reichspräsidentenwahl zu erreichen, als deren "Vorspiel" das geplante Verfassungs-Volksbegehren ausdrücklich bezeichnet wurde.[17)]

Thema und Zeitpunkt des geplanten Volksbegehrens schienen nicht ungünstig gewählt zu sein: Das Ansehen der parlamentarischen Demokratie war durch die wenig erfreulichen Vorgänge bei der letzten Regierungsbildung und durch das Taktieren der SPD in der Frage des Baus von Panzenkreuzer "A" noch weiter gesunken.[18)] Auch in den Kreisen der politischen Mitte und der gemässigten Rechten wurden Vorschläge einer Verfassungsreform diskutiert, die auf eine Verstärkung der Exekutive und Beschränkung der Legislative hinausliefen.[19)] Auch der Initiator der neuen Stahlhelm-Aktion, der politische Referent des Bundes, Brauweiler, wollte das Volksbegehren offenbar "positiv" im Sinne einer Verbesserung der Verfassung verstehen und glaubte deshalb in weiteren politischen Kreisen zumindest Aufgeschlossenheit erwarten zu dürfen.[20)]

Das Bundesorgan und Seldte versuchten denn auch anfänglich die positive Absicht des Volksbegehrens herauszustellen und die nach Proklmation der "Hassbotschaften" begreiflichen Bedenken der gemässigten Rechtsparteien zu zerstreuen. So stell-

---

17) So der braunschweigische Landesführer Schrader (Junge Nation, Nr. 43 vom 25.10.1928, Jd. 259/3.11.1928).

18) Eyck, aaO, II, S. 210 ff.

19) Deutschenspiegel Jg. 5 (1928), H. 41, S. 1668. Vgl. dazu auch Bracher, Auflösung, S. 288 f., 563 f.

20) Vgl. Anm. 16; P.G.Z.-Informationen vom 3.8.1931 (BA R 43 I/ 2734).

ten die gemässigten Stahlhelm-Politiker das amerikanische Präsidialsystem der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik als das "weitaus bessere" gegenüber und beschworen Max Weber und Friedrich Meinecke, um die Stahlhelm-Pläne einer Machterweiterung des Reichspräsidenten zu rechtfertigen.[21] Auch Einwände gegen die geplante Methode des Vorgehens in der Form des Volksbegehrens liess man nicht gelten: Der amtierende Reichsjustizminister und Führer der Demokraten, Koch-Weser, selbst habe im Weimarer Verfassungsausschuss dieses Mittel bei "grossen und wichtigen Fragen des allgemeinen Interesses" ausdrücklich empfohlen, ganz abgesehen davon, dass es in der Verfassung als Form der politischen Willensbildung verankert sei.[22]

Klangen die Verbesserungsvorschläge zur Weimarer Verfassung im Munde selbst gemässigter Stahlhelm-Funktionäre nach den "Hassbotschaften" ohnehin unglaubwürdig genug, die Interpretation durch die meisten Landesführer zerstreute die letzten Zweifel über die wahren Absichten der neuen Aktion und liessen den Plan der gemässigten Gruppe einer "Öffnung zur Mitte" hin, mochte er nun ehrlich oder nur taktischer Natur sein, schon von Anfang an scheitern. Es zeigte sich nämlich in zahlreichen, in der Radikalität den "Hassbotschaften" nicht nachstehenden Kundgebungen, dass die Mehrzahl der Stahlhelmführer in dem geplanten Volksbegehren in erster Linie den Anlass und ein Mittel zur hemmungslosen Agitation gegen den bestehenden Staat sah. Das Volksbegehren solle Unruhe im Volke stiften; Deutschland dürfe nicht wieder zur Ruhe kommen, erklärte der braunschweigische Landesführer Schrader,[23] und seine Zeitschrift gab die Anweisung heraus, es gelte zunächst

---

21) St. 10/41/7.10.1928; St. 10/45/4.11.1928; St. 10/46/11.11.1928; St. 10/47/18.11.1928; Pache, aaO, S. 21 ff.

22) St. 10/45/4.11.1928.

23) Junge Nation, Nr. 43 vom 25.10.1928.

alle Arbeit auf die tägliche, immer wiederkehrende Verneinung des heutigen Systems zu richten. Jede politische Unterhaltung müsse mit dem Satz schliessen: "Der Parlamentarismus ist unser Untergang, das System ist reif zum Untergang." Hinter jedem taktischen Vorgehen der nationalen Parteien und Organisationen müsse wie ein cantus firmus das Nein einer politischen Weltanschauung stehen, das Nein gegen einen Staat, der weder die nationale noch soziale Würde zu wahren wisse.[24] Krisensymptome wurden bewusst hochgespielt, in einer ständigen Rubrik der Braunschweiger Stahlhelm-Zeitung "Im Staat der Bonzen und des Bankerotts" die zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Republik mit Genugtuung kommentiert: "Innenpolitische Krisen, Bauern-Unruhen, Studentenverfolgungen, Tributplan, dies alles verdichtet sich zu einem einzigen Gärungsprozess, aus dem heraus das Volk nach Rettung begehrt."[25]

Konnte man anfänglich hoffen, es handele sich hier um Äusserungen von untergeordneten Organen, so wurde auf einer Reichsführertagung in Magdeburg Anfang Januar klargestellt, dass der Stahlhelm als Gesamtorganisation nicht eine Reform, eine Verbesserung der Weimarer Verfassung, sondern deren Vernichtung anstrebte. Anlässlich der Verpflichtung von 5 000 Stahlhelmführern auf das Volksbegehren sagte der Brandenburger Landesführer klipp und klar, um was es ging: "Zum ersten Mal ist der offene Kampf gegen das System von Weimar eröffnet. Es handelt sich nicht etwa um das Glätten und Aufbügeln des Weimarer Systems. Die Aufgabe besteht darin, dem Weimarer System

24) Junge Nation, Nr. 40 vom 4.10.1928.

25) Junge Nation, Nr. 29 vom 18.7.1929. Ähnliche Äusserungen auch in Reden von prominenten Stahlhelmführern, in Rundschreiben und Flugblättern: St. 10/40/30.9.1928, St. 10/41/7.10.1928, St. 10/43/21.10.1928; Reichsbanner Jg. 5 (1928), Nr. 34 vom 7.10.1928; BA R 72/5; BA ZSg-1-88/2; Nachlass Severing.

endgültig das Genick umzudrehen ... Es gibt nur zwei Ziele: Freiheit und Rache!"[26]

Fasste man das Volksbegehren als Agitationsmittel auf, dann war sein I n h a l t von sekundärer Bedeutung. Es komme, erläuterte der bekannte Stahlhelm-Publizist Kleinau, wenig darauf an, welcher von den zur Auswahl stehenden Paragraphen der Verfassung in Angriff genommen werde, die Hauptsache sei, dass der Angriff gegen das System überhaupt wieder in Schwung komme. Jede Zeitungsfrau wisse heute, dass ein Putsch aussichtslos sei, auch vom Parlament sei "nichts, aber auch nicht das geringste" zu erwarten, bleibe also der "Appell an das Volk" mit Hilfe des Volksbegehrens, indem man "eine demagogisch zu berennende Position" aus der Verfassung herausbreche, von der aus sich dann mit weniger demagogischen Mitteln weiterarbeiten lasse.[27]

Aus dieser, freilich nicht "stahlhelm-amtlichen" Ausserung ist ersichtlich, dass das geplante Volksbegehren lediglich als ein Vorspiel für andere Aktionen angesehen wurde, dass man wohl kaum, und zwar von Anfang an, an einen zahlenmässigen Erfolg glaubte. Manche Stahlhelmführer gaben dies auch sogleich offen zu: Niemand glaube, schrieb z. B. die "Junge Nation", dass 21 Millionen auf einen Schlag zur Stimmabgabe gegen den Weimarer Staat zu bewegen seien. Hier setze eine besondere "politische Arithmetik"ein, die man zur gefühlsmässig begreifen könne. Es genüge, dass in der Masse eine Stimmung geschaffen werde, die einem entschlossenen Handeln

---

26) St. 11/4/27.1.1929; Junge Nation Nr. 4 vom 24.1.1929; Nachlass Severing.

27) Kleinau in: "Gewissen", Jg. 10 (1928), H. 45, S. 4 und Nr. 49, S. 4.

Kleinau deutete auch an, was unter "weniger demagogischen Mitteln" zu verstehen war, wenn er darauf hinwies, dass "die Zeit gewaltsamer Auseinandersetzungen" keineswegs vorbei sei (Gewissen, Jg. 10, Nr. 45, S. 3 ff.).

eines Tages gern Raum gebe. Es genüge, dass in der Masse der Glaube an die Methoden des Parlamentarismus zerstört sei, um schliesslich die letzten Widerstände gegen eine Umwandlung dieses Systems zu beseitigen.[28]

Auch hier wird der vorbereitende, agitatorische Charakter des geplanten Volksbegehrens deutlich: Man hoffte, in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, vor allem mit der Landvolkbewegung, an deren Demonstrationen häufig Stahlhelm-Einheiten teilnahmen, die Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Verhältnissen zu einer allgemeinen Staatskrise vorantreiben zu können. Dann würde endlich die vielbeschworene "Stunde des Stahlhelms" gekommen sein. Was dann geschehen würde, wurde freilich nur angedeutet, aber über die Art des wünschenswerten Eingreifens konnte bei der militärischen Struktur des Bundes kaum ein Zweifel bestehen. Immerhin war es auffällig genug, dass fast gleichzeitig mit der verstärkten politischen Aktivität des Bundes, mit der Aufstellung eines überregional gegliederten, unter einem einheitlichen Befehl stehenden Wehrsportorganisation, den sogen. "Marschabteilungen" begonnen wurde, deren Zweck es nach einem Rundschreiben war, "eine Macht heranzubilden, vor der die politischen Gegner des Stahlhelm Angst haben müssen und die geeignet ist, etwaigen politischen Forderungen des Stahlhelm den nötigen tätigen Nachdruck zu verleihen."[29]

Zunächst aber galt es für den beginnenden "Grosskampf um die Verfassung" eine möglichst breite "nationale Front" zu schaffen, die zumindest alle Rechtsparteien umfassen musste, sollte dem Volksbegehren wenigstens ein Achtungserfolg be-

---

28) Junge Nation Nr. 40 vom 4.10.1928. In ähnlichem Sinne: Duesterberg in München (Bericht d. Vertretung d. Reichsregierung in München vom 10.11.1928, BA R 43 I/2734).

29) Abdruck als Anlage 10 in: Denkschrift des Preuss. Ministers des Innern. Die sogen. Wehrsporttätigkeit des Stahlhelm im Rheinland und Westfalen (BA R 43 I/2735).

schieden sein. Während sich die politische Leitung des Bundes um "eine ehrliche Verständigung" mit den Parteien bemühte, erreichte die Abwertung der Parteien, auf deren Mithilfe man am allerwenigsten verzichten konnte, in den "bündischen" Kreisen des Stahlhelm einen gewissen Höhepunkt. Jetzt, als man glaubte, erstmals eine selbständige politische Aktion durchführen zu können, machte sich der Ärger und die Enttäuschung, die der Bund mit den Parteien bisher erlebt hatte, in überheblichen Äusserungen Luft. Der Stahlhelm, so hiess es, sei bisher betrogen und oft genug als Werkzeug benutzt worden, nun werde er selbst führen und den übrigen politischen Organisationen wie auch den Parteien das Gesetz des Handelns aufzwingen.[30] Auf jeden Fall hoffte man, durch das Volksbegehren die bisherige Abhängigkeit von Parteien lösen und eine "scharfe Absetzung" von ihnen, "auch von der DNVP" erreichen zu können.[31]

In völliger Verkennung der tatsächlichen Machtverhältnisse wurde angedeutet, die "nationale Bewegung" - verstanden als ausserparlamentarische Gruppe - werde das Volksbegehren gegebenenfalls auch allein durchführen.[32] Tatsächlich versuchte der Stahlhelm denn auch, vor allem die Bünde für seine Aktion zu gewinnen. Durch die "gemeinsame Kampfaufgabe" des Volksbegehrens" und durch "gemeinschaftliches Exerzieren" war damit die Absicht verbunden, die stagnierende, durch fruchtlose Programmdiskussionen und Führerzwiste zersplitterte "bündische" Bewegung zu einer "immer grösseren Einheit" zusammenzuschweissen und so endlich die wiederholt versuchte

30) Junge Nation, Nr. 42 vom 18.10.1928; Duesterberg in: St.10/45/4.11.1928.

31) Kleinau in: Gewissen, Jg. 10 (1928), Nr. 41, S. 3 ff.

32) St. 10/40/30.9.1928; Junge Nation Nr. 40 vom 4.10.1928.

"Sammlung der Bünde" zu erreichen.[33]

Nachdem bei den Reichstagswahlen 1928 die Zersplitterung der Bünde aufs neue zu Tage getreten war, hatten sich im Sommer und Herbst des Jahres die Bemühungen um eine Zentralisierung der Verbände verstärkt mit dem Ziel, den ausserparlamentarischen"nationalen"Gruppen einen stärkeren Einfluss im politischen Leben zu sichern. Solche Bestrebungen gingen teils von den Vereinigten Vaterländischen Verbänden aus,[34] teils vom Standarte-Kreis, einer Art Zellenbewegung um die Zeitschrift Standarte,[35] besonders aber neuerdings vom Widerstands-Kreis der Altsozialisten Niekisch und Winnig. Es war vorgesehen, einen Führerring zu schaffen, in den die Bünde Oberland, Wehrwolf, Niedersachsenring, Frontkämpferverband Westküste, Jungdeutscher Orden und Stahlhelm ihre Vertreter delegieren sollten. Freilich war die Hoffnung auf eine Einigung von Anfang an gering.

Zwischen den beiden politisch bedeutendsten Gruppen, dem Jungdeutschen Orden und dem Stahlhelm, war es nach einer gewissen Annäherung erneut zu Differenzen gekommen. Während sich der

---

33) Alter, aaO, S. 114 ff.; Kleinau in: Gewissen, Jg. 10 (1928), Nr. 52, S. 3 ff.

Auch in verschiedenen Untergruppen des Stahlhelm waren stagnierende Tendenzen - "eine gewisse Ermattung", wie sich das Bundesorgan ausdrückte (St. 10/42/14.10.1928) - nicht zu verkennen. Man hoffte, wie aus einem Rundschreiben des Landesverbandes Hannover vom 28.9.1928 hervorgeht, dass durch das Volksbegehren "das an vielen Stellen hervorgetretene Stagnieren" beseitigt und "neues Leben" in den Ortsgruppen geweckt werde. (Abdruck des Rundschreibens in: Vossische Zeitung vom 6.10. 1928, zit. nach VB 41/236/10.10.1928). Eine gewisse Stagnation wird auch in Führerbesprechungen und politischen Stimmungsberichten des Landesverbandes Hannover bestätigt (BA R 72/2 und R/72/4).

34) RKo. In. Nr. 126 vom 20.7.1928 (BA R 43/2697); Gewissen, Jg.11 (1929), Nr. 12, S. 267; Jd. 59/10.3.1929.

35) Aufruf des brandenburgischen Wehrwolf-Führer Polizei-Oberst a.D. Müller-Brandenburg in: Gewissen, Jg. 10 (1928), Nr. 41, S. 5ff. Jd. 225/25.9.1928. Über die Aufgabe der Standarte-Gemeinschaften: Gewissen Jg. 10 (1928), Nr. 41 S. 3 ff.

"Jungdo" um Gespräche mit den alliierten Frontkämpferorganisationen bemühte und an einer internationalen Konferenz solcher Vereinigungen in Luxemburg teilnahm, lehnte der Stahlhelm solche Kontakte ab, bezeichnete die Tagung verächtlich als "Frontsoldaten-Locarno" und bezichtigte den Jungdeutschen Orden wie schon früher der "nationalen" Unzuverlässigkeit.[36)]

Ein anderer strittiger Punkt war das Verhältnis zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold , zu dem der Jungdeutsche Orden ein freundschaftliches Verhältnis anstrebte und es womöglich in der geplanten"bündischen Sammlung" miteingeschlossen wissen wollte,[37)] was der Stahlhelm entschieden ablehnte. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen "Jungdo" und Stahlhelm bestanden bei gemeinsamer Gegnerschaft zum Parlamentarismus im taktischen Verhalten zu den Rechtsparteien. Der "Jungdo" lehnte jede Zusammenarbeit mit dem "Parteiismus" ab, bekämpfte die "Plutokratie und Reaktion",inbesondere der DNVP und sah in Hugenberg seinen Hauptgegner. Der Stahlhelm, ohnehin in viel engerer Verbindung zu den Rechtsparteien stehend, war, zumindest was seine politische Abteilung anbetraf, einsichtig genug, dass eine erfolgreiche Durchführung des Volksbegehrens ohne Mithilfe der Parteien, insbesondere ohne Hugenbergs Pressekonzern, unmöglich sein würde.

Die Gegensätze, wie sie hier nur in Kürze angedeutet sind, traten denn auch auf einer Sitzung der Verbände im Oktober offen zu Tage.[38)] Der Vertreter des Stahlhelm, Dr. Brauweiler,

---

36) St. 10/40/30.9.1928; Jd. 212/9.9.1928; Jd. 204/31.8.1928.

37) Auch als Flugblatt verbreiteter Leitartikel der jungdeutschen Tageszeitung (Jd. 192/17.8.1928; Jd. 211/8.9.1928).

38) Über den Versuch einer "bündischen" Sammlung: St. 10/42/14.10. 1928; Jd. 237/9.10.1928; Reichsbanner, Jg. 5 (1928), Nr. 36 vom 21.10.1928; Wehrwolf, Jg. 5 (1928), Nr. 30 vom 21.10.1928.

verlangte als Voraussetzung für den Eintritt in den Führerring vom Jungdeutschen Orden eine klare Front zum Reichsbanner, die Einstellung des Kampfes gegen Hugenberg sowie die Rücknahme der Behauptung, der Stahlhelm habe sich mit dem Volksbegehren in Abhängigkeit zum Hugenberg-Flügel der DNVP begeben. Von allen Bünden forderte Brauweiler eine sofortige Zusage zur geplanten Stahlhelm-Aktion und ihren Eintritt in den zu gründenden Reichsausschuss. Der Jungdeutsche Orden, der sich schon vorher von den "Hasskundgebungen" distanziert hatte, und die meisten anderen Bünde lehnten es ab, als "Hilfstruppen für das Stahlhelm-Volksbegehren" zu fungieren. Auch ein Führerring der übrigen Verbände kam nicht zustande, im Wehrwolf führte die Frage des Volksbegehrens sogar zu einer Spaltung der Organisation.[39] Damit war nicht nur ein weiterer Versuch einer "bündischen Sammlung" gescheitert, auch die Absicht des Stahlhelm, die Verbände, insbesondere den Jungdeutschen Orden, auf sein Volksbegehren festzulegen, war misslungen: Nur der Niedersachsenring und ein Teil des Wehrwolfs waren bereit, mit dem Stahlhelm gemeinsame Sache zu machen.

War dem Stahlhelm damit schon in seinem eigentlichen Bereich, in der "bündischen Bewegung", wenig Erfolg mit seiner Aktion beschieden, so kam es jetzt zum längst fälligen Bruch mit der Deutschen Volkspartei. Das Volksbegehren war allerdings eher der Anlass dazu; der eigentliche Grund war die Radikalisierung des Bundes, wie sie in den "Hassbotschaften" ihren Niederschlag gefunden hatten. Befremdet war man in der Partei auch darüber, dass es der Stahlhelm nicht für notwen-dig erachtet hatte, sich anlässlich der neuerlichen Angriffe von Justizrat Class auf Hindenburg vor sein Ehrenmitglied zu stellen.[40]

---

39) St. 10/46/11.11.1928; Wehrwolf, Jg. 5 (1928), Nr. 31 vom 1.11. 1928; Jd. 251/25.10.1928.

40) Jd. 227/27.9.1928; VB 41/226/28.9.1928; Berliner Tageblatt, Jg. 57, Nr. 465 vom 26.9.1928, Abendausgabe.

Stresemann forderte jetzt in ultimativer Form, dass das "Tischtuch zwischen Stahlhelm und der Partei"zerschnitten werde; er sei nicht geneigt, diese Politik mitzumachen.[41] In einem Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz, Mitglied des Stahlhelm, hielt es Stresemann für untragbar, dass führende Mitglieder der Partei gleichzeitig einer Organisation angehörten, die erkläre, dass sie den Staat hasse und mit allen Mitteln beseitigen wolle. Die Gefährlichkeit des Stahlhelm wohl bewusst dramatisierend, schrieb er, dass hier eine ganz bewusste Gründung einer Art von Faschistenpartei vorgehe und der Stahlhelm aussenpolitisch und innenpolitisch die Führung an sich reissen wolle.[42]

Auch taktische Überlegungen sprachen für eine deutliche Distanzierung vom Stahlhelm: Die Partei erhoffte sich offenbar nach einer Trennung vom Bund eine bessere Ausgangsbasis bei den bevorstehenden Besprechungen über den Eintritt in die preussische Regierung. Die Stahlhelmfrage werde, so meinte Scholz, bei der "preussischen Regierungsbildung" eine entscheidende Rolle spielen; der Entschluss zum Austritt aus dem Stahlhelm müsse vorher gefasst werden, weil man sich selbstverständlich einem Druck nicht beugen könne.[43]

Gegen den I n h a l t der geplanten Aktion hatte die Partei allerdings nichts einzuwenden: Scholz war damit "ziemlich" einverstanden; Stresemann sprach von "gesunden Gedanken" im Volksbegehren.[44] Die Bedenken richteten sich vorwiegend

41) Stresemann an den Leiter der Reichsgeschäftsstelle der DVP, Kempkes, am 23.9.1928 (Stresemann, Vermächtnis, III, S. 319).

42) Stresemann an Dr. Scholz am 26.9.1928 (Stresemann, Vermächtnis, III, S. 319 f.).

43) Protokoll der Sitzung des Fraktionsvorstands vom 2.10.1928 (BA R 45 II/66).

44) Stresemann an den DVP-Reichstagsabgeordneten von Gilsa, Mitglied des Stahlhelm, am 14.10.1928 (Stresemann, Vermächtnis, III, S. 322 ff.).

gegen die Art des Vorgehens, gegen das Mittel des Volksbegehrens, dessen Misserfolg als sicher vorausgesagt wurde. Man empfand die Aktion des Stahlhelm wohl auch als Konkurrenz zu den eigenen Reformvorschlägen, die im Dezember von der Fraktion im Reichstag eingebracht wurden und von denen die demokratische Presse wohl nicht ganz zu Unrecht meinte, sie hätten den Zweck, dem Stahlhelm den Wind aus den Segeln zu nehmen.[45)]

Die Entscheidung des Vorstands der Reichstagsfraktion vom 2. Oktober, ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zum Stahlhelm zu verbieten, wurde mit den zwischen Partei- und Stahlhelm-Zugehörigkeit sich ergebenden Konflikten begründet. Der Stahlhelm habe sich, hiess es in der Erklärung, die auch von der preussischen Landtagsfraktion gebilligt wurde, mit den "neuerlichen Vorgängen" auf das Gebiet einer von seiner früheren Zielsetzung abweichenden politischen Betätigung begeben. Wie nach den Vorgängen bei der Regierungsbildung im Sommer nicht anders zu erwarten war, fügten sich die Abgeordneten den Anweisungen des Fraktionsvorstandes und traten aus dem Bund aus.[46)] Der Misserfolg der "Stahlhelm-Kandidaturen" hatte damit seine nachdrückliche Bestätigung gefunden.

---

45) Pressestimmen zitiert in: St. 10/52/53/23.12.1928.

46) St. 10/41/7.10.1928; Jd. 233/4.10.1928; VB 41/231/4.10.1928.

In Erklärungen, die in verschiedenen Zeitungen erschienen, erläuterten die bisher dem Stahlhelm angehörigenden Abgeordneten der DVP den Austritt. Als Gründe führten sie vor allem die "Hasskundgebungen" an, bei denen eine liberale Partei nicht mehr mitmachen könne, und den Willen des Bundes, "die politischen Entschlüsse der Abgeordneten unmittelbar unter den Druck programmatischer Feststellungen des Stahlhelm zu stellen". (Jd. 256/21.10.1928).

Man wird allerdings den Austritt der DVP-Abgeordneten aus dem Stahlhelm nicht überbewerten dürfen. In den Untergliederungen blieben nicht nur freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Organisationen bestehen, Mitglieder der DVP missbilligten auch den Beschluss des Fraktionsvorstands und plädierten für eine Unterstützung des Volksbegehrens.[47] Charakteristisch für solche Tendenzen in den Rechtskreisen der Partei ist der Brief des Reichstagsabgeordneten von Gilsa an den Landesführer Mahnken: Der volksparteiliche Abgeordnete vergl-ich darin den Streit zwischen Stahlhelm und DVP mit "Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei Freunden". Es komme darauf an, dass kein dauerndes Zerwürfnis erwachse, damit der Weg für ein künftiges Zusammenarbeiten nicht versperrt werde, da vielleicht allerwichtigste Entscheidungen bevorständen.[48]

Wenngleich sich hier bereits eine Wiederannäherung zwischen DVP und Stahlhelm abzeichnet, wie sie 1931 beim Volksbegehren auf Auflösung des preussischen Landtags offen zu Tage trat, zum gegenwärtigen Zeitpunkt und solange Stresemann an der Spitze der Partei stand, konnte der Bund keine Hilfe von der Partei für sein Volksbegehren erwarten. Indem die Partei darüberhinaus ihre Abgeordneten aus dem Stahlhelm abberief, distanzierte sie sich zwar nachdrücklich vom radikalen Kurs

47) Mit Stimmen von der DVP nahestehenden Zeitungen: St. 10/43/ 21.10.1928, St. 10/51/16.12.1928.

48) Brief des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Oberst a.D. von Gilsa vom 22.2.1929 an den Führer des Landesverbandes Westmark, Studienrat Mahnken. (Nachlass Severing, teilw. abgedr. auch bei: Severing, aaO, I, S. 220 ff.). Die dem Stahlhelm angehörenden Mitglieder des Landesvorstands und der Landtagsfraktion in Braunschweig wurden von der Partei aufgefordert, weiter im Bund zu bleiben. (Unser Vaterland, Zeitschr.d.DVP, zit. nach: Jd. 290/11.12.1928).

Der demokratische Rechtsanwalt Martin warf der DVP spater vor, trotz des "Exodus der 18" weiterhin die Hand über den Stahlhelm gehalten zu haben (Martin, 10 Jahre Stahlhelm, s. 16).

des Bundes, schwächte damit aber gleichzeitig die ohnehin zurückgedrangten gemässigten Gruppen in der Organisation. Mit dem Austritt der DVP-Abgeordneten ging zumindest für die Bundesorganisation, weniger für die regionalen Gliederungen, der letzte, freilich schon seit langem gelockerte Kontakt mit einer gemässigten Partei verloren, und Seldte wurde endgültig an die Seite Duesterbergs gedrängt.[49] Das Schwergewicht der Verbindung zwischen Bund und Parteien verschob sich nun auch äusserlich auf die extreme Rechte, zunächst auf die Deutschnationalen. Zum Vorsitzenden dieser Partei wurde am 20. Oktober Hugenberg gewählt, ein Vorgang, der keineswegs einhellige Zustimmung im Stahlhelm auslöste.[50] Das Taktieren der Hugenberg-Gruppe beim Stahlhelm-Volksbegehren bewies, dass solche Bedenken nur allzu gerechtfertigt waren.

Wie bei anderen Rechtsgruppen waren auch bei den Deutschnationalen verschiedentlich Pläne über eine Machterweiterung des Reichspräsidenten diskutiert und offenbar schon 1927 ein Volksbegehren erwogen worden, wie auch der letzte Wahlkampf der Partei unter der Parole "Mehr Macht dem Reichspräsidenten" geführt worden war.[51] Als nun der Stahlhelm sein Volksbegehren im September ankündigte, ohne sich zunächst inhaltlich festzulegen, begrüsste die deutschnationale Pressestelle nicht nur das Vorgehen des Bundes "mit Freuden", sondern versuchte auch sogleich, dem Stahlhelm die Pläne der Partei zu unterschieben. Die DNVP habe, so hiess es in der Erklärung, mit ihrer Entschliessung vom 7. Dezember 1927 den Kampf um die

---

49) Alter, aaO, S. 117.

50) Kleinau äusserte erhebliche Zweifel, ob er "der hervorragende Staatsmann" sei, den die Rechte brauchte. (Gewissen, Jg. 10, 1928, Nr. 44, S. 3 ff.). Zur Wahl Hugenbergs zum Parteiführer der DNVP: Eyck, aaO, II, S. 244 ff.

51) Jd. 229/29.9.1928, Unsere Partei, Jg. 6 (1928), Nr. 22, S. 318.

Reform der Weimarer Verfassung aufgenommen; die Vorarbeiten für einen Gesetzentwurf seien bereits seit längerer Zeit in Angriff genommen und die Partei zu der "gemeinsamen Arbeit mit dem Stahlhelm" selbstverständlich bereit.[52)]

Welche Mittel die Partei anwandte, um den Stahlhelm an sich zu binden, zeigte sich auch anlässlich einer Grosskundgebung am 24. September in Berlin. Als überparteiliche Veranstaltung angekündigt und deshalb von Stahlhelm und anderen "vaterländischen" Organisationen stark besucht, handelte es sich tatsächlich um eine Parteikundgebung der Deutschnationalen mit Anwesenheit fast der gesamten Parteiprominenz. Die Hugenberg-Presse ging noch weiter: Sie versuchte in ihrer Berichterstattung Wasser auf die eigenen Mühlen zu leiten, wenn sie meldete, der politische Kern des Abends habe in der "Aufnahme" der deutschnationalen Verfassungsvorschläge durch den Stahlhelm gelegen.[53)]

Die Absicht Hugenbergs war nur allzu deutlich: Noch bevor der Inhalt des Volksbegehrens in Einzelheiten der Öffentlichkeit bekannt war, versuchte er, indem er dem Stahlhelm sein Programm unterschob, den Bund für seine eigenen Ziele zu verpflichten und die Führung der Aktion an sich zu reissen. Damit hoffte er nicht nur seine noch umstrittene Stellung in der Partei zu konsolidieren, sondern auch die ausserparlamentarischen Gruppen der Rechten unter seine Kontrolle zu bringen und die Stellung der Partei als d e r "Nationalen Opposition" schlechthin zu sanktionieren.[54)] Es kann auch kein Zweifel bestehen, dass die deutschnationalen Parteifunktionäre

52) Presseerklärung der DNVP, abgedr. in: Jd. 227/27.9.1928.

53) St. 10/41/7.10.1928, St. 10/42/14.10.1928; Jd. 226/26.9.1928.

54) Jd. 226/26.9.1928; Jd. 227/26.9.1928; Kleinau in: Gewissen, Jg. 10 (1928), Nr. 41, S. 17 und Nr. 44 S. 3 ff.

beim ersten selbstandigen Vorgehen des Bundes eine günstige Gelegenheit sahen, den Stahlhelmführern und der politischen Abteilung des Bundes einen Denkzettel zu geben für die "oft geübte Kritik" an der Politik der Partei und für die Überheblichkeit, mit der sie den Stahlhelm als eine der Partei an politischer Qualität und Führung überlegene Organisation bezeichnet hatten.[55]

Verständlicherweise war man in der Stahlhelm-Bundesleitung über das deutschnationale "Störungsfeuer", wie man dererlei Vorgange im militärischen Jargon zu bezeichnen pflegte, recht ungehalten. Die Unterstellung, der Stahlhelm habe bei seinem Volksbegehren eine "Anleihe" bei den Deutschnationalen gemacht, wurde nachdrücklich dementiert, was freilich in Anbetracht der Ähnlichkeit beider Vorschläge recht schwer fiel. Scharfe Kritik musste sich der deutschnationale Pressechef, von Kries, gefallen lassen, der nach Meinung der Stahlhelm-Zeitung "unter gar keinen Umständen die Darstellung" hätte geben dürfen, die er gegeben habe.[56] Brauweiler sprach gar von "Verrat" von Deutschnationalen, und auch Seldte fand in einem persönlichen Rundschreiben an die Landesführer herbe Worte für die Deutschnationalen, wenngleich er sie nicht namentlich nannte: "Wir dürfen uns unsere Stahlhelm-Idee und unseren Volksentscheid nicht versauen lassen. Wir dürfen uns nicht in die Abhängigkeit von Parteien, Verbänden und Persönlichkeiten begeben, die vielleicht politisch gerissener als die Stahlhelmführung, aber innerlich veraltet, verbraucht und vor allem als unfähig abgestellt sind."[57]

---

55) Presechef der DNVP, von Kries, in: Deutschnationale Briefe, zit. nach: Jd. 238/10.10.1928.

56) St. 10/41/7.10.1928, St. 10/42/14.10.1928.

57) Persönliches Rundschreiben Nr. 91 vom 3.10.1928, abgedr. in: "Germania", zit. nach: Jd. 252/26.10.1928 und VB 41/219/20.9.1928.

Die Absicht des Stahlhelm, mit einer selbständigen Aktion aus der bisherigen Abhängigkeit von den Parteien herauszukommen und die Führung der Rechtsopposition zu übernehmen, war durch das Taktieren Hugenbergs in Gefahr, sich in das Gegenteil zu verkehren: Der Stahlhelm schien auf dem besten Wege, zur "Vasallentruppe der Deutschnationalen" zu werden,[58] das Volksbegehren galt zumindest in der Öffentlichkeit als eine Aktion Hugenbergs,[59] und das war wiederum mit ein Grund für die ablehnende Haltung der DVP und noch mehr der "bündischen" Bewegung gewesen.[60]

Die Isolierung wurde noch offensichtlicher, als die Nationalsozialisten wenig Neigung zeigten, sich dem Volksbegehren des Stahlhelm anzuschliessen. Wie nicht anders zu erwarten, waren der NSDAP die verfassungsändernden Vorschläge nicht radikal genug. Das sei, kritisierte der Völkische Beobachter, "kümmerliche Fassadenpolitik"; der "ganze parlamentarische Schwindel" müsse mit "Stumpf und Stiel" beseitigt werden. Sie befürchteten auch, wie andere Rechtskreise, ein sozialdemokratischer Nachfolger Hindenburgs mit erhöhten Machtbefugnissen werde "den ganzen Stahlhelm und noch einiges dazu unschädlich" machen,und bezweifelten, ob eine erfolgreiche Durchführung des Volksbegehrens auch die Wahl eines "nationalen" Reichspräsidenten sicherstellen werde, wie der Stahlhelm gegenüber

---

58) So Reichsinnenminister Severing auf der 2. Bundesversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold (Reichsbanner,Jg. 5, 1928, Nr. 34 vom 7.10.1928.

59) Pressestimmen: St. 10/41/7.10.1928.

60) Für die Haltung der DVP: Brief des DVP-Reichstagsabgeordneten, Oberst a. D. v. Gilsa an den Stahlhelmführer des Landesverbandes Westmark vom 22.2.1929 (Nachlass Severing, teilw. abgedr. in: Severing, aaO,II, S. 220 ff., ferner: Demokr. Zeitungsdienst, zit. nach: Berliner Tageblatt, Jg. 57, Nr. 461 vom 29.9. 1928, Morgenausg.

Für die Haltung der Bünde: Kleinau in: Gewissen, Jg. 11 (1929), Nr. 8, S. 172.

solchen Bedenken argumentierte.[61]

Trotz dieser Absage gingen die Bemühungen um die NSDAP unvermindert weiter, auf die freilich wegen ihrer Agitationsfreudigkeit am allerwenigsten verzichtet werden konnte. Im Frühjahr 1929 fanden Verhandlungen zwischen den Stahlhelmführern und Hitler statt, bei denen angeblich weitgehende Übereinstimmung erzielt und vereinbart wurde, zunächst einmal die gegenseitigen"Störungen"einzustellen.[62] Tatsächlich verbesserten sich die Beziehungen zwischen den beiden Gruppen in der Folgezeit, wenngleich die Nationalsozialisten nie einen Zweifel an ihrem Führungsanspruch liessen und gegenüber den Anbiederungsversuchen des Stahlhelm immer Distanz wahrten. Wenn die NSDAP jetzt eine freundlich-wohlwollende Haltung gegenüber dem Bund der Frontsoldaten einnahm, dann nur aus taktischen und propagandistischen Gründen: Sobald sie die Mitgliederschaft genügend unterwandert hatte, ging die Partei wieder zum Angriff auf die Führung über.

Kennzeichnend für die sich nun vor allem in den Untergliederungen anbahnende Zusammenarbeit sind die Berichte über die Grossveranstaltungen in der Presse der beiden Organisationen. In der Sicht des Völkischen Beobachters stand der Münchner Reichsfrontsoldatentag 1929 "im Zeichen herzlichster

---

61) "Der Stahlhelm als Verschönerungsverein" in: VB 41/233/6.10. 1928. Höchstens liess man das Volksbegehren als eine Angelegenheit der Propaganda gelten. Kommentar des VB: "Uns kann's recht sein." (VB 41/229/1.2.10.1928). Goebbels im "Angriff" (28.10. 1928), abgedr. in: J. Goebbels, Der Angriff. Aufsätze aus der Kampfzeit, 6. Aufl. München 1937, S. 282 f.

62) Dr. Stadtler, Mitglied des Bundesvorstands, erklärte auf einer Kundgebung in Helmstedt, dass "ernste Besprechungen nicht nur mit Hitler, sondern auch mit Hugenberg"stattgefunden hätten. (Braunschw. Landeszeitung, zit. nach Jd. 73/27.3.1929); Junge Nation Nr. 13 vom 28.3.1929; Das Dritte Reich (Zeitschr. des Bundes Oberland), zit. nach Martin, Nocheinmal Stahlhelm, vervielfältigtes Schreiben vom 20.5.1929 (Nachlass Severing), dazu auch: Reichsbanner, Jg. 5 (1928), Nr. 25 vom 22.6.1929.

Kameradschaftsäusserungen zwischen Stahlhelm und Nationalsozialismus". Der Bund der Frontsoldaten wurde als "ein grosses Werk" gefeiert, als "lebendiger Willenskörper", der aus dem politischen Leben Deutschlands nicht mehr wegzudenken sei. Hier sei nicht mehr die alte Armee marschiert, sondern schon "ein neues Deutschland".[63] Die Zeitung Duesterbergs wiederum, der mit einer Stahlhelm-Abordnung als Ehrengast am Parteitag teilnahm, schilderte in einem begeisterten Bericht die "herrlichen Stunden", die die zukunftsfrohe Gewissheit gebracht hätten, dass die Stahlhelmer mit den Hakenkreuzkameraden in "entschlossener Kampfbrüderschaft" zueinander gehörten.[64]

Auf den Universitäten bestand zwischen dem Stahlhelm-Studentenring Langemarck und dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStb.) das "denkbar beste Verhältnis", wie es in einem Bericht von Seiten des Stahlhelm hiess,[65] der bei den Asta-Wahlen nicht selten Listenverbindungen mit dem NSDStb. einging, gemeinsame Sprechabende und "hochschulpolitische Aktionen" durchführte, worunter oft nichts anderes als gehassige Protestkundgebungen gegen missliebige Professoren, wie Gumbel in Heidelberg, zu verstehen sind.[66] In

63) VB 42/126/4.6.1929, VB 43/127/5.6.1929. Weitere Beiträge auch: VB 42/123/1.6.1929 und VB 42/125/2./3.6.1929 (Alfred Rosenberg, Hakenkreuz und Stahlhelm, abgedr. auch in: A. Rosenberg, Kampf um die Macht, Aufsätze von 1921 - 1932. 4. Aufl. München 1938, S. 675 ff.

64) Der Alte Dessauer, zit. nach: Junge Nation, Nr. 34 vom 22.8.1929; St. 11/32/11.8.1929. Der "Bayerische Stahlhelm" (Nr. 16 vom 20.8.1929) berichtete, der Stahlhelm scheine als "hochwillkommener Bundesgenosse" im Kampfe begrüsst zu werden.

65) Aus einem Lagebericht auf der Reichstagung der Stahlhelm-Hochschulgruppenführer in Berlin am 26./27.10.1929. (Stahlhelm-Student, Jg. 1929/30, Nr. 2, S. 14).

66) Berichte der Stahlhelm-Studentengruppen in: Stahlhelm-Student, Jg. 1929/30, passim. Auf einer Protestversammlung von Stahlhelm und Nationalsozialisten gegen die Ernennung von Prof. Gumbel kündigte ein Stahlhelmer an: "Die Abrechnung kommt. Und alle die, die unter dem rücksichtslosen Kampf zu leiden hatten, werden dafür sorgen, dass sie nicht zu knapp ausfällt." (Stahlhelm-Student, Jg. 1930/31, Nr. 2, S. 12.)

der Stadt Coburg kämpften Stahlhelm und Nationalsozialisten "Schulter an Schulter" um einen Volksentscheid für die Auflösung des Stadtrats; in verschiedenen Gegenden wurden die Stahlhelmer von ihren Führern aufgefordert, nationalsozialistische Versammlungen zu besuchen.[67] In der Sicht der Reichsbannerführung nahm diese Zusammenarbeit bereits im Frühjahr 1929 die Form einer Arbeitsteilung an; der Stahlhelm scheine seine Tätigkeit auf das Land zu konzentrieren, die Nationalsozialisten würden in der Hauptsache in den Städten zu arbeiten suchen.[68]

Prominente Stahlhelmführer und ein Teil der Bundespresse trieben die Annäherung der beiden Gruppen kräftig voran. Dabei wurden die angeblich gemeinsamen Ziele betont, Meinungsverschiedenheiten bewusst verharmlost. Zu den Befürwortern einer engen Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten gehörte Duesterberg; im März 1929 erklärte er, der Stahlhelm führe den nationalen Kampf in derselben Richtung wie die NSDAP, der Person Hitlers müsse er grosse Wertschätzung zollen.[69] Der Hauptagitator des Stahlhelm und Mitglied des Bundesvorstands, Dr. Stadtler, bezeichnete Stahlhelm- und Hitlerbewegung als "getrennt marschierende und vereint schlagende Gruppen", die draussen im Lande mit anderen Bünden immer wieder jene "aus Kriegserlebnis und Revolutionserfahrung getätigte Frontverbundenheit" unterstreichen müssten.[70] Stadtler sprach bereits im März 1929, also Monate vor dem Young-Plan-Volksbegehren, zum Missvergnügen der Nationalsozialisten,

---

67) Jd. 99/28.4.1929. Bayerischer Stahlhelm, Nr. 10 vom 15.5.1929.

68) Reichsbannerführer Hörsing auf einer Sitzung am 8./9.5.1929 in Magdeburg (Reichsbanner, Jg. 6 (1929), Nr. 20 vom 18.5. 1929).

69) Geheime Rundverfügung des Regierungspräsidenten in Liegnitz, Landeskriminalpolizeistelle vom 16.7.1929, abgedr. in: VB 42/ 192/21.8.1929.

70) Das Grossdeutsche Reich (Zeitschrift Stadtlers, Nr. 16), zit. nach: Jd. 99/28.4.1929.

von der "Front Stahlhelm - Hugenberg - Hitler", die er sich in typisch militärischem Denken so vorstellte: "An der Spitze die Infanterie des Stahlhelm, die Stosstrupps der Hitlerbewegung, im Schützengraben die Bauern, dahinter als parlamentarische Vertretung Hugenberg mit seiner grossen Organisation."[71)]

Die Stahlhelm-Zeitung "Junge Nation" kündigte ebenfalls im März 1929 einen "Prozess der Verschmelzung" an, wobei die Führerfrage in der "Front der Opposition" zwar noch offen blieb, aber doch schon deutlich wurde, dass man gegebenenfalls auch mit der Führung Hitlers einverstanden sein würde: "Der Stahlhelm will eine breite Front von Führern. Für ihn ist die Persönlichkeit Hindenburgs so notwendig wie der Volksführer Hitler, wie die Frontsoldatenführer Seldte und Duesterberg, wie der Mann mit dem Sachwissen Hugenberg. Wer die letzte Führung an sich reisst, das ist eine Frage der Berufung, die nicht von uns, sondern von Gott entschieden wird."[72)] Die Folgen dieser Politik der Kooperation mit dem Nationalsozialismus, wie sie in den kommenden Jahren nur allzu deutlich sichtbar wurden, kündigten sich schon im Frühjahr und Sommer 1929 an, wenn z. B. ein schlesischer Stahlhelmführer erklärte, er sehne die Vereinigung des Stahlhelm mit den Nationalsozialisten herbei; im Herzen gehöre der Stahlhelm schon längst zur NSDAP.[73)]

Man erweckte im Bunde nicht nur den Eindruck, es bestünde bereits die "Front Stahlhelm - Hugenberg - Hitler", sondern

---

71) Goslarsche Zeitung, zit. nach Jd. 74/28.3.1929.

72) Junge Nation Nr. 13 vom 28.3.1929.

73) Geheime Rundverfügung des Regierungspräsidenten in Liegnitz, Landeskriminalpolizeistelle vom 16.7.1929, abgedr. in: VB 42/192/21.8.1929.

man deutete verschiedentlich in Versammlungen an, dass man mit Hitler in der Frage des Volksbegehrens einig geworden sei, und dass der Kampf untergeordneter nationalsozialistischer Führer, z. B. Strasser, gegen das Volksbegehren und gegen Hugenberg nicht ernst zu nehmen sei. Man werde sich darauf verlassen können, dass die Zentralleitung der NSDAP, wenn es soweit sei, schon einen Modus finden werde, ihren Anhängern das Stahlhelm-Volksbegehren mundgerecht zu machen.[74]

Indessen erwiesen sich solche im Bunde kursierenden Gerüchte als Spekulationen. Trotz aller Werbung um die Nationalsozialisten und trotz einer beiderseitigen, von der NSDAP freilich nur aus taktischen Gründen unternommene Annäherung blieb Hitler hart. Er lehnte nicht nur eine Gemeinschaft zwischen der nationalsozialistischen Bewegung und der von ihm als "Klub politischer Nörgler" bezeichneten "nationalen Opposition" ab,[75] er war auch nach einer neuerlichen, durch General von Epp übermittelten Bitte der Bundesführung nicht bereit, sich der Stahlhelm-Aktion anzuschliessen, weil der NSDAP das in Aussicht genommene Volksbegehren "sowohl grundsätzlich wie taktisch als nicht zweckmässig" erscheine.[76]

---

74) Jd. 101/1.5.1929.

Der brandenburgische Landesführer, von Morozowicz, erklärte am 16.4.1929 in Schwerin, er dürfe nicht mehr sagen als das eine, dass diese Front (des Stahlhelm-Volksbegehrens) sehr viel grösser geworden sei, als sie jemals "auch zur Hälfte" seit 1918 auf der rechten Seite des deutschen Volkes vorhanden war. Das Volksbegehren werde dann kommen, wenn die Schweinerei in Deutschland so gross wie möglich geworden sei. (Nachlass Severing).

75) Illustrierter Beobachter, zit. nach E. Friedenthal, Volksbegehren und Volksentscheid über den Youngplan und die deutschnationale Sezession. (Phil. Diss. Tübingen, Masch., 1957, S.45).

76) Denkschrift Hitlers an den Stahlhelm (vervielfältigt, am 11.5. 1929 vertraulich an die Gliederungen der NSDAP versandt, BA NS 26/vorl. 863).

In einer 26 Seiten umfassenden Denkschrift an die Bundesleitung wiederholte Hitler nocheinmal ausführlich die Gründe für die Ablehnung, wie sie schon früher in der nationalsozialistischen Presse dargelegt worden waren. In ihrem schulmeisterlichen Ton verrät das Elaborat deutlich die Absicht Hitlers, als erfahrener und selbstverständlich den Stahlhelmführern weit überlegener Politiker zu gelten. Er liess keinen Zweifel, dass es zur Erreichung seines Ziels - der völligen Vernichtung des "Systems" - umso besser sei, "je korrupter und verfaulter" es sich offenbare. Hitler gab zu verstehen, dass für ihn jede Verbesserung des "Systems" durch einen Reichspräsidenten mit erweiterten Machtbefugnissen "für die Weiterführung des entscheidenden Ringens .. erschwerend" sei. Auch sagte er ganz offen, doch wohl seine eigenen Pläne verratend, dass ein Mann, der von der Vorsehung zum Führer bestimmt sei, sich ohnehin sein Handeln nicht durch "die lächerlichen Kompetenzgrenzen einer Verfassung" vorschreiben oder beengen lasse, wenn das Handeln nach der Verfassung zum Ruin seines Volkes führen müsse. Der Stahlhelmführung bescheinigte er im übrigen ihre "lauteren Absichten" und ihre "ehrenwerte nationale Gesinnung"; auch dürfe seine Absage nicht als Kampf gegen den Stahlhelm angesehen werden; im Gegenteil gab Hitler seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich "vielleicht in anderen Fällen die Möglichkeit einer Zusammenarbeit" bieten werde.

Trotz der Absage der Nationalsozialisten und der Deutschen Volkspartei waren die Sammlungsbemühungen des Stahlhelm im Frühjahr 1929 weitergegangen. Nachdem die Zentrumspresse das Volksbegehren schon von Anfang an abgelehnt hatte, erfolgte jetzt auch eine Absage der Bayerischen Volkspartei,[77] die seit ihrem Eintreten für Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl 1925 immer noch zu den "nationalen" Kräften im weiteren

77) Jd. 117/23.5.1929.

Sinne gerechnet wurde. Auch der Versuch, die im Kyffhäuser-Bund vereinigten Kriegervereine für die politischen Ziele des Stahlhelm zu gewinnen, scheiterte am energischen Einspruch seines Präsidenten, des Generals a. D. von Horn.[78)]

Als sich am 17. Mai die Vertreter der dem Volksbegehren zustimmenden Gruppen trafen, konnte man denn kaum von einer grossen "nationalen" Rechtsfront sprechen, wie sie der Stahlhelm zu bilden beabsichtigt hatte. In einem jetzt gegründeten vorläufigen Arbeitsausschuss waren neben dem Stahlhelm und der DNVP die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands (VVVD), der Reichslandbund, die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei sowie kleinere "nationale" Gruppen vertreten.[79)] Abgesehen davon, dass sich die Mitgliederschaft der beteiligten Organisationen zu einem nicht geringen Teil überschnitt, war auch die Zustimmung innerhalb der einzelnen Gruppen keineswegs einhellig. So zeigte sich innerhalb der DNVP der Flügel um Graf Westarp gegenüber dem Volksbegehren zumindest zurückhaltend, ebenso einzelne Unterorganisationen

---

78) Bayerischer Stahlhelm Nr. 14 vom 15.7.1929; Jd. 158/10.7.1929.

Die vielfach engen Beziehungen zwischen Stahlhelm und Kyffhäuserbund (sehr häufig Doppelmitgliedschaft) verschlechterten sich in der Folgezeit und erreichten bei der Reichspräsidentenwahl 1932 einen gewissen Höhepunkt. Auch die Teilnahme am Youngplan-Volksbegehren lehnte der Kyffhäuserbund ab (Mitteilung der Presseabteilung, BA NS 26/vorl. 924).

Die Unterschiede zwischen den Kriegervereinen und dem Stahlhelm wurden so gesehen: im Kyffhäuserbund "Pflege der Tradition des alten Heeres und der Kameradschaft", im Stahlhelm "bewusste Arbeit an der Erneuerung Deutschlands"; in den Kriegervereinen "breiteste politische Basis", ohne Eingreifen in die Tagespolitik, im Stahlhelm "Zusammenfassung der zum Kampf gegen das gegenwärtige System Entschlossenen", zwar unter Fernhaltung der Parteipolitik, aber unter bewusster Einflussnahme auf alle "politisch nahestehenden Parteien und Verbände"; im Kyffhäuserbund "Aufbau der Organisation auf vereinsmässiger Basis", im Stahlhelm "straffe Gliederung nach dem Führerprinzip" (Bayerischer Stahlhelm Nr. 15 vom 1.8.1929).

79) Friedenthal, aaO, S. 43. Vervielfältigtes Rundschreiben Seldtes "im Auftrag des vorläufigen Arbeitsausschusses" vom 23.5.1929 mit der Bitte um Beitritt zum Reichsausschuss (BA ZSg 1-88/8).

des Reichslandbundes.[80] Zum gegenwärtigen Zeitpunkt schien den Teilnehmern der Konferenz - Seldte, Duesterberg, Hugenberg und Schiele vom Reichslandbund - die Durchführung des Volksbegehrens auch als Agitationsmittel wenig erfolgversprechend zu sein. Sie beschlossen deshalb,die weitere politische Entwicklung abzuwarten und das Volksbegehren erst einzubringen, wenn es nach einer Reichstagsauflösung zu Neuwahlen kommen würde.[81]

Ausschlaggebend für die erneute Vertagung dürfte die Haltung Hugenbergs gewesen sein. Dem deutschnationalen Parteiführer schien der Kampf gegen den Young-Plan zur Neuregelung der deutschen Reparationen jetzt ein aktuelleres und zugkräftigeres Thema für ein Volksbegehren abzugeben, für das auch die Nationalsozialisten zu gewinnen waren, wie ein Gespräch zwischen Hugenberg und Hitler in Berlin am 27. Mai 1929 zeigte.[82] Auch der Stahlhelm wandte sich - wie nicht anders zu erwarten - auf dem Münchner Reichsfrontsoldatentag in heftiger Form gegen die Pariser Vereinbarungen, ohne dass überhaupt schon Einzelheiten bekannt gewesen wären.[83] Gleichzeitig beschlossen die Bundesführer nach einer Besprechung mit Hugenberg, ihr eigenes Verfassungsvolksbegehren "vorläufig" zurückzustellen,[84] nicht ohne von den Deutschnationalen unter Druck gesetzt zu werden: Bevor sich die Bundesleitung öffentlich geäussert hatte, erklärte der deutschnationale Abgeordnete

---

80) Jd. 233/4.10.1928, Jd. 88/16.4.1929, Jd. 70/23.3.1929.

81) Friedenthal, aaO, S. 44.

82) Friedenthal, aaO, S. 44 ff.

83) Aufruf des Bundesvorstandes zum "Kampf gegen den Young-Plan". St. 11/23/9.6.1929. Severing, aaO,II, S. 213; Schulthess'Europ. Geschichtskalender, 1931, München 1932, S. 13.

84) Seldte sagte im Juni 1931, der Stahlhelm habe sich auf dem Reichsfrontsoldatentag München auf "Anregung" von Hugenberg bereiterklärt, sein Volksbegehren zurückzustellen (St. 13/22/7.6.1931). Nicht so deutlich Duesterberg bereits Ende September 1929 (St. 11/4/13.10.1929); Medem, aaO, S. 106, vgl. auch Friedenthal, aaO, S. 44.

von Freytagh-Loringhoven auf einer Versammlung, der Stahlhelm habe sich in "opferbereiter und kluger Weise bereiterklärt, sein Volksbegehren zugunsten des deutschnationalen Vorgehens zurückzustellen".[85]

Der Stahlhelm unternahm zunächst noch den Versuch, sein Nachgeben gegenüber dem Druck Hugenbergs zu vertuschen, und bemühte sich, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als schlössen die beiden Volksbegehr-Aktionen einander nicht aus. In e i n e r Ausgabe der Stahlhelm-Korrespondenz - vom 26. Juni - wurden die Äusserungen Freytagh-Loringshovens dementiert und trotzig behauptet: "Das Stahlhelm-Volksbegehren marschiert," aber indirekt doch die "Zurückstellung" zugegeben, wenn Seldte als Vorsitzender des vorläufigen Arbeitsausschusses bekanntgab, man werde alle Massnahmen entschlossen unterstützen, die darauf zielten, die Pariser Vertragsentwürfe über die Neuregelung der Tributlasten dem Volksentscheid zu unterwerfen.[86]

Auch in der Entschliessung des sich am 9. Juli konstituierenden Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren hiess es ausdrücklich, der Reichsausschuss übernehme das vom Stahlhelm angeregte Verfassungsvolksbegehren als seine Aufgabe und werde seine Durchführung weitertreiben; in die vorderste Linie seiner Aufgaben stelle er jedoch den Kampf gegen den "Pariser Tributplan".[87] Der Versuch, die Nationalsozialisten durch die Hintertür des Youngplan-Volksbegehrens für die Stahlhelm-Aktion zu gewinnen, scheiterte indessen sofort. Hitler, dessen Eintritt in das Präsidium des Reichsausschusses vom Bundesorgan "mit besonderer Freude" begrüsst worden war,[88] liess

85) Jd. 142/21.6.1929; Reichsbanner, Jg. 6 (1929), Nr. 26 vom 29.6. 1929.

86) Stahlhelm-Korrespondenz Nr. 26 vom 26.6.1929 (BA ZSg 1-88/8); St. 14/26/30.6.1929.

87) St. 11/28/14.7.1928, abgedr. auch in: Sta. II, S. 42; Schulthess, aaO, Jg. 1929, S. 54.

88) St. 11/29/21.7.1929.

sofort erklären, die Nationalsozialisten würden "für die Frage des später möglicherweise kommenden Stahlhelm-Verfassungs-Volksbegehrens" wieder ausscheiden.[89]

Trotz dieser erneuten Absage war man im Stahlhelm weiter der "Überzeugung", dass die NSDAP beim "Kampf um die Verfassung", der unausweichlich kommen müsse, mitmachen werde. Zugleich gab man jedoch zu verstehen, dass man bereit sein werde, die eigenen Reformpläne vollends in der Versenkung verschwinden zu lassen, um ein Ausscheren der Nationalsozialisten aus der "Front" zu verhindern. Wenn Hit-ler, schrieb die Bundeszeitung, ein besseres Thema wisse als das des Stahlhelm und seinen Vorschlag dem Reichsausschuss unterbreite, dann sei der Stahlhelm der letzte, der aus einer falschen Prestigepolitik heraus seinen Vorschlag den anderen aufzwingen würde.[90]

Auch als nationalsozialistische Unterführer schon bald zum Angriff gegen ihre "Bundesgenossen" übergingen und die Risse im "Block der Wachen und Wollenden" immer breiter wurden, zogen die Stahlhelmführer weiter durch das Land und verkündeten zuversichtlich, die "Front" werde halten, das Präsidium bleibe zusammen, unmittelbar nach dem Volksentscheid werde der "Angriff" weitergehen und eine neue Aktion einsetzen.[91] Seldte kündigte gar - falls nötig - noch 51 (!) derartiger Volksbegehren an; der Stahlhelm werde auf diesem Wege weiterarbeiten, bis er die "ganze Aktion" geschafft habe.[92]

---

89) VB 42/160/13.7.1929. Ähnliche Äusserungen auch des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Frick im Völkischen Beobachter (Jd. 216/15.9.1929).

90) St. 11/29/21.7.1929.

91) St. 11/39/29.9.1929; St. 11/44/3.11.1929.

92) Seldte in verschiedenen Reden, u. a. im Berliner Sportpalast. St. 11/39/29.9.1929, St. 11/49/8.12.1929.

Der I n h a l t der Volksbegehr-Aktionen spielte nur eine sekundäre Rolle, das "allein Wichtige" war - wie die Bundeszeitung schrieb - "die Front und der Kampf".[93] Auch Seldte, der bislang die "positiven" Absichten des eigenen Verfassungs-Volksbegehrens betont hatte, gab jetzt zu, dass die Aktion für den Stahlhelm lediglich ein taktisches Mittel zur "nationalen" Sammlung gewesen war, wenn er sagte, man habe seit Jahren nach einem einigenden Thema für ein Volksbegehren gesucht.[94]

Sicher sollte durch solche Äusserungen auch der Misserfolg der eigenen Aktionen kaschiert und der Anschluss an das Hugenberg'sche Volksbegehren motiviert werden, auf der anderen Seite kann doch kein Zweifel bestehen, dass die Mehrheit der Stahlhelmführer nie ernsthaft eine Reform der Weimarer Verfassung beabsichtigt hat, ebensowenig wie sie im neuen Volksbegehren nur gegen den Young-Plan kämpften. Wieder war es Seldte, der das offen zugab, als er im Berliner Sportpalast erklärte, der Kampf gegen den Young-Plan sei zugleich ein Kampf gegen das heutige parlamentarische System; der Erbfeind "wohne" nicht ausserhalb der Grenzen, sondern innerhalb der deutschen Mauern.[95] Er bestätigte damit den Vorwurf Stresemanns, der Kampf des Reichsausschusses gelte weniger dem Young-Plan als vielmehr dem heutigen Deutschland mit der bewussten Absicht, eine Zweiteilung des Volkes herbeizuführen und die Macht im Staate zu erringen.[96]

---

93) St. 11/29/21.7.1929.

94) Seldte bei der konstituierenden Sitzung des Reichsausschusses, Sta. I, S. 80. St. 11/28/14.7.1928.

95) St. 11/39/29.9.1929. In ähnlichem Sinne der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Claß, auf einer Tagung der Organisation in Würzburg (Schulthess, aaO, Jg. 1929, S. 165 ff.).

96) Stresemann in der Köln. Zeitung, zit. nach: St. 11/33/18.8.1929.

Die erstrebte "Scheidung der Geister" war - zumindest für den Augenblick - mit der Bildung der Front "Seldte - Hitler - Hugenberg"[97] erreicht worden, und der Stahlhelm konnte für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, im Herbst 1928 den Anstoss dazu gegeben und durch seine Agitation seinen Teil zur Radikalisierung weiter Volkskreise beigetragen zu haben. Im Kampf gegen den Young-Plan setzte sich der Bund nach republikanischem Urteil "mit wahrem Feuereifer" ein,[98] der allerdings nicht überall in gleichem Maße vorhanden gewesen sein dürfte. In den gemässigteren Gruppen machte sich nämlich ein "passiver Widerstand" gegen die Politik der Bundesleitung bemerkbar, die wiederum mit Ausschlüssen und Disziplinarverfahren gegen "Salonstahlhelmer" vorging.[99]

Trotzdem dürfte der Stahlhelm dank seiner durchgegliederten, an die 10 000 Dienststellen umfassenden Organisation einen erheblichen Anteil an der organisatorischen und propagandistischen Durchführung des Volksbegehrens gehabt haben,[100] vor allem auch deshalb, weil sich in der DNVP eine wachsende Opposition gegen Hugenberg bemerkbar machte und die ersten Absplitterungen von der Partei erfolgten.[101] Die National-

---

97) So der Titel eines Buches von E. Stadtler (Seldte-Hitler-Hugenberg. Die Front Freiheitsbewegung. 2. Aufl. Berlin 1930).

98) H. Martin, Vor dem Bürgerkrieg. Leipzig 1929, S. 12.

99) Jd. 245/19.10.1929, Jd. 246/20.10.1929, Jd. 254/30.10.1929.

100) Die Werbestellen für das Volksbegehren waren sehr häufig von Stahlhelmern besetzt, in Berlin z. B. 19 von 21 Büros. Von 20 studentischen Rednern in Breslau waren 11 Stahlhelmer, die 33 Versammlungen von im ganzen 56 abhielten (Stahlhelm-Student, Jg. 1929/30, Nr. 7, S. 13). Auch die Propaganda des zentralen Reichsausschusses wurde hauptsächlich von der DNVP und dem Stahlhelm durchgeführt (Friedenthal, aaO, S. 77 ff.). Seldte war mit Hugenberg geschäftsführender Vorsitzender des Reichsausschusses.

In den "Anweisungen gegen den Tributplan" wurde vom Einsatz von "jungen Kampfrednern" und von der "Aufstellung von Kampftrupps für die Aktionszeit" gesprochen. (Junge Nation Nr. 36 vom 5.9. 1929).

101) Vgl. Friedenthal, aaO, S. 69 ff. Jd. 301/25.12.1929.

sozialisten weigerten sich häufig, in den gemeinsamen Volksbegehrausschüssen mitzuarbeiten [102] und benutzten die Aktion vor allem als eine willkommene Gelegenheit zu einer hemmungslosen Agitation für ihre eigenen Ziele - mit Erfolg, wie die Septemberwahlen 1930 zeigten. Hitler, nicht Hugenberg und nicht der Stahlhelm, war denn der Sieger der Volksbegehr-Aktion.

Für einen mehr gemässigten Flügel in der Bundesleitung um Dr. Brauweiler, der das geplante Verfassungsvolksbegehren "positiv" verstanden wissen wollte und möglicherweise ehrlich eine Reform des parlamentarischen Systems erstrebte, bedeutete das Einschwenken auf die Hugenberg-Aktion eine klare Niederlage. Die ursprünglich breit gedachte, auch die gemässigte Rechte und Teile der politischen Mitte einbeziehende Front war nun parteimässig auf die DNVP und NSDAP eingeengt. Durch die Eingliederung in die "Hugenberg-Front" hatte sich der Bund nicht nur die Führung aus der Hand nehmen lassen, er war auch, zumindest der Öffentlichkeit gegenüber, ins Schlepptau der Deutschnationalen geraten, aus dem er sich nicht wieder so schnell wie die Nationalsozialisten lösen konnte.[103]

Erweckte das gemeinsame Auftreten von hohen Stahlhelmführern und deutschnationalen Parteifunktionären vielfach den Eindruck, als sei der Bund zur "Hugenberg-Truppe" geworden, so wird man andererseits die Kontakte in den Untergliederungen von NSDAP und Stahlhelm im gemeinsamen Kampf gegen den Young-Plan nicht übersehen dürfen. Auch wurde die enge Zusammenarbeit von Stahlhelm-Führung und DNVP in Teilen des Bundes mit Misstrauen ver-

---

102) Jd. 228/29.9.1928. Gemeinsame Kundgebungen mit anderen Parteien und Verbänden bedurften der ausdrücklichen Genehmigung der Parteileitung (Heiden, Adolf Hitler, Eine Biographie. Zürich 1936. Bd. 1, S. 271). Vgl. auch Friedenthal, aaO, S. 77 ff.

103) Brauweiler, Der Anteil des Stahlhelm in: Hotzel (Hrsg.), S. 218; Alter, aaO, S. 113 ff.

folgt; die Abneigung gegen Hugenberg hatte durch sein Taktieren beim Volksbegehren mit der unverkennbaren Absicht, den Bund unter seine Kontrolle zu bringen, eher zugenommen. Die Gegnerschaft gegen die deutschnationalen Parteiführer ging in manchen, nicht unbedingt nationalsozialistisch eingestellten Kreisen des Bundes so weit, dass beispielsweise die dem Stahlhelm nahestehende Zeitschrift Standarte anlässlich der Gründung des Reichsausschusses der Bundesführung riet, sich eher noch den Nationalsozialisten anzuschliessen, als sich ins Schlepptau Hugenbergs nehmen zu lassen.[104]

Bei innerer Abhängigkeit der Stahlhelm-Führung von den Deutschnationalen einerseits und zunehmender Sympathie der Stahlhelm-Gefolgschaft zu den Nationalsozialisten andererseits mochte der Stahlhelm zunächst versuchen, die zunehmenden Spannungen zwischen den "nationalen Bundesgenossen" im Reichsausschuss auszugleichen.[105] Sobald aber die Oppositionsfront auseinanderbrach und Hitler zum Angriff gegen Hugenberg und die Stahlhelmführer überging, war vorauszusehen, dass der Bund in eine gefährliche Lage geraten würde. Aber noch von einer anderen Seite drohte jetzt Gefahr: Am 8. Oktober 1929, als der Kampf gegen den Young-Plan seinem Höhepunkt zusteuerte, wurden die westlichen Landesverbände des Stahlhelm vom preussischen Innenminister mit Zustimmung der Reichsregierung verboten.

---

104) Standarte, Jg. 4, Nr. 28, S. 628.

105) Die Auseinandersetzungen gingen vor allem um § 4 des sogen. Freiheitsgesetzes, der die Bestrafung von "Reichskanzler, Reichsministern und Bevollmächtigten des Reichs" mit Zuchthaus androhte, falls sie "Verträge mit auswärtigen Mächten" unterzeichneten. (Eyck, aaO, II, S. 281 ff.; Friedentahl, aaO, S. 69. Über Bedenken gegen den § 4 auch in Stahlhelm-Kreisen: Jd. 219/19.9.1929.

IX. Zwischen Verbot und Förderung: Stahlhelm und staatliche Autorität (1929/30)

Gegenmassnahmen der Republik (S. 205) - Stahlhelm und Reichswehr (S. 211) - Das Verbot in Westdeutschland und das Eingreifen Hindenburgs zugunsten des Bundes (S. 216) - Der "Bund der Frontsoldaten" und das "Kabinett der Frontsoldaten" (S. 225)

Die antirepublikanische Agitation, im Herbst 1928 mit den "Hassbotschaften" eingeleitet, war im Jahre 1929 unvermindert weitergegangen und hatte während des Volksbegehrens gegen den Young-Plan einen gewissen Höhepunkt erreicht. Beschimpfungen der Republik und ihrer Symbole durch führende Mitglieder des Stahlhelm waren keine Seltenheit mehr. So nannte - um einige Beispiele zu nennen - das Mitglied des Bundesvorstandes, Stadtler, die Republik einen "frischen Kuhfladen", Seldte sprach von einem "Sauhaufen", der Landesführer von Württemberg von einer "scheusslichen Missgeburt", bei deren Entstehung Landesverrat, Meuterei und das feindliche Ausland die Rolle des "Geburtshelfers" gespielt hätten.[1)]

Ein alarmierendes Symptom der zunehmenden Radikalisierung des Bundes waren die sich im Jahr 1929 häufenden Überfälle und Schlägereien mit politisch Andersdenkenden, bei denen es auf beiden Seiten Verletzte und vereinzelt auch Tote gab.[2)]

---

1) Zusammenstellung vom 1.5.1929 im Nachlass Severing; Reichsbanner, Jg. 6 (1929), Nr. 14 vom 6.4.1929; zur strafrechtlichen Verfolgung von Seldtes Äusserungen: Jasper, aaO, S. 204 ff. Über weitere Beschimpfungen der Republik, insbesondere der Reichsflagge, sowie über Schlägereien: Denkschrift des Reichsministers des Innern zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutz der Republik vom 9.12.1929 (BA 135/8478), abgedr. und kommentiert von G. Jasper in: Vjhh. Jg. 8 (1960), S. 280 ff.

2) Denkschrift des Reichsministers des Innern vom 9.12.1929, vgl. Anm. 1.
Übersicht über die Toten und Verletzten des Stahlhelm in den Jahren 1919 - 1933 in: Der NSDFB (Stahlhelm). Geschichte, Wesen und Aufgabe des Frontsoldatenbundes. Berlin 1935, Deckblatt.

Den Mördern des Jungstahlhelmers Kleier wurde "Abrechnung" angekündigt, die dann beginnen würde, wenn die "erledigte rosa-rote Regierung" dieser "Aktion" nicht mehr in den Arm fallen könne.[3] Massive Drohungen richteten sich jetzt nicht mehr nur gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern gegen alle, die das Volksbegehren gegen den Young-Plan "sabotierten". Geschäftsleuten wurde der Boykott, allen "Drückebergern" am Volksbegehren die namentliche Veröffentlichung in besonderen Listen angekündigt. Auch die Stunde des Stahlhelm werde kommen, hiess es in einer Anzeige, dann werde man Terror auf Terror, Sabotage auf Sabotage setzen.[4]

In der Demagogie bestand offenbar bei einem erheblichen Teil der Stahlhelm-Gefolgschaft nur noch ein gradueller Unterschied zu den Nationalsozialisten. Ihr Ton war in der Sicht des Jungdeutschen Ordens bereits im Herbst 1929 "völlig" auf den Stahlhelm übergegangen; Stahlhelmer und Nationalsozialisten würden in ihren Beschimpfungen miteinander wetteifern.[5] Noch galt offenbar in den Jahren 1928/29 in republikanischen Kreisen der Stahlhelm als der gefährlichere Gegner. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold jedenfalls forderte seine Mitglieder auf, im Kampf gegen rechts "alle politischen Kräfte

---

3) St. 11/9/3.3.1929, nach der Ermordung des Jungstahlhelmers Kleier in Panekow durch Kommunisten. Ein in diesem Zusammenhang gegen den preussischen Innenminister Grzesinski eingebrachter Misstrauensantrag im Landtag wurde gegen die Stimmen der DNVP, DVP, NSDAP und der Wirtschaftspartei abgelehnt.

4) Abgedr. in: Jd. 253/29.10.1929.

5) Jd. 245/19.10.1929; Jd. 234/6.10.1929. Der "Vorwärts" machte Duesterberg für den Wortradikalismus im Stahlhelm verantwortlich; er versuche dem Nationalsozialismus dadurch Konkurrenz zu machen, dass er dessen Agitationsformen und Agitationsphrasen mit Erfolg auf grosse Teile des Stahlhelm übertragen habe (Vorwärts Nr. 258 vom 5.6.1930, BA R 43 I/2735).

gegen den Stahlhelm zu konzentrieren; er sei der Feind, der in erster Linie geschlagen werden müsse.[6] Das Reichsbanner konnte jetzt angesichts der massiven Drohungen des Stahlhelm auch wieder mit einer Unterstützung der Zentrumspartei rechnen, die sich zeitenweise deutlich von den republikanischen Schutzorganisationen distanziert hatte.[7] So erklärte der frühere Reichskanzler Marx auf einer Zentrumskundgebung, dass nach den Auslassungen des Stahlhelm der Satz, ein Schutz der Republik sei nicht mehr nötig, jetzt nicht mehr gelte; der Zentrumsabgeordnete Schreiber nannte die Hassbotschaft "eines der traurigsten Dokumente der Nachkriegszeit"und bezeichnete den Stahlhelm mit seiner aufreizenden Agitation für ebenso gefährlich wie den Rotfrontkämpferbund.[8]

An ein energisches Vorgehen der Regierung gegen den Bund, wie es verschiedentlich in der republikanischen Öffentlichkeit gefordert wurde,[9] war freilich zunächst kaum zu denken. Obwohl am Ziel des Stahlhelm nach den verschiedenen "Hasskundgebungen" kein Zweifel mehr bestehen konnte, und obwohl die Stahlhelmführer verschiedentlich eine gewaltsame Änderung als die wünschenswerteste Lösung bezeichnet hatten, war ein Verbot der Organisation solange unmöglich, als dem Stahlhelm nicht offene Umsturzbestrebungen nachgewiesen werden konnten.[10] Die Bemühungen der Reichsregierung als auch der preussischen Regierung konzentrierten sich deshalb zunächst darauf, den Staatsbeamten die Mitgliedschaft im Bunde zu untersagen und Hindenburg zur Niederlegung der Ehrenmitgliedschaft zu bewegen.

---

6) Reichsbanner, Jg. 5 (1928), Nr. 36 vom 21.10.1928.

7) Vgl. S. 142.

8) Schulthess, aaO, Jg. 1929, S. 93 und S. 174; Jasper, aaO,S.176.

9) Sozialdemokratische Korrespondenz, Jg. 4, Nr. 24 vom 27.2.1929 (Nachlass Severing); Martin, 10 Jahre Stahlhelm, S. 18. Berliner Tageblatt Nr. 85 vom 19.2.1929; auch schon nach der "Hassbotschaft von Fürstenwalde", Pressestimmen zit. in: St. 10/37/9.9. 1928.

10) Zur Problematik des Republikschutzes jetzt ausführlich: Jasper, Der Schutz der Republik.

Anlass zu einem energischen Vorgehen gegen die Beamten war neben den verschiedenen "Hasskundgebungen" der letzten Monate ein Artikel in der Stahlhelm-Zeitung zum 70. Geburtstag von Kaiser Wilhelm II. In diesem, von der Bundesleitung ausgehenden Beitrag hatte es geheissen, die alten Frontsoldaten fühlten sich von der Treueverpflichtung gegenüber ihrem früheren Monarchen durch die Erklärung nach dem Thronverzicht nicht gelöst; das Treueverhältnis des alten kaierlichen Soldaten zu seinem obersten Kriegsherrn bleibe als persönliche Verpflichtung bestehen.[11]

Die Warnung des preussischen Ministerpräsidenten Braun, die Regierung werde gegebenenfalls die Mitgliedschaft von Beamten im Stahlhelm untersagen, da die Äusserungen der Stahlhelmführer unvereinbar mit dem Treueid des Beamten auf die Republik seien,[12] musste wirkungslos bleiben, solange der höchste Beamte der Republik, der Reichspräsident, Ehrenmitglied jenes Bundes war, der eben dieser Republik den "Kampf bis aufs letzte"[13] auf seine Fahnen geschrieben hatte. Voll Überheblichkeit konnte deshalb der Stahlhelm-Bundesvorstand einen Tag nach Brauns Drohung erklären, ein Treueverhältnis, das den höchsten Repräsentanten des Reiches an den früheren Monarchen innerlich binde und das ihn zu einem Geburtstagsglückwunsch veranlasst habe, könne den Beamten des Reiches und der Länder nimmermehr zum Vorwurf gemacht werden. Nicht genug damit: Die Stahlhelmführer warfen der preussischen Regierung vor, sie habe sich unfähig erwiesen, Preussen zu führen, ja die Probleme Preussens überhaupt zu erkennen, und warnten die

---

11) St. 11/4/27.1.1929.

12) Braun im Hauptausschuss des Preussischen Landtags am 16.2.1929 (St. 11/13/31.3.1929; Schulthess, aaO, Jg. 1929, S. 31).

13) So der Landesführer von Gross-Berlin, v. Stephani (Deutsche Zeitung vom 11.2.1929, Aufstellung vom 1.5.1929 im Nachlass Severings).

Regierung, ihren "verfassungswidrigen Weg der ausnahmerechtlichen Behandlung des nationalen Beamtentums weiter zu gehen".[14]

Es hat nicht an Versuchen von seiten der Reichsregierung gefehlt, Hindenburg zur Niederlegung seiner Ehrenmitgliedschaft im Stahlhelm zu bewegen.[15] Auch von der demokratischen Presse wurde - offenbar auf Veranlassung der Regierung - ein Druck auf den Reichspräsidenten ausgeübt: Bevor eine auf den 23. Februar 1929 vertraulich festgesetzte Unterredung zwischen den Bundesführern und Hindenburg stattfand, erschienen in demokratischen Zeitungen Artikel, in denen dem Reichspräsidenten unterschoben wurde, er habe sich bestimmte Entschliessungen vorbehalten für den Fall, dass der Stahlhelm die Frage der "Hassbotschaften" nicht befriedigend beantworte; seine Stellung als höchster Repräsentant der Republik, der er diene, treu dem Eide auf die Verfassung der deutschen Republik, erscheine mit der Stahlhelm-Mitgliedschaft nicht vereinbar.[16]

Der Versuch, Hindenburg vom Stahlhelm zu trennen, scheiterte, ja die Haltung des Reichspräsidenten musste die rechtsradikalen Kreise eher ermuntern, in ihrer Agitation gegen die Republik fortzufahren: Die Bundesführer gaben am 23. Februar 1929 anlässlich eines Empfangs beim Reichspräsidenten bei Betonung ihrer prinzipiellen Opposition gegen das "System" eine Legalitätserklärung ab, die Hindenburg "mit Befriedigung" ent-

---

14) Tagung des Bundesvorstands am 16./17.2.1929 (St. 11/8/24.2.1929).

15) Reichskanzler Müller auf Chefbesprechung am 30.10.1929 (BA R 43 I/2735); Brief von Staatssekretär Meissner vom 18.2.1929 an Seldte, abgedr. in: St. 11/11/17.3.1929.
Persönliche Darlegung des Herrn Reichspräsidenten über die Vorgange und Vorgeschichte seiner Wiederkandidatur (Nachlass Schleicher, BA, Militärarchiv, H 08-42/40, abgedr. auch in: Vjhh Jg. 8 (1960), S. 75 ff.

16) So z. B. Vossische Zeitung vom 21.2.1929, zit. nach: St. 11/11/17.3.1929.

gegennahm und versicherte, er habe bei seiner Kenntnis der Ziele des Stahlhelm, dem er seit langen Jahren als Ehrenmitglied angehöre, keine andere Haltung erwartet. Dem Reichskanzler und dem Reichsinnenminister teilte er mit, dass er bei dieser "Sachlage" keinen Anlass sehe, seine Ehrenmitgliedschaft beim Stahlhelm niederzulegen.[17)]

Wenngleich Severing im Reichstag erklärte, die Unterredung der Stahlhelmführer mit dem Reichspräsidenten könne kein Freibrief für den Bund sein,[18)] so zeigt sich aus der Parteinahme Hindenburgs für seine ehemaligen Kameraden die Grenze einer wirksamen Bekämpfung des Stahlhelm. Es war vorauszusehen, dass der Reichspräsident bei einem Verbot des Bundes intervenieren würde. Diese Überlegung dürfte auch im Mai des Jahres eine Rolle gespielt haben, als im Zusammenhang mit der

---

17) Abdruck des amtlichen Kommuniqués in: St. 11/11/17.3.1929; Abschrift des Schreibens von Staatssekretär Meissner an Severing vom 26.2.1929 in Akten BA R 43 I/2734.

Nach einer Meldung des "Jungdeutschen" glaubten manche alldeutsche Kreise aus der Erklärung herauslesen zu können, dass der Reichspräsident nun selbst mit einer diktaturähnlichen Regierung unter der Führung Hugenbergs mit Hilfe der DNVP und des Stahlhelm einverstanden sein werde (Jd. 50/28.2.1929).

Die demokratische Presse zeigte sich von der Haltung Hindenburgs beunruhigt. Hindenburg habe dem Stahlheim zu einem Triumph verholfen, schrieb die Frankfurter Zeitung, über den man sich ja nicht täuschen solle; den deutschen Republikanern aller Parteirichtungen habe der Reichspräsident Anlass zu schwerer Beunruhigung gegeben, Anlass auch zu doppelter Achtsamkeit. (v. 28.2.1929, zit. nach: St. 11/11/17.3.1929). Vgl. auch Severing, aaO, II, S. 181 f.

18) Am 8.6.1929 (Sten. Ber. Bd. 425, S. 2213); in ähnlichem Sinne schon am 27.2.1929 (Berliner Tageblatt Nr. 98 vom 27.2.1929, Nachlass Severing).

Vgl. auch die Äusserungen Brauns im Preussischen Landtag: "Wir werden den Stahlhelm in Zukunft nicht nach seinen Erklarungen gegenüber dem Reichspräsidenten, sondern nach seinem wahren Geist beurteilen und zu gegebener Zeit gegen die Beamten im Stahlhelm das tun, was im Staatsinteresse geboten ist." (St. 11/17/28.4.1929).

Tatsächlich gingen auch die preussischen Behörden vereinzelt gegen "Stahlhelm-Beamte" vor. So wurde Lehrer Dennhardt, Untergauführer von Halle/S., seines Dienstes enthoben(St.10/46/11.11.1928). Vor allem aber war die abschreckende Wirkung in der Stahlhelm-Organisation bes. während der Aktion gegen den Young-Plan nicht zu übersehen (Notiz v. 10.2.1929 in Akten BA R 72/2 und v. 5.11.1929 in BA R 72/4).

Auflösung des Roten Frontkämpferbundes einige Länderinnenminister ein gleichzeitiges Verbot der Nationalsozialisten und des Stahlhelm forderten, die in verschiedenen Ländern als die eigentlichen Störer von Ruhe und Ordnung anzusehen waren. Wie schon früher wünschten die Minister die Beseitigung der "Uniformseuche" und der ganzen "Militärspielerei". Doch Severing lehnte ein präventives Vorgehen gegen die rechtsradikalen Verbände ab, weil diese nicht wie die Kommunisten mit der Waffe gegen die Polizei vorgegangen seien.[19] Allzusehr in strafrechtlichen Kategorien denkend, beschränkte man sich auf eine defensive Praxis, die erst dann eingriff, wenn es "Tote gegeben hatte".[20] Dann wären wohl auch im Reichspräsidentenpalais keine Widerstände gegen ein Verbot zu erwarten gewesen.

Immerhin war das Verbot des Roten Frontkämpferbundes eine deutliche Warnung an den Stahlhelm, wo offenbar mit einem energischen Vorgehen der preussischen Regierung gerechnet wurde. Jedenfalls waren bereits Vorbereitungen getroffen, um die Beschlagnahme von "Material, Konten pp" zu verhindern und Pläne für die Tätigkeit des Bundes in der Illegalität ausgearbeitet, wobei als Auffangorganisationen die wirtschaftlichen Einrichtungen, insbesondere die Versicherungen des Bundes, sowie die Kleinkalibervereine vorgesehen waren. Um den Behörden jeden Vorwand zu einem Eingreifen zu nehmen, wurde "grösste Zurückhaltung" in "Schrift, Wort, in öffentlichen Versammlungen, den äusseren Formen des Wehrsports usw." angeordnet.[21]

---

19) Bericht des hessischen Bevollmächtigten zum Reichsrat über die Konferenz vom 10.5.1929, abgedr. als Dokument Nr. 3 bei: Jasper, aaO, S. 305 ff.

20) Jasper, aaO, S. 173.

21) Abdruck eines streng vertraulichen Rundschreibens ohne Datum als Anlage 53 und einer Abhandlung "Der Stahlhelm in der Illegalität" vom 29.6.1929 als Anlage 56 in: Denkschrift "Wehrsporttätigkeit" (BA R 43 I/2735). Sitzungsbericht einer Kreisgruppen- und Bezirksführersitzung vom 24.5.1928 des Gaues Hildesheim (BA R 72/4). Seldte kündigte bei einem "Generalverbot" des Bundes in einer Rede in Darmstadt die Gründung einer Frontsoldatenpartei an (St. 11/49/8.12.1929).

Die Aufmerksamkeit der republikanischen Behörden richtete sich künftig besonders auf die sog. wehrsportliche Tätigkeit des Bundes, die seit Anfang 1929 wieder verstärkt aufgenommen wurde, nachdem im Zusammenhang mit der Umfunktionierung des Bundes zu einer politischen Bewegung der Charakter des reinen Wehrverbands zeitweilig etwas zurückgetreten war.[22] Auch die Beziehungen zur Reichswehr hatten sich nach dem Ende der "Ära Seeckt" wieder verstärkt, wenngleich sie stets zwiespältig blieben. So bestand besonders bei den jüngeren Frontoffizieren eine Abneigung gegen die "Bürogenerale" der Reichswehrführung, der allzugrosse Nachgiebigkeit gegenüber den Ansprüchen der "Linksparteien" vorgeworfen wurde.[23] Auf der anderen Seite waren sich die Stahlhelmführer im klaren, dass die "innere Befreiung", wie sie sich der Stahlhelm dachte, o h n e die Reichswehr nicht möglich sein würde.[24]

Die Reichswehr wiederum sah im Stahlhelm wie in den anderen militanten Organisationen vor allem ein Reservoir für die seit 1927 verstärkt betriebene Vermehrung des Heeres.[25] Sie begrüsste die Bestrebungen der Verbände zur Ertüchtigung der Jugend" auf das Wärmste",[26] lehnte aber radikale Experimente

---

22) Vgl. S. 91 ff.

23) Solche Tendenzen sind in der Standarte als dem Organ der jüngeren Generation im Stahlhelm festzustellen, gelegentlich auch im Bundesorgan (St. 7/23/7.6.1926, 9/37/11.9.1927, 10/4/22.1.1928). Schwere Vorwürfe gegen die Reichswehrführung wiederholt von Duesterberg (St. 12/18/4.5.1930, St. 12/46/16.11.1930).

24) Kleinau, Reichswehr-Tragik (St. 15/40/5.10.1930).

25) Über die Beziehungen zwischen Reichswehr und Wehrverbänden besonders seit der Mitte der 20er Jahre vgl. Bracher, Auflösung der Weimarer Republik, S. 265 ff., S. 272 ff. (Beitrag von W. Sauer); Bracher, Auflösung einer Demokratie in: Faktoren der Machtbildung, Berlin 1952, S. 75 ff.; Vogelsang, aaO, bes. S. 43 ff., 160 ff.

26) Schleicher an General d. Inf. v. Eberhardt im Oktober 1926 (Nachlass Schleicher, BA, Militärarchiv, H 08 - 42/26).

der Verbände, wie überhaupt ihre politische Eigenständigkeit ab. Bei der Aufstellung des Grenz- und Landesschutzes sowie bei der Bereitstellung von Reserven suchte deshalb die Reichswehr mehr die Mitglieder der Verbände als Einzelpersonen heranzuziehen, die im übrigen wiederholt verbotene Zusammenarbeit mit den Verbänden als solchen aber nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Absichten der Reichswehrführung, besonders General von Schleichers, liefen schon seit der Mitte der 20er Jahre darauf hinaus, die "wertvollen Kräfte" der Wehrverbände bis zu einer Vergrösserung des Heeres in einer staatlich geförderten und kontrollierten Rahmenorganisation zusammenzufassen. Die Bemühungen, die zugleich zu einer "Entpolitisierung" der Verbände führen sollten, wurden nach dem Anwachsen der SA verstärkt fortgesetzt und erreichten 1932 in der Errichtung eines Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung einen vorläufigen, freilich keineswegs zufriedenstellenden Abschluss.[27)]

Enge Beziehungen zwischen Reichswehr und Stahlhelm bzw. dessen Mitgliedern ergaben sich aus den Aufgaben des Grenz- und Landesschutzes. Im Osten spielte dabei der Bund seit 1925 die führende Rolle. In Ostpreussen, Hinterpommern, in der Provinz Brandenburg und in Sachsen stellte der Stahlhelm die Mehrzahl der örtlichen Funktionäre und ihrer ehrenamtlichen Helfer.[28)] Auch beim Grenzschutz im Westen waren vielfach Mitglieder des Stahlhelm tätig, der auch die meisten Teilnehmer in den von Reichswehr-Angestellten durchgeführten "Unterrichtsgemeinschaften"

---

27) Grundsätzliche Ausführungen Schleichers vom Dezember 1926 (Nachlass Schleicher, BA, Militärarchiv, H 08 - 42/39); vgl. Vogelsang, aaO, S. 160 ff., S. 231 ff., S. 286 ff.

28) Vogelsang, aaO, S. 157 ff.

stellte.[29] Die wehrsportliche Arbeit des Bundes wurde in den 30er Jahren durch finanzielle Zuwendungen der Reichswehr gefördert.[30]

Ungleich wichtiger als solche mehr oder weniger offiziellen Kontakte waren die vielfachen persönlichen Beziehungen von Stahlhelmführern zu Offizieren der Reichswehr, aus denen sich Möglichkeiten einer Zusammenarbeit ergaben.[31] So bemühten sich Reichswehroffiziere, ausscheidende Angehörige des Heeres im Stahlhelm unterzubringen, um sie so dem "Seelenfang" der Kommunisten zu entziehen.[32] Andererseits wurden offenbar Jungstahlhelmer bei der Einstellung in die Reichswehr gelegentlich bevorzugt.[33] Es kann kein Zweifel bestehen, dass die Reichswehr neben Hindenburg und den "nationalen" Parteien die wertvollste Stütze für den Stahlhelm war, zumindest solange der Reichswehr bei ihren Plänen um eine Vermehrung des Heeres das "Menschenmaterial" des Stahlhelm unentbehrlich schien.[34]

---

29) Denkschrift 'Wehrsporttätigkeit (BA R 43 I/2735). Aus einer Offiziersliste des Grenzschutzes ergibt sich, dass von 23 dort verzeichneten Personen 16 Mitglieder des Stahlhelm waren (Abschrift eines Briefs des Preussischen Ministers des Innern an den Reichswehrminister vom 5.4.1930, BA R 43 I/2735).

30) Vgl. S. 38 f.

31) Belege dafür im Nachlass Schleicher (BA, Militärarchiv). Dort findet sich Korrespondenz mit den Stahlhelm-Landesführern von Brandenburg (von Morozowicz) und Gross-Berlin (von Stephani), mit dem Berliner Vertreter des Bundes, Ausfeld, mit dem Leiter der Volksbegehren, von Egan-Krieger, und mit dem Bundeskanzler des Stahlhelm, S. Wagner. Vgl. auch W. d'Ormesson, Vertrauen zu Deutschland, Berlin 1929, S. 69.

32) General von Gienanth an Schleicher am 24.8.1931 (Nachlass Schleicher, BA, Militärarchiv, H 08 - 42/26); vgl. C. Mertens, Ein Dokument zur Reichswehr und Stahlhelm-Politik ... Wiesbaden 1927.

33) Denkschrift"Wehrsporttätigkeit," S. 31 ff. (BA R 43 I/2735).

34) Vgl. Severing, aaO, II, S. 181. Bracher, Auflösung einer Demokratie in: Faktoren der Machtbildung, S. 75.

Der Aufbau des Grenzschutzes im Osten erfolgte in Zusammenarbeit mit den preussischen Behörden, die auch die Heranziehung von Stahlhelm-Mitgliedern duldeten, umsomehr auch gelegentlich Angehörige des Reichsbanners im Grenzschutz mitarbeiteten.[35] Auch gegen die im Stahlhelm propagierte Pflege des Wehrgedankens hatten die republikanischen Regierungen im allgemeinen nichts einzuwenden, solange die gesetzlichen Bestimmungen beachtet wurden.[36] Wenn trotzdem die preussischen Behörden die im Dezember 1928 von der Stahlhelm-Führung angeordnete Aufstellung von besonderen Wehrsportabteilungen mit besonderem Misstrauen verfolgte, dann aus zwei Gründen: Einmal weil die zunehmende wehrsportliche Tätigkeit mit der politischen Aktivität des Bundes - Ankündigung des Volksbegehrens, verstärkte antirepublikanische Agitation - zusammenfiel, zum anderen wegen des besonderen, bisher im Stahlhelm nicht üblichen organisatorischen Aufbaus der neuen Wehrsportabteilungen. Diese waren nicht wie der Bund regional gegliedert, sondern hatten eine mehr zentralistische Struktur. Zwar an die bisherige Verbandgliederung angelehnt, hatten die Wehrsporteinheiten besondere Führer, die nicht den lokalen Vereinsvorsitzenden unterstellt waren. Die Wehrsportabteilungen mehrerer benachbarter Ortsgruppen bildeten eine sogen. Marschabteilung, der teilweise auch Nachrichten- und Sanitätsabteilungen, in manchen Gegenden besondere Reiter- und Kraftfahrgruppen angeschlossen waren. Die zahlenmässige Zusammenfassung erfolgte weitgehend nach dem Vorbild des Heeres; an der Spitze

---

35) Vogelsang, aaO, S. 157 ff.

36) Severing am 11.6.1929 im Reichstag: "Wenn der Stahlhelm sich darauf beschränkte, den Wehrgedanken in unserem Volke wachzuhalten, dann könnte man vielleicht zweifelhaft sein, ob auch das notwendig wäre. Aber gegen diese grosse Idee, würde das Reich, würden die staatlichen Behörden nicht angehen". Severing verwies auf den Jungdeutschen Orden, dessen Betätigung absolut ungehindert sei. (Sten. Ber., Bd.425, S. 2289).

der neuen Einrichtung stand ein sogen. Bundessportwart. Die Wehrsportorganisationen, die im allgemeinen nur Mitglieder bis zum 30. Lebensjahr umfassten, bildete gewissermassen die Elitetruppe des Stahlhelm. Wegen ihres organisatorischen, von der politischen Vereinsgliederung unabhängigen Aufbaus wurde die Wehrsportorganisation von der preussischen Regierung mit der SA der Nationalsozialisten verglichen.[37] Tatsächlich lassen sich im Bunde auch Tendenzen feststellen, die eine schärfere Trennung zwischen "militärischer Stosstruppe" und "politischer Bewegung" anstrebten.[38]

Die Stahlhelmführer haben allerdings nie Zweifel gelassen, wo der Schwerpunkt der Stahlhelm-Arbeit liege. Wiederholt hatten sie erklärt, dass sie sich von legalen Mitteln der Wahl, aber auch des Volksbegehrens eine grundsätzliche Änderung der Verhältnisse nicht erhofften, dass sie vielmehr vor der Anwendung der Gewalt nicht zurückschrecken würden.[39] In aller Offenheit war gesagt worden, dass der "Wehrsport" die Grundlage der politischen Arbeit des Stahlhelm sei, dass nur eine "Gefolgschaft auf soldatischer Grundlage" die Führer in die Lage versetzen würde, ihren politischen Willen durchzusetzen.[40] Aus beschlagnahmtem Material ging hervor, dass zumindest für einen Teil der Stahlhelmführer das "turnerische Moment" des Wehrsports lediglich ein Mittel zum Zweck war, nämlich eine Macht zu schaffen, die gegebenenfalls nach

---

37) Denkschrift Wehrsporttätigkeit, bes. S. 1 - 3 (BA R 43 I/2735); Grundsätze des Stahlhelm-Wehrsportdienstes, hrsg. vom Bundesamt des Stahlhelm; Führer-Nachrichten-Blatt Nr. 45 vom 1.3. 1929, Beilage Wehrsportabteilungen, St. 10/51/16.12.1928, St. 11/13/31.3.1929, Beilage Jungstahlhelm.

38) Dr. Klein an Landesführer Mahnken vom 27.3.1929 (Denkschrift Wehrsporttätigkeit, Anlage 12, BA R 43 I/2735).

39) Vgl. S. 162 f.

40) So beispielsweise der Landesverband Brandenburg in einem Neujahrsaufruf 1928 (St. 10/3/15.1.1928).

"Mussolinischem Muster" auftreten konnte.[41] Bei den zunehmenden Krisensymptomen des Jahres 1929 rechnete man offenbar mit einem baldigen Einsatz des Stahlhelm und traf die entsprechenden Vorbereitungen, zu denen eben auch die sogen. wehrsportliche Ausbildung gehörte. Der Stahlhelm habe, hiess es z. B. in einem Rundschreiben des Landesverbandes Industriegebiet vom Juli 1929, bisher das Glück gehabt, zehn Jahre lang nicht auf die Probe seiner wirklichen Stärke und Leistungsfähigkeit gestellt worden zu sein. Der Termin rücke z. Zt. merklich näher. Schon das Volksbegehren stelle Anforderungen an das blosse Funktionieren von Dienststellen und an die Stärke jeder Ortsgruppe; ganz anders aber seien die Notwendigkeiten, die sich durch Finanzkrise, Parlamentskrise, Staatskrise vielleicht in Kürze ergeben würden.[42]

Der Anlass zu einem Einschreiten der preussischen Regierung bildete eine grossangelegte militärische Übung des Stahlhelm bei Langenberg im Rheinland am 22. September 1929, über die auch die französische Presse berichtet hatte. Während das Auswärtige Amt in Anbetracht der Verhandlungen über die Räumung des Rheinlands zunächst nur an einer Aufklärung des Vorfalls interessiert war,[43] sah die preussische Regierung in der militärischen Übung eine günstige Gelegenheit, energisch

---

41) Rundschreiben des Krefelder "Gausportwarts" vom 24.9.1929 (abgedr. in Denkschrift Wehrsporttätigkeit, Anlage 10, BA R 43 I/2735); ähnlich auch der Bonner Stahlhelmführer nach einer Felddienstübung; er sagte zu den Teilnehmern des Manövers, dass sie in soldatischen Übungen die Körper gestählt hätten für den Tag, an dem sie mit den Volks- und Vaterlandsverrätern abrechnen würden (Nachlass Severing, abgedr. bei Severing, aaO, II, S. 181.

42) Rundschreiben des Landesverbandes Industriegebiet an die Ortsgruppenführer vom 18.7.1929 (Denkschrift Wehrsporttätigkeit, Anlage 49, BA R 43 I/2735).

43) Staatssekretär Pünder (Reichskanzlei) an Staatssekretär Meissner (Büro des Reichspräsidenten) am 15.10.1929 (BA R 43 I/2734).

gegen den Bund vorzugehen: Am 8. Oktober löste der preussische Innenminister auf Grund des Gesetzes zur Durchführung des Friedensvertrags, des sogen. Entwaffnungsgesetzes, den Stahlhelm einschliesslich der Unter- und Hilfsorganisationen in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen auf. Die Übungen hätten, hiess es in der Begründung, den Verdacht bestätigt, dass der Stahlhelm, jedenfalls in diesen beiden Provinzen, eine Vereinigung darstelle, deren Zweck im Widerspruch zu den Bestimmungen des Entwaffnungsgesetzes stehe. Das Verbot erfolgte entsprechend den gesetzlichen Vorschriften mit der Zustimmung der Reichsregierung.[44)]

Mochte das Verbot auch mit aussenpolitischen Motiven begründet werden und auf das Entwaffnungsgesetz gestützt sein, tatsächlich erfolgte die Auflösung mehr aus innenpolitischen Gründen. Zwar erklärte der preussische Innenminister Grzesinski auf einer Chefbesprechung am 30. Oktober 1929, er sei zu einem schnellen Durchgreifen gezwungen gewesen, um einer möglichen Einwirkung des Auslands zuvorzukommen, er räumte aber ein, dass das Verbot "auch" aus innenpolitischen Gründen erfolgt sei.[45)] Reichsinnenminister Severing gab im Reichstag offen zu, dass derartige Übungen selbstverständlich nie die Sicherheit Frankreichs oder Belgiens gefährden würden. Das sei es ja gar nicht gewesen, was letzten Endes den Ausschlag zum Verbot gegeben habe. Der Stahlhelm in Rheinland und Westfalen sei nicht nur aufgestellt zu dem Zwecke, sondern er habe seine ganze Tätigkeit der letzten Monate darauf einge-

---

44) Abdruck der Auflösungsverfügung in: St. 11/42/20.10.1929; Schulthess, aaO, Jg. 1929, S. 186. Vgl. auch Severing, aaO, II, S. 221.

45) Chefbesprechung am 30.10.1929, an der u. a. teilnahmen: Reichskanzler Müller, geschäftsführender Aussenminister Curtius, Reichsinnenminister Severing, Reichswehrminister Groener, der preussische Ministerpräsident Braun, der preussische Innenminister Grzesinski, sowie die Staatssekretäre Pünder, von Schubert und Zweigert (Niederschrift BA R 43 I/2734).

richtet, innerpolitisch eine Macht zu bilden, die der Bevölkerung Angst einflössen und es ihm gestatten sollte, nach Mussolinischem Muster in Deutschland aufzutreten.[46]

Severing und Grzesinski hielten das vorliegende Material für ausreichend, um ein Gesamtverbot zu erlassen, das allerdings Reichskanzler Müller als wenig sinnvoll ablehnte, da der Stahlhelm doch nur in anderen Organisationen Schlupfwinkel finden werde. Wieder stand in der Chefbesprechung das Problem Stahlhelm und Hindenburg zur Diskussion. Severing machte den Reichspräsidenten indirekt für die radikale Entwicklung im Stahlhelm verantwortlich: Ohne eine "gewisse" Stütze in der Person des Reichspräsidenten hätte sich der Bund eine grössere Zurückhaltung auferlegt. Ministerpräsident Braun wollte "bei passender Gelegenheit" einen erneuten Vorstoss bei Hindenburg wegen seiner Ehrenmitgliedschaft unternehmen, von dem sich der Reichskanzler aber nach seinen Erfahrungen keinen Erfolg versprach.

---

46) Severing am 4.12.1929 im Reichstag (Sten. Ber., Bd. 426, S.3447). Dass die Reichsregierung im Stahlhelm vor allem eine i n n e n politische Gefahr sah, geht auch aus den Ausführungen Severings im Reichstag am 11.6.1929 hervor: "Der Stahlhelm würde doch von den Behörden kaum gehindert werden, er würde von den Behörden nicht beobachtet werden, wenn er nicht seine berufenen Vertreter fast jeden Sonntag seine Hassgesänge ertönen liesse, heute in fortissimo, morgen, wenn es ein wenig brenzlich wird, in piano und moll, aber immer doch in der Tat gegen das Gefüge der republikanischen Verfassung gerichtet ... Den Wehrgedanken gegen einen wirklichen oder eingebildeten Feind aufrecht zu erhalten, das ist nicht in erster Linie die Forderung des Stahlhelm, sondern den Parlamentarismus abzuwürgen, das ist es, worauf es ankommt. Das werden wir uns nicht gefallen lassen und deswegen werden wir Gewalt anwenden, so man uns Gewalt entgegensetzt ..." (Sten.Ber., Bd. 425, S. 22/89).

Die von der "Nationalen Opposition" selbstverständlich heftig kritisierte Tatsache, dass das Verbot während der Young-Plan-Aktion erlassen worden war, und auch diesbezügliche Akten beschlagnahmt wurden, erweckte zumindest den Anschein, dass das Vorgehen aus innenpolitischen Gründen erfolgt sei.

Auch bei den von der demokratischen Presse veröffentlichten Stahlhelm-Dokumenten, die bei der Polizei-Aktion beschlagnahmt worden waren, handelte es sich um Schriftstücke, die die innenpolitische Gefahr der Wehrsporttätigkeit belegen sollten (St. 11/50/15.12.1929).

Das Auswärtige Amt, das sich als "Hüter der Entwaffnungsbestimmungen" fühlte, war verstimmt, weil es vorher von dem Vorgehen Preussens nicht genügend informiert worden war; auch hielt man das Verbot im Hinblick auf die Haager Verhandlungen für unzweckmässig. Reichswehrminister Groener bedauerte, dass das Verbot lediglich auf Grund des Entwaffnungsgesetzes erlassen worden sei; er habe es jetzt (!) allgemein der Reichswehr überall verboten, mit Organisationen zusammenzuarbeiten.[47] Die Übungen selbst waren in der Sicht der Reichswehr "eine lächerliche und wertlose Spielerei,"[48] zu der freilich Angestellte der Reichswehr den Stahlhelm angeleitet hatten, wie der preussische Innenminister in einer Denkschrift nachwies und auch von der Reichswehrführung zugegeben werden musste.[49]

In den "nationalen" Kreisen erhob sich erwartungsgemäss ein Sturm des Protests gegen die "roten Tyrannen", die für diesen "Gewaltakt" das Kreuz der Ehrenlegion verdient hätten.[50] Die verschiedenen Proteste und Beschwerden des Stahlhelm, der DNVP und des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren[51] richteten sich vornehmlich gegen die ungleiche

---

47) Niederschrift Chefbesprechung am 30.10.1929 (BA R 43 I/2734).

48) Vertrauliche handschriftliche Notizen zum Stahlhelm-Verbot von Schleicher (BA R 43 I/2734).

49) Denkschrift Wehrsporttätigkeit (BA R 43 I/2735).
Geheimes Schreiben des Reichswehrministers mit Anlage an den Preussischen Minister des Innern vom 25.2.1930, ähnlich auch schon am 15.1.1930 (BA R 43 I/2735).

50) St. 11/42/20.10.1929.

51) Die verschiedenen Proteste, Eingaben und Anträge (der deutschnationalen preussischen Landtagsfraktion vom 11.10.1929, der deutschnationalen Reichstagsfraktion vom 16.10.1929) und die Bescheide des Reichsinnenministers bzw. des preussischen Innenministers befinden sich in den Akten (BA R 43 I/2734) oder sind in der Bundeszeitung abgedruckt (St. 11/41/13.10.1929, 11/42/20.10.1929, 11/44/3.11.1929). Vgl. auch Friedenthal, aaO, S. 85 ff.

Behandlung von Stahlhelm und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das ebenfalls ähnliche Übungen durchgeführt hätte, ein Vorwurf, der kaum zu bestreiten war und der die ganze Problematik einer wirksamen Bekämpfung der Rechtsorganisationen aufs neue deutlich werden liess.[52] Eine andere Beschwerde bemangelte die Tatsache, dass die im Gesetz vorgeschriebene Zustimmung der Reichsregierung nur vom Reichsminister des Innern und nicht vom Gesamtkabinett erfolgt war. Severing liess diesen Einwand, der auch von Hindenburg vorgebracht wurde, nicht gelten und konnte dabei auf die bisherige Verfahrensweise, zuletzt beim Verbot des Roten Frontkämpferbundes, hinweisen.

Da ein Verbot auf Grund des Entwaffungsgesetzes richterlich nicht nachprüfbar war,[53] konzentrierten sich die Bemühungen des Stahlhelm von Anfang an auf ihr Ehrenmitglied Hindenburg, der als "Hüter der Verfassung und höchster Wahrer des Rechts" mehrmals um eine Intervention gebeten wurde,[54] wobei allerdings nie vom Stahlhelm als politischer Bewegung die Rede war, sondern vom "grossen Frontsoldatenbund", der nicht dauernd verhindert bleiben dürfe, seine "vaterländische Arbeit" zu tun.[55]

Hindenburg wandte sich wiederholt an den Reichskanzler mit der Bitte um Nachprüfung des Verbots und reagierte scharf, als dies der Kanzler unter Hinweis auf die Unzuständigkeit des Reichspräsidenten ablehnte.[56] Er setzte seine Bemühungen

---

52) Vgl. dazu Jasper, aaO, S. 174 ff.

53) Das Republikschutzgesetz war im Juli 1929 abgelaufen, ein zweites RSG wurde Ende März 1930 verabschiedet (Jasper, aaO, S. 282 ff.). Auch das Verbot des Rotfrontkämpferbundes im Mai 1929 war nicht nur auf das RSG, sondern auch auf das Entwaffnungsgesetz gestützt worden.

54) Schreiben der Bundesführer an Hindenburg vom 19.10.1929 (BA R 43 I/2734).

55) Schreiben der Bundesführer an Hindenburg vom 27.2.1930 (BA R 43 I/2735).

56) Schreiben Hindenburgs an Reichskanzler Müller vom 22.10.1929 (BA R 43 I/2734).

auch dann fort, als sich seine "Kameraden" bei der Unterzeichnung des Young-Plans im März 1930 offen gegen ihn wandten. Duesterberg versuchte durch eine persönliche Vorsprache bei Hindenburg dessen Unterschrift unter den Vertrag zu verhindern und schrieb nach der erfolglos gebliebenen Unterredung dem Reichspräsidenten, wenn dieser die Gesetze unterschreibe, dann werde es besser sein, die alte Fahnen zu verbrennen und "jede vaterländische Arbeit" einzustellen. Es sei dann wahrlich bequemer und nützlicher für den einzelnen, sich politisch auf Rot oder Schwarz-Rot-Gold umzustellen. Duesterberg appellierte an den Ehrgeiz von Hindenburg und forderte ihn zum offenen Verfassungsbruch auf, wenn er schrieb: "Was die Türkei, was Bulgarien, was Ungarn und jetzt auch noch Österreich erreicht haben, das kann auch Deutschland erreichen, wenn seine Führung nur will! Soll der Name Kemal, Boris, Horthy und jetzt Schober heller leuchter als der Name Hindenburg?"[57)]

Wie weit die Dinge im Stahlhelm inzwischen gediehen waren, wurde deutlich, als der Reichspräsident trotz des massiven Drucks von "nationaler" Seite seine Unterschrift unter das Vertragswerk setzte. Vielfach war man im Bunde der Ansicht, die Stahlhelmführung müsse Hindenburg "sofort" die Ehrenmitgliedschaft kündigen.[58)] Auch auf einer Bundesvorstandssitzung kam es zu schweren Auseinandersetzungen, bei der offenbar 7 Landesführer den Ausschluss Hindenburgs aus dem Stahlhelm forderten.[59)] Die schliesslich nach stundenlangen Beratungen

57) Abgedr. in: St. 14/8/28.2.1932.

58) Typisch für die Stimmung in Stahlhelm-Kreisen der Bericht eines Bundesredners (St. 12/31/3.8.1930).

59) VB 43/72/27.3.1930, weitere ähnliche Presseberichte im Bundesorgan, das die Meldungen freilich als "pure Erfindung" bezeichnete (St. 12/13/30.3.1930). Die Reichsbanner-Zeitung kommentierte: "Abschied von Hindenburg" (Reichsbanner, Jg. 7, 1930, Nr. 14 vom 29.3.1930).

gefasste Entschliessung zeigt das Dilemma, in das der Stahlhelm als "Bund der Frontsoldaten" und als politische Bewegung geraten war. Als "alte Frontsoldaten" schworen sie dem Generalfeldmarschall Treue "auch in ernsten und schweren Stunden", als "freie und selbstbewusste Staatsbürger" kündigten sie dem Reichspräsidenten die Gefolgschaft auf.[60]

Obwohl nach diesen Ausführungen es immerhin zweifelhaft erscheinen musste, ob die "Kameraden" des Stahlhelm ihrem Ehrenmitglied im Falle seiner Wiederkandidatur als Reichspräsident die Treue halten würden, liess Hindenburg wenige Tage danach, beim Regierungsantritt von Reichskanzler Brüning, wissen, er halte "nunmehr den Zeitpunkt für gekommen", das Verbot aufzuheben.[61] Aber weder Ministerpräsident Braun noch der neue Reichsinnenminister Wirth, der von Duesterberg heftig attackiert worden war, zeigten Neigung, dem Ersuchen Hindenburgs nachzukommen. Auch das Auswärtige Amt hielt es aus aussenpolitischen Gründen für nicht "angängig", das Verbot vor der Rheinlandräumung oder unmittelbar danach aufzuheben,und plädierte für eine Verschiebung auf "mindestens ein halbes Jahr".[62]

---

60) St. 12/12/23.3.1930. Andere Stahlhelmführer wurden noch deutlicher; so erklärte z. B. der Führer des Bundes in Danzig, als Stahlhelmer sei es besonders schmerzlich festzustellen, dass der zum Reichspräsidenten gewordene Feldmarschall versagt habe; ihm sei das Geschenk des staatsmännischen Genius nicht in die Wiege gelegt (Jd. 95/24.4.1930).

61) Staatssekretär Meissner an Staatssekretär Pünder am 1.4.1930 (BA R 43 I/2735).

62) Aufzeichnungen über Aufhebung des Stahlhelm-Verbots mit Schreiben von Curtius vom 1.5.1930 (BA R 43 I/2735).

Ministerpräsident Braun erklärte im Hauptausschuss des Landtags, zu einer Aufhebung des Verbots liege "kein Anlass" vor (Voss. Zeitung Nr. 210 vom 6.5.1930, BA R 43 I/2735). Eine auf 9.5. 1930 festgesetzte Besprechung, auf der die Aufhebung des Verbots erörtert werden sollte, wurde vom Reichsminnenminister Wirth nach Angriffen Duesterbergs auf ihn wieder abgesetzt (Schnellbrief vom 1.5.1930, BA R 43 I/2735).

Unter massgeblicher Beteiligung von Brüning, der sich in der Stahlhelm-Angelegenheit einem wachsenden Druck von Rechtskreisen, u. a. auch des Kronprinzen, ausgesetzt sah,[63] kam es schliesslich zu Kontakten zwischen der preussischen Regierung und der Stahlhelm-Führung. Als die Verhandlungen nicht vorankamen, schrieb Hindenburg an Ministerpräsident Braun am 15. Juli einen Brief, der einem Ultimatum gleichkam: In dem sofort der Presse übergebenen Schreiben sagte der Reichspräsident seine Teilnahme an den Feiern aus Anlass der Rheinlandbefreiung ab, weil das Stahlhelm-Verbot noch nicht aufgehoben worden war. Er müsse, schrieb Hindenburg, sich als höchstrichterliche Instanz aufspielend, nach eingehender Prüfung des Tatbestandes das Verbot als unberechtigt und dem Sinn des Gesetzes zuwiderlaufend bezeichnen. Trotz wiederholten "Erinnerns" sei das Verbot nicht aufgehoben worden, wodurch es den im Stahlhelm vereinigten Frontkämpfern unmöglich sei, ihn in geschlossenen Formationen zu begrüssen wie die anderen Verbände; eine solche ungleichmässige Behandlung sei für ihn "unerträglich".[64]

Nach erneuten Verhandlungen, bei denen auch der Stahlhelm Zugeständnisse machen musste, hob der preussische Innenminister am 16. Juli 1930 das Verbot auf;[65] Hindenburg konnte auf

---

63) Der Kronprinz an Schleicher am 16.6.1930. Der Kronprinz beschwerte sich, dass das Verbot noch nicht aufgehoben sei, obwohl ihm Schleicher das bereits vor drei Wochen "in Aussicht"gestellt habe. Es sei "höchste Zeit" für dieses Kabinett ("an dem wir doch schliesslich alle mitgearbeitet haben und auf das wir selbst grosse Hoffnungen setzten") "rücksichtslose Massregel zu ergreifen, um seinen sehr gesunkenen Kredit in den nationalen und gut bürgerlichen Kreisen wieder zu heben"(Nachlass Schleicher, BA, Militärarchiv, H 08 - 42/21).

64) Abdruck in: St. 12/29/20.7.1930.

65) Abdruck der Korrespondenz zwischen Stahlhelm und dem preussischen Innenminister Waentig in: St. 12/29/20.7.1930, teilw. auch in den Akten (BA R 43 I/2735). Daraus gehen die intensiven Bemühungen Brünings um eine Aufhebung des Verbots hervor; auch von Seiten des preussischen Zentrums wurde ein massiver Druck auf Braun ausgeübt.

Zur Aufhebung vgl. auch O. Braun, Von Weimar zu Hitler.(Erinnerungen des preussischen Ministerpräsidenten aus seiner Amtszeit 1918 - 1933.)Hamburg 1949, S. 170 ff.; Severing aaO, II, S.250f.

seiner "Befreiungsfahrt" seine "Stahlhelm-Kameraden" unter ihren schwarz-weiss-roten Fahnen begrüssen. Sah die sozialdemokratische Presse in Hindenburgs Ultimatum "eines der seltsamsten Dokumente", das jemals ein Staatsoberhaupt erlassen habe, das nur mit dem Daily-Telegraph-Interview Wilhelm II. verglichen werden könne,[66] so hatte der Brief Hindenburgs in radikalen Stahlhelm-Kreisen "überschwengliche Hoffnungen" geweckt. Sie wollten in dem Vorstoss Hindenburgs den Anbruch einer "neuen Zeit", "wenigstens" den Auftakt zur Sprengung der preussischen Koalition sehen, das Signal - wie man sich ausdrückte - zum "Grosskampf um Preussen, geführt von der Nation unter Hindenburg gegen den Marxismus unter Braun". Das Einlenken der Stahlhelmführer und die Beilegung des Konflikts bedeutete eine herbe Enttäuschung für diese Kreise, die ihren Führern sogar vorwarfen, sie hätten Hindenburg im Stich gelassen.[67]

Das Teilverbot des Stahlhelm war nach Auflösung des Rotfrontkämpferbunds der erste Versuch seit 1924, die Staatsautorität auch gegen eine militante Massenorganisation der Rechten durchzusetzen. Er scheiterte am massiven Eingreifen Hindenburgs, der mit Recht später behaupten konnte, sogar eine Gesamtauflösung des Bundes verhindert zu haben.

Auch der Anteil der Reichswehr an der Aufhebung des Verbots wird, besonders seit dem Regierungsantritt Brünings, nicht zu gering einzuschätzen sein, wenngleich ihr Eingreifen nicht so deutlich in Erscheinung trat wie zwei Jahre später beim SA-Verbot. Vergleicht man die Verbote der beiden militanten Organisationen, so enthüllt sich einmal mehr die strukturelle Schwäche des Stahlhelm: Die SA konnte ohne grosse Schwierigkeiten in die Organisation der Partei übernommen werden, die

66) SPD-Pressedienst (wohl vom 15.7.1930, BA R 43 I/2735).
67) St. 12/30/27.7.1930.

bei betontem Legalitätskurs kaum verboten werden konnte. Den Stahlhelm dagegen - als Wehrverband ohne parlamentarische Vertretung ohnehin eher der Illegalität verdächtigt - musste ein Verbot tödlich treffen, da eine brauchbare politische Auffangorganisation nicht vorhanden war. Die Autorität Hindenburgs mochte dem Bund zwar einen gewissen Schutz gewähren, brachte ihn aber andererseits in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Reichspräsidenten, der es sich nicht nehmen liess, wiederholt in die Politik der Bundesführung einzugreifen.[68)]

Die Parteinahme Hindenburgs, Schleichers und später auch Brünings zugunsten des Stahlhelm wird man freilich noch unter einem anderen Gesichtspunkt sehen müssen: Schon am Anfang der seit Januar 1930 vor allem von Schleicher angestellten Überlegungen zur Bildung eines von den Parteien weitgehend unabhängigen "Hindenburg-Kabinetts" war vom Stahlhelm die Rede gewesen, der auf ausdrücklichen Wunsch des Reichspräsidenten zur Mitarbeit herangezogen werden sollte.

---

68) So z. B. ein paar Monate nach der Aufhebung des Verbots, als Hindenburg der Bundesführung sein Missfallen über den Besuch einer Stahlhelm-Delegation bei Mussolini ausdrückte. Vgl. S. 123.

Die Rolle Hindenburgs als "Schutzherr" des Stahlhelm wird aus seiner "Persönlichen Darlegung" deutlich, die Hindenburg nach dem "Treuebruch" seiner "Kameraden" anlässlich der Reichspräsidentenwahl 1932 in konservativen Kreisen verbreiten liess (vgl. Anm. 15). Es heisst dort u. a. über den Stahlhelm: "Ich habe im Gefühl der Treue, die ich meinen alten Kriegskameraden bewahre, von Anfang meiner Präsidentschaft an schützend die Hand über den Stahlhelm gehalten. Ich habe es von mir gewiesen, die Ehrenmitgliedschaft beim Stahlhelm niederzulegen, als mir dies seinerzeit regierungsseitig aus politischen Gründen nahegelegt wurde, und habe die ganzen Jahre hindurch mit dem Stahlhelm und seinen Führern kameradschaftlich und persönlich Fühlung gehalten. Wäre im Jahre 1925 ein Anderer zum Reichtspräsidenten gewählt worden, so wäre der Stahlhelm nach all den Erfahrungen, die selbst ich in den letzten 7 Jahren gemacht habe, schon längst aufgelöst worden. Ich habe es vor ca. 1 1/2 Jahren als Selbstverständlichkeit angesehen, mich mit meiner Person für den Stahlhelm einzusetzen, als er im Rheinland und in Westfalen bereits verboten war."

Der Bund sollte zur gegebenen Zeit mit "einer grossen Vertrauenskundgebung" für Hindenburg zugleich ein Bekenntnis zur neuen Regierung ablegen, der er zusammen mit dem Jungdeutschen Orden als eine Art "Prätorianergarde" zur Verfügung stehen solle. Zunächst zielten die Bemühungen darauf ab, den Stahlhelm mit möglichst grossen Teilen der DNVP aus der Volksbegehr-Front Hugenbergs herauszubrechen.[69]

Solche Pläne schienen zunächst nicht aussichtslos zu sein, denn der gemässigte Flügel der Stahlhelm-Bundesleitung um Seldte und Brauweiler war nach dem Misserfolg des Volksentscheids offenbar gewillt, das Bündnis mit Hugenberg und Hitler zu lösen und aus dem Reichsausschuss auszutreten.[70] Andererseits hatte man den Plan des eigenen Volksbegehrens auf Abänderung der Verfassung nicht aufgegeben und versuchte dafür Stimmung auch in gemässigten Rechtskreisen zu machen.[71] Auch der Plan einer Stahlhelm-Partei wurde wieder erörtert, die im Falle eines Gesamtverbots als Auffangorganisation dienen sollte.

Derartige Pläne Seldtes und seiner Anhänger um eine gewisse Neuorientierung des Bundes erwiesen sich freilich von vornherein als illusorisch, da in den ersten Januartagen des Jahres 1930 einmal mehr offenbar wurde, dass Seldte kaum mehr

---

69) Handschriftliche Aufzeichnungen Schleichers (?, wohl vom Januar 1930); Werner von Alvensleben an Schleicher am 12.3.1930 (Nachlass Schleicher, BA, Militärarchiv, H 08 - 42/29). Es wurde auch angeregt, Schleicher solle Hindenburg dahingehend beeinflussen, dass dieser dem Stahlhelm ein Ultimatum stelle: entweder Austritt aus dem Reichsausschuss oder er werde seine Ehrenmitgliedschaft im Stahlhelm niederlegen (Major a. D. Hasse an Schleicher am 8.1.1930, Nachlass Schleicher, BA, Militärarchiv, H 08 - 42/77). Vgl. dazu Vogelsang, aaO, S. 68 ff.

70) Jd. 301/25.12.1929, 7/9.1.1930; Politische Wochenschrift zit. nach: Jd. 15/18.1.1930.

71) Landvolk-Nachrichten, zit. nach: Jd. 22/26.1.1930; St.12/2/12.1.1930.

als der eigentliche Führer des Stahlhelm bezeichnet werden konnte. Obgleich er lieber aus dem Reichsausschuss ausgetreten wäre, musste er sich einer radikalen Mehrheit innerhalb des Bundes beugen, die für ein Verbleiben im Ausschuss plädierte und im Falle einer Weigerung anscheinend sogar mit dem Anschluss an die Nationalsozialisten gedroht hatte. Führer dieser radikalen Gruppe, der selbst Duesterberg als zu schlapp erschien, war der brandenburgische Landesführer von Morozowicz, der sich auch am 7. Januar ohne Zustimmung seiner Führung in das Präsidium des Reichsausschusses wählen liess.[72] Drei Tage später wurde die Niederlage des gemässigten Flügels offiziell bestätigt: Der Bundesvorstand billigte die Aufrechterhaltung des Reichsausschusses als dem "Ausgangspunkt der gesamten weiteren Freiheitsbewegung".[73]

Beim Regierungsantritt Brünings schien der gemässigtere Flügel der Bundesleitung noch einmal die Oberhand zu gewinnen. Das Bundesorgan stand dem "Kabinett der Frontsoldaten", dem "Stahlhelm-Kamerad" Treviranus als Minister angehörte, zunächst nicht unsympathisch gegenüber. Man brauche, hiess es in der Zeitung, eine gewisse Befriedigung nicht zu verschweigen, dass das neue Reichskabinett in offenkundigem und bewusstem Gegensatz zu den bisherigen Methoden parlamentarischer Regierungsbildungen zustande gekommen sei.[74] Auch der Person des Kanzlers konnte man Hochachtung nicht versagen; er sei, erklärte der stellvertretende Bundeskanzler, ein "echter Frontsoldat", der der Landwirtschaft und dem Osten helfen und damit "den entschlossenen Kampf gegen den Marxismus" aufnehmen wolle.[75]

---

72) Jd. 7/9.1.1930, 11/14.1.1930; Reichsbanner, Jg. 7(1928), Nr.3, vom 18.1.1930.

73) Entschliessung des Bundesvorstands vom 10. Januar 1930 in: St. 12/3/19.1.1930, abgedr. auch in: Sta. II, S. 44.

74) St. 12/14/6.4.1930.

75) St. 12/16/20.4.1930.

Zumindest der gemässigte Teil der Stahlhelmführung war bereit, Brüning eine Chance zu geben; man versuchte in dieser Richtung auch mässigend auf die Deutschnationalen einzuwirken und Hugenberg für eine Tolerierung Brünings zu gewinnen, wenngleich diese Bemühungen nicht so weit gegangen sein dürften, wie die nationalsozialistische Presse nach dem ersten Abstimmungserfolg Brünings im Reichstag berichtete. Der Stahlhelm habe, meldete das Strasser-Organ "Der Nationalsozialist", das Kabinett Brüning gerettet, indem der Bund Hugenberg mit der Gründung einer Stahlhelm-Partei gedroht habe, falls er das Kabinett nicht tolerieren werde.[76] Immerhin sah auch die im allgemeinen gut informierte Zeitung des Jungdeutschen Ordens den Stahlhelm bereits "à la suite" der Reichsregierung.[77]

Auch in der Folgezeit blieb ein Kontakt zu Brüning bestehen, der wiederholt Stahlhelmführer empfing, z. B. Seldte, der dem Kanzler im März 1931 eine Denkschrift des Bundes überreichte, in der Pläne über die Heranziehung der Frontsoldaten bei der Wehrertüchtigung der Jugend und bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit dargelegt wurden.[78] Auch Vorschläge über einen Eintritt von geeigneten Stahlhelm-Mitgliedern in die Regierung wurden von verschiedenen Seiten - meist über Schleicher - lanciert. Den Posten eines Reichskommissars für Arbeitsdienstpflicht wollte man von Seldte, Duesterberg

76) Der nationale Sozialist Nr. 41 vom 9.4.1930, zit. nach: St.12/15/13.4.1930, dazu auch St. 12/16/20.4.1930. Das Berliner Tageblatt berichtete, dass Hugenberg nicht nur auf Druck des Landbundes, sondern auch auf eine Absage des Stahlhelm "umgefallen" sei (Reichsbanner, Jg. 7, 1930, Nr. 3 vom 18.1.1930). Auch der "Vorwärts" (Nr. 192 vom 25.4.1930) meldete, dass sich der Stahlhelm bei den Deutschnationalen für eine Tolerierung Brünings eingesetzt habe (BA R 43 I/2735).

77) Jd. 99/29.4.1930.

78) BA R 43 I/2735.

oder Freiherrn von Lüninck besetzt wissen,[79] der Wirtschaftsexperte des Stahlhelm und Mitglied des Bundesvorstands, Dr. Lübbert, war als Wirtschaftsminister vorgesehen;[80] der Landesführer von Gross-Berlin, von Stephani, empfahl sich in einem Schreiben an Schleicher nach dem Rücktritt Groeners gar für den Posten des Wehrministers, den offenbar auch Seldte gerne eingenommen hätte.[81]

Der gemässigten, zur Kooperation mit Brüning geneigten, zahlenmässig wahrscheinlich nicht allzu grossen Gruppe stand die Mehrheit des Bundes unter der Führung Duesterbergs gegenüber, die dem neuen Kabinett von Anfang an den Kampf ansagte. Die Regierung sei, schrieb Duesterbergs Zeitung in der üblichen "nationalen" Terminologie, "von wahrhaft deutscher Politik so weit entfernt und so ausserordentlich belastet durch schwerwiegende, lähmende Mängel, die dem Sumpf der skrupellosen Parteiherrschaft entsprossen, dass man in der Regierung nur ein Experimentieren, höchstens einen Versuch zur Kursänderung"erblicken könne.[82] Mit der Kritik waren vor allem die Minister Wirth und Curtius gemeint, zu denen der Stahlhelm kein Vertrauen haben könne, wie Duester-

---

79) Denkschrift des Stahlhelm, von Dr. Brauweiler und Ausfeld in Reichskanzlei übergeben (BA R 43 I/2735).

80) Bürgermeister Dr. Maretzky an Schleicher am 8.10.1930 (Nachlass Schleicher, BA, Militärarchiv, H 08 - 42/79); offenbar war auch der Kronprinz eingeschaltet.

81) Von Stephani an Schleicher, mit dem er offenbar gut befreundet war, am 13.3.1932. Zu Brüning habe er alte Beziehungen, und in der politischen Bewegung habe er Freunde "bis tief in die Reihen der Nazis", aber auch im Reichsbanner besitze er noch Sympathien von 1919 her (Nachlass Schleicher, BA, Militärarchiv, H 08 - 42/21).
Zu Seldte: Aufzeichnung von Staatssekretär Pünder am 24.5.1932 (H. Pünder, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929 - 1932. Stuttgart 1961, S. 117).

82) Der Alte Dessauer zit. nach: Reichsbanner, Jg. 7 (1930), Nr.15 vom 12.4.1930.

berg auf einer Stahlhelm-Kundgebung sagte.[83]

Die Gegnerschaft des dominierenden radikalen Flügels übertrug sich nach und nach auf den Gesamtstahlhelm; die Kritik unterschied sich in ihrer Phrasenhaftigkeit kaum von der übrigen "Nationalen Opposition". Typisch dafür ist eine wenige Wochen nach Brünings Regierungsantritt veröffentlichtes Kommuniqué der Bundesführung, das als Sieg der radikalen Gruppen gewertet werden kann: Die Leistungen des jetzigen Reichskabinetts hätten die vom Stahlhelm von vornherein gehegten Zweifel bestätigt. Bisher sei weder eine Stärkung der deutschen Wehrmacht durch tatkräftiges Eintreten für den Bau des Panzerkreuzers B erzielt worden, noch sei eine ausreichende Hilfe für die Landwirtschaft, insbesondere für den bedrohten Osten eingetreten. Auch sei keinerlei Abkehr von der bisherigen verhängnisvollen Aussenpolitik erfolgt.[84]

Die zunehmende Wirtschaftskrise und die Enttäuschung darüber, dass Brüning nicht willens war, die Verfassung zu brechen und einen "grundsätzlich neuen Kurs" im Sinne des Stahlhelm durchzuführen,[85] liessen die Angriffe auf den Kanzler zunehmen, der sich schliesslich nach einer diffamierenden Karikatur im Bundesorgan brieflich bei Hindenburg über den Stahl-

---

83) St. 12/18/4.5.1930. In Regierungskreisen wurde angenommen, dass die Stelle viel schärfer gelautet habe, als sie im von Seldte kontrollierten Bundesorgan wiedergegeben worden sei. Die Besprechung wegen Aufhebung des Verbots wurde abgesagt (R 43 I/2735).

84) St. 12/21/25.5.1930, abgedr. auch in:St. II, S. 45. VB 43/117/18/19.5.1930.

85) Sta. II, S. 45. Brüning sei "lediglich ein Diktator aus Verlegenheit und aus Mangel an anderen Lösungsmöglichkeiten" (St. 12/49/7.12.1930), ein "Diktator von den Gnaden der Sozialdemokratie" (St. 12/48/30.11.1930), er habe keine innerpolitische Konzeption gehabt, es sei ihm vielmehr um die "Restauration des Systems" gegangen (St. 14/23/12.6.1932).

helm beschwerte und es künftig ablehnte, mit Stahlhelmführern zu korrespondieren oder diese zu empfangen, solange sich die Bundesleitung nicht öffentlich entschuldigt hatte.[86] Mochte dies nach einer Intervention Hindenburgs auch geschehen, mochte im Sommer 1931 die gemässigte Gruppe um Seldte und Brauweiler nochmals einen Versuch machen, unter Lösung von Hugenberg und Hitler Anschluss an Brüning zu finden,[87] in seiner Mehrheit stand der Stahlhelm schon im Sommer 1930 in Opposition zum "Kabinett der Frontsoldaten".

Nachdem die Absicht der republikanischen Behörden, mit repressiven Massnahmen gegen den Stahlhelm vorzugehen, am Widerstand Hindenburgs und anderer Gönner gescheitert war, musste jetzt auch der Versuch eben dieser Gruppe, den Bund zur positiven Mitarbeit zu gewinnen, als misslungen gelten, wenngleich die Abkehr des Stahlhelm von Hindenburg und "seinem" Kanzler erst bei der Reichspräsidentenwahl 1932 offen zu Tage trat. Der Stahlhelm blieb in der Front der "Nationalen Opposition", die allerdings seit Beginn des Jahres 1930 in Auflösung begriffen war.

---

86) Brüning an Hindenburg am 2.7.1931 (BA R 43 I/2735).

87) In diesem Sinne äusserten sich am 1.8.1931 bei einer Vorsprache in der Reichskanzlei der Reichstagsabgeordnete der DVP, Glatzel, und Brauweiler, der am 8.8.1931 zusammen mit dem Berliner Stahlhelm-Vertreter Ausfeld nochmals vorsprach und um eine Aussprache Seldte-Brüning bat. (Aktennotizen, BA R 43 I/2735).

X. Zwischen Hugenberg und Hitler: der Stahlhelm als Partner der "Harzburger Front" (1930 - 1933)

Strukturelle Probleme in der Endphase der Republik (S.232) - Das Stahlhelm-Volksbegehren zur Auflösung des preussischen Landtags (S. 237) - Die Kandidatur Duesterbergs bei der Reichspräsidentenwahl (S. 245) - Der Stahlhelm und das Präsidialkabinett Papen (S. 257) - Die Diskrepanz zwischen Führung und Gefolgschaft im Verhältnis zur NSDAP (S. 263)

Die strukturellen Mängel des Stahlhelm wurden in der Endphase der Weimarer Republik besonders deutlich. Während die Nationalsozialisten in den sich häufenden Wahlen ihren Stimmenanteil ständig steigerten, konnte der Bund als nichtparlamentarische, "überparteiliche" Organisation schon gar nicht in die Wahlkämpfe direkt eingreifen. Aber auch im ausserparlamentarischen Bereich, wo der Bund bisher eine führende Position innehatte, musste er vor der mächtig anwachsenden SA zurückweichen. Geradezu verhängnisvoll wirkte sich indessen die permanente Wahlkampfsituation mit ihrer Verschärfung der parteipolitischen Gegensätze für die innere Stabilität des politisch so heterogenen Bundes aus.

Von massgebenden Stahlhelmführern seit 1928 gefördert, nahm im Zuge der allgemeinen Radikalisierung seit 1930 die Sympathie für den Nationalsozialismus in den Untergliederungen des Bundes weiter zu. Auf der anderen Seite wurde die Stahlhelm-Führung unter dem Eindruck des Totalitätsanspruchs der NSDAP noch mehr an die Seite Hugenbergs gedrängt, der seinerseits versuchte, den Stahlhelm unter seine Kontrolle zu bringen und den Bund als eine Art SA seiner Partei anzugliedern. Eingeklemmt zwischen den Deutschnationalen auf der einen und den Nationalsozialisten auf der anderen Seite, musste es der Führung mehr denn je darauf ankommen, die beiden "nationalen" Parteien zu einer gemeinsamen "Front" zusammenzuführen, denn nur in diesem Falle war der Bund "einsatzfähig". Sobald die Parteien in grössere Auseinandersetzungen miteinander gerieten - und das war zumindest bei den zahlreichen Wahlkämpfen der Fall -,war der Bund weitgehend gelähmt.

Dieses Dilemma, das für den Stahlhelm in den letzten Jahren der Republik bestimmend blieb, zeigte sich, als die Nationalsozialisten Anfang April 1930 den Reichsausschuss der "Nationalen Opposition" sprengten und zum Angriff gegen ihre bisherigen "Partner" übergingen, weil die Deutsch - nationalen sich am 3. April dem Misstrauensvotum gegen Brüning nicht angeschlossen hatten und Teile des Stahlhelm sogar für eine Unterstützung des neuen Kabinetts eingetreten waren. Begnügte sich die nationalsozialistische Parteileitung damit, den früheren Befehl über ein Verbot der Mitgliedschaft von Parteiangehörigen bei Wehrverbänden zu verschärfen und damit einen klaren Trennungsstrich zwischen NSDAP und Stahlhelm zu ziehen,[1] so gingen jetzt vielfach Untergliederungen der Partei zum offenen Angriff über und forderten die "verratene graue Armee" zur Rebellion gegen die Führung der "Brauweiler und Seldte" und zum Austritt aus dem "geschändeten Verband" auf.[2]

Zwar wies das Bundesorgan die nationalsozialistischen Zersetzungsversuche erstmals in grosser Aufmachung zurück, gleichzeitig aber glaubte man die Angriffe als von Hitler nicht gebilligte Entgleisungen von Unterführern verharmlosen zu können. Weiterhin wurde das "grosse, staatspolitische, einigende Ziel"

---

1) Darauf wurde auch den Stahlhelmern durch einen Bundesbefehl die Zugehörigkeit zur NSDAP untersagt (St. 12/23/8.6.1930, 12/25/22.6.1930). Die Stahlhelm-Führung bedauerte die Entscheidung der NSDAP "im vaterländischen Interesse ausserordentlich", da sie bisher den Standpunkt vertreten habe, dass "die Kameraden eingetragene Mitglieder bei allen nationalen Parteien" sein könnten.

2) Die Angriffe gingen vor allem von Gregor Strasser und seiner Presse (Der nationale Sozialist), sowie von Goebbels aus. Abdrucke von nationalsozialistischen Angriffen in: St. 12/16/20.4.1930, 12/29/20.7.1930.

Der politische Referent des Bundes, Dr. Brauweiler, wurde "beurlaubt"; im Landesverband Gross-Berlin führten die nationalsozialistischen Angriffe zu Zersetzungserscheinungen.

der beiden Organisationen hervorgehoben [3] und in einzelnen Landesverbänden der nationalsozialistischen Propaganda Tür und Tor geöffnet.[4] Auch die Wahlparole des Bundesvorstands für die Reichstagswahlen im September und ihre Interpretation durch die Unterführer war nicht dazu angetan, die nationalsozialistische Unterwanderung zu stoppen. Empfohlen wurden diejenigen Parteien, die mit dem Stahlhelm Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Young-Plan durchgeführt hatten, soweit sie "durch ihr Verhalten zum Stahlhelm eine solche Unterstützung möglich machen" würden.[5] Mit dieser Einschränkung konnten nach den Angriffen doch wohl nur die Nationalsozialisten gemeint sein. Prominente Stahlhelmführer, darunter Duesterberg, gaben jedoch zu verstehen, dass auch die nationalsozialistischen Listen gewählt werden dürften.[6]

---

3) So beispielsweise vom Brandenburger Landesführer von Morozowicz (St. 12/22/31.5.1930).

Auch versuchte man das stürmische Vordrängen der Nationalsozialisten verharmlosen zu können. Typisch dafür sind die überheblichen Worte von Seldte auf einer Stahlhelm-Kundgebung in Dresden: "Mögen die Nationalsozialisten so etwas die leichte Heereskavallerie sein: die schlachtentscheidende Frontinfanterie sind wir." (St. 12/18/4.5.1930).

Massenübertritte zur NSDAP dürften jetzt wie auch in den folgenden Jahren nicht erfolgt sein. Dagegen wechselten Unterführer verschiedentlich zur NSDAP über; auch Prinz August Wilhelm ging zur NSDAP.

4) Jd. 147/27.6.1930; BA R 72/1. Selbstverständlich berichtete der VB über nationalsozialistische Tendenzen im Bund, so über eine gemeinsame Sonnwendfeier von NSDAP und Stahlhelm am 21.6.1930 in Koburg. Der dortige Stahlhelmführer erklärte dabei: "So wollen wir Stahlhelmer kleine Streitigkeiten hintansetzen und reichen unseren Waffenbrüdern, den Nationalsozialisten Koburgs, unsere Bruderhand zum gemeinsamen Kampf für dieses gemeinsame Ziel". (VB 43/150/26.6.1930, Beil. Münchner Beobachter). Dass die Stahlhelmer bei solchen Reden ihrer Führer nationalsozialistisch wählten, ist wohl kaum zu bezweifeln.

5) Entschliessung des Bundesvorstands vom 23.7.1930 (St. 12/30/27.7.1930).

6) Reichsbanner, Jg. 7 (1930), Nr. 35 vom 30.8.1930.

Und das tat denn auch ein Grossteil der Stahlhelmer,[7] wenn auch diese Tatsache zunächst in der Öffentlichkeit wenig beachtet wurde, und der Bund entsprechend der Einstellung der höheren Führerschaft seit dem Hugenbergschen Volksbegehren gegen den Young-Plan als deutschnationale Domäne galt.

Der Wahlerfolg der NSDAP wurde vom Stahlhelm als "nationaler" Sieg stürmisch gefeiert, nicht ohne auf die "12jährige Befreiungsarbeit" des Bundes hinzuweisen: "Der nationale Erfolg des 14. September war Euer Erfolg", hiess es in einer Entschliessung des Bundesvorstands. "Der Stahlhelm hat 12 Jahre selbstlos in unerhörter steter Arbeit, in heissen Kämpfen und Ringen gepflügt und gesät. Die Saat geht auf ."[8]

Noch glaubte man im Stahlhelm freilich nicht an eine Beständigkeit des "nationalen" Erfolgs. So wies man unter Fehleinschätzung der nationalsozialistischen Dynamik und in Verkennung des totalitären Charakters der NSDAP auf die "nationalen" Erfolge bei den Reichstagswahlen 1924 und bei der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten hin, die keine grundsätz-

---

7) In einem Artikel "Wir und die NSDAP. Gedanken eines Jungstahlhelmers" hiess es über die Septemberwahlen: "Es ist wohl sehr verständlich, wenn die grösste nationale Partei, die NSDAP, auch die meisten Stahlhelm-Stimmen erhielt". Die Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen im Bund wird auch zugegeben, und zwar nicht nur aus propagandistischen Gründen, wie ein Artikel von Brauweiler "Der machtvolle Staat. Der politische Sinn des Stahlhelmkampfes" zeigt (St. 15/39/24.9.1933).

8) Entschliessung des Bundesvorstands auf dem Reichsfrontsoldatentag in Koblenz am 4. und 5. Oktober, also 14 Tage nach den Reichstagswahlen. 140 000 Stahlhelmer nahmen teil; Ehrengäste waren neben Abordnung der faschistischen Partei u. a. General von Seeckt und der Kronprinz. Der Eindruck in Frankreich war nach der Räumung des Rheinlands und unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Wahlsiegs verheerend. (Französische Pressestimmen abgedr. in: St. 12/42/19.10.1930 u. Sta. I, S. 122).

liche Änderung des "Systems" gebracht hätten.[9] Noch schien es offenbar den Stahlhelmführern unvorstellbar, dass eine grundsätzliche Änderung des "Systems" auf legalem, parlamentarischen Wege möglich sei. Seldte jedenfalls glaubte voraussagen zu können, dass "die Entscheidung über Deutschlands Schicksal" einmal und "vielleicht bald" nicht von Parlamenten und Parteien getroffen werde, sondern "allein von den starken und gesunden Kräften, die sich ausserhalb des parlamentarischen Wirkungsfeldes in stosskräftigen politischen Formen" gefunden und gebildet hätten.[10]

Wenn jetzt und in der Folgezeit häufig von der Bedeutung des Stahlhelm für die zukünftigen Auseinandersetzungen die Rede war, dann mochten die in militärischen Kategorien denkenden Stahlhelmführer tatsächlich an eine "ausserparlamentarische Lösung" glauben, bei der dem Bund zweifellos eine führende Rolle zufallen werde. Andererseits hatten derlei Äusserungen doch wohl vor allem den Zweck, die Notwendigkeit und Bedeutung des Bundes zu betonen, und zwar sowohl gegenüber der eigenen Gefolgschaft als auch gegenüber dem übermächtigen nationalsozialistischen "Bundesgenossen". Immerhin konnte bei den Stahlhelmführern nach dem Wahlerfolg der NSDAP und der Legalitätserklärung Hitlers im Leipziger Reichswehr-Prozess kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, dass die Partei versuchen würde, auf parlamentarischem Wege - durch eine "Stimmzettel-Revolution" - an die Macht zu kommen, eine Taktik, die den Stahlhelm als nichtparlamentarische Gruppe vom Wettlauf um die Macht von vornherein auszuschalten drohte.

---

9) Beispielsweise in einem Kommentar in: St. 12/38/21.9.1930. Typisch auch die Äusserungen Seldtes auf den Koblenzer Frontsoldatentag: "Wahlstimmen können steigen, können zurückfluten, darunter darf die nationale Idee nicht leiden. Ein Bollwerk muss stehen, ein deutsches Eck - im Strom - will der Stahlhelm sein." (St. 12/41/12.10.1930).

10) Seldte in Koblenz (St. 12/41/12.10.1930).

So ist es auch zu verstehen, wenn jetzt immer wieder nachdrücklich ein Mitspracherecht des Bundes bei zukünftigen Regierungsbildungen angemeldet wurde. Es blieb eine beständige Sorge der Führung, als "brave Wehrbewegung" von den Parteien "abgehängt" und damit um die Früchte der "12jährigen Befreiungsarbeit" betrogen zu werden.[11] An einer Rechtsregierung auf parlamentarischer Grundlage konnte der Stahlhelm als nicht im Parlament vertretene Gruppe deshalb kein Interesse haben; er verlangte daher stets eine autoritäre, "wirklich überparteiliche, vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragene Reichsregierung",[12] in der der Bund selbstverständlich als "überparteilicher" Bund vertreten sein wollte.

Das vom Stahlhelm auf dem Koblenzer Frontsoldatentag Anfang Oktober angekündigte und 1931 durchgeführte Volksbegehren zur Auflösung des preussischen Landtags wird man als Versuch ansehen dürfen, auf dem ausserparlamentarischen "Kampffelde" wieder die Initiative zu ergreifen, nachdem der Bund bei den Wahlen notwendigerweise in den Hintergrund getreten war. Hatte sich durch das Wahlergebnis das Schwergewicht innerhalb der "Nationalen Opposition" eindeutig zugunsten der Nationalsozialisten verlagert, so musste es jetzt darauf ankommen, "wieder eine gesunde Ausbalancierung der sehr verschieden gelagerten Krafte"[13] zu erreichen. Wenn nun wieder

---

11) So Landesführer von Morozowicz auf einer Führertagung des Landesverband Brandenburg (St. 13/37/13.9.1931). Auch Seldte meldete wiederholt "die Ansprüche" des Stahlhelm "als politischer Wehrbund" "bei der Machtverteilung in Deutschland, bei Kabinettsbildungen und bei der Reichspräsidentenwahl" an, so auf der Gedenkfeier zum 13jährigen Bestehen des Bundes am 14.11. 1931 (St. 13/47/22.11.1931), aber auch schon auf dem Koblenzer Frontsoldatentag (St. 12/41/12.10.1930).

12) St. 13/47/22.11.1931.

13) So das Mitglied des Bundesvorstands, Stadtler, in: Stahlhelm-Student, Jg. 1930/31, Nr. 6/7, S. 2.

von der gemeinsamen "Front der Nationalen Opposition" gesprochen wurde, dann war das freilich nach dem Auseinanderbrechen der "Young-Plan-Front" und dem heftigen Wahlkampf im Sommer zunächst mehr Wunsch als Wirklichkeit. Das neue Volksbegehren sollte die "nationalen" Parteien erst wieder zusammenführen, woran der Stahlhelm allerdings schon aus innerverbandlichen Gründen das allergrösste Interesse haben musste.[14)]

Auch beim neuen Volksbegehren versuchte man den Eindruck zu erwecken, als handele es sich bei der Aktion um ein Teilstück eines von allen "nationalen" Kräften gebilligten, einheitlichen "Angriffsplans" gegen das "System". Damit sollte einmal die Einigkeit der "Bundesgenossen" demonstriert, zum anderen aber auch die führende Rolle des Bundes innerhalb der Oppositionsfront hervorgehoben werden. Typisch dafür sind Äusserungen des Bundesvorstandsmitglieds Stadtler vor dem Breslauer Frontsoldatentag Ende Mai 1931. Unter Überschätzung der Stahlhelm-Aktionen schrieb er: "Auf den Wahlsieg vom 14. September 1930 folgte der siegreiche Vorstoss des Volksbegehrens. Nach den Septemberwahlen steigerte der Koblenzer Reichsfrontsoldatentag den politischen Effekt. Der bevorstehende Breslauer Aufmarsch wird den Effekt des Volksbegehrenkampfes steigern .. Und das Ganze wird im Frühsommer 1932 im Reichspräsidentschaftskampf seine Krönung finden."[15)]

Mehr noch als beim geplanten Verfassungs-Volksbegehren oder der Aktion gegen den Young-Plan zeigte sich beim preussischen

---

14) Auch sollte durch das Volksbegehren ein einheitliches Vorgehen der "nationalen" Bewegung bei der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932 sichergestellt werden. Durch eine Vorverlegung der Landtagswahlen hoffte man ein zeitliches Zusammenfallen "der alle Parteien gegeneinander treibenden Landtagswahlen mit der die vaterländischen Parteien einigenden Reichspräsidentenwahl" zu vermeiden (Flugblatt des Stahlhelm, BA, ZSg 1-88/8).

15) Stahlhelm-Student, Jg. 1930/31, Nr. 6/7, S. 3.

Volksentscheid die rein taktische Zielsetzung: Konnte doch der Stahlhelm von der Auflösung des Landtags nichts für sich erwarten, da er an Neuwahlen als nicht-parlamentarische Organisation gar nicht teilnehmen konnte. Das strategische Ziel des "Sturms" auf das "letzte Bollwerk, die Zitadelle der Demokratie"[16] war denn auch nicht die Neuwahl des Landtags, sondern eine "Kursänderung" im Reich, die "Befreiung" Brünings von der "marxistischen Umklammerung". Man hoffte, dass die "jetzt unvermeidlich werdende 'Brüning-Krise'" zu einer "totalen Staatskrise" werde. Dann sollte "durch entschlossenes Eingreifen das lähmende Gegeneinander von Reich und Preussen" beseitigt und eine grundlegende Verfassungsänderung durchgeführt werden,[17] wie sie bereits auf dem Koblenzer Reichsfrontsoldatentag gefordert worden war: "Der Reichspräsident als Reichsverweser soll in Zukunft auch das Amt des preussischen Staatspräsidenten innehaben."[18]

Mit den Preussen-Volksbegehren gelang es dem Stahlhelm, sich für kurze Zeit an die Spitze der Oppositionsfront zu stellen, die sich allerdings so langsam bildete, dass das ursprünglich auf Dezember vorgesehene Volksbegehren auf das Frühjahr 1931 verschoben werden musste.[19] Die NSDAP, selbst mit dem Ge-

---

16) St. 13/35/30.8.1931.

17) Stahlhelm-Student, Jg. 1930/31, Nr. 5, S. 3; Kleinau, Der politische Kampf des Stahlhelm, in: Sta. II, S. 46.

18) Entschliessung des Bundesvorstands am 4.10.1930: Es heisst u.a. "Hinweg mit der unfruchtbaren marxistischen Diktatur in Preussen, die das Erwachen und Gesunden des grössten deutschen Bundesstaates hindert. Fort mit jenen, die Deutschland ins Unglück gestürzt haben. .. Wer Preussen hat, hat Deutschland! Der Reichspräsident als Reichsverweser soll in Zukunft auch das Amt des preussischen Staatspräsidenten innehaben." (St. 12/41/12.10. 1930).

19) Zum Verlauf des Volksbegehrens: BA, ZSg 1-88/8 (mit Rundschreiben, Flugblättern, usw.); BA NS 26/vorl. 926 (mit Pressestimmen); Jd. Jg. 1931, Monat Januar bis Juli; Sta. I, S. 92 ff., Sta. II, S. 46; Braun, aaO, S. 196 ff.

danken einer derartigen Aktion spielend, war über das Vorprellen des Stahlhelm verärgert und zeigte zunächst wenig Neigung, dem Bund die Führung zu überlassen; auch die Deutschnationalen übten anfänglich deutliche Zurückhaltung. Erst nachdem der Stahlhelm von sich aus Anfang Februar 1931 beim preussischen Innenminister die Zulassung beantragt hatte, schlossen sich nach und nach alle Rechtsparteien von der DVP über die Wirtschaftspartei und den Volkskonservativen bis zur DNVP und NSDAP dem Vorgehen des Bundes an; auch die Kommunisten erklärten ihre Bereitschaft, im Kampf gegen die verhasste preussische Regierung mitzumachen. Dagegen misslang ein Einbruch in die Wählerschaft des Zentrums; auch Reichskanzler Brüning sprach sich - von seinen preussischen Parteifreunden gedrängt - in einer Rundfunkrede "als Staatsbürger - nicht als Parteipolitiker" gegen eine Teilnahme am Volksentscheid aus und zog sich damit den Unwillen "nationaler" Kreise zu.[20)]

Wenn ein Stahlhelmführer zu Beginn der Aktion gesagt hatte, "viel wichtiger als der mathematische Erfolg" seien die "indirekten politischen Wirkungen",[21)] dann ist damit angedeutet, welche Bedeutung man dem Volksbegehren als Agitationsfaktor beimass. Tatsächlich versuchte der Stahlhelm sowohl in Intensität als auch in Radikalität der Agitation nicht ohne Erfolg seinen nationalsozialistischen "Bundesgenossen" Konkurrenz zu machen; wiederholt wurden Stahlhelm-Zeitungen verboten, die Bundesführer wegen Vergehen gegen

---

20) St. 13/32/9.8.1931. Wieder wandte sich der Kronprinz an Schleicher; in einem Schreiben vom 6.8.1931 heisst es u.a.: "Ich finde die ganze Sache ausserordentlich bedauerlich und ich glaube, dass sich Dein Freund Brüning in den Augen der ganzen nationalen Kreise durch diese Rundfunkrede ausserordentlich geschadet hat .." (Nachlass Schleicher, BA, Militärarchiv, H 08 - 42/21).

21) Dr. Stadtler in: Stahlhelm-Student, Jg. 1930/31, Nr. 6/7, S. 2, Jg. 1930/31, Nr. 5, S. 3.

das Republikschutzgesetz angeklagt, Flugblätter und Plakate beschlagnahmt, Versammlungen und Propagandamärsche aufgelöst.[22]

Zwar scheiterte der Volksentscheid am 9. August 1931, aber das erhebliche Anwachsen der oppositionellen Stimmen war ein alarmierendes Vorzeichen für die im Frühjahr 1932 fälligen Landtagswahlen.[23] Diese brachten wie nicht anders zu erwarten einen überwältigenden Sieg der Nationalsozialisten, und wieder konnte der Stahlhelm wie nach dem Septembersieg 1930 auf seine vorbereitende "Befreiungsarbeit" hinweisen.[24] Bedenklicher als die rein zahlenmässige Zunahme der Stimmen war die Form, in der sich die politischen Auseinandersetzungen jetzt abspielten. Die Strasse, beherrscht von den uniformierten paramilitärischen Verbänden, wurde immer mehr zum Austragungsort von politischen Meinungsverschiedenheiten. Eine bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung und

---

22) Mit den Protesten gegen die energischen Gegenmassnahmen der preussischen Regierung wandte sich der Stahlhelm - offenbar auf Empfehlung von Schleicher - an Brüning (Nachlass Schleicher, BA, Militärarchiv, H 08 - 42/26, BA R 43 I/2735).

Nach einer Statistik des Oberpräsidenten von Hessen-Nassau, umfassend den Zeitraum vom 1.4. bis 30.8.1931, stand der Stahlhelm in der Versammlungstätigkeit nach NSDAP und KPD mit 467 Veranstaltungen an dritter Stelle (NSDAP 1910, KPD 1129); ebenso in der Zahl der Flugblätter, Plakate usw.: Stahlhelm 473, NSDAP 683, KPD 587. (Frankfurter Zeitung Nr. 903 vom 4.12.1931, zit. nach Bayerischer Stahlhelm Nr. 4 vom 30.1.1931, abgedr. auch bei Bracher, Auflösung, S. 386, Anm. 87).

23) 9,7 Millionen Stimmberechtigte sprachen sich für die Auflösung aus; etwa 13,7 Millionen wären für die Annahme des Volksentscheids nötig gewesen.

24) Tatsächlich vertröstete man sich im Stahlhelm nach dem Scheitern des Volksentscheids auf den zu erwartenden "nationalen" Erfolg bei der Landtagswahl: "Die Folge unseres Volksbegehrens gegen den Young-Plan, das zuerst wie ein Misserfolg aussah, war das Ergebnis der Wahl vom 14.9.1930, der erste grosse Sieg über den Marxismus. Die Folgen unseres jetzigen Volksentscheids wird sich vielmehr erst bei den nächsten Wahlen auswirken." (Bayerischer Stahlhelm Nr. 16 vom 15.8.1931). Allerdings mehrten sich jetzt auch Zweifel über die politische Betätigung des Bundes, die nur dazu bestimmt sei, "die von uns erlegten Hasen unseren Freunden in die Küche zu treiben." (Bayerischer Stahlhelm, Nr. 29 vom 28.11.1931).

damit die immer wieder beschworene "Stunde des Stahlhelm" schien im Herbst 1931, wie auch später, in greifbare Nähe zu rücken. Bezeichnend für die Stimmung im Bund ist ein Artikel in der Stahlhelm-Zeitung vom Oktober 1931:"Wir wünschen den Bürgerkrieg nicht, aber wir sehen die Entscheidung, die endliche Entscheidung der Revolution als unausbleiblich und darum als notwendig an und werden uns ihr nicht entziehen, in welcher Form sie auch an uns herantritt."[25] Der Führer der Stahlhelm-Studenten kündigte zur gleichen Zeit den "geschichtlichen Grosskampf ausserhalb des Parlaments" an, in dem alles davon abhänge ,"wieviel beherzte Männer und junge heldische Kämpfer draussen im Lande bis in die kleinste Ortschaft" bereit seien, "mit dem Einsatz ihres Lebens .. zu kämpfen . "[26]

Wiederholt rechnete man anscheinend in den Jahren 1931/32 mit einem "Staatsstreich" des Reichsbanners, mit einem Kommunistenaufstand oder - am 20. Juli 1932 beim "Staatsstreich" Papens - mit einem Generalstreik der Gewerkschaften. Wie bei allen ähnlichen Plänen der Rechtsverbände sollte eine Aktion von "links" das Signal zum eigenen Eingreifen sein, dann im Zusammenwirken mit der Reichswehr, mit der - so wurde den Mitgliedern angedeutet - entsprechende Abmachungen für den Fall eines "Linksputsches" beständen. Diese Gerüchte mussten den Stahlhelmern umso glaubhafter erscheinen, als besonders in den letzten Jahren der Republik die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Stahlhelm besonders enge Formen annahm.

Für eine gewaltsame Auseinandersetzung waren auch bereits umfangreiche organisatorische Vorbereitungen getroffen worden: Der Aufbau der Elite-Einheiten, der sog. Wehrsportab-

---

25) St. 13/40/4.10.1931.

26) Stadtler, Unsere Bewegung im Grosskampf in: Stahlhelm-Student, Jg. 1931/32, Nr. 1/2, S. 3.

teilungen oder Marschformationen,nach militärischem Vorbild in "Stahlhelm-Regimenter" und "Stahlhelm-Divisionen" gegliedert,wurde 1931 abgeschlossen. Mobilmachungspläne waren ausgearbeitet, Sammelpunkte, Marschstrassen, Verpflegungsstellen u. ä. festgelegt.[27] Verschiedentlich suchten Stahlhelmführer im Herbst mit den regionalen SA-Gruppen zu Vereinbarungen zu kommen, um ein "einheitliches Handeln" gegen die "rote Gefahr" sicherzustellen.[28]

Auch von der Harzburger Tagung im Oktober 1931 erwartete der Stahlhelm in erster Linie eine bessere Zusammenarbeit "auf dem ausserparlamentarischen Kampffelde", nämlich die Bildung eines "ständigen Arbeitsausschusses der Nationalen Opposition", einen "Generalstab", der den "zukünftigen geschlossenen und durchschlagenden Einsatz" der "vereinigten nationalen Front" vorbereiten sollte.[29] Hitler zerstörte solche Illusionen: Durch sein überhebliches Auftreten in Harzburg demonstrierte er seinen "Verbündeten" nur allzu deutlich, dass die Nationalsozialisten nicht an eine "ehrliche Achtung gleichwertiger und gleichwichtiger Kampfgefährten" dachten, wie sie vom Stahlhelm immer wieder gefordert wurde.[30] Die programmatischen Erklärungen der

---

27) Befehle, Stimmungsberichte in den Akten: BA R 72/2, R 72/4; R 72/5, R 72/6. Lüders, Der Salzgau im Stahlhelm, BdF. (Manuskript, BA R 72/10).

28) So der brandenburgische Stahlhelmführer von Morozowicz auf einer Führertagung, auf der er den Abschluss eines Abkommens von SA und Stahlhelm bekanntgab. Wie hochmütig die SA auf derlei Kontaktversuche reagierte, zeigt ein Briefwechsel zwischen dem Landesverband Sachsen und dem SA-Gausturm Sachsen im Oktober 1931. Auf den Vorschlag des Stahlhelm, sich "zu gemeinsamer Abwehr zusammenzuschliessen", antwortete der SA-Führer: "Sollten ... 'gewisse Fälle' eintreten, so bitte ich um Angabe Ihrer Stellplätze und der Stärke Ihrer Untergliederungen. Weitere Befehle werden Ihnen dann zugehen ..." (abgedr. in Stahlhelm-Führerbrief vom 31.12.1931).

29) St. 13/43/25.10.1931.

30) Die Bundeszeitung in einem betont zurückhaltenden Kommentar zur Harzburger Tagung (St. 13/42/18.10.1931).

"Nationalen Front, einig in ihren Parteien und Gruppen, von dem Willen beseelt, gemeinsam zu handeln", die Aufmarsche der "endlich geeinigten Streiter für Deutschland"[31] konnten die Meinungsverschiedenheiten nur unzulänglich kaschieren, die sogar handgreifliche Formen annahmen, als Stahlhelmer den Versuch von Nationalsozialisten vereitelten, die auf dem Kurhaus gehisste schwarz-weiss-rote Fahne durch das Hakenkreuzbanner zu ersetzen. Als besondere Brüskierung musste der Stahlhelm das Verhalten Hitlers bei der gross aufgezogenen Parade empfinden: Als nach dem Vorbeimarsch der SA die Stahlhelm-Bataillone folgten, verliess er demonstrativ die Tribüne.[32]

Trotz solcher Unfreundlichkeiten wahrte man um der "gemeinsamen deutschen Befreiungsaufgabe" willen den Anschein der Einigkeit und beschwor weiterhin, wenn es nur irgendwie angängig war, den "Geist von Harzburg". Die Folgen dieser Taktik für die politische Haltung der Mitgliederschaft werden in einem Artikel eines Jungstahlhelmers deutlich, der - die Meinung zumindest der jüngeren Generation wiedergebend - nach der Tagung von Harzburg schrieb, dass im Stahlhelm und in der SA der "gleiche Geist" und " e i n e Idee ..: Deutschland" herrsche.[33]

---

31) So in einem überschwenglichen Bericht des "Bayerischen Stahlhelm" (Nr.23 vom 17.10.1931) über die Aufmärsche und den "herrlichen" Feldgottesdienst, als "die Priester der beiden grossen christlichen Bekenntnisse den Segen Gottes zu dem Werke erflehten, zu dem einträchtig nebeneinander die starken Bataillone der SA und des Stahlhelm im braunen Hemd und im grauen Rock angetreten waren."

32) Über die Auseinandersetzungen in Harzburg und in den Untergliederungen des Bundes: Stahlhelm-Führerbrief vom 31.12.1931 mit Abdruck eines Briefwechsels zwischen den Bundesführern und Hitler bzw. Röhm, teilw. abgedr. bei Duesterberg, aaO, S. 15 ff., ferner die Bundeszeitung in Erwiderung von polemischen Artikeln in der nationalsozialistischen Presse (St. 14/39/2.10.1932). Über den Verlauf der Tagung vgl. Bracher, Auflösung, S. 407 ff.

33) Wir und die NSDAP. Gedanken eines Jungstahlhelmers in: St. 13/46/15.11.1931.

In der Stahlhelm-Führung dagegen mochte sich nach den Ereignissen von Harzburg und bei verstärkten Abwerbungsversuchen der SA im "sogenannten vaterländischen Lager"[34] eine realistischere Beurteilung des nationalsozialistischen "Bundesgenossen" durchsetzen,[35] zumal jetzt auch Duesterberg, bisher Exponent eines nazifreundlichen Kurses, in die Schusslinie der Nationalsozialisten geriet. Auch er wurde jetzt - wie früher schon Seldte - zum Freimaurer, zum Befürworter der "Erfüllungspolitik" und zum Mitschuldigen am Versagen des Hitler-Putsches im Jahre 1923. So bewirkten die nationalsozialistischen Angriffe wenigstens eine einheitliche Haltung der beiden Bundesführer gegenüber der NSDAP und damit eine Festigung der Position Seldtes, der noch im Frühjahr auf deutschnationales Drängen hin wieder einmal zum Rücktritt gezwungen werden sollte, weil er es mit den Nationalsozialisten verdorben hätte.[36]

Die Verstimmung der Stahlhelmführer über Hitler nach der Tagung von Harzburg liess den Plan, den Bund der Frontsoldaten für die Wiederkandidatur Hindenburgs bei der Reichspräsidentenwahl zu gewinnen, zunächst nicht aussichtslos erscheinen. Durch eine Zusage des Stahlhelm hoffte man u. U. auch die Zustimmung Hugenbergs zu erhalten und so möglicher-

---

34) Röhm am 24.10.1931 an den Führer des Bayerischen Stahlhelm, der sich über die Abwerbungsversuche der SA beklagte (abgedr. in Stahlhelm-Führerbrief vom 31.12.1931, auch bei Duesterberg, aaO, S. 15 ff.).

35) Das wird im genannten Stahlhelm-Führerbrief vom 31.12.1931 deutlich; man erkannte jetzt, dass die NSDAP die Absicht hatte, "den Stahlhelm beiseite zu schieben, wenn nicht zu vernichten" (abgedr. bei Duesterberg, aaO, S. 15 ff.).

Von Untergruppen wurde der Bundesleitung vorgeworfen, sie habe die NSDAP zu "anständig" behandelt (Sydow, Nationalsozialist oder Stahlhelmmann? Seldte oder Hitler? Eine Stimme aus der vordersten Front. Hirschberg 1931, S. 4.

36) So angeblich der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schmidt-Hannover am 4.3.1931 im Scherlhaus (BA R 43 I/2654).

weise die Nationalsozialisten von einer eigenen Kandidatur abhalten zu können.[37] Wenn sich die Bemühungen des Berliner Oberbürgermeisters Sahm, des Grafen Westarp, General Schleichers und anderer Persönlichkeiten besonders auf den Bund konzentrierten, dann deshalb, weil Hindenburg seine Zustimmung zur Annahme der Kandidatur u. a. von der Zusage des Stahlhelm und des Kyffhäuserbundes abhängig gemacht hatte. Durch Staatssekretär Meissner gab Hindenburg zu verstehen, dass er ohne Unterstützung der beiden Soldatenbünde nicht "mitmache"; er ginge sonst "daran zu Grunde".[38] Als den Kern seiner Wähler stellte sich der Generalfeldmarschall eine "grosse Soldatenfront" vor, der sich dann die anderen Gruppen anzuschliessen hätten.[39]

Seldte und Duesterberg waren auch bereit, die Kandidatur ihres Ehrenmitglieds bedingungslos zu unterstützen, konnten sich aber damit weder in ihrer eigenen Organisation durchsetzen noch gar Hugenberg umstimmen. Im Gegenteil sahen sich die Bundesführer sogleich einem massiven Druck ausgesetzt: einmal von den Untergliederungen der Organisation, wo das Uniformverbot grosse Empörung hervorgerufen hatte, zum anderen von deutschnationalen Parteifunktionären, die sowohl in der Bundeszentrale als auch in den Stahlhelm-Landesverbänden gegen Hindenburg agierten und gegen die Bundes-

---

37) Für hier und das folgende: Kyffhäuserbund und Stahlhelm in der Reichspräsidentenfrage. Aufzeichnungen von General a.D. Horn, Präsident des Kyffhäuserbunds,(BA NS 26/vol. 930).Auszug aus den Erinnerungen Dr. Heinrich Sahms, abgedr. als Anlage Nr. 16 bei Vogelsang,aaO, S. 431 ff. Bracher, Auflösung, S. 443 ff.; Vogelsang, aaO, S. 147 ff.

38) Erinnerungen Sahms (Vogelsang, aaO, S. 437).

39) Aufzeichnungen Horn (BA NS 26/vorl. 930). Am 3. 2. erklärte Oberst von Hindenburg, Kyffhäuserbund und Stahlhelm genügten seinem Vater, um eine ihm angebotene Kandidatur anzunehmen.

führer ein wahres "Trommelfeuer" eröffneten.[40] Den Ausschlag gab schliesslich eine Versammlung der Landesführer am 14. Februar, die eine Unterstützung Hindenburgs ohne "ausreichende, sichtbare Voraussetzung für einen Kurswechsel", d. h. ohne Rücktritt Brünings, ablehnten.[41] Zwei Tatsachen waren damit erneut bestätigt worden: Erstens, die Bedeutung der Landesverbände für die politischen Entscheidungen der Bundesführer; zweitens, die fortgeschrittene Radikalisierung in den Untergruppen, die dann bei den Wahlen selber offen zu Tage trat.

War sich die "Nationale Opposition" in der Ablehnung Hindenburgs einig, so scheiterte die insbesondere von Hugenberg betriebene Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten am Totalitätsanspruch Hitlers: Die Nationalsozialisten forderten für sich ausser dem Amt des Reichspräsidenten auch die Posten des Reichskanzlers, des Reichswehr- und des Innenministers; der Stahlhelm sollte "mit anderen Stellen zahlenmässig reichlich" entschädigt werden.[42] Was der Stahlhelm im Falle einer nationalsozialistischen "Machtergreifung" tatsächlich zu erwarten hatte, sagte Göring ganz offen: Die Partei werde sich die Entscheidung über einen Fortbestand des Bundes für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten.

Aber auch zwischen den Deutschnationalen und dem Stahlhelm kam es zu Differenzen, und zeitenweise hatte es den Anschein,

---

40) Aufzeichnungen Horn (BA NS 26/vorl. 930.

41) Pressekommuniqué nach der Sitzung der Landesführer am 14.2. 1932; vgl. dazu auch Duesterberg, aaO, S. 34.

42) Ring Jg. 5, H. 10 vom 4.3.1932; St. 14/9/1932, 14/10/13.3.1932. Die Einseitigkeit des militärischen Denkens von Stahlhelmführern zeigt sich auch hier: So erklärte Duesterberg unter Bezugnahme auf die personellen Forderungen der NSDAP am 5.3. 1932 in Meseritz, der Stahlhelm hätte letzten Endes auf alles eingehen können, nur nicht darauf, dass die Wehrmacht zu einem Machtinstrument einer Partei herabgedrückt werde. (St. 14/10/ 13.3.1932).

als würden Stahlhelm und DNVP mit eigenen Kandidaten gesondert vorgehen.[43] Man einigte sich schliesslich dahingehend, dass die Deutschnationalen die Kandidatur Duesterbergs unterstützen würden, während sich der Stahlhelm bei den Wahlen für den preussischen Landtag unter Einräumung von sicheren Plätzen für die Listen der DNVP einsetzen sollte.[44] Auf diese Weise hoffte Hugenberg, die seit Herbst 1931 verstärkt betriebene Verschmelzung von DNVP und Stahlhelm zu einer "konservativ bestimmten Grossorganisation" verwirklichen zu können, wobei man sich in den Kreisen der Partei offenbar der Illusion hingab, der Stahlhelm sei noch "ungebräunt".[45]

Aus der "Persönlichen Darlegung" Hindenburgs über die Vorgange und Vorgeschichte seiner Wiederkandidatur geht die Enttäuschung und Verbitterung des Generalfeldmarschalls über das Verhalten seiner "alten Kameraden" hervor, die den Kern seiner Wähler hätten bilden sollen und ihm nun nicht nur die Gefolgschaft aufgekündigt, sondern in der Person Duesterbergs auch noch einen Gegenkandidaten aufgestellt hatten, behauptend, den "schwarz-weiss-roten Gedanken" ver-

---

43) Kleinau, Der politische Kampf des Stahlhelm in: Sta. II, S.57. Danach wollte Hugenberg auf den Rat seines Stabes selbst kandidieren. Der Widerstand Duesterbergs gegen deutschnationale Einmischungsversuche wird bei Horn (BA NS 26/vorl. 930) bestätigt; er erklärte, der Stahlhelm sei nicht dazu da, die Geschäfte der politischen Parteien zu machen und sich vor deren Wagen spannen zu lassen; er ginge lieber seinen Weg allein.

Als die Landesführer Duesterberg einstimmig zum Kandidaten nominierten, fühlte sich Seldte offenbar übergangen; er bat Duesterberg, ihm die Kandidatur zu überlassen (Duesterberg, aaO, S. 62).

44) Mitteilungen der Parteileitung vom 1.6.1932, zit. nach Ernst-August Roloff, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich. Hannover 1961, S. 102.

45) Schmidt-Hannover schreibt in seinen Erinnerungen, dass sich Seldte vor der Tagung von Harzburg damit einverstanden erklärt hatte, Stahlhelm und DNVP "zu einer konservativ bestimmten Grossorganisation" zu vereinigen. Der negative Ausgang der Tagung habe auch "diesen zukunftstrachtigen Koalitionsplan" zerschlagen. Schmidt-Hannover übersieht dabei die auch schon damals vorhandenen nationalsozialistischen Tendenzen im Bund. Typisch dafür ist seine vor "Harzburg" vertretene Meinung: "Noch ist der Stahlhelm 'ungebräunt', aber wie lange noch?" (Otto Schmidt-Hannover, Umdenken oder Anarchie. Männer-Schicksale-Lehren. Göttingen 1959, S. 275 und 271.

treten zu müssen.[46] Auf der anderen Seite dürfte sich bei Hindenburg durch die Absage des Stahlhelm der Eindruck verstärkt haben, auf die falsche Seite gedrängt worden zu sein, und das mag mit ein Grund zur Entfremdung zwischen Reichspräsidenten und Reichskanzler gewesen sein.

Duesterberg als Kandidat des aus Stahlhelm und DNVP gegründeten Kampfblocks Schwarz-Weiss-Rot konnte angesichts der übermächtigen Konkurrenz von Hindenburg auf der einen, von Hitler auf der anderen Seite einen zahlenmässigen Erfolg von vornherein nicht erwarten. Man hoffte vielmehr, dass ein Teil der Sozialdemokraten nicht Hindenburg, sondern den Kandidaten der Kommunisten, Thälmann, wählen und damit keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhalten würde. Von einer "Schlüsselstellung" aus glaubte man dann, die Duesterberg-Stimmen in die Waagschale der Verhandlungen über die Kandidaturen für den zweiten Wahlgang werfen und sowohl die "Ausschaltung des Systems" als auch die "Beseitigung parteipolitischer Diktaturgelüste" erzwingen zu können.[47]

Entsprechend den mit der Kandidatur Duesterbergs begrenzten Absichten blieb die Propaganda, der durch finanzielle Schwierigkeiten ohnehin Grenzen gesetzt waren, überwiegend im Negativen stecken; sie lässt sich auf die Formel bringen: "keine Erhaltung des Systems - keine Hitlerdiktatur".[48] Konnte man

---

46) Vgl. S. 225.

47) St. 14/9/6.3.1932. Offenbar rechnete man auch damit, dass vor dem zweiten Wahlgang die hinter Duesterberg stehenden Kreise zugunsten Hindenburgs verzichten würden und der Stahlhelm dafür einen Ministersitz erhalten würde. Man dachte offenbar an eine Kabinettsumbildung in der Form, dass Groener Kanzlerschaft übernehmen, Brüning Aussenminister bleiben und Duesterberg Wehrminister werden würde. (Persönl. Mitteilungen des Tatkreises, zit. nach Ring, Jg. 5, H. 10, vom 4.3.1932).

48) St. 14/9/6.3.1932. Flugblätter und Merkblatt zur Duesterberg-Wahl in den Akten (BA ZSg 1 - 88/4).

sich von Hindenburg als Kandidaten des "Systems" mit den üblichen, im Kampf gegen die Republik bewährten Schlagworten abgrenzen, so erwies sich die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Kandidaten als schwierig. Hatte doch der Stahlhelm selbst wiederholt die Diktatur und einen "nationalen Führerstaat" gefordert. In dem Aufruf des "Kampfblocks" hiess es denn auch wenig überzeugend, es sei für den weiteren Verlauf der deutschen Geschicke entscheidend, dass die bodenständigen, aufbauenden, kampfbereiten und erfahrenen Kräfte unseres Volkstums ihrer Bedeutung gemäss zum Einsatz kämen und dass schon im ersten Wahlgang keine Stimme der nationalen Front verloren gehe.[49]

Es war so kaum zu erwarten, dass der im Verhältnis zu Hindenburg und Hitler unbekannte Duesterberg, dem jedes Charisma fehlte [50] und dem die Nationalsozialisten später auch noch einen jüdischen Grossvater nachweisen konnten,[51] breite "nationale" Schichten mobilisieren würde. Aber selbst im engeren Kreis des "Kampfblocks" zeigten sich Widerstände: Bei den Deutschnationalen hätte man offenbar lieber eine Kandidatur des eigenen Parteiführers gesehen und setzte sich deshalb nur mit halbem Herzen für Duesterberg ein. Wenn die Deutschnatio-

---

49) Aufruf des "Kampfblocks" vom 23.2.1932 (St. 14/8/28.2.1932).

50) Krampfhaft wirken die Versuche, Duesterberg als einen "Volksführer", als "Soldat und Staatsmann in einer Person", als "Führer des werktätigen Volkes" herauszustellen. (Zitate aus Flugblatt "Deutscher Führer", BA, ZSg 1 - 88/4).

51) Diese Tatsache war Duesterberg bis dahin offenbar unbekannt. Die "Entscheidung"musste umso peinlicher sein, da Duesterberg bisher als Wortführer des antisemitischen Flügels im Stahlhelm galt. Schwer getroffen von diesen Angriffen stellte er seine Ämter zur Verfügung. Erst nach-dem ihm der Bundesvorstand das Vertrauen ausgesprochen hatte, trat er auf dem Reichsfrontsoldatentag in Berlin im September 1932 wieder vor die Öffentlichkeit (Duesterberg, aaO, S. 34 f.).

nalen die Parole ausgaben "Wer Duesterberg wählt, stimmt für Hugenberg, und wer Hugenberg will, wählt Duesterberg",[52] mochten sie damit versuchen, die Widerstände in den eigenen Reihen zu überwinden, bei der Stahlhelm-Gefolgschaft und in der Öffentlichkeit verstärkte sich dadurch nur der Eindruck, als handele es sich bei Duesterbergs Kandidatur um eine "Kandidatur von Hugenbergs Gnaden", als sei der Stahlhelm nun endgültig zur "Hugenberg-Schutztruppe"[53] geworden. Die schon seit langem in Teilen der Mitgliederschaft zu beobachtende, durch eine entsprechende nationalsozialistische Propaganda verstärkte Abneigung gegen den deutschnationalen Parteiführer trat nun offen in Erscheinung: Der "Name Deutschnational" wirkte in den Ortsgruppen vielfach - wie es in einem Stimmungsbericht heisst - "wie ein rotes Tuch".[54] Es war dem einfachen Stahlhelmer vielfach unverständlich, warum der Bund sich so offen mit den Deutschnationalen eingelassen und einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte. Wenn die Stahlhelmer für Hitler votierten, dann konnten sie sich auf die von ihren Führern selbst immer betonte Gemeinsamkeit von Stahlhelm und NSDAP, auf den "Geist von Harzburg", berufen und auf die ständig beschworene Überparteilichkeit des Bundes hinweisen. So kam es, dass sich ein Teil der Gefolgschaft weigerte, ihrem Bundesführer zu folgen, mochte sich die Stahlhelm-Leitung auch unter Beschwörung des "uralten germanischen gegenseitigen" Treueverhältnisses "von Führer und Mann" noch so sehr für

---

52) Unsere Partei, Jg. 10 (1932), Nr. 5, S. 39 ff.

53) So in einem nationalsozialistischen Flugblatt (zit. in Kreuzzeitung, Jg. 84, Nr. 149 vom 29.5.1932). Der VB (45/56/25.2. 1932) bezeichnete die "Sonderkandidatur Duesterbergs" als eine "offene Sabotage des beginnenden Entscheidungskampfes, getrieben von eitlen bürgerlichen Strategen", die bisher noch jede Schlacht verloren hätten, in der sie auf die eigene Kraft angewiesen waren.

54) Stimmungsbericht aus dem Gau Hildesheim vom 17.3.1932 (BA R 72/5).

Duesterberg einsetzen.[55]

Nach dem vorliegenden, allerdings unvollständigen Material kann angenommen werden, dass wohl kaum mehr als die Hälfte der Stahlhelm-Mitglieder ihren Bundesführer gewählt haben, der insgesamt 2,55 Millionen Stimmen (= 6,8 %) auf sich vereinigen konnte. Etwa 30 - 40 % des Stahlhelm dürfte für Hitler, der Rest für Hindenburg gestimmt haben.[56] Beim zweiten Wahlgang, an dem sich der Stahlhelm "als Bund" nach dem Scheitern von Verhandlungen über eine "nationale" Einheitskandidatur nicht beteiligte, war der Anteil der nationalsozialistischen Stahlhelm-Stimmen eher noch höher, wenngleich jetzt Duesterberg mit anderen Stahlhelmführern die Parole für Hindenburg ausgab .[57] Im Reichsbanner glaubte man von einem

---

55) Parole Duesterberg (St. 14/8/28.2.1932). Wie sehr in vielen Köpfen noch der "Geist von Harzburg" spukte, beweist die Wahlparole des Königin-Luise-Bundes, der dem Stahlhelm nahestehenden Frauenorganisation: "Um keine nationale Stimme verlorengehen zu lassen, hat die Harzburger Front zwei Kandidaten: die schwarz-weiss-rote Kampffront Herrn Oberstleutnant Duesterberg, die NSDAP Herrn Hitler. Wir Frauen vom Bund Königin Luise wählen die Kandidaten der Harzburger Front" (Bayerischer Stahlhelm Nr. 9 vom 5.3.1932).

56) Umfragen und Stimmungsberichte in den Akten (BA R 72/2, R 72/5, R 72/10, R 72/16). Die vorliegenden Unterlagen aus den eher gemässigten Gauen Nordwest- und Westdeutschlands wird man auf die übrigen Gebiete übertragen können. Wahrscheinlich war der Anteil der nationalsozialistischen Stimmen in Ostdeutschland eher grösser; die dortigen Landesverbände waren von jeher radikaler gesinnt und pflegten vielfach eine enge Zusammenarbeit mit der NSDAP (vgl. dazu Vogelsang, aaO, S. 113).

Indirekt musste die Katastrophe später auch vom Stahlhelm zugegeben werden, so von Brauweiler (Der Anteil des Stahlhelm in: Hotzel, Hrsg., aaO, S. 225) oder vom Berliner Landesführer von Stephani (St. 14/35/4.9.1932: "Die Belastungsprobe, der der Stahlhelm ausgesetzt war, war ungeheuerlich.")

57) So auch die Gauführer von Magdeburg und der Landesführer der Ostmark (Ring, Jg. 5, H. 15 vom 8.4.1932, Duesterberg, aaO, S. 34). Duesterbergs Behauptung, er habe durch seine Aufforderung, Hindenburg zu wählen, "Hitlers heissen Plan, gewählter Reichspräsident zu werden", zerschlagen, ist in Anbetracht der Stimmenverhältnisse absurd. Dagegen wäre es wohl möglich gewesen, dass Hindenburg schon im ersten Wahlgang gewählt worden wäre, wenn der Stahlhelm nicht einen eigenen Kandidaten aufgestellt hätte.

Andere Stahlhelmführer, wie Herzog Carl Eduard von Coburg, Generalinspekteur des Technischen Dienstes, traten im zweiten Wahlgang öffentlich für Hitler ein; das Bundesamt plädierte wie die DNVP für Wahlenthaltung.

60 %igen "Abmarsch" der Stahlhelm-Mitglieder zu den Nationalsozialisten sprechen zu können, die selber im September behaupteten, 80 % des Stahlhelm sei nationalsozialistisch gesinnt, was freilich übertrieben gewesen sein dürfte. Immerhin dürfte im Jahre 1932 ungefähr die Hälfte der Stahlhelm-Gefolgschaft mit der NSDAP sympathisiert haben.[58]

Für eine Fusion von DNVP und Stahlhelm, wie sie von Hugenberg und einem Teil der Stahlhelmführer angestrebt wurde, um gegen den Machtanspruch Hitlers ein wirksames Gegengewicht zu bilden, war es jetzt zu spät: Es war vorauszusehen, dass ein Grossteil der Gefolgschaft diese Fusion nicht mitgemacht hätte und zur SA übergetreten wäre. Die Stahlhelm-Führung sah sich nicht einmal mehr in der Lage, die Vereinbarungen über eine enge Zusammenarbeit der beiden Gruppen bei den preussischen Landtagswahlen am 24. April 1932 einzuhalten. Wohl gab die Bundesführung durch die Wahlparole "Keine Stimme dem System! Keine Stimme einer Parteidiktatur!" und deutlicher noch durch "amtliche" Erklärungen zu verstehen, dass ausschliesslich die Deutschnationalen zu unterstützen wären,[59] aber die Führer der Untergliederungen erklärten, dass mit der "Parteidiktatur" nicht "einseitig" die NSDAP gemeint sei, diese Partei vielmehr auch gewählt werden dürfe,[60] ja in völliger Umkehrung der Bundesparole wurde sogar gesagt, dass der Stahlhelm "selbstverständlich .. nicht alle seine Kraft für die NSDAP allein"

---

58) Reichsbanner, Jg. 9 (1932), Nr. 20 vom 14.5.1932; VB 45/238/25.8.1932.

59) St. 14/12/27.3.1932; Stahlhelm-Pressedienst, zit. nach "Unsere Partei" Jg. 10 (1932), Nr. 8, S. 69.

60) Stichworte für Vortrag des Landesführers von Hannover vom 3.4.1932 (BA R 72/5); ähnlich auch Ortsgruppenbefehl Köln-Sülz vom 2.4.1932 mit Wiedergabe des Gaubefehls (BA R 72/16).

einsetzen könne.[61] Wurde die Weigerung der Nationalsozialisten, Stahlhelmer auf ihre Listen zu setzen, ohne Widerspruch akzeptiert, so begann mit den Deutschnationalen wieder ein Feilschen um die sicheren Plätze, das - wie üblich - zu unerfreulichen Auseinandersetzungen führte, obwohl die Partei den Wünschen des Bundes dieses Mal weitgehend entgegengekommen war: Von 31 deutschnationalen Abgeordneten des neuen Landtags gehörten 17 dem Stahlhelm an, darunter erstmals eine grössere Anzahl von Landes- und Gauführern.[62]

Reichspräsidentenwahl und Landtagswahlen, die die "Krönung" der Stahlhelm-Aktivität bilden sollten, führte zur grössten Krise des Bundes seit seinem Bestehen, über die das Organ des dem Bund gewiss nicht unfreundlich gesinnten Herrenklubs schrieb: "Der politische Traum der Führung ist ausgeträumt, der Aschermittwoch ist da, nüchtern, aber wirklich".[63] Nach einer seit Jahren von Stahlhelmführern geforderten Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten, wobei stets die angebliche Gemeinsamkeit betont wurde, erwies es sich als unmöglich, die Stahlhelm-Gefolgschaft geschlossen gegen die bisher als Bundesgenossen behandelten Nationalsozialisten zu führen, als deren Totalitätsanspruch auch zu einer Gefahr für den Bund wurde. Die Behauptung, man habe die Mitglieder gegen die "demokratische Sentimentalität" einer Wahl "so ziemlich immun" gemacht und könne "je nach den Erfordernissen der Stahlhelmpolitik bei der einen Wahl das Schwergewicht des Bundes an der einen, bei der nächsten Wahl an anderer

---

61) Artikel des Führers des Bayerischen Stahlhelm in: Bayerischer Stahlhelm Nr. 13 vom 2.4.1932 (für die Landtagswahlen in Bayern). Über die Oppostion der Unterführer gegen die Bundesparole auch Roloff, Bürgertum, S. 102.

62) Reichsbanner, Jg. 9 (1932), Nr. 14 vom 2.4.1932; Unsere Partei, Jg. 10 (1932), Nr. 11, S. 135. Abgeordnete im preussischen Landtag wurden u. a. die Stahlhelmführer von Morozowicz und Stadtler.

63) Ring, Jg. 5, H. 13 vom 25.3.1932.

Stelle" einsetzen,[64] war durch die Reichspräsidentenwahl und mehr noch durch die preussischen Landtagswahlen klar widerlegt worden: Der Drang der Mitglieder und Unterführer zum Nationalsozialismus war stärker als der Wille der Führung, zusammen mit den Deutschnationalen ein Gegengewicht gegenüber den Machtansprüchen Hitlers zu bilden. Wollte die Führung eine Spaltung des Bundes vermeiden, blieb ihr nach Lage der Dinge nichts weiter übrig, als ihre engen Verbindungen zu Hugenberg zu lösen, entsprechend dem Druck von "unten" wider besseres Wissen eine offene Frontstellung zur NSDAP zu vermeiden und die Organisation unter Betonung der "Überparteilichkeit" aus dem tagespolitischen Kampf herauszunehmen.

Das geschah Anfang Mai auf einer grossen Führer-tagung des Bundes, der jetzt - nach dem Fiasko seiner politischen Ambitionen - verstärkt den "Wehrsport" und den Freiwilligen Arbeitsdienst in den Vordergrund seiner Arbeit stellte. Den deutschnationalen Versuchen, den Stahlhelm zur SA der DNVP, zur - wie es im Bundesorgan hiess - "Hilfstruppe wesensfremder Politiker" zu machen,[65] wurde eine eindeutige Absage erteilt. Im Sommer traten mehrere bekannte, bisher der DNVP angehörende Stahlhelmführer aus dieser Partei aus; andere legten ihr Mandat im preussischen Landtag nieder, das sie erst im April erworben hatten.

Auf der anderen Seite versuchte man sich bei den Nationalsozialisten anzubiedern, so anlässlich des SA-Verbots, das als "sachlich ungerechtfertigt und nationalpolitisch schädlich" verurteilt und seine "schleunige" Aufhebung gefordert wurde.[66] Die Wiederzulassung der nationalsozialistischen paramilitärischen Organisation wurde "mit aufrichtiger Freude" begrüsst[67]

---

64) Leitartikel "Über den Parteien" in: St. 14/13/3.4.1932.

65) Leitartikel "Der klare (!) Kurs des Stahlhelm: Über den Parteien" in: St. 14/19/15.5.1932; ähnlich auch: "Des Stahlhelms Aufgabe: Freikorps der deutschen Zukunft" in: St. 14/18/8.5.1932.

66) St. 14/15/17.4.1932.

67) St. 14/24/16.6.1932.

und der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass in Zukunft SA und Stahlhelm "in ehrlicher Kampfgemeinschaft dem gemeinsamen Ziele der inneren und äusseren Befreiung des Vaterlandes entgegenmarschierten."[68] Selbst den nationalsozialistischen Mördern von Potempa glaubte man mildernde Umstände zubilligen zu müssen und die Schuld - wie üblich - den Kommunisten zuschieben zu können.[69] Am deutlichsten jedoch kam diese "überparteiliche Politik" bei den Reichstagswahlen im Juli zum Ausdruck, als in der Wahlparole neben der DNVP die NSDAP - ausdrücklich und zuerst genannt - empfohlen wurde.[70]

Die sicher auch aus parteiegoistischen Gründen erfolgenden Ermahnungen der Deutschnationalen mit Hinweis auf die unvermindert feindselige Haltung der Nationalsozialisten gegenüber dem Stahlhelm wurden leichtfertig in den Wind geschlagen: Es sei bekannt, dass sich in nationalsozialistischen Kreisen "hier und da" auch Rüpel befänden; von dieser Tatsache könnten jedoch politische Entschlüsse nicht beeinflusst werden.[71] Das Verhalten des Stahlhelm, von der DNVP vielfach als Undankbarkeit gegenüber der Partei empfunden und als Beweis für die politische Unzuverlässigkeit des Bundes gewertet, war mit ein Anlass zum verstärkten Aufbau einer

---

68) Seldte in Bremen (St. 14/24/16.6.1932).

69) Entsprechende Schreiben des Stahlhelm an Papen, des Königin-Luise-Bunds an Hindenburg (Kreuzzeitung, Jg. 85, Nr. 237 vom 26.8.1932).

70) Verlautbarung der Bundesführer am 18.7.1932, wo es u. a. heisst: "Um aber schädliche Splitterungen zu vermeiden, empfehlen wir den Kameraden, sich für eine der beiden mit uns im Hochziel einigen Parteien, für die NSDAP oder für die DNVP, also für die Listen 2 oder 5 zu entscheiden." (St. 14/29/24.7.1932).

71) In Erwiderung parteiamtlicher Kritik der DNVP (Kreuzzeitung, Jg. 84, Nr. 135/36 vom 15.5.1932.

eigenen Parteischutztruppe, der deutschnationalen Kampfringe.[72]

Die politische Entwicklung im Frühsommer 1932 mochte mit zu einer Konsolidierung des schwer angeschlagenen Bundes beigetragen haben: Nach den politischen Kämpfen im Frühjahr trat für kurze Zeit eine gewisse Entspannung zwischen den "nationalen" Gruppen ein, als die NSDAP zunächst die neue Regierung Papen tolerierte. Die Bundeszeitung stand dem Kabinett Papen zunächst mit Zurückhaltung gegenüber: Zwar wurde die vom Reichskanzler im Rundfunk verlesene Regierungserklärung "nach Ton und Inhalt wie nach Art ihrer Bekanntgabe" als "ein weiterer Schritt aus dem System" begrüsst, aber die Ausschreibung von Neuwahlen liessen im Stahlhelm Zweifel aufkommen, ob Papen "das scharfe Beil" besitze, um den "Schwanz des Parlamentarismus radikal an der Wurzel abzuhacken."[73]

Erst mit dem Staatsstreich in Preussen legitimierte sich die Regierung in der Sicht des Bundes als eine "grundsätzlich neue Richtung der Staatsführung". Die erwartete Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften und dem Reichsbanner, für die der Stahlhelm bereits "erhöhte Alarmbereitschaft" angeordnet hatte, blieb freilich aus: Die preussische Regierung begnügte

---

72) Die deutschnationale Enttäuschung über die Taktik des Stahlhelm kommt in mehreren Beiträgen der parteioffiziellen Zeitschrift "Unsere Partei" zum Ausdruck (Jg. 10, 1932, Nr. 18, S. 135 f.; "Hieb und Stich", Korrespondenz-Ausg. von "Unsere Partei" vom 27.7.1932); auch in einem Brief von H. Schriever, Verlagsinhaber des Hildesheimer Abendblatts, an den Gauführer General a. D. von Hammerstein vom 18.8.1932 (BA R 72/2). Vgl. dazu auch: Hiller Frhr v. Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei in: Matthias u. Morsey, Das Ende der Parteien, S. 555.

73) St. 14/22/5.6.1932.

sich mit einer Klage beim Staatsgerichtshof.[74] Die Zustimmung der Regierung zu diesem legalen Weg und mehr noch die wiederholte Ausschreibung von Neuwahlen wurde vom Stahlhelm "mit einigem Unbehagen" registriert und Papen wiederholt aufgefordert, "durch die trüben Wolken einer falschen 'Legalität'" endlich zu Taten zu gelangen. In Revolutionen gebe es kein bindendes Recht ausser dem der Nation, hiess es in einem Kommentar der Stahlhelm-Zeitung zum 20. Juli: "Wenn unter dem Marschtritt der Revolution Paragraphen zerbrechen sollten - die Revolutionen von historischem Mass pflegen stets neues Recht zu schaffen."[75] Als Papen im Herbst des Jahres in eine immer grössere parlamentarische Isolierung geriet, glaubte man dafür den Legalitätskurs der Regierung verantwortlich machen zu können: Man kümmere sich um "verfassungsrechtliche Paragraphenklauberei und juristische Fallenstellerei" und verliere so "an Überzeugungskraft und propagandistischer Wirkung gegenüber der grösseren Öffentlichkeit."[76]

Trotz solcher "Schönheitsfehler" entsprach das "überparteiliche" Kabinett weitgehend den politischen Vorstellungen des Stahlhelm, der nach der verhängnisvollen Kooperation mit den Deutschnationalen jetzt ebenfalls nachdrücklich

---

74) Über den "Staatsstreich" Papens und seine weitere Regierungstätigkeit vor allem: Bracher, Auflösung, S. 559 ff. Die Bereitschaft zur Mitarbeit wird in einem Artikel der Kreuzzeitung deutlich (Jg. 85, Nr. 203 vom 23.7.1932): "Wenn sie (die Regierung) durchdringen will mit ihren Ordnungsbestrebungen, so muss sie sich auf die soldatischen Elemente Deutschlands stützen, die neben der Reichswehr, die ihr ohnehin zur Verfügung steht, sich vor allem gesammelt haben in der grössten deutschen Wehrbewegung, dem Stahlhelm. Die Entwicklung der letzten Jahre verlangt gebieterisch die Ablösung des bisherigen demokratisch-parlamentarischen Systems durch eine soldatische Diktatur, die dem Volk den Weg zur Gesundung aufzwingt und zugleich für die liberalistischen Kräfte unangreifbar macht."

75) St. 14/30/31.7.1932; St. 14/34/28.8.1932.

76) St. 14/37/18.9.1932; Führerbriefe, Jg. 2, Nr. 40 vom 31.10.1932.

seine "Überparteilichkeit" betonte. Es kam - je mehr Papen im Parlament isol-iert wurde - erstmals zu einer engeren Zusammenarbeit von einer Reichsregierung und dem "Bund der Frontsoldaten," zunächst auf zwei unpolitischen Gebieten: in der Wehrsporterziehung und im Freiwilligen Arbeitsdienst (FAD).

Die Wehrsporttätigkeit, vom Staat jetzt ideell und materiell unterstützt,[77] erfuhr durch eine besondere "Bundesausbildungs-Inspektion" einen grosszügigen Ausbau, nicht zuletzt um die Mitglieder aus den tagespolitischen Kämpfen herauszuhalten. Einheitliche Ausbildungsrichtlinien wurden erlassen, Wehrsportlehrer hauptamtlich angestellt und eigene Wehrsportschulen eingerichtet. Die Gründung eines Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung unter General von Stülpnagel wurde begrüsst; Stahlhelmer stellten neben den SA-Mitgliedern den höchsten Anteil an den von dieser Organisation durchgeführten Lehrgängen. Stahlhelmführer wurden zur hauptamtlichen Mitarbeit in das Präsidium berufen. Schon früher war vorgesehen worden, dem Stahlhelm sogar die gesamte vormilitärische Ausbildung der Jugend zu übertragen.[78]

Eine führende Position nahm der Bund auch im Freiwilligen Arbeitsdienst ein, der jetzt ebenfalls von der Regierung gefördert wurde. Schon 1924 hatte der Stahlhelm die Arbeitsdienstpflicht gefordert und wiederholt detailierte Vorschläge für ihre Verwirklichung vorgelegt. Mit viel Idealismus und erheblichen finanziellen Opfern wurden 1931 die ersten Lager eingerichtet, die oft zum Vorbild für andere Organisationen wurden. Als im Juli 1932 durch eine Verordnung der Regierung der Freiwillige Arbeitsdienst eine neue Grundlage erhielt und ein Reichskommissar für den FAD berufen wurde, hatte der

---

77) Vgl. dazu Vogelsang, aaO, S. 231 ff.; vgl. auch

78) Groener gedachte offenbar der SA und der HJ die vormilitarische Ertüchtigung aus der Hand zu nehmen und sie dem Stahlhelm zu übertragen, der dadurch aus seiner bisherigen Haltung in das Lager der Gegner Hitlers gezogen werden sollte. (F. Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen. 3.Aufl. Wiesbaden 1947, S. 100 f.

Stahlhelm einen erheblichen Vorsprung vor den übrigen "Dienstträgerverbänden"; Ende 1932 stand der Bund mit über 400 "geschlossenen"Lagern mit einer Belegschaft von rund 20 000 Mann an der Spitze aller Verbände, vor dem Jungdeutschen Orden, dem Reichsbanner und weit vor der NSDAP. Es entsprach der führenden Stellung des Bundes, wenn dem Stahlhelmführer Mahnken die Leitung der Reichsarbeitsgemeinschaft der "Dienstträgerverbände" übertragen wurde.[79] In diesem Gremium und in gemeinsam durchgeführten Lagern kam es zu einer erfreulichen Zusammenarbeit der verschiedenen Bünde, die vielfach die Hoffnung auf eine "bündische Front" quer durch die Parteien wieder aufleben liess.[80] Für die Leistungen des Reichsbanners im FAD fand man im Stahlhelm anerkennende Worte, ebenso für das Interesse, das Reichsbannerführer zunehmend für Fragen der Landesverteidigung zeigten.

Als nach der Absage Hitlers am 13. August 1932 die Regierung fast jede Unterstützung im Parlament verloren hatte, setzte Papen einige Hoffnung auf den Stahlhelm, der geeignet erschien, der Präsidialregierung einen gewissen Rückhalt im Volks zu geben. So wurde der Bund im Zusammenhang mit der geplanten Präsidialpartei genannt; seine Organisation war

---

79) Man unterschied "Träger des Dienstes" (die Verbände) und "Träger der Arbeit" (Gemeinden, Körperschaften). Unter "geschlossenen" Lagern, wie sie vor allem der Stahlhelm und der Jungdeutsche Orden durchführten, sind solche Lager zu verstehen, die stets unter der Führung von Angehörigen des betr. Bundes standen.

Über den Arbeitsdienst neben Aufsätzen im Bundesorgan in den Jahren 1926, 1931 und 1932 zusammenfassend, nach der "Gleichschaltung" geschrieben: F. W. Heinz, Stahlhelm und Arbeitsdienst in: Sta. I, S. 105 ff.; Der Stahlhelm als Wegbereiter des Arbeitsdienstes in: Der NSDFB (Stahlhelm), S. 35 ff. Vgl. auch Hornung, aaO, S. 112 ff. mit Literaturangaben über den FAD; Vogelsang, aaO, S. 232 ff.

80) Vgl. dazu Hornung, aaO, S. 118, 125.

als regionaler Unterbau der von der Regierung gegründeten Propagandastelle vorgesehen.[81] Tatsächlich liess sich der Stahlhelm immer offener für die Propaganda des unpopulären Präsidialkabinetts einspannen.

Die Stahlhelm-Presse versuchte mit Schlagzeilen wie "Die Räder drehen sich wieder" oder "Es geht bergauf" für die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der Regierung Stimmung zu machen. Stahlhelm-Aufmärsche wurden zu "machtvollen Kundgebungen für den neuen Staatsgedanken", Stahlhelmführer feierten den Kanzler als einen "Kerl", als "Mann von Format", wie ihn Deutschland seit Bismarck noch nicht wieder gehabt habe.[82] Das Wahlergebnis vom 6. November mit dem Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen wurde als "klarer Sieg des Präsidialsystems" gewertet, der für die Reichsregierung und den Reichspräsidenten eine Ermutigung sein müsse, "auf dem einmal angeschnittenen Wege unentwegt fortzuarbeiten."[83] Auch nach dem Rücktritt der Regierung hielt der Stahlhelm an Papen fest: Die Bundesführer baten in einem Telegramm an den inzwischen versöhnten Hindenburg "inständig", "die von den Parteien unabhängige autoritäre Form der Staatsführung zu erhalten."[84]

Die Regierung wiederum liess es nicht an freundlichen Gesten gegenüber dem Bund der Frontsoldaten fehlen. Reichsinnenminister von Gayl versprach den Frontsoldaten die Einräumung von Sonderrechten in dem von ihm konzipierten "Neuen Staat", und der Reichskanzler versicherte anlässlich der Uraufführung

---

81) St. 14/37/18.9.1932; über derlei Versuche: Vogelsang, aaO, S. 265, S. 283 ff.

82) So beispielsweise der Landesführer von Hannover (St. 14/46/20.11.1932).

83) Hannoverscher Stahlhelm, Jg. 6, Nr. 46 vom 13.11.1932 (wahrscheinlich Abdruck des Stahlhelm-Pressedienstes).

84) Telegramm vom 18.11.1932 (St. 14/47/27.11.1932).

eines Stahlhelm-Films, dass der Bund nicht umsonst in 13 Jahren "für die Grundlagen eines neuen Reiches" gekämpft habe.[85] Regierungsvertreter bekundeten durch Besuch von Wehrsport- und Arbeitsdienstlagern ihr Interesse an der Arbeit des Bundes, an dessen Veranstaltungen jetzt auch erstmals Offiziere als offizielle Vertreter der Reichswehr teilnahmen. Um die Zusammenarbeit auch nach aussen zu dokumentieren, wurde im November die Berufung Seldtes als Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst erwogen.[86]

Als äuserer Höhepunkt der Kooperation kann der 13. Reichsfrontsoldatentag am 3. und 4. September in Berlin gelten, der - 14 Tage nach Hitlers Absage an Papen und eine Woche vor der entscheidenden Reichtstagssitzung - zu einer Demonstration für die Regierung Papen wurde. "Wir stehen", hiess es in einem programmatischen Artikel im Bundesorgan, "hoffnungsvoll zur jetzigen Regierung. Wir werden alle ihre Massnahmen unterstützen, die auf unserem Wege der Schaffung einer wirklich überparteilichen Staatsmacht und des organischen Umbaus der unbrauchbaren Weimarer Verfassung liegen. Je entschlossener die Regierung auf diesem Wege voranschreitet, je energischer sie unser Staatsleben aus den beengenden Fesseln des Weimarer Versailles-Systems heraushebt, desto stärker wird die Unterstützung des Stahlhelm und der von ihm erfassten und beeinflussten Kreise der nationalen Bevölkerung sein."[87]

Vor 300 000 Zuschauern marschierten zur Schlusskundgebung auf dem Tempelhofer Feld an die 200 000, meist jüngere Stahlhelmer,auf, eine in Anbetracht der Arbeitslosigkeit unwahr-

---

85) Hannoverscher Stahlhelm, Jg. 6, Nr. 42 vom 16.10.1932. Stahlhelmführer hatten jetzt auch Gelegenheit im Rundfunk über die Ziele des Bundes zu sprechen.

86) Vogelsang, aaO, S. 331.

87) Leitartikel "Klare Entscheidung. Deutschland am Scheideweg" in St. 14/35/4.9.1932.

scheinlich hohe Zahl, so dass die Behauptung der SPD, der Aufmarsch sei vom Reichswehrministerium finanziert worden, nicht unglaubhaft erscheint. Erstmals seit Bestehen des Stahlhelm nahmen die Mitglieder einer Reichsregierung an einem Reichsfrontsoldatentag teil: Fast das gesamte Reichskabinett mit Papen an der Spitze war erschienen, dazu - ebenfalls zum ersten Mal - hohe Offiziere der Reichswehr, Vertreter der kommissarischen preussischen Regierung sowie eine Vielzahl anderer Ehrengäste.

Seldte bekannte sich zum Programm der Regierung, das "in weitgehendem Masse" die Forderungen des Stahlhelm enthalte und sprach dann auf dem Tempelhofer Feld jene Worte, die später zur Begründung der "Selbstgleichschaltung" des Bundes noch oft zitiert werden sollten, hier jedoch als Bekenntnis zum autoritären Staat und als Abgrenzung zum totalen Staat des Nationalsozialismus zu verstehen sind: "Dieser Stahlhelm ist keine Partei, er kämpft nicht für sich, sondern für Deutschland. Er will nicht die Gewalt, sondern das Gesetz. Er fordert nicht die Macht im Staat, sondern den machtvollen Staat, den Staat, unter dem das ganze Deutschland in freier friedlicher Arbeit einer neuen, besseren Zeit und Zukunft entgegengehen kann."[88]

Vermieden auch die Stahlhelmführer in ihren Reden schon aus Rücksicht auf ihre eigene Gefolgschaft eine Stellungnahme gegen die NSDAP, so wurde die Berliner Kundgebung in der Öffentlichkeit nach der nationalsozialistischen Kampfansage an das Kabinett als Demonstration gegen die NSDAP gewertet. Besonders in der ausländischen Presse sah man in Verkennung nationalsozialistischer Einflüsse in der Stahlhelm-Organisation im Berliner Aufmarsch "den ersten Anlauf gegen das braune Heer", das der Stahlhelm nicht zu fürchten brauche. Man glaubte voraussagen zu können, dass die Entscheidung

88) Seldte in Reden im Sportpalast und auf dem Tempelhofer Feld (St. 14/36/11.9.1932).

über die Zukunft Deutschlands zwischen dem Nationalsozialismus und dem Stahlhelm ausgetragen werde, der möglicherweise "den Mann im braunen Hemde in seinem Wettlauf um die Macht überholen" könne.[89]

Der Eindruck einer Kampfstellung zwischen Stahlhelm und NSDAP verstärkte sich in den folgenden Wochen, als die Nationalsozialisten offen zum Angriff auf Papen und den ihm sekundierenden Stahlhelm übergingen. Eine Aktion von Goebbels bildete gewissermassen den Auftakt: Auf dem Frontsoldatentag liess er hunderttausend Flugblätter verteilen, die die "alten tapferen Frontsoldaten im Stahlhelm" zur Rebellion gegen "einen derartig rassisch minderwertigen Zweiten Bundesführer" aufforderten.[90] Der "Halbjude" Duesterberg rückte in den Mittelpunkt der nationalsozialistischen Angriffe; aus dem Bund der Frontsoldaten wurde ein "Bund der Makkabäer", der besser daran täte, statt "Friedericus Rex" "Tochter Zion" zu spielen. Nach der Parteinahme der Stahlhelm-Führung für Papen wurde der Bund in die Agitation gegen das reaktionäre" Kabinett der Barone miteinbezogen: Der Stahlhelm wurde zum "Nachtwächter der Papen-Reaktion", zum "Schildknappen des Grossgrundbesitzes" und zum "Sachwalter seiner Interessen".[91]

Doch blieb es jetzt nicht mehr bei Beschimpfungen und Verleumdungen in der nationalsozialistischen Presse: Im Oktober kam es zu zahlreichen blutigen Auseinandersetzungen mit den nach der Enttäuschung des 13. August kaum noch zu bändigenden Nationalsozialisten. In Breslau fielen hunderte von Mit-

---

89) "Matin" zit. nach: St. 14/39/2.10.1932; dort weitere ausländische Pressestimmen.

90) Duesterberg, aaO, S. 34 f.

91) Zitate aus: Hannoverscher Stahlhelm, Jg. 6, Nr. 28 vom 18.9.1932; St., Monat September und Oktober 1932, passim; VB 45/289/15.10.1932.

gliedern der NSDAP mit dem Ruf "Stahlhelmschweine, Papenhalunken, Stahlhelm verrecke" über 25 Stahlhelmer her, schlugen sie nieder und misshandelten sie in viehischer Weise. In Hamburg wurde bei einem Feuerüberfall der SS der stellvertretende Gauführer des Bundes schwer verletzt; in Braunschweig beschoss die SA einen Fackelzug des Stahlhelm.

Unter dem Eindruck dieser Vorfälle mussten die Stahlhelmer, zumindest in den betroffenen Gauen, das wahre Gesicht des Nationalsozialismus nun erkennen, dessen Wachstum sie freilich nach Kräften gefördert hatten, wie man jetzt selbst resignierend eingestand, so in einem Aufruf des Landesverbands Braunschweig: "14 Jahre lang hat der Stahlhelm zäh und unbeirrt nationalistische Aufklärungsarbeit geleistet, Jugend zum Soldatentum erzogen und war auch lange ein Schützer der damals verbündeten SA des Nationalsozialismus Gestern Abend haben wir die Quittung empfangen."[92] Man musste jetzt zugeben, dass sich die Kommunisten und das Reichsbanner in zwölf Jahren nie so benommen hätten wie "das nationalsozialistische Verbrechergesindel".

Jetzt endlich wagte die Bundesführung, eine deutliche Frontstellung zur NSDAP zu beziehen und dem weiteren Vordringen des Nationalsozialismus im Bunde Einhalt zu gebieten. In der Stahlhelm-Presse wurde der Terror der "braunen Wegelagerer" gross herausgestellt und das unenrliche Spiel Hitlers mit seinen "Partnern" seit der Harzburger Tagung anhand von Dokumenten nachgewiesen, eine von den Nationalsozialisten geforderte Unterstellung des Bundes unter Hitler mit Entschiedenheit abgelehnt: "Der Stahlhelm wird auch künftig seinen Weg marschieren, wo e r will, unter eigenen

92) St. 14/40/9.10.1932. Als die Bundesführer wegen des nationalsozialistischen Terrors bei Hitler protestierten, erwiderte Hess scheinheilig, ihm sei von einer Hetze gegen den Stahlhelm nichts bekannt (St. 14/42/23.10.1932).

Fahnen und e i g e n e r Führung."[93]

Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist freilich auch jetzt nicht erfolgt; sie war im Grunde bei dem sich in Ressentiments gegen "Weimar" und "Versailles" erschöpfenden "Stahlhelm-Programm" und der Vieldeutigkeit des nationalsozialistischen Parteiprogramms auch schlechterdings unmöglich. Die Stahlhelm-Führung bekannte sich zwar nach 1930 zum berufsständisch gegliederten Staat, aber auch in der NSDAP gab es Gruppen, die den berufsständischen Gedanken propagierten. Ebenso erwies sich eine Auseinandersetzung mit dem "Sozialismus" der Partei als schwierig: Hatte man doch vielfach im Bunde selbst von einem, allerdings ebenso verschwommenen "Frontsozialismus" oder "Stahlhelmsozialismus" geschwärmt. Nicht einfach war es auch, dem einfachen Stahlhelmer die Unterschiede zwischen einer Parteidiktatur und einer vom Stahlhelm geforderten "Diktatur auf Zeit", getragen von der gesamten "nationalen Bewegung", klarzumachen.

Die Diskussion beschränkte sich denn auch hauptsächlich auf die einzuschlagende Taktik zur Verwirklichung des "Dritten Reiches". Dabei bekannte sich der Stahlhelm bei neuerlicher Betonung elitärer Prinzipien zur Errichtung des autoritären Staates durch eine "Revolution von oben" bei völliger Ausschaltung des Parlamentarismus und verdächtigte die Nationalsozialisten der Wiederherstellung des "Systems", als sich diese parlamentarisch gebärdeten und Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum führten. Man beklagte, dass die NSDAP dem "Massenwahn des Demokratismus" verfallen wäre, warf der Partei Verrat ihrer antiparlamentarischen Prinzipien vor und glaubte prophezeien zu können, dass Hitler mit dieser "legalen Taktik"scheitern, die "demo-

93)St. 14/36/11.9.1932. Einzelne Nummern der Bundeszeitung Ende September und Anfang Oktober waren fast ausschliesslich der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten gewidmet, über deren Überfälle ausführlich berichtet wurde.

kratische Rechnung von den 51 %" nicht aufgehen werde.[94]

Im Stahlhelm herrschte denn Genugtuung, als sich nach den Misserfolgen im Herbst 1932 besonders in der SA Zweifel am Erfolg der parlamentarischen Taktik laut wurden.[95] Man hoffte, dass sich die nationalsozialistische Bewegung vom "verhängnisvollen Irrweg .. des Parlamentarismus und Parteibetriebs" abwende und sich wieder zum "Prinzip des Kampfbundes als der zukunfsreicheren Form des politischen Deutschlands" bekenne, mit der sich "ganz andere Möglichkeiten der kameradschaftlichen Zusammenarbeit" ergeben würden als "mit der notwendigerweise von Demagogen geführten Partei."[96] Manche Kreise im Stahlhelm spekulierten auf eine Trennung der SA als dem "soldatischen Kern des Nationalsozialismus" von der Parteiorganisation und hofften auf eine "Volksfront ausserparlamentarischer Kräfte" als Machtgrundlage einer "autoritären Staatsführung."[97]

Derlei Absichten werden in einem, in der Bundeszeitung veröffentlichten Aufruf an die SA deutlich: Die "Kameraden des deutschen Freiheitskampfes" wurden aufgefordert, den Einfluss der "Parteibuchbeamten und Agitatoren" zu brechen und den "Schwarm der Konjunkturjäger" aus der Partei zu verjagen: "Ihr Soldaten dürft nicht dulden, dass der Sinn Eures Kampfes durch Postenjäger und Heimkrieger, durch Parteihetze und

---

94) St. 14/42/23.10.1932.

95) Vgl. dazu Bennecke, aaO, S. 208, jetzt auch Werner, aaO, S.584 ff.

96) Kampfbund, nicht Partei. Ein SA-Führer mahnt zur Besinnung und Umkehr in: St. 15/1/2/8.1.1933. Anlass zu diesem Artikel war ein Beitrag eines SA-Führers in der Täglichen Rundschau.

Wie es um die "Möglichkeiten der kameradschaftlichen Zusammenarbeit" in der Wirklichkeit aussah, wird aus der gleichen Nummer (!) ersichtlich: "Furchtbare Bluttat. SA-Mann erschlägt Stahlhelm-Kameraden".

97) Eine "bündische Front" wurde in der antidemokratischen Publizistik im Jahre 1932 häufig propagiert, vor allem auch vom "Tat-Kreis", dazu beispielsweise: H. Zehrer, Das Ende der Parteien in: "Die Tat", Jg. 24, H. 1, S. 68 ff.; vgl. dazu auch Hornung, aaO, S. 124 f.

Demagogen verfälscht wird. Jagt die Leute, die sich in Eurer Bürokratie breitgemacht haben, zum Haus hinaus und sorgt dafür, dass die NSDAP wieder die anständige, soldatische Kampfbewegung für Deutschland wird, wie einst, mit der Schulter an Schulter zu kämpfen eine Freude war."[98]

Diese Äusserungen sind nicht nur ein Beleg für die Verkennung der SA, sie zeigen auch, dass trotz nationalsozialistischer Übergriffe zumindest in Teilen des Stahlhelm weiterhin eine latente Sympathie für die NSDAP vorhanden war, von der nun einmal die SA nicht zu trennen war. Man wird deshalb den Erfolg der von der Bundesführung ausgehenden antinationalsozialistischen Aufklärung in der Mitgliederschaft nicht allzu hoch einschätzen dürfen. Dasselbe gilt von der Wahlparole für die Reichstagswahlen im November, die praktisch auf eine Unterstützung der DNVP hinauslief, wenngleich die Partei nicht namentlich genannt war.[99] Zwar standen in den meisten Gauen im Herbst 1932 Stahlhelm und SA feindlich gegenüber,[100] und der Anteil der nationalsozialistischen Stimmen dürfte - entsprechend der allgemeinen Tendenz - im Stahlhelm zurückgegangen sein, es gab aber auch Landesverbände, deren Mitglieder unter Berufung auf die "Überparteilichkeit" des Bundes das Recht beanspruchten, nationalsozialistisch wählen zu dürfen. Es war anzunehmen, dass bei einer Änderung der nationalsozialistischen Taktik die Sympathie für die NSDAP im Bunde wieder zunahm.[101]

Unter diesen Aspekten scheint es völlig ausgeschlossen, dass der Stahlhelm als Gesamtorganisation im Falle eines Bürgerkriegs gegen die SA einsetzbar gewesen wäre, eine Frage, die

---

98) Kleinau, Nationalsozialismus, erwache! Soldat oder Demokrat. Offenes Wort an die anständigen Nationalsozialisten in: St. 11/42/23.10.1932.

99) St. 14/40/9.10.1932.

100) Bennecke, aaO, S. 204;

101) Kennzeichnend dafür ist ein Stimmungsbericht aus dem Gau Hildesheim v.15.10.1932 (BA R 72).Es heisst dort u.a.:"Das Wort 'Überparteilichkeit' bringt in jeder Stahlhelmversammlung Bravorufe hervor. Dies soll die Freude ausdrücken z.T.darüber, dass man die Freiheit hat, nationalsozialistisch zu wählen und die Verbindung mit den Deutschnationalen gelöst ist,z.T.aber auch darüber, dass man mit der Wählerei überhaupt nichts zu tun haben glaubt."

Ende November zur Diskussion stand, als Papen die Suspendierung der Verfassung und die Proklamation des Staatsnotstands beabsichtigte. Gerade die für eine Verstärkung der Reichswehr in Frage kommenden Marschformationen des Bundes - bestehend aus Stahlhelmern bis zum 30. Lebensjahr - waren besonders stark nationalsozialistisch infiziert und wären - wie wohl auch die Reichswehr - nur gegen "links" einsatzfähig gewesen. Die Reichswehrführung hat denn auch die Verwendungsfähigkeit des Stahlhelm bei etwaigen Unruhen eher skeptisch beurteilt.[102)]

---

102) Eine einheitliche Auffassung scheint allerdings in der Reichswehr nicht geherrscht zu haben: Wie Meissner in seinen Erinnerungen berichtet, erklärte Schleicher auf einer Ministerbesprechung am 17.11.1932, der Stahlhelm, der früher als eine Art Reserve der Reichswehr im Falle innerer Unruhen angesehen werden konnte, sei wie die Polizei durch die Nationalsozialisten stark zersetzt. Oberstleutnant Ott, der Leiter des bekannten Planspiels, scheint dagegen etwas optimistischer gewesen zu sein: In einer Vortragsnotiz für Schleicher vom 2.12.1932 glaubte er, das für die Ergänzung der Reichswehr notwendige "Menschenmaterial" "höchstens aus Stahlhelmkreisen" erhalten zu können (O. Meissner, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918-1945, wie ich ihn erlebte. Hamburg 1950, S. 245 f.; Vortragsnotiz Ott als Dokument 38 abgedr. bei Vogelsang, aaO, S. 484 ff.).

Die Reichswehr-Führung sah im Stahlhelm nach wie vor in erster Linie den Wehrverband, den man wie die Truppe selbst nach Möglichkeit nicht in innenpolitische Kämpfe verwickelt sehen wollte, zumal Schleicher eine andere Möglichkeit zur Lösung der Krise sah: die "Gewerkschaftsachse". Die Reichswehr war denn auch gegen zu enge politische Bindungen des Stahlhelm mit Papen, beispielsweise in der Heranziehung des Bundes als Propagandatruppe für das Kabinett (Vogelsang, aaO, S. 285).

Dem Kabinett Schleicher stand der Bund ablehnend gegenüber, weil man einen Rückfall in das "System" befürchtete, wenngleich offenbar der Eintritt Seldtes in das Kabinett erwogen worden war. Auch von einem Kabinett "Strasser, Hugenberg, Seldte, Stegerwald" war die Rede gewesen. (Vogelsang, aaO, S. 365).

Zur Stellung des Stahlhelm zum Kabinett Schleicher: Entschliessung des Bundesvorstands am 3. u. 4.12.1932 (St. 14/49/11.12.1932); weitere Kommentare im Bundesorgan (St. 14/51/25.12.1932, St. 15/1/2/8.1.1933, St. 15/3/15.1.1933, St. 15/4/22.1.1933).

Umso mehr muss es erstaunen, dass Papen im Stahlhelm, dieser - wie er in seinen Memoiren schreibt - "bewährten Organisation", "eine weitere Sicherung gegenüber der NSDAP" sah, als er im Januar 1933 ein Kabinett der "Harzburger Front" unter der Führung Hitlers anstrebte.[103] Der Grund für diese Fehleinschätzung wird wohl darin zu suchen sein, dass Papen glaubte, die nichtnationalsozialistische Gesinnung des höheren Führerkorps ohne weiteres auf die Mitgliederschaft übertragen zu können. Wenn Papen in der zweiten Januarhälfte um den Eintritt des Stahlhelm in ein von Hitler geführtes Kabinett warb, dann geschah dies freilich auch aus taktischen Gründen: Der widerstrebende Hindenburg würde leichter für ein von Hitler geführtes Kabinett zu gewinnen sein, wenn auch die "Kameraden" vom Stahlhelm mitmachen würden.

In der Bundesleitung herrschte über die Absichten Papens geteilte Meinung: Duesterberg, an den sich Papen zuerst wegen der Übernahme eines Ministerpostens gewandt hatte, lehnte nach seinen Erfahrungen seit der Harzburger Tagung eine Mitarbeit ab. Auch führende Funktionäre des Bundesamtes waren gegen einen Eintritt des Stahlhelm in ein von Hitler geführtes Kabinett, nicht dagegen Seldte, dem Papen nach der Absage Duesterbergs ein Ministeramt anbot. Der Erste Bundesführer liess sich sofort und bedingungslos für die von Papen angestrebte Lösung mit Hitler als Reichskanzler einnehmen. Bedenken über die Gefährlichkeit des Experiments scheinen ihm im Gegensatz zu Hugenberg nicht gekommen

---

103) F. von Papen, Der Wahrheit eine Gasse. München 1957, S. 272. Über die Regierungsbildung: Aussagen Duesterberg vom 27.4. 1946 (IfZ, Zeugenschrifttum ZS 1700), übereinstimmend mit seinen Erinnerungen (aaO, S. 37 ff.). Ihm sind verschiedentlich Irrtümer unterlaufen, die von Hiller Frhr. v. Gaertringen berichtigt wurden (Die Deutschnationale Volkspartei in: Matthias u. Morsey, Hrsg., Das Ende der Parteien, S. 567 ff.), ebenso von Schmidt-Hannover (aaO, S. 329, S. 334). - Bracher (Auflösung, S. 714 ff.) und Eyck (aaO, II, S. 581) übernahmen dagegen die unzuverlässigen Zeitangaben von Duesterberg.

zu sein. Hinter dem Rücken von Duesterberg verhandelte er mit den Nationalsozialisten, wahrscheinlich mit Göring, mit dem er anlässlich einer gemeinsamen Reise zu Mussolini im Herbst 1932 - wenn man Seldtes Worten nach der "Machtergreifung" glauben darf - bereits "gewisse Vorbesprechungen für das jetzige Zusammengehen" geführt hatte.[104] Am 27. Januar jedenfalls konnte Göring erklären, dass Seldte "unzweideutig den Führungsanspruch Hitlers" anerkannt habe und sich mit dem Stahlhelm "zur Verfügung" stelle.[105]

Die Haltung Seldtes machte einen freilich kaum mehr zu realisierenden deutschnationalen Plan eines, von allen Parteien unabhängigen, mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Kabinetts unter deutschnationaler Führung und Beteiligung des Stahlhelm vollends illusorisch, zumal auch Papen jetzt nur noch für ein Kabinett unter Hitlers Führung agierte und selbst Hugenberg kaum mehr Widerstand gegen die Konzeption Papens leistete.[106] Die Stahlhelmführer Duesterberg, Wagner und von Egan-Krieger versuchten vergeblich, Seldte von seinem Entschluss abzubringen: Auf der entscheidenden Besprechung am 29. Januar konnten sich aber weder Seldte noch Hugenberg zu einem klaren Nein entschliessen:

---

104) Seldte auf einem Presseempfang am 10.2.1933 (Schulthess, aaO, Jg. 1933, S. 45).

105) Schmidt-Hannover, aaO, 332 (Aufzeichnung Brose). In einer recht diffusen Aussage nach dem Kriege behauptete Seldte, er habe sich erst auf wiederholtes Drängen von Hindenburg bereit erklärt, in das Kabinett Hitler einzutreten, nachdem der ursprünglich vorgesehene Eintritt in das Kabinett Schleicher gescheitert sei. Seldte versucht den Anschein zu erwecken, als sei er als Mitglied der DVP in das Kabinett eingetreten, aus der er schon seit 1927 ausgetreten war. (Vernehmung am 29.10.1946, IfZ, Archiv 1948/56).

106) Schmidt-Hannover, aaO, S. 316; danach war in einem solchen Kabinett der Bundeskanzler des Stahlhelm, S. Wagner, als Arbeitsminister vorgesehen. Vgl. auch Hiller Frh. v. Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei in: Matthias u. Morsey, Das Ende der Parteien, S. 567 ff.; E. v. Kleist-Schmenzin, Die letzte Möglichkeit. Zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 in: Politische Studien, Jg. 10 (1959), S. 89 ff.

Seldte war bereit, das Reichsarbeitsministerium zu übernehmen, Hugenberg die Ministerien für Wirtschaft und Ernährung im Reich und in Preussen. Seldte versprach zwar am Morgen des 30. Januar auf erneute Vorstellungen von Duesterberg und des deutschnationalen Abgeordneten Schmidt-Hannover, "nochmals alles durchzudenken und vor allem Hugenberg in der Forderung zu unterstützen, daß die preussische Polizei nicht der NSDAP ausgeliefert und der Reichstag nicht aufgelöst werden dürfe",[107] aber wenige Stunden später liess er Hugenberg in seinem Widerstand gegen die Reichstagsauflösung allein, obwohl doch der Stahlhelm auch aus verbandsstrukturellen Gründen das grösste Interesse an der Vermeidung von Neuwahlen haben musste.

Für die Entscheidung Seldtes zum Eintritt in das Kabinett dürften zwei Momente ausschlaggebend gewesen sein: einmal der sicher nicht gering zu veranschlagende persönliche Ehrgeiz des seit Jahren mehr oder weniger nur geduldeten Ersten Bundesführers, zum anderen aber doch wohl auch die Tatsache, dass sich erstmals für den Stahlhelm eine reale Chance bot, in einer Regierung vertreten zu sein, wie es wiederholt in letzter Zeit gefordert worden war, immer in der Furcht, als nichtparlamentarische Gruppe der "Nationalen Opposition" beiseitegeschoben zu werden.

Ob Seldte freilich in der Lage war, den Nationalsozialisten Widerstand entgegenzusetzen, musste von vornherein bezweifelt werden. Hatte er sich doch seit Jahren den radikaleren Gruppen in seiner Organisation angepasst,und es war doch wohl kaum anzunehmen, dass er sich im Falle der Nationalsozialisten anders verhalten würde. Wenn man ferner berücksichtigt, dass die Mitgliederschaft des Bundes in einem erheblichen Masse mit der NSDAP sympathisierte, dann konnte der Stahlhelm kaum als wirksames Gegengewicht gegen den Totalitätsanspruch Hitlers angesehen werden.

---

107) Schmidt-Hannover, aaO, S. 338.

XI. Der Marsch ins "Dritte Reich"

Der Stahlhelm als Partner der "nationalen Erhebung" (S. 273) - Seldte als Minister (S. 280) - Zwischen Anpassung und Widerstand (S.287) - Die Selbstgleichschaltung des Bundes durch Seldte (S. 291) - Stufen der Auflösung (S. 299) - Dem Ende entgegen (S. 307)

Als am Abend des 30. Januar 1933 mit den SA-Kolonnen auch 3 000 Stahlhelmer im Fackelzug an Hitler und Hindenburg vorbeimarschierten, war in weiten Kreisen des Stahlhelm der Eindruck vorherrschend, dass mit der Bildung der "Regierung Hitler-Papen-Seldte-Hugenberg" das Ziel erreicht war, das der Stahlhelm - wie Duesterberg sagte -"seit seiner Gründung 14 Jahre lang verfolgt" hatte.[1] Seldte versicherte bereits in der Kabinettssitzung am Nachmittag des 30. Januar, in den Reihen des Stahlhelm herrsche "Jubel über die Bildung der jetzigen Regierung" und die Zwistigkeiten zwischen Stahlhelm und den SA seien nicht mehr vorhanden.[2] Und in einem Kommentar der Bundeszeitung hiess es überschwenglich: "Es geht ein Aufatmen durch das deutsche Volk! Allüberall im deutschen Land marschieren im gleichen Schritt und Tritt Stahlhelm und SA zu gemeinsamem Kampf auf, und mit ihnen zieht der beste Teil des deutschen Volkes, einig im Willen zum gleichen Ziel - zu einem Deutschland hoch in Ehren! .. Mit ehrlicher Freude begrüssen wir die Kameraden von der SA und SS als Genossen des gemeinsamen Kampfes, und wir wissen, dass das 'Heil Stahlhelm', das von ihrer Seite unseren Marschkolonnen in diesen historischen Tagen überall entgegenschallte, gleichfalls aus einem ehrlichen Herzen kam. Wir Soldaten des deutschen Freiheitskampfes gehören zusammen und wollen fortan zusammen marschieren, kämpfen und siegen."[3]

---

1) Duesterberg am 8.2.1933 vor der Ortsgruppe Oebisfelde (St.15/6/12/2.1933). Die Teilnahme des Stahlhelm am Fackelzug erfolgte auf ausdrücklichen Wunsch Hindenburgs (W. Görlitz, Hindenburg. Ein Lebensbild. Bonn 1953, S. 409).

2) Kabinettsprotokolle, Sitzung vom 30.1.1933 (BA R 43 I/1459).

3) St. 15/6/5.2.1933.

In diesen Siegestaumel des 30. Januar mischten sich jedoch bald sorgenvolle Betrachtungen über die weitere Entwicklung. Während Seldte voll Optimismus von der ehrlichen, loyalen und fruchtbaren Zusammenarbeit "mit den anderen Mitgliedern des Kabinetts" sprach, wussten die Stahlhelm-Führerbriefe bald von "Spannungen" in der neuen "Regierungsgemeinschaft" zu berichten, die sowohl auf die "Verschiedenheit der Anschauungen und Charaktere" als auch auf die "unvermeidlichen Ressortschwierigkeiten" zurückgehen würden. Diese Meinungsverschiedenheiten im Kabinett wurden bereits im Februar als so ernst angesehen, dass sogar Zweifel am "Bestand der nationalen Regierung" laut wurden.[4)]

Die grösste Ernüchterung war allerdings die Ausschreibung von Neuwahlen, die vom Stahlhelm als "sachlich unnötig und überflüssig" entschieden abgelehnt wurden,[5)] ohne dass jedoch Seldte - im Gegensatz zu Hugenberg - der nationalsozialistischen Forderung weder vor der Regierungsbildung noch in der ersten Kabinettssitzung sichtbaren Widerstand geleistet hätte. Mehr noch als die Deutschnationalen musste der Stahlhelm als nichtparlamentarische Organisation befürchten, nach einem nationalsozialistischen Wahlsieg ausgeschaltet zu werden. Umsomehr suchten die Stahlhelmführer Hitler auf sein Ehrenwort festzulegen, dass die Regierung ungeachtet des Wahlausgangs in der jetzigen Zusammensetzung bleiben werde. Duesterberg, Zeuge der Szene am 30. Januar und nicht zur Geheimhaltung verpflichtet, glaubte auf einer Führertagung in Oldenburg versichern zu können, dass ein Zweifel an den Worten Hitlers unberechtigt sei.[6)]

---

4) Seldte in einem Interview (St. 15/6/5.2.1933); (Stahlhelm-) Führerbriefe, Jg. 3, Nr. 7 vom 21.2.1933.

5) Beispielsweise im Bundesorgan (St. 15/7/12.2.1933); auch in verschiedenen Reden Duesterbergs.

6) St. 15/10/5.3.1933.

Wie aber sollte der Stahlhelm überhaupt bei den März-Wahlen eingreifen? Aus verständlichen Gründen hätte die Bundesführung eine Einheitsliste der beiden "nationalen" Parteien vorgezogen, ein - wie man sich ausdrückte - "ganzes alle wahrhaften und wehrhaften Deutschen umfassendes Harzburg".[7] Die Nationalsozialisten lehnten selbstverständlich ab, aber auch der Versuch einer, vor allem auch von Papen betriebenen Sammlung aller Kräfte zwischen Zentrum und NSDAP scheiterte am Starrsinn Hugenbergs, aber auch wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit.[8] Das Wahlbündnis mit den Deutschnationalen in Form der Kampffront Schwarz-Weiss-Rot mit den Spitzenkandidaten Papen, Seldte und Hugenberg erwies sich als ebenso verhängnisvoll, wie es das Abkommen anlässlich der Reichspräsidentenwahl gewesen war.

Bestand auch bei der Mehrheit der Stahlhelmführer kein Zweifel an der Gefährlichkeit des Nationalsozialismus, so war es auf der anderen Seite jetzt noch schwieriger, die teilweise mit der NSDAP sympathisierende Gefolgschaft von der Notwendigkeit eines Gegengewichts zu überzeugen, zumal man die "gleiche Grundeinstellung" der die Regierung tragenden "nationalen" Gruppen betonen zu müssen glaubte.[9] Wenn die Stahlhelmführer vom "Ernst der politischen Lage" sprachen oder vor einem "Rückfall in Parteiherrschaft" warnten,[10] so konnten sie zwar die Gefahr andeuten, sie vermochten aber nicht,die Gesamtheit des Bundes für die "Kampffront" zu gewinnen.

Die Situation wurde noch prekärer, als der deutschnationale Charakter der "Kampffront" im Verlauf des Wahlkampfes immer offener in Erscheinung trat. Das Propagandamaterial wurde meist unverändert von der DNVP übernommen und anstelle des Parteinamens "Kampffront Schwarz-Weiss-Rot" die Namen

---

7) Der Sinn der Märzwahlen in: Der Ortsgruppenführer, Jg.1933, Nr.2 vom 24.2.1933.
8) Papen, aaO, S. 298 ff.; vgl. für hier und das folgende: Hiller Frh.v. Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei in: Matthias u. Morsey, Das Ende der Parteien, S. 581 ff.
9) So Seldte auf einem Presseempfang (St. 15/8/19.2.1933).
10) Beispielsweise in einem Aufruf der Bundesführer zur Märzwahl (St. 15/8/19.2.1933) und in verschiedenen Kommentaren der Bundeszeitung.

Seldte und Papen eingefügt, oft auch nur im Klammer hinzugesetzt. Bei der Aufstellung der Wahlkreisvorschläge widersetzte sich die deutschnationale Parteibürokratie - nach Meinung der Bundeszeitung nach den Wahlen - "in milde gesagt unbegreiflicher Schwerfälligkeit jeder Zuführung frischen Blutes und jungen Gedankenguts."[11)]

Trotzdem war man im Stahlhelm begreiflicherweise bestrebt, den deutschnationalen Charakter der Kampffront Schwarz-Weiss-Rot zu kaschieren. So suchte man durch Schlagzeilen wie "Die Front wird breiter" die "grundsätzliche Überparteilichkeit" der "Kampffront" herauszustellen und den Eindruck zu erwecken, als sei "die seit einem Jahrzehnt ersehnte und erstrebte Kampfgemeinschaft aller wahrhaft konservativen nationalen Kräfte ... endlich Wirklichkeit" geworden.[12)] Das Wahlbündnis mit den Deutschnationalen wurde damit gerechtfertigt, dass es sich bei den März-Wahlen nicht um übliche Parlamentswahlen handele, diese vielmehr den "Sinn eines Volksentscheids für oder gegen die nationale Regierung" hätten.[13)] Es gehe nicht darum, erläuterte die Bundeszeitung, "eine Anzahl von Abgeordneten bestimmter Parteien zu parlamentarischer Arbeit ins Parlament zu entsenden", sondern "zu bestimmten politischen Führern ein Bekenntnis abzulegen, und letzten Endes für die ganze Reichsregierung in ihrer heutigen Zusammensetzung." Die Prozentzahlen des Wahlergebnisses seien für den weiteren Verlauf der Dinge völlig gleichgültig. Ab 6. März müsse autoritär regiert werden und zwar von der Regierung, die Hindenburg am 30. Januar berufen habe. Und ab 13. März, dem Tag nach den Kommunalwahlen, müsse das Wahlgeschäft endgültig und völlig aufgegeben werden."[14)]

---

11) Kleinau in: St. 15/11/12.3.1933.

12) St. 15/8/19.2.1933. Das Unbehagen am deutschnationalen Charakter der Wahlpropaganda kommt in den Führer-Briefen (Jg. 3, Nr.6 vom 14.2.1933 und Nr. 7 vom 21.2.1933), aber auch in Reden Duesterbergs wiederholt zum Ausdruck (St. 15/9/26.2.1933).

13) Aufruf der Bundesführer (St. 15/8/19.2.1933).

14) St. 15/8/19.2.1933; St. 15/7/12.2.1933.

Als auf den Wahllisten des "Kampfblocks" fast nur "verdienstvolle Abgeordnete" der DNVP standen, nahmen die Bemühungen des Stahlhelm geradezu groteske Formen an, um die Mitglieder für den "Kampfblock" zu gewinnen: "Jede Stimme, die in irgendeinem Wahlkreis für die Liste abgegeben wird, gilt nicht den Kandidaten 1 - 17, die auf dem Wahlkreisvorschlag dieser Liste stehen ..., sondern jede Stimme, die ein Stahlhelmkamerad abgibt, gilt ihrem politischen Sinn nach allein dem 1. Bundesführer Franz Seldte, der zusammen mit dem Vizekanzler von Papen die Reichsliste des Kampfblocks Schwarz-Weiss-Rot anführt, und dessen Namen unsichtbar auch an der Spitze aller anderen Listen mit der Nr. 5 steht."[15)]

Eine solche Argumentation konnte freilich in der Mitgliederschaft kaum mehr überzeugen, wie auch der Appell zur Disziplin und zur Treue zu Seldte in den Untergliederungen des Bundes jetzt erfolglos blieb: Stahlhelm-Formationen marschierten mit ihren "Kameraden" von der SA auf nationalsozialistischen Kundgebungen auf; Unterführer des Bundes empfahlen in Aufrufen ausser den Listen des "Kampfblocks" ausdrücklich die Wahl der Nationalsozialisten. Man wird annehmen dürfen, dass ein hoher Prozentsatz, möglicherweise über die Hälfte, der Gefolgschaft am 5. März nationalsozialistisch gewählt hat.[16)]

Dieses Versagen des Bundes als Partner des Kampfblocks Schwarz-Weiss-Rot hielt jedoch die Bundeszeitung nicht ab, den "Stahlhelm-Kameraden" "vorbildliche Disziplin" und "politische Einsicht" zu bescheinigen und den Deutschnationalen die Schuld über den geringen Erfolg der "Kampffront" in die Schuhe zu schieben: "Ohne einen Schnaps trinken zu können - der am Wahltag verboten war - haben sie in vielen Wahl-

15) St. 15/10/5.3.1933.

16) Steiss (Hrsg.), aaO, S. 166 (mit Abdruck eines Aufrufs des Kreisführers von Weingarten/Württ.; Zeitungsausschnitt vom 14.3.1933, (ohne Titelangabe, BA R 72/2); Roloff, Bürgertum, S. 137; Papen, aaO, S. 299; Görlitz, Hindenburg, S. 410.

kreisen mit zusammengebissenen Zähnen ihre Stimme abgegeben für eine Liste, auf der sie keinen einzigen Namen sahen, dessen Träger ihrem Fühlen und ihrer Haltung innerlich verwandt gewesen wäre. Sie haben es getan als Bekenntnis zu Franz Seldte, dessen Name in einsamer Höhe an der Spitze der Reichswahlliste stand. Und sie haben es getan, weil sie politisch reif genug waren, um zu wissen, dass es für den Sieg der gesamtnationalen Front gerade auf dem Flügel der Kampffront Schwarz-Weiss-Rot das entscheidende Ringen durchgeführt werden müsste".[17]

Mit diesem Artikel - von den Deutschnationalen mit Recht als "grobe Taktlosigkeit" und "Brunnenvergiftung" bezeichnet, die nur "anderen politischen Faktoren" zugutekomme [18] - begann nun auch von der Seite der Bundesleitung der Abmarsch zu den stärkeren Bataillonen, den die Gefolgschaft - wie die Wahlen noch einmal bewiesen - freilich schon längst angetreten hatte. Der Plan eines nicht parteigebundenen "Gegenblocks" "aller christlich-konservativen Kräfte" unter massgeblicher Beteiligung des Stahlhelm, wie er immer noch in manchen Köpfen spu-kte, musste nun endgültig zu Grabe getragen werden.[19]

Der Einbruch der Nationalsozialisten in die Stahlhelm-Mitgliederschaft war allerdings nicht so "plötzlich" und nicht erst mit den Wahlen vom 5. März erfolgt, wie es Papen in seinen Erinnerungen glauben machen will und womit er das Scheitern seiner "Aufgabe schon im Beginn" begründet.[20]

---

17) Kleinau in: St. 15/11/12.3.1933.

18) Der nationale Wille, Jg. 11 (1933), Nr. 12, S. 159 ff. Seldte und Papen traten der deutschnationalen Reichstagsfraktion lediglich als Hospitanten bei.

19) Zu den Bemühungen eines "Gegenblocks", der auch nach den Wahlen bestehen bleiben sollte: Papen, aaO, S. 299 und S. 305; von Stahlhelm-Seite: Aufrufe des Hauptbüros für die Kampffront Schwarz-Weiss-Rot (IfZ, MA 131, T 81, R Folder 14, Mikrofilm).

20) Papen, aaO, S. 329. Auch die nationalsozialistischen Angriffe gegen Duesterberg wegen seiner nichtarischen Abstimmung begannen - wie aufgezeigt - nicht erst im März 1933, wie Papen zu glauben vorgibt (Papen, aaO, S. 328).

Hatten nicht die Reichspräsidentenwahlen vor einem Jahr die auch in der Presse diskutierte nationalsozialistische Infiltration des Stahlhelm gezeigt, und hatte nicht die Reichswehrführung Ende November 1932 ausdrücklich auf den zweifelhaften Wert des Stahlhelm im Einsatz gegen "rechts" hingewiesen? Man wird Papen auch im Falle des Stahlhelm nicht den Vorwurf der Leichtfertigkeit ersparen können, als er sich im Januar um die Unterstützung "dieser bewährten Organisation" als "Sicherung gegenüber der NSDAP" bemühte.

Gibt Papen immerhin das Versagen des Stahlhelm bei den Wahlen zu, so sucht Duesterberg in seinen Erinnerungen den Eindruck zu erwecken, als habe der Bund noch ein ernstzunehmenden Faktor gegen die NSDAP dargestellt, wenn er z. B. behauptet, der Aufmarsch von 30 000 Stahlhelmern am Wahltag habe eine "Nacht der langen Messer" verhindert. Abgesehen davon, dass eine solche Aktion offenbar nicht vorgesehen war, wären die Stahlhelmer wohl auch kaum bereit gewesen, ihre "Kameraden" von der SA an etwaigen Ausschreitungen zu hindern. Wenn Duesterberg Zweifel an der Zuverlässigkeit der Polizei und Reichswehr äussert, so sind diese Zweifel über die Einsatzfähigkeit des Stahlhelm zumindest ebenso berechtigt, denn wie Papen schreibt, hatten gerade die in Berlin aufmarschierten Stahlhelmer in ihrer Mehrheit nationalsozialistisch gewählt.[21)]

Die enge Zusammenarbeit zwischen der "grauen und braunen Bewegung" wurde gerade in den Tagen nach dem 5. März erneut demonstriert, als der Stahlhelm mithalf, ein "falsches System niederzuringen" und "überall im Lande die Siegeszeichen der Revolution" zu errichten, wie es in Berichten "vom Kampffeld

---

21) Duesterberg, aaO, S. 47 ff.; Papen, aaO, S. 299. Zu dem Grossaufmarsch waren auch Papen, Seldte und Duesterberg erschienen, der - kurz vorher von Hindenburg empfangen - eine Grussbotschaft des Reichspräsidenten an den Stahlhelm verlas. Auch im übrigen Reich war wegen "gewisser Vorbereitungen auf linksradikaler Seite" am 5. März Alarmbereitschaft angeordnet worden.

der nationalen Revolution" hiess. Gemeinsam mit SA und SS demonstrierten Stahlhelm-Einheiten für die Absetzung der Landesregierungen und Kommunalverwaltungen und halfen, wie man sich ausdrückte, dort "sanft nach", "wo man den neuen Zug der Zeit mit roten Hirnen nicht so schnell erfassen konnte".[22]

Wenn der Stahlhelm an diesen Aktionen mit erheblichem Eifer sich beteiligte, dann freilich nicht nur um ein "falsches System" niederzuringen, sondern auch um "dabei" zu sein, um von den Nationalsozialisten nicht völlig überrollt zu werden, als nach dem 5. März die "nationale Erhebung" immer mehr den Charakter einer nationalsozialistischen "Revolution" annahm. So bemühte sich der Stahlhelm darum, dass beim Flaggenwechsel auf den öffentlichen Gebäuden die schwarz-weiss-rote Fahne "überall zumindest paritätisch" mit dem Hakenkreuzbanner gesetzt wurde. Bei der Aufstellung der Hilfspolizei verlangte der Stahlhelm "mindestens" die gleiche Berücksichtigung wie die SA, musste sich aber mit einem Verhältnis 1 : 5 begnügen.[23]

Anlass zur Besorgnis gab auch die Entwicklung im Bereich des von Seldte übernommenen Arbeitsministeriums. Seldte hatte sich im Stahlhelm erhebliche Verdienste um die sozialen Einrichtungen des Bundes erworben, die allgemein anerkannt wurden. Aus diesem Grunde schien die Besetzung des Ministeriums durch den Ersten Bundesführer - nach Papens Worten - "auch qualitativ berechtigt".[24] Man wird Seldte jedoch nicht als "bürgerlichen Fachminister" bezeichnen

---

22) Zitate aus Berichten in: St. 15/12/19.3.1933, St. 15/11/12.3. 1933. Über Teilnahme des Stahlhelm an den Aktionen nach dem 5. März 1933: Keesings Archiv der Gegenwart, Wien, Jg. 1933, S. 730; in Braunschweig: Roloff, Bürgertum, S. 147; in Württemberg: Steiss (Hrsg.), aaO, S. 45 ff.

23) Zitate aus Bundesverfügungen vom 8.3.1933 und 7.3.1933 (BA R 72/6); Keesings Archiv 1933, S. 712.

24) Papen, aaO, S. 272; über Seldte als Minister: Lutz Graf Schwerin v. Krosigk, Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts, Tübingen u. Stuttgart 1951, S. 181; H.B. Gisevius, Bis zum bitteren Ende, Zürich 1946, S. 84.

können. Es fehlte ihm nicht nur die Sachkenntnis, er zeigte auch wenig Interesse an seiner ministeriellen Tätigkeit und hat daraus offenbar nie ein Hehl gemacht. Vom inneren Ernst und Eifer, mit dem Hugenberg als altpreussischer Beamter seine Arbeit aufnahm, war bei Seldte wenig zu spüren. Er war froh, dass ihm bewährte Mitarbeiter zur Verfügung standen, die er auf ihren Posten beliess.

Seldte und dem Stahlhelm ging es allerdings bei der Übernahme des Postens auch gar nicht um den engeren Bereich des Arbeitsministeriums, sondern um die "vorläufig noch keimhaften Zweige" dieses Ressorts: um den Freiwilligen Arbeitsdienst und um die Jugendertüchtigung.[25] Bezeichnenderweise sprach man im Stahlhelm stets vom Reichsminister für Arbeit und Jugendertüchtigung. Hier wie im Freiwilligen Arbeitsdienst verfügte der Bund zweifellos über grosse Erfahrungen und glaubte deshalb,zumindest Gleichberechtigung, nicht nur im Reich, sondern auch in den Ländern beanspruchen zu dürfen. Die Absichten Seldtes liefen denn darauf hinaus, den Freiwilligen Arbeitsdienst und die Jugendertüchtigung als besondere Abteilungen dem Arbeitsministerium anzugliedern und sie so unter seine Kontrolle zu bringen.

Für kurze Zeit schien es auch so, als würde es dem Stahlhelm gelingen, die gesamte vormilitärische Ausbildung in seine Hände zu bekommen. Der Bund konnte sich dabei anfänglich der Unterstützung der Reichswehr sicher sein: Der neue Reichswehrminister Blomberg bezeichnete Anfang Februar Seldte als den"geeigneten Mann", der "im Verein mit uns Soldaten"die Wehrhaftmachung des Volkes bewerkstelligen könne.[26] Auch

---

25) (Stahlhelm-) Führer-Briefe, Jg. 3, Nr. 6 vom 14.2.1933. Bezeichnend sind die Äusserungen Seldtes im Berliner Sportpalast: "Ich selbst habe ausser der gewünschten Tätigkeit für Jugendertüchtigung und Freiwilligen Arbeitsdienst auch das Reichsarbeitsministerium übernommen." (St. 15/8/19.2.1933).

26) Bracher, Sauer u. Schulz, aaO, S. 726.

gelang es dem Bund zunächst, die führenden Positionen zu besetzen: Seldte wurde Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, nach dem Tode Edwin von Stülpnagels Vorsitzender des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung, der Stahlhelm-Landesführer von Neufville geschäftsführender Präsident dieser Institution.[27]

Es zeigte sich jedoch bald, dass die Nationalsozialisten selbstverständlich nicht bereit waren, dem Stahlhelm den Arbeitsdienst oder gar die Jugendertüchtigung zu überlassen. Die ersten Differenzen ergaben sich schon vor dem 5. März bei der Besetzung eines Staatssekretärsposten für den Freiwilligen Arbeitsdienst, den die Nationalsozialisten für Konstantin Hierl beanspruchten, während der Stahlhelm seinen Landesführer Mahnken nominierte. Die Taktik der Nationalsozialisten, die sachlichen und personellen Entscheidungen bis nach den Wahlen zu verschieben, wurden im Bund mit wachsender Sorge verfolgt: "Es ist ein unhaltbarer Zustand," hiess es in den Führerbriefen im Februar, "dass jetzt kostbare Wochen für den Neuaufbau des FAD verloren gehen, nur weil das Kabinett bzw. einzelne Persönlichkeiten desselben aus irgendwelchen Gründen nicht dazu kommen, einen Entschluss zu fassen."[28]

Seldte hat dem nationalsozialistischen Druck nur geringen Widerstand entgegengesetzt. Offenbar schon bald von der Person Hitlers fasziniert, äusserte er ~~sich~~ in den Kabinettssitzungen selten seine Ansicht und liess, wie die Mehrheit seiner "bürgerlichen" Kollegen, Hugenberg in seiner opposi-

---

27) St. 15/13/26.3.1933; Bracher, Sauer u. Schulz, aaO, S. 726. Seldte hatte schon in der zweiten Sitzung des Kabinetts am 2.2.1933 Ansprüche auf den Posten des Reichskommissars für den FAD angemeldet (Kabinettsprotokolle, BA R 43 I/1459)

28) (Stahlhelm-) Führer-Briefe, Jg. 3, Nr. 7 vom 21.2.1933.

tionellen Haltung allein.[29] Dabei mochte Seldte bald das Gefühl haben, auf verlorenem Posten zu stehen, als sich in der Frage der Jugendertüchtigung bald nach dem 5. März zeigte, dass die Reichswehrführung sich mit der SA zu arrangieren suchte. Schon am 9. März prophezeite ein Berichterstatter, dass Seldte auf dem neuen Arbeitsministerium, das er eigentlich gar nicht gewollt habe, sitzen bleibe, dagegen die Jugendertüchtigung und der Arbeitsdienst in die Hände der NSDAP übergingen.[30]

Bedrohlicher noch war die Situation der Stahlhelm-Organisation im Lande, die sich jetzt einem verstärkten Druck der NSDAP ausgesetzt sah. Wenige Tage nach dem spektakulären "Tag von Potsdam" trat ein Ereignis ein, das über die nationalsozialistischen Pläne gegenüber ihren "nationalen Partnern" keinen Zweifel mehr liess: Am 27. März löste der braunschweigische Innenminister Klagges den dortigen Landesverband des Stahlhelm auf. Der Minister begründete das Verbot mit der Unterwanderung des Bundes durch Marxisten, ein Vorwand, mit dem bald auch andere "nationale" Organisationen verboten werden sollten. Der Stahlhelm habe, hiess es in der Erklärung, "im ganzen Lande Braunschweig in Massen Mitglieder marxistischer Organisationen" aufgenommen. Ganze Ortsgruppen des Reichsbanners und der SPD seien auf Grund von Verhandlungen und Verabredungen geschlossen übergetreten. Der Weiterbestand dieser "nunmehr vorwiegend marxistischen Organisation" hätte eine "schwere Gefahr für den Erfolg der nationalen Erhebung" bedeutet.[31]

---

29) Kabinettsprotokolle vom 30.1.1933 bis 31.3.1933 (BA R 43 I/1459); Papen, aaO, S. 326; vgl. auch: Hiller Frh. v. Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei in: Matthias u. Morsey, Das Ende der Parteien, S. 583 ff.

30) Dienatag-Bericht vom 9.3.1933 zit. nach Bracher, Sauer u.Schulz, aaO, S. 726, Anm. 137. - Der Versuch, bei der "Gleichschaltung" der Länder die Arbeitsressorts in den Länderregierungen in die Hand zu bekommen, scheiterte, mit Ausnahme Hamburgs, wo zwei "Stahlhelm-Senatoren" in die Regierung einzogen.

31) Schulthess, aaO, Jg. 1933, S. 79 f.; Pressemeldungen abgedr. bei Duesterberg, aaO, S. 132 ff.

Selbstverständlich konnte von konterrevolutionären Plänen des Bundes oder gar von einem "Stahlhelm-Putsch", wie die nationalsozialistische Presse behauptete, nicht die Rede sein. Richtig war, dass nach der "Machtergreifung" und besonders nach den Märzwahlen ein ungeheurer Zustrom zum Bund einsetzte und dass darunter auch "Marxisten" waren, vor allem aus dem bereits in einigen Ländern verbotenen Reichsbanner, die durch den Eintritt in den Bund Schutz vor nationalsozialistischen Übergriffen und Sicherung ihres Arbeitsplatzes erhofften. Hier und da mochten Reichsbannerkreise auch im Stahlhelm nach der Auflösung ihrer eigenen Organisation die letzte Kräftegruppierung gegen die NSDAP sehen, die sie durch ihren Beitritt "für den Tag der Abrechnung gegen Hitler" stärken wollten.[32)]

Der grössere Zugang dürfte indessen aus dem bürgerlichen Lager gekommen sein. Zahlreiche Beamte, vor allem der Polizei, sowie "Männer der Wirtschaft" traten jetzt dem Bund bei, um ihre einwandfreie "nationale" Gesinnung durch die Stahlhelm-Uniform zu beweisen. In einzelnen Gauen vervierfachte sich die Mitgliederzahl; im Reichsgebiet dürfte der Zugang mehrere hunderttausend Mann betragen haben. Einen gewaltigen Aufschwung erlebten auch die Sonderorganisationen des Bundes, der Stahlhelm-Studentenring Langemarck und die Gewerkschaftsorganisation, die Stahlhelm-Selbsthilfe, die durch eine Verordnung Seldtes Anfang April zusammen mit der NSBO den "Monopolgewerkschaften" gleichgestellt wurde.[33)]

---

32) Hoegner, aaO, S. 364; IMT XXI, S. 131 (Aussage Gruss), abgedr. auch bei Duesterberg, aaO, S. 131, vgl. auch S. 68. Duesterberg spricht von Hunderttausenden ehemaliger Angehöriger des Reichsbanners und des Rotfrontkämpferbunds, die in den Stahlhelm eingetreten seien. Vgl. Matthias, Die Sozaildemokratische Partei Deutschlands in: Matthias u. Morsey, Das Ende der Parteien, S. 172 f.

33) St. 15/15/16.4.1933; Schulthess, aaO, Jg. 1933, S. 80; über die Zunahme der Mitgliederzahl: Duesterberg, aaO, S. 130 ff. (mit Aussagen vor dem IMT; in einzelnen Landesverbänden: Lippelt u. Huckstorf, aaO, S. 137 (Niedersachsen), Steiss (Hrsg.), aaO, S. 48 (Württemberg). Die Stahlhelm-Studentengruppe an der Universität Tübingen wuchs z. B. von 35 auf fast 200 Mann an (Stahlhelm-Student, Jg. 4, 1932/33, Nr. 6/7, S. 178).

Der Zustrom erfolgte freilich nicht von ungefähr: Wiederholt waren die "alten Frontsoldaten des Weltkriegs, mögen sie heute stehen, wo sie wollen", aufgefordert worden, in den Stahlhelm einzutreten.[34] Man darf auch annehmen, dass die Aufnahmebestimmungen und die Prüfung der politischen Zuverlässigkeit nicht so streng gehandhabt wurde, wie nach den Ereignissen in Braunschweig versichert wurde.[35] Die Aufnahme geschlossener Verbände oder gar - wie die Braunschweiger Reichsbanner-Funktionäre wünschten - die Beibehaltung von besonderen Formationen, war allerdings untersagt worden. So waren denn auch in Braunschweig die Angehörigen des früheren Reichsbanners noch nicht in den Stahlhelm aufgenommen, sondern lediglich zu einer Vorbesichtigung bestellt worden, die im übrigen beim stellvertretenden Polizeipräsidenten angemeldet worden war. Trotzdem umzingelten am Abend des 27. März SA- und Polizeiformationen die als Stahlhelm-Kaserne dienende Ortskrankenkasse, entwaffneten die Stahlhelm-Hilfspolizei und verhafteten 1350 Personen, darunter die Stahlhelmführer sowie angeblich 1150 "Marxisten", die teilweise schwer misshandelt wurden.[36]

Das Stahlhelm-Verbot in Braunschweig kann als Auftakt zur endgültigen Ausschaltung der "nationalen Partner" gelten, auch wenn Klagges nach einer Intervention von Göring und Seldte, der eine disziplinarische Erledigung der Angelegenheit zugesichert hatte, das Verbot mit Wirkung vom 1. April wieder aufhob. Das Verhalten des Ersten Bundesführers war allerdings wenig dazu angetan, die Sorgen in weiten Stahlhelm-Kreisen über die weitere Entwicklung des Bundes zu zerstreuen. Zwar bezeichnete er das Verbot des Landesverbandes

---

34) Duesterberg auf einer Führertagung des Landesverbands Oldenburg-Ostfriesland (St. 15/10/5.3.1933), aber auch in anderen Reden.

35) Beispielsweise ein Artikel: So wird gesiebt. Ein Aufnahmeabend im Landesverband Schlesien (St. 15/15/9.4.1933).

36) Zu dem Verbot in Braunschweig: Die Braunschweiger Vorgänge. Ein Tatsachenbericht - zur Steuer der Wahrheit in: St. 15/16/16.4.1933 ;BA R 72/2 (mit Presseberichten); Roloff, Bürgertum, S. 148 ff.

"nach der Sachlage" als "nicht gerchtfertigt" und nannte die Massnahmen von Landesregierungen oder nachgeordneten Behörden gegen Teile eines Bundes, dessen 1. Führer in der Reichsregierung sitze,"als völlig unmöglich", gleichzeitig warf er jedoch seinen braunschweigischen Führern vor, sie hätten "fehlerhaft und politisch falsch" gehandelt und erkannte die "polizeilichen Massnahmen" als "berechtigt" an.[37)]

Seldte erging sich darüberhinaus in Lobreden über die "kameradschaftliche und ausgezeichnete Zusammenarbeit in der Reichsregierung". Tatsächlich war diese "Zusammenarbeit" nichts anderes als ein ständiges Nachgeben Seldtes gegenüber den Forderungen der Nationalsozialisten, wie gerade die Kabinettsitzungen wenige Tage nach den Braunschweiger Vorgängen einmal mehr bewiesen: Seldte akzeptierte jetzt endgültig Hierl als Staatssekretär für den FAD, und als Hitler die "Vorfälle in Braunschweig" als "restlos geklärt" ansah, war kein Widerspruch von Seldte zu vernehmen.[38)] Tatsächlich sassen zu dieser Zeit Stahlhelmführer in Braunschweig noch im Gefängnis, wurde gegen den dortigen Landesführer Schrader ein Hochverratsverfahren eingeleitet und Duesterberg auf einem Empfang von Hitler beschuldigt, den Befehl zum "Putsch" gegeben zu haben.[39)]

Trotz aller beruhigenden Versicherungen Seldtes und nationalsozialistischer Führer kam es auch in anderen Gegenden zu Auseinandersetzungen, und zwar nicht nur dort, wo schon vor

---

37) Seldte, Kameradschaft und Disziplin in: St. 15/14/2.4.1933. Offenbar hatte Seldte schon vor dieser Verlautbarung Klagges schriftlich bescheinigt, dass die Massnahmen berechtigt gewesen seien (Duesterberg, aaO, S. 51, Protokoll Egan-Krieger).

38) Kabinettsprotokolle der Sitzungen vom 29.3. und 31.3.1933 (BA R 43 I/1460).

39) Duesterberg, aaO, S.46. Der Landesführer von Braunschweig, Schrader, hatte sich bei Duesterberg telefonisch über die Braunschweiger Vorgänge beschwert. Aus den Vorwürfen Hitlers war zu schliessen, dass das Bundesamt überwacht wurde.

Seldte hatte es nicht für nötig gefunden, bei seinem Aufenthalt in Braunschweig seine inhaftierten "Kameraden" aufzusuchen. Über die Empörung in Braunschweig über Seldtes Verhalten: BA R 72/2 (mit Lageberichten).

der "Machtübernahme" Spannungen geherrscht hatten. Verpflichtungsfeiern von neuen Mitgliedern wurden "zeitlich verschoben", Arbeitsdienstlager des Bundes von SA- und SS-Einheiten besetzt, Stahlhelmer wegen ihrer Mitgliederschaft zur Stahlhelm-Selbsthilfe aus den Betrieben entlassen und in der Pfalz erneut Stahlhelmführer verhaftet, ganz zu schweigen von Angriffen der nationalsozialistischen Presse, die den Bund der "nationalen" Unzuverlässigkeit und Minderwertigkeit verdächtigte.[40)]

Allerdings verstärkte sich jetzt auch der Widerstandswillen in Teilen der Stahlhelm-Gefolgschaft. Auf keinen Fall war man gewillt, sich von der SA Vorschriften über die Neuaufnahmen machen zu lassen. Der Stahlhelm, hiess es im Bundesorgan, habe bisher die Menschen, die aus anderem Lager zu ihm gekommen seien, mindestens so zuverlässig und gründlich erzogen wie irgend ein anderer Bund. Er werde das künftig tun und sich kein einseitiges Verbot dieser Tätigkeit durhh nachgeordnete Behörden oder gar örtliche SA-Führer gefallen lassen. Man denke nicht daran, "diese Machtvergrösserung" des Bundes einzudämmen.[41)] Die Stahlhelm-Selbsthilfe prangerte die"terroristischen Bestrebungen" der NSBO an und warnte "mit aller Deutlichkeit", sich nicht über "die Kraft" zu täuschen, die gerade bei der "verhaltenden Ruhe und disziplinierten Besonnenheit in den feldgrauen Bataillonen des Stahlhelm und der Stas" stecke.[42)]

Auch das Bundesorgan gab jetzt die "bisher gegenüber den verschiedenen Übergriffen nationalsozialistischer Unterorgane"

---

40) Jd. Monat April, passim; weitere Pressemeldungen in den Akten (BA R 72/2) und bei Duesterberg, aaO, S. 133; Keesings Archiv, 1933, S. 766. Galéra,Kampf um das 3.Reich,III,Leipzig 1933,S.275.

41) St. 15/15/9.4.1933; Amtliche Nachrichten des Landesverbands Schlesien (St. 15/15/9.4.1933).

42) Stas und NSBO in: St. 15/16/16.4.1933.

geübte "äusserste Zurückhaltung" auf. In einem gross aufgemachten, wahrscheinlich von der Bundesleitung ausgehenden Artikel verurteilte die Zeitung die Eingriffe von regionalen SA-Führern, die diffamierenden Angriffe gegen den Bund und gewaltsamen Übergriffe von SA-Leuten gegen Stahlhelmer, die bisher "eine geradezu bewundernwerte Selbstüberwindung und Disziplin" geübt hätten.[43] Auch hier ist der Wille deutlich, die Selbständigkeit des Bundes unter allen Umständen zu wahren, wobei man recht deutlich wurde: Es könne trotz aller Selbstbeherrschung einmal geschehen, dass der unberechtigten Gewaltanwendung berechtigte Gewalt entgegengesetzt werde. "Wir warnen", hiess es in dem mit "Ernste Mahnung" überschriebenen Beitrag, "mit allem Nachdruck davor, die Geduldsprobe, die der Stahlhelm bisher dank seiner guten Nerven bestanden hat, fortzusetzen."

Bei aller Verbitterung über die nationalsozialistischen Angriffe kommt in dem Artikel die Überzeugung zum Ausdruck, dass die "oberste Führung der NSDAP" die Übergriffe der Untergliederungen nicht billige, wie überhaupt in der ganzen Phase der Gleichschaltung der Glaube an die guten Absichten Hitlers vorherrschend blieb, vor allem in der Mitgliederschaft. Wenn es allerdings in diesem "bundesamtlichen" Artikel hiess, man werde "das Wollen der Führung nicht nach den Missgriffen einzelner" beurteilen, dann ist freilich zu berücksichtigen, dass ein direkter Angriff auf die NSDAP als Gesamtorganisation zu diesem Zeitpunkt - der Artikel erschien am 9. April - nicht mehr möglich war. Die Einstellung des Bundes zur NSDAP kommt am Schluss des Artikels zum Ausdruck, wenn es zusammenfassend heisst: "Der Wille des Stahlhelm, Adolf Hitler bei der Verfolgung seiner grossen nationalen Ziele, die auch die unseren sind, zu helfen, steht fest und kann von niemand in Zweifel gezogen werden. Aber die Voraussetzung ist die Wahrung der Ehre und der Selbständigkeit des

43) Ernste Mahnung! Nochmals: Kameradschaft und Disziplin! in: St. 15/15/9.4.1933.

Stahlhelm, die Anerkennung seiner Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit."

Den Willen zum Widerstand, wie er im April in den Publikationsorganen des Bundes zum Ausdruck kam, wird man freilich nicht auf die Gesamtorganisation übertragen können. Er dürfte sich vielmehr auf das Führerkorps und auf die älteren, meist deutschnational gesinnten Mitglieder beschränkt haben. Jedenfalls machten sich im April zunehmend Auflösungstendenzen bemerkbar, sei es dass sich in den bedrängten Landesverbänden die Austritte mehrten und die Auflösung erörtert wurde,[44] sei es dass Stahlhelmführer die "vorbehaltlose Unterstellung .. unter die politische Führung Adolf Hitlers" forderten.[45] Die ersten prominenten Führer erklärten ihren Eintritt in die NSDAP, was nach den noch geltenden Bestimmungen automatisch ein Ausscheiden aus dem Bund bedingte.[46]

Diese widerstrebenden Tendenzen in der Organisation wird man auch bei der Beurteilung von Seldtes Verhalten berücksichtigen müssen, der seit den Braunschweiger Vorgängen eine engere Anlehnung an die NSDAP suchte, um so möglicherweise einer drohenden Gesamtauflösung zu entgehen. Voraussetzung dazu war die Ausschaltung der oppositionellen Gruppe um Duesterberg, der sich den Plänen Seldtes energisch widersetzte. Seine "Opferung" bildete aber auch eine notwendige Vorleistung für die von Seldte forcierte engere "Zusammenarbeit" mit der Partei, denn der Zweite Bundesführer wirkte - nach den Worten Görings - auf Hitler "wie ein rotes Tuch".[47]

---

44) Bericht des kommissarischen Landesführers von Braunschweig, Frhr. von Hammerstein, an Seldte am 20.4.1933 (BA R 43 72/2).

45) So der Stellvertreter Duesterbergs im Landesverband Mitteldeutschland (Jd. 82/14.4.1933).

46) Beispielsweise der Generalinspekteur der Reichskraftfahrstaffel, Herzog von Coburg-Gotha, und der Führer des Gaus Ruhr-Lippe (Jd. 85/20.4.1933, 86/21.4.1933, Keesings Archiv, 1933, S.785).

47) Göring angeblich zu Seldte (Duesterberg, aaO, S. 53).

Im Verlauf des Monats April versuchte deshalb Seldte wiederholt, Duesterberg zum Rücktritt zu bewegen, teils durch freundliches Zureden und Versprechungen, teils durch Ausübung von massivem Druck.[48] Duesterberg weigerte sich, seinen Posten aufzugeben und wurde in seiner Haltung durch die für seine Abberufung satzungsgemäss zustandigen Landesführer bestärkt: Von 23 Landesverbänden waren nur drei gegen ihn, zwei verhielten sich schwankend, 18 hielten seinen Rücktritt nur für möglich, wenn dies der Reichspräsident ausdrücklich wünsche. Das Abstimmungsergebnis zeigt noch einmal, dass Duesterberg auch jetzt noch als der eigentliche Führer des Bundes anzusehen war. Auf der anderen Seite wäre es irrig, aus dem Zahlenverhältnis etwa die Folgerung zu ziehen, die Mehrheit des Stahlhelm sei zu diesem Zeitpunkt wie Duesterberg gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen.

Die Form der Absetzung Duesterbergs am 26. April unterschied sich kaum vom üblichen Vorgehen der Nationalsozialisten: Ein Stosstrupp des Landesverbands Gross-Berlin besetzte das Bundesamt, Landesführer von Stephani überreichte Duesterberg einen Brief Seldtes, in dem der Zweite Bundesführer "von seinen Amtspflichten" entbunden und ihm jede Tätigkeit im Stahlhelm untersagt wurde. Stephani erklärte, die Absetzung erfolge "nicht nur auf Befehl des 1. Bundesführers, sondern mit Wissen und Willen des Reichskanzlers, aber auch des Reichspräsidenten", eine Behauptung, die von Stephani "auf sein Ehrenwort als alter Offizier" wiederholte, als Duesterberg hinsichtlich der Haltung Hindenburgs Bedenken äusserte.[49]

---

48) Über die Führerkrise im Stahlhelm im April 1933 ausführlich, wenn auch in der Datierung unzuverlässig: Duesterberg, aaO, S. 51 ff. mit Protokoll Egan-Krieger vom 23.5.1933, sowie Denkschrift Rechtsanwalt Klefisch, Köln, S. 125 ff.; Lagebericht und Befehl Seldtes vom 28.4.1933, mit Abdruck von Briefen und Telegrammen (BA, ZSg 1-88/5, teilw. abgedr. bei Langermann, Kampf und Sieg des Stahlhelm in Mitteldeutschland, in: Grote, Hrsg., aaO, S. 304 ff., Originale teilw. in den Akten, BA R 72/2).

49) Duesterberg, aaO, S. 59 f.

Tatsächlich jedoch hatte Hindenburg weder den Rücktritt gefordert, noch war er offenbar über die wahren Gründe des Ausscheidens Duesterbergs informiert worden: Es war dem Reichspräsidenten vielmehr "dienstlich" gemeldet worden, dass der Rücktritt "freiwillig aus Gesundheitsgründen" erfolgt sei.[50] Dass Hindenburg tatsächlich nicht die Hintergründe erfahren hat, erscheint indessen unwahrscheinlich, weil Seldte am 27. April in einer öffentlichen Erklärung die Absetzung Duesterbergs wegen politischer Meinungsverschiedenheiten offen zugab. Jedenfalls begnügte sich Hindenburg mit der Übersendung eines Handschreibens mit "Militärbild", in dem er Duesterberg für die "grossen Verdienste .. um den Ausbau des Stahlhelm und damit die Erhaltung vaterländischen und soldatischen Geistes in Deutschland" dankte.[51]

Während der Führungskrise waren die Verhandlungen Seldtes mit der NSDAP fortgeführt worden, ohne dass sie ein greifbares Ergebnis gezeigt hätten. Das Bundesorgan konnte die über fortgesetzte Übergriffe der NSDAP sich beklagenden Unterführer nur damit vertrösten, dass die Besprechungen "mit der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechenden Sorgfalt ohne Überstürzung" weitergeführt würden. Ende April glaubte man einen "merklichen Ausgleich der Spannungen" feststellen zu können. Mit "Genugtuung" wurde auch von regionalen "kameradschaftlichen Vereinbarungen zwischen Stahlhelm und SA" berichtet, die sich "auf der Linie loyaler und kameradschaftlicher Achtung zweier gleichberechtigter Partner" bewegen würden, auf einer Linie also, die auch für die Gesamtregelung massgebend sein müssten.[52]

Auch nach der "Opferung" Duesterbergs zeigte Hitler wenig Neigung, sich auf ein Abkommen zwischen NSDAP und Stahlhelm

---

50) Staatssekretär Meissner auf Anfrage von Duesterberg (Duesterberg, aaO, S. 60).

51) St. 15/19/7.5.1933.

52) St. 15/17/23.4.1933; St. 15/16/16.4.1933 (mit Abdruck einer Gemeinsamen Verfügung von Stahlhelm, SA und SS in Sachsen).

festlegen zu lassen. Die Gespräche zwischen Seldte und Hitler am 26. und 27. April kamen offenbar über Versicherungen "loyaler Zusammenarbeit zum Besten des Vaterlandes" nicht hinaus. Auch als Seldte am Abend des 27. April in einer Rundfunkansprache seinen Eintritt in die NSDAP bekanntgab und sich und "damit" den Stahlhelm "als geschlossene soldatische Einheit dem Führer Adolf Hitler" unterstellte, blieb die Form "jenes innigen Freundschaftsbündnisses" unbestimmt, was Seldte selbst in seiner Rede zugeben musste. Er begründete es mit Zeitmangel, glaubte aber optimistisch feststellen zu können, der Geist, auf den es ankomme, der Sinn sei unabänderlich.[53]

Aus der Plötzlichkeit der Unterwerfung Seldtes, die sowohl im Bund,[54] aber offenbar auch in der NSDAP überraschte, wird man folgern können, dass Seldte nach wochenlangen, ergebnislosen Verhandlungen und unter fortdauerndem nationalsozialistischem Druck auf die Organisation einer drohenden Auflösung zuvorkommen und die Nationalsozialisten vor vollendete Tatsachen stellen wollte. Die recht zurückhaltende Reaktion der Partei spricht jedenfalls dafür, dass vorher keine Absprache stattgefunden hatte. Obwohl Seldte jetzt als "Parteigenosse" bereits von der "nationalsozialistischen Revolution" sprach und sich nachdrücklich zu Adolf Hitler als dem Führer der "deutschen Revolution" und der "deutschen Zukunft" bekannte, liess die Partei offiziell verlauten, dem Beitritt Seldtes in die Partei komme nur eine "symbolische" Bedeutung zu, da nach wie vor eine Mitgliedschaft beim Stahlhelm die bei der NSDAP ausschliesse.[55] Damit wurde deutlich zum Aus-

---

53) St. 15/18/30.4.1933.

54) Schriftliche Auskunft eines engen Mitarbeiters Seldtes (Name ist dem Verf. bekannt). Auf Bedenken der überraschten Mitarbeiter soll Seldte am anderen Morgen erklärt haben: "Vielleicht habe ich einen Fehler gemacht, und Sie sind klüger als ich."

55) Keesings Archiv, 1933, S. 814; ähnlich auch Hess im Fränkischen Kurier, abgedr. in: IMT, XXI, S. 461.

druck gebracht, dass die Partei an einer Gleichberechtigung des Stahlhelm kein Interesse hatte.

Bezeichnenderweise wurde die "parteiamtliche" Erklärung der NSDAP nicht im Bundesorgan veröffentlicht, dagegen umso mehr das Dankschreiben Hitlers an Seldte herausgestellt, in dem der "Führer" seine Überzeugung zum Ausdruck brachte, "dass der Bund der beiden Verbände für alle Zukunft ein unerschütterlicher sein" werde, "ein dauernder Garant für den Bestand der nationalen Revolution."[56] Immer wieder variierten die neuen, von Seldte inzwischen eingesetzten Stahlhelmführer dieses Wort, um die "historisch begründete selbständige Stellung" des Bundes "im Rahmen der nationalen Revolution unter der Führung Adolf Hitlers"[57] zu beweisen.

Angesichts der distanzierten Haltung der NSDAP und des kaum verminderten Drucks der Partei konnten solche Ausführungen das Führerkorps kaum von der Richtigkeit des von Seldte eingeschlagenen Weges überzeugen. Allerdings war die Reaktion im Bund auf die "Selbstgleichschaltung" Seldtes keineswegs einheitlich. Während die Unterstellung unter Hitler von der Mehrheit der Gefolgschaft offenbar "allgemeinen Widerhall", ja sogar "Jubel" hervorrief und nur die "unklare Art" kritisiert wurde, lehnte ein anderer Teil der Mitglieder, vor allem der grösste Teil der Führer, die Unterwerfung unter Hitler mit Entschiedenheit ab. Übereinstimmend wurde die Absetzung Duesterbergs verurteilt, die um so unverständlicher empfunden wurde, als der Zweite Bundesführer offenbar in weiten Kreisen immer noch für nazifreundlich galt. Zur Verwirrung mochte auch Duesterbergs letzter Befehl beigetragen haben, in dem er die Stahlhelmer aufforderte, sich wie er

56) St. 15/18/30.4.1933.

57) (Stahlhelm-) Führer-Briefe, Jg. 3, Nr. 15 vom 6.5.1933.

selbst "ohne Vorbehalte der politischen Führung des Reichskanzlers Adolf Hitler zu unterstellen."[58]

Diesem Befehl Duesterbergs und der Versicherung der neuen Bundesleitung auf einem Führerappell, die Regierung müsse aus aussenpolitischen Gründen unbedingt den Weiterbestand des Stahlhelm verlangen, war es wohl in erster Linie zuzuschreiben, wenn eine Spaltung der Organisation vermieden wurde.[59] Trotzdem spürten wohl die meisten der Tausend nach Berlin berufenen Stahlhelmführer, dass mit dem Schritt Seldtes der Anfang vom Ende des Stahlhelm begonnen hatte. Wenig zukunftsfroh musste es die Führerschaft des Bundes stimmen, wenn sich der neue Bundesbevollmächtigte von Morozowicz in seinem ersten Rundschreiben den bedrängten Stahlhelmern keinen besseren Rat zu geben wusste, als dass "jede Stahlhelmgliederung und jeder einzelne Stahlhelmkamerad sich unter Anwendung der zweckmässig erscheinenden Mittel" so durchsetzen müsse, wie es seine Aufgabe als "Garant der nationalen "Revolution" erfordere. Die oberen Dienststellen dürften nur im Falle "weitgreifender Verwicklungen" in Anspruch genommen werden.[60]

---

58) Abgedr. bei Langermann, Kampf und Sieg in: Grote (Hrsg.), aaO, S. 304; dort auch Hinweise auf die Reaktion in der Gefolgschaft auf Seldtes Vorgehen, weitere Details in den Akten (BA R 72/2).

Es kam auch zu Protestkundgebungen gegen Seldtes Vorgehen; in einem "Offenen Brief" wurde der Rücktritt Seldtes gefordert (Duesterberg, aaO, S. 63 ff. S. 128 ff.; "Stahlhelm-offener Brief" an Seldte des Kreisführers von Göttingen-Land, Walbaum, BA R 72/2, teilw. abgedr. bei Duesterberg, aaO, S. 64 f., S. 129 f.).

59) Bochow, aaO, S. 94; auf der Führertagung kam es zu schweren Auseinandersetzungen (Handschriftliche Aufzeichnungen ohne Datum, BA R 72/2).

Oppositionelle Führer und Funktionäre der Bundesleitung waren freilich schon vorher "beurlaubt", nachdem Seldte "die diktatorische Führung des Bundes" übernommen hatte. So wurde der bisherige Bundeskanzler S. Wagner, die Landesführer von Bayern und Schlesien ihrer Posten enthoben, andere Führer traten freiwillig zurück.
Bundesbevollmächtigter und praktisch Nachfolger Duesterbergs wurde der Landesführer von Brandenburg, von Morozowicz; "Bundeshauptmann" und Nachfolger Wagners der Landesführer von Gross-Berlin, von Stephani.

60) (Stahlhelm-) Führer-Briefe, Jg. 3, Nr. 15 vom 6.5.1933.

Die Sorge um die weitere Entwicklung und die Resignation ist auch im "amtlichen" Kommentar der Bundeszeitung zur Amtsenthebung Duesterbergs unschwer zu erkennen: "Aus einer seelischen Grundstimmung heraus empfand er manchmal stärker als den gewaltigen Aufschwung der Nation die unvermeidlichen unerfreulichen und besonders für zahlreiche Stahlhelmkameraden bitteren Nebenerscheinungen, die der Sturm der nationalen Revolution mit sich brachte, wie jede revolutionäre Erhebung in der Geschichte ... Die Tragik .. dieser Trennung der beiden langjährigen Kampfgefährten reicht weit über das rein Persönliche und auch das rein Bundesmässige hinaus: In ihr spiegelt sich zugleich die Tragik wider, die heute Millionen echt vaterländischer Deutscher in sich erleben: die Tragik derer, die die ganze Grösse der von Adolf Hitler geführten neuen und künftigen Zeit nicht mehr mit voller Kraft erfassen und bejahen können und die in sich erleben müssen, dass nicht die Vergangenheit, sondern nur die Gegenwart und Zukunft recht hat."[61)]

Mit dem Eintritt Seldtes in die NSDAP und der Unterstellung des Bundes unter Hitler hatte der Stahlhelm seine politische Selbständigkeit aufgegeben, zu einem Zeitpunkt, als immerhin noch alle politischen Parteien, ausgenommen die KPD, bestanden. Eine der vermeintlichen Sicherungen gegen die NSDAP war damit knapp drei Monate nach der "Machtübernahme" ausgeschaltet. Grösser als die faktische Bedeutung der "Selbstgleichschaltung" wird man ihre psychologische Wirkung insbesondere für die andere "nationale" Gruppe, die DNVP, ansehen müssen. Abgesehen davon, dass der nationalsozialistische Einfluss durch Seldte im Kabinett verstärkt wurde, machten sich in der deutschnationalen Parteiorganisation unter ausdrücklicher Bezugnahme auf das Vorgehen des Stahl-

61) St. 15/18/30.4.1933.

helm jetzt zunehmend Auflösungstendenzen bemerkbar.[62] Auch ein wenige Wochen später von Seldte im Auftrag Hitlers erlassener Befehl war in erster Linie gegen die Deutschnationalen gerichtet und beschleunigte die Auflösung der Partei: Dem Stahlhelm konnten jetzt nur noch Mitglieder der NSDAP angehören, so dass die deutschnationalen Stahlhelm-Angehörigen vor der Frage standen, der Partei oder dem Bund den Rücken zu kehren, eine Entscheidung, der sie durch die kurz darauf erfolgende Selbstauflösung der Partei enthoben wurden.[63]

Man hat den Grund für Seldtes Entscheidung in seinem sicherlich nicht geringen persönlichen Ehrgeiz sehen wollen. Um seinen Ministerposten zu behalten, habe er den Stahlhelm "verraten".[64] Für diese Auffassung spricht die Tatsache, dass Seldte bis 1945 dem "Führer" die Treue gehalten hat. Auch sein Nachgeben gegenüber radikaleren Gruppen im Bunde, um seine Stellung als Bundesführer nicht aufgeben zu müssen, kann als Beweis für den Ehrgeiz Seldtes gewertet werden.

---

62) So der Landesvorstand der DNVP im Lande Braunschweig, der die geschlossene Überführung der Parteimitglieder in die NSDAP anstrebte (Roloff, Bürgertum, S. 159). Zu den Zerfallserscheinungen in der DNVP vgl. Hiller v. Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei in: Matthias u. Morsey, Das Ende der Parteien, S. 601 ff.; v. Galéra, Kampf, III, S. 277.

Auch die Wirkung auf die anderen "nationalen" Bünde ist nicht zu unterschätzen; dazu: Mahraun, Der Weg der nationalen Revolution, in: Jd. 93/29.4.1933.

63) "Vereinbarung" Hitlers und Seldtes vom 21.6.1933 (St. 15/26/25.6.1933). - Zu erneuten Auseinandersetzungen mit der DNVP war es anlässlich des Übertritts Seldtes zur NSDAP wegen seines Reichstagsmandats gekommen; Seldte lehnte es ab, das Mandat niederzulegen.

Hugenberg gab in seinem Entlassungsgesuch vom 26.6.1933 an Hindenburg u.a. als Grund den Entschluss der Stahlhelm-Führung an, durch den die Mitglieder der Deutschnationalen Front vom Stahlhelm ausgeschlossen würden (abgedr. bei: Borchmeyer, Hrsg., Hugenbergs Ringen in deutschen Schicksalsstunden, 2 Teile, Detmold 1949, I, S. 82 ff.

Vgl. zu den Differenzen Stahlhelm-DNVP: Hiller v. Gaertringen, in: Matthias u. Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien, S. 608, 611 f.

64) Dies der Vorwurf der Duesterberg-Gruppe (Duesterberg, aaO, passim, bes. S. 64, auch in den Akten: BA R 72/2).

Diese persönlichen, im Charakter Seldtes liegenden Gründe dürften jedoch nicht allein ausschlaggebend für seine Entscheidung gewesen sein. Vielmehr hoffte der Bundesführer wohl, durch Aufgabe eines politischen Eigenlebens wenigstens die organisatorische Selbständigkeit des Bundes erhalten und so der drohenden Auflösung entgehen zu können.[65] Dabei gaben sich Seldte, aber auch Papen der Illusion hin, dass der Stahlhelm als gleichberechtigter Faktor neben SA und SS treten könne, wobei der Bund in enger Zusammenarbeit mit der Reichswehr die gesamte vor- und nachmilitärische Ausbildung übernehmen sollte, also gerade das, was jetzt Röhm für seine SA beanspruchte. Wie man sich diese Arbeitsteilung zwischen den beiden militanten Verbänden dachte, konnte freilich schon aus aussenpolitischen Gründen nur angedeutet werden. Immerhin klingen die Absichten in einer Rede Papens an, wenn er die Aufgabe der SA als "vornehmlich nach innen gerichtet" bezeichnete, während der Stahlhelm die "Tradition der alten Armee" fortsetze und eine "unpolitische Aufgabe" habe. SA und SS seien ihrem Werdegang nach die "militärische Stosstruppe der deutschen Revolution", der Stahlhelm dagegen dazu "bestimmt", "die grosse Schule der geistigen Wehrhaftmachung" zu sein.[66]

Wollte so Seldte durch seinen Eintritt in die NSDAP die Einheit des Stahlhelm erhalten, so hat er tatsächlich durch seinen Entschluss den Zerfall des mächtigen Bundes eher beschleunigt. Freilich hätte der Stahlhelm auch ohne das Vorgehen Seldtes kein entscheidendes Gegengewicht gegen die NSDAP bilden können, denn von einem "intakten, geschlossenen

---

65) Diese Meinung vertritt z. B. Schwerin v. Krosigk (aaO, S. 281).

66) Papen auf einer Stahlhelm-Kundgebung in Münster am 13.5.1933 (St. 15/21/21.5.1933) - Solche Kombinationen wurden auch in der Presse - auch schon vor der "Selbstgleichschaltung" diskutiert; es hiess z. B., dass zukünftig unter dem obersten Führer Adolf Hitler die drei militärischen Säulen SA unter Röhm, SS unter Himmler und Stahlhelm unter Franz Seldte stehen würden (Jd.92/28.4.1933, andere Gerüchte in: Jd. 81/13.4.1933, Jd. 84/19.4.1933.

Stahlhelm als Oppositionskern", wie Duesterberg meint,[67] konnte doch wohl nicht die Rede sein. Das hatten die Märzwahlen mit ihrem hohen Anteil von nationalsozialistischen Stahlhelm-Stimmen gezeigt, ebenso wie die Reaktion der Mitglieder auf die Unterstellung unter Hitler. Auch die reibungslose Eingliederung des überwiegend nationalsozialistisch gesinnten Jungstahlhelm, auf den es bei einer Auseinandersetzung mit der NSDAP vor allem angekommen wäre, wird man nicht als Beweis für den angeblich vorhandenen Widerstandswillen anführen können. Opposition herrschte im Führerkorps und bei der Mehrzahl der älteren Stahlhelmer, bei der Vorkriegsgeneration. Wenn auch die "Stahlhelm-Opposition" durch den Eintritt von Reichsbanner-Angehörigen und aus anderen politischen Gruppen im Frühjahr 1933 eine Stärkung erfahren haben mochte, ein geschlossener Einsatz des Bundes gegen die NSDAP wäre - wie 1932 - nicht möglich gewesen.

Unabdingbare Voraussetzung dazu wäre ohnehin die Bereitschaft der Reichswehr zum Widerstand gewesen. Indem sich jedoch die Reichswehrführung mit dem Nationalsozialismus arrangierte, lähmte sie nicht nur den sicher in Teilen des Bundes vorhandenen Willen zur Opposition, sie trug auch wesentlich zur endgültigen Zerschlagung des Stahlhelm überhaupt bei, wie die Abmachungen auf der Reichenhaller SA-Führertagung Anfang Juli zeigten. Die Generale Blomberg und Reichenau, die als Vertreter der Reichswehr an dieser Besprechung teilnahmen, erkannten ausdrücklich die SA als "Dach- und Rahmenorganisation zur militärischen Erfassung

67) Duesterberg, aaO, S. 62. Papen (aaO, S. 328 f.) schränkt die Bedeutung von Seldtes persönlicher Unterwerfung ein. Er sieht in ihr doch eher eine Folge der nationalsozialistischen Unterwanderung der Mitgliederschaft.

der gesamten männlichen Bevölkerung ausserhalb der Wehrmacht" an.[68] Der Versuch, Seldtes und Papens, diese Aufgaben für den Stahlhelm zu sichern und so wenigstens die organisatorische Selbständigkeit zu erhalten, war damit gescheitert und das Schicksal des Bundes besiegelt.

Bei der hier nicht im einzelnen aufzuzeigenden Zerschlagung des Stahlhelm, die sich vom Juni 1933 bis zum November 1935 erstreckte, wechselten Terror und Versprechungen über eine angebliche Gleichberechtigung einander ab.[69] In der ersten Phase der Vernichtung wird diese Taktik der NSDAP besonders deutlich: Im Juni setzte eine neue Welle von Verboten und Verhaftungen ein, die sich gegen alle noch bestehenden Wehr- und Jugendverbände richtete. Untergliederungen des Bundes in Ostpreussen und in der Rheinprovinz wurden aufgelöst, Stahlhelm-Heime beschlagnahmt und Arbeitsdienstlager besetzt. Seldte konnte seinen bedrängten Führern jetzt nur noch raten, "zur Vermeidung von Gewalttätigkeiten .. die Hilfe der Polizei anzurufen."[70]

Durch Terror präpariert,holte dann Hitler zum vernichtenden Schlag aus: Am 21. Juni wurde nach "Besprechungen" mit Seldte, Papen und Blomberg "zur Sicherung der nationalen Revolution"

---

68) Bracher, Sauer u. Schulz, aaO, S. 886; in diesem Werk Einzelheiten über das Verhalten der Reichswehr zur NSDAP und zur SA (S. 708 ff., S. 885 ff.).

69) Vgl. für das folgende auch: Bracher, Sauer u. Schulz, aaO, S.206 ff.,S.886 ff.,sowie die knappe Zusammenfassung von Hans Buchheim, der mehr die Frage untersucht, inwieweit für die Stahlhelmer ein Zwang bestand, in die SA einzutreten: Die Eingliederung des Stahlhelm in die SA in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. München 1958, S. 370 ff. Zahlenangaben über in die SA eingegliederten Teile des Stahlhelm vgl. S. 49, Anm. 57.

70) Bundesbefehl vom 30.3.1933 mit Telegramm Seldtes an alle Bezirksführer des FAD (BA R 72/6); über die Ereignisse im Juni: Jd. 132/17.6.1933, Jd. 134/20.6.1933; weitere Pressemeldungen bei Duesterberg, aaO, S. 134; Keesings Archiv 1933, S. 890.

der gesamte Jungstahlhelm, jetzt Wehrstahlhelm genannt, neben SA und SS dem Obersten SA-Führer unterstellt, der Bund Scharnhorst der Hitlerjugend eingegliedert. Der sog. Kernstahlhelm, also vor allem die eigentlichen Kriegsteilnehmer, blieben zunächst unter der "Führung des Bundesführers". Hitler gab die "Mitgliedschaft des Stahlhelm zur NSDAP frei"; Seldte verbot den "Mitgliedern des Kernstahlhelm jede andere Parteizugehörigkeit als die zur NSDAP".[71]

Hitlers Aufruf an "Stahlhelm, SA und SS" vom 26. Juni ist charakteristisch für die nun in rascher Folge herausgegebenen Verordnungen, die, als solche unklar und bewusst widersprüchlich, die nach und nach erfolgende Eingliederung in die SA geschickt verschleierten, so dass im Bund noch lange die Illusion einer organisatorischen Selbständigkeit herrschen mochte. Auf der einen Seite entstand aus den Worten Hitlers, der "ehrlich" auf den "Unterschied .. zwischen anderen Verbänden und dem Stahlhelm" hinwies, der Eindruck der Gleichberechtigung des Bundes in der nationalsozialistischen Bewegung, wenn er "SA, SS, Stahlhelm und HJ .. nunmehr für alle Zukunft" als "die einzigen Organisationen" bezeichnete, "die der nationalsozialistische Staat als Träger der politischen Jugend- und Männererziehung" kenne. Auf der anderen Seite wurde am Schluss des gleichen Aufrufs die völlige Eingliederung des Jungstahlhelm in die SA zugegeben, wenn Hitler, die Anordnung Seldte in die Schuhe schiebend, sagte, der Bundesführer habe verfügt, "dass abgesehen vom Traditionsverband der alten Frontsoldaten, der gesamte junge Stahlhelm in die SA, der Scharnhorstbund in die Hitler-Jugend

71) St. 15/26/25.6.1933 mit der Überschrift: Einigung vollzogen! Der Stahlhelm - Glied der nationalsozialistischen Bewegung. Die Vereinbarung der Führer. - Am gleichen Tag wurden die Kampfringe Junger Deutschnationaler verboten. Diese Aktion wurde von Seldte ausdrücklich gebilligt (St. 15/26/2.5.1933).

eingegliedert und ihm, Hitler, unterstellt würden.[72]

Wie wenig von solchen Verordnungen überhaupt zu halten war, zeigte sich bereits acht Tage später: Auf der bereits erwähnten Tagung von höheren SA-, SS- und Stahlhelmführern in Bad Reichenhall vom 1. bis 3. Juli wurde nämlich jetzt "der gesamte Stahlhelm .. unter den Befehl der Obersten-SA-Führung" gestellt und "nach ihren Richtlinien neu gegliedert".[73] Auch die Sondergruppen des Bundes verfielen nun in rascher Folge der Auflösung, so noch im Juni die Gewerkschaftseinrichtung Stahlhelm-Selbsthilfe (Stas), um nicht - wie es in einem Befehl an die Landesführer hiess - "auch nur den Anschein zu erwecken, als ob der Bund durch Aufrechterhaltung der Stas irgendwelche Vorbehalte gegenüber der Umgestaltung Deutschlands unter Hitlers Führung machen wolle."[74] Anfang Juli unterstellte sich der Stahlhelm-Studentenring Langemarck dem NSDStb, Ende Juli wurden die über 1 000 Arbeitsdienstlager des Bundes durch einen - wie sich Hierl ausdrückte - "hochherzigen Entschluss" Seldtes in den nationalsozialistischen Reichsverband deutscher Arbeitsdienstvereine (RDA) eingegliedert.[75] Im November unterstellte sich das

---

72) Adolf Hitler an Stahlhelm, SA, SS. Bekenntnis zum ewigen Bund der Zukunft am 26.6.1933 (St. 15/27/2.7.1933).

Zu den kaum ernst zu nehmenden angeblichen Absichten Seldtes, durch Unterstellung des Bundes unter die Oberste SA-Führung die zahlenmässig schwächere SA durch eine "Kriegslist" "praktisch in ein Stahlhelmunternehmen zu verwandeln": Schwerin-Krosigk, aaO, S. 181, auch Bracher, Sauer u. Schulz, aaO, S.910, Anm. 385.

Auch die Tatsache, dass die SA in den folgenden Jahren ihren revolutionären Charakter verlor, wird man weniger auf den angeblich mässigenden Einfluss ehemaliger Stahlhelm-Mitglieder zurückführen können, sondern vielmehr auf die Ereignisse vom 30. Juli 1934 mit der Ausschaltung Röhms und seiner Anhänger (Duesterberg, aaO, S. 121, Denkschrift Rechtsanwalt Klefisch).

73) St. 15/28/9.7.1933, abgedr. auch in: Sta. II, S. 71 ff.; Schulthess, aaO, Jg. 1933, S. 167 ff.; Keesings Archiv 1933, S. 905, S. 911. Seldte aber behauptete in einem Bundesbefehl vom 4.7.1933: "Die Geschlossenheit des Bundes bleibt unberührt. Die Bundestracht bleibt feldgrau" (St. 15/28/9.7.1933).

74) Befehl Seldtes an Landesführer vom 24.6.1933 (St.15/27/2.7.1933.

75) Aufruf von Staatssekretär Hierl (St. 15/31/30.7.1933); Vereinbarung von Stahlhelm-Studentenring und NSDStb vom 5.7.1933 (St. 15/28/9.7.1933).

Auslandsamt des Stahlhelm, das nach der "Machtergreifung" eine erhebliche Aktivität in der Bekämpfung der ausländischen "Greuelhetze" entfaltet hatte, der Auslandsorganisation der NSDAP.

Mit Seldte, der im Juli zum SA-Obergruppenführer befördert wurde, traten im Laufe des Herbstes eine nicht geringe Zahl von Stahlhelmführern zur SA über, wo sie z. T. ebenfalls höhere Führerpositionen einnahmen. Die Behauptung Jüttners, früher Stellvertreter Duesterbergs und seit 1939 ständiger Stellvertreter des Stabschefs der SA, "alle Schlüsselstellungen in der SA" seien von Stahlhelmern besetzt gewesen, dürfte allerdings übertrieben sein, auch für die Zeit nach 1934, als das bisherige SA-Führerkorps z. T. ausgeschaltet worden war.[76] Eine zumindest gleich grosse Zahl von Stahlhelmführern stand in Opposition zum Nationalsozialismus und hatte z. T. unter dessen Verfolgungen zu leiden, vor allem auch Duesterberg, der im Zusammenhang mit dem 30. Juli 1934 verhaftet und nur durch das Eingreifen Hindenburgs vor dem Tode gerettet wurde.[77] Von einer organisierten "Stahlhelm-Opposition" oder gar von einem, von Goerdeler geplanten "Stahlhelm-Putsch"[78] wird man jedoch kaum sprechen können. Vielmehr suchten die oppositionell gesinnten Stahlhelmer nach 1935 Zuflucht in der Wehrmacht, wo sie z. T. Anschluss

---

76) Aussage Jüttner (IMT, XXI, S. 143 ff.), Aufstellung von Jüttner von aus dem Stahlhelm stammenden SA-Führern: IfZ, Archiv, Zeugenschrifttum, ZS 251.

Jüttners Aussage in Nürnberg, die Stahlhelmer seien nicht in Opposition gegen die SA gestanden, sie hätten vielmehr ihm freudig zum Ausdruck gebracht, in dieser grossen Gemeinschaft der SA nunmehr mitwirken zu können, dürfte wohl für den grösseren Teil des Bundes, insbesondere für den Jungstahlhelm, zutreffen, nicht dagegen für die älteren Stahlhelmer, die sich vielfach weigerten, in die SA einzutreten (IMT, XXI, S. 143).

77) Duesterberg, aaO, S. 64 ff., über sein persönliches Schicksal im Juli 1933: S. 79 ff.

78) So Duesterberg, aaO, S. 113 ff.

an die dortige Widerstandsbewegung fanden.[79]

Die nächste Phase auf dem Wege zur Vernichtung des Stahlhelm wurde durch das imposante Schauspiel einer Reichsführertagung in Hannover Ende September eingeleitet. Röhm nahm - bezeichnend genug - den von Seldte angeführten dreistündigen Vorbeimarsch von etwa 70 000 Stahlhelmern ab, und Hitler gelang es, die zwischen Hoffnung und Verzweiflung schwankenden Stahlhelmer [80] unter Beschwörung des Frontsoldatengeistes und des Hindenburgs-Mythos für sich zu gewinnen. Seldte, seit Wochen in Befehlen und Ansprachen den "Bund der Bünde" und die angebliche Gleichberechtigung feiernd, legte ein Treuebekenntnis zum "Volkskanzler Adolf Hitler" ab: "Wir haben immer den Führer gesucht. Wir wollten Soldaten sein. Soldaten können befehlen und können gehorchen. Und nun nachdem wir den Führer gefunden haben, nach dem wir ausgeschaut hatten, nunmehr gehorchen wir dem Befehl unseres eigenen Gesetzes und dienen dem deutschen Schicksal. Wir tun dieses in ehrlicher Treue, in freudiger Gefolgschaft und Mitarbeit und ohne jeden Vorbehalt. Wir marschieren unter Adolf Hitlers Führung hin auf das grosse deutsche Freiheitsziel. Wir fügen unserem Symbol, zum Stahlhelm, sein siegreiches Symbol, das Hakenkreuz. Wir treten geschlossen in seine Reihen als seine Mitstreiter, als seine Gefolgschaft, als

---

79) Im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 verloren u. a. folgende prominente Stahlhelmführer ihr Leben: S. Wagner, letzter Bundeskanzler, Graf Blumenthal, letzter Adjudant Duesterbergs, W. Schrader, Landesführer von Braunschweig (Duesterberg, aaO, S. 153).

80) Die Drangsalierungen durch die NSDAP gingen auch über den Sommer weiter, und zumindest in einigen Landesverbänden herrschte "eine bis an die Verzweiflung grenzende Stimmung" (Stimmungsbericht des Gaues Hildesheim vom 2.8.1933, BA R 72/2). Um die Partei nicht zu provozieren, erliess man geradezu groteske Befehle: So ordnete ein Kreisführer an, "die Armbinde pp", die Hitler im Juli den Stahlhelmern "als Zeichen der Verbundenheit" verliehen hatte, "vorläufig abzulegen, um allem vorzubeugen." (Aus einem Rundschreiben des Landesverbands Hannover vom 17.8.1933, BA R 72/6).

die treuen kampferprobten Frontsoldaten. In Hannover soll das Bündnis der Treue besiegelt werden."[81]

Hatte Röhm noch im September dem Kernstahlhelm, jetzt nur noch Stahlhelm genannt, eine "organisatorische Selbständigkeit unter seinem Bundesführer" zugestanden und ihm "eigene Gliederung mit eigenen Einheiten n e b e n SA und SS" konzediert,[82] so befahl er am 6. November die Aufstellung einer SA-Reserve I, die die "Männer vom 36. bis zum vollendeten 45. Lebensjahr" umfassen sollte, "in erster Linie den nach der Eingliederung des Wehrstahlhelm in die aktive SA verbleibenden Stahlhelm", soweit dessen "geschlossene Einheiten .. sportlich und marschfähig sind."[83] Die SA-Reserve war zunächst "eine reine Stahlhelm-Angelegenheit": Sowohl die feldgraue Uniform als auch die alten Führer konnten zunächst beibehalten werden; an der Spitze stand der Bundeshauptmann des Stahlhelm als Oberstlandesführer. Im Stahlhelm mass man deshalb der Aufstellung der SA-Reserve gar "keine weitere Bedeutung bei",[84] ganz im Sinne von Röhm, der Ende Januar 1934 "den Zeitpunkt für gekommen" hielt, um - wie es in einem Befehl hiess - "eine engere Verbindung

---

81) Seldte, Bündnis der Treue in: St. 15/39/24.9.1933, abgedr. auch in: Gruss (Hrsg.) aaO, o. Sz.

Auch Hitler sparte nicht mit anerkennenden Worten für Seldte, in Hannover oder z. B. zum Jahreswechsel 1933/34, als Hitler an Seldte schrieb: "Eine der schwersten Aufgaben war die Herstellung einer nationalen Einheitsfront durch Zusammenfügen der Kräfte, die in der grossen Linie gleiche Ziele verfolgten. Es ist Ihr ausserordentliches Verdienst, mein lieber Parteigenosse Seldte, wenn es gelang, den nach der nationalsozialistischen Partei grössten Verband mit uns zu einer Einheit zu verschmelzen. Die Eingliederung des 'Stahlhelm' in die SA wird als seltenes Beispiel einer gross gesehenen nationalen Pflicht Ihren Namen für immer in höchsten Ehren unter denen weiterleben lassen, die im Jahre 1933 durch die nationale Revolution die Erhebung des deutschen Volkes gelingen liessen .." (St.16/1/7.1.1934), abgedr. auch bei Gruss (Hrsg.), aaO, o. Sz.

82) "Neben" vom Verf. gesperrt.

83) IMT, XXII, S. 214 (Auszug), IMT, XXI, S. 125 (Aussage Gruss). In der SA-Reserve II wurden listenmässig erfasst: Kyffhäuserbund, Regimentsvereine, Waffenbünde usw. Zu einer regelrechten Aufstellung ist es nach der Ermordung Röhms nicht mehr gekommen.

84) Duesterberg, aaO, S. 139 (Denkschrift Rechtsanwalt Klefisch).

und vollkommene Gleichstellung von SA und SAR I herbeizuführen."[85] Die Stahlhelmer hatten jetzt das "braune Ehrenkleid" anzulegen und unter den Befehl der SA-Führer zu treten. Es hatte dabei wenig zu bedeuten, wenn Röhm versicherte, dass "das Fortbestehen des Stahlhelm" durch die neue Verordnung nicht berührt werde und "die Führer und Männer der SA R I" auch weiterhin Mitglieder des Stahlhelm bleiben könnten. Tatsächlich bestand der Stahlhelm jetzt nur noch aus über 45-jährigen Mitgliedern, die freilich auch schon für die geplante SA-Reserve II listenmässig erfasst wurden.[86]

Möglicherweise hatte Hitler jetzt keine Interesse mehr daran, die Macht Röhms zu erweitern, der die restlose Eingliederung des Stahlhelm in die SA forderte. Jedenfalls erfolgte am 28. März 1934 in einem "Staatsakt", von Hindenburg, Hitler, Röhm und Seldte bestätigt, die Umgründung des Bundes in den Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpfer-Bund (Stahlhelm).[87] Da nach den Vereinbarungen der neue Bund ausser den "alten Mitgliedern des Stahlhelm sowie jedem deutschen Soldaten ausserhalb des aktiven Dienstes"offenstand, ihm aber auch Angehörige der SA angehören durften, schien die Organisation die Basis "zu einem wirklich umfassenden Zusammenschluss aller deutscher Frontsoldaten im

---

85) Befehl Röhms vom 25.1.1934 (BA R 72/2).

86) Ein Bild von der Verwirrung im Stahlhelm durch eine Vielzahl von Befehlen der Obersten SA-Führung als auch der Bundesleitung geben Stimmungsberichte in den Akten (BA R 72/2) und Artikel in der Bundeszeitung und in lokalen Stahlhelm-Zeitungen. Im Februar wurde von Seldte ein Verbot öffentlicher Veranstaltungen angeordnet, einzelne Landesverbände beschlossen die Selbstauflösung, die von der Bundesleitung wieder rückgängig gemacht wurde (Rundschreiben vom 26.3.1934, BA, ZSg 1-88/5). Weiteres Material für die Endphase des Bundes in den Akten (BA R 72/6, 72/13, 72/16, BA, ZSg 1-88/6).

87) St. 16/13/1.4.1934. Abkürzung: NSDFB (Stahlhelm).

Rahmen der nationalsozialistischen Bewegung" bilden zu können. Mit der Beschränkung auf die "Pflege der soldatischen Tradition des Weltkriegs"und der "Wahrnehmung der Angelegenheiten des deutschen Frontsoldatentums" bei Aufgabe jeder wehrsportlichen und wehrpolitischen Tätigkeit, hoffte man im Stahlhelm, dass "auch die letzte Möglichkeit einer 'Konkurrenz' zwischen SA und Frontkämpferbund" ausgeschaltet wäre.[88)]

Als jedoch die nur unter massivem Druck in die SA-Reserve gezwungenen Stahlhelmer in Scharen in den NSDFB zurückkehrten,[89)] kam es zu neuen schweren Auseinandersetzungen mit der SA, vor allem über die bei der Umgründung zugesicherte, von der SA jedoch nicht anerkannte Doppelmitgliedschaft. Wie weit die Dinge in den spannungsgeladenen Monaten des Sommers 1934 gediehen waren, zeigte schlaglichtartig der Zwischenfall von Schönebeck (Elbe), als sich Seldte - immerhin noch Reichsminister und Bundesführer des NSDFB - nur durch die Flucht in seinen Dienstwagen vor dem Steinhagel der SA und HJ retten konnte.[90)] Auch in dem seit Mitte Mai laufenden "Feldzug gegen die Miesmacher und Kritikaster" war der Bund scharfen Angriffen von Seiten der Partei, insbesondere der HJ,ausgesetzt, die in unverblümter Form den NSDFB als den Hauptträger der Reaktion bezeichnete und seine Auflösung forderte.[91)]

Mochte auch nach der Ermordung Röhms im Stahlhelm noch einmal für einige Monate die Hoffnung bestanden haben, eine gewisse Selbstandigkeit bewahren zu können, spätestens seit Beginn des Jahres 1935 wurde deutlich, dass die Partei kein Interesse mehr an der weiteren Existenz des Verbands hatte.

---

88) So optimistisch die Kreuzzeitung, zit. nach St. 16/13/1.4.1934.

89) Handschriftliches Protokoll einer Besprechung vom 10.4.1934 im Landesverband Hannover (BA R 72/2).

90) Gisevius, aaO, S. 117; Steiss (Hrsg.), aaO, S. 232.

91) Zusammenfassend: Zur Lage des Bundes. Eine Stellungnahme der Bundesführung in: Kreuzzeitung vom 27.6.1934, abgedr. in: St. 16/26/1.7.1934.

Der Bund wurde systematisch aus der Öffentlichkeit verdrängt; seine Teilnahme an Kundgebungen war unerwünscht, auch an solchen, bei denen der Frontkämpferbund eigentlich die führende Rolle hätte spielen müssen, so am Heldengedenktag oder beim Besuch ausländischer Frontkämpfer-Delegationen. Hätte es noch einen Beweis für die Ausschaltung des NSDFB gebraucht, so wurde er in der "Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" vom 29. März 1935 erbracht: Der Nationalsozialistische Deutsche Frontkämpferbund gehörte weder zu den Gliederungen der NSDAP noch zu den angeschlossenen Verbänden der Partei.[92]

Den Auftakt zur endgültigen Vernichtung bildete eine öffentliche "Warnung" des Gauleiters und Reichsstatthalters von Braunschweig und Anhalt, Loeper, der den Bund im März 1935 beschuldigte, "zersetzend gegen die SA vorzugehen" und "Unruhe in die Partei" zu tragen; er kündigte an, er werde gegebenenfalls "zu durchgreifenden und sehr fühlbaren Massnahmen" greifen.[93] Nach weiteren schweren Beschuldigungen in der Presse erfolgte Ende Juli bis Anfang August Schlag auf Schlag die Auflösung der meisten Landesverbände mit der Begründung, dass in zunehmendem Maße Personen im NSDFB Aufnahme gefunden hätten, die früher offene Gegner der nationalsozialistischen Bewegung gewesen seien. Unter dem Einfluss dieser Elemente hätte sich eine ausgesprochene politische Opposition gegen die nationalsozialistische Bewegung gebildet.[94]

---

92) Über die Jahre 1934/35 informiert mit besonderer Berücksichtigung des Landesverbands Württemberg: Steiss (Hrsg.), aaO, S. 223 ff. (mit Abdruck von Dokumenten).

93) Eine Warnung des Reichsstatthalters Loeper, abgedr. in: Steiss (Hrsg.), aaO, S. 260 f.

94) Keesings Archiv, 1935, S. 2137, S. 2170; Übersicht über die Verbote im Juli und August 1935 bei: Duesterberg S. 135 f. (Denkschrift Rechtsanwalt Klefisch). Auch das Bundesorgan wurde im August 1935 zeitweilig verboten.

Ein letzter verzweifelter Versuch unter Vermittlung von Generalfeldmarschall Mackensen, Ehrenmitglied des Bundes, die Reichswehr um Hilfe zu bitten, blieb erfolglos. Der Oberbefehlshaber des Heeres, General von Fritsch, schrieb an Seldte, dass das Heer "an einer Beibehaltung des Stahlhelm als einer Vertretung der Frontsoldaten der alten Armee .. heute nicht mehr interessiert" sei. Darüber hinaus machte sich Fritsch die Vorwürfe der NSDAP zu eigen, wenn er schrieb: "Ob mit Recht oder Unrecht (!), Tatsache ist, dass der Stahlhelm heute vielfach im Gegensatz zum nationalsozialistischen Staat betrachtet wird. Auf eine grösstmögliche Einigkeit und Geschlossenheit des Volkes kommt es aber, ganz abgesehen von allem anderen, für uns im Hinblick auf die Landesverteidigung an."[95] Die Reichswehrführung glaubte noch ein übriges tun zu müssen: In einem Erlass des Reichskriegsministers wurde die Wiedereinstellung von inaktiven Offizieren und Beamten in das Heer u. a. davon abhängig gemacht, dass sie nach dem 15.9.1935 nicht mehr Mitglieder des NSDFB (Stahlhelm) gewesen waren.[96]

Auf einer Sitzung der Landesführer am 24. Juli musste Seldte zugeben, dass die verschiedensten Versuche, der Widerstande Herr zu werden, ihm nicht geglückt seien. Es sei ihm nicht gelungen, in dieser kritischen Zeit das Ohr des Führers zu finden, auch bei Göring habe er keinen Schutz finden können. Dieser habe vielmehr durch Niederlegung seiner Ehrenmitgliedschaft einen scharfen Strich zwischen sich und dem Stahlhelm gezogen. Gegen die Schritte der Gauleiter sei er wehrlos. Er fühle sich nunmehr als Minister und Bundesführer befristet und werde auf jede Gefahr (!) hin eine Unterredung mit dem Führer durchsetzen zu dem Zweck, den Bund auflösen zu lassen,

---

95) Abschrift des Briefes vom 30.7.1935 in den Akten (BA R 72/2), teilw. abgedr. bei E. Niekisch, Das Reich der niederen Dämonen, Hamburg 1953, S. 132 f.

96) Steiss (Hrsg.), aaO, S. 320.

so honorig wie es seiner Geschichte entspreche.[97]

Das geschah schliesslich nach mehreren Besprechungen zwischen Seldte und Hitler am 7. November 1935. Die Auflösung wurde damit begründet, dass der Neuaufbau der deutschen Wehrmacht mit der Vereidigung der neuen Rekruten vollendet und damit die Voraussetzungen für eine Weiterführung des Stahlhelm nicht mehr gegeben seien.[98] Die Partei liess es an ehrenden Nachrufen nicht fehlen: Hitler sprach in einem Schreiben an Seldte seine Überzeugung aus, "dass die Geschichte auch in fernen Zeiten diesen Beitrag zur Erhebung der deutschen Nation nie vergessen" werde, und die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz schrieb: "Ein in sich abgerundetes grosses Werk an der inneren Festigung des deutschen Menschen ist abgeschlossen! Die Partei wird die Erinnerung an den 'Stahlhelm' immer als einen Ansporn empfinden für ihren Kampf um die Erhaltung des soldatischen Geistes der Nation und die Tradition jener Millionen unbekannter Kämpfer gegen das November-Deutschland".[99] Die Stahlhelmer durften sich mit Genehmigung der Gestapo in der Zeit vom 10. bis 15. November "nach polizeilicher Anmeldung in geschlossenem Raum ohne Uniform" zum Schlussappell versammeln.[100] Etwa 500 "Stahlhelmkameraden" sassen um diese Zeit allerdings in Haft.[101]

Seldte selbst blieb Arbeitsminister und SA-Obergruppenführer, seit 30. Januar 1937 mit dem Goldenen Parteiabzeichen. Sein

---

97) Steiss (Hrsg.) aaO, S. 298 f.

98) Schreiben Hitlers an Seldte vom 7.11.1935 (St. 17/45/10.11. 1935); Keesings Archiv, 1935, S. 2293. Seldte bedankte sich am gleichen Tag bei Hitler für die "honorige" Auflösung.

99) Abgedr. in: "Das Ganze halt!" (Broschüre des Landesverbands Württemberg-Hohenzollern) S. 3.

100) Telegramm der Bundesleitung in einem Rundschreiben der Ortsgruppe Salzdetfurth vom 11.11.1935 (BA R 72/4).

101) Bundesliquidator Gruss (Duesterberg, aaO, S. 143 f., Denkschrift Rechtsanwalt Klefisch, Zeuge Hauffe).

Einfluss im Kabinett und in der Partei war jedoch gering. Einzelne Aufgaben seines Ministeriums musste er im Laufe der Zeit abgeben, so den Arbeitseinsatz an Reichskommissar Sauckel, den Wohnungsbau an den Führer der Deutschen Arbeitsfront, Ley. Seit 1937 offenbar nicht mehr von Hitler empfangen, blieb er trotz wiederholt geäusserter Rücktrittsabsichten im Amt, auch nachdem er sich in der zweiten Kriegshälfte angeblich "innerlich von Hitler" getrennt hatte. In der Regierung Dönitz übernahm er die Geschäfte des Reichsarbeits- und Sozialministers; im April 1947 ist er in einem Militärkrankenhaus in Fürth gestorben.[102]

102) Vernehmung Seldte am 29.10.1946 (IfZ, Archiv 1948/56); Schwerin v. Krosigk, aaO, S. 179 ff.; W. Lüdde-Neurath, Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches. Göttingen 1950, S. 90.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Überblickt man die Geschichte des Stahlhelm, dann wird der Wandel deutlich, den der Bund als Gesamtorganisation im Verlauf der Weimarer Republik vollzogen hat. Als lokaler Zusammenschluss von Frontsoldaten unmittelbar nach Beendigung des Krieges in Magdeburg gegründet, hatte der Bund ursprünglich ein eher gemässigtes politisches Profil. Selbst Mehrheitssozialisten und Juden gehörten in der Frühzeit dem Bund an, der sich als Selbstschutzorganisation den republikanischen Behörden zur "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" zur Verfügung stellte, ohne indessen in grössere Kämpfe mit den Spartakisten verwickelt zu werden.

Diese gemässigte Magdeburger Gruppe unter dem Bundesführer Franz Seldte behielt zwar in den nächsten Jahren einen gewissen Einfluss, konnte sich aber gegenüber den fast selbständigen Untergliederungen nicht durchsetzen. Diese nahmen - bedingt durch schwere Kämpfe mit Kommunisten - eine andere strukturelle und politische Entwicklung. Sie hatten besonders im mitteldeutschen Raum um Halle freikorpsähnlichen Charakter und waren antirepublikanisch gesinnt. Während ein Teil der Ortsgruppen sich bald kaum von den üblichen Kriegervereinen unterschied, verstärkten sich in anderen Untergliederungen durch Aufnahme von Mitgliedern verbotener Verbände die radikalisierenden Tendenzen, so dass der Bund 1922 als Gesamtorganisation für ein halbes Jahr verboten wurde.

Die Diskrepanz zwischen der Bundesleitung und den regionalen Unterorganisationen wurde im Krisenjahr 1923 besonders deutlich. Während Seldte und seine Gruppe die Funktion des sich

ausbreitenden Wehrverbandes als Hilfstruppe der Reichswehr gegen den äusseren Feind sah und im Herbst einen Putsch ablehnte, standen regionale Gruppen in enger Verbindung mit den Münchner Verschwörern und warteten auf das Zeichen zum Losschlagen. Die Auswirkungen der Radikalisierung zeigten sich in der Wahl Theodor Duesterbergs zum Zweiten Bundesführer, der immer mehr Einfluss gewann und - seit 1927 mit Seldte gleichberechtigt - als der eigentliche Führer des Bundes gelten konnte. Den verschiedenen Versuchen, Seldte zu stürzen, konnte dieser nur dadurch entgehen, dass er sich immer mehr dem extremeren Kurs der meisten seiner Unterführer anpasste. Das zeigte sich z. B. bereits 1924 in der Judenfrage, als unter dem Druck des völkischen Flügels und gegen den Widerstand Seldtes jüdischen Frontsoldaten die Mitgliedschaft untersagt wurde.

Der politisch wenig profilierte Stahlhelm, der als Gesamtorganisation an keinem Putsch teilgenommen hatte, wurde nach 1924 zur grossen Sammelorganisation der ausserparlamentarischen Rechten mit mehreren hunderttausend Mitgliedern. Verschiedene strukturell verwandte, aber in der politischen Haltung sehr unterschiedliche Gruppen bürgerlich-konservativer und national-revolutionärer Observanz schlossen sich zeitenweise dem Bund an: Reste recht gemässigter Selbstschutzverbände und Heimatbünde, aber auch Mitglieder von radikaleren Verbänden, die z. T. nach den Novemberereignissen aufgelöst worden waren. Gleichzeitig wurde der Rahmen der Frontsoldatenorganisation durchbrochen und auch Nichtfrontkämpfer aufgenommen, vor allem Angehörige der Nachkriegsgeneration, die im Jungstahlhelm und im Bund Scharnhorst zusammengefasst wurden.

Der Zugang bedeutete eine Machtsteigerung der Untergliederungen des Bundes, aus denen jetzt die Landesverbände entstanden. Das Kernstück der Organisation bildend, wiesen sie je nach den besonderen lokalen wirtschaftlichen und

politischen Verhältnissen, den Eigenschaften und der politischen Haltung der Führer so erhebliche Unterschiede auf, dass man den Stahlhelm - zumindest für die Mitte der 20er Jahre - als einen "Bund der Bünde" bezeichnen konnte. Als Folge der dezentralistischen Struktur des Verbands blieb die Führungspitze immer relativ schwach, auch nach einer, in den Jahren 1927 - 1929 durchgeführten Verstraffung. Der Bundesvorstand, die Versammlung der Landesverbandsführer und wichtigstes Führungsgremium, spiegelte die mannigfachen politischen Strömungen im Bunde wieder und zwang die Bundesleitung immer wieder zu Kompromissen, die wiederum in der Organisation Unzufriedenheit hervorriefen. Die Heterogenität des Verbands zeigt sich auch in der Doppelführung der beiden nach Herkunft, Charakter und politischer Anschauung so verschiedenen beiden Bundesführer, die kaum mehr als Beauftragte des Bundesvorstands gelten konnten.

Das höhere Führerkorps bestand zu einem erheblichen Teil aus ehemaligen aktiven Offizieren, die durch das wilhelminische Vorkriegsdeutschland geprägt - meist deutschnational orientiert waren. Mochten die ehemaligen Offiziere für einen Wehrverband die geeigneten Führer darstellen, für eine politische Bewegung erwiesen sie sich als wenig brauchbar, so dass bei der Bundesleitung und bei den Landesverbänden besondere politische Referenten notwendig waren, die meist aus dem jungkonservativen oder national-revolutionären Lager stammten. Die Mitgliederschaft und das mittlere und niedere Führerkorps bot im Unterschied zu den höheren Funktionären in der sozialen und politischen Struktur ein vielfältigeres Bild. Parteimässig umfasste die Mitgliederschaft in der Mitte der 20er Jahre Angehörige aller Rechtsparteien, von radikalen völkischen Gruppen über die Deutschnationalen bis zur Deutschen Volkspartei.

Solange der Stahlhelm als "unpolitische" Organisation fungierte, spielten die politische Heterogenität und die

starke Dezentralisation eine sekundäre Rolle: Auf einen militanten Anti-Bolschewismus des Selbstschutzverbandes und auf eine Anti-Versailles-Agitation des Wehrverbandes liessen sich eine Vielzahl von politischen Ansichten bringen. Noch mehr galt dies für die Funktion des Frontsoldatenbundes als Interessenvertretung der Kriegsteilnehmer und zur Pflege der Kameradschaft. Sobald jedoch die Bundesführung in die Politik einzugreifen versuchte, traten naturgemäss erhebliche politische Spannungen auf, die wiederholt zu innerverbandlichen Krisen führten.

Die Gründe für die "Politisierung" des Bundes ergaben sich aus der allgemeinen politischen Entwicklung in der Mitte der 20er Jahre. Die Funktionen des Selbstschutz- und Wehrverbands verlor nach der inneren und äusseren Stabilisierung der Republik ihre Aktualität; ein Teil des "nationalen" Bürgertums schien nach der Wahl Hindenburgs, einer relativen wirtschaftlichen Konsolidierung und nach der aussenpolitischen Entspannung durch Stresemanns Aussenpolitik wenigstens zu einer taktischen Kooperation mit der Republik bereit, was in der Beteiligung der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen an der Regierung ihren sinnfälligen Ausdruck fand. Hier setzte der Gegenstoss der radikalen Exponenten des Stahlhelm ein: Sie erklärten unter völliger Verkennung der realen Möglichkeiten die Aussenpolitik für verfehlt und bezichtigten die "nationalen" Parteien "verhängnisvoller Zugeständnisse" gegenüber der Republik, die so wenig ihren militant-autoritären Vorstellungen von einem "starken" Staat entsprach. In prinzipieller Obstruktionshaltung verharrend, versuchten sie nach dem angeblichen Versagen der Parteien nun selbst in die Politik einzugreifen und eine breite politisch-militante Gegenbewegung zu institutionalisieren. Als die Rechtsparteien zum Teil Regierungsverantwortung übernommen hatten oder zum Teil - wie die NSDAP - nur eine geringe Rolle spielten, wurde der

zahlenmässige starke Stahlhelm eine Zeitlang die Hoffnung aller gegenrevolutionären Kräfte.

Voraussetzung für eine angestrebte verstärkte Aussenaktivität war eine einheitliche Willensbildung in dem so heterogenen Verband, bei dem sich ebenfalls Beruhigungstendenzen bemerkbar machten. Kapitän Ehrhardt, mit seinem in Preussen aufgelösten Bund Wiking in den Stahlhelm eintretend, bemühte sich, die Organisation zu einer einheitlich einsetzbaren Macht unter seiner Führung umzuformen. Die revolutionären Nationalisten des Standarte-Kreises um Ernst Jünger versuchten, dem Bund auf der Grundlage des Kriegserlebnisses ein einheitliches, revolutionäres "Frontsoldatenprogramm" zu geben.

Diese Absichten sind im grossen und ganzen gescheitert. Das Fronterlebnis, dem eine Überwindung der Klassen- und Parteigegensätze zugeschrieben wurde, ja das angeblich einen neuen Menschentyp hervorgebracht haben sollte, erwies sich in der praktischen Politik als wenig geeignetes "Bindemittel". Die begrenzte Wirkungsdauer des Erlebnisses zeigte sich darin, dass - zumindest für die Masse der Gefolgschaft - die Bindungen zu den Parteien stärker waren als der "Frontgeist" des Stahlhelm. Dagegen bildete das Kriegserlebnis einen wichtigen propagandistischen Faktor für die militanten Bünde in ihrem Kampf gegen den "Heimkriegerstaat" von Weimar. Es wurde zum eigentlichen Ausgangspunkt einer Frontstellung zum bestehenden Staat, zum "Ausweis militanter antidemokratischer Gesinnung".[1] In einem innerverbandlichen Schulungs- und Politisierungsprozess gelang es den radikalen Exponenten des Bundes unter Ausschaltung der gemässigten Kräfte, die Gesamtorganisation nach und nach auf eine eindeutige Anti-Weimar-Position festzulegen.

---

1) Sontheimer, aaO, S. 122.

Der Einfluss radikal-revolutionärer Gruppen auf die Gesamtorganisation zeigte sich 1926 im "amtlichen" Bundesorgan, das in unerhört scharfer Form die Weimarer Republik und die sie tragenden Kräfte attackierte und einen "Vorstoss im faschistischen Sinne" propagierte. Die innenpolitische Labilität der Republik im Frühjahr 1926 durch das kommunistische Volksbegehren und wiederholte Regierungskrisen liessen noch einmal die Hoffnung auf ein gewaltsames Vorgehen aufkommen, für das hier und da bereits entsprechende Vorbereitungen getroffen wurden. Aber die Auflösung des mit dem Stahlhelm liierten Bundes Wiking und das Verbot der Stahlhelm-Presse machten deutlich, dass die Zeit der Putsche vorbei war, dass eine zu scharfe Frontstellung gegen die Republik eine Gefahr für die Existenz des Bundes bedeutete.

Die naheliegende Konsequenz, jetzt den Bund in eine Partei umzuformen und ins Parlament zu gehen, wurde zwar wiederholt diskutiert, ist aber aus verschiedenen Gründen nie verwirklicht worden. Die "bündischen" Ideologen hatten einen derartigen Hass gegen Parlamentarismus und Liberalismus, dass sie es prinzipiell ablehnten, sich in die "Niederungen" des Parteikampfes zu begeben. Ausserdem werde, so argumentierten sie, die Entscheidung ohnehin nicht im Parlament fallen, da prinzipielle Opposition dort nicht möglich sei, die Parteien vielmehr immer wieder zu Kompromissen gezwungen würden. Freilich gab es noch einen anderen, einen ganz realen, bereits angedeuteten Grund, den die Bundesführung von einer Parteigründung abhielt: Es war zu befürchten, dass bei der Umformung des Stahlhelm in eine "Frontsoldatenpartei" die Organisation auseinanderbrechen würde, weil die Bindungen der Mitglieder zu den bestehenden Parteien stärker waren als der vielbeschworene "Stahlhelm-Geist". Schon die Umfunktionierung in eine politisch betonte Organisation war im Bunde verschiedentlich auf Widerstand gestossen. In manchen Kreisen hätte man es vorgezogen,

die Form des "unpolitischen" Wehrverbands beizubehalten und die Politik den Rechtsparteien zu überlassen.

Unter solchen Bedingungen war einer legalen politischen Aktivität "zwischen Putsch und Parlamentarismus" deutliche Grenzen gesetzt. Die unter der Parole "Hinein in den Staat" proklamierte neue Taktik verfolgte das Ziel, die Rechtsparteien von einer Kooperation mit den republikanischen Kräften, insbesondere mit der SPD, abzuhalten und sie auf eine einheitlich ausgerichtete, intransigente Opposition festzulegen. Das geschah durch Ausübung von Druck, indem sich die Bünde z. B. weigerten, Wahlhilfe für die Parteien zu übernehmen. "Stahlhelm-Abgeordnete" sollten bei den verschiedenen Rechtsparteien eine Art interfraktionelle Rechtsfront gegen die "Weimarer Parteien" bilden. Den Höhepunkt dieser Taktik bildete 1928 der Versuch, die Deutsche Volkspartei von der Zusammenarbeit mit der SPD abzuhalten und damit die Bildung der "Grossen Koalition" zu verhindern. Wenngleich der Versuch am energischen Widerstand Stresemanns scheiterte, wird man die pychologische Auswirkung dieses ständigen Agierens nicht zu gering einzuschätzen haben; der Stahlhelm dürfte neben anderen Faktoren seinen Teil zur Rechtsentwicklung der DVP beigetragen haben, wie sie sich 1931 an der Teilnahme am Stahlhelm-Volksbegehren zur Auflösung des preussischen Landtags zeigte.

Das eigentliche Aktionsfeld des Bundes blieb freilich stets der ausserparlamentarische Bereich, wo der Stahlhelm entsprechend seiner zahlenmässigen Grösse eine führende Position einnahm und wiederholt versuchte, die anderen Verbände zu einer "bündischen Sammlung" zu vereinigen. Die Wirksamkeit der politischen Tätigkeit lässt sich allerdings auch hier nicht mit Zahlen belegen, wie das etwa bei Parteien durch Wahlergebnisse der Fall ist. Das gilt z. B. für seine Funktion als Wahlhilfstruppe für die Rechtsparteien, vor

allem im Jahre 1924, oder anlässlich der Reichspräsidentenwahl im Jahre 1925, als der Bund in manchen Teilen des Reiches die organisatorische Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes übernahm. War den Rechtsparteien, ausgenommen die NSDAP, durch ihre Regierungsbeteiligung eine gewisse Beschränkung in der Agitation auferlegt, so konnten die "nationalen" Bünde umsomehr in "Hassbotschaften" und in immer neuen Kundgebungen und Aufmärschen ihren nationalen Leidenschaften gegen eine besonnene Politik freien Lauf lassen und Einfluss auch auf breitere Kreise der Öffentlichkeit gewinnen. Sie übersteigerten und verzerrten die Gegensätze zu einer allgemeinen Kampfsituation.

Auch die verschiedenen, vom Stahlhelm und anderen Gruppen durchgeführten Volksbegehren waren in erster Linie Mittel der Agitation und der Integration. Das von der Stahlhelm-Führung mit erheblichem Propagandaaufwand vorbereitete Volksbegehren zur Abänderung der Reichsverfassung kam nicht zur Durchführung; der Bund schloss sich dem Volksbegehren gegen den Young-Plan an, zu dem sich erstmals die Deutschnationalen, der Stahlhelm und die NSDAP zu einer Einheitsfront vereinigten. Im politischen Mittel des Volksbegehrens, das für den Stahlhelm die geeignete Aktionsform schien, zeigt sich besonders deutlich der vorbereitende Charakter der Bundesaktivität, von der stets andere Faktoren profitierten. Denn was konnte sich der Bund beispielsweise von der Auflösung des preussischen Landtags erwarten, an dessen Neuwahl er als nichtparlamentarische Organisation gar nicht aktiv teilnehmen konnte?

Die Rechtsentwicklung des Stahlhelm wurde im Wandel des Verhältnisses zu den "nationalen" Parteien deutlich. Der volksparteiliche Einfluss im Bund ging zurück, je mehr Stresemann seine Partei zur Kooperation mit den republikanischen Kräften zwang. Nachdem schon in den führeren Jahren wegen der ständigen Einmischungsversuche des Stahlhelm wiederholt Spannungen bestanden hatten, kam es nach

der offenen Kampfansage des Bundes an die Republik 1928 zum Bruch mit der Partei, die ihren Abgeordneten die Zugehörigkeit zum Bunde untersagte, wenn auch bei zunehmenden Rechtstendenzen der Partei nach dem Tode Stresemanns die Verbindungen, besonders in den Untergliederungen, nie ganz abrissen.

Auch das Verhältnis zur Deutschnationalen Volkspartei war nicht frei von Spannungen, besonders seit sich die Partei an der Regierung beteiligte. Dadurch verlor die Partei bei den radikalen Opponenten des Stahlhelm erheblich an Kredit. Wegen ihrer "sozialen Beschränktheit" standen besonders die jüngeren Frontsoldaten und die Nachkriegsgeneration den Deutschnationalen mit Vorbehalten gegenüber, die auch blieben, als Hugenberg die Partei auf einen intransigenten Obstruktionskurs festlegte. Die Differenzen, die ihre Ursachen auch im Generationskonflikt hatten, wurden besonders bei den Reichstagswahlen 1928 deutlich, als die Partei - durch ihre Regierungsbeteiligung ohnehin diskrediert - sich den personellen Forderungen des Stahlhelm bei der Aufstellung der Wahllisten weitgehend verschloss und sich daraufhin Gruppen verschiedentlich weigerten, wie früher als Wahlhilfstruppe zu fungieren.

Der Abwendung von den bürgerlich-nationalen Parteien entsprach auf der anderen Seite eine zunehmende Sympathie zur NSDAP, die nicht durch Zugeständnisse einer Regierungspartei diskrediert war. Wegen ihrer bündisch-militärischen Struktur galt sie nicht als eine Partei im üblichen Sinne, sondern - ganz im Sinne Hitlers - als Bewegung, eine Tatsache, die nicht zuletzt der SA zu verdanken war, mit der sich der Stahlhelm besonders eng verwandt fühlte. Von massgebenden Stahlhelm-Führern forciert, erreichte die Zusammenarbeit der beiden Gruppen bereits im Frühjahr 1929, also vor der im Herbst anlaufenden Young-Plan-Aktion, so enge Formen, dass man in der Öffentlichkeit von einer "Arbeitsteilung" sprach.

Die radikale Entwicklung des Bundes, wie sie sich im Bündnis mit Hitler und Hugenberg beim Kampf gegen den Young-Plan manifestierte, die masslose antirepublikanische Hetze der "Hassbotschaften" und unverhohlene Bürgerkriegsvorbereitungen in Untergruppen, veranlassten die preussische Regierung im Oktober 1929, ein Teilverbot zu erlassen und so nach der Auflösung des Roten Frontkämpferbunds die Staatsautorität wenigstens andeutungsweise auch gegen rechts durchzusetzen. Der Versuch misslang: Hindenburg weigerte sich nicht nur, seine Ehrenmitgliedschaft im Stahlhelm niederzulegen, sondern setzte sich mit seiner ganzen Autorität für die Aufhebung des Verbots ein, das im Juni 1930 erfolgte. Die damit verbundene Hoffnung, den Stahlhelm von Hugenberg zu lösen und den Bund für das "Hindenburg-Kabinett" Brüning zu gewinnen, scheiterte indessen, mochte sich auch ein gemässigter Flügel des Bundes für dessen Tolerierung einsetzen.

Wie eng die Bindungen zu Hugenberg und Hitler inzwischen geworden waren, zeigte sich freilich erst bei der Reichspräsidentenwahl im Jahre 1932, als die "Kameraden" des Stahlhelm ihr Ehrenmitglied Hindenburg im Stiche liessen und in der Person des Zweiten Bundesführers Duesterberg sogar einen Gegenkandidaten präsentierten. Nun wurde allerdings auch klar, dass die Radikalisierung der Mitgliederschaft schon weiter fortgeschritten war, als der Bundesführung recht sein konnte: Ein beträchtlicher Teil der Gefolgschaft folgte nicht der Parole ihres Führers, sondern wählte Hitler. Die Bundesführung sah sich in der Folgezeit nicht mehr in der Lage, der zunehmenden nationalsozialistischen Unterwanderung Einhalt zu gebieten. Unter dem Druck "von unten" näherte sie sich unter deutlicher Distanzierung von Hugenberg erneut den Nationalsozialisten, so wenn sie z. B. bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 neben der DNVP ausdrücklich die Listen der NSDAP empfahl.

Der pseudolegalen Taktik der NSDAP standen die Stahlhelm-Führer hilflos gegenüber. Jahrelang hatten sie die Krise herbeigesehnt und ihre Mitglieder auf die "Stunde des Stahlhelm" vertröstet und - in militärischen Kategorien denkend - den klassischen Staatsstreich vorbereitet. Als die Krise endlich da war, musste der Bund als aueserparlamentarische Gruppe der "Nationalen Opposition" abseitsstehen und tatenlos zusehen, wie die Nationalsozialisten auf"legalem" Weg Wahlsieg auf Wahlsieg errangen. Darüberhinaus geriet die Organisation in Gefahr, in den erbitterten Wahlkämpfen des Jahres 1932 zwischen Hugenberg und Hitler zerrieben zu werden.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma schien bei Betonung der "Überparteilichkeit" eine enge Anlehnung an das Präsidialkabinett Papen zu sein. Als jedoch die Nationalsozialisten im Herbst 1932 zum offenen Angriff auf Papen übergingen, geriet auch der Bund erneut in das Schussfeld der Partei. Nachdem man jahrelang die angebliche Gemeinsamkeit der Zielsetzung mit der NSDAP betont hatte, war es für eine, jetzt von der Bundesführung angestrebte klare Frontstellung gegenüber der Partei zu spät: Die Untergliederungen samt ihren Führern sympathisierten weiter mit Hitler, mochten auch bei den Novemberwahlen 1932 der Anteil der nationalsozialistischen Stimmen infolge schwerer Auseinandersetzungen zurückgehen. Ein Gegengewicht gegen die NSDAP bzw. die SA konnte der Stahlhelm jedoch nicht darstellen.

Im Falle des Stahlhelm war deshalb das Scheitern der Papenschen "Einrahmungskonzeption" nicht erstaunlich: Bei den Reichstagswahlen am 5. März wählte wohl der grössere Teil der Stahlhelm-Gefolgschaft nicht die aus DNVP und Stahlhelm gegründete Kampffront Schwarz-Weiss-Rot, sondern die nationalsozialistischen Listen, wie Unterführer des Bundes ausdrücklich empfohlen hatten. Seldte, der im "Kabinett

der nationalen Erhebung" das Arbeitsministerium übernommen hatte, zog gewissermassen die Konsequenz aus dieser Entwicklung, als er nach Ausschaltung oppositioneller Kräfte um Duesterberg den Bund bereits Ende April 1933 Hitler unterstellte. Voraussetzung für einen aktiven Widerstand, zu dem sicherlich ein Teil des Stahlhelm bereit gewesen wäre, hätte ohnehin die Zusammenarbeit mit der Reichwehr sein müssen. Indem sich diese jedoch mit Hitler arrangierte und mit der SA ein taktisches Bündnis schloss, vereitelte sie auch den Plan Seldtes und Papens, bei Aufgabe der politischen Selbständigkeit den Stahlhelm wenigstens als Wehrverband bei enger Anlehnung an die Reichswehr zu erhalten und den Bund vor einer Zerschlagung durch die SA zu bewahren.

Wenn auch die Mehrheit des Stahlhelm den totalitären Staat in der Form der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft abgelehnt hat, so wird man auf der anderen Seite den Bund nicht von der Verantwortung freisprechen können, nach Kräften an der Vernichtung des Weimarer Staats mitgeholfen zu haben. Der Kampf gegen ihn wurde vornehmlich mit aussenpolitischen Argumenten geführt. Eine wirksame Revision des Versailler Vertrags konnte in der Sicht der Revanche-Politiker des Stahlhelm, wie der gesamten Rechtsopposition, nur ein "starker" Staat vollbringen; der parlamentarisch-demokratische Staat war nach ihren Prämissen gar nicht in der Lage, eine einheitliche Willensbildung zuzulassen. Indem man behauptete, "Weimar" stünde vor "Versailles", proklamierten die extremen Exponenten des Stahlhelm die Notwendigkeit der "inneren" vor der "äusseren" Befreiung und damit die rücksichtslose Bekämpfung der parlamentarischen Republik.

Die Weimarer Republik war ein schwacher Staat. Nach der militärischen Niederlage, die freilich von den massgebenden Stahlhelm-Führern im Sinne der Dolchstoss-Ideologie stets abgeleugnet wurde, konnte nach Lage der Dinge nur eine friedliche, mühselige Revision des Vertrags möglich

sein. Der äusseren Ohnmacht entsprach eine innere Labilität durch mangelnden Willen zur Kooperation, auch der "Weimarer Parteien", die schon seit 1920 die Mehrheit im Reichstag verloren hatten. Es war deshalb notwendig, die "nationalen", nichtrepublikanischen Partein zu einer, wenn auch nur taktisch bedingten Mitarbeit zu gewinnen, aus der vielleicht allmählich eine ehrliche Verstandigung erwachsen wäre. Für die militärischen Führer des Stahlhelm, nicht fähig oder nicht willens, die Realitäten der modernen Gesellschaft zu begreifen, war es gerade das erklärte Ziel, eine solche Kooperation der "nationalen" Kräfte mit der Republik zu vereiteln, sie vielmehr zu einer fruchtlosen Obstruktionshaltung gegenüber dem Staat von Weimar zu zwingen. Die politische Aktivität des Bundes zielte letztlich darauf ab, im Volk eine militant-nationalistische Oppositionsstimmung zu erzeugen und die antirepublikanischen Kräfte in einer "Nationalen Opposition" zu sammeln. Diese Bemühungen, in der Mitte der zwanziger Jahre besonders im ausserparlamentarischen Bereich einsetzend, erreichten 1928 nach dem Wahlsieg der "Linksparteien", als sich die "Gefahr" abzeichnete, die Republik könnte sich endgültig stabilisieren, einen Höhepunkt. Die Wirtschaftskrise war ein günstiger Anlass, den nicht recht vorwärtskommenden Angriff gegen die Republik weiter voranzutragen, eine Chance, das verhasste "System" zu beseitigen.

Hat so der Stahlhelm zur Militarisierung und Radikalisierung des politisch-gesellschaftlichen Raums beigetragen und wesentlichen Anteil am Zustandekommen der "Nationalen Opposition" gehabt, ein sichtbarer Erfolg, eine echte politische Willensbildung gelang ihm nicht. Während Hitler nach 1923, als die Zeit der Putsche vorbei war, konsequent den "legalen" parlamentarischen Weg zur Eroberung der Macht beschritt, behielt der Stahlhelm aus strukturellen und ideologischen Gründen die Form des ausserparlamentarischen Kampfbunds bei und verzichtete damit auf ein selbständiges Eingreifen

bei Wahlen und auf eine Verbreiterung seiner Basis. Ohne ausgeprägten Willen zur Macht, ausschliesslich in militärischen Kategorien denkend, setzten die radikalen Stahlhelm-Führer ihre Hoffnung auf eine "Revolution von oben" in der Krise, die dann die "Stunde des Stahlhelm" sein würde. Die politischen Aktionen, die vielfach gar nicht der Struktur des Bundes entsprachen, hatten einen improvisierten Charakter und verfolgten letzten Ende den Zweck, den Zustand der Krise mit herbeizuführen und den "letzten Einsatz" zu ermöglichen. Nutzniesser dieser mehr vorbereitenden als auf einen Erfolg abzielenden politischen Tätigkeit waren die extremen Rechtsparteien, zunächst die Deutschnationalen, dann aber die NSDAP, die es verstand, dem autoritären Gemeinschaftsideal der Bünde die "klarste und schlagkräftigste Form in der politischen Wirklichkeit zu schaffen".[2)]

Wenn Seldte 1928 erklärte, der Stahlhelm habe seine Aufgabe erfüllt, wenn er einem Mann, der Deutschland zu "Sieg und Freiheit" führen werden, den Weg bereitet habe,[3)] dann mochte er damit nicht Adolf Hitler meinen, tatsächlich aber hat der Bund als Teil der "Nationalen Opposition" die Ressentiments, besonders der Frontgeneration, gegen die Weimarer Republik gefördert und vertieft und so den Erfolg des Nationalsozialismus vorbereitet.

Wie aus einer vergleichenden Analyse hervorgeht, bestehen bei den Soldatenorganisationen in der verschiedenen Ländern Neigungen zu einem mehr oder weniger ausgeprägten Rechtsradikalismus.[4)] Offenbar fühlen sich die organisierten Kriegsteilnehmer mit ihrem soldatischen Denken im schwer

---

2) Bracher, Auflösung, S. 131.

3) St. 10/43/21.10.1928.

4) Rémond, Les Anciens Combattans et la Politique, in: Revue Française de Science Politique, Jg. 5 (1955), S. 267 ff. Die Darstellung des Stahlhelm 1918 - 1933 ist unzureichend, weil die besonderen deutschen Verhältnisse nach dem Ersten Weltkrieg und damit die Motive zur Gründung der zahlreichen militanten Organisationen unberücksichtigt blieben.

durchschaubaren Pluralismus der modernen Demokratie besonders unbehaglich und streben deshalb nach autoritären Lösungen. Solche Tendenzen können besonders in jenen Ländern relevant werden, die - wie die Bundesrepublik - keine jahrhundertealte Erfahrung mit dem parlamentarisch-demokratischen Regierungssystem besitzen. Die Tatsache, dass sich die Soldatenorganisationen in der Bundesrepublik betont verfassungstreu geben und sie heute im Vergleich zur Weimarer Zeit eine bescheidene Rolle im politischen Leben spielen, wird uns deshalb nicht von der Verpflichtung entheben können, die Personen und Tendenzen in diesen Gruppen sorgfältig zu beobachten. Das gilt sowohl für die grossen "unpolitischen" Geschädigtenorganisationen als auch für die betont politischen Verbände, wie den wiedererstandenen Stahlhelm und für die anderen rechtsradikalen Gruppen und Grüppchen, die sich um ein Aufleben der "Nationalen Opposition" bemühen. Wenn es gilt, nach den leidvollen Erfahrungen der Weimarer Zeit schon den Anfängen zu wehren, dann wird das nicht allein mit repressiven Massnahmen geschehen müssen, sondern durch das Bemühen, bei diesen Gruppen das Verständnis für die freiheitlich-demokratische Ordnung zu wecken und sie zur Mitarbeit am heutigen Staat zu gewinnen.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

I. Ungedruckte Quellen

1. Akten der Reichskanzlei (Bundesarchiv Koblenz)

R 43 I /

766 Militärvereine, Bd. 1 (April 1921 - 31.1.1933)

770 Vaterländische Vereine, Bd. 1 (September 1923 - 31.1. 1937)

1459 Kabinettsprotokolle vom 1.1.1933 - Ende Februar

1460 Kabinettsprotokolle vom März 1933

Lageberichte des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung

2696 Bd. 1 (1926 - 1927)

2697 Bd. 2 (1928)

Deutschnationale Volkspartei

2654 Bd. 1 (vom 21.5.1919 - 31.3.1931)

2655 Bd. 2 (vom 1.4.1931 - 31.3.1933)

Kommunistische Partei, Spartakus, Bolschewismus

2672 Bd. 8 (vom 1.1.1925 - 31.3.1926)

2673 Bd. 9 (vom 1.4.1926 - 31.12.1927)

Organisation Escherich (Orgesch) - Organisation Consul, Wehrwolf, Stahlhelm und andere Rechtsverbände

2731 Bd. 1 (vom 14.8.1920 - 31.12.1923)

2732 Bd. 2 (vom 1.1.1924 - 31.12.1926)

2733 Bd. 3 (vom 1.1.1927 - 15.10.1935)

Stahlhelm

2734 Bd. 1 (vom 24.8.1921 - 31.12.1929)

2735 Bd. 2 (vom 1.1.1930 - 31.12.1931)

2. Akten der Deutschen Volkspartei (Bundesarchiv Koblenz)

R 45 II /

11 Reichsgeschäftsstelle (Reichspräsidentenwahl 1925)

14 Reichsgeschäftsstelle (Reichspräsidentenwahl 1925)

66 Reichstagsfraktion. Vorstandssitzungen (vom 21.9.1923 - 25.11.1930)

3. Akten des preussischen Justizministeriums (Bundesarchiv Koblenz)

Generalakten P 135

8466 Abwehr von Umsturzbestrebungen 1920 - 1934

8476 Gesetz zum Schutz der Republik, 1920 - Ende 1922

8477 Gesetz zum Schutz der Republik, 1923 - 1926

8478 Gesetz zum Schutz der Republik, 1927 - 1932

4. Stahlhelm-Akten (Bundesarchiv Koblenz)

R 72/1 Landesverband Hannover, 1929 - 1930. Auseinandersetzungen mit der Deutsch-Hannov. Partei, Niedersächsische Bewegung

Handakten des Generalmajors a.D. Frhr. Frithof von Hammerstein, aus seiner Tätigkeit als Führer des Gaues Hildesheim

R 72/2 Bd. 1, Schriftwechsel 1926 - 1927

R 72/3 Bd. 2, Gaumitteilungen (hekt.) 1927 - 1929

Amtlicher Schriftwechsel des Stahlhelm, Gau Hildesheim des Landesverbands Hannover

R 72/4 Bd. 1, 1923 - 1930

R 72/5 Bd. 2, 1931 - 1932

R 72/6 Bd. 3, 1933 - 1936 (1939)

R 72/7 Amtlicher Briefwechsel der Kreisgruppe Marienberg im Salzgau, 1924 - 1934

R 72/8 Protokollbücher von Ortsgruppen der Kreisgruppe Marienberg im Salzgau, 1923 - 1936

R 72/9 Akte des Rittergutspächters Rud. Brandt in Binder, Kreis Wolfenbüttel betr. Heimatbund Hainberg

R 72/10 Hans Lüders, Der Salzgau im Stahlhelm (Manuskript 1935)

R 72/11 Schriftwechsel von Hans Lüders zu: Der Salzgau im Stahlhelm, 1935 - 1938

R 72/13 Gau Köln. Anfeindungen und Übergriffe von nationalsozialistischer Seite, insbesondere Differenzen mit der SA, 1933 - 1934

R 72/16 Kreisleitung Köln. Sammlung versprengter Unterlagen (vor allem aus dem Bereich des Gaues Köln), 1928 - 1936

R 72/14 Gau Köln. Kameradschaftsabend anlässlich des Besuchs der englischen Frontkämpfer 1935

R 72/15 Kreisleitung Köln, Kreisbefehle 1933

5. Akten aus dem Document Center, Berlin (Bundesarchiv Koblenz)

NS 26/ vorl.

710 Einwohnerwehr Halle/S.

863 Sammlung Schumacher, 470 u. 471 (Der Stahlhelm, Bd. 1, 2)

871 Völkisch-Nationaler Block

876 Der Wehrwolf

878 Bund Wiking

Deutscher Reichskriegerbund Kyffhäuser

924 Volksbegehren betr. Youngplan, Juli 1929 - Dezember 1929

925 Volksbegehren betr. Youngplan, Januar 1930 - 1931

926 Volksbegehren 1931 (Auflösung des Preussischen Landtags)

930 Reichspräsidentenwahl 1931/32 (Bd. 2)

6. Zeitgeschichtliche Sammlung (Rundschreiben usw., auch gedrucktes Material, Bundesarchiv Koblenz)

1 - 88/3 Stahlhelm 1921 - 1929

1 - 88/4 Stahlhelm 1929 - 1933

1 - 88/5 Stahlhelm 1933 - 1934

1 - 88/6 NSDFB 1934

1 - 88/8 Rundschreiben zum Volksbegehren 1929 und 1931

7. Zeugenschrifttum (Institut für Zeitgeschichte München)

Duesterberg, Theodor (ZS 1700)
Jüttner, Max (ZS 251)
Seldte, Franz (1948/56)

8. Nachlässe

Baur, Max, Oberst i. G. (Bundesarchiv Koblenz)
Gayl, Wilhelm Frhr. von, Reichsminister des Innern (Bundesarchiv Koblenz)
Gessler, Otto, M.d.R., Reichswehrminister (Bundesarchiv Koblenz)
Schleicher, Kurt von, General der Infanterie, Reichskanzler (Bundesarchiv Koblenz, Militärarchiv, H 08 - 42)
Schwertfeger, Bernhard, Generalmajor (Bundesarchiv Koblenz)
Seeckt, Hans Friedrich Leopold von, Generaloberst (Institut für Zeitgeschichte München, nur Rolle 15)
Severing, Carl, Reichsminister des Innern (SPD-Parteiarchiv Bonn, Akte Stahlhelm)
Traub, Gottfried, Pfarrer, Politiker (DNVP) (Bundesarchiv Koblenz)

II. Gedruckte Quellen und zeitgenössische Literatur

1. Zeitungen und Zeitschriften

Arminius. Kampfschrift für deutschen Nationalismus. Im Verein mit Ernst Jünger u. Wilhelm Weiss hrsg. von Helmut Franke. Nr. 37/38 vom 27.10.1926 - Nr. 37 vom 11.9.1927.

Der Bayerische Stahlhelm. Vereinigt mit Bayerischer Herold. Jg. 1927 (Nr. 17) - 1932 (Nr. 25).

Berliner Tageblatt und Handelszeitung. Jg. 53 (1924), Jg. 56 (1928).

Der Deutschenspiegel. Politische Wochenschrift. Jg. 5 (1928) - 7 (1930).

Führerbriefe. Hrsg. von der (Stahlhelm-) Bundesleitung. Nr. 2 (15.3.1927) - Nr. 6 (.3.1928).

Führer-Briefe. Politik - Wirtschaft - Technik. Hrsg. vom Bundesamt des Stahlhelm. Jg. 1 (1931) - Jg. 3 (1933) (lückenhaft).

Gaumitteilungen (des Gaus Hildesheim). Jg. 1927 - 1929 (lückenhaft).

Führer-Nachrichten-Blatt der Bundesleitung des Stahlhelm. Jg. 1924 - 1932.

Hannoverscher Stahlhelm. Stahlhelm-Zeitung für Stadt und Provinz Hannover. Jg. 6 (1932), 2. Halbjahr; Jg. 8 (1934).

Der Jungdeutsche. Tageszeitung für Volkskraft und Ständefrieden. (Tageszeitung des Jungdeutschen Ordens). Jg. 2 (1923) - Jg. 12 (1931); Jg. 14 (1933), April - Juni (lückenhaft).

Die Junge Nation (Hrsg. vom Stahlhelm, Landesverband Braunschweig). Jg. 1928 - 1929.

Neue Preussische Kreuzzeitung. Ausg. B. Jg. 85 (1932).

Das Reichsbanner. Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer. Jg. 4 (1927) - 10 (1933).

Der Ring. Jg. 3 (1930) - 6 (1933).

Der SA-Mann. Jg. 1 (1932).

Der Stahlhelm (Bundesorgan, seit 1.3.1919 als Halbmonatsschrift, seit 9.3.1924 als Wochenschrift). Jg. 2 (1920) - 17 (1935).

Der Stahlhelm-Student. Organ des Stahlhelm-Studentenverbands Langemarck. Hrsg. vom Stahlhelm-Studentenamt. Jg. 1 (1929/30) - 4 (1932/33).

Standarte.
a) Beiträge zur geistigen Vertiefung des Frontgedankens. Nichtbundesamtliche Führerbeilage zum Stahlhelm. Hrsg. von Grachus (Helmut Franke). Vom 6.9.1925 - 28.3.1926.
b) Wochenschrift des neuen Nationalismus. Hrsg. von Ernst Jünger, Franz Schauwecker, Helmut Franke u. Wilhelm Kleinau. Jg. 1926, H. 1 (2.4.1926) - H. 22 (4.12.1926, Redaktion: Schauwecker).
c) Wochenschrift des neuen Nationalismus. Hrsg. von Wilhelm Kleinau. Jg. 1927 (13.1.1927) - 1928 (30.9.1928)
d) (Vom Ring-Vertrieb übernommen, inhaltlich übereinstimmend mit "Gewissen"). Jg. 1929, 1930.

Die Tat. Monatsschrift zur Gestaltung neuer Wirklichkeit. Jg. 20 (1928/29) - 23 (1931/32).

Unsere Partei (ab 1933: Der nationale Wille. Deutschnationales Kampfblatt). Jg. 6 (1928) - 11 (1933).

Völkischer Beobachter. (vorwiegend Bayern-Ausgabe). Jg. 39 (1926) - 45 (1932).

Der Vormarsch. Blätter der Wikinger (später: Kampfschrift für deutschen Nationalismus). Jg. 1 (1927/28) - 2 (1928/29).

Wehrwolf (Zeitschrift des Bundes Wehrwolf). Jg. 5 (1928).

Die Westfront. (Nachrichtenblätter der Stahlhelm-Landesverbände Rheinland und Industriegebiet). Jg. 1927 - 1928 (lückenhaft).

2. Sonstige Quellen und zeitgenössische Literatur

Das Akademische Deutschland. Bd. 2: Die deutschen Hochschulen und ihre akademischen Bürger. Berlin 1931.

Alter, Junius (Pseud.) s. Sontag, Franz.

Die Arbeitnehmerorganisation der Zukunft. Reden anlässlich der 3. Jahreshauptversammlung der Stas. Hrsg. vom Vorstand der Stas. Halle/S. 1932.

Arnim, Hans von und Georg von Below (Hrsg.): Deutscher Aufstieg. Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechtsstehenden Parteien. Berlin, Leipzig, Wien 1925.

Axhausen, Günther: Organisation Escherich. Die Bewegung zur nationalen Einheitsfront. Berlin 1921.

Baden, Th. (Hrsg.): Offener Brief an den Stahlhelm, BdF. Stade 1931.

Baden, Th. (Hrsg.): Zweiter Offener Brief an den Stahlhelm, BdF. Stade o. J. (um 1932).

Bargon, Anton Wilhelm (Hrsg.): Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten,und die katholische Weltanschauung. Leipzig o.J. (1926).

Bendziula, Friedrich und Sigmund Graff (Hrsg.): Der Zehnte Reichsfrontsoldatentag (München in Wort und Bild). Magdeburg o.J. (1929).

Bochow, Martin: Männer unter dem Stahlhelm. Vom Werden, Wollen und Wirken des Stahlhelm, BdF. 5. Aufl. Stuttgart 1933.

Bozi, Alfred und Alfred Niemann (Hrsg.): Die Einheit der Nationalen Politik, Stuttgart 1925.

Brauweiler, Heinz: Berufsstand und Staat. Betrachtungen über eine neuständische Verfassung des deutschen Staates. Berlin 1925 (Ring-Schriftenreihe des Politischen Kollegs).

Brauweiler, Heinz: Generäle in der Deutschen Republik. Groener, Schleicher, Seeckt. Berlin 1932.

Brauweiler, Heinz: Schule der Politik. Berlin 1928.

Buchner, Max: Auf dem Wege nach Weimar und von Weimar nach Potsdam. Ein geschichtlicher Rückblick auf die Wandlung des Bismarckreiches zum Parteienstaat und das Wieder-Erwachen des nationalen Deutschlands. München o.J. (1933).

Crasemann, Ferdinand: Freikorps Maercker. Erlebnisse und Erfahrungen eines Freikorpsoffiziers seit der Revolution. Hamburg, Berlin, Leipzig o.J.

Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Bd. 6: Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918 - 1920. Berlin 1940.

Everling, Friedrich: Organischer Aufbau des Dritten Reiches. 2., umgearb. Aufl. von: Stahlhelm und organischer Staat. München 1931.

Everling, Friedrich: Warum bekämpfen wir den Parlamentarismus? Hrsg. vom Bundesamt des Stahlhelm, BdF. O.O. u.J. (um 1929). (Stahlhelm-Flugschrift).

Frank, Herbert: Geheimnisvolle Querverbindungen über Deutschland. Der deutsche Herrenklub. München 1932.

Franke, Helmut: Staat im Staate. Aufzeichnungen eines Militaristen. Magdeburg 1924.

Franke, Helmut: Wir brechen die Bahn. Leipzig 1926.

Freytagh-Loringhoven, Axel von: Deutschnationale Volkspartei. Berlin 1931 (Die geistige Struktur der politischen Parteien Europas. Bd. 3).

Friedlaender, Otto: Die ideologische Front der nationalen Opposition, in: Sozialistische Monatshefte. Jg. 35 (1929), Bd. 68, S. 207 - 212.

Galéra, Karl Siegmar von: Das junge Deutschland und das Dritte Reich. Leipzig 1932.

Galéra: Karl Siegmar von: Der Kampf um das Dritte Reich. Bd. 1 - 3. Leipzig 1933 (Geschichte unserer Zeit, Bd. 5 - 7).

Gerhart, Walter (Pseud.) s. Gurian, Waldemar.

Goebbels, Joseph: Der Angriff. Aufsätze aus der Kampfzeit. 6. Aufl. München 1937.

Goebbels, Joseph: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern. (Vom 1.Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933). Berlin 1934.

Grote, Hans Henning Frhr. von (Hrsg.): Deutschlands Erwachen. Das Buch vom Niedergang und Aufstieg des deutschen Volkes 1918 - 1933. Essen 1933.

Gruss, Fr. Th. (Verantw.): (Der Stahlhelm). Berlin-Schöneberg o. J. (um 1933/34).

Gumbel, Emil Julius: Verräter verfallen der Feme. Opfer, Mörder, Richter. 1919 - 1929. Abschliessende Darstellung unter Mitwirkung von Berthold Jacob und Ernst Falck. Berlin 1929.

Gumbel, Emil Julius: Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalen Geheimbünde seit 1918. Wien 1924.

Gumbel, Emil Julius: Vier Jahre politischer Mord. 5. Aufl. von: Zwei Jahre Mord. Berlin 1922.

Gurian, Waldemar (Pseud: Walter Gerhart): Um des Reiches Zukunft. Nationale Wiedergeburt oder politische Reaktion. Freiburg/Br. 1932.

Gutbrod, Carlfriedrich: Ein alter Stahlhelmer erzählt. Vom Werden der Ortsgruppe Pforzheim. Pforzheim 1935.

Harms, Bernhard (Hrsg.): Volk und Reich der Deutschen. Vorlesungen, gehalten in der Deutschen Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung. Bd. 1, 2. Berlin 1929.

Heiden, Konrad: Adolf Hitler. Bd. 1. 2. Zürich 1936 - 37.

Heiden, Konrad: Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee. Berlin 1932.

Heinz, Friedrich Wilhelm: Die Nation greift an. Geschichte und Kritik des soldatischen Nationalismus. Berlin 1933 (noch 1932 erschienen).

Hitler, Adolf: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. 24.Aufl. München 1933.

Horkenbach, Cuno (Hrsg.): Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. Berlin 1931.

Hotzel, Curt (Hrsg.): Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs. Stuttgart 1934.

Jünger, Ernst (Hrsg.): Der Kampf um das Reich. Berlin 1929.

Jünger, Ernst (Hrsg.): Krieg und Krieger. Berlin 1930.

Jünger, Ernst (Hrsg.): Die Unvergessenen. Berlin u. Leipzig 1928.

Jünger, Friedrich Georg: Aufmarsch des Nationalismus (hrsg. u. eingel. von Ernst Jünger). Leipzig 1926.

Junius Alter (Pseud.) s. Sontag, Franz.

Kanzler, Rudolf: Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren. München 1931.

Keesings Archiv der Gegenwart Jg. 1931/32 - 1935. Wien o. J.

Kleinau, Wilhelm: Franz Seldte. Ein Lebensbericht. Berlin 1933.

Kleinau, Wilhelm: Soldaten der Nation. Die geschichtliche Sendung des Stahlhelm. Berlin 1933.

Kleinau, Wilhelm: Stahlhelm und Staat. Eine Erläuterung der Stahlhelm-Botschaften. Berlin 1929.

Kulbe, Reinhard (Bearb.): Politischer Leitfaden für Stahlhelmer (im Auftrag des Stahlhelm, BdF, Gau Berg). Düsseldorf 1928.

Krockow, Martin: Deutschlands Zusammenbruch und Freiheitskampf 1918 - 1935. Breslau 1935.

Lebrecht, Georg und Günther Vogler: Die Uniformen der SA, SS, des Stahlhelm, Brigade Ehrhardt, Hitler-Jugend, Amtswalter, Abgeordnete, NSBO und NSKK. Berlin 1933.

Liermann, Hans; Partei und Bund, in: Blätter für Deutsche Philosophie, Bd. 5 (1931/32), S. 235 - 247.

Lippelt, O. und Huckstorf, E. (Hrsg.): 15 Jahre Stahlhelm in Niedersachsen. Lückow i. H. 1936.

Mahraun, Artur: Gegen getarnte Gewalten. Weg und Kampf einer Volksbewegung. Berlin 1928.

Martin, Hermann: Vor dem Bürgerkrieg. Leipzig 1929.

Martin, Hermann: Zehn Jahre Stahlhelm. Denkschrift. Leipzig 1929.

Medem, Walter Eberhard Frhr. von: Seldte, Duesterberg. Leipzig und Berlin 1932 (Männer und Mächte).

Mertens, Carl: Ein Dokument zur Reichswehr und Stahlhelm-Politik, zuerst veröffentlicht in der "Menschheit", Nr. 30 v. 29.7.1927, mit erl. Aufsätzen von Friedrich Wilhelm Foerster. Wiesbaden 1927.

Mertens, Carl: Verschwörer und Fememörder. Berlin-Charlottenburg 1926.

Morozowicz, von (Hrsg.): Die Hassbotschaft von Fürstenwalde. Im Auftr. der Landesführung des Stahlhelm Brandenburg, unter bes. Mitarbeit von Polizeioberst a.D. Müller-Brandenburg. O.O. u. J. (um 1928/29).

Moeller van der Bruck, Arthur: Das Dritte Reich. 3. Aufl. bearb. von Hans Schwarz. Hamburg 1931 (Die Ringbücherei der Hanseatischen Verlagsanstalt Hamburg).

Müller-Jabusch, Maximilian (Hrsg.): Politischer Almanach. Jahrbuch des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und der Organisation, fortgesetzt unter dem Titel: Handbuch des öffentlichen Lebens. Berlin-Leipzig 1925, 1926, 1927, 1931.

Muralt, Ferdinand: Der Stahlhelm und die Grosse Politik, in: Hochland, Jg. 30 (1932/33), S. 193 - 204.

Neumann, Sigmund: Die Deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege. Berlin 1932. (Fachschriften zur Politik und staatsbürgerliche Erziehung).

Ney, E.-L.: L'Autre Allemagne. Récits de missions spéciales. Paris 1930.

Niekisch, Ernst: Gedanken über deutsche Politik. Dresden 1929.

Der NSDFB (Stahlhelm). Geschichte, Wesen und Aufgabe des Frontsoldatenbundes. Hrsg. vom NSDFB (Stahlhelm). Berlin 1935.

Oertzen, Friedrich Wilhelm von: Die deutschen Freikorps 1918 - 1923. München 1936.

Ormesson, Wladimir, d': Vertrauen zu Deutschland? Aus dem Franz. Berlin 1929.

Pache, Alexander: Der Stahlhelm, BdF. Sein Werden, sein Wesen, seine Ziele. Zwickau i. S. 1929.

Paetel, Karl Otto (Hrsg.): Sozialrevolutionärer Nationalismus. Flarchheim/Thür. 1930.

Posse, Ernst H.: Die politischen Kampfbünde Deutschlands. Berlin 1930 (Fachschriften zur Politik und staatsbürgerlichen Erziehung).

Reibnitz, Kurt von: Im Dreieck Schleicher - Hitler - Hindenburg. Männer des deutschen Schicksals.

Roegels, Fritz Carl: Der Marsch auf Berlin. Ein Buch vom Wehrwillen deutscher Jugend. Unter Mitarbeit von Hans Henning Frhr. Grote und Curt Hotzel, mit einem Vorwort von Hans von Sodenstern. Berlin 1932.

Röhm, Ernst: Geschichte eines Hochverräters. 2. Aufl. München 1934.

Rosenberg, Alfred: Kampf um die Macht. Aufsätze von 1921 - 1932. Hrsg. von Thilo von Trotha. 4. Aufl. München 1938.

Rothe, Eisenhart (Hrsg.): Deutsche Gedenkhalle. Das neue Deutschland. Sturz, Erhebung. Der Weg in die Zukunft. 2. Aufl. Berlin u. München: 1939.

Salomon, Ernst von (Hrsg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer (im Auftrag der Freikorps-Zeitschrift "Der Reiter gen Osten"). Berlin 1938.

Salomon, Ernst von: Die Geächteten. Roman. Berlin 1929.

Schauwecker, Franz: Aufbruch der Nation. Berlin 1930.

Schmahl, Eugen: Der Aufstieg der nationalen Idee. 2. Aufl. Stuttgart 1933.

Schmidt-Pauli, Edgar von: Geschichte der Freikorpsbewegung 1918 - 1924. Stuttgart 1936.

Schreiber, Georg: Regierung ohne Volk. Köln 1932.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Ulrich Thürauf. 1929 ff. München 1930 ff.

Schultz, E. (Hrsg.): Das Gesicht der Demokratie. Ein Bildwerk zur Geschichte der deutschen Nachkriegszeit. Mit einer Einleitung von Friedrich Georg Jünger. Leipzig 1931.

Schultze-Pfaelzer, Gerhard: Von Spa nach Weimar. Die Geschichte der deutschen Zeitenwende. Leipzig 1929.

Schweyer, Franz: Politische Geheimverbände. Blicke in die Gegenwart des Geheimbundwesens. Freiburg/Br. 1925.

Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland. Hrsg. vom Stahlhelm. 2. Aufl. Halle/S. 1926.

Seldte, Franz: M.G.K. Leipzig 1929.

Seldte, Franz; Dauerfeuer. Leipzig 1930.

Seldte, Franz: Vor und hinter den Kulissen. Leipzig 1931.

Soldan, George: Zeitgeschichte in Wort und Bild. Bd. 1 - 3. München 1931 - 1934.

Sontag, Franz (Pseud.: Junius Alter): Nationalisten. Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit. Neue, erw. Aufl. Leipzig 1932.

Spann, Othmar: Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft. Leipzig 1921.

Spengler, Oswald: Preussentum und Sozialismus. München 1920.

Sperlings Zeitschriften- und Zeitungsadressbuch. Ausg. 58, 1933. Leipzig 1933.

Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder. Hrsg. im Auftrage des Gründers und 1. Bundesführers Franz Seldte. Berlin 1932.

Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder aus den Jahren 1918 - 1933. Hrsg. im Auftrage des Gründers und Bundesführers Franz Seldte. Bd. 1.2. Berlin o. J. (1933).

Stahlhelm am Rhein. Koblenz in Wort und Bild. O.O. u. o.J. (um 1930).

Der Stahlhelm muss sein! Vom Frontsoldaten- zum Volkskriegertum. Von '.' Mit einem Vor- u. Nachwort von Hans Henning Frhr. von Grote. Berlin 1933.

(Stahlhelm-) Führer-Handbuch. Mit Genehmigung der Bundesleitung auf Grund amtlichen Materials hrsg. von Friedrich Bendziula. Magdeburg 1925.

Stahlhelm-Handbuch. Im Auftr. des Bundesamts auf Grund amtlichen Materials hrsg. von Walter Kettner und Heinrich Hildebrandt. Berlin 1927.

Stahlhelm-Handbuch. Im Auftr. des Bundesamts auf Grund amtlichen Materials hrsg. von Heinrich Hildebrandt und Walter Kettner. 4. verb. Aufl. Berlin 1931.

Stahlhelm-Jahrbuch 1925. Im Auftr. der Bundesleitung hrsg. von Wilhelm Kleinau. Magdeburg 1924.

Stahlhelm-Jahrbuch (1926). Im Auftr. der Bundesleitung hrsg. von Wilhelm Kleinau. Magdeburg 1925.

Stahlhelm-Jahrbuch 1927. Im Auftr. der Bundesleitung hrsg. von Franz Schauwecker. Magdeburg 1927.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen der verfassungsgebenden Nationalsversammlung und des Deutschen Reichstages. Bd. 351, 425, 426. Berlin 1922, 1929, 1930.

Steiss, Hans (Hrsg.): Der Stahlhelm, BdF, Landesverband Württemberg-Hohenzollern. Stuttgart 1936.

Stresemann, Gustav: Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden. Hrsg. von Henry Bernhard unter Mitarb. von Wolfgang Goetz und Paul Wiegler. Bd. 1 - 3. Berlin 1932 - 1933.

Sydow, von: Nationalsozialist oder Stahlhelmmann? Seldte oder Hitler? Eine Stimme aus der vordersten Front der nationalen Bewegung. Hirschberg 1931.

Verhandlungen des Sächsischen Landtags 1922/23. Bd. 1.2. Dresden 1924.

Völkische Organisationen. Parteien, Vereine, Verbände, Orden. Von einem deutschen Hochschullehrer. Leipzig 1931 (Deutschvölkischer Katechismus).

Volkmann, Erich Otto: Am Tor der neuen Zeit. Oldenburg 1933.

Volkmann, Erich Otto: Revolution über Deutschland. Oldenburg 1930.

Wahrmund (Pseud.): Gericht über Hugenberg. Dillingen 1932.

Warum Stahlhelm? Aufklärungs- und Werbeschrift des Bayerischen Stahlhelm. München o. J.

Der Weg zum Nationalsozialismus. Bd. 3: Die Ruhmeshalle der SA, SS und HJ, des früheren Stahlhelm und der für das Dritte Reich gefallenen Parteigenossen. Hrsg. mit Unterstützung des Gaupresseamts. Fürstenwalde 1935.

Weiss, Max (Hrsg.): Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918 - 1928. Essen 1928.

Weissauer, Ludwig: Wege zur Diktatur. Die kommende Front der Soldaten. Berlin 1931.

Winnig, August: Das Reich als Republik. Stuttgart 1928.

Häufig zitierte Beiträge in Sammelwerken

Brauweiler, Heinz: Der Anteil des Stahlhelm, in: Hotzel, Curt (Hrsg.): Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs. Stuttgart 1934. S. 218 ff.

Graff, Sigmund: Gründung und Entwicklung des Bundes in: Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder. Berlin 1932, S. 19 ff.; derselbe in einem fast übereinstimmenden Beitrag in der zweibändigen Ausgabe, Berlin o. J. (1933), Bd. 1, S. 19 ff.

Kleinau, Wilhelm: Der politische Kampf des Stahlhelm, in: Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder. Bd. 2. Berlin o.J. (1933), S. 17 ff.

Kleinau, Wilhelm: Stahlhelm und Staat, in: Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder. Berlin 1932, S. 136 ff.

Langermann, Hans: Kampf und Sieg des Stahlhelm in Mitteldeutschland, in: Grote, Hans Henning Frhr. von (Hrsg.): Deutschlands Erwachen. Essen 1933, S. 287.

Poche, Willi: Des mitteldeutschen Stahlhelm Kampf, in: Der Weg zum Nationalsozialismus. Fürstenwalde 1935, S. 16 ff.

III. Quellensammlungen und Literatur nach 1945, einschl. Memoiren

Allemann, Fritz René: Bonn ist nicht Weimar. Köln u. Berlin 1956.

Alte Kameraden, in: Die Gegenwart, Jg. 6 (1951), Nr. 136, S. 3 - 4. Nocheinmal: Alte Kameraden, in: Die Gegenwart, Jg. 6 (1951), Nr. 138, S. 6.

Baerwald, Friedrich: Die Verbände in der Demokratie der Gegenwart, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 10 (N.F.), S. 54 - 62.

Benedikt, Heinrich (Hrsg.): Geschichte der Republik Österreich. München 1954.

Bennecke, Heinrich: Hitler und die SA. München, Wien 1962.

Bergstraesser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 10., völlig neubearb. und bis auf die Gegenwart fortgef. Aufl. München 1960 (Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 2).

Bergstraesser, Ludwig: Die Weimarer Situation und heute, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 4 (1953), S. 456 - 458.

Besson, Waldemar: Friedrich Ebert. Verdienst und Grenze. Göttingen, Berlin, Frankfurt 1963 (Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 30).

Besson, Waldemar (Hrsg.): Geschichte. Mit einer Einleitung von Hans Rothfels. Frankfurt/M. 1961 (Fischer-Lexikon, Bd. 24).

Besson, Waldemar: Neuere Literatur zur Geschichte des Nationalsozialismus (Forschungsbericht), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 9 (1961), S. 314 - 330.

Besson, Waldemar: Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928 - 1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik. Stuttgart 1959.

Borchmeyer, Josef (Hrsg.): Hugenbergs Ringen in deutschen Schicksalsstunden, 2 Teile in einem Band. Detmold 1949.

Boveri, Margret. Der Verrat im 20. Jahrhundert. Bd. 2: Für und gegen die Nation. Das unsichtbare Geschehen. Hamburg 1956 (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie, Bd. 24).

Bracher, Karl Dietrich: Auflösung einer Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik als Forschungsproblem, in: Faktoren der Machtbildung. Wissenschaftliche Studien zur Politik. Berlin 1952 (Schriftenreihe des Instituts für politische Wissenschaft. Bd. 2), S. 39 - 98.

Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie. 2., verb. u. erw. Aufl. Stuttgart, Düsseldorf 1957 (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 4).

Bracher, Karl Dietrich: Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 4 (1956), S. 30 - 42.

Bracher, Karl Dietrich, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. Köln u. Opladen 1960 (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 14).

Braun, Otto: Von Weimar zu Hitler. Hamburg 1949.

Breitling, Rupert: Die Verbände in der Bundesrepublik. Ihre Arten und ihre politische Wirkungsweise. Meisenheim am Glan 1955 (Parteien, Fraktionen, Regierungen, Bd. 8).

Breitling, Rupert: Die zentralen Begriffe der Verbandsforschung - Pressure groups, Interessengruppen, Verbände, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 1 (1960/61), S. 47 - 73).

Broszat, Martin: Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27 (Dokumentation), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 8 (1960), S. 88 - 91.

Broszat, Martin: Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit. Stuttgart 1960.

Buchheim, Hans: Die Eingliederung des Stahlhelm in die SA, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. München 1958. S. 370 - 377.

Buchheim, Karl: Die Weimarer Republik. Grundlagen und politische Entwicklung. München 1960.

Büsch, Otto und Peter Furth: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die Sozialistische Reichspartei (SRP). Berlin u. Frankfurt/M. 1957 (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 9).

Bullock, Alan: Hitler. Eine Studie über Tyrannei (Aus d. Engl.). Düsseldorf 1953.

Bussmann, Walter: Politische Ideologie zwischen Monarchie und Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift, Jg. 190 (1960), S. 55 - 77.

Conze, Werner: Die Krise des Parteienstaats in Deutschland 1929/30, in: Historische Zeitschrift, Jg. 178 (1945), S. 47 - 83.

Craig, Gordon A.: Die preussisch-deutsche Armee 1640-1945. Staat im Staate. (Aus d. Engl.). Düsseldorf 1960.

Cube, Walter von: Soldatenbünde, in: Frankfurter Hefte, Jg. 6 (1951), S. 749.

Daim, Wilfried: Der Mann, der Hitler die Ideen gab. Von den religiösen Verirrungen eines Sektierers zum Rassenwahn des Diktators. München 1958.

Deuerlein, Ernst (Hrsg.): Der Hitlerputsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Stuttgart 1961. (Quellen u. Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 9).

Deutz, Josef: Alte Kameraden, in: Frankfurter Hefte, Jg. 6 (1951), S. 348 - 349.

Dietrich, Valeska: Alfred Hugenberg - Das Leben eines Managers, in: Politische Studien, Jg. 12 (1961), S. 236 - 242, S. 295 - 301.

Dünow, Hermann: Der Rote Frontkämpferbund. Der revolutionäre Schutz- und Wehrorganisation des deutschen Proletariats in der Weimarer Republik. Berlin(-Ost) 1948.

Duesterberg, Theodor: Der Stahlhelm und Hitler. Wolfenbüttel 1949.

Erdmann, Karl Dietrich: Die Geschichte der Weimarer Republik als Forschungsproblem, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 3 (1955), S. 1 - 19.

Erdmann, Karl Dietrich: Die Zeit der Weltkriege. Stuttgart 1960 (Gebhardt, Bruno: Handbuch der deutschen Geschichte. 8., völlig neubearb. Aufl., hrsg. von Herbert Grundmann, Bd. 4).

Eschenburg, Theodor : Die improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik. München 1963.

Eschenburg, Theodor : Herrschaft der Verbände. 2. Aufl. Stuttgart 1963.

Eyck, Erich: Geschichte der Weimarer Republik. Bd. 1. 2. Erlenbach-Zürich u. Stuttgart 1954 - 1956.

Facius, Friedrich, Hans Booms und Heinz Boberach (Bearb.): Das Bundesarchiv und seine Bestände. Übersicht. Boppard am Rhein 1961.(Schriften des Bundesarchivs, Bd. 10).

Flechtheim, Ossip K.: Parteien und Organisationen in der Bundesrepublik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 8 (1957), S. 259 - 265.

Forschbach, Edmund: Die Deutschnationalen. Vom Ende einer Partei, in: Politische Meinung, Jg. 5 (1960), H. 50, S. 12 - 16.

Fraenkel, Ernst und Karl Dietrich Bracher (Hrsg.): Staat und Politik. Frankfurt 1957 (Das Fischer-Lexikon, Bd. 2).

Freudenfeld, Burghard (Hrsg.): Stationen der Deutschen Geschichte 1919 - 1945. Internationaler Kongress für Zeitgeschichte München. Stuttgart 1962.

Friedenthal, Elisabeth: Volksbegehren und Volksentscheid über den Young-Plan und die deutschnationale Sezession. Tübinger phil. Dissertation (Masch.schr.) 1957.

Gessler, Otto: Reichswehrpolitik in der Weimarer Republik. Hrsg. von Kurt Sendtner. Mit einer Vorbemerkung von Theodor Heuss. Stuttgart 1958.

Gisevius, Hans Bernd: Bis zum bitteren Ende. Zürich Cop.1946.

Glum, Friedrich: Ideologische und soziologische Voraussetzungen für die Entstehung von Nationalismus und Nationalsozialismus, in: Neue Rundschau, Jg. (1952), S. 64 - 92.

Gordon, Harold J.: Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919 - 1926. (Aus d. Engl.) Frankfurt/M. 1959.

Görlitz, Walter: Hindenburg. Ein Lebensbild. Bonn 1953.

Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Parteien. Wiesbaden 1962.

Grosser, Alfred: Die Bonner Demokratie. Deutschland von draussen gesehen (Teilw. aus d. Franz.). Düsseldorf 1960.

Gumbel, Emil Julius: Vom Fememord zur Reichskanzlei. Mit einem Vorwort von Walter Fabian. Heidelberg 1962.

Hartenstein, Wolfgang: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918 - 1920. Düsseldorf 1962 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 22).

Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932. Stuttgart 1963 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 6).

Hielscher, Friedrich: Fünfzig Jahre unter Deutschen. Hamburg 1954.

Hoegner, Wilhelm: Die verratene Republik. Geschichte der deutschen Gegenrevolution. München 1958.

Hofmann, Hanns Hubert: Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920 - 24. München 1961.

Hohlfeldt, Johannes (Hrsg.): Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Ein Quellenbuch für die politische Bildung und die staatsbürgerliche Erziehung. Bd. 3: Die Weimarer Republik 1919 - 1933. Berlin o. J.; Bd. 4: Die nationalsozialistische Diktatur 1933 - 1945. Berlin o. J.

Hornung, Klaus: Der Jungdeutsche Orden. Düsseldorf 1958 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus u. der politischen Parteien, Bd. 14).

Jasper, Gotthard: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922 - 1930. Tübingen 1963 (Tübinger Studien zur Geschichte u. Politik, Nr. 16).

Jasper, Gotthard: Zur innenpolitischen Lage in Deutschland im Herbst 1929 (Dokumentationen), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 8 (1960), S. 280 - 289.

Jeschke, Manfred: Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945. Berlin 1961.

Kaiser, Joseph H.: Die Repräsentation organisierter Interessen. Berlin 1956.

Kleist-Schmenzin, Ewald von: Die letzte Möglichkeit. Zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, in: Politische Studien, Jg. 10 (1959), S. 89 - 92.

Klemperer, Klemens: Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus (Aus d. Engl.). München u. Wien 1961.

Klönne, Arno: Die "Nationale Opposition" in der Bundesrepublik. Ein Überblick, in: Politische Studien, Jg. 10 (1959), S. 584 - 593.

Knütter, Hans-Helmuth: Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus. Bonn 1961 (Bonner historische Forschungen, Bd. 19).

Krebs, Albert: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen aus der Frühzeit der Partei. Stuttgart 1959 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 6).

Kruck, Alfred: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890 - 1939. Wiesbaden 1954 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Bd. 3).

Küsel, H.: Die Bundestracht bleibt feldgrau. Das Schicksal des Stahlhelm im Dritten Reich, in: Die Gegenwart, Jg. 4, Nr. 7, S. 10 - 14.

Kuron, Hans Jürgen: Freikorps und Bund Oberland. Erlanger phil. Dissertation 1960.

Laqueuer, Walter Z.: Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie (Aus d. Engl.). Köln 1962.

Liebe, Werner: Die Deutschnationale Volkspartei 1918 - 1924. Düsseldorf 1956 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 8).

Lucas, Friedrich J.: Hindenburg als Reichspräsident. Bonn 1959 (Bonner historische Forschungen, Bd. 14).

Lüdde-Neurath, Walter: Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches. Göttingen 1950 (Göttinger Beiträge für Gegenwartsfragen H. 2).

Matthias, Erich: Hindenburg zwischen den Fronten 1932 (Dokumentation),in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 8 (1960), S. 75 - 84).

Matthias,Erich und Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960 (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien).

Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Betrachungen und Erinnerungen. 5. Aufl. Wiesbaden 1955.

Meissner, Otto: Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918 - 1945, wie ich ihn erlebte. Hamburg 1950.

Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918 - 1932. Grundriss ihrer Weltanschauungen. Stuttgart 1950.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme. München 1960 (Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 1).

Mosbach, Otto: Der Verband Deutscher Soldaten, in: Deutscher Soldatenkalender, Jg. 3 (1955), S. 174 - 175.

Neue Deutsche Biographie. Hrsg. von der Hist. Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Bd. 4. Berlin 1959.

Neurohr, Jean F.: Der Mythos vom Dritten Reich. Zur Geistesgeschichte des Nationalsozialismus. Stuttgart 1957.

Niekisch, Ernst: Linke Leute von Rechts (Rezension), in: Zeitschrift für Politik (N.F.), Jg. 9 (1962), S. 284 - 289.

Niekisch, Ernst: Das Reich der niederen Dämonen. Hamburg 1953.

Obermann, Emil: Soldaten, Bürger, Militaristen. Militär und Demokratie in Deutschland. Stuttgart 1958.

Paetel, Karl O.: Ernst Jünger und die Politik, in: Neues Abendland, Jg. 1958, S. 226 - 238.

Paetel, Karl O.: Ernst Jünger in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinek bei Hamburg 1962 (Rowohlts Monographien, Bd. 72).

Papen, Franz von: Der Wahrheit eine Gasse. München 1952.

Plessner, Helmuth: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes. Stuttgart 1959.

Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1949.

Proske, Rüdiger: La Reconstituition des Associations de Soldats en Allemagne, in: Documents, Jg. 7 (1952), S. 615 - 626.

Pross, Harry (Hrsg.): Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871 - 1933. Frankfurt/M. 1959 (Fischer-Bücherei, Nr. 264).

Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945 - 1. Oktober 1946, Bd. 1 - 42. Nürnberg 1947 - 1949.

Pünder, Hermann: Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929 - 32. Hrsg. von Thilo Vogelsang. Stuttgart 1961 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 3).

Raabe, Felix: Die Bündische Jugend. Ein Beitrag zur Geschichte der Weimarer Republik (Hrsg.: Studienbüro für Jugendfragen, Bonn). Stuttgart 1961.

Rémond, René: Les Anciens Combattants et la Politique, in: Revue Française de Science Politique, Jg. 5 (1955), S. 267 - 290.

Riebicke, Otto: Der Kyffhäuserbund, in: Deutscher Soldatenkalender, Jg. 3 (1955), S. 170 - 172.

Riggert, Ernst: Zur Lage in den deutschen Soldatenbünden, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 4 (1953), S. 39 - 44.

Ritthaler, Anton: Eine Etappe auf Hitlers Weg zur ungeteilten Macht, Hugenbergs Rücktritt als Reichsminister (Dokumentation), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 8 (1960), S. 193 - 219.

Roloff, Ernst-August: Das Braunschweiger Bürgertum und die Weimarer Republik im Spiegel seiner Akten (Manuskript).

Roloff, Ernst-August: Bürgertum und Nationalsozialismus 1930 - 1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich. Hannover 1961.

Rosenberg, Arthur: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Hrsg. von Kurt Kersten. Frankfurt/M. 1955.

Rothfels, Hans: Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 1 (1953), S. 1 - 8.

Rothfels, Hans: Zeitgeschichtliche Betrachtungen. Vorträge und Aufsätze. Göttingen 1959.

Schlottner, Erich Heinz: Stresemann, der Kapp-Putsch und die Ereignisse in Mitteldeutschland und in Bayern im Herbst 1923. Frankfurter phil. Dissertation 1948.

Schmidt-Hannover, Otto: Umdenken oder Anarchie. Männer, Schicksale, Lehren. Göttingen 1959.

Schoeps, Hans Joachim: Die letzten dreissig Jahre. Rückblicke. Stuttgart 1956.

Schüddekopf, Otto-Ernst: Das Heer in der Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933. Hannover u. Frankfurt/M. 1955.

Schüddekopf, Otto-Ernst: Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik. Stuttgart 1960.

Schuster, Hans: Die heimlichen Parteien. Über die politische Rolle der Verbände in der parlamentarischen Demokratie, in: Politische Bildung, H. 41 (1953), S. 311 - 316.

Schwarz, Albert: Die Weimarer Republik. Konstanz 1958 (Handbuch der deutschen Geschichte, hrsg. von Brandt-Meyer-Just, Bd. IV, 3).

Schwarz, Hans-Peter: Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers. Freiburg/Br. 1962 (Freiburger Studien zur Politik u. Soziologie).

Schwerin von Krosigk, Lutz Graf von: Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts. Tübingen u. Stuttgart 1951.

Schwertfeger, Bernhard: Rätsel um Deutschland 1933 - 1945. Heidelberg 1947.

Schwierskott, Hans-Joachim: Arthur Moeller van der Bruck und der revolutionäre Nationalismus in der Weimarer Republik. Göttingen, Berlin, Frankfurt/M. 1962 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Geistesgeschichte, Bd. 1).

Severing, Carl: Mein Lebensweg. Bd. 2. Köln 1950.

Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München 1962.

Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg.5 (1957), S. 42 - 62.

Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. 6., völlig neubearb. u. erw. Aufl. Bd. 1 - 8. Freiburg/Br. 1957 - 1963.

Stammer, Otto: Interessenverbände und Parteien, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 9 (1957), S. 587 - 604.

Stampfer, Friedrich: Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik. 3. Aufl. Hamburg 1953.

Stechert, Kurt: Wie war es möglich? Der Ursprung des Dritten Reiches in historischer und soziologischer Beleuchtung. Stockholm 1945.

Sternberger, Dolf: Der Staat der Gegenwart und wirtschaftliche und ausserwirtschaftliche Interessengruppen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie, Jg. 5 (1952/35), S. 204 - 214.

Stoltenberg, Gerhard: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918 - 1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1962 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 24).

Teschner, Manfred: Entwicklung eines Interessenverbands. Ein empirischer Beitrag zum Problem der Verselbständigung von Massenorganisationen. Frankfurt/M. 1961 (Institut für Sozialforschung).

Thimme, Anneliese: Gustav Stresemann. Legende und Wirklichkeit, in: Historische Zeitschrift, Bd. 181 (1956), S. 287 - 338.

Thimme, Roland: Stresemann und die Deutsche Volkspartei 1923 - 1925. Lübeck u. Hamburg 1961 (Historische Studien, H. 382).

Thümmler, Heinzpeter: Die Auslandsorganisation des Stahlhelm im Dienste der faschistischen Propaganda (1934/35), in: Der deutsche Imperialismus und der Zweite Weltkrieg, Bd. 2. Berlin (-Ost) 1961, S. 283 - 302.

Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs Potsdam. Berlin (-Ost) 1957 (Schriftenreihe des Deutschen Zentralarchivs, Nr. 1).

Vogelsang, Thilo: Neue Dokumente der Reichswehr 1930 - 1933 (Dokumentation), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 2 (1954), S. 397 - 436.

Vogelsang, Thilo: Neuere Literatur zur Geschichte der Weimarer Republik (Forschungsbericht), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 9 (1961), S. 211 - 224.

Vogelsang, Thilo: Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930 - 32. Stuttgart 1962 (Quellen u. Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 11).

Waite, Robert, G. L.: Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in postwar Germay 1918 - 1923. Cambridge/Mass. 1952.

Der Weg in die Diktatur 1918 bis 1933. Zehn Beiträge. München 1962.

Wheeler-Bennett, John W.: Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918 - 1945.(Aus d. Engl.) Düsseldorf 1954.

Lebenslauf

Ich wurde am 6. Juni 1930 als Sohn des Anton Klotzbücher und dessen Ehefrau Anna, geb. Krauß, in Tübingen geboren. Hier besuchte ich von 1937 bis 1941 die Volksschule und dann von 1941 bis 1948 - bis zur 7. Klasse - die Kepler-Oberschule, ebenfalls in Tübingen.

Ich wurde zunächst Buchhändler und arbeitete nach der Buchhändlerischen Gehilfenprüfung im Oktober 1950 in den folgenden Jahren in mehreren Buch- und Zeitschriften-verlagen, u.a. im Max Niemeyer Verlag, Tübingen, und im Ehrenwirth Verlag, München. Am 17. September 1960 bestand ich die Diplom-Prüfung für den Dienst an Öffentlichen Büchereien.

Mein Universitätsstudium begann ich im Sommersemester 1958 an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, nachdem ich am 17. Januar 1958 die Prüfung zur Zulassung zum Hochschul-studium ohne Reifezeugnis abgelegt hatte. Ich studierte Geschichte, Politische Wissenschaft, Germanistik, später auch Soziologie bei den Professoren und Dozenten Rothfels, Besson, Zeeden, Stroheker, Schulz, Markert, Eschenburg, Fetscher, Ziegler, Mohr und Dahrendorf. Ab dem Wintersemester 1961/62 studierte ich an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Politische Wissenschaft, Neuere Geschichte und Osteuropäische Geschichte. Meine akademischen Lehrer in Erlangen waren die Professoren Besson, Fuchs, Ruffmann und Schoeps.

Fotodruck

– W. Hogl, Erlangen, Brüxer Straße 9, (Nähe Röthelheimbad) Telefon 1636 [15336] –

1965